DEUTSCHE BUNDESBANK
EUROSYSTEM

Monatsbericht – April 2026

78. Jahrgang, Nr. 4

Dies ist ein automatisch erzeugtes Dokument.
Die veröffentlichte Fassung finden Sie auf publikationen.bundesbank.de.

Inhaltsverzeichnis

Kurzberichte: Konjunkturlage und Öffentliche Finanzen 6

1 Konjunkturlage 7

1.1 Deutsche Wirtschaft trotz Belastungsfaktoren wohl leicht gewachsen 7

1.2 Für Industrie deutet sich positiver Wachstumsbeitrag an 8

1.3 Privater Konsum startet schwach ins Jahr 10

1.4 Arbeitsmarkt weiterhin ohne Aufwärtstendenz 11

1.5 Energierohstoffpreise im April weiter gestiegen 13

1.6 Inflationsrate im März wegen Krieges im Nahen Osten deutlich auf 2,8 % gestiegen 13

2 Öffentliche Finanzen 17

2.1 Zur Maastricht-Verschuldung Deutschlands 17

2.2 Zum Anteil Deutschlands an der Verschuldung der EU-Institutionen 2025 18

Transparenz über EU-Schulden und EU-Finanzen durch einheitliche Berichtspflichten weiter erhöhen 19

2.3 Kommunalfinanzen 23

Literaturverzeichnis 29

Nachhaltigkeitsrisiken in der Bankenaufsicht 31

1 Einleitung 33

Foresight-Projekt der Bundesbank „Biodiversitätsrisiken 2040 – die Zukunft der Biodiversität und Implikationen für Gesellschaft und Wirtschaft“ 38

Banken und Natur: Wie stark ist der Bankensektor in Deutschland von Ökosystemleistungen abhängig? 42

Finanzierungsbedarf für die Transformation zur Treibhausgasneutralität in Deutschland: Was kann das deutsche Bankensystem leisten? 45

2 ESG in der Bankenregulierung – aktuelle Entwicklungen 49

2.1 Regulatorische Rahmensetzung – das Bankenpaket 49

2.2 Säule 1 – aktueller Stand der Diskussion um eine mögliche Anpassung der Kapitalanforderungen 50

2.3 Säule 2 – Anforderungen an das Risikomanagement 52

Transitionspläne in der Bankenaufsicht 55

2.4 Säule 3 – Offenlegung von ESG-Informationen 57

Omnibus-Initiative 60

3 Bestandsaufnahme: Wo stehen die Institute? 62

4 Fazit und Ausblick 68

Literaturverzeichnis 69

Die deutschen Auslandsforderungen im Licht geoökonomischer Spannungen 73

1 Einleitung 76

2 Direktinvestitionen 79

Ökonometrische Untersuchungen zu den Auswirkungen geopolitischer Distanz auf deutsche Direktinvestitionen im Ausland 85

3 Wertpapieranlagen 90

Ökonometrische Untersuchungen zum Einfluss geopolitischer Distanz auf die Bestände ausländischer Schuldverschreibungen in deutschen Portfolios . . . 95

4 Übrige Kapitalanlagen 98

Ökonometrische Untersuchungen zu den Auswirkungen geopolitischer Distanz auf die übrigen Kapitalanlagen deutscher Banken im Ausland 101

5 Schlussfolgerungen 104

Literaturverzeichnis 105

Das Bankenrichtlinienumsetzungs- und Bürokratieentlastungsgesetz (BRUBEG) 107

1 Einleitung 109

2 Wesentliche Änderungen im KWG 110

2.1 Neue aufsichtliche Befugnisse 110

2.2 Beaufsichtigung von CRD-DrittstaatenzweigstellenCRD-Drittstaatenzweigstellen: (1) das Kopfunternehmen wäre ein CRR-KI, wenn es seinen Sitz in der EU hätte, und die Zweigstelle erbringt mindestens das Darlehensgeschäft oder das Garantiegeschäft, oder (2) die Zweigstelle erbringt das Einlagengeschäft (vgl. § 53c Abs. 1 KWG). Als Kopfunternehmen gilt das Unternehmen mit Sitz in einem Drittstaat, welches die CRD-Drittstaatenzweigstelle im Inland errichtet hat, sowie zwischengeschaltete oder oberste Mutterunternehmen dieses Unternehmens, sofern anwendbar. 111

2.3 Periodische Zwangsgelder als Durchsetzungsinstrument 113

2.4 Corporate Governance 114

2.5 Eigenmitteluntergrenze (Output Floor) 115

Globale Bankenregulierung – lokale Kreditmärkte: ein Blick auf USA, EU und Deutschland 116

2.6 ESG-Risiken 123

2.7 Organtransaktionen 125

2.8 Kreditunterlagen nach § 18 KWG 126

3 Wesentliche Änderungen an begleitenden Rechtsverordnungen 127

3.1 Änderungen an der Institutsvergütungsverordnung (InstitutsVergV)Vgl.: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (2013a). 127

3.2 Änderungen an der Solvabilitätsverordnung (SolvV)Vgl.: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (2013b). 127

4 Fortgang 129

5 Weitere Änderungen am KWG neben dem BRUBEG 130

Literaturverzeichnis 131

Trends in der Unternehmensfinanzierung im Euroraum 133

1 Einleitung 135

2 Bestimmungsfaktoren der Unternehmensfinanzierung 138

Die Bedeutung von Unternehmensalter und -branche für die Wahl der Finanzierungsinstrumente 143

3 Die Entwicklung der Unternehmensfinanzierung seit 1999 151

3.1 Gestiegene Bedeutung der Innenfinanzierung 152

3.2 Abschwächung der Außenfinanzierung 153

4 Implikationen für die geldpolitische Transmission 167

Heterogenität des Sektors der Nichtbank-Finanzintermediäre in Deutschland und Auswirkungen auf die geldpolitische Transmission 179

5 Schlussbemerkung 187

Anhang 189

Literaturverzeichnis 193

Statistischer Teil . . . . . .

Kurzberichte: Konjunkturlage und Öffentliche Finanzen

1 Konjunkturlage

1.1 Deutsche Wirtschaft trotz Belastungsfaktoren wohl leicht gewachsen

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland dürfte sich im ersten Quartal 2026 leicht erhöht haben. Trotz fortbestehender Belastungsfaktoren und zusätzlichem Gegenwind durch den Krieg im Nahen Osten dürfte das reale BIP im ersten Quartal 2026 saisonbereinigt [1)] leicht zugelegt haben. Zum einen zeigen die Umfragedaten von ifo und S&P Global für März noch eine insgesamt stabile Lage an. Das deutet darauf hin, dass sich die negativen Effekte des Krieges im Nahen Osten größtenteils erst später niederschlagen dürften. Zum anderen sprechen die verfügbaren Konjunkturindikatoren für Januar und Februar insgesamt für eine leichte Expansion. So stellt sich insbesondere für die Industrie das Indikatorenbild etwas besser dar als noch vor Monatsfrist. [2)] Steigende Industrieumsätze und Warenexporte deuten auf einen leicht positiven Wachstumsbeitrag hin. Gleichwohl dämpfen weiterhin vielfache Belastungsfaktoren die konjunkturelle Grundtendenz. So leidet die Industrie unter strukturellen Wachstumshemmnissen, die die Wettbewerbsposition schwächen. Die Kapazitätsauslastung verharrt auf niedrigem Niveau und dämpft die Investitionsneigung der Unternehmen. Zusätzlich dürfte eine gemäß Januar-Ergebnissen des Bank Lending Survey restriktivere Kreditvergabe belastend wirken. [3)] Auch bei Wohnungsbaukrediten wurden die Kreditrichtlinien verschärft. Außerdem stiegen die Bauzinsen weiter. Der Bausektor dürfte vor allem aufgrund der im Januar und Februar ungünstigen Witterung einen Rückschlag erlitten haben. Ein positiver Wachstumsimpuls ging hingegen wohl vom Dienstleistungssektor aus: Dieser weitete seine Aktivität im Januar deutlich aus. Dies gilt insbesondere für die unternehmensnahen Dienstleister. Konsumnahe Bereiche blieben hingegen hinter dieser Entwicklung zurück. Der private Konsum schwächelte daher nach einem starken

1 Die Saisonbereinigung umfasst hier und im Folgenden auch die Ausschaltung von Kalendereinflüssen, sofern sie nachweisbar und quantifizierbar sind.
2 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2026a).
3 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2026b). Die Januar-Ergebnisse beziehen sich auf das vierte Quartal 2025.

Jahresabschluss 2025 vermutlich. Er dürfte im März zusätzlich unter einer spürbaren Eintrübung der Kaufkraft infolge gestiegener Ölpreise gelitten haben. Mit Blick auf das zweite Quartal zeichnet sich aus heutiger Sicht allenfalls eine weitere, leichte Expansion ab. Einerseits dürften zunehmend positive Impulse aus der expansiveren Fiskalpolitik wirksam werden. Andererseits ist gleichzeitig zu erwarten, dass die Auswirkungen des Krieges im Nahen Osten die deutsche Wirtschaft breiter und spürbarer belasten. Sie wirken insbesondere über gestiegene Energiepreise, Lieferkettenprobleme, erhöhte Unsicherheit, gestiegene Zinsen und verschlechterte Exportaussichten.

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland Schaubild 1.1

2020 = 100, preis-, saison- und kalenderbereinigt, log. Maßstab

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt.
Deutsche Bundesbank

1.2 Für Industrie deutet sich positiver Wachstumsbeitrag an

Die Industrie zeigte sich bei teils gemischten Signalen der Indikatoren insgesamt vergleichsweise robust. Die Produktion blieb zwar im Durchschnitt von Januar und Februar unter dem Niveau des Vorquartals. Die preisbereinigten Umsätze legten jedoch zu. Der Anstieg der Umsätze wurde vor allem von höheren Auslandsumsätzen getragen. Dazu passt, dass auch die Warenexporte im Februar kräftig zulegten und im Mittel der ersten beiden Monate deutlich über dem Vorquartal lagen. Die Produktion war zwar breit über die Branchen hinweg schwach. Ein wesentlicher Treiber der Diskrepanz zwischen Produktion und Umsatz ist jedoch der Kraftfahrzeugsektor. Während die Umsätze hier zuletzt deutlich anzogen, blieb die Produktion im Vergleich

zum Vorquartal rückläufig. Die vom Verband der Automobilindustrie (VDA) gemeldeten Stückzahlen liegen bereits für das gesamte erste Quartal vor. Sie deuten aufgrund eines schwachen März-Wertes auf ein leicht abgeschwächtes Quartalsergebnis im Kraftfahrzeugsektor hin. Die Stimmungsindikatoren zeichnen ein insgesamt günstigeres Bild der Industriekonjunktur. So verbesserten sich laut ifo Institut die Lageeinschätzung, die Exporterwartungen und die Produktionspläne im Verarbeitenden Gewerbe im Durchschnitt des ersten Quartals deutlich. Auch der Einkaufsmanagerindex von S&P Global lag im ersten Quartal klar über der Schwelle von 50 Punkten, ab welcher der Index ein Wachstum signalisiert. Das Indikatorenbild spricht damit nach gegenwärtigem Stand insgesamt dafür, dass die Industrie im ersten Quartal positiv zum BIP-Anstieg beitragen konnte.

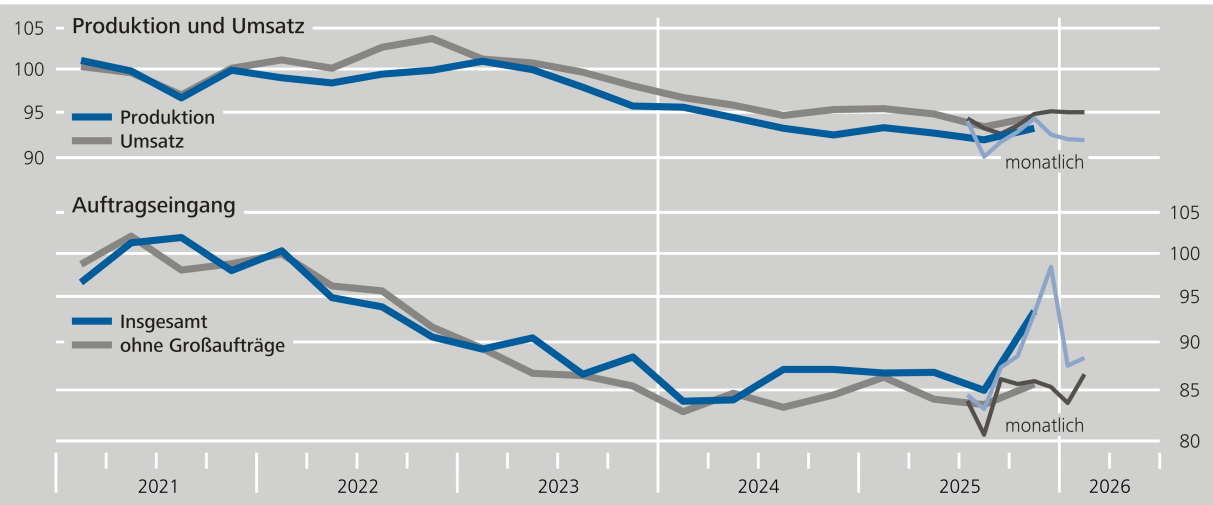
Die Nachfrage nach Industrieerzeugnissen blieb in der Grundtendenz stabil, die Aussichten für die Industrie haben sich jedoch eingetrübt. Die Auftragseingänge lagen im Februar leicht über dem Niveau des Januar, verblieben im Durchschnitt der beiden Monate jedoch spürbar unter dem Stand des Vorquartals. Dahinter steht eine Normalisierung der im Vorquartal sehr starken Großaufträge. [4)] Die Inlandsnachfrage ging im Februar deutlich zurück. Der insbesondere im sonstigen Fahrzeugbau außergewöhnlich starke Anstieg der (Groß-)Aufträge im Vorquartal bildete sich merklich zurück. Auch die Auslandsnachfrage blieb trotz eines Anstiegs im Februar unter dem Vorquartalsniveau. Dies lag vor allem an schwächeren Aufträgen aus dem Euroraum. Ohne die volatilen Großaufträge zeigt sich ein stabileres Bild: Die Auftragseingänge stiegen im Februar gegenüber dem Vormonat deutlich an. Im Durchschnitt von Januar und Februar gingen sie gegenüber dem Vorquartal nur leicht zurück. Der Zuwachs im Februar wurde von allen Regionen getragen, insbesondere aber vom Ausland. Insgesamt bleibt die Auslandsnachfrage damit in der Grundtendenz leicht aufwärtsgerichtet. Die im Zuge des Krieges im Nahen Osten im März deutlich gesunkenen ifo Export- und Geschäftserwartungen sprechen jedoch für eingetrübte Aussichten. Dahinter dürften nicht nur die Belastungen durch höhere Energiekosten und Störungen der Lieferketten stehen, sondern auch die Befürchtung einer im Gefolge des Krieges im Nahen Osten schwächeren globalen Nachfrage.

4 Vgl. dazu die ausführlichen Ausführungen in: Deutsche Bundesbank (2026a).

Deutsche Industrie

Schaubild 1.2

2021 = 100, vierteljährlich, preis-, kalender- und saisonbereinigt, log. Maßstab



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt.
Deutsche Bundesbank

1.3 Privater Konsum startet schwach ins Jahr

Der private Konsum zeigte sich zu Jahresbeginn deutlich eingetrübt. Während er zum Jahresende 2025 noch einen spürbaren Wachstumsimpuls lieferte, deuten die aktuellen Indikatoren nun auf einen Rückgang hin. So sanken die realen Umsätze im Einzelhandel im Februar erneut gegenüber dem Vormonat und lagen im Mittel von Januar und Februar insgesamt unter dem Vorquartal. Die privaten Zulassungen von Personenkraftwagen stiegen laut Angaben des VDA im März zwar spürbar an, blieben im Quartalsdurchschnitt jedoch klar unter dem Schlussquartal des letzten Jahres. Die gemäß Pressemitteilung des VDA im März anziehende Nachfrage nach Automobilen mit elektrischem Antrieb kann dabei noch nicht in einen Zusammenhang mit den stark gestiegenen Kraftstoffpreisen gebracht werden.[5)] Die preisbereinigten Umsätze im Gastgewerbe sanken den bis Februar verfügbaren Daten zufolge ebenfalls deutlich gegenüber dem Vorquartal. Zudem verschlechterte sich die vom ifo Institut erhobene Beurteilung der Geschäftslage bei Einzelhandelsunternehmen sowie konsumnahen

5 Vgl.: Verband der deutschen Automobilindustrie (2026).

Dienstleistern im abgelaufenen Quartal deutlich, während sie sich in den meisten anderen Branchen verbesserte. Die Zurückhaltung der Konsumentinnen und Konsumenten könnte teils dem sich weiter abschwächenden Arbeitsmarkt geschuldet gewesen sein sowie dem zwar noch kräftigen, aber nachlassenden Lohnwachstum. Außerdem belasteten im März die aufgrund des Krieges im Nahen Osten deutlich gestiegenen Kraftstoffpreise die Kaufkraft der Haushalte stark. Die Verbraucherpreise stiegen insgesamt gegenüber Februar um beinahe 1 % an, und die realen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte dürften in ähnlicher Größenordnung geschmälert worden sein. Entsprechend verschlechterte sich die GfK-Konsumumfrage im März deutlich: Die Preiserwartungen stiegen merklich an, während sich sowohl die Konjunktur- als auch die Einkommenserwartungen eintrübten. Zum aktuellen Zeitpunkt ist davon auszugehen, dass diese Belastungsfaktoren den privaten Konsum auch im laufenden Quartal deutlich bremsen werden.

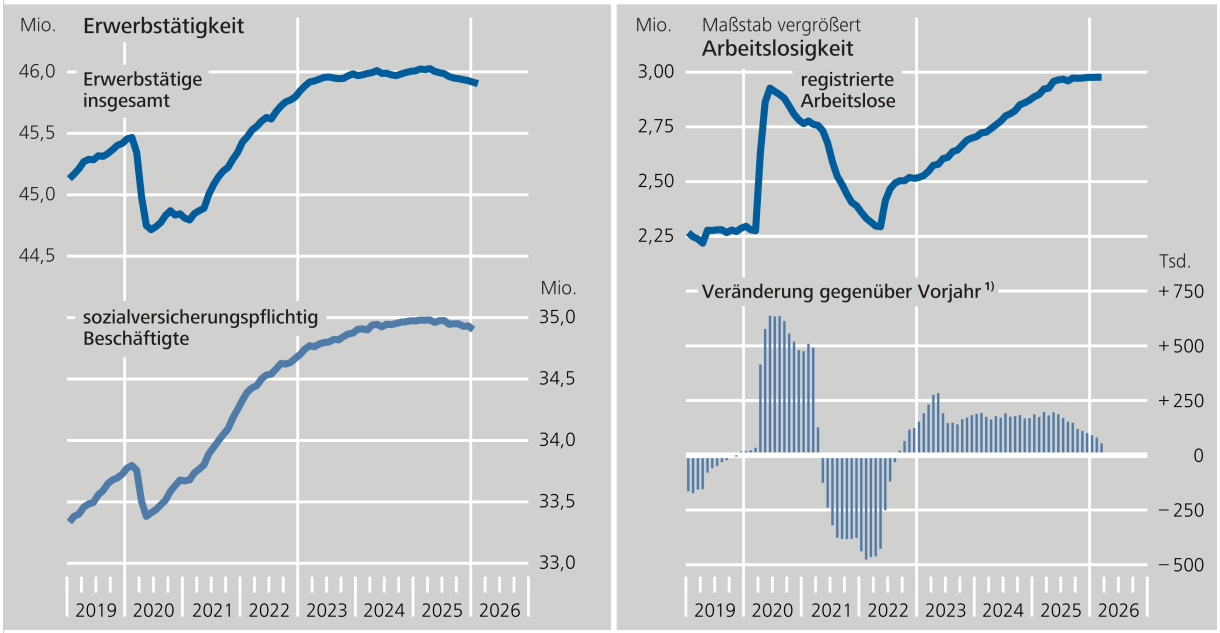
1.4 Arbeitsmarkt weiterhin ohne Aufwärtstendenz

Der bereits seit einem Dreivierteljahr anhaltende leichte Beschäftigungsrückgang setzte sich auch in den ersten beiden Monaten des neuen Jahres fort. Die gesamte Erwerbstätigkeit in Deutschland sank im Februar gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt weiter langsam um 12 000 Personen auf 45,90 Millionen Personen. Das Minus der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung für Januar 2026 – diese erste Hochrechnung fällt hier relativ volatil aus – fiel sogar noch spürbar stärker aus. So reduzierte sich die Zahl der Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe weiter erheblich. Auch in der bereits seit drei Jahren massiv schrumpfenden Arbeitnehmerüberlassung, im Handel sowie im Logistikbereich gingen die Beschäftigtenzahlen nennenswert zurück. Im Baugewerbe dürfte der kleine Rückgang vor allem witterungsbedingt begründet sein. Dem stand eine Zunahme der Beschäftigung nur im Gesundheits- und Sozialwesen sowie in der Energie- und Wasserversorgung entgegen. Die rückläufige Inanspruchnahme wirtschaftlich bedingter Kurzarbeit ist ebenso kein Anzeichen für eine verbesserte Arbeitsmarktlage. Dieses Instrument dient dem kurzfristigen konjunkturellen Nachfrageausfall und hilft nicht bei den strukturellen Problemen, denen sich die deutsche Industrie in erster Linie ausgesetzt sieht. Darüber hinaus sank die Zahl der Selbstständigen, aber auch der ausschließlich geringfügig entlohnten Arbeitnehmer.

Arbeitsmarkt in Deutschland

Schaubild 1.3

saisonbereinigt, monatlich



Quellen der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt und Bundesagentur für Arbeit. **1** Nicht saisonbereinigt.
Deutsche Bundesbank

Obwohl der Krieg im Nahen Osten die Beschäftigungsplanungen der Unternehmen bislang kaum beeinflusst haben dürfte, sind auch den aktuellen Frühindikatoren keine Anzeichen einer Arbeitsmarkterholung für die kommenden Monate zu entnehmen. Das ifo Beschäftigungsbarometer ist weiterhin tief im negativen Bereich, trotz einer minimalen Verbesserung des Gesamtindikators zuletzt. Es bildet die Personalplanungen der gewerblichen Wirtschaft für die nächsten drei Monate ab. Das IAB-Arbeitsmarktbarometer Beschäftigung nimmt hingegen auch die öffentlich finanzierten Branchen mit in den Blick. Es liegt nach einer leichten Verschlechterung nur noch minimal oberhalb der neutralen Schwelle. Gesamtwirtschaftlich bedeutet dies ein weitgehend stabiles Beschäftigungsniveau. Die Zahl der bei der BA gemeldeten offenen Stellen stieg zwar zu Jahresbeginn spürbar an. Allerdings steht dahinter im Wesentlichen ein Anmelder aus dem Bereich Verteidigung, Rechtspflege und öffentliche Sicherheit und Ordnung. Dies ist daher kein Signal für eine in der Breite der Wirtschaft anziehende Arbeitsnachfrage.

Die Arbeitslosigkeit blieb im März unverändert auf erhöhtem Niveau. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen betrug wie im Februar saisonbereinigt 2,98 Millionen Personen. Die Arbeitslosenquote verharrte unverändert bei 6,3 %. Zwar stieg die eng mit der aktuellen Wirtschaftsentwicklung verbundene Arbeitslosigkeit im Versicherungssystem des SGB III zuletzt weiter an. Jedoch verringerte sich die Arbeitslosigkeit im Grundsicherungssystem des SGB II in ähnlichem Umfang. Auch die gesamte Unterbeschäftigung blieb unverändert, was auf einen konstanten Umfang arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen schließen lässt. Die Arbeitslosigkeit dürfte in den nächsten Monaten dem IAB-Barometer Arbeitslosigkeit zufolge eher etwas steigen.

1.5 Energierohstoffpreise im April weiter gestiegen

Die Ölpreise zogen auch im April weiter an und waren zugleich von erhöhter Volatilität geprägt. Dies spiegelte die angespannte geopolitische Lage im Nahen Osten wider. Zwar wurde Anfang April eine temporäre Waffenruhe vereinbart, die anschließenden Verhandlungen blieben jedoch bisher ohne nennenswerte Erfolge, sodass eine spürbare Entspannung auf den Energiemärkten ausblieb. Die für den globalen Öl- und Flüssiggashandel zentrale Route durch die Straße von Hormus blieb blockiert. Vor diesem Hintergrund schwankte der Preis für Rohöl im April auf einem stark erhöhten Niveau. Zuletzt kostete ein Fass der Sorte Brent 103 US-$ und damit 46 % mehr als zu Beginn des aktuellen Konflikts. Die Preise für Erdgas gaben gegenüber März etwas nach auf 41 € pro Megawattstunde, liegen aber weiterhin rund 28 % über dem Stand vor dem Konflikt.

1.6 Inflationsrate im März wegen Krieges im Nahen Osten deutlich auf 2,8 % gestiegen

Im Inlandsabsatz zogen die gewerblichen Erzeugerpreise im März gegenüber Februar saisonbereinigt spürbar an. Maßgeblich hierfür waren vor allem die höheren Energiepreise. Aber auch ohne Berücksichtigung der Energiekomponente war ein moderater Anstieg zu verzeichnen. Im Vorjahresvergleich blieben die gewerblichen Erzeugerpreise nahezu unverändert (- 0,2 %). Die saisonbereinigten Einfuhrpreise stagnierten im Februar, dem letzten verfügbaren Berichtsmonat. Sie beziehen sich also auf die Zeit vor dem Ausbruch des Krieges im Nahen Osten. Während die Einfuhrpreise ohne Energie gegenüber dem Vormonat marginal sanken, erhöhten sich die

Energiepreise leicht. Im Vergleich zum Vorjahr gingen die Einfuhrpreise um 2,3 % zurück.

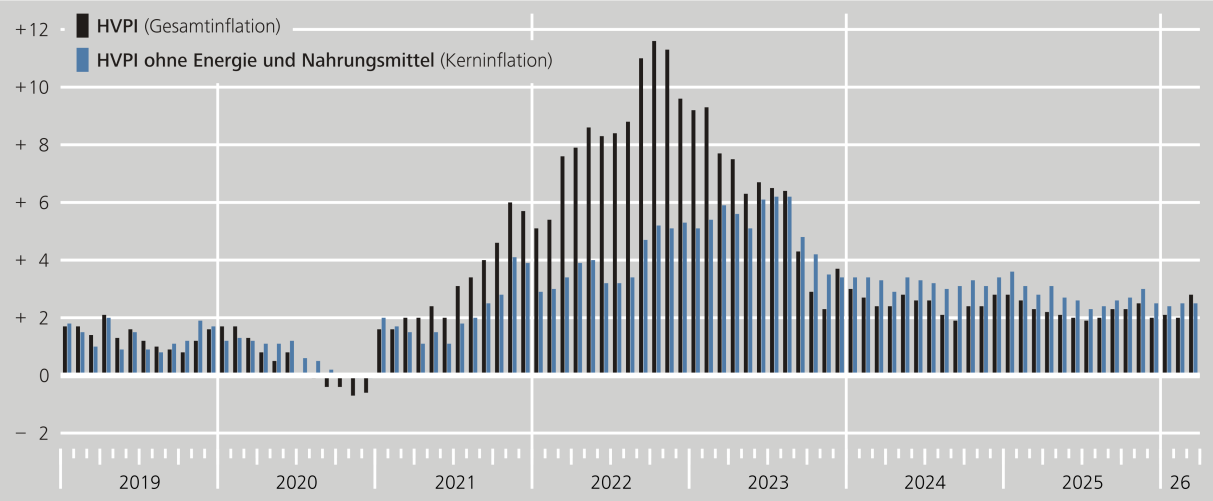
Die Verbraucherpreise stiegen im März aufgrund des Krieges im Nahen Osten kräftig an. Im Vormonatsvergleich erhöhte sich der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) saisonbereinigt um 0,9 %, nach 0,2 % im Februar. Der deutliche Anstieg im März ist vor allem auf merklich höhere Energiepreise zurückzuführen, insbesondere für Kraftstoffe und Heizöl. Darin spiegeln sich die unmittelbaren Auswirkungen der im Zuge des Konflikts im Nahen Osten gestiegenen Rohölpreise wider. Die Preise für Diesel und Heizöl sind sogar noch stärker gestiegen, als es der Anstieg der Rohölpreise allein nahelegen würde. Auch die Nahrungsmittelpreise zogen im März wieder etwas an, nachdem sie im Vormonat noch stagniert hatten. Dazu trugen unter anderem kräftige Preissteigerungen bei Tabakprodukten bei. Die Preise für Dienstleistungen erhöhten sich weiter, was vor allem auf reisebezogene Dienstleistungen zurückzuführen war. Auch die Preise für Industriegüter ohne Energie legten moderat zu. In der Vorjahresbetrachtung erhöhte sich die Gesamtteuerungsrate energiepreisbedingt stark von 2,0 % im Februar auf 2,8 % im März.[6)] Die Kernrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) lag hingegen unverändert bei 2,5 %.

6 Die Vorjahresrate des nationalen Verbraucherpreisindex (VPI) stieg ebenfalls deutlich (von 1,9 % auf 2,7 %).

Gesamt- und Kerninflation in Deutschland

Schaubild 1.4

Veränderung gegenüber Vorjahr in %, monatlich



Quelle: Eurostat.
Deutsche Bundesbank

Die Inflationsrate dürfte in den kommenden Monaten deutlich erhöht bleiben. Dauer und Ausmaß des Inflationsschubes hängen jedoch stark von der weiteren Entwicklung des Konflikts im Nahen Osten ab. Während sich die stark gestiegenen Rohölpreise unmittelbar auf der Verbraucherstufe bemerkbar machten, werden die privaten Haushalte die höheren Großhandelspreise für Gas und Strom voraussichtlich erst zeitverzögert spüren. Denn die Beschaffungsstrategie der Gas- und Stromversorger ist langfristig angelegt. Zudem garantieren die Lieferverträge mit Haushaltskunden üblicherweise für eine gewisse Zeit Festpreise. Daher werden kurzfristige Preisschwankungen an den Großhandelsmärkten nur verzögert an die Endkunden weitergegeben. Die höheren Energierohstoffpreise dürften sich in den kommenden Monaten zunehmend auch auf andere Komponenten des HVPI-Warenkorbs auswirken. Dies geschieht insbesondere über steigende Produktions- und Transportkosten sowie über die Verteuerung energieintensiver Vorleistungen, wie zum Beispiel Düngemittel. Von diesen indirekten Effekten betroffen sind vor allem die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel und Industriegüter ohne Energie, aber auch energieintensive Dienstleistungen, wie etwa Flugreisen. Das Ausmaß der indirekten Effekte ist jedoch ebenso wie dasjenige der direkten Effekte nur mit erheblicher Unsicherheit abzuschätzen. Es hängt maßgeblich von Dauer und Stärke des Energiepreisanstiegs ab. Zudem besteht die Möglichkeit von Zweitrundeneffekten, beispielsweise wenn sich der initiale Preisschock in der Lohn- und nachfolgend in der Preissetzung niederschlägt. Derartige Effekte dürften erfahrungsgemäß allerdings erst mit einer relativ großen Verzögerung auftreten. Die von der Bundesregierung ins Auge gefasste vorübergehende Senkung der Energiesteuer auf Benzin und Diesel dürfte die Inflationsrate in den vorgesehenen zwei Monaten um etwa ¼ Prozentpunkt senken.

2 Öffentliche Finanzen

2.1 Zur Maastricht-Verschuldung Deutschlands

2025 stiegen die deutschen Staatsschulden um 144 Mrd € auf 2,8 Billionen €. [7)] Die Schulden des Bundes nahmen mit 107 Mrd € am stärksten zu. [8)] Der Schuldenzuwachs der Bundesländer und Gemeinden lag bei 19 Mrd € beziehungsweise 25 Mrd €. Die Schulden der Sozialversicherungen stiegen von 3 Mrd € auf 7 Mrd €. Diese Schulden sind zum weit überwiegenden Teil innerstaatliche Kreditaufnahmen beim Bund.

Die deutsche Staatsschuldenquote nahm 2025 um 1,3 Prozentpunkte zu und lag bei 63,5 %. Der Anstieg des nominalen BIP (im Nenner) senkte die Schuldenquote für sich genommen um 2,0 Prozentpunkte. Ohne diesen Effekt erhöhten die zusätzlichen Schulden die Schuldenquote um (rechnerisch) 3,3 Prozentpunkte.

Der Schuldenanstieg um 144 Mrd € war höher als das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit (119 Mrd €). Dies liegt daran, dass mit einem Teil der Schulden Finanzvermögen aufgebaut wurde und ein Erwerb von Finanzvermögen das Defizit nicht erhöht.

7 Die Bundesbank ermittelt jeweils im Frühjahr und im Herbst den deutschen Schuldenstand in der EU-weit harmonisierten Abgrenzung des Maastricht-Vertrages. Vgl. dazu: Deutsche Bundesbank (2026c). Das Statistische Bundesamt ermittelt das Maastricht-Defizit.

8 Im gesamtstaatlichen Maastricht-Schuldenstand werden die Schulden der einzelnen Teilsektoren des Staates untereinander (zum Beispiel Schulden der Länder beim Bund) nicht berücksichtigt (konsolidiert). Die präsentierten Angaben für die einzelnen Teilsektoren enthalten diese Schulden aber. Deswegen stimmt die Summe der Angaben zu den Teilsektoren nicht mit den gesamtstaatlichen Angaben überein.

2.2 Zum Anteil Deutschlands an der Verschuldung der EU-Institutionen 2025

Die EU nimmt seit einigen Jahren verstärkt gemeinsame Schulden am Kapitalmarkt auf. 2025 sind diese gemeinsamen EU-Schulden weiter gestiegen. Hauptgrund dafür ist die Neuverschuldung für das Aufbauprogramm Next Generation EU (NGEU) und für weitere Hilfskredite an die Ukraine.

Für eine umfassende Analyse der nationalen Staatsfinanzen sind diese gemeinsamen Schulden ebenso zu berücksichtigen wie die nationalen Schulden. Denn nach heutigem Stand müssen die Mitgliedstaaten einen Großteil davon über höhere Beiträge zum EU-Haushalt bedienen. Derzeit bemessen sich die EU-Beiträge grob nach dem wirtschaftlichen Gewicht der Mitgliedstaaten, das heißt ihrem Anteil am EU-Bruttonationaleinkommen (EU-BNE). Daher rechnet die Bundesbank Deutschland die betreffenden gemeinsamen Schulden mit seinem Anteil am EU-BNE nachrichtlich zu. Dies entspricht dem voraussichtlichen zukünftigen deutschen Finanzierungsanteil. [9)]

9 Neben der Bundesbank weist mittlerweile auch die Niederländische Zentralbank den nationalen Schuldenstand nachrichtlich um EU-Anteile erweitert aus. Dabei rechnet sie die europäischen Schulden ebenfalls anhand des nationalen Anteils am EU-BNE zu. Vgl.: De Nederlandsche Bank (2025).

Exkurs

Transparenz über EU-Schulden und EU-Finanzen durch einheitliche Berichtspflichten weiter erhöhen

Die Berichtspflichten zu den EU-Finanzen sind deutlich schwächer als die der Mitgliedstaaten zu ihren nationalen Staatsfinanzen. Dies wird der Bedeutung der EU-Finanzen für die ökonomische Analyse nicht gerecht. Es wurden in den letzten Jahren aber bereits einige Fortschritte erzielt.

Eurostat veröffentlicht seit einigen Jahren Daten zur Maastricht-Verschuldung und zum Maastricht-Defizit der EU-Institutionen. Ergänzend dazu veröffentlicht Eurostat Maastricht-Schulden nach Abzug der Finanzvermögensbestände gegenüber EU-Staaten. Das erweiterte Berichtswesen war ein wichtiger Schritt, vor allem damit diese Schulden bei der Analyse der nationalen Fiskalpolitik mit in den Blick genommen werden können.

Derzeit liegen die Angaben zu den Defiziten und Schulden der EU-Ebene jedoch später vor als die nationalen Zahlen. Während die Mitgliedstaaten Defizit und Schuldenstand des Vorjahres bereits im Frühjahr veröffentlichen, legt Eurostat korrespondierende Zahlen der EU-Ebene erst im Juli vor. Zudem ist das statistische Lieferprogramm der Mitgliedstaaten weiterhin deutlich umfangreicher.

Die Berichterstattung zu den Finanzen der EU würde gestärkt, wenn Eurostat die harmonisierten Zahlen zeitgleich mit den nationalen Angaben und in ähnlicher Detailtiefe veröffentlichte. Um dies zu erreichen, ist empfehlenswert, die Berichtspflichten der EU inhaltlich und zeitlich an jene der Mitgliedstaaten anzugleichen. So veröffentlicht Eurostat Defizit und Schuldenstände der Mitgliedstaaten gegen Ende April. Dies sollte auch für den Schuldenstand und das Defizit der EU-Ebene in Betracht gezogen werden. Zudem könnte der Umfang des Lieferprogramms stärker als bisher angeglichen werden, etwa mit Blick auf staatliche Einnahmen und Ausgaben.

Die Bundesbank rechnet Deutschland Teile der EU-Schulden nachrichtlich zu. Dabei werden nur die „konsolidierten" Schulden der EU-Institutionen berücksichtigt. [10)] Das bedeutet: Berücksichtigt werden alle Schulden, die die EU aufgenommen hat, abzüglich Forderungen, die die EU gegen die Mitgliedstaaten hat. Damit bildet der konsolidierte Schuldenstand der EU hauptsächlich NGEU-Transfers sowie Kredite an Länder außerhalb der EU (Makrofinanzhilfen) ab. Nicht enthalten sind hingegen EU-Schulden, die Kredite an EU-Mitgliedstaaten finanzieren. Dazu gehören NGEU-Kredite oder Kredite des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Diese Kredite erhöhen den nationalen Schuldenstand der kreditnehmenden Länder, die auch Zins und Tilgung an die EU beziehungsweise den ESM leisten. Mit diesen Zuflüssen begleicht dann wiederum die EU-Ebene Zins und Tilgung der korrespondierenden eigenen Schulden.

Die konsolidierte EU-Verschuldung lag Ende 2025 bei schätzungsweise 386 Mrd € oder knapp 2,1 % des Bruttoinlandsprodukts der EU (EU-BIP, siehe Schaubild 1.5). [11)] Darin einbezogen sind 297 Mrd € an Krediten für NGEU-Transfers, 76 Mrd € an Makrofinanzhilfen und 82 Mrd € an Krediten für noch nicht ausgezahlte NGEU-Leistungen. Abgezogen ist ein Restposten, der auf 69 Mrd € geschätzt ist. [12)]

10 Hier wird die vereinfachende Bezeichnung „EU-Institutionen" verwendet. Die offizielle Bezeichnung des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG) lautet „Organe und Einrichtungen der EU". Für eine ausführliche Beschreibung, wie sich die Schulden der EU-Institutionen zusammensetzen, vgl.: Deutsche Bundesbank (2024).

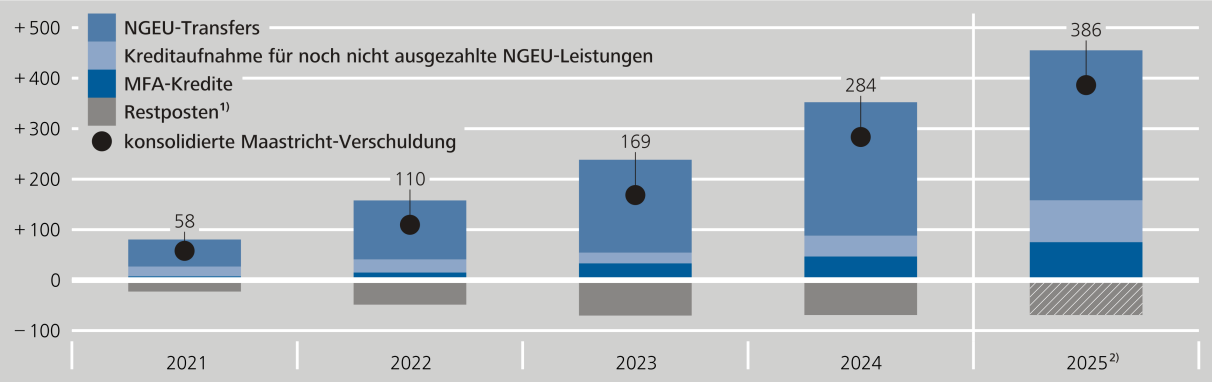
11 Eurostat veröffentlicht voraussichtlich erst im Juli 2026 die EU-Verschuldung 2025. Deswegen kann sie derzeit nur abgeschätzt werden. Dies ist möglich, da bereits an anderen Stellen wesentliche Bestandteile der konsolidierten EU-Verschuldung veröffentlicht sind. Vgl.: Europäische Kommission (2026).

12 Der Restposten enthält vor allem Anleihebestände des ESM und des Bankenabwicklungsfonds (Single Resolution Fund, SRF) sowie Einlagen, die die Europäische Kommission direkt bei den Mitgliedstaaten hält. Diesen Forderungen stehen keine Verbindlichkeiten gegenüber. Daher mindern sie die konsolidierte EU-Verschuldung. Es wird angenommen, dass sich der Restposten gegenüber dem Vorjahr nicht verändert hat. Die tatsächliche Höhe wird sich erst anhand der Eurostat-Zahlen zur EU-Verschuldung 2025 ermitteln lassen.

Maastricht-Verschuldung der EU konsolidiert um Forderungen gegenüber den Mitgliedstaaten

Schaubild 1.5

Mrd €



Quellen: Eurostat, Europäische Kommission und eigene Berechnungen **1** Der Restposten besteht vor allem aus Forderungen des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und des Europäischen Bankenabwicklungsfonds (SRF) gegenüber den Mitgliedstaaten in Form von Anleihen, die die Mitgliedstaaten begeben haben. **2** Eigene Schätzung auf Basis der Vorjahreswerte und veröffentlichter Daten der Europäische Kommission zur Schuldenaufnahme 2025 und den Kreditprogrammen des EU-Haushalts. Angaben zum Restposten liegen noch nicht vor. Daher wird der Vorjahreswert fortgeschrieben.

Deutsche Bundesbank

Der deutsche Anteil am konsolidierten EU-Schuldenstand betrug 2025 damit 95 Mrd € oder 2,1 % des deutschen BIP (siehe Schaubild 1.6). [13] **Die darum „erweiterte" deutsche Schuldenquote lag bei 65,6 %.** Der Zuordnung liegt der deutsche Anteil am EU-BNE von 25 % zugrunde. Da sich die zurechenbare EU-Verschuldung gegenüber dem Vorjahr erhöhte, stieg die erweiterte deutsche Schuldenquote stärker als die nationale Kennzahl.

Auch in diesem und dem nächsten Jahr dürfte der zurechenbare deutsche Anteil am konsolidierten EU-Schuldenstand deutlich steigen. Er könnte 2027 rund 150 Mrd € oder rund 3 % des deutschen BIP erreichen.

- 2026 kommen weitere gemeinsame Schulden für die noch ausstehenden NGEU-Transfers hinzu. Dies dürfte den deutschen Anteil an der EU-Verschuldung um bis zu 31 Mrd € oder 0,7 % des BIP erhöhen.

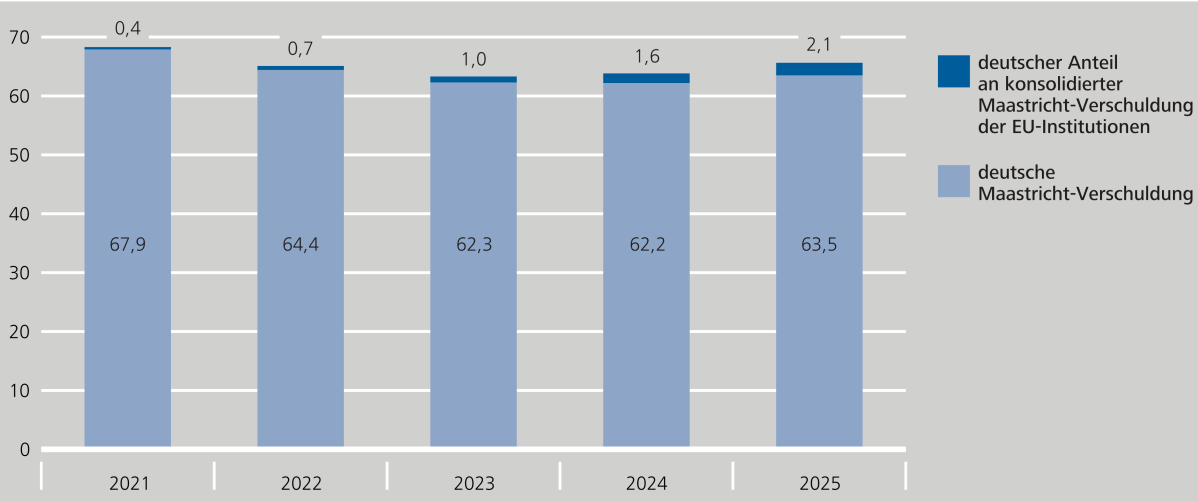
13 In ihrer Pressemitteilung vom 31. März 2026 zum deutschen Maastricht-Schuldenstand 2025 schätzte die Bundesbank noch einen höheren Wert für die konsolidierte EU-Verschuldung 2025 und wies einen entsprechend höheren deutschen Anteil aus. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2026c).

- Zusätzlich beschlossen die Mitgliedstaaten Anfang 2026 einen weiteren Ukraine-Kredit von 90 Mrd € (Ukraine Support Loan). Davon sollen in diesem und im nächsten Jahr jeweils 45 Mrd € ausgezahlt werden.[14)] Da Tschechien, Ungarn und die Slowakei diesen Kredit nicht mitfinanzieren, tragen die übrigen Mitgliedstaaten und damit auch Deutschland einen größeren Anteil. Für die Zurechnung der für diesen Kredit aufgenommenen Schulden erhöht sich der deutsche Anteil am EU-BNE leicht auf 25,6 %. Die gemeinsame Kreditaufnahme für diesen Kredit dürfte den deutschen Anteil an den europäischen Schulden bis Ende 2027 um weitere 23 Mrd € oder 0,5 % des BIP erhöhen.

Deutscher Schuldenstand und Anteil an der konsolidierten EU-Verschuldung

Schaubild 1.6

in % des BIP



Quellen: Eurostat, Europäische Kommission und eigene Berechnungen.
Deutsche Bundesbank

14 Damit die Mittel fließen können, ist noch ein Beschluss des zuständigen Ministerrats nötig. Hierzu fehlte bislang die Zustimmung Ungarns.

2.3 Kommunalfinanzen

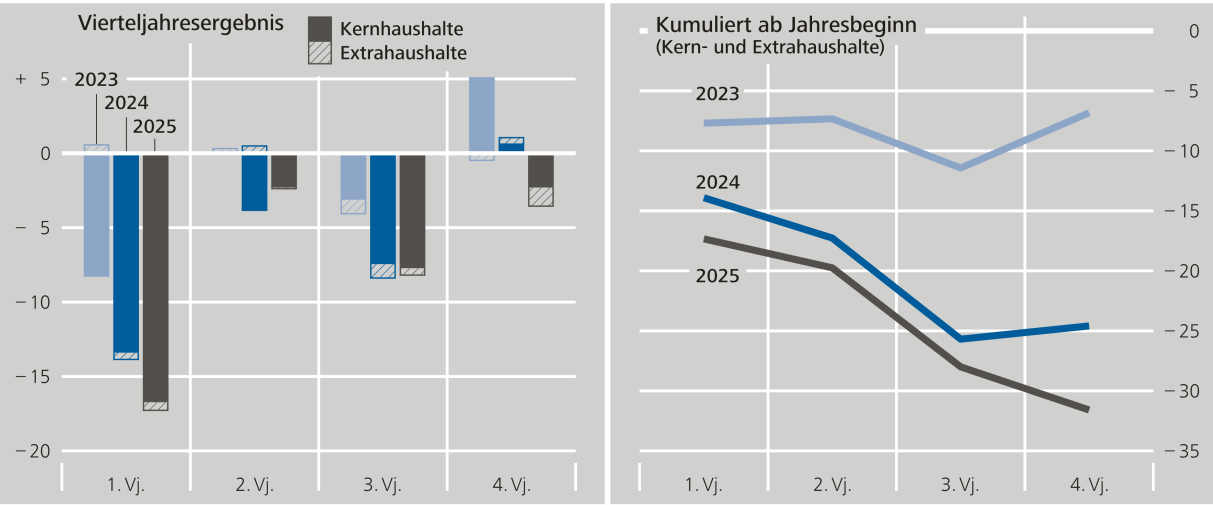
2.3.1 Entwicklung 2025

Die Kommunen (Kern- und Extrahaushalte) schlossen das Jahr 2025 mit einem sehr hohen Defizit ab. [15)] Mit 32 Mrd € legte es gegenüber 2024 noch um 7 Mrd € zu.

Finanzierungssalden der Gemeindehaushalte

Schaubild 1.7

Mrd €



Quelle: Statistisches Bundesamt.
Deutsche Bundesbank

15 Nicht einbezogen sind die Gemeindefinanzen der Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen. Die Kassenstatistik weist deren Gemeindefinanzen jeweils aggregiert mit der Landesebene aus.

Die Einnahmen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 4 % (+ 15 Mrd €). Die Steuereinnahmen wuchsen um 3½ % (+ 4½ Mrd €). Darunter stiegen die Einnahmen aus ihrem Einkommensteueranteil mit 7½ % besonders stark. Die gewichtige Gewerbesteuer legte dagegen nur um 1 % zu. Die Erträge aus der Grundsteuer änderten sich kaum. Durch die vorangegangene Reform hat sich wohl vor allem die Verteilung der Steuerlast zwischen einzelnen Steuerpflichtigen verschoben. Nach derzeitigem Stand nutzten die Gemeinden bisher kaum die neue Grundsteuer C, die unbebautes Bauland verteuern soll. Die Zuweisungen und Erstattungen, die Gemeinden von den Ländern erhalten, wuchsen um 4 % (+ 6½ Mrd €). Dämpfend wirkte dabei, dass die Investitionszuweisungen stagnierten. Die Gebühreneinnahmen stiegen um 5 % (+ 2½ Mrd €). Anders als in den beiden Vorjahren scheint die Entwicklung kaum dadurch beeinflusst worden zu sein, dass weitere Einheiten statistisch den Gemeinden zugeordnet wurden. Dies gilt sowohl für die Einnahmen- als auch für die Ausgabenzuwächse. [16)]

Die Ausgaben legten um 5½ % zu (+ 22 Mrd €). Die Personalausgaben wuchsen dabei überdurchschnittlich mit 7 %. Ausschlaggebend dürften vor allem angehobene Tarifverdienste und Sozialbeitragssätze sowie Besoldungen gewesen sein. Die Sozialausgaben stiegen mit 6 % ebenfalls kräftig. Dies lag vor allem an höheren Ausgaben für Eingliederungs- sowie für Kinder- und Jugendhilfe. Die Ausgaben für Unterkunftsleistungen beim Bürgergeld stagnierten nahezu, und die Ausgaben für Asylbewerberleistungen gingen deutlich zurück. Der laufende Sachaufwand stieg mit 4 %. Die Zinsausgaben legten zwar kräftig um 14 % zu (+ ½ Mrd €), blieben aber auf 1 % der Gesamtausgaben begrenzt. Die Sachinvestitionen wuchsen um 3½ % auf 54 Mrd €. In fünf der 13 Flächenländer sanken oder stagnierten sie. Inwieweit die Aussicht auf Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (IK) die Investitionen dabei beeinflusst hat, ist unklar.

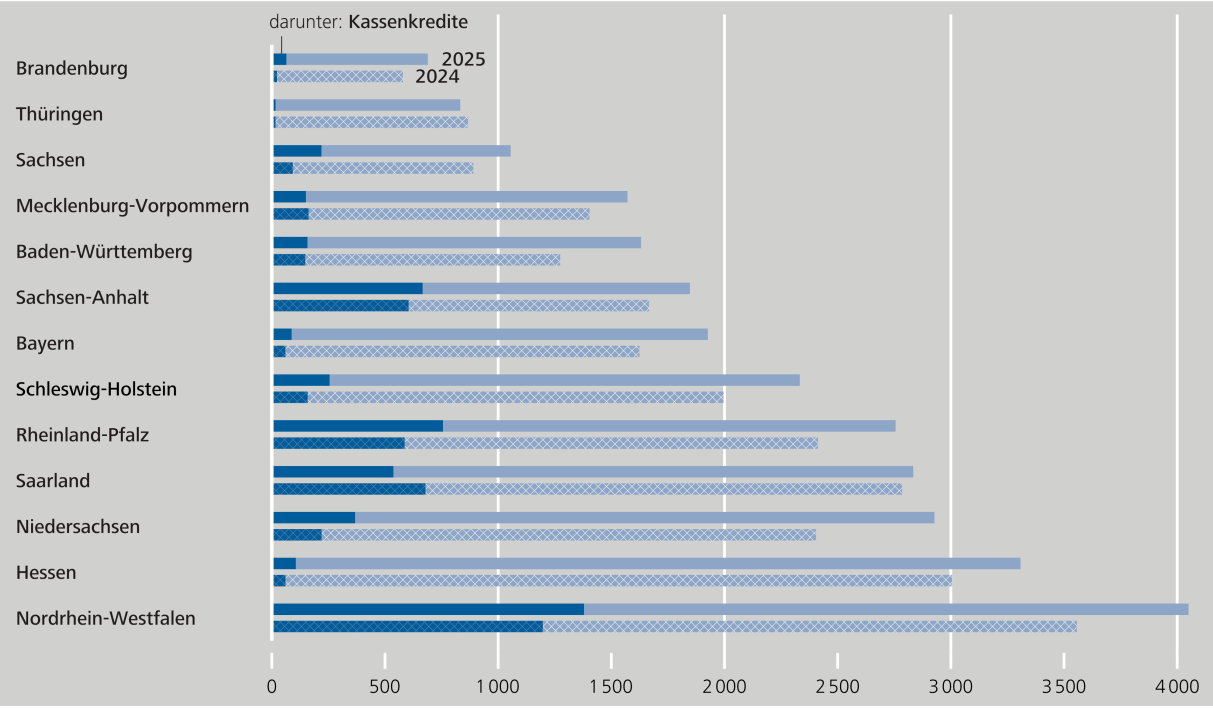
16 In den Vorjahren erhöhte die Einbeziehung des öffentlichen Personennahverkehrs in den Berichtskreis der kommunalen Finanzstatistik die Einnahmen und Ausgabenzuwächse stark. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2025a).

Die kommunalen Schulden nahmen im letzten Jahr beträchtlich zu, um 27 Mrd € auf 196 Mrd €.[17] **Dies galt nicht zuletzt auch für die Kassenkredite, was auf eine beträchtliche Haushaltsanspannung hindeutet.** Letztere wuchsen um 7 Mrd € auf 39 Mrd € an. Das Haushaltsrecht erlaubt deren Einsatz eigentlich nur, um Liquiditätsengpässe zu überbrücken. Zum Abschluss eines Haushaltsjahres sollten insofern nur kleinere Restbestände zu beobachten sein. Die Kassenkredite konzentrierten sich weiterhin stark auf die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen (25 Mrd € oder beinahe 1 400 € pro Kopf). Dort war auch der Pro-Kopf-Anstieg am stärksten (+ 180 € pro Kopf), dicht gefolgt von den Gemeinden von Rheinland-Pfalz (+ 170 €). Ein spürbarer Rückgang stand bei den saarländischen Gemeinden zu Buche (- 140 € pro Kopf). Hier scheint es noch Auswirkungen des Saarlandpakts zur Teilentschuldung über das Land gegeben zu haben. Außerdem leistete das Land höhere Zahlungen im kommunalen Finanzausgleich. Die Gesamtschulden der Gemeinden legten hier aber ausgehend von einem bereits hohen Niveau leicht zu.

17 Gesamtschulden gegenüber dem nicht-öffentlichen Bereich.

Schulden der kommunalen Kern- und Extrahaushalte beim nicht-öffentlichen Bereich*) Schaubild 1.8

€ pro Kopf



Quelle: Statistisches Bundesamt. * Durchschnitt pro Kopf: 2024: 2 191€, darunter 411€ Kassenkredite; 2025: 2 541€ darunter 499€ Kassenkredite.
Deutsche Bundesbank

2.3.2 Ausblick 2026: kommunale Investitionen und Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität

Die Kommunalfinanzen bleiben auch im laufenden Jahr unter Druck. Das Defizit könnte durch die temporären Zuschüsse aus dem Sondervermögen IK sinken. Diese werden vermutlich schon 2026 recht umfangreich zufließen und sind nicht an den Nachweis steigender Investitionsausgaben gebunden. Zudem könnten die Länder auf die anhaltende Haushaltsanspannung ihrer Kommunen mit höheren Zuschüssen aus Landesmitteln reagieren. Ausgabenseitig zeichnen sich keine größeren Entlastungen ab.

Aus den Krediten des Sondervermögens IK finanziert der Bund letztlich auch Investitionen von Ländern und Gemeinden.[18)] Die Länder erhalten dazu insgesamt 100 Mrd € aus dem Sondervermögen. Davon wollen sie offenbar gut die Hälfte an ihre Gemeinden für deren Investitionen weitergeben. Mittel für Investitionsmaßnahmen können bis Ende 2036 bewilligt werden. Die Maßnahmen müssen dann bis Ende 2042 abgeschlossen sein. Eine jährliche Obergrenze für Abrufe gibt es nicht. Die Mittel werden auf die einzelnen Länder im Wesentlichen gemäß der Steuerkraft nach bundesstaatlichem Finanzausgleich aufgeteilt.

Die Gemeinden können die empfangenen Mittel aus dem Sondervermögen breit verwenden und müssen ihre Investitionen gegenüber 2024 nicht erhöhen. Neben den Bereichen mit engem Infrastrukturbezug wie Verkehrswege und Schulen stehen die Mittel etwa auch für Sportstätten und Wohnungsbau bereit. Das Sondervermögen soll zwar zusätzliche Investitionen finanzieren. Die Länder hatten aber ein formales Kriterium zur Beurteilung der Zusätzlichkeit für ihren Teil der Mittel abgelehnt. Passend dazu machen sie nun auch ihren Kommunen keine konkreten Vorgaben dazu. Daher könnten viele Kommunen damit Investitionen finanzieren, die sie andernfalls aus eigenen Haushaltsmitteln bestritten oder angesichts der Haushaltsdefizite aufgeschoben hätten. Die Mittel aus dem Sondervermögen könnten so zwar helfen, die kommunalen Investitionen zu verstetigen. Ein stärkerer Anstieg gegenüber 2024 ist aber nicht zu erwarten.

Schon im laufenden Jahr könnten recht umfangreich Mittel aus dem Sondervermögen an die Kommunen fließen. So steht der Großteil der Gesamtmittel pauschal für investive Projekte ab 2025 bereit (insbesondere in Baden-Württemberg und Hessen). Die Gemeinden können folglich bereits 2026 vergleichsweise rasch und umfangreich Mittel abrufen. Teile der Mittel geben Länder aber auch über landesspezifische Förderprogramme weiter. Auf diesem Wege könnten die Mittel merklich langsamer abfließen.

18 Vgl. allgemeiner zum Sondervermögen: Deutsche Bundesbank (2025b).

Um die Infrastruktur tatsächlich zu verbessern, ist es empfehlenswert, dass die Gemeinden die Mittel aus dem Sondervermögen nutzen, um ihre Investitionen zu erhöhen. Verschiedene Studien weisen auf erhebliche Investitionsbedarfe bei den Gemeinden hin. [19)] Daher sind höhere Investitionen auch ohne rechtliche Bindung für die Zuschüsse des Sondervermögens IK und trotz Konsolidierungsbedarfs zu empfehlen. Zusätzliches Momentum für die Infrastruktur und zugleich für insgesamt effizientere staatliche Leistungen gibt es auch durch neue Beschlüsse und Vorhaben, um Verwaltung und Verfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen, insbesondere durch Bürokratieabbau, Digitalisierung und effizientere föderale Strukturen. Allerdings verliefen Digitalisierungs- und Harmonisierungsvorhaben bislang oft schleppend. [20)]

Soweit die Kommunen mit den investiven Bundesmitteln strukturelle Lücken in ihren Haushalten schließen, schieben sie Handlungsbedarfe nur auf. Denn die Nachholbedarfe bei der Infrastruktur sinken dann nicht, und die Mittel aus dem Sondervermögen sind endlich. Zudem wird so nur der aktuelle umfangreiche Konsolidierungsbedarf verschleppt. Die Länder sind dabei über die Haushaltsaufsicht maßgeblich mitverantwortlich, dies zu verhindern. Zu einer effektiven Aufsicht passt es nicht, dass die kommunalen Kassenkredite erneut deutlich gestiegen sind. Um die Aufsicht zu sensibilisieren und um zu verhindern, dass sich die Kassenkredite wieder hochschaukeln, könnte vorgegeben werden, dass Kommunen überjährige Kassenkredite nur noch bei ihrem Land aufnehmen dürfen. Naheliegend wäre dabei, dass die Länder solche Kredite auf ihren eigenen Kreditspielraum im Rahmen der Schuldenbremse anrechnen müssen. [21)]

In diesem Beitrag wurden Daten bis zum 21. April 2026, 11:00 Uhr berücksichtigt.

19 Vgl. zu einer Übersicht: Deutsche Bundesbank (2026d).

20 So etwa beim 2017 beschlossenen Onlinezugangsgesetz (OZG), gemäß dem Verwaltungsleistungen bis Ende 2022 flächendeckend digitalisiert werden sollten. Dazu stellte der Nationale Normenkontrollrat fest, dass zwei Monate vor Ende 2022 erst 33 von 575 Verwaltungsleistungen flächendeckend digital verfügbar waren (vgl.: Nationaler Normenkontrollrat (2022), S. 5). Auch Anfang 2025 stellte der Normenkontrollrat mit Bezug auf das OZG fest, dass der flächendeckende Rollout für die meisten Online-Services noch nicht abgeschlossen sei (vgl.: Nationaler Normenkontrollrat (2025), S. 13).

21 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2025b).

Literaturverzeichnis

De Nederlandsche Bank (2025), What is the Dutch share of EU debt?, 10. November 2025.

Deutsche Bundesbank (2026a), Kurzberichte: Konjunkturlage und Öffentliche Finanzen, Monatsbericht, März 2026.

Deutsche Bundesbank (2026b), Januar-Ergebnisse der Umfrage zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey) in Deutschland, Pressenotiz vom 3. Februar 2026.

Deutsche Bundesbank (2026c), Deutsche Staatsschulden wachsen 2025 um 144 Milliarden Euro auf 2,8 Billionen Euro, Schuldenquote steigt von 62,2 auf 63,5 Prozent, Pressenotiz vom 31. März 2026.

Deutsche Bundesbank (2026d), Staatliche Investitionen: neue Kreditspielräume auf Infrastruktur ausrichten, Monatsbericht, Januar 2026.

Deutsche Bundesbank (2025a), Kurzberichte: Konjunkturlage und Öffentliche Finanzen, Monatsbericht, April 2025.

Deutsche Bundesbank (2025b), Länderfinanzen 2024: Lage verschlechtert, Gemeinden mit hohem Defizit, Monatsbericht, Oktober 2025.

Deutsche Bundesbank (2024), Kurzberichte, Monatsbericht, April 2024.

Europäische Kommission (2026), Half-yearly report on the implementation of borrowing, debt management and related lending operations pursuant to Article 13 of Commission Implementing Decision C(2023)8010, 14. April 2026.

Nationaler Normenkontrollrat (2025), Bündelung im Föderalstaat. Zeitgemäße Aufgabenorganisation für eine leistungsfähige und resiliente Verwaltung.

Nationaler Normenkontrollrat (2022), Jahresbericht 2022. Bürokratieabbau in der Zeitenwende.

Statistisches Bundesamt (2026), Kommunen verzeichnen im Jahr 2025 neues Rekorddefizit von 31,9 Milliarden Euro, Pressemitteilung Nr. 114 vom 1. April 2026.

Verband der deutschen Automobilindustrie (2026), Inländische Pkw-Produktion legt im März leicht zu, Pressemitteilung vom 7. April 2026.

Nachhaltigkeitsrisiken in der Bankenaufsicht

Der Klimawandel und die Transformation hin zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Wirtschaft stellen den Finanzsektor vor neue Herausforderungen. Banken sollten sich verstärkt mit den physischen Auswirkungen von Umweltrisiken auf ihre Portfolios auseinandersetzen, da diese in Zukunft zunehmen werden. Die Bankenaufsicht betrachtet ihrerseits Nachhaltigkeitsrisiken im Rahmen ihres Mandats. Die Bundesbank setzt sich dafür ein, dass Nachhaltigkeitsrisiken angemessen in das aufsichtliche Rahmenwerk integriert werden und dass Banken die für sie entstehenden Nachhaltigkeitsrisiken risikoorientiert steuern. Dabei werden Umwelt-, soziale und Governance-Risiken (ESG-Risiken) nicht als weitere, eigenständige Risikoklasse, sondern als Treiber der klassischen Risikoarten, wie zum Beispiel Kreditrisiko, betrachtet.

Im Rahmen der Regulierung wurden alle drei Säulen des bankaufsichtlichen Rahmenwerks auf mögliche Anpassungen geprüft. Der Schwerpunkt der bisherigen Arbeiten liegt bei den qualitativen Bestimmungen der Säule 2, wo es bereits umfassende Anforderungen an das Risikomanagement der Banken gibt. Ergänzend ist eine angemessene Offenlegung (Säule 3) wichtig für die Markttransparenz; hier wurden entsprechende Standards entwickelt. ESG-spezifische Kapitalanforderungen (Säule 1) dagegen werden bisher nur sehr gezielt eingesetzt, etwa bei der Bewertung von Sicherheiten. Alle genannten Anforderungen sind proportional zur Größe des Instituts sowie zu Art, Komplexität, Umfang und Risikogehalt des Geschäfts gestaltet. Die Prinzipienorientierung in der laufenden Aufsicht gewährleistet, dass die Banken nicht starre Vorgaben erfüllen müssen, sondern sich auf die für sie relevanten ESG-Risiken beschränken können.

Banken haben in den letzten Jahren deutliche Fortschritte beim Umgang mit ESG-Risiken gemacht. Alle im Rahmen einer Umfrage untersuchten Banken berücksichtigen den Einfluss von ESG-Faktoren auf ihre Risiken; die verwendeten Methoden sind zunehmend ausgereift. Lücken bestehen nach wie vor bei der Datenbeschaffung durch Banken.

Die Bundesbank misst dem Thema Nachhaltigkeit weiterhin eine hohe Bedeutung zu und denkt es inhaltlich weiter. So steht im Fokus ihrer Analysen und Forschungsarbeiten zurzeit die Frage, welche Relevanz Naturrisiken für den Finanzsektor haben. Forschungen zum Finanzierungsbedarf für die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft zeigen, dass Banken eine wichtige Rolle bei der Finanzierung des zusätzlichen Investitionsbedarfs spielen werden. Außerdem zeigt ein Projekt der strategischen Vorschau, wie sich der Verlust von Biodiversität in verschiedenen Szenarien auf den Bankensektor auswirken kann. Diese Arbeiten helfen, die regulatorischen und aufsichtlichen Ansätze auf einer fundierten analytischen Basis weiterzuentwickeln.

1 Einleitung

Der Klimawandel und die Transformation hin zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Wirtschaft stellen die Realwirtschaft und damit auch den Finanzsektor vor neue Herausforderungen. Seit die Transformation hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft 2015 im Abkommen von Paris vereinbart wurde, hat sich die Bankenaufsicht verstärkt mit diesem Thema beschäftigt. Stand anfangs im Vordergrund, für Institute und Bankenaufsicht ein Verständnis für die relevanten Risiken zu entwickeln und ein gemeinsames Bewusstsein für deren Relevanz zu schaffen, geht es nunmehr darum, die Banken dabei zu begleiten, die Risiken zu steuern.

Internationale und europäische Regulierung setzen einen Rahmen für den Umgang mit Nachhaltigkeitsrisiken. Nachdem die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) im Jahr 2020 mit einem wegweisenden Fachbeitrag zu Klimarisiken [1)] das Thema auf die Agenda der Bankenaufsicht gesetzt hatte, zeigte sich zunächst, dass nur wenige Banken die Risiken aus dem Klimawandel systematisch in ihrer Risikosteuerung berücksichtigten. [2)] Um zu gewährleisten, dass der Bankensektor insgesamt resilient gegen Klimarisiken ist, haben sowohl der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht Standards erarbeitet als auch die Europäische Union regulatorische Maßnahmen ergriffen. Damit wurde ein Rahmen gesetzt, innerhalb dessen die Banken Nachhaltigkeitsrisiken angemessen berücksichtigen müssen. Die europäische Regulierung betont dabei stärker als der Baseler Ausschuss das Proportionalitätsgebot, da die europäischen Aufsichtsnormen nicht nur für große international tätige Banken gelten.

1 Vgl.: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (2020).
2 Vgl.: Europäische Zentralbank (2022) sowie Deutsche Bundesbank und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (2023).

Die regulatorischen Maßnahmen in Europa stehen im Kontext der Ziele der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung. Mit Blick auf Nachhaltigkeitsrisiken wird meist von ESG-Risiken gesprochen: Umwelt-, soziale und Unternehmensführungsrisiken (environmental, social, governance). Bislang waren sowohl die Erkenntnisse über die Wirkungskanäle als auch der Detailgrad der aufsichtlichen Arbeiten auf Umwelt-, und dabei insbesondere auf Klimarisiken, ausgerichtet.[3)] In jüngster Zeit wächst zudem das Verständnis, welche Risiken aus Natur- und Biodiversitätsverlusten folgen und welche Wechselwirkungen sie mit Klimarisiken haben. Klima- und umweltbedingte Risiken erhalten angesichts ihrer Dringlichkeit und Wesentlichkeit derzeit Vorrang vor sozialen und Governance-Aspekten in der aktuellen Regulierungs- und Aufsichtsarbeit.

Im Rahmen ihres Mandats ordnet die Bundesbank dem Thema Nachhaltigkeit eine hohe Bedeutung zu und arbeitet kontinuierlich daran, die Diskussion über den angemessenen Umgang mit Nachhaltigkeitsrisiken weiter zu gestalten und ganzheitlich zu betrachten. Hinsichtlich Daten und Statistiken wirkt die Bundesbank durch vielfältige Initiativen auf eine Verbesserung der lückenhaften Datenlage im Themenfeld Sustainable Finance hin. So nutzt die Bundesbank innovative Technologien zur Erschließung neuer Datenquellen und setzt sich für die Entwicklung von Standards zur Erfassung des direkten und indirekten Ausstoßes von Treibhausgasen auf Unternehmens- und Produktebene ein. Dabei befasst sie sich mit den Zugangs- und Nutzungsmöglichkeiten von Datenpunkten aus verpflichtenden oder freiwillig erstellten Nachhaltigkeitsberichten der Unternehmen im Rahmen der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) der EU. Für die Öffentlichkeit stellt die Bundesbank Nachhaltigkeitsinformationen auf ihrer Internetseite bereit, unter anderem das Dashboard Green Finance.[4)]

3 Dies steht im Einklang mit der übergeordneten EU-Gesetzgebung, wo der Fokus auch auf Umweltrisiken liegt. Beispielsweise gibt es seit 2020 eine Taxonomie für ökologische Nachhaltigkeit, aber keine vergleichbare für soziale oder Governance-Aspekte.

4 Vgl.: Dashboard Green Finance.

Für den Sicherheitenrahmen des Eurosystems beschloss der EZB-Rat mit dem „Klimafaktor“ im Juli 2025 zudem eine konkrete Maßnahme zum Schutz vor potenziellen Wertverlusten bei Sicherheiten im Falle adverser klimabezogener Transitionsschocks. Diese vorwärtsgerichtete Maßnahme, welche im zweiten Halbjahr 2026 zunächst für Unternehmensanleihen eingeführt werden soll, berücksichtigt neben unternehmensspezifischen Treibhausgasintensitäten und Emissionsminderungszielen unter anderem auch Stresstest-Szenarien auf Sektorebene. Zudem werden Klimarisiken und Nachhaltigkeitsaspekte im Risikocontrolling der Bundesbank berücksichtigt.

Aus bankaufsichtlicher Perspektive sowie übergeordnet zur Wahrung der Finanzstabilität betrachtet die Bundesbank Nachhaltigkeitsrisiken entsprechend ihrer gesetzlichen Mandate aus der Risikosicht. [5)] Die Aufsicht bewertet nicht, ob Geschäftsmodelle der Wirtschaft und des Bankensektors vereinbar mit einem Übergang zur Klimaneutralität sind, sondern überwacht, welche Risiken sich aus dem Klimawandel oder der angestrebten Klimaneutralität der Wirtschaft für einzelne Banken oder den Finanzsektor ergeben können. Sie erwartet, dass Banken die für sie entstehenden Risiken angemessen steuern.

Trotz dieser Risikosicht bewegt sich die Aufsicht im Kontext politischer Entwicklungen. Der Europäische Grüne Deal (2019) [6)] und der Deal für eine saubere Industrie (2023) [7)] geben den Rahmen für die Dekarbonisierung der Wirtschaft vor. Allerdings gibt es zunehmend Widerstand gegen klimapolitische und -regulatorische Maßnahmen, sei es aus politischen oder ideologischen Gründen oder weil andere Themen als wichtiger empfunden werden. Diese Widerstände führten zur Einstellung der Task Force on Climate-related Financial Risks des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht und der Arbeiten zum Klimawandel im Financial Stability Board. Der Baseler Ausschuss wird allerdings die finanziellen Auswirkungen von Extremwetterereignissen auf Banken untersuchen.

5 Siehe: Gesetz zur Überwachung der Finanzstabilität (FinStabG) sowie § 6 Abs. 2 KWG
6 Vgl.: Europäische Kommission (2019).
7 Vgl.: Europäische Kommission (2023).

Die nachvollziehbaren Bestrebungen, Regulierung zu vereinfachen, dürfen nicht dazu führen, dass Banken Risiken nicht mehr angemessen steuern können. Die Omnibus-I-Reform der EU[8)] ist ein Beispiel für die Vereinfachung regulatorischer Anforderungen. Generell gesprochen ist die Angleichung der zum Teil parallel entstandenen Regelwerke zur Nachhaltigkeit sicherlich sinnvoll, sollte aber nicht so weit gehen, dass die Anforderungen nicht mehr ausreichen, um ein stabiles Finanzsystem zu gewährleisten. Dies könnte der Fall sein, wenn Banken ESG-Risiken nicht mehr angemessen steuern können, etwa weil sie die nötigen Informationen ihrer Kreditnehmer nicht erhalten.

Unabhängig vom politischen Umfeld sollten Banken sich mit den physischen Auswirkungen von Umweltrisiken in ihren Portfolios auseinandersetzen. Es ist wissenschaftlicher Konsens, dass klimatische Extremereignisse in Zukunft zunehmen werden, insbesondere wenn weltweit die Transformation der Wirtschaft zur Klimaneutralität weiterhin nur unzureichend vorankommt. Daher ist es wichtig, dass Banken das Thema in ihrem Risikomanagement berücksichtigen. Im Sinne einer risikoorientierten und proportionalen Aufsicht sind die Risiken entsprechend der Art, des Umfangs und der Komplexität des jeweiligen Geschäftsmodells zu steuern.

8 Die Omnibus I-Reform beschreibt ein Beschlusspaket der EU, um mehrere, zusammenhängende Anforderungen an Nachhaltigkeitsberichterstattung und -sorgfaltspflichten zu vereinfachen. Für Details siehe Exkurs „Omnibus-Initiative“.

Dieser Aufsatz stellt entlang der drei Säulen der Bankenaufsicht den Stand der einschlägigen regulatorischen Entwicklungen vor und ergänzt diesen um die Ergebnisse eigener Untersuchungen. [9] Weitere Inhalte sind der Stand der Umsetzung des Risikomanagements bei weniger signifikanten Kreditinstituten und die Diskussion um die Offenlegungsvorschriften in der Realwirtschaft sowie deren Auswirkungen auf den Bankensektor. Zum Themenschwerpunkt der Naturrisiken, die neben Klimarisiken zunehmend in den Fokus rücken, wird vorgestellt, wie sich ein Verlust der Biodiversität auswirken könnte [10] und wie die Kreditvergabe der Banken von Ökosystemleistungen [11] abhängt. Außerdem wird der Finanzierungsbedarf für die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft untersucht. [12] Durch diese Erkenntnisse kann sich die Aufsicht besser auf kommende Entwicklungen einstellen.

9 2023 wurde das Thema bereits im Monatsbericht vorgestellt; vgl.: Deutsche Bundesbank (2023)

10 Siehe Exkurs „Foresight-Projekt der Bundesbank ‚Biodiversitätsrisiken 2040 – die Zukunft der Biodiversität und Implikationen für Gesellschaft und Wirtschaft'"

11 Siehe Exkurs „Banken und Natur: Wie stark ist der Bankensektor in Deutschland von Ökosystemleistungen abhängig?"

12 Siehe Exkurs „Finanzierungsbedarf für die Transformation zur Treibhausgasneutralität in Deutschland: Was kann das deutsche Bankensystem leisten?"

Exkurs

Foresight-Projekt der Bundesbank „Biodiversitätsrisiken 2040 – die Zukunft der Biodiversität und Implikationen für Gesellschaft und Wirtschaft“

Neben dem Klimawandel stellt auch der Verlust von Biodiversität ein erhebliches Umweltrisiko für die Wirtschaft und den Bankensektor [1] **dar.** Dieses Risiko lässt sich allerdings schwer quantifizieren, da angesichts der starken Wechselwirkungen zwischen Ökosystemen, Klima, Gesellschaft und Wirtschaft, potenzieller Kipppunkte sowie fehlender historischer Daten klassische Prognoseansätze an ihre Grenzen stoßen. Die Herausforderung besteht also darin, naturbezogene Risiken und deren Auswirkungen auf die Kreditwirtschaft angemessen zu bewerten.

Die strategische Vorausschau (Foresight) bietet eine Methode, diese Prognoselücke zu schließen. Die Foresight zielt darauf, über den verlässlich prognostizierbaren Horizont hinaus Zukunftsszenarien zu entwickeln und in erster Linie qualitativ zu beschreiben. [2] Die alternativen Szenarien stellen keine festen Vorhersagen dar, sondern zeigen mögliche Entwicklungen auf, die es erlauben, über die bekannten Grenzen hinauszudenken und alternative Zukunftsperspektiven zu erschließen. Diesen Ansatz nutzend hat die Bundesbank in einem Foresight-Projekt mit einem interdisziplinären Team die Auswirkungen der Veränderungen der Biodiversität in Deutschland bis ins Jahr 2040 untersucht.

1 Boldrini et al. (2023) behandeln die Auswirkungen des Verlustes der Biodiversität und anderer naturbezogener Risiken auf die Finanzstabilität. Hiernach werden rund 75 % der Bankkredite im Euroraum an Unternehmen vergeben, die von mindestens einer Ökosystemleistung abhängig sind. Der Bericht hebt hervor, dass Kreditportfolios stark beeinträchtigt werden könnten, wenn die Naturzerstörung weiterhin im aktuellen Tempo voranschreitet, wobei bestimmte Regionen und Wirtschaftssektoren besonders gefährdet sein könnten.

2 Strategische Vorausschau und in diesem Rahmen qualitative Szenarienentwicklung eignen sich hingegen nicht zur Ableitung von quantifizierbaren Erkenntnissen oder konkreten Prognosen. Vielmehr besteht ihr Zweck darin, bestehendes Wissen in einem Spezialgebiet mittels eines strukturierten Prozesses in eine kleine Zahl konkreter Wirkpfade zu überführen, die geeignet sind, den künftigen Möglichkeitsraum in stilisierter Form abzubilden.

Zur Bewertung der zukünftigen Entwicklung der Biodiversität in Deutschland bis 2040 wurden vier Grundlagenszenarien entwickelt, die unterschiedliche mögliche Zukunftspfade aufzeigen. Diese Szenarien – bezeichnet als Continuation, Discipline, Transformation und Collapse[3)] – basieren auf dem Konzept der „vier Archetypen der Zukunft“[4)] sowie den bestehenden Klimarisiko-Szenarien des NGFS[5)]. Die vier Grundlagenszenarien wurden genutzt, um die potenziellen Auswirkungen auf verschiedene Wirtschaftssektoren zu analysieren. Dabei wurden zwei Sektoren – Landwirtschaft sowie Chemie- und Pharmaindustrie – für alle Szenarien und vier Sektoren – Baugewerbe, Maschinenbau, Verkehr sowie Freizeit/Erholung – für spezifische Szenarien als relevant identifiziert und eingehend untersucht. Diese sektorale Risikobewertung ermöglicht es, die Wechselwirkungen zwischen Biodiversitätsentwicklungen und wirtschaftlichen Aktivitäten differenziert zu betrachten und besser zu verstehen.

Im Szenario „Continuation“ zeigt Deutschland bis 2040 moderate Fortschritte beim Klimaschutz, jedoch bleibt der Biodiversitätsschutz nachrangig, was zu einem fortschreitenden Arten- und Naturverlust führt. Die Land- und Forstwirtschaft sieht sich mit steigenden Produktionskosten und sinkenden Erträgen konfrontiert, da intensive Bewirtschaftung und der Rückgang von Bestäubern die Bodenfruchtbarkeit beeinträchtigen. Auch die Chemie- und Pharmaindustrie steht vor Absatzrisiken, da der übermäßige Einsatz von Chemikalien die Biodiversität negativ beeinflusst. Das gilt unmittelbar für den Einsatz chemischer Produkte in der Landwirtschaft, aber auch bei anderen Stoffen wie Mikroplastik oder PFAS, die sich in Böden oder Grundwasser anreichern können. Vermehrte Umweltskandale erhalten hohe Aufmerksamkeit, gesellschaftliche Sensibilisierung erhöht sich, wodurch Reputationsrisiken steigen. Im Freizeit- und Tourismussektor halten sich Chancen und Risiken die Waage: Während das Waldsterben in einigen Regionen zu Einbrüchen im Tourismus führt, könnten andere Gebiete wie Küstenregionen oder der Gesundheitstourismus profitieren.

3 Fortsetzung, Disziplin, Transformation und Kollaps.
4 Vgl.: IESE (2022).
5 Vgl.: Network for Greening the Financial System, Scenarios Portal.

Das Szenario „Discipline“ beschreibt eine Gesellschaft, die nach wiederholten Naturkatastrophen ein Umdenken hin zu Biodiversitätserhalt und Nachhaltigkeit vollzieht. Für die Land- und Forstwirtschaft entstehen durch verpflichtende Nachhaltigkeitsnachweise und veränderte Konsumpräferenzen kurzfristig hohe Umstellungskosten, langfristig jedoch Chancen durch neue Wachstumsmärkte wie ökologische Landwirtschaft. Die Chemie- und Pharmaindustrie sieht sich hingegen mit deutlichen Absatz- und Reputationsrisiken konfrontiert, da strengere Regulierungen und nachhaltigere Konsummuster den Einsatz von Chemikalien reduzieren. Die Bau- und Immobilienwirtschaft profitiert von neuen Standards wie Dachbegrünung und Kreislaufwirtschaft, die langfristig höhere Immobilienwerte und regionale Wertschöpfung fördern.

Im Szenario „Transformation“ führt ein frühzeitiges gesellschaftliches Umdenken zu beeindruckenden Fortschritten im Klima- und Biodiversitätsschutz. Die Land- und Forstwirtschaft profitiert von steigender Nachfrage nach nachhaltigen Produkten und innovativen Anbaumethoden, die Ökosystemleistungen stabilisieren. Für die Chemieindustrie überwiegen die Risiken, da energieintensive Produktionen ins Ausland verlagert werden, während die Pharmaindustrie von Innovationen und wachsender Nachfrage profitiert, zum Beispiel im Kontext von Biopharmazeutika. Die Innovationskraft der Pharmaindustrie ist im Vergleich der Szenarien hier am höchsten – dank KI-Fortschritten, der höchsten Biodiversität und der höchsten Verfügbarkeit von Naturstoffen. Der Verkehrssektor erlebt durch technologischen Fortschritt und gestärkten Handel ein deutliches Wachstum, wobei Unternehmen, die frühzeitig in nachhaltige Lösungen investieren, Wettbewerbsvorteile erzielen.

Das Szenario „Collapse“ beschreibt eine Zukunft, in der Deutschland mit gravierenden ökologischen Schäden und lebensunfreundlichen Umweltbedingungen kämpft. Die Land- und Forstwirtschaft leidet unter Ertragsausfällen durch Bodendegradierung und extreme Wetterereignisse, während industrielle Landwirtschaftsformen zunehmen. Die Chemie- und Pharmaindustrie sieht Chancen durch hohe Nachfrage nach Chemikalien und Medikamenten auf Basis fossiler Rohstoffe – insbesondere infolge neuer Krankheiten. Im Freizeit- und Tourismussektor dominieren Risiken, da wirtschaftliche Krisen und zerstörte Ökosysteme die Nachfrage nach Freizeitaktivitäten und Reisen stark einschränken. Chancen bestehen lediglich in Nischen wie Gesundheitstourismus in klimatisch begünstigten Regionen oder digitalen Unterhaltungsformaten.

Potenzielle Auswirkungen der vier Grundlagenszenarien auf ausgewählte Wirtschaftssektoren

Schaubild 2.1

	Continuation	Discipline	Transformation	Collapse
Land- und Forstwirtschaft	– Risiken überwiegen	– Risiken überwiegen	+ Chancen überwiegen	– – Risiken überwiegen deutlich
Chemie- und Pharmaindustrie	– Risiken überwiegen	– – Risiken überwiegen deutlich	– Risiken überwiegen	+ + Chancen überwiegen deutlich
Freizeit, Kunst, Unterhaltung und Erhohlung	o neutral			– – Risiken überwiegen deutlich
Bau- und Immobilienwirtschaft		+ Chancen überwiegen		
Verkehr und Lagerei			+ + Chancen überwiegen deutlich	

Deutsche Bundesbank

Die Ergebnisse des Projekts dienen unmittelbar auch als Ausgangslage für die Untersuchung zur Verwundbarkeit des Bankensektors gegenüber Biodiversitätsrisiken. [6)] Gleichzeitig können sie der laufenden Aufsicht Hinweise geben, bei welchen Banken aufgrund ihrer Kreditvergabe an die betroffenen Sektoren zusätzliche Risiken entstehen können. Mittel- bis langfristig können die Ergebnisse auch für die Diskussion im Zuge einer Weiterentwicklung der Regulierung zu naturbedingten finanziellen Risiken genutzt werden.

6 Siehe Exkurs „Banken und Natur: Wie stark ist der Bankensektor in Deutschland von Ökosystemleistungen abhängig?“

Exkurs

Banken und Natur: Wie stark ist der Bankensektor in Deutschland von Ökosystemleistungen abhängig?

Biodiversität und eine intakte Natur sind eine wesentliche Voraussetzung für nachhaltiges und langfristiges Wirtschaften. Biodiversität beschreibt die Vielfalt von Arten, Genetik und Ökosystemen. Der Verlust von Biodiversität [1)] und die Zerstörung der Umwelt im Allgemeinen – beides unter anderem auch aufgrund des Klimawandels – haben auch ökonomische Kosten: Sie beeinträchtigen die Möglichkeiten der Natur, Inputfaktoren für wirtschaftliche Aktivitäten bereitzustellen (sogenannte Ökosystemleistungen). Wenn bestimmte Ökosystemleistungen zukünftig nicht mehr oder nur eingeschränkt verfügbar sind, können wirtschaftliche und finanzielle Risiken entstehen. [2)] Solche naturbedingten Risiken können sich in den Kreditportfolios von Banken niederschlagen und sich damit auf die Stabilität des Bankensektors auswirken. Dementsprechend kann es für Banken sinnvoll sein, die Rolle von Ökosystemleistungen in ihre Risikobewertung und strategische Planung einzubeziehen. Für Deutschland mit seinen zahlreichen regional orientierten Banken ist eine solche Analyse auf individueller Basis besonders relevant, da die Abnahme von Ökosystemleistungen und damit die entsprechenden Risiken lokal stark variieren und Banken unterschiedlich betroffen sein können.

1 Der Verlust von Biodiversität wird unter anderem von extraktiven Industrien vorangetrieben wie zum Beispiel Agrarwesen, Massentierhaltung, Forstwirtschaft, Fischfang, Aquakulturen, Bergbau und Petrochemie. Übergeordnet gehören zu den Haupttreibern die Land- und Meeresnutzung, die direkte Übernutzung natürlicher Ressourcen, der Klimawandel, Umweltverschmutzung und invasive Arten (vgl.: IPBES (2019)).

2 Vgl.: Network for Greening the Financial System (2024).

Die vorliegende Untersuchung analysiert, wie die Banken in Deutschland über kreditnehmende nichtfinanzielle Unternehmen von Ökosystemleistungen abhängen. Sie trägt damit dazu bei, das Verständnis solcher finanziellen Risiken zu vertiefen, die aus der Schädigung natürlicher Ressourcen resultieren. Darüber hinaus untersucht sie, ob die Bankengruppen [3] unterschiedlich stark von Ökosystemleistungen abhängen. Für die Analyse werden Daten zu Bankkrediten mit Informationen zu naturbedingten Abhängigkeiten verknüpft, um die Stärke der Beziehung zwischen Unternehmenskreditvergabe und Ökosystemleistungen zu erfassen. Insgesamt werden nahezu 1 200 Banken in Deutschland sowie ein aggregiertes Kreditvolumen an nichtfinanzielle Unternehmen von rund 1,7 Billionen € zum Stand Dezember 2025 betrachtet. Die Untersuchung folgt hinsichtlich der Berechnung der Abhängigkeiten dem methodischen Vorgehen von Boldrini et al. (2023) und basiert auf den 25 Ökosystemleistungen nach ENCORE (2024a). [4]

Mehr als die Hälfte des Unternehmenskreditvolumens von Banken in Deutschland weist eine hohe Abhängigkeit von mindestens einer Ökosystemleistung auf (vgl. Schaubild 2.2). Unter den Bankengruppen haben Kreditgenossenschaften und Sparkassen die größten Anteile mit mindestens einer hohen Abhängigkeit. Ein Grund dafür ist, dass sie einen größeren Anteil ihrer Kreditvolumina in Wirtschaftssektoren mit mindestens einer hohen Abhängigkeit investiert haben, insbesondere im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen. Die Ergebnisse verdeutlichen zudem die zentrale Bedeutung von wasserbasierten Ökosystemleistungen [5] als Voraussetzung für wirtschaftliche Aktivitäten. Dabei ist zu beachten, dass Deutschland laut dem Umweltbundesamt zu den Regionen mit dem höchsten Wasserverlust [6] weltweit gehört, auch wenn nach europäischen Kriterien kein Wasserstress [7] vorherrscht.

3 Die Analyse unterscheidet zwischen Kreditgenossenschaften, Regionalbanken und sonstigen Kreditbanken, Sparkassen sowie Übrigen Instituten, wobei unter Übrige Institute Großbanken, Zweigstellen ausländischer Banken, Bausparkassen, Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben sowie Realkreditinstitute fallen.

4 Weitere Details zur methodischen Vorgehensweise finden sich in: Becker et al. (2026).

5 Als wasserbasiert werden solche Ökosystemleistungen bezeichnet, für deren Funktionalität Wasser essenziell ist (vgl.: ENCORE (2024b)). Auf Wasser basieren 16 der 25 Ökosystemleistungen.

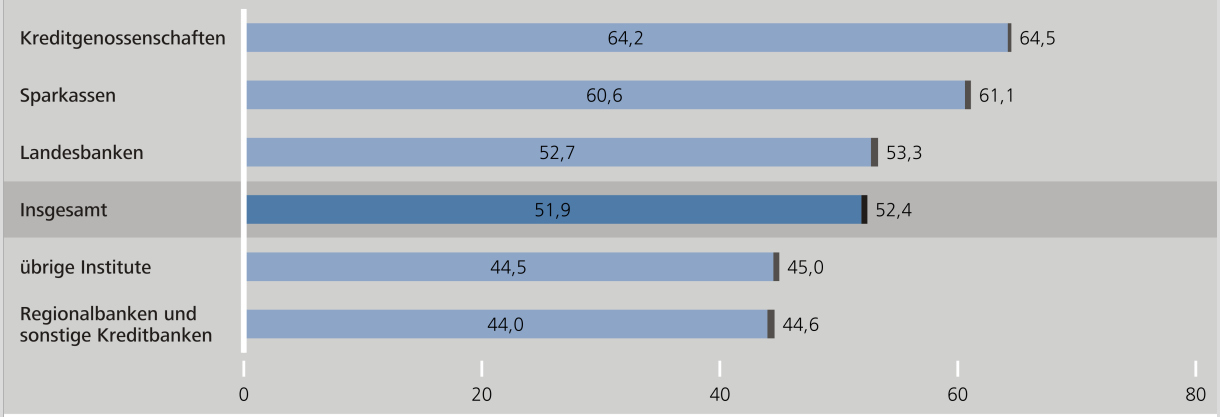
6 Von Wasserverlust spricht man, wenn die Niederschlagsmenge nicht ausreicht, die Verdunstung oder den Abfluss von Wasser auszugleichen. Seit der Jahrtausendwende hat Deutschland 2,5 Gigatonnen oder Kubikkilometer Wasser pro Jahr verloren. Für die 20 Jahre von 2002 bis 2021 zusammengenommen entspricht dies dem Wasservolumen des Bodensees (vgl.: Umweltbundesamt (2023)).

7 Wenn 20 % oder mehr des erneuerbaren Wasserdargebots genutzt werden, wird international von Wasserstress gesprochen (vgl.: Umweltbundesamt (2025) sowie Europäische Umweltagentur (2025)).

Anteil des Unternehmenskreditvolumens je Bankengruppe mit mindestens einer hohen Abhängigkeit von Ökosystemleistungen

Schaubild 2.2

in %



Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf AnaCredit und ENCORE.
Deutsche Bundesbank

Prinzipiell wird das Ausmaß naturbedingter Risiken dadurch bestimmt, welche Funktionen von Ökosystemleistungen eingeschränkt werden oder vollständig ausfallen. Zur Quantifizierung potenzieller wirtschaftlicher und finanzieller Schäden muss daher in einem ersten Schritt präziser analysiert werden, wie wahrscheinlich es ist, dass sich naturbedingte Risiken durch die Reduzierung oder den Verlust von Ökosystemleistungen materialisieren und in welchem Ausmaß das geschieht. In einem weiteren Schritt ist zu untersuchen, inwieweit Unternehmen sich daran anpassen können, indem sie beispielweise Inputfaktoren substituieren. Solche Erkenntnisse können als Grundlage für Banken dienen, naturbedingte Risiken in ihre eigene Risikobewertung und strategische Planung zu integrieren, um die Steuerung ihrer Kreditvergabe zu verbessern und dadurch die Resilienz ihrer Kreditportfolios langfristig zu erhöhen.

Exkurs

Finanzierungsbedarf für die Transformation zur Treibhausgasneutralität in Deutschland: Was kann das deutsche Bankensystem leisten?

Die Transformation hin zu einer treibhausgasneutralen Wirtschaft in Deutschland stellt eine enorme Herausforderung dar und erfordert erhebliche Investitionen. Der Übergang zu einer treibhausgasneutralen Wirtschaft ist eine der größten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte. Mit der 2021 verabschiedeten Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes wurde das Ziel festgelegt, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 65 % gegenüber 1990 zu reduzieren und bis 2045 Treibhausgasneutralität zu erreichen. Dies erfordert insbesondere einen tiefgreifenden Wandel der Energiesysteme, des Verkehrssektors und der Industrie sowie erhebliche Anpassungen im Gebäudebestand. Dazu sind umfangreiche Investitionen notwendig. Der Krieg im Iran und der damit verbundene drastische Anstieg der Erdöl- und Erdgaspreise unterstreichen, dass ein Wandel der Energiesysteme die Widerstandsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gegenüber Preisschwankungen erhöhen könnte.

Das Gelingen dieser grünen Transformation hängt maßgeblich vom Umfang der notwendigen Transformation, der Verfügbarkeit von Finanzierungsmitteln sowie der Investitionsbereitschaft der Unternehmen und der privaten und öffentlichen Haushalte ab. Daher stehen drei zentrale Fragen im Fokus: (1) Wie groß ist der Investitionsbedarf für die grüne Transformation in Deutschland? (2) Wäre das deutsche Bankensystem in der Lage, diesen Bedarf zu finanzieren? Und (3) mit welchem Investitionsbedarf für Dekarbonisierungsmaßnahmen planen die Unternehmen und Haushalte tatsächlich? Um diese Fragen zu beantworten, stützt sich die folgende Analyse auf aktuelle Studien, eigene Simulationen und Befragungen von Unternehmen und Haushalten.

Die Transformation hin zu Treibhausgasneutralität erfordert jährliche Investitionen in mehrstelliger Milliardenhöhe. Ein wesentlicher Teil der Investitionen entfällt auf anstehende Ersatzinvestitionen, bei denen die Mittel zur ohnehin stattfindenden Erneuerung des bestehenden Kapitalstocks lediglich klimafreundlicher verwendet werden – es handelt sich also nicht um zusätzliche Investitionen. Darüber hinaus sind jedoch zusätzliche Investitionen erforderlich, die hier als Klimaschutzinvestitionen bezeichnet werden. Hierzu zählen etwa Mehrinvestitionen, die beispielsweise mit einer Umstellung auf erneuerbare Energien, mit grüner Wasserstoffproduktion oder mit der Anschaffung von teureren E-Autos [1)] einhergehen. Laut den Schätzungen von Prognos (2024) beläuft sich der Bedarf an diesen Klimaschutzinvestitionen für den Zeitraum von 2021 bis 2030 auf circa 1 460 Mrd € (ausgedrückt in Preisen von 2023), was einem durchschnittlichen jährlichen Zusatzbedarf von 146 Mrd € entspricht. Rechnet man die klimafreundliche Verwendung von Ersatzinvestitionen in Höhe von 295 Mrd € hinzu, so müssen Unternehmen sowie private und öffentliche Haushalte pro Jahr 441 Mrd € klimafreundlich investieren – wiederum ausgedrückt in Preisen von 2023.

Das deutsche Bankensystem könnte den zusätzlichen Finanzierungsbedarf durch die Transformation decken, da es über ausreichendes Überschusskapital verfügt. Banken dürften eine zentrale Rolle bei der Finanzierung der grünen Transformation spielen. Simulationen der Bundesbank zeigen, dass der Bankensektor in der Lage sein sollte, den zusätzlichen transformationsbedingten Finanzierungsbedarf zu decken, selbst unter konservativen Annahmen. In den Simulationen werden die durchschnittlichen jährlichen Zuführungen zum harten Kernkapital der Institute ermittelt, die erforderlich sind, um die Klimaschutzinvestitionen bis 2045 zu schultern unter der Bedingung, dass regulatorische Kapitalanforderungen nicht unterschritten werden. [2)] Im Ergebnis verfügt der deutsche Bankensektor über ausreichend große Spielräume beim Überschusskapital, sodass er zusätzliche Kredite vergeben kann, ohne die Stabilität des Finanzsystems zu gefährden.

1 Die Mehrinvestitionen entsprechen in diesem Beispiel der Differenz zwischen den Anschaffungskosten eines E-Autos und eines konventionell angetriebenen Fahrzeugs mit sonst vergleichbaren Merkmalen.

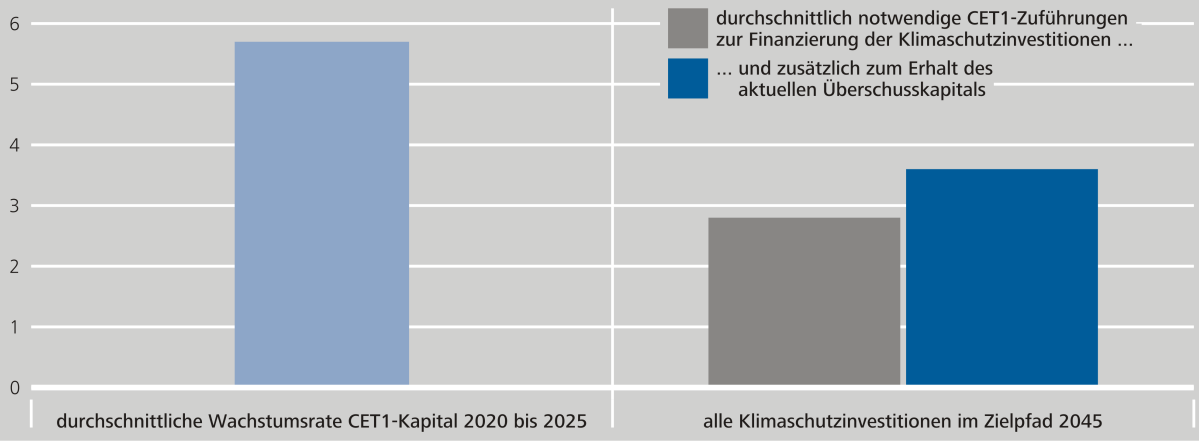
2 In den Simulationen wird unterstellt, dass die gesamte zusätzliche Kreditvergabe ausschließlich für Klimaschutzinvestitionen verwendet wird. Detaillierte Erläuterungen zur Methodik der Simulationen finden sich in: Baccianti et al. (2026).

Selbst in einem besonders konservativen Szenario, in dem alle notwendigen Klimaschutzinvestitionen ausschließlich über den Bankensektor finanziert werden müssten, bliebe dessen Funktionsfähigkeit erhalten. Die jährliche für die Finanzierung der Klimaschutzinvestitionen notwendige Zuführung zum harten Kernkapital (CET1) der Banken liegt in diesem Szenario bei durchschnittlich 2,8 %. Hierbei würde das Überschusskapital allerdings zurückgehen. Um das aktuelle relative Überschusskapital aufrechtzuerhalten, wären jährliche Zuführungen zum harten Kernkapital von durchschnittlich 3,6 % erforderlich. Diese Werte liegen unterhalb der historischen Wachstumsraten des CET1-Kapitals, das in den letzten fünf Jahren durchschnittlich um mehr als 5 % pro Jahr zunahm (vgl. Schaubild 2.3). Die Annahme, dass alle Klimaschutzinvestitionen ausschließlich über den Bankensektor finanziert würden, ist konservativ, da Bankkredite am gesamten Finanzierungsbedarf von Unternehmen sowie privaten und öffentlichen Haushalten laut internen Schätzungen bislang lediglich einen Anteil von 27 % ausmachen.

Durchschnittliche historische CET1*)-Wachstumsrate und jährliche durchschnittliche CET1-Zuführungen zur Finanzierung der Klimaschutzinvestitionen

Schaubild 2.3

in %



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des bankaufsichtlichen Meldewesens (COREP) und Vorgaben aus Prognos (2024) sowie Überführung dessen in VGR-Sektoren. * CET1 entspricht dem harten Kernkapital (Common Equity Tier 1).

Deutsche Bundesbank

Ungeachtet des positiven Befunds zur Finanzierungsfähigkeit des Bankensystems besteht Umfragen zufolge eine deutliche Investitionszurückhaltung in Bezug auf die Dekarbonisierung. Unternehmens- und Haushaltsbefragungen der Bundesbank [3)] zeigen, dass die Investitionsplanungen der Unternehmen und Haushalte nicht im Einklang mit dem zuvor modellierten Transformationspfad sind. So rechnet nur ein Viertel der befragten Unternehmen mit einer Reduktion ihrer CO_2-Emissionen um mehr als 10 % bis 2028. Nur 6 % der Unternehmen streben Emissionsminderungen von mehr als 25 % an. Auch private Haushalte planen nur moderate Investitionen, insbesondere im Gebäudebereich. Umfragebasierte Schätzungen der Bundesbank zeigen, dass Haushalte lediglich eine jährliche Erhöhung der klimaschutzbezogenen Gesamtinvestitionen um etwa 3 % planen, obwohl diese bei circa 25 % liegen müssten, um auf dem ursprünglichen Transformationspfad zu bleiben.

Unzureichende Anreize hemmen die Investitionsbereitschaft. Die Investitionszurückhaltung dürfte zumindest teilweise auf unzureichende oder unklare Anreize zurückzuführen sein: Unternehmen und Haushalte orientieren sich bei ihren Entscheidungen an Wirtschaftlichkeitsüberlegungen, der Wettbewerbssituation und den politischen Rahmenbedingungen. Insbesondere die Unsicherheit über zukünftige CO_2-Preise, Subventionen und regulatorische Vorgaben hemmen die Investitionsbereitschaft.

Eine erfolgreiche Transformation erfordert ein gemeinsames Engagement aller Akteure. Das deutsche Bankensystem ist grundsätzlich in der Lage, den zusätzlichen Finanzierungsbedarf für die grüne Transformation zu decken. Simulationen zeigen, dass die Banken über ausreichendes Überschusskapital verfügen, um die notwendigen Kredite bereitzustellen. Doch wenngleich das Bankensystem gut aufgestellt ist, reicht der Blick auf finanzielle Mittel allein nicht aus, um die Transformation zur Treibhausgasneutralität in Deutschland voranzubringen. Das verdeutlicht die Investitionszurückhaltung von Unternehmen und Haushalten. Das Erreichen der Klimaziele dürfte insbesondere auch von Planungssicherheit und dem Erfolg klimafreundlicher Geschäftsmodelle abhängen. Die Kombination aus geeigneten finanziellen Anreizen, klimapolitischen Weichenstellungen und einer verstärkten Investitionsbereitschaft von Unternehmen und Haushalten wird dabei eine wichtige Rolle spielen.

3 Die Umfrageergebnisse stammen aus dem Bundesbank Online Panel für Haushalte (BOP-HH) und Firmen (BOP-F) im zweiten Quartal 2024.

2 ESG in der Bankenregulierung – aktuelle Entwicklungen

2.1 Regulatorische Rahmensetzung – das Bankenpaket

Um europäische Banken noch widerstandsfähiger zu machen, hat die EU die Bankenregulierung seit der Finanzkrise 2008 grundlegend überarbeitet. Im Oktober 2021 legte die Europäische Kommission ihren Vorschlag für die Änderung der Eigenmittelrichtlinie (Capital Requirements Directive, CRD) und der Eigenmittelverordnung (Capital Requirements Regulation, CRR) vor. Dieses sogenannte Bankenpaket stellt die abschließende Umsetzung der BaselIII-Anforderungen dar und wurde im Mai 2024 final veröffentlicht.[13)] Die neuen Regelungen aus der CRR III gelten überwiegend seit 1. Januar 2025, während die Bestimmungen aus der CRD VI erst zum 11. Januar 2026 durch die Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt werden mussten, in Deutschland ins Kreditwesengesetz (KWG). Dieses Umsetzungsgesetz wurde am 30. März 2026 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht.[14)] (zu den Details siehe den ebenfalls in diesem Monatsbericht erschienenen Artikel „Das Bankenrichtlinienumsetzungs- und Bürokratieentlastungsgesetz (BRUBEG)“).

Weitere Schwerpunkte des Bankenpakets sind der Übergang zu einer nachhaltigen, klimaneutralen Wirtschaft und die daraus entstehenden Risiken für Banken. Sowohl der Klimawandel selbst als auch die Transformation hin zu einer nachhaltigen und insbesondere klimaneutralen Wirtschaft – untermauert durch die EU-Klimaziele – stellen das europäische Bankensystem vor neue Herausforderungen. Die Geschäftsmodelle der gesamten Wirtschaft, das heißt auch die der Banken, werden von diesen Änderungen betroffen sein. Die damit verbundenen Risiken werden zunehmen und sich über ungewohnt lange Zeithorizonte hinweg entfalten. Damit unterscheiden sie sich von vielen klassischen Risikotreibern und -arten. Aufsichtliche Vorgaben für ESG-Risiken werden durch die CRD VI und durch die CRR III kodifiziert.

13 Vgl.: CRD VI sowie CRR III.
14 Vgl.: Bundesgesetzblatt (2026).

Das Bankenpaket führt daher sowohl neue Anforderungen an Institute als auch neue Befugnisse für die Aufsicht im Kontext von ESG-Risiken ein. Der Schwerpunkt der Anpassungen liegt bei den qualitativen Anforderungen (Säule 2). So müssen Banken ESG-Risiken als Treiber der klassischen Risikokategorien wie Kredit- und Marktpreisrisiken nun explizit im gesamten Risikomanagement berücksichtigen. Aufsichtsbehörden müssen im Rahmen der aufsichtlichen Überprüfung und Bewertung nun explizit den Umgang der Banken mit Nachhaltigkeitsrisiken berücksichtigen. Sie erhalten zudem die Befugnis einzugreifen, wenn die Methoden der Institute mit Blick auf ESG-Risiken als unzureichend erachtet werden. Die quantitativen Anforderungen (Säule 1) wurden hingegen nur rudimentär angepasst, weil sich die zu erwartenden Risiken noch nicht in den verfügbaren Daten widerspiegeln, die Grundlage für die Berechnung der Eigenmittelanforderungen sind. Bei den Offenlegungsanforderungen (Säule 3) wurde im Wesentlichen die Pflicht zur Transparenz über die Betroffenheit von Nachhaltigkeitsrisiken auf alle Banken ausgedehnt. Aufbauend auf den Offenlegungsanforderungen wird zudem ein aufsichtliches Meldewesen für ESG-Risiken eingeführt.

2.2 Säule 1 – aktueller Stand der Diskussion um eine mögliche Anpassung der Kapitalanforderungen

Die Säule 1 des Basler Rahmenwerks ist weniger als die anderen beiden Säulen dazu geeignet, den besonderen Eigenschaften von Klimarisiken Rechnung zu tragen. Säule-1-Anforderungen sollen dafür sorgen, dass Banken genügend Eigenkapital zur Abdeckung unerwarteter Verluste vorhalten. Die Risikoabschätzung erfolgt auf vergangenheitsbasierten Zeitreihen. Für ESG-Risiken liegen jedoch keine ausreichend langen Zeitreihen vor. Außerdem realisieren sich insbesondere Umweltrisiken über längere Zeithorizonte als viele andere Risikotreiber. Diese Unsicherheiten über die Materialisierung von Klimarisiken sowie eine fehlende Datenhistorie machen sachgerechte Änderungen am Säule-1-Rahmenwerk schwierig.

Pauschale Risikoabschläge für „grüne“ oder Aufschläge für „braune“ Vermögenswerte sind aus Sicht der risikobasierten Aufsicht kein geeignetes Instrument. Historische Entwicklungen liefern dem Network for Greening the Financial System (NGFS) zufolge keine Evidenz dafür, dass „grüne“, also ökologisch nachhaltige, Vermögenswerte grundsätzlich weniger riskant seien als „braune“ Vermögenswerte wie fossile Energien.[15)] Ein pauschaler Abschlag für „grüne“ Vermögenswerte würde also deren Kapitalanforderungen verringern, obwohl das Kreditrisiko tatsächlich nicht unbedingt geringer ist. Damit würde die Regulierung den Charakter der Risikoorientierung verlieren.

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) schlägt zunächst keine Anpassungen am Säule-1-Rahmenwerk vor, beabsichtigt aber eine genauere Prüfung. Im Oktober 2023 veröffentlichte die EBA einen Bericht[16)], in dem sie untersucht, ob Risikopositionen, die Umwelt- oder sozialen Einflüssen ausgesetzt sind, einer besonderen aufsichtlichen Behandlung bedürfen. Der Bericht enthält konkrete Handlungsempfehlungen an Banken und nationale Aufsichtsbehörden, aber auch an die EBA selbst. Dabei werden zunächst keine Anpassungen am Säule-1-Rahmenwerk selbst vorgeschlagen. Stattdessen empfiehlt die EBA kurzfristig, dass Umwelt- und soziale Risiken explizit in den bestehenden Methodiken im Kontext Kredit-, Markt- und operationelles Risiko, aber auch bei Liquiditäts-, Konzentrations- und makroprudenziellen Risiken berücksichtigt werden sollen.

15 Vgl.: Network for Greening the Financial System (2022).
16 Vgl.: Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2023).

In einem weiteren Bericht (2025)[17] **stellte die EBA dar, dass trotz zwischenzeitlicher Fortschritte weiterhin Lücken in der Verfügbarkeit, Qualität und Detailtiefe von ESG-Daten bestünden**. Die Bewertung von ESG-Risiken, insbesondere jenseits von Klimarisiken, erfolge oft auf einer qualitativen Basis und sei nur wenig standardisiert. Banken hätten vor allem Methoden entwickelt, um die ESG-Risiken ihrer Gegenparteien zu identifizieren und zu messen, indem Daten entweder von diesen direkt oder von Drittanbietern eingeholt werden. Die Ergebnisse von Stresstests, Szenarioanalysen oder internen Scoring-Verfahren unterstützen diese Methoden. Der Bericht ist deskriptiv gehalten und enthält keine Empfehlungen, sondern soll als Basis für weitere Arbeiten dienen. Insbesondere untersucht die EBA nun den effektiven Risikogehalt und die Auswirkungen einer besonderen aufsichtlichen Behandlung von Risikopositionen unter Einfluss von Umwelt- und sozialen Risiken im Vergleich zu anderen Risikopositionen.

Vor diesem Hintergrund greift das Bankenpaket nur punktuell in der Säule 1 ein. So müssen ESG-Risiken explizit bei der Bewertung von Sicherheiten und Immobilien berücksichtigt werden, insbesondere auch anlassbezogen, wenn davon auszugehen ist, dass ESG-Faktoren diese Bewertung beeinflussen. Für ausgewählte Exposures gegenüber Infrastruktur-Projekten können außerdem die Kapitalanforderungen reduziert werden, wenn diese Projekte einen positiven Einfluss auf mindestens eines der Umweltziele der EU-Taxonomie haben, ohne ein anderes zu beeinträchtigen. Der Einfluss selbst musste aber bereits in der vorigen Version der CRR untersucht werden. Die EBA schätzt die Wirkung dieser Neuerung außerdem als gering ein,[18] obwohl davon auszugehen ist, dass ein positiver Beitrag zu einem Umweltziel in der Regel auch zu reduzierten Transitionsrisiken führen dürfte.

2.3 Säule 2 – Anforderungen an das Risikomanagement

Der Schwerpunkt der bisherigen Anpassungen im Kontext von ESG-Risiken liegt bei den qualitativen Anforderungen der Säule 2. So müssen Banken ESG-Risiken als Treiber der klassischen Risikokategorien wie Kredit- und Marktpreisrisiken nun explizit im gesamten Risikomanagement berücksichtigen, während Aufsichtsbehörden die

17 Vgl.: Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2025a).
18 Vgl.: Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2022).

Befugnis zum Eingriff erhalten, wenn sie die Methoden der Institute mit Blick auf ESG-Risiken als unzureichend erachten.

Im Rahmen der 7. Novelle der Mindestanforderungen für das Risikomanagement der Banken (MaRisk) wurden 2023 Anforderungen zu ESG-Risiken aufgenommen.[19] Banken sind aufgefordert, die Auswirkungen von ESG-Risiken, beginnend mit Klimarisiken, sowohl gegenwärtig als auch zukunftsgerichtet zu beurteilen. Für diese zukunftsgerichtete Betrachtung sollen sie Szenarien nutzen, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen. ESG-Risiken sollen, aufbauend auf der Risikoinventur, in der Beurteilung der Risikotragfähigkeit, den Geschäfts- und Risikostrategien, den Organisationsrichtlinien, der Berichterstattung sowie den internen Stresstests angemessen berücksichtigt werden. Die Anforderungen nehmen auch Rücksicht auf Proportionalität und Methodenfreiheit. Das heißt: Ihr Umfang ist abhängig von der Größe des jeweiligen Instituts sowie von Art, Komplexität, Umfang und Risikogehalt des Geschäfts.

Die EBA veröffentlichte im Januar 2025 Leitlinien zum ESG-Risikomanagement mit Anforderungen an die Identifikation, Messung, Steuerung und Überwachung von ESG-Risiken.[20] Diese Leitlinien spezifizieren die Anforderungen aus der CRD VI. Institute müssen in ihrer Materialitätsbeurteilung untersuchen, welchen ESG-Risiken sie ausgesetzt sind. Dies soll konsistent zum Geschäftsmodell geschehen und die kurze, mittlere und lange Frist sowie qualitative und quantitative Informationen einbeziehen. Damit soll sichergestellt werden, dass Banken ESG-Risiken als Treiber der klassischen Risikoarten ganzheitlich berücksichtigen. Außerdem machen die Leitlinien detaillierte Vorgaben für die Inhalte der nach CRD VI zu erstellenden ESG-Risikopläne, siehe Exkurs „Transitionspläne in der Bankenaufsicht“.

19 Die BaFin integrierte auch die auf ESG-Risiken bezogenen Abschnitte der EBA-Leitlinien zur Kreditvergabe und Überwachung (vgl.: Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2020)) und orientierte sich auch am ECB Guide on climate and environmental risks von 2020 (vgl.: Europäische Zentralbank (2020)).

20 Vgl.: Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2025b).

Die Leitlinien der EBA sind an vielen Stellen proportional ausgestaltet und geben an, welche Anforderungen nur für große Institute gelten. So müssen SNCIs[21)] die Materialitätsbeurteilung nur alle zwei Jahre statt jährlich durchführen. Auch die Anforderungen zur Auflistung der zu sammelnden Datenpunkte und zu den zu überwachenden Metriken gelten nur für große Institute. Für SNCIs sind die Leitlinien erst ein Jahr später, ab dem 11. Januar 2027, anzuwenden. Die Anforderungen sind aber nicht nur abhängig von der Größe des Instituts, sondern auch von den Ergebnissen der Materialitätsbeurteilung.

Teilinhalte der EBA-Leitlinien müssen noch in die MaRisk überführt werden. Auch wenn die MaRisk die Anforderungen der EBA-Leitlinien bereits größtenteils enthalten, sind die darüber hinausgehenden Aspekte aus den Leitlinien noch prinzipienorientiert und unter Wahrung von Proportionalitätsgrundsätzen in die MaRisk zu integrieren. Insbesondere nichtgroßen Instituten[22)] sollen mehr Freiheiten bei der Auswahl ihrer Methoden gewährt werden.

Die CRD beauftragt außerdem die Aufsichtsbehörden, die ESG-Risiken der von ihnen beaufsichtigten Banken im Rahmen des Prozesses der aufsichtlichen Überprüfung und Bewertung (SREP) zu evaluieren. Hierfür überarbeitet die EBA aktuell die Leitlinien zum SREP.[23)] Auch die Robustheit der oben genannten ESG-Risikopläne soll im SREP geprüft werden.

21 Kleines und nicht komplexes Institut (small and non complex institution) nach CRR.

22 Der Begriff der „nichtgroßen Institute“ wurde exklusiv in diesen Leitlinien eingeführt und bezieht sich auf alle Institute, die nicht als große Institute eingestuft werden. Er ist somit weiter gefasst als etwa SNCIs.

23 Vgl.: Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2025c).

Exkurs

Transitionspläne in der Bankenaufsicht

Mit einem Transitionsplan legt ein Unternehmen dar, wie es sein Geschäftsmodell mit bestimmten Umweltzielen in Einklang bringen möchte. Diese Ziele können entweder selbst gesetzt oder von politischen Zielen abgeleitet sein. Konkreter beschreibt ein Transitionsplan die Ziele und Maßnahmen, mit denen das Unternehmen sein Geschäftsmodell und seine Geschäftsprozesse anzupassen beabsichtigt und wie es die (finanziellen) Risiken aus dieser Anpassung steuern wird. Transitionspläne sind insofern besonders, als Unternehmen dafür über einen längeren Zeithorizont als üblich planen und diesen Plan auf kurz- bis mittelfristige Zwischenziele und Meilensteine herunterbrechen.

Transitionspläne sind ein Instrument, um Risiken auf dem Weg in eine nachhaltigere Wirtschaft zu erkennen und zu mindern. So kann der Transitionsplan einer Bank der Aufsicht zukunftsgerichtete Informationen über das zukünftige Geschäft dieser Bank geben.

Diesen Gedanken greift die Anpassung des Artikels 76(2) CRD auf. Banken sind seit der CRD VI verpflichtet, prudenzielle Pläne zu entwickeln, in denen sie darlegen, von welchen ESG-Risiken, einschließlich der Risiken, die durch die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft für sie kurz-, mittel- und langfristig entstehen, sie betroffen sind und wie sie beabsichtigen, mit diesen Risiken umzugehen. Diese Pläne sollen quantifizierbare Ziele [1)] und Prozesse zur Behebung dieser Risiken beinhalten. Die CRD verpflichtet darüber hinaus die Aufsichtsbehörden, die prudenziellen Pläne der Banken im Rahmen des aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (SREP) zu berücksichtigen.

1 Als „Ziel“ gibt der CRD-Text dabei „regulatorische Ziele und Rechtsakte der Union und der Mitgliedstaaten in Bezug auf ESG-Faktoren“, insbesondere die im EU-Klimagesetz festgelegten Ziele, vor. Für international tätige Institute sind auch die Ziele von Drittländern relevant.

Ergänzend verlangt Artikel 87a(5) CRD von der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA), Leitlinien zum ESG-Risikomanagement zu erstellen, die auch die Inhalte dieser Pläne präzisieren sollen. Diese Leitlinien wurden im Januar 2025 veröffentlicht.[2)] Die Pläne sollen die ESG-Risiken abdecken, die auf Grundlage einer robusten Materialitätsüberprüfung ermittelt werden, und den Fokus auf Risikopositionen legen, die von Umweltrisiken betroffen werden. Diese Pläne sollten konsistent zu der internen Eigenkapitalplanung (ICAAP) und dem Risikoappetit des Instituts sein.

Zur Umsetzung der CRD VI in Deutschland wurde am 30. März 2026 ein Umsetzungsgesetz veröffentlicht.[3)] Im Hinblick auf die zu erstellenden prudenziellen Pläne erlaubt Artikel 76(2) CRD den Mitgliedstaaten, Ausnahmen für kleine und nicht komplexe Institute (SNCIs) zu definieren und damit das Gebot der Verhältnismäßigkeit zu berücksichtigen, etwa in Bezug auf die zu nutzenden Metriken. Diese Spielräume sollen im Sinne der Proportionalität der Regulierung auch genutzt werden (siehe dazu die Ausführungen zu den sogenannten ESG-Risikoplänen im Artikel „Das Bankenrichtlinienumsetzungs- und Bürokratieentlastungsgesetz (BRUBEG)“ in diesem Monatsbericht.

Auch das Network for Greening the Financial System (NGFS) unterstreicht die Bedeutung von Transitionsplänen für die Aufsicht. Die Aufsicht könne durch Transitionspläne ein Bild darüber erhalten, wie sich das Risikoprofil der beaufsichtigten Banken voraussichtlich entwickeln wird. Eine Aufsichtsbehörde müsse dafür unter anderem verstehen, unter welchen Annahmen das Institut seine Ziele gesetzt hat und welche Szenarien es für seinen Transitionsplanungsprozess gewählt hat.

2 Vgl.: Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2025b).
3 Vgl.: Bundesgesetzblatt (2026).

2.4 Säule 3 – Offenlegung von ESG-Informationen

Die Offenlegungsanforderungen der Säule 3 sollen Transparenz über die Risikosituation von Banken schaffen und so die Marktdisziplin stärken. Die bankaufsichtlichen Offenlegungsanforderungen von ESG-Risiken geben einen besonderen Einblick in die nachhaltigkeitsbezogenen Risiken der Institute und können unter anderem dazu beitragen, Greenwashing[24)] zu erschweren. Sie ergänzen andere Nachhaltigkeitsberichtspflichten wie die Corporate Sustainable Reporting Directive (CSRD) oder die Corporate Sustainable Due Diligence Directive (CSDDD), die auch für nichtfinanzielle Unternehmen gelten. Während diese Richtlinien den Einfluss eines Unternehmens auf Umwelt und Nachhaltigkeitsziele in den Fokus stellen, liegt der Schwerpunkt der bankaufsichtlichen Säule 3 auf der Risikobetrachtung.

Seit Mitte 2022 sind große, kapitalmarktorientierte Kreditinstitute verpflichtet, Informationen zu ihren nachhaltigkeitsbezogenen Risiken offenzulegen. Dies sind in Deutschland Institute mit einer Bilanzsumme von mindestens 30 Mrd €, deren Wertpapiere an einem geregelten Markt in der EU gehandelt werden. Diese Offenlegung gliedert sich in drei Bereiche:

- **Qualitative Angaben:** Beschreibung der Geschäftsstrategie, der Prozesse, der Governance und des Risikomanagements im Hinblick auf ESG-Risiken.
- **Quantitative Angaben:** Offenlegung von Daten zu transitorischen und physischen Klimarisiken.
- **Taxonomiekonformität:** Veröffentlichung von Daten zur Übereinstimmung der Engagements mit der EU-Taxonomie (Verordnung (EU) 2020/852).

Mit dem Bankenpaket wurden die Offenlegungspflichten ab 2025 auf alle Institute ausgeweitet. Die Mindestanforderungen umfassen zum einen die Angabe des Gesamtbetrags der Risikopositionen gegenüber Unternehmen aus dem Sektor fossiler Brennstoffe. Zum anderen müssen Institute darlegen, wie sie die identifizierten ESG-Risiken in ihre Geschäftsstrategie und -prozesse, Governance und ihr Risikomanagement integrieren.

24 „Greenwashing“ oder auch „Grünfärberei“ bezeichnet die fälschliche oder irreführende Darstellung von Produkten oder Unternehmensprofilen als nachhaltig, ohne dass dies der Wahrheit entspricht.

Die EBA wurde durch die CRR mandatiert, für die Europäische Kommission einen Entwurf für die Offenlegungsanforderungen zu erstellen, der proportional zur Größe und Komplexität der Institute ist. Vom 22. Mai 2025 bis 22. August 2025 konsultierte die EBA einen Vorschlag mit drei Varianten [25)] und erarbeitet basierend auf den Rückmeldungen nun einen finalen Vorschlag. Im Konsultationspapier schlägt die EBA vor:

- **Große Institute** müssen im bisher gültigen Umfang – mit wenigen Anpassungen an Daten und Tabellen – offenlegen; nicht kapitalmarktorientierte Institute müssen im Gegensatz zu kapitalmarktorientierten Instituten nur jährlich statt halbjährlich berichten.
- **Kapitalmarktorientierte Institute mit einer Bilanzsumme zwischen 5 Mrd € und 30 Mrd €** [26)] **sowie große Tochterunternehmen von EU-Mutterinstituten** unterliegen reduzierten Offenlegungspflichten, die sich auf qualitative Prozessbeschreibungen und Daten zu transitorischen und physischen Risiken beschränken.
- **Nicht kapitalmarktorientierte Institute mit einer Bilanzsumme unter 30 Mrd € und SNCIs** müssen nur eine stark vereinfachte Prozessbeschreibung und ein kurzes Datenblatt zu ihren Klimarisiken veröffentlichen.

Die Omnibus-I-Reform der Europäischen Kommission zur Vereinfachung der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen hat die Arbeiten der EBA verzögert. Ursprünglich sollte die EBA ihren Vorschlag bereits im Juli 2025 vorlegen. Aufgrund der Ankündigung der Omnibus I-Reform im Februar 2025 musste die EBA die darin enthaltenen Vorschläge zunächst abwarten, um alle möglichen Auswirkungen auf die Banken und die bereits erfolgten Arbeiten zur Säule 3-Offenlegung zu analysieren (siehe Exkurs „Omnibus-Initiative“). Dies wiederum hat zu einer Anpassung des Zeitplans geführt. Die verzögerten Arbeiten umfassen auch das neu einzuführende aufsichtliche Meldewesen für ESG-Risiken, welches auf den ESG-Offenlegungsanforderungen aufbaut. Hierzu hat die EBA am 10. April 2026 ein Konsultationspapier veröffentlicht. [27)]

25 Vgl.: Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2025d).

26 Die Schwelle von 30 Mrd € Bilanzsumme ist die für Deutschland in der Praxis relevante Schwelle für große Institute. In anderen EU-Ländern können auch Institute mit geringerer Bilanzsumme als groß klassifiziert werden, wenn sie entweder als global oder anderweitig systemrelevantes Institut eingestuft sind oder zu den drei größten Instituten des Landes gehören.

27 Vgl.: Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2026).

Aufgrund dieser Verzögerungen hat die EBA einen sogenannten „No-Action Letter" veröffentlicht.[28)] Damit empfiehlt sie den Aufsichtsbehörden, die Durchsetzung gegenüber erstmals von den neuen Offenlegungspflichten betroffenen Instituten vorerst zu depriorisieren. Zwar sind die Offenlegungspflichten 2025 für alle Institute in Kraft getreten, jedoch liegt die entsprechende Anpassung zum Durchführungsrechtsakt, wie oben beschrieben, noch nicht vor. Ohne den No-Action Letter müssten auch kleinste Institute nach den derzeitigen, für sie unverhältnismäßigen Vorgaben für große, kapitalmarktorientierte Institute offenlegen. Die EBA empfiehlt daher, die Durchsetzung für neu verpflichtete Institute zu depriorisieren, bis die neuen, proportionalen Regeln gelten. Auch für große, kapitalmarktorientierte Institute soll die Prüfung der Offenlegung zu taxonomierelevanten Themen zurückgestellt werden, da hier noch Anpassungen durch die Omnibus-Initiative erfolgen. Die BaFin hat diese Vorgehensweise in einer Aufsichtsmitteilung bestätigt.[29)]

Auf internationaler Ebene hat der Baseler Ausschuss 2025 ein freiwillig anzuwendendes[30)] **Rahmenwerk für die Säule-3-Offenlegung von Klimarisiken veröffentlicht.**[31)] Dieses wurde auf der Grundlage bestehender europäischer Vorgaben erarbeitetet.

28 Vgl.: Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2025e).

29 Vgl.: Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (2025a).

30 Die Beschlüsse des Baseler Ausschusses sind nie bindend, die Mitglieder setzen sie normalerweise nach Selbstverpflichtung um. Hier haben sich die Mitglieder aber explizit geeinigt, dass die Entscheidung über die Anwendung den Jurisdiktionen selbst überlassen ist.

31 Vgl.: Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (2025).

Exkurs

Omnibus-Initiative

Am 18. März 2026 trat die sogenannte Omnibus-I-Reform zur Vereinfachung der Nachhaltigkeitsberichts- und Sorgfaltspflichten, um die bürokratische Last von Unternehmen zu senken, in Kraft. [1)] Die darin beschlossenen Reformen zielen insbesondere darauf ab, die Nachhaltigkeitsberichterstattung weniger umfangreich, einfacher und effizienter zu gestalten und die Sorgfaltspflichten für verantwortungsvolle Geschäftspraktiken zu vereinfachen. Die Vorschläge hierzu betreffen unter anderem die CSRD und CSDDD [2)], also bisher nicht direkt die Bankenregulierung. Insbesondere wird durch die Erhöhung der Schwellenwerte der Anwenderkreis der CSRD deutlich reduziert. So steigt der Schwellenwert bei der Mitarbeiterzahl für die CSRD-Berichtspflicht von 250 auf 1 000 an und der Schwellenwert der CSRD zum Nettoumsatz von 50 Mio € auf 450 Mio €. Der Kreis der berichtspflichtigen Unternehmen wird so um über 80 % reduziert. Zugleich soll ein „Trickle-down-Effekt“ vermieden werden, das heißt, es sollen Informationsanforderungen an eigentlich nicht berichtspflichtige Unternehmen mit weniger als 1 000 Mitarbeitern in der Lieferkette für Berichtszwecke möglichst eingedämmt werden, um diese merklich zu entlasten. So sollen die angefragten Informationen entsprechend eines „value chain caps“ nicht über die Inhalte hinausgehen dürfen, die in einem freiwilligen Berichtsstandard für nicht berichtspflichtige Unternehmen definiert sein werden. Dieser freiwillige Berichtsstandard wird voraussichtlich auf dem freiwilligen Standard für kleine und mittlere Unternehmen aufsetzen. [3)] Darüber hinausgehende Datenanfragen, die nicht in Bezug zu den Nachhaltigkeitsberichten stehen, sind weiter zulässig, beispielsweise für das Risikomanagement oder um Sorgfaltspflichten zu erfüllen. In ihrer Stellungnahme zum Omnibus-Paket I begrüßte die EZB [4)] zwar im Ausgangspunkt die Verschlankung der Berichtspflichten, warnte aber vor einer zu weit gehenden

1 Vgl.: Rat der Europäischen Union (2026).
2 Corporate Sustainability Reporting Directive und Corporate Sustainability Due Diligence Directive.
3 Vgl.: Europäische Kommission (2025).
4 Vgl.: Europäische Zentralbank (2025).

Reduktion derselben, weil sowohl die EZB zur Erfüllung ihrer Aufgaben als auch die Kreditinstitute selbst ESG-Daten benötigen.

Die Reforminhalte ändern nicht, dass sich in Zukunft so gut wie alle Unternehmen mit der Nachhaltigkeitsberichterstattung auseinandersetzen müssen. Auch wenn der Anwenderkreis der CSRD deutlich reduziert wird, werden indirekt weite Teile der Wirtschaft dennoch gewisse Angaben zu ihren Nachhaltigkeitsmerkmalen machen müssen. Kunden und Zulieferer, die CSRD-pflichtig sind, werden von nicht berichtspflichtigen Unternehmen Informationen erfragen, um ihre eigenen Nachhaltigkeitsberichte zu erstellen, wobei der oben genannte „value chain cap“ eingehalten werden muss. Kreditinstitute werden diejenigen Informationen von ihren Kunden erfragen, die sie für ihr Risikomanagement brauchen. Insofern dürfte in Zukunft dem freiwilligen Standard eine hervorgehobene Bedeutung zukommen, die gleichzeitig den „value chain cap“ darstellt.[5)] Aufgrund der marktgetriebenen Nachfrage nach diesen Informationen dürfte für viele Unternehmen die Erstellung solcher Berichte eine Notwendigkeit werden. Bei der weiteren Ausgestaltung des freiwilligen Standards geht es darum, diesen einerseits möglichst einfach auszugestalten, um ihn als einheitlichen Standard zu fördern, aber zugleich sicherzustellen, dass alle erforderlichen Informationen effizient zur Verfügung gestellt werden.

Die Informationen aus der Nachhaltigkeitsberichterstattung – auch solche von nicht berichtspflichtigen Unternehmen – sind für Banken von Bedeutung, sowohl für ihr Risikomanagement als auch für die Erfüllung ihrer eigenen Berichtspflichten nach Säule 3. Die beschlossenen Änderungen können dazu führen, dass den Banken die für ihr Risikomanagement notwendigen Daten nach wie vor fehlen, sodass sie weiterhin auf ihre Kunden mit Informationsanfragen zugehen müssen.

5 Vgl.: Europäische Kommission (2025).

3 Bestandsaufnahme: Wo stehen die Institute?

Die Überwachung von ESG-Risiken ist ein Schwerpunkt der aufsichtlichen Tätigkeit von BaFin und Bundesbank. Seit 2022 werden ESG-Risiken in bankgeschäftlichen MaRisk-Prüfungen berücksichtigt, wobei anfänglich nur die Bereiche Strategie und Risikoinventur geprüft wurden. Ab 2023 wurde die Berücksichtigung von ESG-Risiken auch in weiteren Bereichen, wie der Risikomessung und dem Kreditgeschäft, geprüft. Mit dem Inkrafttreten aller Anforderungen der 7. Novelle der MaRisk sind die Auswirkungen von ESG-Risiken Regelbestandteil in MaRisk-Prüfungen. Darüber hinaus führte die BaFin eine tiefergehende Analyse (Deep-Dive) hinsichtlich physischer Risiken bei national beaufsichtigten weniger bedeutenden Instituten (LSIs) und Versicherern durch, welche besonders von Naturrisiken betroffen sein könnten.[32)] Auch die EZB hat klima- und naturbedingte Risiken in ihren Aufsichtsprioritäten verankert.

Mittlerweile berücksichtigen die Institute zunehmend die Auswirkungen von ESG-Risiken im Risikomanagement. Um einen Überblick zum Stand der Umsetzung des Risikomanagements bei LSI zu erhalten, führte die Bundesbank im Winter 2024/25 eine Umfrage unter ausgewählten LSI (nachfolgend LSI-Umfrage) durch. Zudem waren Fragen zu klimabezogenen Risiken Teil der LSI-Stresstests 2022 und 2024 von Bundesbank und BaFin.

32 Vgl.: Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (2025b).

Alle in der LSI-Umfrage [33] befragten Institute untersuchen in der Risikoinventur, ob und wie sich ESG-Risiken auf die klassischen Risikoarten wie Kreditrisiko, Marktrisiko und operationelles Risiko auswirken. Gab 2023 die Mehrzahl der Institute noch an, auf Vorgaben und Hilfestellungen ihrer jeweiligen Verbände zu warten, so sind diese mittlerweile verfügbar und werden von den meisten der befragten Institute, darunter allen Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken, genutzt. Knapp drei Viertel dieser Institute individualisieren die Verbandsvorschläge zusätzlich basierend auf individuellen Faktoren wie etwa regionaler Konzentrationen oder den Wirtschaftssektoren des Kundenstammes. Die meisten Institute betrachten die Effekte von ESG-Risiken über verschiedene Zeithorizonte. Die Definition der kurzen, mittleren und langen Frist ist dabei heterogen. Einige der befragten Institute berücksichtigen dabei noch keinen Zeitraum von mindestens zehn Jahren, wie dieser mit Inkrafttreten des BRUBEG im KWG gefordert werden wird.

Die Institute der LSI-Umfrage identifizieren Umweltrisiken gemeinhin als die relevantesten ESG-Risikotreiber. Als größte transitorische Risiken nennen die Institute steigende CO_2-Preise und steigende Energiekosten, gefolgt von Nachhaltigkeitsanforderungen im Bausektor. Als größte physische Risiken werden Überschwemmungen und Dürren angesehen. Die identifizierten Risikotreiber werden sich nach Einschätzung der Institute am stärksten auf das Kreditrisiko und weniger stark auf das Marktrisiko auswirken; ein relevanter Einfluss physischer Risikotreiber wird zudem teilweise auch für das operationelle Risiko gesehen. Die Dimensionen Soziales und Governance werden von den befragten Instituten generell als weniger risikorelevant eingestuft.

33 Die Umfrage baut auf der strukturierten Erhebung von Nachhaltigkeitsrisiken in Aufsichtsgesprächen von 2022 bis 2023 auf, siehe: Deutsche Bundesbank (2023).

Im Rahmen der strategischen Steuerung formulieren die meisten Institute ESG-bezogene Leistungs- und Risikokennzahlen (Key Performance Indicators, KPIs, und Key Risk Indicators, KRIs). Es werden jedoch selten konkrete Zielwerte zur Operationalisierung der Strategie genannt. Einige Banken nutzen Branchenausschlüsse oder stellen Geschäfte mit Gegenparteien, die einen schlechten ESG-Score aufweisen, unter Genehmigungsvorbehalt. Auch bei den Eigenanlagen werden Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigt, beispielsweise über Mindestquoten nachhaltiger Anlagen. Zudem formulieren Banken oftmals ESG-Ziele für ihren eigenen Geschäftsbetrieb, etwa eigene CO_2-Emissionen oder Geschlechterquoten. Allerdings messen nur sehr wenige Institute ihre finanzierten Emissionen und setzen hier Reduktionsziele oder beschreiben Transitionspfade.

Die meisten der befragten Institute integrieren ESG-Risiken sowohl in ihre Risikotragfähigkeitskonzepte (ICAAP) und die internen Prozesse zur Sicherstellung einer angemessenen Liquiditätsausstattung (ILAAP) als auch in ihre Stresstests. Im ICAAP berücksichtigt mehr als die Hälfte der befragten Institute ESG-Risiken als Risikotreiber. Dabei werden die Auswirkungen von ESG-Risiken auf das Gesamtrisikoprofil explizit einbezogen. Die explizite Berücksichtigung im ILAAP erfolgt deutlich seltener. Die Integration von ESG-Risiken in Stresstests ist hingegen weiter fortgeschritten. Fast alle befragten Institute berücksichtigen ESG-Risikotreiber in Stresstests, indem sie entweder separate ESG-Stresstests rechnen oder ESG-Risikotreiber in die bestehenden Stresstestkonzepte integrieren. Dies erfolgt überwiegend sowohl aus ökonomischer als auch aus normativer Perspektive. [34)] Allerdings werden die Stresstestergebnisse bei der Formulierung der Geschäfts- und Risikostrategien bisher nur vereinzelt berücksichtigt.

34 Die normative Perspektive bezieht sich auf die Einhaltung der regulatorischen Anforderungen, während die ökonomische Perspektive die langfristige Sicherung der Substanz eines Instituts betrachtet.

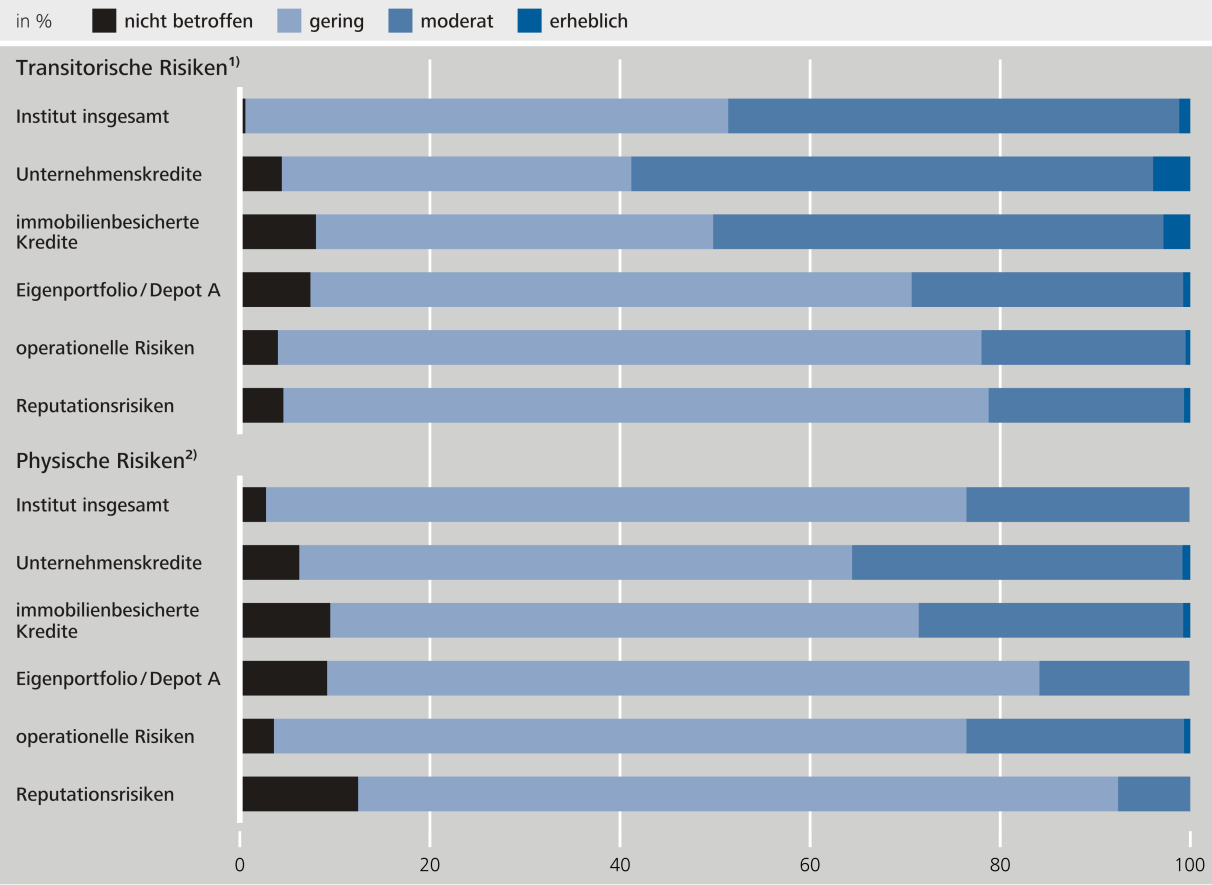
Für die Beurteilung des Einflusses von ESG-Faktoren auf das Kreditrisiko verwenden nahezu alle befragten Banken ESG-Scores. ESG-Scores werden zumeist von den Verbänden oder von Drittanbietern bezogen und ordnen kreditnehmenden Unternehmen einen Score zu, der sich in der Regel aus ihrem Wirtschaftszweig und der Postleitzahl ergibt. Bankgeschäftliche Prüfungen haben bislang gezeigt, dass ESG-Scores oftmals Risiken verwässern oder andere Ungenauigkeiten aufweisen. Wenn die befragten Banken Kreditnehmende identifiziert haben, die erhöhte ESG-Risiken aufweisen, führt dies vorwiegend zu vertieften Analysen oder der Pflicht zur Abgabe einer diesbezüglichen Stellungnahme in der Kreditentscheidung.

Eine wichtige Datenquelle zur Beurteilung des Transitionsrisikos immobilienbesicherter Kredite sind Energieausweise. Allerdings ist die Abdeckungsquote von Energieausweisen insgesamt sehr gering. Teilweise liegen den befragten Instituten keine Daten vor. Etwa die Hälfte der befragten Institute berichtet Abdeckungsquoten von weniger als einem Zehntel bezogen auf das Kreditvolumen. Nur einige wenige Institute können bereits Abdeckungsquoten von mehr als der Hälfte nachweisen. Fast alle Institute haben Strategien erarbeitet, um die Abdeckungsquote zukünftig zu erhöhen. Diese umfassen im Neugeschäft eine Pflicht zur Erhebung von Energieausweisen.

Im Rahmen des LSI-Stresstests 2024 gaben fast zwei Drittel der Institute an, dass die Finanzierungskonditionen eines Immobilienobjekts nicht durch die Energieeffizienz des zu finanzierenden Immobilienobjekts beeinflusst werden. Mehr als die Hälfte der Banken verlangt keine zusätzlichen Sicherheiten oder einen Risikoaufschlag beim Zinssatz, wenn sich die zu finanzierende Immobilie in einem Gebiet befindet, das akuten physischen Risiken ausgesetzt ist. Institute, die die akuten physischen Risiken berücksichtigen, verlangen in der Regel weitere Sicherheiten, seltener einen Risikoaufschlag beim Zinssatz, oder sogar beides. Um die Datenqualität zur Beurteilung von Klimarisiken in gewerblichen wie privaten Immobilienfinanzierungen zu verbessern, erheben die meisten Banken strukturiert Daten zu Klimarisiken, insbesondere zu Energieeffizienzzertifikaten, gefolgt von Angaben zur Nutzung erneuerbarer Energien und dem Endenergiebedarf des Gebäudes. Einige wenige Institute, die Immobilienfinanzierung betreiben, erheben gar keine strukturierten Daten zu Klimarisiken. Gleichzeitig schätzen die Banken im LSI-Stresstest 2024 besonders die Auswirkungen transitorischer, aber auch physischer Risiken im Bereich der immobilienbesicherten Kredite nun häufiger als moderat ein statt wie im LSI-Stresstest von 2022 noch als gering. Insgesamt schätzen Banken die Auswirkungen transitorischer Risiken immer noch höher als die physischer Risiken ein (vgl. Schaubild 2.4).

Einschätzung transitorischer und physischer Risiken durch die Institute*)

Schaubild 2.4



Quelle: Eigene Berechnungen. * Anteil der Antworten im LSI-Stresstest 2024 auf die Frage: Wie schätzen Sie die Auswirkungen transitorischer und physischer Risiken auf Ihr Institut (beispielsweise Exposure und daraus resultierende Wertberichtigungen) mittelfristig (das heißt in den nächsten fünf Jahren) ein? Bitte treffen Sie Ihre Einschätzung für die folgenden Antwortmöglichkeiten jeweils getrennt für transitorische und physische Risiken. **1** Entstehen im Zuge der Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft (zum Beispiel durch Regulierung, technologischen Wandel oder durch Änderung von Verbraucherpräferenzen). **2** Umfassen akute Schadensereignisse (zum Beispiel durch Naturkatastrophen) sowie wirtschaftliche Folgen durch chronische Veränderungen (zum Beispiel Temperaturanstieg).

Deutsche Bundesbank

Allgemein berücksichtigt die Mehrheit der Institute in der LSI-Umfrage Klimarisiken in ihrer Kreditvergabepraxis, insbesondere über den Ausschluss bestimmter Branchen, Segmente oder Emittenten und in der Sicherheitenbewertung. Nur etwa ein Fünftel der Institute verlangt von Kreditnehmenden, dass diese bestimmte Pflichten erfüllen, wie etwa ihre ESG-Performance zu verbessern. In wenigen Fällen gehen Klimarisiken auch in die Bepreisung von Krediten sowie in die Berechnung von Ausfallwahrscheinlichkeiten ein.

4 Fazit und Ausblick

Aus Risikosicht sollten sich Banken weiterhin mit den für sie relevanten ESG-Risiken auseinandersetzen. Insbesondere Umweltrisiken werden in Zukunft relevanter für Banken und deren Kunden. ESG-Risiken als Treiber der klassischen Risikokategorien sind mittlerweile in allen drei Säulen des aufsichtlichen Rahmens integriert. Dieser dient den Banken als Grundlage für die dem jeweiligen Geschäftsmodell angemessene Identifizierung, Messung und Steuerung ihrer ESG-Risiken.

Die BaFin und die Bundesbank stufen die Themen Klimawandel, Nachhaltigkeit und ökologische Transformation auch für 2026 als Bestandteil ihrer mittelfristigen aufsichtlichen Prioritäten ein. Dabei liegt der Fokus auf der angemessenen Integration von ESG-Risiken in die Strategien und Prozesse der Institute sowie der Analyse von Transmissionskanälen und Auswirkungen auf das Finanzsystem. Die Aufsicht knüpft dabei eng an die bereits durchgeführten und hier vorgestellten Maßnahmen an.

Nachdem bislang vor allem solche Risiken im Mittelpunkt der Debatte standen, die sich aus dem Klimawandel und seiner Bewältigung ergeben, weitet sich der Blick allmählich. Zunehmend stehen weitere naturbedingte Risiken im Zentrum von Forschung und Analyse – unter anderem die Bedeutung von Biodiversität und verschiedener Ökosystemleistungen. Die Bundesbank arbeitet daran, die Wirkungskanäle von naturbedingten Risiken besser zu verstehen und damit die entstehenden Risiken für Banken einschätzen zu können. Auch Banken sollten sich im eigenen Interesse solchen auf sie zukommenden Risiken zuwenden, die über den Klimawandel hinaus aus Veränderungen im Ökosystem entstehen.

Literaturverzeichnis

Baccianti, C., M. Baltzer, N. Boesel, D. Finck, T. Hagemann, L.-C. Kuntz, F. van der Meyden, C. Schlam, D. Schober, R. Unger, S. Wessels und M. A. Weth (2026), Financing the transition to greenhouse gas neutrality: Is the German banking system prepared?, Deutsche Bundesbank Technical Paper, mimeo.

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (2025a), BaFin stimmt No-Action-Letter der EBA zu ESG-Offenlegungspflicht ausdrücklich zu, Aufsichtsmitteilung.

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (2025b), Es gibt noch deutlich Luft nach oben.

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (2020), The green swan – Central banking and financial stability in the age of climate change.

Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (2025), A framework for the voluntary disclosure of climate-related financial risks.

Becker, A., M. Dransfeld, F. Genswein, E. Kormanyos, P. Krischak, C. Schlam und J. Thomas (2026), Banks and Nature: How dependent is the banking sector in Germany on ecosystem services?, Deutsche Bundesbank Technical Paper, mimeo.

Boldrini, S., A. Ceglar, C. Lelli, L. Parisi und I. Heemskerk (2023), Living in a world of disappearing nature: physical risk and the implications for financial stability, ECB Occasional Paper Series, No. 333.

Bundesgesetzblatt (2026), Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1619 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2024 zur Änderung der Richtlinie 2013/36/EU im Hinblick auf Aufsichtsbefugnisse, Sanktionen, Zweigstellen aus Drittländern sowie Umwelt-, Sozial- und Unternehmensführungsrisiken und zur Entlastung der Kreditinstitute von Bürokratie (Bankenrichtlinienumsetzungs- und Bürokratieentlastungsgesetz – BRUBEG).

Deutsche Bundesbank (2023), Nachhaltigkeitsrisiken in der Bankenaufsicht, Monatsbericht, April 2023, S. 75 – 96.

Deutsche Bundesbank und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (2023), Ergebnisse der strukturierten Erhebung zum Umgang mit Nachhaltigkeitsrisiken unter deutschen Instituten.

ENCORE (2024a), Liste aller unterschiedlichen Ökosystemleistungen.

ENCORE (2024b), Liste der wasserbasierten Ökosystemleistungen.

Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2026), Consultation on Implementing Technical Standards on Revisions to the ITS on supervisory reporting (Commission Implementing Regulation (EU) 2024/3117) – Module on ESG Reporting.

Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2025a), The EBA finds progress in availability and accessibility of data used to identify and qualify environmental, social and governance risks but data landscape remains incomplete, Pressemitteilung vom 24. Februar 2025.

Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2025b), The EBA publishes its final Guidelines on the management of ESG risks, Pressemitteilung vom 9. Januar 2025.

Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2025c), The EBA consults on revised Guidelines on supervisory review and evaluation process and supervisory stress testing, Pressemitteilung vom 24. Oktober 2025.

Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2025d), Consultation on Implementing Technical Standards on amended disclosure requirements for ESG risks, equity exposures and aggregate exposure to shadow banking entities.

Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2025e), The EBA issues a no-action letter on the application of ESG disclosure requirements and updates the EBA ESG risks dashboard with December 2024 data, Pressemitteilung vom 6 August 2025.

Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2023), The EBA recommends enhancements to the Pillar 1 framework to capture environmental and social risks, Pressemitteilung vom 12. Oktober 2023.

Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2022), EBA publishes assessment on the application of the supporting factor to infrastructure lending, Pressemitteilung vom 3. November 2022.

Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2020), Guidelines on loan origination and monitoring.

Europäische Kommission (2025), Empfehlung der Kommission vom 30. Juli 2025 für einen Standard für die freiwillige Nachhaltigkeitsberichterstattung kleiner und mittlerer Unternehmen.

Europäische Kommission (2023), Deal für eine saubere Industrie.

Europäische Kommission (2019), Der europäische Grüne Deal.

Europäische Umweltagentur (2025), Water scarcity conditions in Europe.

Europäische Zentralbank (2025), Opinion of the European Central Bank of 8 May 2025 on proposals for amendments to corporate sustainability reporting and due diligence requirements (CON/2025/10).

Europäische Zentralbank (2022), Walking the talk. Banks gearing up to manage risks from climate change and environmental degradation.

Europäische Zentralbank (2020), Guide on climate-related and environmental risks. Supervisory expectations relating to risk management and disclosure.

IESE (2022), 4 scenarios to imagine the future

IPBES (2019), Global assessment report on biodiversity and ecosystem services of the Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services.

Network for Greening the Financial System (2024), Nature-related Financial Risks: a Conceptual Framework to guide Action by Central Banks and Supervisors.

Network for Greening the Financial System (2022), Capturing risk differentials from climate-related risks. A progress report.

Network for Greening the Financial System, The future is uncertain, Scenarios Portal.

Prognos (2024), Klimaschutzinvestitionen für die Transformation des Energiesystems nach Sektoren und Anwendungen.

Rat der Europäischen Union (2026), Rat billigt Vereinfachung der Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung und die Sorgfaltspflichten zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU, Pressemitteilung vom 24. Februar 2026.

Umweltbundesamt (2025), Wasserressourcen und ihre Nutzung.

Umweltbundesamt (2023), Monitoringbericht 2023 zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel.

Die deutschen Auslandsforderungen im Licht geoökonomischer Spannungen

Die internationale Literatur zu Handel, Portfolioinvestitionen und Direktinvestitionen deutet auf eine nachlassende Dynamik der Globalisierung in den vergangenen Jahren hin. Gleichzeitig gewinnen geopolitische Faktoren zunehmend an Einfluss auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Die Ergebnisse empirischer Arbeiten legen den Schluss nahe, dass grenzüberschreitende Handels- und Finanzbeziehungen zuletzt innerhalb politischer Lager („Blöcken") stärker zugenommen haben als zwischen ihnen (vgl.: Gopinath et al. (2025)). Das deutet darauf hin, dass Marktteilnehmer ihre Entscheidungen verstärkt an politischen Rahmenbedingungen ausrichten.

Vor diesem Hintergrund untersucht dieser Beitrag, ob geopolitische Faktoren verstärkt auch die Struktur der deutschen Auslandsforderungen beeinflussen. Im Fokus stehen zunächst deskriptive Analysen. Sie vermitteln einen ersten Eindruck, wie sich Direktinvestitionsbestände, Wertpapieranlagen und übrige Kapitalanlagen unter den veränderten politischen Rahmenbedingungen entwickelt haben und inwiefern sich die geografische Ausrichtung des deutschen Auslandsvermögens verändert hat. Darauf aufbauend werden Regressionsmodelle eingesetzt. Diese prüfen, welchen Einfluss geopolitische Faktoren zusätzlich zu ausgewählten ökonomischen Variablen auf die deutschen Kapitalanlagen im Ausland haben. Die Analyse basiert auf granularen Bestandsdaten der Bundesbank. Eine breit angelegte Deglobalisierung deutscher Kapitalanlagen ist demnach bislang nicht erkennbar. Die internationale Verflechtung nimmt weiter zu. Allerdings verschiebt sich die Ausrichtung. Drei generelle Befunde lassen sich festhalten: Erstens stiegen die Forderungsbestände bei Direktinvestitionsbeständen, Wertpapieranlagen und übrigen Kapitalanlagen bis zum aktuellen Datenrand an, was darauf hindeutet, dass deutsche Investoren die internationale Kapitalverflechtung weiterhin ausbauen. Zweitens sind deutsche Investoren in allen drei Teilkategorien am stärksten mit Ländern verflochten, die außenpolitisch eher den USA nahestehen. Nach der hier verwendeten Definition werden zu diesem Länderkreis unter anderem alle Länder der Europäischen Union gezählt. Der Abstand der Forderungspositionen zu außenpolitisch eher an China orientierten Ländern ist insbesondere bei Wertpapieranlagen und den übrigen Kapitalanlagen besonders groß. Drittens zeigt sich, dass sowohl die deutschen Wertpapieranlagen als auch die übrigen Kapitalanlagen Deutschlands in einem Partnerland sinken, wenn dieses sich seiner außenpolitischen Orientierung nach von Deutschland entfernt. Die deutschen Direktinvestitionsbestände hingegen reagierten zumindest bis 2023 statistisch nicht signifikant auf eine entsprechende Entwicklung. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass deutsche Unternehmen ihre Direktinvestitionsentscheidungen strategisch langfristig planen. Auf veränderte Rahmenbedingungen reagieren sie nur verzögert und verhalten sich zunächst abwartend. Dieses Verhalten ist konsistent mit der Theorie, wonach bei erhöhter Unsicherheit und irreversiblen Investitionen der Wert des Abwartens steigt und Unternehmen Investitionsentscheidungen aufschieben.

1 Einleitung

Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen stehen seit einigen Jahren unter dem Eindruck wachsender geopolitischer Spannungen. Spätestens seit Ausbruch der Coronavirus-Pandemie ist deutlich geworden, wie anfällig grenzüberschreitende Produktions- und Liefernetzwerke für politische und wirtschaftliche Störungen sind. Hinzu kamen der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine seit dem Jahr 2022, der veränderte wirtschaftspolitische Kurs der US-Regierung seit 2024 sowie jüngste Konflikte im Nahen Osten. Diese Ereignisse haben die Debatte darüber verstärkt, ob die Phase fortschreitender Globalisierung an Dynamik verliert, sich die Weltwirtschaft zunehmend entlang geopolitischer Linien neu ordnet und durch ein global stärker fragmentiertes Wirtschaftssystem ersetzt wird.

Unter geoökonomischer Fragmentierung wird dabei im Sinne von den Besten et al. (2023) eine Abnahme wirtschaftlicher Integration und multilateraler Kooperation verstanden, die mit einer stärkeren Ausrichtung von Handels- und Finanzbeziehungen an geopolitischen Präferenzen einhergeht. Produktionsnetzwerke, Kapitalströme und Zahlungsbeziehungen könnten sich demnach verstärkt auf politisch nahestehende Länder konzentrieren, während wirtschaftliche Verflechtungen über geopolitische Lager hinweg relativ an Bedeutung verlieren. Zugleich legen die bisherigen Befunde nahe, dass sich dieser Prozess bislang eher in selektiven Verschiebungen als in einem umfassenden Rückbau internationaler Verflechtungen niederschlägt.

Für Deutschland als eine große offene Volkswirtschaft mit hohen Auslandsforderungen ist diese Frage von besonderem Interesse. Deutschland ist eng in internationale Finanz- und Produktionsnetzwerke eingebunden. Veränderungen in der geografischen Struktur deutscher Auslandsforderungen geben daher nicht nur allgemein Aufschluss über das Verhalten von Unternehmen, Investoren und Banken, sondern auch konkret darüber, wie stark geopolitische Spannungen bereits in den außenwirtschaftlichen Positionen sichtbar werden. Von besonderem Interesse ist dabei, ob sich ein Rückzug aus internationalen Märkten bereits abzeichnet. Vor diesem Hintergrund untersucht dieser Beitrag, wie sich die deutschen Auslandsforderungen in den vergangenen Jahren entwickelt haben und inwieweit sich ihre geografische Zusammensetzung unter dem Eindruck geopolitischer Spannungen verändert hat. Im Zentrum stehen drei Teilbereiche: Direktinvestitionen, Wertpapieranlagen und übrige Kapitalanlagen. Diese Anlageformen unterscheiden sich deutlich in ihrer ökonomischen Funktion, ihrer Liquidität und ihren Anpassungskosten. Deshalb ist zu erwarten, dass sie auf geopolitische Veränderungen nicht in gleicher Weise reagieren. Gerade diese Unterschiede stehen im Mittelpunkt der Analyse. Zur empirischen Einordnung werden in diesem Aufsatz zwei komplementäre Konzepte herangezogen und zwar das Konzept der „geopolitischen Blöcke“ und das Konzept der „geopolitischen Distanz“.

Die deskriptive Analyse basiert auf dem Konzept geopolitischer Blöcke und ordnet Partnerländer entsprechend ihrer außenpolitischen Orientierung verschiedenen Blöcken zu. Als Orientierung dient ein Ansatz des International Relations Committee der Europäischen Zentralbank aus dem Jahr 2024, der Länder danach klassifiziert, ob sie außenpolitisch eher den USA („westlicher Block“) oder China („östlicher Block“) nahestehen; daneben wird eine Gruppe neutraler Länder („neutraler Block“) unterschieden. Diese Einteilung beruht auf mehreren Hilfsvariablen, darunter Sanktionsmuster, militärische Verflechtungen, das Abstimmungsverhalten bei den Vereinten Nationen sowie externe Verschuldungsstrukturen gegenüber China. Sie bietet eine anschauliche Heuristik, um mögliche Verschiebungen außenwirtschaftlicher Variablen zwischen geopolitischen Lagern sichtbar zu machen. Zugleich ist ihre Aussagekraft begrenzt: Sie reduziert außenpolitische Ausrichtungen auf eine vereinfachte, eindimensionale Achse, fasst heterogene Länder unter Sammelkategorien zusammen und bildet geopolitische Neuausrichtungen einzelner Länder zwischen den einmal festgelegten Blöcken nicht ab.

Die tiefergehende ökonometrische Analyse verwendet das Konzept der geopolitischen Distanz, die als stetiger Indikator gemessen wird. Ausgangspunkt ist der Ansatz von Bailey et al. (2017), der auf dem Abstimmungsverhalten in der Generalversammlung der Vereinten Nationen basiert. Jedes Land wird dabei durch einen „Idealpunkt" beschrieben, der eine latente außenpolitische Grundposition zusammenfasst; die geopolitische Distanz zwischen zwei Ländern ergibt sich aus dem Abstand dieser Idealpunkte.

Während die Blockeinteilung somit eine diskrete und heuristische Gruppierung darstellt, erlaubt die geopolitische Distanz eine feinere, metrische Quantifizierung außenpolitischer Nähe. Beide Konzepte erfassen denselben Grundgedanken, unterscheiden sich aber in ihrer Funktion: Die Blockklassifikation strukturiert die deskriptiven Ergebnisse; die Distanzvariable dient der Prüfung, ob geopolitische Faktoren auch dann einen eigenständigen, signifikanten Einfluss auf deutsche Auslandsforderungen ausüben, wenn ökonomische Standarddeterminanten berücksichtigt werden.

Ziel dieses Beitrags ist es, ein differenziertes Bild der deutschen Auslandsforderungen in einer Phase wachsender geoökonomischer Spannungen zu zeichnen. Dabei zeigt sich, dass das deutsche Auslandsvermögen schon vor Beginn der jüngsten geopolitischen Spannungen tendenziell eher in Ländern angelegt war, die Deutschland politisch näherstanden. Das gilt vor allem für Wertpapieranlagen und übrige Kapitalanlagen. Diese beiden Vermögenskategorien reagierten auch vergleichsweise sensibel auf die veränderten politischen Rahmenbedingungen der letzten Jahre. Mit Direktinvestitionen waren deutsche Unternehmen hingegen schon zu Beginn dieses Jahrtausends vergleichsweise stark in Ländern mit engen außenpolitischen Bindungen zu China vertreten. Daran hat sich auch in den vergangenen Jahren wenig geändert.

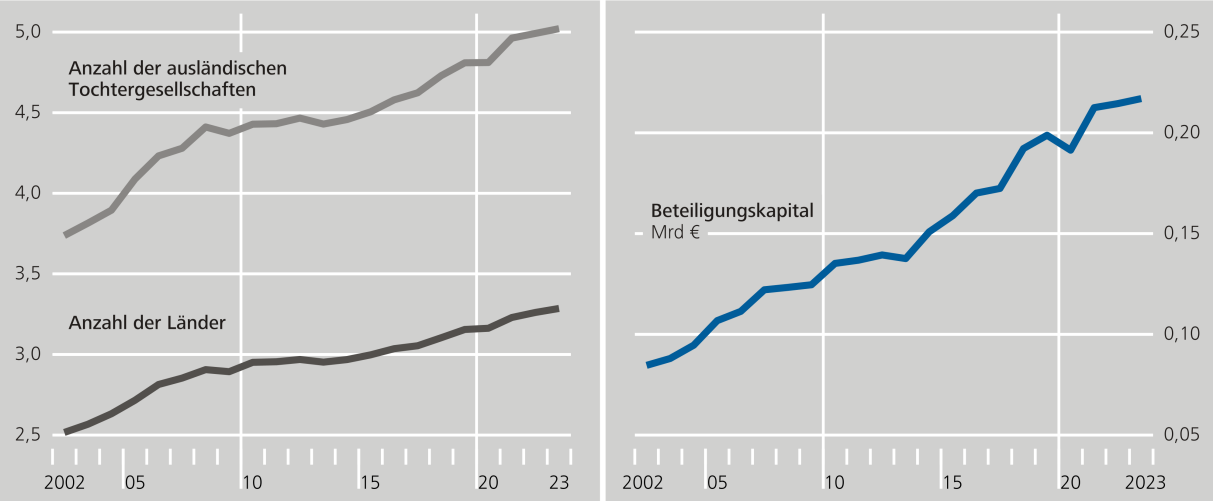
2 Direktinvestitionen

Deutsche Unternehmen haben ihre weltweiten Direktinvestitionsbestände in den vergangenen Jahren weiter ausgebaut. Das Beteiligungskapital deutscher Direktinvestitionen im Ausland ist im laufenden Jahrzehnt trotz Coronavirus-Pandemie und außenpolitischer Spannungen insgesamt weiter gestiegen. Der deutsche Auslandsvermögensstatus weist für diese Kennziffer Ende 2025 mit 2,3 Billionen € den höchsten jemals ermittelten Wert aus. Detaillierte Daten aus der Mikrodatenbank Direktinvestitionen (MiDi) liegen nur bis Ende 2023 vor. Sie bestätigen die fortschreitende Internationalisierung anhand mehrerer Kennziffern (siehe Schaubild 3.1): Die Anzahl der Zielländer, die Zahl der ausländischen Tochtergesellschaften sowie das Beteiligungskapital (in Milliarden Euro) pro deutsche Muttergesellschaft sind im Durchschnitt kontinuierlich gestiegen. Hinweise auf ein mögliches „Onshoring“ – also einen Rückzug deutscher Unternehmen aus dem Ausland zugunsten einer verstärkten Produktion in Deutschland – konnten nicht festgestellt werden. [1)]

1 Der Durchschnitt kann von Ausreißern beeinflusst werden. Der Median ist robuster und weniger anfällig. Die oben getroffene Aussage ändert sich mit dem Median nur geringfügig. Auch der Median der ausländischen Tochtergesellschaften und des Beteiligungskapitals stieg im Zeitverlauf kontinuierlich an, während die Anzahl der Zielländer konstant blieb. Ein Rückzug in Form eines Abbaus von Beteiligungskapital konnte somit nicht festgestellt werden.

Durchschnittswerte je Muttergesellschaft

Schaubild 3.1



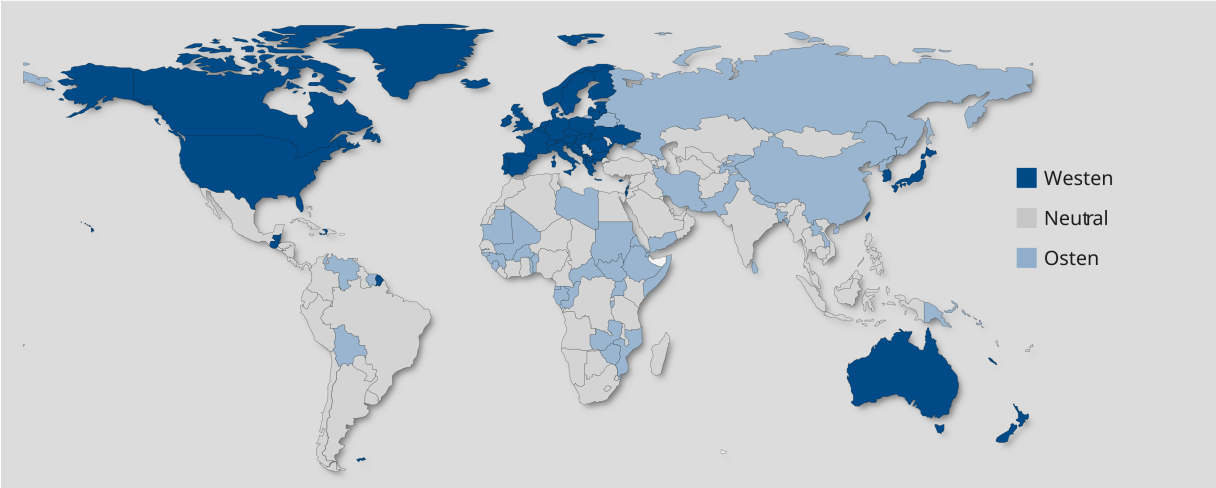
Quelle: MiDi und eigene Berechnungen.
Deutsche Bundesbank

Das deutsche Beteiligungskapital in „westlich“ orientierten und „neutralen“ Ländern stieg bis 2023 weiter an, während es in „östlich“ orientierten Ländern zuletzt leicht zurückging. [2)] Die Einteilung der Länder in die Blöcke „Westen“, „Neutral“ und „Osten“ basiert auf dem Bericht des International Relations Commitee der Europäischen Zentralbank (2024) und gibt an, inwiefern Länder außenpolitisch eher den Vereinigten Staaten oder China nahestehen. Schaubild 3.2 veranschaulicht diese Einteilung anhand einer Weltkarte.

2 Direktinvestitionsbestände setzen sich aus Beteiligungskapital und konzerninternen Krediten zusammen. Da das Beteiligungskapital die realwirtschaftlichen Motive ausländischer Investitionen besser widerspiegelt, konzentriert sich der vorliegende Beitrag im Folgenden auf diese Komponente.

Einteilung der Länder in die Blöcke Westen, Neutral und Osten

Schaubild 3.2



Quelle: EZB (2024).
Deutsche Bundesbank

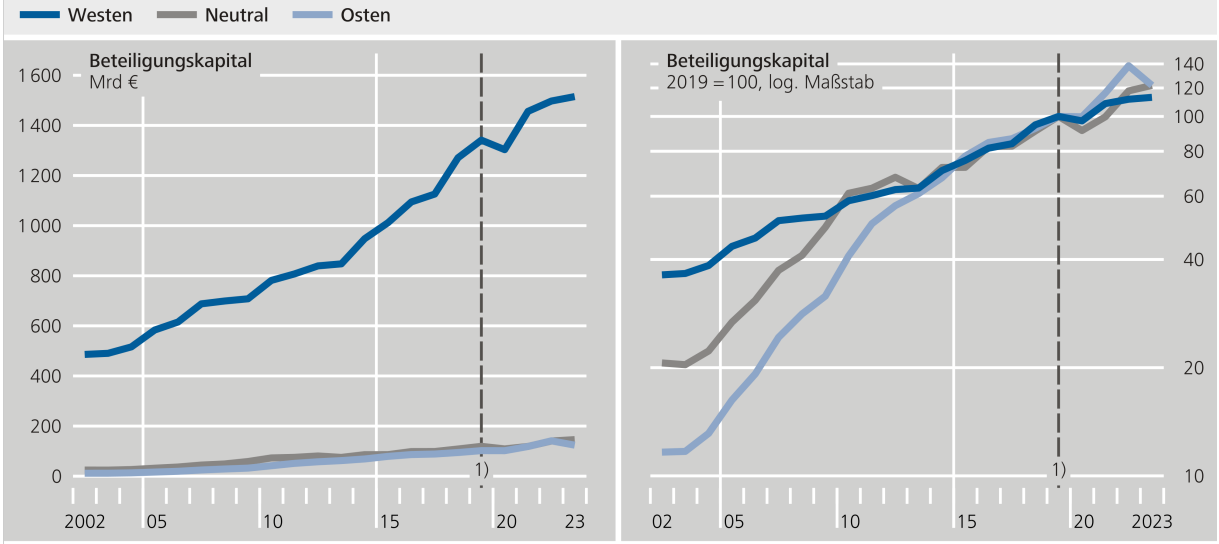
Schaubild 3.3 zeigt die Entwicklung des deutschen Beteiligungskapitals in den jeweiligen Ländergruppen. 2023 beliefen sich die Bestände des deutschen Beteiligungskapitals auf 1,5 Billionen € im „Westen“, 146 Mrd € in „neutralen“ Ländern und 124 Mrd € im „Osten“. Die Coronavirus-Pandemie führte 2020 zu einem Rückgang der Bestände, insbesondere in den „neutralen“ Ländern.[3)] In den darauffolgenden Jahren war das Wachstum in dieser Ländergruppe sowie in den „östlichen“ Ländern besonders dynamisch.

3 Generell sanken die Direktinvestitionsbestände zum Jahresende 2020, vgl.: Deutsche Bundesbank (2022). Ein Grund war die schwache konjunkturelle Entwicklung in den Zielregionen. Verluste der ausländischen Tochtergesellschaften spiegeln sich in niedrigerem Beteiligungskapital im Ausland wider. Außerdem senkten laut Auslandsvermögensstatus Bewertungseffekte, hauptsächlich Wechselkurseffekte, die Bestände 2020.

Während das Beteiligungskapital bei Direktinvestitionen in den „westlichen“ Ländern bis zuletzt auf einem sehr hohen Niveau blieb, verzeichneten die „östlich“ orientierten Länder 2023 erstmals seit Beginn des Beobachtungszeitraums im Jahr 2002 einen Rückgang. Dieser Rückgang ist vor allem auf geringeres deutsches Beteiligungskapital in Russland und China zurückzuführen. Das Beteiligungskapital sank besonders stark bei ausländischen Tochtergesellschaften im Sektor „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“ in China. In Russland war dagegen der Sektor „Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und Krafträdern)“ vom deutlichen Rückgang betroffen.

Beteiligungskapital deutscher Direktinvestitionen im Ausland

Schaubild 3.3



Quelle: MiDi und eigene Berechnungen. **1** Beginn der COVID-19-Pandemie.
Deutsche Bundesbank

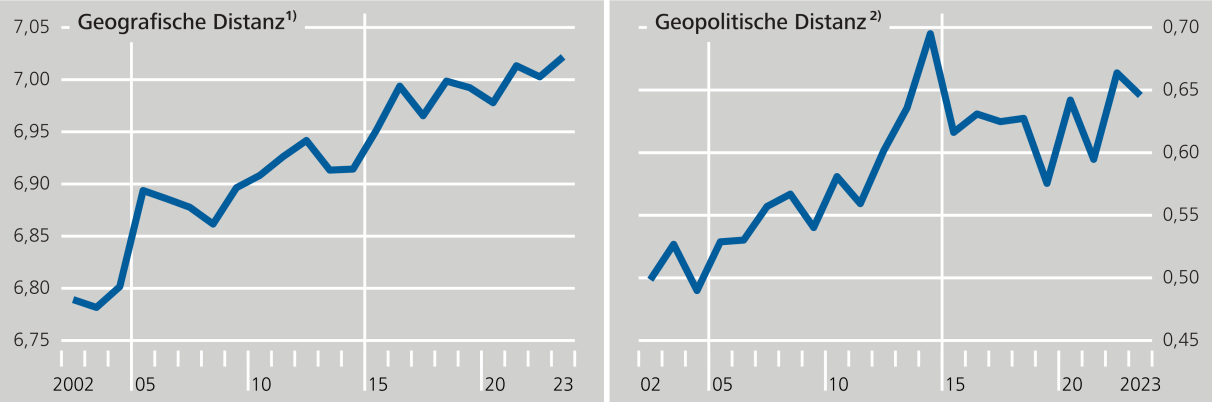
Deutsche Unternehmen engagierten sich zuletzt durchschnittlich stärker im geografisch entfernten Ausland, während die geopolitische Distanz seit 2014 tendenziell leicht abnahm. Die geografische Distanz, gemessen an der (logarithmierten) Entfernung zwischen den bevölkerungsreichsten Städten verschiedener Länder in Kilometern (Luftlinie), ist eine gebräuchliche Determinante der Gravitationstheorie zur Erklärung bilateraler Handels- und Investitionsbeziehungen. Die geopolitische Distanz kann analog zu diesem Ansatz Hinweise geben, ob geoökonomische oder geopolitische Faktoren für Wirtschaftsakteure eine Rolle spielen. Anders als die geografische Distanz kann sie sich im Zeitablauf ändern. Schaubild 3.4 zeigt die über das Beteiligungskapital gewichtete durchschnittliche Entwicklung der geografischen und geopolitischen Distanz pro deutsche Muttergesellschaft. Die durchschnittliche geografische Distanz der Direktinvestitionen nahm im Zeitverlauf zu. [4)] Die geopolitische Distanz Deutschlands zu seinen Zielländern, gemessen über das Abstimmungsverhalten in der UN-Generalversammlung, stieg zunächst bis 2014 an und ging danach moderat zurück. [5)] Ein möglicher Einflussfaktor könnte die Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 gewesen sein. Sie könnte die Sensibilität deutscher Unternehmen gegenüber geopolitischen Risiken erhöht haben. Teilweise lässt sich die niedrigere geopolitische Distanz auch damit erklären, dass die Partnerländer Deutschlands nach 2014 bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen häufiger ähnlich wie Deutschland abgestimmt haben.

4 Die geografische Distanz zwischen Deutschland und einem Zielland wird als der logarithmierte Abstand in Kilometern zwischen den bevölkerungsreichsten Städten beider Länder gemessen.

5 Die geopolitische Distanz basiert auf Bailey et al. (2017), siehe auch: dataverse.harvard.edu. Das Distanzmaß ist nach oben offen und nicht normiert. Werte lassen sich nur im Vergleich interpretieren. Ein höherer Wert deutet darauf hin, dass die Zielländer deutscher Direktinvestitionen bei Abstimmungen in der Generalversammlung der Vereinten Nationen häufiger von den Positionen Deutschlands abgewichen sind. Dies gilt sowohl für Unterschiede zwischen einzelnen Ländern in einem bestimmten Jahr als auch für veränderte Werte eines Landes von Jahr zu Jahr.

Durchschnittliche Distanz des deutschen Beteiligungskapitals im Ausland pro deutsche Muttergesellschaft

Schaubild 3.4



Quelle: MiDi und eigene Berechnungen. **1** Die geografische Distanz zwischen Deutschland und einem Zielland wird als logarithmierter Abstand in Kilometern zwischen Berlin und der bevölkerungsreichsten Stadt des Ziellandes gemessen. **2** Die geopolitische Distanz zwischen Deutschland und einem Land ist ein dimensionsloser Index und ergibt sich aus dem Abstand von „Idealpunkten", die eine außenpolitische Grundposition mit Hilfe des Abstimmungsverhaltens bei den Vereinten Nationen zusammenfasst.

Deutsche Bundesbank

Exkurs

Ökonometrische Untersuchungen zu den Auswirkungen geopolitischer Distanz auf deutsche Direktinvestitionen im Ausland

Die vorliegende Analyse basiert auf Daten der Mikrodatenbank Direktinvestitionen (MiDi) der Bundesbank für den Zeitraum von 2002 bis 2023. [1)] Die Datenbank enthält detaillierte Informationen auf Unternehmensebene zu deutschen Direktinvestitionen im Ausland. Sie ermöglicht es, sowohl die deutsche Muttergesellschaft als auch die ausländische Tochtergesellschaft in anonymisierter Form zu identifizieren. Unternehmen in Deutschland sind gesetzlich verpflichtet, direkte und indirekte Beteiligungen an ausländischen Unternehmen zu melden, sofern diese bestimmte Schwellenwerte überschreiten. Erfüllt eine Beteiligung die statistische Definition einer Direktinvestition, erfasst die MiDi das gesamte Spektrum solcher deutschen Auslandsinvestitionen. Die Daten liegen in jährlicher Frequenz vor und decken den Zeitraum von 2002 bis 2023 ab. Eine ausländische Tochtergesellschaft ist ein Unternehmen, das sich im direkten oder indirekten Besitz einer inländischen Muttergesellschaft befindet und seinen Sitz im Ausland hat. [2)] Eine ausführliche Beschreibung der Datenbank findet sich bei Blank et al. (2020).

Panelregressionen erlauben es, zu prüfen, ob geopolitische Distanz die bilateralen Bestände deutscher Direktinvestitionen im Ausland beeinflusst – unter Kontrolle klassischer Faktoren des Gravitationsmodells wie Marktgröße, Distanz und wirtschaftliche Verflechtung. Die Schätzungen erfolgen auf Basis balancierter Paneldaten unter Anwendung der Pseudo-Poisson-Maximum-Likelihood-Methode (PPML) und lassen sich wie folgt darstellen:

1 Die Analyse basiert auf einem Forschungspapier von Goldbach und Nitsch (2026).

2 Als Direktinvestitionen sind grenzüberschreitende Beteiligungen am Kapital und an den Rücklagen von Unternehmen, Zweigniederlassungen und Betriebsstätten anzusehen, sofern dem Kapitalgeber unmittelbar mindestens 10 % oder mittelbar und unmittelbar zusammen mehr als 50 % der Kapitalanteile oder Stimmrechte zuzurechnen sind. Die Bilanzsumme der ausländischen Tochtergesellschaft muss mindestens 3 Mio € betragen.

$$Beteiligungskapital_{ct} = exp\Big(\beta Idealpunkt\text{-}Abstand_{ct\text{-}1} + \gamma Kontrollvariablen_{ct} + \alpha_c + \delta_t + \rho_{rt} + \varepsilon_{ct}\Big)$$

Dabei steht $Beteiligungskapital_{ct}$ für den Wert in Euro des deutschen Beteiligungskapitals in Land c im Jahr t. Der $Idealpunkt\text{-}Abstand_{ct\text{-}1}$ repräsentiert die geopolitische Distanz Deutschlands zu Land c im Vorjahr $t-1$. Der Vektor $Kontrollvariablen_{ct}$ umfasst bilaterale Standardgrößen des Gravitationsmodells des Handels für Land c im Jahr t.[3] Die fixen Effekte (α_c, δ_t und ρ_{rt}) berücksichtigen länderspezifische, zeitspezifische sowie bilaterale Regionen-Jahres-Effekte.[4] Die Standardfehler werden auf Länderebene berechnet, um robuste Schätzungen zu gewährleisten.

3 Als Kontrollvariablen werden die geografische Distanz zum Zielland, die wirtschaftliche Größe des Ziellandes (gemessen am BIP) sowie eine binäre Variable herangezogen, die angibt, ob im Zielland Deutsch gesprochen wird.

4 Die empirische Literatur arbeitet häufig mit bilateralen Datensätzen, die alle Länder der Welt umfassen. Dies ermöglicht die Verwendung von Ursprungsländer-Jahres und Zielländer-Jahres fixen Effekten. Im vorliegenden Beitrag können jedoch keine Zielländer-Jahres fixen Effekte berücksichtigt werden, da diese perfekt mit der geopolitischen Distanz korrelieren und somit keine Schätzung des entsprechenden Koeffizienten möglich ist. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, werden stattdessen Regionen-Jahres fixe Effekte verwendet. Als Regionen dienen die Kontinente Afrika, Asien, Australien/Ozeanien, Europa, Nordamerika und Südamerika.

Bei umfassender Berücksichtigung von Kontrollvariablen lässt sich kein signifikanter Einfluss der geopolitischen Distanz auf das deutsche Beteiligungskapital im Ausland nachweisen. Schaubild 3.5 fasst die Schätzergebnisse für den Einfluss geopolitischer Distanz (β) verschiedener Regressionsmodelle zusammen. Mit von oben nach unten zunehmender Zahl an Kontrollvariablen verschwindet der zunächst negative Effekt. Wird lediglich für zeitliche fixe Effekte und geografische Distanz kontrolliert, ist der Effekt der geopolitischen Distanz negativ und signifikant (Zeile 2). Ab Einbezug von Ländergröße und der binären Variable „gemeinsame Sprache“ wird er insignifikant (Zeile 3). Auch Spezifikationen mit Strukturbrüchen – 2014 (Krim-Annexion durch Russland) und 2022 (Ukrainekrieg) – liefern keinen robusten Zusammenhang (Zeile 6 und 7).[5)] Die Ergebnisse können Aussagen der empirischen Literatur, dass weltweit eine höhere geopolitische Distanz zu niedrigeren Direktinvestitionen führe, für deutsche Direktinvestitionen nicht bestätigen.[6)] Somit scheinen geopolitische Faktoren die Investitionsentscheidungen deutscher Unternehmen zumindest bis zum Jahr 2023 nicht wesentlich beeinflusst zu haben.[7)] Möglicherweise sind die Reaktionen auf jüngere geopolitische Entwicklungen in den vorliegenden Daten nicht abgebildet. Direktinvestitionen reagieren allerdings oftmals träge auf sich verändernde Rahmenbedingungen.

5 Der geopolitische Risikoindex von Caldara und Iacoviello (2022) zeigt, dass der deutsche Index während der Krim-Annexion 2014 stärker anstieg als das weltweite Risikomaß. Auch der russische Angriff auf die Ukraine 2022 führte zu einem hohen Anstieg. Somit bieten sich sowohl 2014 als auch 2022 als mögliche Strukturbrüche an.

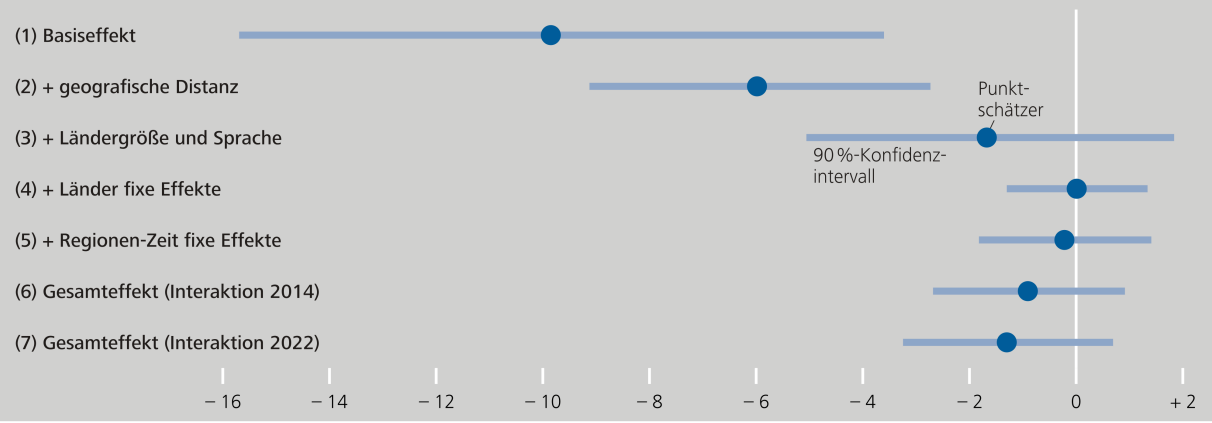
6 Vgl.: Aiyar et al. (2024) sowie Gopinath et al. (2025).

7 Geopolitische Nähe kann auf unterschiedliche Weise gemessen werden. Robustheitsuntersuchungen, welche die NATO-Mitgliedschaft in Form einer binären Variable als erklärende Variable verwenden, zeigen ähnliche Ergebnisse.

Einfluss geopolitischer Distanz auf das Beteiligungskapital deutscher Direktinvestitionen im Ausland*)

Schaubild 3.5

in %



Quelle: MiDi und eigene Berechnungen. * Eine Erhöhung der geopolitischen Distanz um 0,1 Indexpunkte verändert die abhängige Variable um … %. Die geopolitische Distanz zwischen Deutschland und einem Land ist ein dimensionsloser Index und ergibt sich aus dem Abstand von „Idealpunkten", die eine außenpolitische Grundposition mit Hilfe des Abstimmungsverhaltens bei den Vereinten Nationen zusammenfasst.

Deutsche Bundesbank

Ökonometrische Untersuchungen zeigen, dass die geopolitische Distanz bis in das Jahr 2023 keinen signifikanten Einfluss auf das deutsche Beteiligungskapital im Ausland hat. Deutsche Direktinvestoren haben bis zum Jahr 2023 wenig auf geopolitische Veränderungen reagiert. Somit fehlt bislang belastbare empirische Evidenz für einen systematischen Effekt geopolitischer Distanz auf das Beteiligungskapital.

3 Wertpapieranlagen

Deutsche Anleger reduzierten laut der Statistik über Wertpapierinvestments (SHS-Base plus) der Bundesbank seit Mitte 2021 ihre Wertpapierbestände aus „östlichen" Emittentenländern. [6)] Schaubild 3.6 zeigt die Wertpapierbestände deutscher Anleger zu Marktwerten, aufgeschlüsselt nach den drei Länderblöcken „Westen", „Neutral" und „Osten". [7)] Es lässt sich eine starke und wachsende Konzentration deutscher Wertpapierbestände auf den „Westen" erkennen. Engagements in „neutralen" und „östlichen" Ländern bleiben deutlich geringer. [8)] Die Coronavirus-Pandemie führte vorübergehend zu einem Rückgang der ausgewiesenen Wertpapierbestände aus allen Ländergruppen, und zwar vor allem aufgrund der fallenden Marktpreise. Anschließend knüpfte die Bestandszunahme von Wertpapieren der „neutralen" und „östlichen" Länder an den dynamischen Trend von vor der Pandemie wieder an. Diese Bestände wuchsen weiter schneller als jene aus dem „Westen". Mitte 2021 kam es zu einem Bruch. Anleger reduzierten ihre Bestände von Titeln aus dem „östlichen" Länderblock und seit Anfang 2022 auch aus dem „neutralen" Länderblock. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass geopolitische Faktoren an Einfluss gewonnen haben. Im dritten Quartal 2025 lagen die Bestände aus „neutralen" und „östlichen" Ländern wieder ungefähr auf dem Niveau von Anfang 2022.

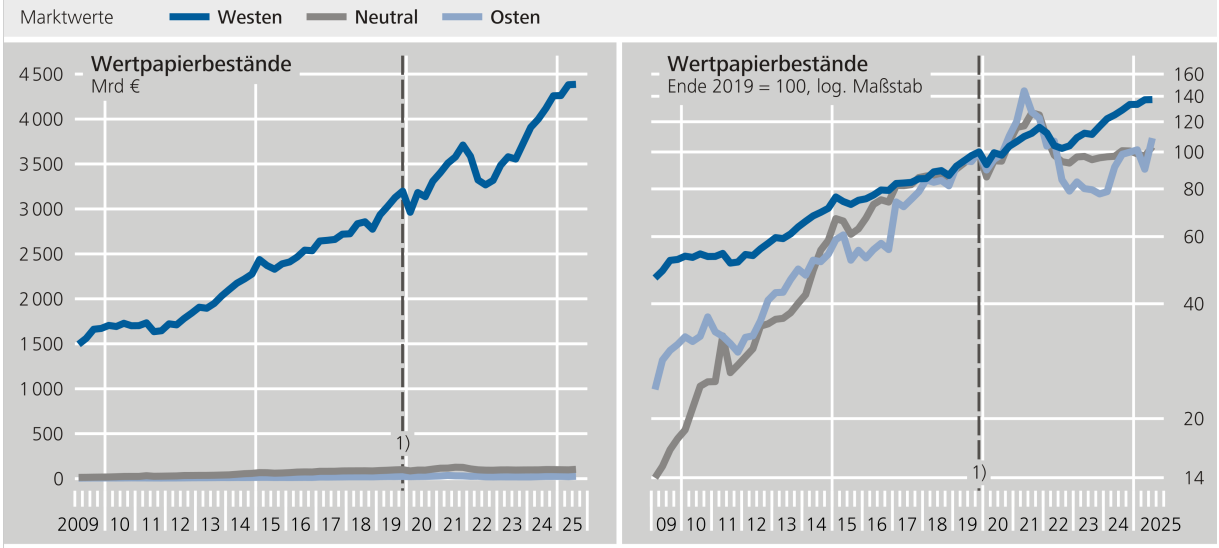
6 In der SHS-Base plus fehlen die sogenannten Third-Party Holdings (TPH), das heißt Wertpapierbestände deutscher Anleger bei ausländischen Depotbanken.

7 Die Statistik über Wertpapierinvestments (SHS-Base plus) enthält sowohl Nominal- als auch Marktwerte. Marktwerte berücksichtigen dabei sowohl Preis- als auch Wechselkurseffekte. Da Nominalwerte insbesondere für Aktien inhaltlich nicht aussagekräftig sind, verwendet Schaubild 3.6 Marktwerte, um ein umfassendes Bild über alle Instrumente – Aktien, Anleihen und Geldmarktpapiere – zu erhalten. Für die gesonderte Entwicklung bei den Schuldverschreibungen sind hingegen Nominalwerte besser geeignet, da sie unabhängig von Preiseffekten (nicht aber von Wechselkurseffekten) sind.

8 Auch das Verhältnis bei den Direktinvestitionen (siehe Kapitel 2) ist unausgewogen, aber weniger deutlich als bei den Wertpapierbeständen. Im Bereich Direktinvestitionen spielen „neutrale" und „östliche" Länder eine bedeutendere Rolle, da deutsche Unternehmen in diesen Ländern vor Ort produzieren und die ausländischen Tochtergesellschaften für Vertriebszwecke nutzen. Für Portfolioinvestoren scheinen die beiden Länderblöcke im Vergleich zu Direktinvestitionen weniger attraktiv zu sein. Dies könnte unter anderem an den weniger entwickelten Kapitalmärkten in diesen Regionen liegen.

Wertpapierbestände ausländischer Emittenten in deutschen Portfolios

Schaubild 3.6



Quelle: SHS Base plus und eigene Berechnungen. **1** Beginn der COVID-19-Pandemie.

Deutsche Bundesbank

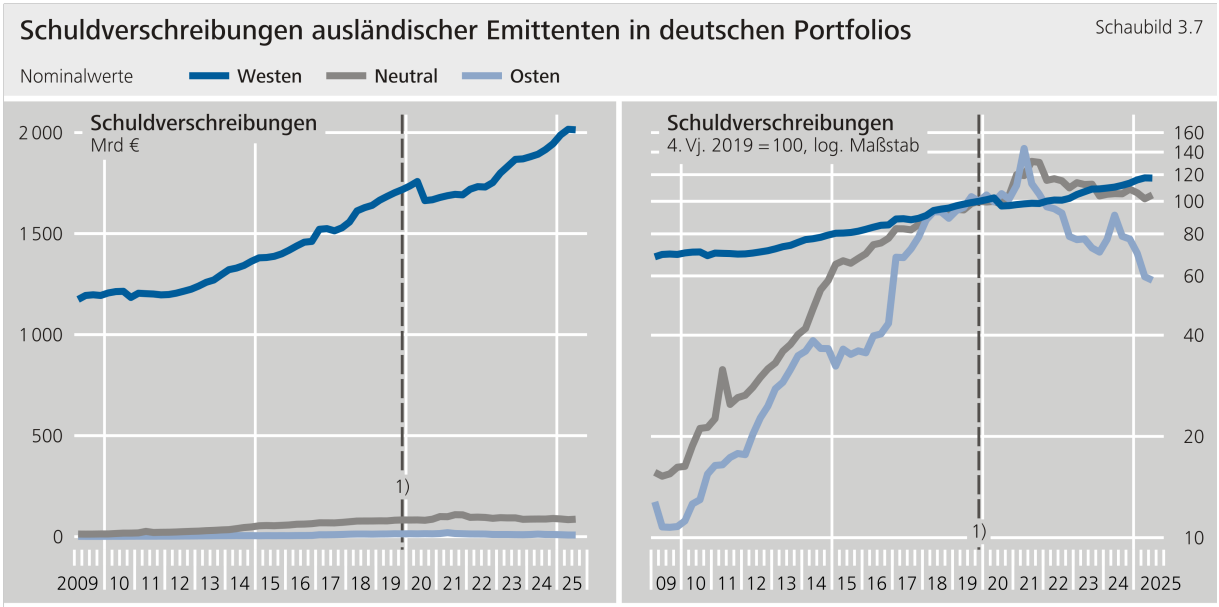
Anleihen aus westlichen Ländern prägten die Entwicklung maßgeblich. Schaubild 3.7 zeigt den Anstieg der Nominalwerte von Schuldverschreibungen, also Anleihen und Geldmarktpapieren, im Zeitverlauf.[9)] Der Verlauf ähnelt dem der Marktwerte über alle Instrumente. Anteilsmäßig machen Anleihen den überwiegenden Teil der Schuldverschreibungen aus. Ähnlich wie bei den Wertpapierbeständen über alle Instrumente (Marktwerte) fällt auf, dass der Bestand an Schuldverschreibungen aus den „neutralen“ und „östlichen“ Ländergruppen ab Ende 2020 – dem Trend davor folgend – weiter anstieg, und sogar sehr stark. Anschließend sank der Bestand von Papieren aus den „östlichen“ Ländern seit 2022 auf etwa die Hälfte des Niveaus von Ende 2019, während Titel aus „neutralen“ Ländern auf das ursprüngliche Niveau von Ende 2019 zurückfielen.[10)] Im Gegensatz dazu stiegen die Bestände von Schuldverschreibungen aus den „westlichen“ Ländern weiterhin kontinuierlich bis zum dritten Quartal 2025 an.

9 Wie bereits erwähnt, sind Nominalwerte aussagekräftiger als Marktwerte, wenn es darum geht, das Verhalten von Investoren zu analysieren. Die Marktwerte zeigen jedoch einen sehr ähnlichen Verlauf und weisen bei Anleihen und Geldmarktpapieren eine hohe Korrelation mit den Nominalwerten auf.

10 Der Abbau kann sowohl durch Verkäufe als auch durch Tilgungen erfolgen.

Schuldverschreibungen ausländischer Emittenten in deutschen Portfolios

Schaubild 3.7



Quelle: SHS Base plus und eigene Berechnungen. **1** Beginn der COVID-19-Pandemie.

Deutsche Bundesbank

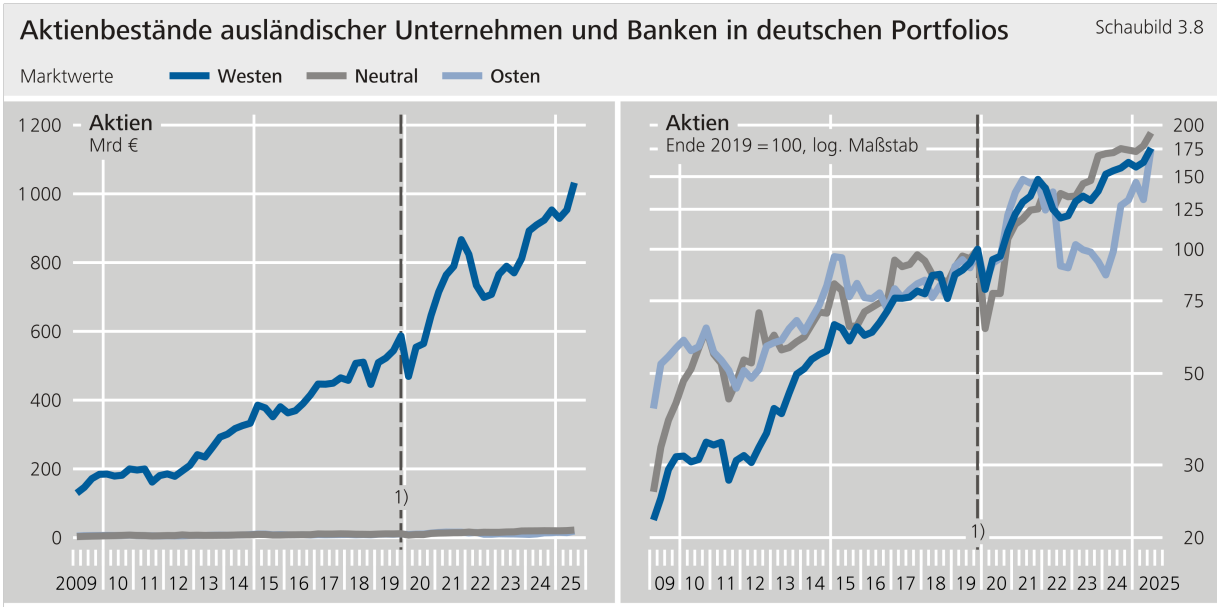
Bei den ausländischen Aktienbeständen deutscher Anleger lässt sich kein Rückzug aus östlichen oder westlichen Ländern erkennen. [11)] Schaubild 3.8 zeigt die Marktwerte der ausländischen Aktienbestände deutscher Anleger. [12)] Der Wert dieser Instrumente entsprach im Mittel der betrachteten Jahre etwa der Hälfte der Nominalwerte an ausländischen Schuldverschreibungen. Bis Ende 2019 stiegen die Bestände an Aktien aus allen Regionen kontinuierlich an. Der Beginn der Coronavirus-Pandemie Anfang 2020 sowie der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine Anfang 2022 führten zu deutlichen bewertungsbedingten Rückgängen der Bestände, die sich aber anschließend mit den wieder steigenden Kursen erholten. Großvolumige Nettoverkäufe von Marktteilnehmern waren nicht zu verzeichnen. Am aktuellen Rand liegen die Bestände aus allen Länderregionen etwa 75 % über dem Wert kurz vor der Coronavirus-Pandemie.

11 Regressionsanalysen bestätigen diese Aussage. Die geopolitische Distanz hat keinen signifikanten Effekt auf die Marktwerte von ausländischen Aktienbeständen deutscher Anleger.

12 Die Marktwerte verlaufen sehr ähnlich und weisen mit den Nominalwerten bei Anleihen und Geldmarktpapieren eine hohe Korrelation auf.

Aktienbestände ausländischer Unternehmen und Banken in deutschen Portfolios

Schaubild 3.8



Quelle: SHS Base plus und eigene Berechnungen. **1** Beginn der COVID-19-Pandemie.

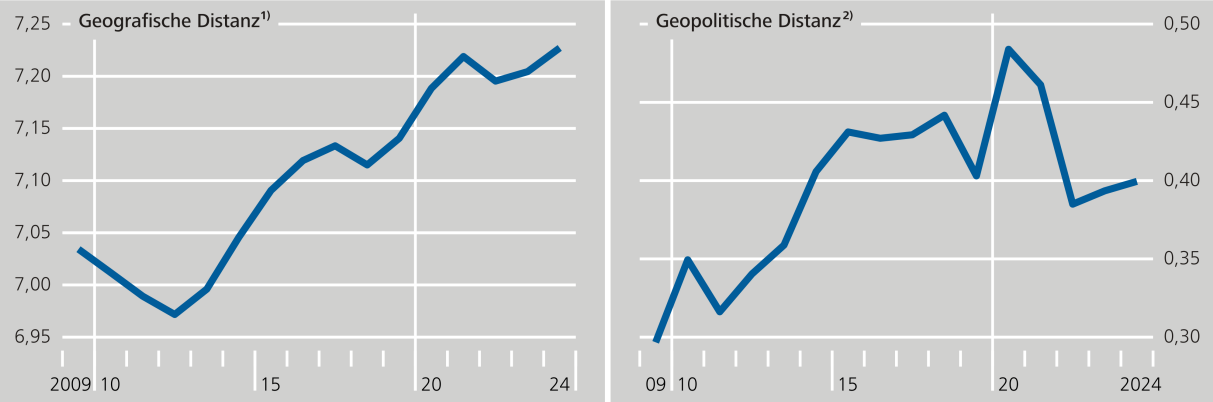
Deutsche Bundesbank

Die geografische Distanz deutscher Wertpapieranlagen nahm zu; die geopolitische Distanz stieg bis 2020 und ging danach zurück. Die geografische und geopolitische Distanz wird als wertgewichteter Durchschnitt berechnet, wobei der Wertanteil eines Landes am Gesamtbestand mit dem jeweiligen Distanzmaß gewichtet wird. Schaubild 3.9 illustriert die Entwicklung dieser Distanzen für deutsche Wertpapieranlagen auf Basis der Marktwerte über alle Instrumente.[13)] Die durchschnittliche geografische Distanz der deutschen Wertpapieranlagen nahm seit 2012 meist kontinuierlich zu. Die geopolitische Distanz stieg bis zum Jahr 2020 deutlich an, fiel anschließend bis 2022 und erhöhte sich danach leicht bis 2024. Der Anstieg der geopolitischen Distanz seit 2011 ist teilweise darauf zurückzuführen, dass sich die Partnerländer geopolitisch weiter von Deutschland entfernten – also in der Vollversammlung der Vereinten Nationen häufiger anders abstimmten als Deutschland – aber auch auf ein verändertes Anlegerverhalten deutscher Investoren.

13 Anders als bei Direktinvestitionen wird die gewichtete durchschnittliche Distanz beim Wertpapierbestand auf der Ebene des Landes und nicht auf der Ebene des Melders berechnet. Da die Melder in der SHS-Base plus nicht die Eigentümer, sondern die Verwahrer der Wertpapiere sind, ist eine Angabe pro Melder ökonomisch nicht sinnvoll.

Durchschnittliche Distanz ausländischer Wertpapiere (Marktwerte über alle Instrumente) in deutschen Portfolios

Schaubild 3.9



Quelle: SHS Base plus und eigene Berechnungen. **1** Die geografische Distanz zwischen Deutschland und einem Zielland wird als logarithmierter Abstand in Kilometern zwischen Berlin und der bevölkerungsreichsten Stadt des Ziellandes gemessen. **2** Die geopolitische Distanz zwischen Deutschland und einem Land ist ein dimensionsloser Index und ergibt sich aus dem Abstand von „Idealpunkten", die eine außenpolitische Grundposition mit Hilfe des Abstimmungsverhaltens bei den Vereinten Nationen zusammenfasst.

Deutsche Bundesbank

Exkurs

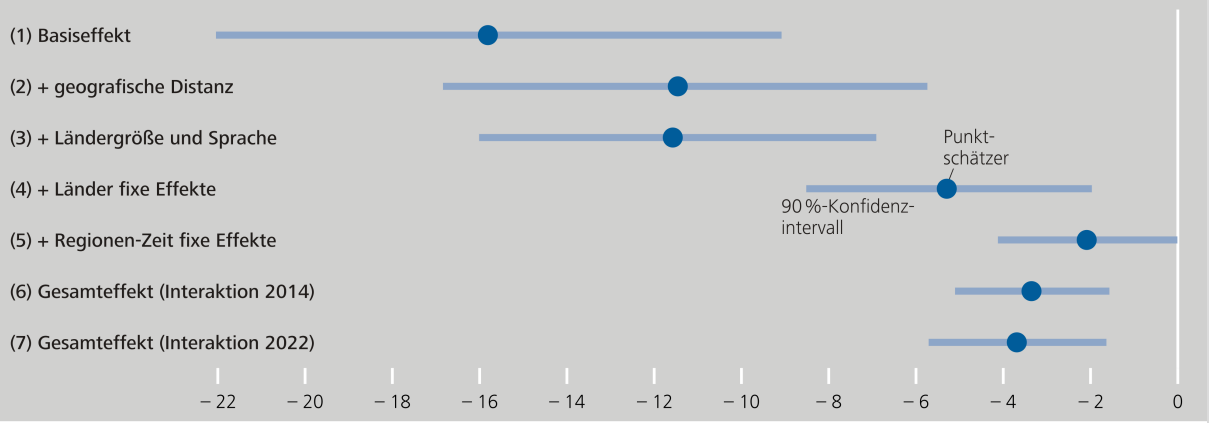
Ökonometrische Untersuchungen zum Einfluss geopolitischer Distanz auf die Bestände ausländischer Schuldverschreibungen in deutschen Portfolios

Die Regressionen konzentrieren sich auf das wichtige Segment der Schuldverschreibungen (Nominalwerte) und folgen methodisch dem Ansatz des Exkurses zu den Auswirkungen geopolitischer Distanz auf deutsche Direktinvestitionen im Ausland. Als Datengrundlage dienen die Jahresendstände ausländischer Schuldverschreibungen in deutschen Portfolios, basierend auf der Statistik über Wertpapierinvestments (SHS-Base plus) für den Zeitraum 2009 bis 2024. Schaubild 3.10 veranschaulicht die Ergebnisse der Regressionen. Jede Zeile zeigt die Ergebnisse einer eigenständigen Schätzung. Eingetragen ist der Effekt der geopolitischen Distanz auf die Nominalwerte von Schuldverschreibungen. Spezifikationen mit Interaktionstermen (2014 und 2022) testen mögliche Strukturbrüche (Zeile 6: 2014; Zeile 7: 2022). Interaktionsterme kombinieren die geopolitische Distanz mit einer binären Variablen, die ab dem Jahr, in dem der Strukturbruch vermutet wird – hier also ab 2014 beziehungsweise 2022 – jeweils den Wert eins annehmen. Die sechste Zeile umfasst die Summe aus dem Basiseffekt und dem Interaktionsterm 2014. Zeile 7 zeigt den Gesamteffekt mit dem Interaktionsterm 2022. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass eine größere geopolitische Distanz zwischen Deutschland und dem jeweiligen Land des Emittenten mit einem geringeren Bestand an Schuldverschreibungen einhergeht. Dieser Effekt bleibt über alle Spezifikationen hinweg bestehen, auch wenn zusätzliche Kontrollvariablen berücksichtigt werden. Im Unterschied zu Direktinvestitionsbeständen reagieren Wertpapierbestände offenbar stärker auf geopolitische Faktoren. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass Portfolioinvestitionen liquider und weniger langfristig strategisch ausgerichtet sind als Direktinvestitionen. Dadurch können Investoren schneller auf politische Veränderungen reagieren.

Einfluss geopolitischer Distanz auf ausländische Schuldverschreibungen (Nominalwerte) in deutschen Portfolios*)

Schaubild 3.10

in %



Quelle: SHS Base plus und eigene Berechnungen. * Eine Erhöhung der geopolitischen Distanz um 0,1 Indexpunkte verändert die abhängige Variable um … %. Die geopolitische Distanz zwischen Deutschland und einem Land ist ein dimensionsloser Index und ergibt sich aus dem Abstand von „Idealpunkten", die eine außenpolitische Grundposition mit Hilfe des Abstimmungsverhaltens bei den Vereinten Nationen zusammenfasst.

Deutsche Bundesbank

Die Resultate einer Panel-Schätzung deuten darauf hin, dass geopolitische Distanz die Wertpapierbestände deutscher Anleger signifikant beeinflusst. Alle Spezifikationen zeigen, dass zunehmende geopolitische Distanz Deutschlands zum Emittentenland den Bestand ausländischer Schuldverschreibungen (zu Nominalwerten) in deutschen Portfolios signifikant senkt. Dies gilt auch dann, wenn die Spezifikation mit ihren Kontrollvariablen sehr restriktiv ist. Somit reagieren deutsche Portfolioinvestoren auf veränderte geopolitische Rahmenbedingungen schneller als deutsche Direktinvestoren. Ein wichtiger Faktor hierfür sind möglicherweise Transaktionskosten. Schuldverschreibungen werden fällig, ohne dass dabei Kosten anfallen. Zudem sind Wertpapierbestände günstiger zu liquidieren als physische Anlagen vor Ort.

4 Übrige Kapitalanlagen

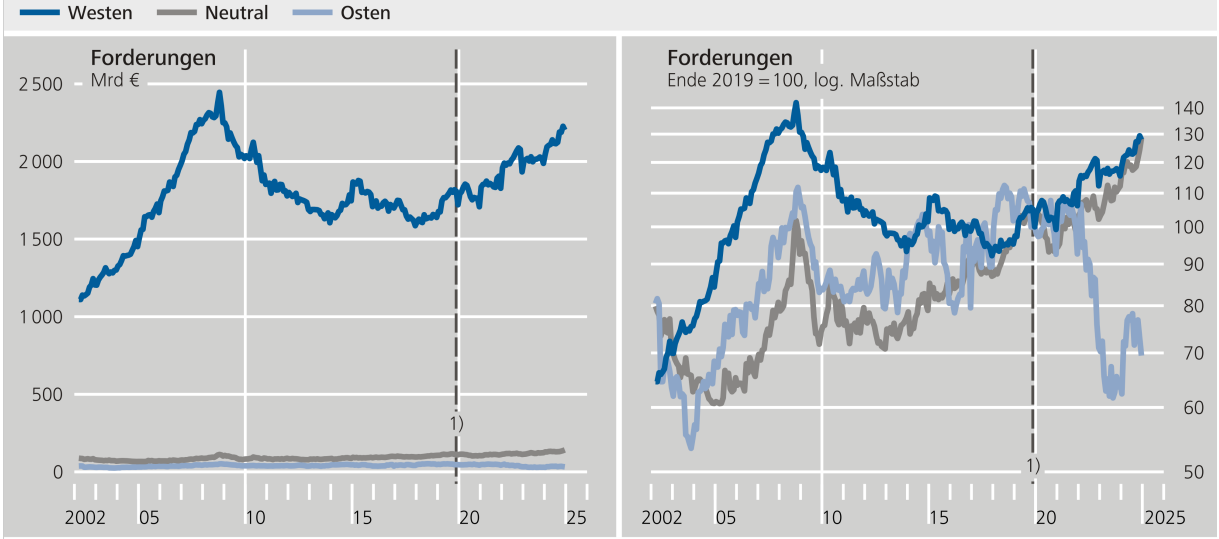
Die wesentlichen Trends bei den übrigen Kapitalanlagen waren nicht von Einflüssen geografischer und geopolitischer Distanz geprägt. So spiegelten die beobachteten Entwicklungen der übrigen Kapitalanlagen zwischen 2007 und 2012 in erster Linie Dispositionen der Marktteilnehmer wider, die diese unter dem Eindruck der Finanz- und Staatsschuldenkrise trafen. Bis zum Ausbruch der Finanzkrise wuchsen die Netto-Auslandsforderungen deutscher Banken rasant. Heimische Kreditinstitute räumten ausländischen Partnerinstituten Liquiditätslinien ein, die diese beispielsweise zum Kauf für Anleihen von Finanzinstrumenten aus den USA oder dem Euroraum nutzen. Diese Entwicklung fand 2007 mit der globalen Finanzkrise ein jähes Ende. Deutsche Banken (ohne Bundesbank) reduzierten laut Auslandsstatus der Banken in der Folge ihr Kreditvolumen an ausländische Partnerbanken. Sie zogen sich aus internationalen Märkten zurück und hielten mehr Liquidität im Inland (deleveraging). Der Prozess der Bilanzverkürzung setzte sich während der Staatsschuldenkrise in einigen Ländern des Euro-Währungsgebiets bis Mitte 2012 fort. [14)] Anschließend stabilisierten sich die Auslandsforderungen bei vorübergehenden Schwankungen bis zum Ausbruch der Coronavirus-Pandemie. Seitdem nahmen unter anderem grenzüberschreitende Kredite deutscher Geschäftsbanken innerhalb der Bankengruppe zu.

14 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2023).

Innerhalb des Gesamttrends zeigt sich, dass vor allem Forderungen gegenüber „westlichen“ Ländern zwischenzeitlich stark abnahmen. Das lag maßgeblich daran, dass deutsche Banken in diesen Ländern überdurchschnittlich stark engagiert waren. Hinzu kam, dass diese Länder von der Krise auch stärker betroffen waren als „östliche“ oder „neutrale“ Länder. Schaubild 3.11 zeigt die übrigen Kapitalanlagen deutscher Banken, aufgeschlüsselt nach den drei Länderblöcken „Westen“, „Neutral“ und „Osten“. Deutsche Banken bauten ihre Forderungspositionen im Bereich übriger Kapitalanlagen – insbesondere mit der globalen Finanzmarktkrise – gegenüber den europäischen Nachbarländern ab. [15)] Dieser Rückgang setzte sich mit der europäischen Staatsschuldenkrise fort und stabilisierte sich dann. Mitte Juli 2022 lagen die Forderungen gegenüber dem „Westen“ wieder ungefähr auf dem Niveau von 2015, also von vor Beginn der Ankaufprogramme. Auffällig ist, dass nach der Coronavirus-Pandemie die Forderungen deutscher Banken gegenüber „westlichen“ und „neutralen“ Ländern jeweils um etwa 25 % anstiegen, während die Forderungen gegenüber dem „östlichen“ Länderblock um etwa 30 % zurückgingen.

Übrige Kapitalanlagen deutscher Banken gegenüber dem Ausland

Schaubild 3.11



Quelle: Auslandsstatus der Banken und eigene Berechnungen. **1** Beginn der COVID-19-Pandemie.

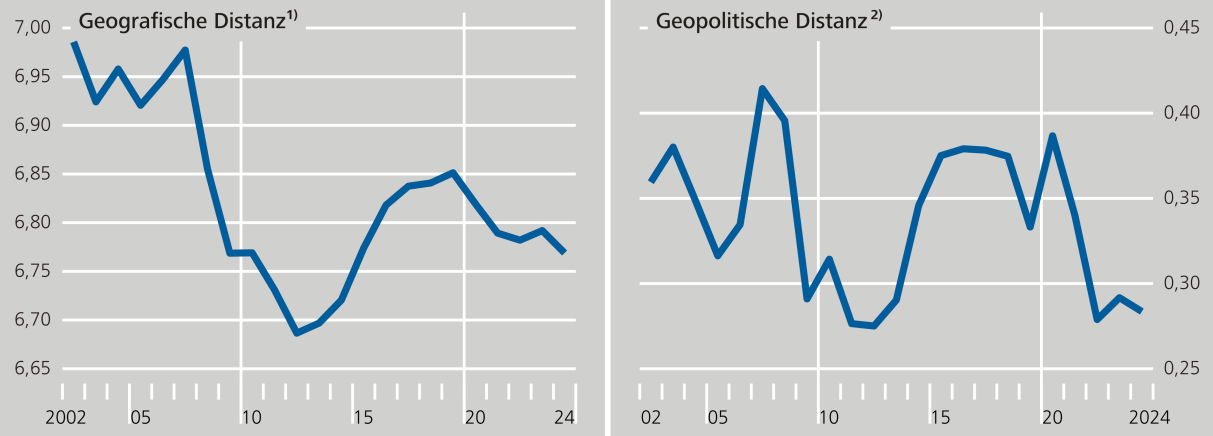
Deutsche Bundesbank

15 Die Wertpapierbestände sind erst ab 2009 verfügbar, sodass ein Vergleich mit den Jahren vor der Finanzmarktkrise nicht möglich ist. Die Marktwerte über alle Instrumente stiegen im „westlichen“ Block jedoch bis zur Coronavirus-Pandemie 2019 kontinuierlich an.

Die geografische und geopolitische Distanz der Auslandsforderungen deutscher Banken ist tendenziell gesunken, unterliegt jedoch deutlichen Schwankungen im Zeitverlauf. Die Distanzmaße werden als wertgewichtete Durchschnitte berechnet. Dabei dient jeweils der Anteil der bilateralen Forderungen an den Gesamtforderungen als Gewicht für jede deutsche Bank. Schaubild 3.12 zeigt den Verlauf der geografischen und geopolitischen Distanz der übrigen Kapitalanlagen im Durchschnitt aller deutschen Banken.[16)] Die Entwicklung verläuft hier anders als bei den Direktinvestitionen und Wertpapieranlagen. Die geografische Distanz nahm nach einer zwischenzeitlichen Erhöhung in den Jahren 2012 bis 2019 insgesamt ab. Gleiches gilt für die geopolitische Distanz, die jedoch sehr stark schwankte. Für die übrigen Kapitalanlagen ist daher auf den ersten Blick nicht eindeutig erkennbar, ob die geografische und geopolitische Distanz eine wesentliche Rolle bei den Geschäftsentscheidungen der deutschen Banken spielte.

Durchschnittliche Distanz deutscher Bankforderungen gegenüber dem Ausland

Schaubild 3.12



Quelle: Auslandsstatus der Banken und eigene Berechnungen. **1** Die geografische Distanz zwischen Deutschland und einem Zielland wird als logarithmierter Abstand in Kilometern zwischen Berlin und der bevölkerungsreichsten Stadt des Ziellandes gemessen. **2** Die geopolitische Distanz zwischen Deutschland und einem Land ist ein dimensionsloser Index und ergibt sich aus dem Abstand von „Idealpunkten", die eine außenpolitische Grundposition mit Hilfe des Abstimmungsverhaltens bei den Vereinten Nationen zusammenfasst.

Deutsche Bundesbank

16 Die Vorgehensweise ist die gleiche wie in Schaubild 3.4 bei den Direktinvestitionen.

Exkurs

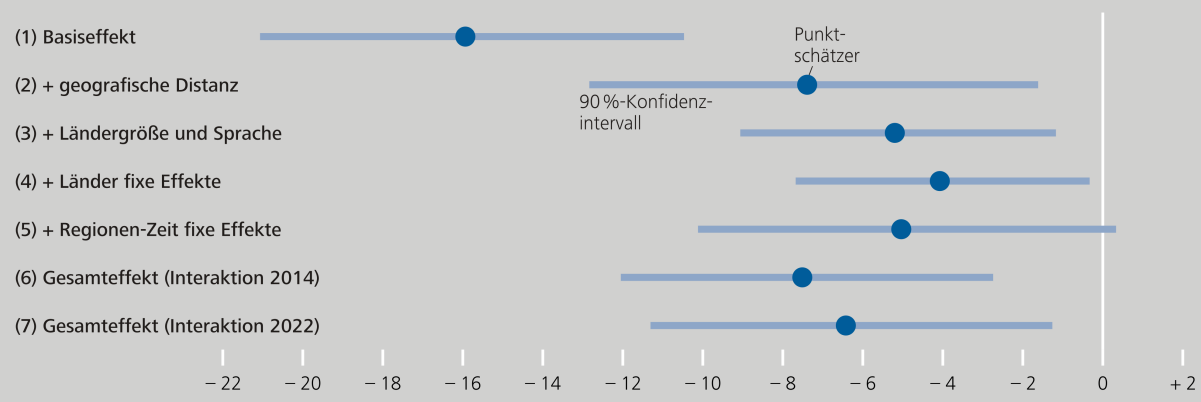
Ökonometrische Untersuchungen zu den Auswirkungen geopolitischer Distanz auf die übrigen Kapitalanlagen deutscher Banken im Ausland

Der Schätzansatz ist der gleiche wie bei Direktinvestitionen und Wertpapierbeständen. Datengrundlage sind die Jahresendstände der übrigen Kapitalanlagen deutscher Banken im Ausland für den Zeitraum 2002 bis 2024. Schaubild 3.13 zeigt die Ergebnisse. Jede Zeile steht für eine eigene Spezifikation. Die Zeilen 6 und 7 bebildern die Ergebnisse der Schätzungen mit Interaktionstermen für die Jahre 2014 und 2022, die mögliche Strukturbrüche testen (siehe oben). Die Befunde sind über alle Spezifikationen hinweg ähnlich: Mit Ausnahme der Spezifikation mit Regionen-Zeit fixen Effekten ist der Einfluss geopolitischer Distanz negativ und signifikant. Damit reagieren übrige Kapitalanlagen ähnlich wie Wertpapierbestände auf geopolitische Faktoren. Banken passen ihre Auslandsengagements offenbar schneller an als Direktinvestoren.

Einfluss geopolitischer Distanz auf deutsche Bankforderungen gegenüber dem Ausland*)

Schaubild 3.13

in %



Quelle: Auslandsstatus der Banken und eigene Berechnungen. * Eine Erhöhung der geopolitischen Distanz um 0,1 Indexpunkte verändert die abhängige Variable um … %. Die geopolitische Distanz zwischen Deutschland und einem Land ist ein dimensionsloser Index und ergibt sich aus dem Abstand von „Idealpunkten", die eine außenpolitische Grundposition mit Hilfe des Abstimmungsverhaltens bei den Vereinten Nationen zusammenfasst.

Deutsche Bundesbank

Regressionsuntersuchungen zu den übrigen Kapitalanlagen deutscher Banken zeigen, dass die geopolitische Distanz die Forderungen deutscher Banken gegenüber dem Ausland negativ beeinflusst. [17)] Die Reagibilität der übrigen Kapitalanlagen ist damit vergleichbar mit der Reagibilität der Bestände ausländischer Schuldverschreibungen in deutschen Portfolios. Ähnlich wie diese können übrige Kapitalanlagen vergleichsweise einfach umgeschichtet werden. Dies gilt vor allem für Kredite mit kurzer Laufzeit, die bei Fälligkeit nicht erneuert werden. Daher reagieren übrige Kapitalanlagen erwartungsgemäß sensibler auf politische Veränderungen als strategisch ausgerichtete Direktinvestitionen mit hohen Fixkosten.

17 Die empirische Literatur untersucht bisher meist nur Direktinvestitionen und Portfolioinvestitionen, übrige Kapitalanlagen waren kein Bestandteil solcher Analysen.

5 Schlussfolgerungen

Geopolitische Faktoren beeinflussen sowohl die deutschen Wertpapieranlagen im Ausland als auch die übrigen Kapitalanlagen, bislang allerdings nicht nachweislich die deutschen Direktinvestitionsbestände. Die Analysen zeigen, dass deutsche Investoren ihr Engagement im Ausland weiterhin ausbauen und keine Hinweise auf einen generellen Rückzug aus dem Ausland vorliegen. Hiesige Investoren sind dabei am stärksten in Ländern engagiert, die Deutschland politisch nahestehen. Dies gilt insbesondere für Wertpapieranlagen und übrige Kapitalanlagen. Direktinvestitionen scheinen weniger von geopolitischen Faktoren betroffen zu sein, da sie strategisch langfristig geplant werden und Anpassungen daher nur verzögert erfolgen. Dennoch bleibt abzuwarten, wie deutsche Unternehmen in Zukunft auf veränderte geopolitische Rahmenbedingungen reagieren werden. Theoretisch lassen sich verzögerte Anpassungen von Direktinvestitionen damit begründen, dass bei hoher Unsicherheit und irreversiblen Fixkosten der Wert des Abwartens steigt.

Literaturverzeichnis

Aiyar, S., D. Malacrino und A. F. Presbitero (2024), Investing in friends: The role of geopolitical alignment in FDI flows, European Journal of Political Economy, Vol. 83, 102508.

Bailey, M. A., A. Strezhnev und E. Voeten (2017), Estimating dynamic state preferences from united nations voting data, Journal of Conflict Resolution, Volume 61(2), S. 430 – 456.

Blank, S., A. Lipponer, C. Schild und D. Scholz (2020), Microdatabase Direct Investment (MiDi) – A full survey of German inward and outward investment, German Economic Review, Vol. 21(3), S. 273 – 311.

Caldara, D. und M. Iacoviello (2022), Measuring geopolitical risk, American Economic Review, Vol. 112(4), S. 1194 – 1225.

Capital Economics (2023), Global Fracturing Dashboard.

Den Besten, T., P. Di Casola und M. M. Habib (2023), Geopolitical fragmentation risks and international currencies, in: The international role of the euro, Europäische Zentralbank, Juni 2023.

Deutsche Bundesbank (2023), Grenzüberschreitende Liquiditätsflüsse – zur Rolle des Bankensystems in der deutschen Zahlungsbilanz, Monatsbericht, Juli 2023, S. 35 – 59.

Deutsche Bundesbank (2022), Direktinvestitionsbestände zum Jahresende 2020, Pressenotiz vom 6. Mai 2022.

Europäische Zentralbank (2024), Navigating a fragmenting global trading system: insights for central banks, ECB Occasional Paper Series, Nr. 365.

Gopinath, G., P.-O. Gourinchas, A. F. Presbitero und P. Topalova (2025), Changing global linkages: A new Cold War?, Journal of International Economics, Vol. 153, 104042.

Goldbach, S. und V. Nitsch (2026), Bridge Over Troubled Water? German Foreign Direct Investment in Times of Geopolitical Tensions, Economics Letters, Vol. 263, 112896.

Horn, S., C. M. Reinhart und C. Trebesch (2021), China's overseas lending, Journal of International Economics, Vol. 133, 103539.

Syropoulos, C., G. Felbermayr, A. Kirilakha, E. Yalcin und Y. V. Yotov (2024), The global sanctions data base – Release 3: COVID-19, Russia, and multilateral sanctions, Review of International Economics, Vol. 32(1), S. 12 – 48.

Das Bankenrichtlinienumsetzu und Bürokratieentlastungsges (BRUBEG)

Das sogenannte „EU-Bankenpaket“ setzte 2024 die internationalen Basel III-Regeln in europäisches Recht um. Ein wichtiger Teil des Pakets sind die Änderungen der Eigenmittelrichtlinie (Capital Requirements Directive, CRD VI). Durch das Bankenrichtlinienumsetzungs- und Bürokratieentlastungsgesetz (BRUBEG) [1)] *werden diese umfassenden Änderungen in der CRD VI in das nationale Aufsichtsregime übernommen. Erklärtes Ziel ist es dabei, die Vorgaben bürokratiearm umzusetzen und nicht über die europäischen aufsichtlichen Anforderungen hinauszugehen. Gleichzeitig enthält das BRUBEG auch gezielte regulatorische Entlastungen und trägt damit dem Gedanken der „Proportionalität“ in der Aufsicht Rechnung, ohne dabei die aufsichtlichen Standards abzusenken.*

Ein wesentlicher Bestandteil der CRD VI sind die Änderungen zur Verbesserung des Umgangs der Banken mit Umwelt-, insbesondere Klimarisiken, und Risiken aus dem Bereich Soziales und Unternehmensführung (ESG-Risiken). Zudem enthält die CRD VI eine Reihe von europäisch harmonisierten Vorgaben im Hinblick auf regulatorische Bereiche, die bisher als national zu unterschiedlich wahrgenommen wurden. Dies betrifft beispielsweise die Einführung eines europäisch harmonisierten Aufsichtsregimes über Drittstaatenzweigstellen. Das BRUBEG enthält hierfür neue nationale Vorschriften, die das bereits im Kreditwesengesetz (KWG) enthaltene Regime in diesem Bereich ablösen. Darüber hinaus werden auch neue aufsichtliche Befugnisse mit entsprechenden Anzeigepflichten für die Institute in das KWG aufgenommen: Dies betrifft die Regelungen zum Erwerb oder der Veräußerung von wesentlichen Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten sowie zum Erwerb oder der Veräußerung von „wesentlichen Beteiligungen“ und Regelungen im Hinblick auf Fusionen und Spaltungen. Weitere harmonisierte Vorgaben betreffen die Eignungsprüfung von Mitgliedern der Leitungsorgane und Inhabern von Schlüsselfunktionen sowie Vorgaben für die Eigenmitteluntergrenze (Output Floor). Darüber hinaus wird für die Aufsichtsbehörde das Durchsetzungsinstrument der periodischen Zwangsgelder eingeführt.

1 Vgl.: Bundesgesetzblatt (2026a).

1 Einleitung

Das BRUBEG überträgt die umfangreichen Änderungen der Eigenmittelrichtlinie in nationales Recht. Am 19. Juni 2024 wurde das sogenannte „EU-Bankenpaket“ im Amtsblatt der Europäischen Union (EU) veröffentlicht. Es umfasst die Änderung der Eigenmittelverordnung (Capital Requirements Regulation, CRR III) sowie die Änderung der Eigenmittelrichtlinie (Capital Requirements Directive, CRD VI)[2]. Während die Änderungen der CRR im Wesentlichen bereits seit dem 1. Januar 2025 Anwendung finden, müssen die Änderungen aus der CRD VI zunächst in nationales Recht umgesetzt werden, damit sie für die Banken gelten. In Deutschland erfolgt diese Umsetzung durch das BRUBEG, das grundsätzlich zum 1 April 2026 in Kraft getreten ist.[3]

Das BRUBEG ist als Artikelgesetz aufgebaut und sieht größtenteils Änderungen am KWG vor. Daneben sind im BRUBEG auch begleitende Anpassungen an bestehenden Rechtsverordnungen enthalten sowie weitere Änderungen, die sich aus zeitlichem oder sachlichem Zusammenhang angeboten haben.

Insgesamt sind die Neuerungen, die im Rahmen des BRUBEG in das nationale Aufsichtsrecht eingeführt werden, sehr umfassend. Die hier dargestellten Regelungen enthalten daher lediglich Auszüge aus dem BRUBEG, die aus Sicht der Aufsicht besonders relevant erscheinen.

2 Siehe Richtlinie (EU) 2024/1619 sowie Verordnung (EU) 2024/1623 vom 19. Juni 2024.
3 Vgl. Art. 29 BRUBEG; die Änderungen für das CRD VI-Drittstaatenzweigstellenregime finden erst ab dem 11. Januar 2027 Anwendung.

2 Wesentliche Änderungen im KWG

2.1 Neue aufsichtliche Befugnisse

Das BRUBEG führt in Umsetzung der CRD VI eine Reihe von neuen aufsichtlichen Befugnissen in das KWG ein. Nach § 2h KWG besteht für Kreditinstitute im Sinne der CRR (CRR-KI)[4)] und (gemischte) Finanzholdinggesellschaften ((g)FHG), die die Absicht haben, direkt oder indirekt eine wesentliche Beteiligung zu erwerben, eine Anzeigepflicht. Nach § 1 Abs. 9b KWG ist eine Beteiligung an einem anderen Unternehmen als „wesentlich“ anzusehen, wenn sie mindestens 15 % der anrechenbaren Eigenmittel entspricht. In der Anzeige sind der Umfang des beabsichtigten Erwerbs und die zur Beurteilung erforderlichen Informationen anzugeben. Eine Ausnahme sieht § 2h Abs. 6 KWG vor, wonach die Aufsichtsbehörde von einer Beurteilung absehen kann, soweit die wesentliche Beteiligung zwischen Unternehmen derselben Gruppe oder zwischen demselben institutsbezogenen Sicherungssystem angehörenden Unternehmen vorliegt. Die Anzeigepflicht bleibt hiervon unberührt.

4 Bei den sogenannten „CRR-KI“ handelt es sich um Kreditinstitute nach Art. 4 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013.

Ebenfalls neu in das KWG hinzugekommen ist die Regelung des § 2i KWG, wonach CRR-KI und (g)FHG eine geplante Verschmelzung oder Spaltung nach Annahme des Verschmelzungs- oder Spaltungsplanes und vor Abschluss des geplanten Vorgangs anzuzeigen haben. Die Beurteilung durch die Aufsichtsbehörde kann nach § 2 i Abs. 2 KWG unterbleiben, wenn es sich um eine Verschmelzung handelt, an der nur CRR-KI oder (g)FHG derselben Gruppe beteiligt sind, oder wenn für die geplante Verschmelzung oder Spaltung eine Zulassung nach den §§ 32 oder 2f KWG erforderlich ist. Die für die Beurteilung bei der Aufsichtsbehörde einzureichenden Informationen müssen hierbei angemessenen im Verhältnis zur Art und Bedeutung der Verschmelzung oder Spaltung sein. Hierbei ist auch auf die Besonderheiten von Verschmelzungen oder Spaltungen, bei denen alle beteiligten Unternehmen demselben institutsbezogenen Sicherungssystem angehören, Rücksicht zu nehmen (vgl. § 2i Abs.1 a.E. KWG).

Darüber hinaus besteht für CRR-KI und (g)FHG nach den §§ 1 Abs. 9a, 24 Abs. 1f, Abs. 3a S. 1 Nr. 8 KWG auch eine Anzeigepflicht für die Übertragung von wesentlichen Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten. Gemäß § 1 Abs. 9a S. 1 KWG liegt eine wesentliche Übertragung von Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten vor, wenn diese mindestens 10 % der gesamten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten des Unternehmens ausmacht. Eine Ausnahme besteht auch hier für Übertragungen innerhalb derselben Gruppe. Nach § 1 Abs. 9a S. 2 KWG gilt die Übertragung in diesem Fall als wesentlich, wenn sie mindestens 15 % der gesamten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten des Unternehmens ausmacht.

2.2 Beaufsichtigung von CRD-Drittstaatenzweigstellen[5)]

Art. 21c CRD VI etabliert den Grundsatz, dass Kreditinstitute aus einem Drittstaat in einen Mitgliedstaat der EU hinein Kernbankdienstleistungen – also Kreditgeschäft, Einlagengeschäft sowie Garantiegeschäft – nicht direkt erbringen dürfen, sondern nur durch eine in diesem Mitgliedstaat ansässige CRD-Drittstaatenzweigstelle.

5 **CRD-Drittstaatenzweigstellen: (1) das Kopfunternehmen wäre ein CRR-KI, wenn es seinen Sitz in der EU hätte, und die Zweigstelle erbringt mindestens das Darlehensgeschäft oder das Garantiegeschäft, oder (2) die Zweigstelle erbringt das Einlagengeschäft (vgl. § 53c Abs. 1 KWG). Als Kopfunternehmen gilt das Unternehmen mit Sitz in einem Drittstaat, welches die CRD-Drittstaatenzweigstelle im Inland errichtet hat, sowie zwischengeschaltete oder oberste Mutterunternehmen dieses Unternehmens, sofern anwendbar.**

Ausnahmen bestehen gemäß Art. 21c Abs. 2 CRD VI für Intrabanken- und Intragruppengeschäfte, Nebendienstleistungen von MiFiD-Geschäften [6)] sowie für Dienstleistungen, die durch alleinige Veranlassung des Kunden erfolgen (sogenannte „ reverse solicitation“).

Die CRD VI bietet erstmalig ein Rahmenwerk mit Mindestanforderungen an die EU-einheitliche Beaufsichtigung für CRD-Drittstaatenzweigstellen. Diese Mindestanforderungen werden in § 53 Abs. 7, 8 KWG sowie §§ 53c – 53cq KWG umgesetzt. Für die bereits in Deutschland bestehenden CRD-Drittstaatenzweigstellen bedeutet dies einen Aufsichtsregimewechsel, der ab dem 11. Januar 2027 unter anderem eine Bewertung des Herkunftslandes sowie eine verstärkte Kooperation zwischen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Bundesbank mit den zuständigen Aufsichtsbehörden im Drittland nach sich zieht. Zukünftig werden CRD-Drittstaatenzweigstellen gemäß § 53ca KWG grundsätzlich entweder in Klasse 1 [7)] oder in Klasse 2 eingeteilt. Nach dieser Einordnung richten sich die zu erfüllenden Mindestanforderungen. Gemäß § 53ce KWG haben CRD-Drittstaatenzweigstellen jederzeit Mindestkapital in Höhe von 2,5 % der durchschnittlichen Verbindlichkeiten der letzten drei Jahre oder mindestens 10 Mio € (Klasse 1) beziehungsweise 0,5 % der durchschnittlichen Verbindlichkeiten der letzten drei Jahre oder mindestens 5 Mio € (Klasse 2) auf einem sogenannten Abwicklungskonto bei einem nicht zu ihrer Gruppe gehörenden inländischen Kreditinstitut oder bei der Bundesbank [8)] vorzuhalten. Die Liquiditätsanforderungen für CRD-Drittstaatenzweigstellen der Klasse 1 entsprechen grundsätzlich denen für CRR-KI. CRD-Drittstaatenzweigstellen der Klasse 2 müssen jederzeit unbelastete liquide Aktiva in einem Volumen vorhalten, das ausreicht, Liquiditätsabflüsse über einen Zeitraum von mindestens 30 Tagen zu decken. Im Gegensatz zu den Mindestkapitalanforderungen können bei sogenannten qualifizierten CRD-

6 Geschäfte, die unter die Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente fallen (vgl. Richtlinie 2014/65-Markets in Financial Instruments Directive (MiFID)).

7 Klasse 1 gemäß § 53ca Abs. 1 KWG: Der Gesamtwert der von der CRD-Drittstaatenzweigstelle verbuchten oder stammenden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten im Inland beträgt laut Meldung für den unmittelbar vorangegangenen jährlichen Berichtszeitraum gemäß §§ 53ck und 53cl mindestens 5 Mrd € und/oder die zugelassenen Tätigkeiten der CRD-Drittstaatenzweigstelle umfassen die Entgegennahme von Einlagen oder anderen rückzahlbaren Geldern von Privatkunden, deren Betrag mindestens 5 % der Gesamtverbindlichkeiten der Zweigstelle beträgt oder 50 Mio € übersteigt und es ist keine qualifizierte CRD-Drittstaatenzweigstelle .

8 Die Bundesbank kann, ähnlich wie in § 17 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz (ZAG), nach eigenem Ermessen darüber entscheiden, ob sie solche Abwicklungskonten anbietet.

Drittstaatenzweigstellen [9] Erleichterungen für Liquiditätsanforderungen gewährt werden. Neu eingeführt wird in § 53ci KWG die Befugnis der BaFin, die Umwandlung einer CRD-Drittstaatenzweigstelle in ein Tochterinstitut zu verlangen, wenn die Systemrelevanz gemäß § 10g Abs. 2 KWG oder § 53ci Abs. 2 KWG festgestellt wurde, der Betrag der Vermögenswerte der CRD-Drittstaatenzweigstellen im Inland 10 Mrd € überschreitet und/oder die CRD-Drittstaatenzweigstelle unerlaubt grenzüberschreitend in einem anderen Mitgliedstaat tätig geworden ist. Diese Befugnis ist grundsätzlich subsidiär zu anderen möglichen Maßnahmen wie Restrukturierungsanordnungen oder gegebenenfalls auch Kapitalaufschlägen auszuüben. Eine Prüfung der Systemrelevanz erfolgt gemäß § 53cj KWG ebenfalls, wenn der Gesamtbetrag aller Vermögenswerte, die durch CRD-Drittstaatenzweigstellen derselben Drittstaatengruppe in der EU gehalten werden, 40 Mrd € erreicht oder überschreitet.

In diesem Kontext wird ein neues Melderahmenwerk (ITS on the supervisory reporting of Third Country Branches) für CRD-Drittstaatenzweigstellen eingeführt. Die neuen Meldepflichten umfassen sowohl quantitative (finanzielle und regulatorische Angaben) als auch qualitative Informationen (zum Beispiel aufsichtliche Überprüfungen und Bewertungen, Sanierungspläne und die Geschäftsstrategie des Kopfunternehmens) und betreffen die CRD-Drittstaatenzweigstelle selbst und das Kopfunternehmen. Der erste Meldestichtag für die neuen Meldepflichten ist voraussichtlich der 31. März 2027. [10]

2.3 Periodische Zwangsgelder als Durchsetzungsinstrument

Neu eingeführt in das KWG wird in § 50 eine Regelung zur Verhängung von „periodischen Zwangsgeldern“. Die BaFin kann hiernach bei einem anhaltenden Verstoß gegen das KWG oder die dazu erlassenen Rechtsverordnungen, gegen die CRR oder gegen vollziehbare Anordnungen der BaFin die Zahlung eines periodischen Zwangsgeldes verhängen. Die Zwangsgelder werden hierbei auf Tagessatzbasis verhängt, um zu erreichen, dass Banken die Aufsichtsanforderungen möglichst schnell wieder einhalten. Als Maximalbetrag für Zwangsgelder, die gegen eine natürliche Person verhängt werden können, ist ein Betrag von 50 000 € vorgesehen, der für jeden

9 Voraussetzung für eine qualifizierte CRD-Drittstaatenzweigstelle gemäß § 53cb KWG: (1) gleichwertiges Aufsichtsregime; (2) gleichwertige Vertraulichkeitsregularien der Aufsichtsbehörde im Drittland; (3) kein Hochrisikostaat bezüglich Geldwäsche und/oder Terrorismusfinanzierung.

10 Vgl.: Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2026a).

Tag des Verstoßes verhängt werden kann. Bei juristischen Personen können bis zu 5 % des durchschnittlichen Netto-Tagesumsatzes verhängt werden, der sich wiederum aus dem jährlichen Gesamtumsatz ergibt, dessen Berechnung sich nach § 50 Abs. 5 KWG richtet.

2.4 Corporate Governance

Das BRUBEG hat Änderungen des KWG im Bereich der Governance zur Folge. Ziel dieser Änderungen ist es unter anderem, die Autorität und Unabhängigkeit der internen Kontrollfunktionen[11] **sowie die Rolle des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans in den Instituten zu stärken.** So müssen die Leiter der internen Kontrollfunktionen künftig über eine hinreichende Autorität verfügen und berechtigt sein, bei Bedarf unabhängig von der Geschäftsleitung direkt an das Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan zu berichten. Zudem dürfen die Leiter der internen Kontrollfunktionen zukünftig nicht ohne vorherige Zustimmung des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans von ihrer Funktion entbunden werden (§ 25c Abs. 4a Nr. 3 Buchstaben h und i KWG). Es wird außerdem klargestellt, dass die Interne Revision nicht mit anderen Geschäftsbereichen oder Kontrollfunktionen kombiniert werden darf; dies war bisher nur in den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk[12]) geregelt. Darüber hinaus erfolgen Anpassungen hinsichtlich der aufsichtlichen Eignungsprüfungen: Für Geschäftsleiter und die Vorsitzenden des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans in sogenannten „großen Unternehmen“ wird ein frühzeitiges Anzeigeverfahren eingeführt, wonach die Anzeigen spätestens 30 Arbeitstage vor Übernahme der Funktion erfolgen müssen (§ 24 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 15 KWG). Zudem sind nun alle Institute und übergeordneten Unternehmen verpflichtet, die Eignung der Inhaber der Schlüsselfunktionen sicherzustellen; bei Inhabern besonderer Schlüsselfunktionen kann die BaFin ansonsten Abhilfemaßnahmen ergreifen (§ 25c Abs. 4a Nr. 7 und Abs. 4b S. 2 Nr. 7 in Verbindung mit § 25e KWG). Zudem wird für besondere Schlüsselfunktionen in großen Unternehmen ein aufsichtliches Eignungsprüfungsverfahren auf Basis entsprechender Anzeigeerfordernisse eingeführt (§ 24 Abs. 1 Nr. 15b KWG). Darüber hinaus müssen Institute Übersichten über die Aufgaben und individuellen Verantwortlichkeiten der Geschäftsleiter, der Mitarbeiter der unmittelbar der Geschäftsleitung nachgelagerten Führungsebene sowie der

11 Hierunter fällt die Risikocontrolling-Funktion, die Compliance-Funktion und die Interne Revision.
12 Vgl.: Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (2024).

Inhaber von Schlüsselfunktionen führen (§ 25c Abs. 4a Nr. 8 KWG). Schließlich wird für die Überprüfung und Anpassung der Geschäfts- und Risikostrategien unter Berücksichtigung des Proportionalitätsprinzips ein Mindestturnus von zwei Jahren eingeführt (§ 25a Abs. 1 S. 3 Nr. 1 KWG).

2.5 Eigenmitteluntergrenze (Output Floor)

Die in Art. 92 Abs. 3 CRR neu eingeführte Eigenmitteluntergrenze (Output Floor) begrenzt die Abweichung der durch interne Modelle ermittelten risikogewichteten Aktiva von den nach Standardansätzen bestimmten Eigenmittelanforderungen. Ab 2030[13] **liegt der Output Floor bei 72,5 %.**[14] Die Höhe des Output Floor ist das Ergebnis der Verhandlungen im Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS) und führt zu einem internationalen Annähern der Kapitalanforderungen (siehe Exkurs „Globale Bankenregulierung – lokale Kreditmärkte: ein Blick auf USA, EU und Deutschland“). Die CRD VI verlangt zudem für die durch den Output Floor gebundenen Institute eine Überprüfung der Angemessenheit der zusätzlichen Säule-2-Anforderungen im Rahmen des aufsichtlichen Überprüfungsprozesses, des Systemrisikopuffers sowie des Kapitalpuffers für anderweitig systemrelevante Institute. Dadurch soll eine Doppelunterlegung identischer Risiken durch das Zusammenwirken dieser Anforderungen mit der Eigenmitteluntergrenze vermieden werden. In der nationalen Umsetzung durch das BRUBEG wird dieser Ansatz im KWG aufgegriffen. Im Falle der Säule-2-Anforderungen konkretisieren insbesondere §§ 6c und 6d KWG die aufsichtliche Behandlung von Instituten, die dem Output Floor unterliegen, dahingehend, dass eine Doppelunterlegung von Risiken ausgeschlossen sowie arithmetische Effekte des Output Floor auf bestehende Säule-2-Vorgaben überprüft werden. Auch § 10e KWG (Systemrisikopuffer) und § 10g KWG (Kapitalpuffer für anderweitig systemrelevante Institute) wurden um Überprüfungsklauseln ergänzt. Damit beschränkt sich das BRUBEG darauf, die unionsrechtlichen Vorgaben kohärent in das deutsche Aufsichtsrecht einzubetten, und folgt dem Grundsatz einer Umsetzung ohne zusätzliche nationale Verschärfungen.

13 Während einer fünfjährigen Übergangsphase wird der Output Floor beginnend mit 50 % in 2025 (derzeit 55 %) in jährlichen Schritten auf das endgültige Niveau von 72,5 % angehoben. Weitere Übergangsregelungen, die den Output Floor betreffen, laufen Ende 2032 aus.

14 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2024).

Exkurs

Globale Bankenregulierung – lokale Kreditmärkte: ein Blick auf USA, EU und Deutschland

Durch die Einführung des Output Floor in der Capital Requirements Regulation III (CRR III) und im BRUBEG werden die im Baseler Rahmenwerk vorgesehenen Mindeststandards umgesetzt. In der Europäischen Union gelten bis Ende 2032 Übergangsvorschriften zur Einführung des Output Floor. Diese sollen den Instituten ausreichend Zeit geben, sich auf die neuen Anforderungen einzustellen.

In den USA gelten für global systemrelevante Institute (G-SRI) derzeit Kapitalanforderungen, die vereinzelt über die Baseler Standards hinausgehen. Am 19. März 2026 hat die Federal Reserve Vorschläge zur Umsetzung des überarbeiteten Baseler Rahmenwerks veröffentlicht.[1)] Demnach sollen einige Elemente dieses sogenannten „Gold-Plating“ zurückgenommen werden; dies soll zusätzlich zu den bereits 2025 angekündigten Erleichterungen gelten, wie beispielsweise dem Absenken der Leverage-Ratio-Anforderung auf das Baseler Niveau. In dem nun vorliegenden Konsultationspapier werden Anpassungen vorgeschlagen, die teilweise eine Angleichung an internationale Standards beinhalten, zum Beispiel bei der Methodik zur Bestimmung der Kapitalzuschläge für G-SRI. Es enthält aber auch Vorschläge, die deutlich über den Abbau von Gold-Plating hinausgehen. Basierend auf ersten Einschätzungen lässt sich derzeit jedoch nicht ableiten, dass die Kapitalanforderungen für G-SRI in den USA insgesamt künftig unter das Niveau der Baseler Standards sinken werden.

1 Vgl.: Federal Reserve System (2026).

Ein direkter Vergleich der Kapitalanforderungen europäischer G-SRI mit denen ihrer US-amerikanischen Wettbewerber ist nur bedingt möglich. Neben regulatorischen Unterschieden spielen auch strukturelle Faktoren eine Rolle (siehe Tabelle 4.1). Naturgemäß optimieren Banken ihre Portfolios auch hinsichtlich regulatorischer Anforderungen. Unter dieser Nebenbedingung lassen vergleichende Analysen folgende Schlüsse zu: Die Kapitalanforderungen der Säule 1 für G-SRI liegen aktuell in den USA tendenziell über denen in der EU. Dies resultiert unter anderem aus dem sogenannten Collins Floor, der einem Output Floor von 100 % für Markt- und Kreditrisiken entspricht, während der auf alle Risikoarten insgesamt angewendete Output Floor in der EU von 2025 bis 2030 schrittweise von 50 % auf 72,5 % ansteigt.[2)] Die von der Aufsicht geforderten Kapitalpuffer für systemrelevante Institute liegen in den USA auf einem tendenziell höheren Niveau als diejenigen der europäischen G-SRI; dies gilt auch dann, wenn man die am 19. März vorgeschlagene Überarbeitung zugrunde legt.[3)] Gleichzeitig enthält das europäische Regelwerk beispielsweise Erleichterungen bei den Kapitalanforderungen für Kredite an kleine und mittlere Unternehmen sowie für Infrastrukturfinanzierungen. Diese sollen sicherstellen, dass Finanzierungen in diesen volkswirtschaftlich wichtigen Bereichen bereitgestellt werden. Im Gegensatz dazu ergeben sich im Bereich der Säule 2 in der EU im Aggregat tendenziell höhere Anforderungen. Ein weiterer struktureller Unterschied betrifft die regulatorische Architektur: Während in der EU ein einheitliches Regelwerk (Single Rule Book) mit Proportionalitätsprinzipien für alle Institute gilt, wenden die USA ein stärker abgestuftes System an, bei dem Umfang und Komplexität der Anforderungen stärker von Größe und Systemrelevanz eines Instituts abhängen. Im Ergebnis fallen in den USA nur wenige Institute unter Baseler Regeln.

2 Das am 19. März 2026 durch die Federal Reserve veröffentlichte Konsultationspapier sieht vor, den Collins-Floor durch einen "Expanded Risk Based Approach" zu ersetzen. Dieser sieht Standardansätze für die Bewertung von Kreditrisiken und operationellen Risiken vor. Lediglich die Bewertung von Marktrisiken soll noch durch interne Modelle möglich sein. Auch mit diesem Vorschlag würden die Kapitalanforderungen voraussichtlich durchschnittlich über dem Baseler Standard liegen.

3 Für G-SRI mit Sitz in den USA ermittelt die Federal Reserve Kapitalpuffer auf Basis einer eigenen Methode, welche grundsätzlich über den G-SRI-Puffern gemäß Baseler Regelwerk liegen. Sie stellen somit de facto das US-Pendant zu den europäischen Puffern für anderweitige Systemrelevanz dar, welche von den nationalen Aufsichtsbehörden in der EU für anderweitig systemrelevante Institute (A-SRI) ermittelt werden.

Angemessene Kapitalanforderungen tragen zu einer nachhaltigen Kreditvergabe bei und können Fehlallokationen von Kapital entgegenwirken. Gut kapitalisierte Banken sind widerstandsfähiger und langfristig wettbewerbsfähiger.[4)] Ein stabiles und verlässliches regulatorisches Rahmenwerk sowie solide kapitalisierte Banken liegen somit im öffentlichen Interesse. Entscheidend für die internationale Wettbewerbsfähigkeit ist daher weniger die absolute Höhe einzelner Anforderungen, sondern die Konsistenz und Verlässlichkeit des regulatorischen Rahmens. Gerade in der aktuellen Phase hoher politischer und wirtschaftlicher Unsicherheit ist eine hohe Resilienz des Bankensektors ein hohes Gut.

Tabelle 4.1: Ausgewählte Elemente der regulatorischen Regelwerke in USA und der EU, welche die aktuell gültigen Kapitalanforderungen für G-SRI beeinflussen

Regel	USA	EU
Collins beziehungsweise Output Floor[1)]	100 % (Kredit- und Marktrisiken)	50 % in 2025 bis 72,5 % in 2030 mit Übergangsregelungen bis Ende 2032
Kapitalpuffer für global und anderweitig systemrelevante Institute	1 % – 4,5 %	0,25 % – 2 %
Antizyklischer Kapitalpuffer	nicht aktiviert	0,5 % – 2 % (für Länder mit G-SRI)
(Sektoraler) Systemrisikopuffer	-	0 % – 1 % (für Länder mit G-SRI)
Säule-2-Zuschläge	Stress Test Capital Buffer	SREP-Gesamtkapitalanforderung, Säule-2-Empfehlung
Sonstige ausgewählte (strukturelle) Unterschiede	Verkauf von Wohnimmobilienkrediten an staatlich geförderte Unternehmen; Kapitalmarktbasierte Finanzierung der Unternehmen	Unterstützungsfaktor für kleine und mittlere Unternehmen sowie für Infrastrukturprojekte; Ausnahmen im Bereich Kreditbewertungsanpassung

1 Im von der Federal Reserve am 19. März veröffentlichten Konsultationspapier wird vorgeschlagen, den Collins Floor durch einen „Expanded Risk Based Approach" zu ersetzen. Für amerikanische G-SRI würden sich im Aggregat gemäß der Federal Reserve daraus leicht steigende risikogewichtete Aktiva ergeben.

4 Vgl. beispielsweise: Budrys et al. (2019) sowie Kapan und Minoiu (2013).

Die Bewertung potenzieller Auswirkungen unterschiedlicher regulatorischer Rahmenbedingungen in den USA und der EU auf den Wettbewerb im Bankensektor erfordert eine Analyse der grenzüberschreitenden Verflechtungen. Insbesondere stellt sich die Frage, inwieweit deutsche Banken und US-amerikanische Institute tatsächlich in direkten Wettbewerb zueinander treten, und ob regulatorische Unterschiede zu Wettbewerbsverzerrungen führen können.

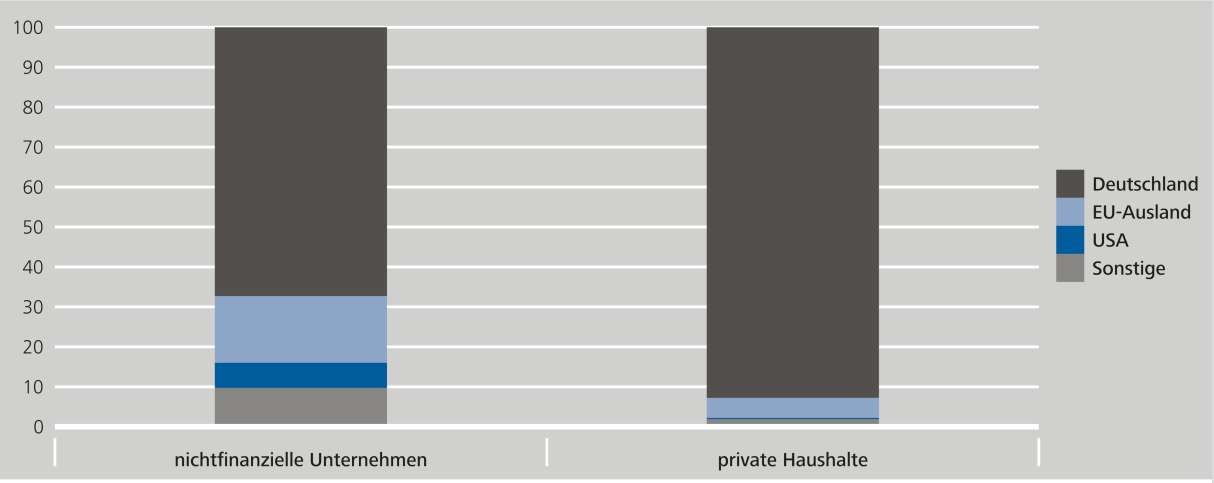
Verflechtungen des deutschen Bankensektors mit dem US-amerikanischen Markt bestehen bezüglich der Kreditvergabe in erster Linie bei größeren deutschen Kredit- und Landesbanken, während für die meisten deutschen Institute der US-Markt keine Rolle spielt. Die Kreditvergabe deutscher Banken an private Haushalte konzentriert sich mit einem Anteil von 93 % des aggregierten Kreditvolumens stark auf inländische Haushalte, während amerikanische Haushalte keine Rolle spielen (siehe Schaubild 4.1). Hingegen sind bei der Kreditvergabe an nichtfinanzielle Unternehmen (NFU) ausländische Kreditnehmer mit einem Anteil von 33 % am aggregierten NFU-Portfolio deutscher Banken deutlich relevanter. Die USA sind darunter mit einem Anteil von 6 % das wichtigste Land, auch wenn in Summe das EU-Ausland der bedeutendere Markt für deutsche Institute ist.

Das Kreditvolumen großer US-Banken, die über Töchter auf dem deutschen inländischen Markt Kredite an deutsche Haushalte und NFU vergeben, spielt eine untergeordnete Rolle. Ihr Anteil beträgt sowohl gegenüber deutschen privaten Haushalten als auch NFU jeweils deutlich unter 1 %. Für diese Töchter gelten wie für alle europäischen Institute die Regelungen der CRR und des BRUBEG. Im Investmentbanking und Handelsgeschäft stehen international tätige Großbanken über ein breites Spektrum der Aktivitäten weltweit in Konkurrenz. Bezüglich des Anteils an den Kapitalanforderungen liegt das Handelsgeschäft im Vergleich zum Kreditgeschäft aber deutlich hinter diesem.

Kredite deutscher Banken an nichtfinanzielle Unternehmen und private Haushalte nach Land des Kreditnehmers

Schaubild 4.1

Anteile am jeweiligen Gesamtkreditvolumen in %, Stand: Dezember 2025



Deutsche Bundesbank

Deutsche Töchter von US-Banken fokussieren sich in ihrem Kreditgeschäft auf die Begleitung internationaler Großkunden, vor allem aus dem finanziellen Sektor. Ihre Kreditkonditionen liegen nicht unter jenen der deutschen Institute. Dies geht damit einher, dass sie tendenziell höhere Finanzierungskosten als deutsche Institute aufweisen, da sie kaum Einlagengeschäft betreiben und konzerninterne Finanzierungen steuerrechtlich marktnah bepreist werden müssen. Lediglich in spezifischen Kreditmärkten spielen sie eine bedeutendere Rolle, etwa bei revolvierenden Krediten an Großkunden (auch aus dem Private Equity Sektor) oder bei USD-Konsortialkrediten.

Die Einführung der CRR III reduziert zwar durch gestiegene Kapitalanforderungen die freie Kreditvergabekapazität des deutschen Bankenmarkts, jedoch sind grundsätzlich keine Finanzierungsengpässe zu erwarten. So zeigen Simulationsrechnungen unter Berücksichtigung der Einführung der stufenweisen Erhöhung des Output Floor-Faktors bis Ende 2029 und des Auslaufens aller Übergangsregelungen zum Output Floor bis Ende 2032, dass ausreichend Kreditvergabekapazität im deutschen Bankenmarkt vorhanden ist, um die anstehenden Herausforderungen aus Digitalisierung, Rüstungsaufbau und Klimawandel zu finanzieren (siehe auch Exkurs „Finanzierungsbedarf für die Transformation zur Treibhausgasneutralität in Deutschland: Was kann das deutsche Bankensystem leisten? “ im Aufsatz "Nachhaltigkeitsrisiken in der Bankenaufsicht“ in diesem Monatsbericht). Aktuell steht im deutschen Bankenmarkt ein CET1-Überschuss von rund 180 Mrd € oberhalb aller Kapitalanforderungen und -empfehlungen zur Verfügung. Unter der Annahme, dass dieser konstant gehalten wird, könnte der deutsche Bankenmarkt bei einer jährlichen CET1-Zuführung von 5 % bis zu 221 Mrd € jährlich über die nächsten zehn Jahre an zusätzlichen Darlehen [5)] vergeben (siehe Schaubild 4.2). Zum Vergleich: Die durchschnittlichen jährlichen CET1-Zuführungen der letzten fünf Jahre betrugen im deutschen Bankenmarkt rund 5,7 %. Geht man zusätzlich davon aus, dass auch Teile des Überschusskapitals für eine Ausweitung der Kreditvergabe genutzt werden, könnten bei CET1-Zuführungen von 5 % jährlich sogar zusätzliche Darlehen bis zu einem Volumen von 370 Mrd € vergeben werden. [6)]

Der Zugang zu Darlehen für Unternehmen hat sich trotz Zinserhöhungen seit Mitte 2022 nicht verschlechtert. [7)] Gemäß der Unternehmensstudie der Bundesbank vom März 2026 sehen Unternehmen den Zugang zu Darlehen grundsätzlich nicht als eine Herausforderung. Im Vordergrund stehen die Verfügbarkeit von Arbeitskräften, hohe Kosten und staatliche Vorgaben. [8)]

5 Nicht durch Immobilien besicherte Darlehen gegenüber Unternehmen. Bei Darlehen im Mengengeschäft oder durch Immobilien besicherte Darlehen wäre die Kreditvergabekapazität aufgrund des geringeren Risikogewichts solcher Positionen sogar noch höher.

6 Der Management-Puffer für die risikobasierte Anforderung ist das beobachtete Minimum des CET1-Überschusskapitals in Prozent der risikogewichteten Aktiva der letzten fünf Jahre, jedoch höchstens 1 Prozentpunkt. Für die Leverage Ratio beträgt der Management-Puffer 0,5 Prozentpunkte oberhalb der Anforderungen. Der Management-Puffer der MREL-Anforderungen sind die zuvor genannten Management-Puffer für die einzelnen Komponenten (risikobasierte und LR-Anforderungen).

7 Vgl.: Bundesbank Online Panel – Firmen, Kreditnachfrage von Unternehmen.

8 Vgl.: Bundesbank Online Panel – Firmen, Herausforderungen für Unternehmen.

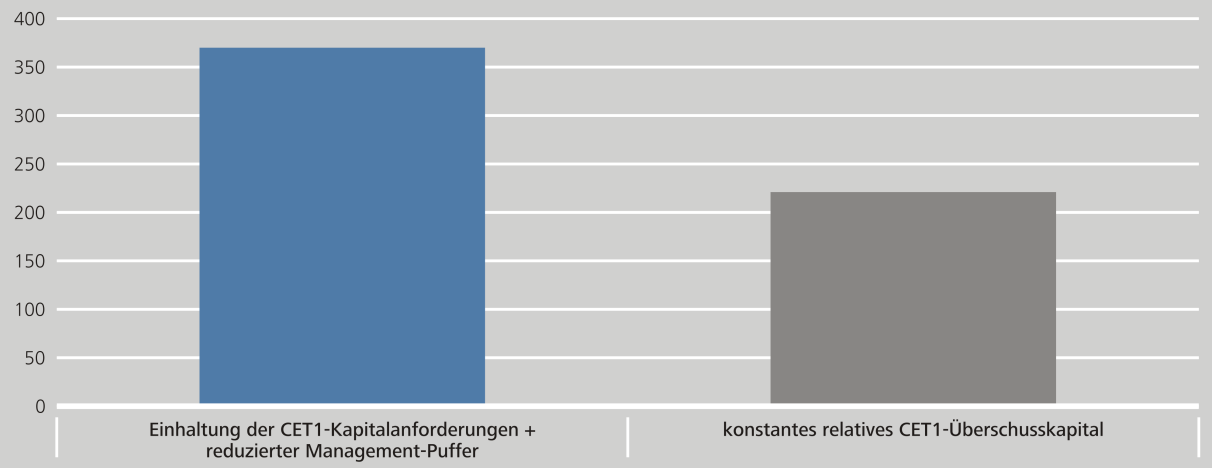
Die vorliegenden Analysen unterstreichen, dass die Vorschläge der Federal Reserve zur Umsetzung des überarbeiteten Baseler Regelwerks insgesamt zu einer deutlichen Reduzierung der Kapitalanforderungen an US-amerikanische Institute gegenüber dem Status quo führen. Gleichzeitig sind die Verflechtungen zwischen deutschen und amerikanischen Banken verhältnismäßig gering, sodass die Reduzierung der Kapitalanforderungen in USA keinen nennenswerten Effekt auf den Wettbewerb haben dürfte. Das Vorhandensein substanziellen Überschusskapitals im deutschen Bankensystem verdeutlicht, dass keine angebotsseitige Kreditrestriktion besteht, die von ausländischen Wettbewerbern genutzt werden könnte.

In der Gesamtschau zeigt sich also kein Anlass für eine implizite oder explizite Absenkung der regulatorischen Kapitalanforderungen in der EU. Stattdessen sollte der Fokus auf einer gezielten Vereinfachung prozessualer Anforderungen, zum Beispiel durch Bürokratieabbau, liegen, um Wettbewerbsfähigkeit und Stabilität des europäischen Bankenmarkts gleichermaßen zu sichern.

Jährliche Kapazität des deutschen Bankenmarkts für zusätzliche Kreditvergabe gegenüber nichtfinanziellen Unternehmen über die nächsten zehn Jahre

Schaubild 4.2

jährliche CET1-Zuführung von 5 % in Mrd €, Stand: September 2025



Deutsche Bundesbank

2.6 ESG-Risiken

Die CRD VI harmonisiert die Anforderungen an Banken zur Berücksichtigung von ESG-Risiken im Risikomanagement. ESG-Risken sind eng mit dem Konzept der Nachhaltigkeit verbunden, deren drei wichtigste Säulen die ESG-Faktoren Umwelt, Soziales und Governance sind.[15)] Kernelemente der Anpassungen im KWG im Hinblick auf ESG-Risiken sind die Bestimmungen in §§ 26c und 26d KWG zur Steuerung von ESG-Risiken und zum ESG-Risikoplan, die zum 1. April 2026 in Kraft getreten sind (Art. 29 Abs. 1 BRUBEG). Die wesentlichen Bestimmungen in § 26c KWG zur Steuerung von ESG-Risiken sind dabei nicht neu für Banken. Durch die 7. MaRisk-Novelle vom Juni 2023 waren die Banken bereits gehalten, ESG-Risiken im gesamten Risikomanagement zu berücksichtigen.

Die Einführung des § 26c KWG stellt sicher, dass ESG-Risiken als Risikotreiber für die bekannten Risiken im Bankgeschäft umfassend im Risikomanagement berücksichtigt werden. Das beginnt mit der Risikoidentifizierung und -messung bis hin zur Gesamtverantwortung der Geschäftsleitung für die Berücksichtigung von ESG-Risiken und die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen zu ihrer Steuerung. Zudem ist auch die Risikoneigung des Instituts in Bezug auf ESG-Risiken bei den Vergütungssystemen für Geschäftsleiter und Mitarbeiter zu berücksichtigen. Im Hinblick auf die unsicheren Wirkungsketten und die Langfristigkeit der mit dem Klimawandel einhergehenden Veränderungen müssen ESG-Risiken auch mit mittel- und langfristigem Horizont (das heißt auch Zeiträume von mindestens zehn Jahren) in das Risikomanagement einfließen. Kleine nicht-komplexe (Kredit-)Institute (Small and non-complex institutions, SNCI)[16)] müssen ihre Strategien und Prozesse gemäß § 25a Abs. 1 Nr. 1 KWG, in denen sie auch die auf die kurz-, mittel- und langfristigen Auswirkungen von ESG-Faktoren zurückzuführenden Risiken zu berücksichtigen haben, alle zwei Jahre überprüfen und, soweit erforderlich, anpassen. Die übrigen Institute müssen dies in Abhängigkeit von Art, Umfang, Komplexität und Risikogehalt der Geschäftstätigkeit regelmäßig, mindestens aber alle zwei Jahre, tun.

15 Erwägungsgrund 39 der CRD VI.
16 Vgl.: Art. 4 Abs. 1 Nr. 145 CRR.

Korrespondierend mit der Pflicht zur umfassenden Berücksichtigung von ESG-Risiken im Risikomanagement müssen Banken an die Aufsicht gerichtete ESG-Risikopläne erstellen (§ 26d KWG). In den ESG-Risikoplänen sollen die Banken erläutern, wie sie ESG-Risiken unter Berücksichtigung von gesetzlichen Vorgaben zur Minderung von Treibhausgasemissionen zu steuern beabsichtigen. Um diesen Risikoplan aktuell zu halten, müssen die Banken auch Prozesse zur Planung, Umsetzung, Beurteilung und Anpassung des Planes etablieren. Dabei muss der ESG-Risikoplan den ESG-Risiken des Geschäftsmodells und dem Umfang der Tätigkeiten des Instituts angemessene und quantifizierbare Ziele und Kennzahlen zur Steuerung der finanziellen Risiken festlegen. Letztlich ist der Risikoplan eine systematische Beschreibung der Umsetzung des § 26c KWG. Die ESG-Risikopläne sind mit Transitionsplänen nach der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD)[17)] konsistent zu halten. Wenn Banken die Betroffenheit ihrer Gegenparteien von ESG-Risiken beurteilen, sollen sie sich auf veröffentlichte Daten und etablierte Marktstandards beschränken.

Für SNCI werden Erleichterungen im Hinblick auf den ESG-Risikoplan eingeräumt. So tritt die Pflicht zur Erstellung eines ESG-Risikoplans erst zum Januar 2027 in Kraft. Zudem können sich SNCI für eine Übergangszeit (2029) bei der Erstellung des ESG-Risikoplans auf die finanziellen Risiken aus dem Klimawandel beschränken. Ferner können sie ihre Ziele auch nur qualitativ beschreiben. Letzteres gilt insbesondere, wenn quantitative Ziele und Kennzahlen nicht oder nur mit einem unzumutbaren Aufwand für das Institut festgelegt werden können. Dennoch müssen durch diese qualitative Steuerung ESG-Risiken kurz-, mittel- und langfristig angemessen gesteuert und überwacht werden.

Um der Aufsicht Kenntnis über die Umsetzung der Risikopläne und die Anpassungen im Risikomanagement zu verschaffen, haben Jahresabschlussprüfer im Prüfbericht im Rahmen der Berichterstattung über die Einhaltung der Vorgaben der §§ 26c und 26d KWG zu berichten (§ 29 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 Buchstabe a KWG). Gegebenenfalls können auch Prüfungsschwerpunkte nach § 30 KWG im Hinblick auf ESG-Risiken vorgegeben werden.

17 Richtline (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen.

Spiegelbildlich zu den Anforderungen an die Banken hat die Aufsicht nunmehr im Rahmen der aufsichtlichen Überprüfung und Beurteilung (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) (§ 6b Abs. 2 Nr. 15 KWG) den ESG-Risikoplan sowie die Fortschritte des Instituts in Bezug auf die Handhabung von ESG-Risiken in der Geschäftsorganisation, insbesondere in der Geschäfts- und Risikostrategie und im Risikomanagement, zu bewerten. Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) erarbeitet hierzu derzeit Leitlinien,[18] und im Geltungsbereich der SSM-Verordnung[19] wird zu überlegen sein, wie diese Anforderungen auf weniger bedeutende Institute (Less significant institutions, LSI)[20] übertragen werden. Zudem kann die Aufsicht bei Vorliegen der Voraussetzungen nach § 45 KWG auch anordnen, dass das Institut kurz-, mittel- oder langfristig bestehende ESG-Risiken, vor allem in Bezug auf die Ziele des „Europäisches Klimagesetzes“,[21] verringert, indem es seine Geschäftsorganisation anpasst, insbesondere in der Geschäftsstrategie, der Risikostrategie, seinem Risikomanagement oder indem es seinen nach § 26d Abs. 1 zu erstellenden ESG-Risikoplan nachschärft (§ 45 Abs. 2 Nr. 15 KWG).

Im Bereich der Kapitalpuffer wird im Anwendungsbereich des SyRB (Kapitalpuffer für systemische Risiken) gemäß § 10e Abs. 2 KWG klargestellt, dass der SyRB auch angeordnet werden kann, um systemische oder makroprudenzielle Risiken aufgrund des Klimawandels anzugehen. Zur Nutzung des Systemrisikopuffers für Risiken aus dem Klimawandel hat die EBA im Januar dieses Jahres ein Konsultationspapier veröffentlicht.[22]

2.7 Organtransaktionen

Bei den Organkreditvorschriften nach § 15 KWG kommt es zu Änderungen. Künftig lautet die Überschrift zu § 15 KWG „Organtransaktionen“, um neben den von § 15 KWG umfassten „Organkrediten“ auch den mit dem Risikoreduzierungsgesetz im Jahr 2020 neu aufgenommenen „Organgeschäften“ nach § 15 Abs. 6 KWG Rechnung zu tragen.

18 Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2025).

19 Verordnung (EU) Nr. 1024/2013 des Rates vom 15. Oktober 2013 zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank (SSM-Verordnung).

20 LSI im Sinne der SSM-Verordnung.

21 Verordnung (EU) 2021/1119 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Juni 2021 zur Schaffung des Rahmens für die Verwirklichung der Klimaneutralität und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 401 /2009 und (EU) 2018/1999.

22 Vgl.: Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2026b).

Erleichterungen ergeben sich unter anderem bei den Bagatellschwellen, unterhalb derer die Vorschriften nicht anzuwenden sind: So wird die Bagatellschwelle für Unternehmensorgankredite und -geschäfte in § 15 Abs. 3 KWG auf 100 000 € erhöht und eine neue Bagatellschwelle für Personenorgangeschäfte in Höhe von 100 000 € in § 15 Abs. 6 KWG eingeführt. Zudem sind künftig Kredite in Höhe von bis zu 20 000 € an die in § 15 Abs. 1 KWG genannten natürlichen Personen von den Organkreditvorschriften ausgenommen, sofern ihre Gewährung ausschließlich im Rahmen vollautomatisierter Kreditentscheidungen erfolgt und gewährleistet ist, dass das Organschaftsverhältnis keinen Einfluss auf die Kreditkonditionen hat. Neu ist auch die Möglichkeit zum Vorratsbeschluss bei Unternehmensorgangeschäften.

2.8 Kreditunterlagen nach § 18 KWG

Durch das BRUBEG wird die zuletzt im Jahr 2005 veränderte Schwelle für die Prüfung der Kreditwürdigkeit von Kreditnehmern nach § 18 S. 1 KWG auf 1 500 000 € angehoben. Dadurch soll die Wirtschaft von nationalen Vorgaben, insbesondere im Bereich der Dokumentationspflichten, entlastet werden.

3 Wesentliche Änderungen an begleitenden Rechtsverordnungen

3.1 Änderungen an der Institutsvergütungsverordnung (InstitutsVergV) [23)]

Die Änderung der InstitutsVergV sieht in Ergänzung zu § 26c Abs. 1 Nr. 6 KWG vor, dass ESG-Risiken explizit bei der Festlegung der Vergütungsparameter in § 4 InstitutsVergV zu berücksichtigen sind. Zudem werden einige Klarstellungen vorgenommen und Fehler aus vorherigen CRD-Umsetzungen behoben.

3.2 Änderungen an der Solvabilitätsverordnung (SolvV) [24)]

Für das Kreditrisiko bezieht sich die dauerhafte Verwendung des Standardansatzes (Permanent Partial Use) für Institute, die eine Zulassung zum Internal Ratings Based-Approach (IRB -Ansatz) erhalten haben, nicht mehr wie bisher auf das Gesamtportfolio, sondern auf einzelne Forderungsklassen. Die bisherigen in der SolvV verankerten technischen Regelungen zum Permanent Partial Use wurden gestrichen. Sie sind auf der Grundlage der CRR III zukünftig durch Regelungen in der Verwaltungspraxis der BaFin zu ersetzen, um eine Vorgehensweise zu etablieren, die sich im Sinne einer konvergenten Aufsichtspraxis in der EU an der Verwaltungspraxis der Europäische Zentralbank (EZB) orientieren sollte. Zudem hat die EBA ein Mandat erhalten, bis zum 10. Juli 2028 Leitlinien zum Permanent Partial Use zu entwickeln.

23 Vgl.: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (2013a).
24 Vgl.: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (2013b).

Die bisher in § 22 SolvV aufgezählten, für die Anrechnung von Immobiliensicherheiten nach den Vorgaben der CRR anerkennungsfähigen Beleihungswertermittlungsverfahren werden gestrichen, da die Unterscheidung zwischen Markt- und Beleihungswert mit der CRR III aufgegeben und der einheitliche Begriff des „Immobilienwerts“ für Immobiliensicherheiten in Art. 4 Abs. 1 Nr. 74a CRR definiert wird.

4 Fortgang

Die CRD VI sieht zahlreiche Mandate der EBA für die Erarbeitung von technischen Durchführungs- und Regulierungsstandards vor. Diese Standards sollen die Vorgaben der CRD VI konkretisieren und einheitliche Bedingungen für die Durchführung festlegen. Einige Entwürfe hierzu wurden von der EBA schon veröffentlicht, andere befinden sich noch in der Entwicklung und sind von der Europäischen Kommission dann als in der Union unmittelbar anwendbare Verordnungen zu erlassen.

5 Weitere Änderungen am KWG neben dem BRUBEG

Am 9. Februar 2026 wurde das Standortfördergesetz (StoFöG) im Bundesgesetzblatt veröffentlicht und trat am 10. Februar 2026 in Kraft.[25] Mit dem StoFöG wird das Millionenkreditmeldewesen nach § 14 KWG zum 30. Dezember 2026 eingestellt. BaFin und Bundesbank hatten diese Reform im August 2025 vorgeschlagen.

Über das Millionenkreditmeldewesen melden Kreditinstitute, Versicherer und weitere Meldepflichtige bislang jedes Quartal alle Kredite an einen Kreditnehmer oder eine Kreditnehmereinheit, die 1 Mio € erreichen oder überschreiten. Noch unterliegen circa 3 200 Unternehmen dieser Meldepflicht, deren letzter Meldestichtag der 30. September 2026 sein wird. Zugleich melden die Banken sehr granulare Daten zu ihren Kreditportfolios im Rahmen der Kreditdatenstatistik der EZB (AnaCredit[26]) an die Bundesbank.

Die Daten aus dem bankaufsichtlichen Meldewesen sind eine wesentliche Erkenntnisquelle für die Aufsicht, um Kreditrisiken im Bankensektor zu identifizieren und zu analysieren. Mit AnaCredit und der Statistik über Wertpapierinvestments sowie dem Großkreditmeldewesen hat die deutsche Aufsicht aussagekräftige Alternativen zum Millionenkreditmeldewesen.

25 Vgl.: Bundesgesetzblatt (2026b).

26 Analytical Credit Datasets, vgl. Verordnung (EU) 2016/867 der Europäischen Zentralbank vom 18. Mai 2016 über die Erhebung granularer Kreditdaten und Kreditrisikodaten (EZB/2016/13).

Literaturverzeichnis

Budrys, Z., G. Cappelletti, A. Ponte Marques, J. Peeters und P. Varraso (2019), Impact of higher capital buffers on banks' lending and risk-taking: evidence from the euro area experiments, ECB Working Paper Series, Nr. 2292, Juni 2019.

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (2024), Rundschreiben 06/2024 (BA). Mindestanforderungen an das Risikomanagement – MaRisk, Rundschreiben vom 29. Mai 2024.

Bundesgesetzblatt (2026a), Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1619 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2024 zur Änderung der Richtlinie 2013/36/EU im Hinblick auf Aufsichtsbefugnisse, Sanktionen, Zweigstellen aus Drittländern sowie Umwelt-, Sozial- und Unternehmensführungsrisiken und zur Entlastung der Kreditinstitute von Bürokratie (Bankenrichtlinienumsetzungs- und Bürokratieentlastungsgesetz – BRUBEG).

Bundesgesetzblatt (2026b), Gesetz zur Förderung privater Investitionen und des Finanzstandorts (Standortfördergesetz – StoFöG).

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (2013a), Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Instituten (Institutsvergütungsverordnung – InstitutsVergV).

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (2013b), Verordnung zur angemessenen Eigenmittelausstattung von Instituten, Institutsgruppen, Finanzholding-Gruppen und gemischten Finanzholding-Gruppen (Solvabilitätsverordnung – SolvV).

Deutsche Bundesbank (2024), EU-Bankenpaket, Monatsbericht, Juli 2024.

Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2026a), Final draft Implementing Technical Standards on the supervisory reporting of Third Country Branches under the minimum harmonisation regime of Directive 2013/36/EU.

Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2026b), EBA launches consultation on amendments to Guidelines on the systemic risk buffer, Pressemitteilung vom 29. Januar 2026.

Europäische Bankenaufsichtsbehörde (2025), The EBA consults on revised Guidelines on supervisory review and evaluation process and supervisory stress testing, Pressemitteilung vom 24. Oktober 2025.

Federal Reserve System (2026), Agencies request comment on proposals to modernize the regulatory capital framework and maintain the strength of the banking system, Pressemitteilung vom 19. März 2026.

Kapan, T. und C. Minoiu (2013), Balance Sheet Strength and Bank Lending During the Global Financial Crisis, International Monetary Fund Working Paper, Nr. 13/102, Mai 2013.

Trends in der Unternehmensfinanzierun im Euroraum

Die Finanzierungsstrukturen der nichtfinanziellen Unternehmen im Euroraum haben sich seit 1999 deutlich verändert.

Erstens hat die Innenfinanzierung spürbar an Bedeutung gewonnen: Im Aggregat konnte zuletzt ein Großteil der Bruttoinvestitionen aus einbehaltenen Gewinnen und Abschreibungen finanziert werden.

Zweitens hat sich die Struktur der Außenfinanzierung weg von Banken und hin zu alternativen Finanzierungsquellen verschoben. So ist der relative Beitrag der Banken an der Gesamtfinanzierung nichtfinanzieller Unternehmen seit der globalen Finanzkrise merklich gesunken. Demgegenüber haben intrasektorale Kredite, Unternehmensanleihen und die Mittelbereitstellung durch Nichtbank-Finanzintermediäre an Bedeutung gewonnen. In der Gesamtschau bleibt die Bankkreditfinanzierung zwar von zentraler Bedeutung, die Unternehmensfinanzierung fußt inzwischen jedoch auf einem breiteren Spektrum an Finanzierungsgebern und Finanzierungsinstrumenten.

Drittens hat die marktbasierte Finanzierung an Relevanz gewonnen, bleibt im internationalen Vergleich aber moderat. Vor allem die Emission von Schuldverschreibungen hat zugenommen, während die Finanzierung über Eigenkapital in Form börsennotierter Aktien weiterhin vergleichsweise schwach ausgeprägt ist.

Grundsätzlich haben diese Entwicklungen das Potenzial, die Art und Weise zu verändern, mit der geldpolitische Maßnahmen übertragen werden. So reagieren beispielsweise Banken auf konventionelle geldpolitische Straffungen tendenziell rasch und anhaltend. Die Reaktionen der Nichtbank-Finanzintermediäre können im Vergleich dazu heterogener ausfallen und je nach Rahmenbedingung unterschiedlich stark und persistent sein. Zudem kann eine geldpolitisch bewirkte Dämpfung der Bankkreditvergabe bei einem breiteren Finanzierungsmix leichter durch andere Finanzierungsquellen aufgefangen werden.

Alles in allem dürfte sich durch die Veränderung der Finanzierungsstruktur die relative Bedeutung einzelner Transmissionskanäle verschieben: Insbesondere können bankbasierte Kanäle an Gewicht verlieren, während kapitalmarkt- und nicht bankbasierte Transmissionskanäle an Bedeutung gewinnen. Eine Stärkung oder Abschwächung der geldpolitischen Transmission lässt sich daraus jedoch zum heutigen Zeitpunkt nicht zwingend ableiten.

1 Einleitung

Die Finanzierungsstruktur nichtfinanzieller Unternehmen ist ein wichtiger Faktor für das Zusammenspiel von realwirtschaftlicher Aktivität und finanziellem Umfeld. Entscheidungen über die Aufnahme von Fremd- und Eigenkapital stehen in engem Zusammenhang mit Investitionsabsichten und spiegeln zugleich die jeweils vorherrschenden Finanzierungsbedingungen wider. Auf aggregierter Ebene liefern Veränderungen in Umfang und Struktur der Unternehmensfinanzierung daher wichtige Informationen über die konjunkturelle Situation einer Volkswirtschaft und ihre mittelfristigen Wachstumsperspektiven.

Eine besondere Rolle kommt dabei den Finanzierungsbedingungen zu, die durch das makroökonomische Umfeld im Allgemeinen und durch die Geldpolitik im Speziellen geprägt werden. Das makroökonomische Umfeld beeinflusst die Finanzierungsbedingungen unter anderem über die konjunkturelle Lage, die Ertrags- und Risikoeinschätzung der Unternehmen sowie die Risikoneigung der Kapitalgeber. In wirtschaftlichen Aufschwungphasen verbessern sich typischerweise die Gewinnperspektiven und die Bonität der Unternehmen, wodurch sich der Zugang zu externer Finanzierung erleichtert. Umgekehrt können konjunkturelle Abschwächungen, erhöhte Unsicherheit oder steigende Ausfallrisiken die Finanzierungskosten erhöhen und das Angebot an Finanzierungsmitteln einschränken. Auch Veränderungen des Zinsniveaus durch geldpolitische Maßnahmen beeinflussen die Kosten externer Finanzierung und damit die Rentabilität von Investitionsvorhaben. Zudem können geldpolitisch bedingte Zinsänderungen auch die Bereitschaft und die Fähigkeit von Banken und Kapitalmärkten beeinflussen, Mittel bereitzustellen. Damit bestimmen preisliche sowie mengenmäßige Anpassungen der Finanzierung gemeinsam, über welche Kanäle und mit welcher Intensität geldpolitische Maßnahmen auf Investitionen und wirtschaftliche Aktivität wirken.

Veränderungen der Finanzierungsstrukturen können die Wirkung geldpolitischer Maßnahmen grundsätzlich verstärken, abschwächen oder zeitlich verändern, indem sie die relative Bedeutung einzelner Transmissionskanäle verschieben. [1)] Zugleich geben sie Aufschluss über etwaige strukturelle Veränderungen im Finanzsystem und die hieraus resultierende Anpassung der Unternehmen an das makroökonomische Umfeld. Der Zeitraum seit Einführung des Euro 1999 umfasst mehrere außergewöhnliche Phasen – darunter die globale Finanz- und Wirtschaftskrise, die europäische Staatsschuldenkrise, die anschließende Niedrigzins- und Niedriginflationsphase mit umfangreichen geldpolitischen Sondermaßnahmen sowie zuletzt die Covid-19-Pandemie und die darauffolgende Phase der geldpolitischen Straffung als Antwort auf den einsetzenden Inflationsschub. Diese Episoden gingen jeweils mit teils deutlichen, jedoch überwiegend vorübergehenden Veränderungen in Umfang und Zusammensetzung der Außenfinanzierung einher. Gleichwohl bleiben längerfristige Strukturverschiebungen in der Unternehmensfinanzierung deutlich sichtbar. [2)] Demnach haben sich seit Einführung des Euro im Jahr 1999 die Finanzierungsstrukturen der nichtfinanziellen Unternehmen (NFU) im Euroraum teils deutlich verändert:

- Die Innenfinanzierung hat gegenüber der Außenfinanzierung an Bedeutung gewonnen,
- innerhalb der Außenfinanzierung hat der Anteil der nicht bankbasierten Finanzierung zugenommen und
- die Kapitalmarktfinanzierung, vor allem über Schuldverschreibungen, ist zulasten der Bankkreditfinanzierung wichtiger geworden.

1 Vgl. hierzu: Alder et al. (2023).

2 Eine frühere Analyse zur Unternehmensfinanzierung im Euroraum findet sich in: Deutsche Bundesbank (2018a). Dort stand insbesondere die Entwicklung seit der globalen Finanzkrise bis zum Jahr 2018 im Mittelpunkt. Insofern erlaubt die vorliegende Untersuchung auch eine Einordnung der jüngeren Ereignisse in eine längerfristige Perspektive seit Einführung des Euro.

Die folgenden Ausführungen skizzieren die Entwicklungen der Finanzierungsstrukturen nichtfinanzieller Unternehmen im Euroraum seit 1999, differenziert nach Finanzierungsgebern und Finanzierungsinstrumenten. Abschließend werden mögliche Implikationen für die geldpolitische Transmission diskutiert. Die Betrachtung basiert dabei auf den Daten der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für den Euroraum insgesamt und umfasst den Zeitraum vom ersten Vierteljahr 1999 bis zum dritten Vierteljahr 2025. [3) 4)]

3 Die statistische Grundlage für diese Rechenwerke fußt auf dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 2010.

4 Der Beitrag betrachtet die Entwicklung der Unternehmensfinanzierung primär auf der Ebene des Euroraums insgesamt. Unterschiede zwischen einzelnen Mitgliedstaaten werden ergänzend berücksichtigt und an ausgewählten Stellen anhand der vier größten Volkswirtschaften des Euroraums eingeordnet.

2 Bestimmungsfaktoren der Unternehmensfinanzierung

Die Finanzierung nichtfinanzieller Unternehmen lässt sich in Innen- und Außenfinanzierung mit unterschiedlichen Instrumenten gliedern. So kann zwischen Finanzierungsquellen aus eigener Geschäftstätigkeit (Innenfinanzierung) und von externen Finanzierungsgebern bereitgestellten Mitteln (Außenfinanzierung) unterschieden werden. Die Innenfinanzierung eines Unternehmens speist sich aus den von ihm erwirtschafteten Zahlungsüberschüssen und umfasst sowohl einbehaltene Gewinne als auch die aus Abschreibungen resultierenden, nicht zahlungswirksamen Mittel. Sie ist damit eng mit der Ertragslage des Unternehmens verknüpft und reagiert nur indirekt auf kurzfristige Veränderungen der Finanzierungsbedingungen. Demgegenüber basiert die Außenfinanzierung auf der Bereitstellung von Finanzierungsmitteln durch externe Kapitalgeber. Diese Mittelzuflüsse können sowohl in Form von Fremd- als auch Eigenkapital erfolgen und hängen eng mit den jeweiligen Finanzierungsbedingungen an den Kredit- und Kapitalmärkten zusammen, die unter anderem durch das gesamtwirtschaftliche Umfeld und die Geldpolitik beeinflusst werden. Zum Fremdkapital zählen im Wesentlichen Bankkredite, Kredite von Nichtbanken, Handelskredite und Anzahlungen, versicherungstechnische Rückstellungen sowie Schuldverschreibungen. Das Eigenkapital setzt sich aus börsennotierten und nicht börsennotierten Aktien sowie aus sonstigen Anteilsrechten zusammen. Börsennotierte Aktien und Schuldverschreibungen werden dabei zudem den marktbasierten Finanzierungsinstrumenten zugerechnet und sind somit eng mit der Entwicklung der Finanzmärkte verknüpft. [5)]

5 Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank (2018a, 2025a).

Theoretische Ansätze zur Unternehmensfinanzierung legen dar, wie Unternehmen ihre Finanzierung wählen und auf veränderte Finanzierungsbedingungen reagieren. Zur Erklärung des Finanzierungsverhaltens nichtfinanzieller Unternehmen existieren zwei grundlegende, sich ergänzende theoretische Ansätze: die Theorie der Finanzierungshierarchie (Pecking-Order-Theorie) und die Trade-Off-Theorie.[6)] Beide Ansätze liefern Erklärungen dafür, wie Unternehmen Umfang und Zusammensetzung ihrer Finanzierung bestimmen und wie sie auf Veränderungen des wirtschaftlichen und finanziellen Umfelds reagieren.

Die Pecking-Order-Theorie beschreibt eine Präferenzrangfolge von Finanzierungsquellen, die sich aus Informationsasymmetrien ergibt. Sie unterstellt, dass Unternehmen ihre Finanzierungsentscheidungen entlang einer festen Rangfolge von Finanzierungsquellen treffen. Diese Rangfolge wird mit asymmetrischen Informationen und daraus resultierenden Anreizproblemen zwischen Unternehmensleitung und Kapitalgebern begründet: Je stärker diese Probleme ausgeprägt sind, desto höher fallen die externen Finanzierungskosten aus. Vorrang haben demnach intern erwirtschaftete Mittel, da sie nicht von Informationsasymmetrien betroffen sind. Erst wenn diese zur Finanzierung geplanter Investitionen nicht ausreichen, greifen Unternehmen auf externe Mittel zurück, wobei Fremdkapital gegenüber Eigenkapital bevorzugt wird. Folglich stellt die Emission von Eigenkapital in diesem Ansatz die letzte Finanzierungsoption dar. Eine wesentliche Implikation dieses Ansatzes ist, dass die Außenfinanzierung der Unternehmen überwiegend über Fremdkapital erfolgt.

6 Vgl. hierzu: Frank und Goyal (2008).

Die Trade-Off-Theorie betont die Abwägung zwischen Verschuldungsvorteilen und Insolvenzrisiken. Ein hoher Fremdkapitalanteil und die damit verbundene geringe Eigenkapitalbasis erhöhen die Verwundbarkeit der Unternehmen gegenüber adversen Schocks. So können bereits moderate Verluste den Eigenkapitalpuffer merklich verringern und hierdurch die Zahlungsfähigkeit beeinträchtigen.[7)] Die Trade-Off-Theorie geht davon aus, dass Unternehmen bewusst Eigenkapitalpolster aufbauen, um die erwarteten Kosten einer möglichen Insolvenz zu begrenzen und gleichzeitig finanzielle Flexibilität für zukünftige Investitionsentscheidungen zu bewahren. Dem Nutzen höherer Eigenkapitalquoten stehen jedoch die Vorteile der Fremdfinanzierung gegenüber, insbesondere die steuerliche Abzugsfähigkeit von Zinszahlungen. Aus dieser Abwägung ergibt sich eine aus Unternehmenssicht optimale Kapitalstruktur, die von den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängt und sich im Zeitverlauf verändern kann.[8)]

Die konkrete Ausgestaltung der Finanzierungsstruktur wird darüber hinaus von strukturellen Faktoren beeinflusst. Hierzu zählen unter anderem:

- **Unternehmensgröße, Alter und Branchenzugehörigkeit:**[9)] Größere und etablierte Unternehmen verfügen tendenziell über einen erleichterten Zugang zu kapitalmarktbasierten Finanzierungsinstrumenten wie Unternehmensanleihen oder Aktienemissionen. Kleinere oder jüngere Unternehmen hingegen sind stärker auf bankbasierte Finanzierungen oder auf Beteiligungskapital angewiesen, da sie die Voraussetzungen für einen breiten Kapitalmarktzugang oft nicht erfüllen (vgl. hierzu den Exkurs „Die Bedeutung von Unternehmensalter und -branche für die Wahl der Finanzierungsinstrumente“).

7 Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank (2025b).
8 Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank (2018a).
9 Vgl. hierzu: Europäische Zentralbank (2021).

- **Angebotsseitige Bedingungen der Finanzierungsgeber:** Die Kosten der Fremdfinanzierung hängen nicht nur von den Eigenschaften der Unternehmen ab, sondern auch von den Refinanzierungsbedingungen, bilanziellen Restriktionen und der Risikoneigung der Kapitalgeber.[10)] Die Refinanzierungsbedingungen der Finanzintermediäre werden dabei maßgeblich durch das Zinsumfeld und damit auch durch den geldpolitischen Kurs beeinflusst. Veränderungen in diesen Bereichen, etwa infolge regulatorischer Anpassungen oder makrofinanzieller Spannungen, können die relative Attraktivität einzelner Finanzierungsformen beeinflussen. In bestimmten Situationen können Angebotsrestriktionen sogar dazu führen, dass einzelne Finanzierungsquellen nur eingeschränkt oder gar nicht zur Verfügung stehen.[11)]
- **Makroökonomische Unsicherheit:** Eine erhöhte Unsicherheit über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung, die Stabilität der Nachfrage oder die künftigen Finanzierungsbedingungen können Investitionen dämpfen, selbst wenn die Finanzierungskosten niedrig sind. In solchen Phasen kann es für Unternehmen oder Finanzierungsgeber vorteilhaft sein, geplante Investitionen aufzuschieben und/oder den Einsatz externer Finanzierungsmittel zu begrenzen.[12)]
- **Struktur des Finanzsystems:** Schließlich hängen die relative Bedeutung einzelner Finanzierungsinstrumente und die Rolle verschiedener Finanzierungsgeber eng mit der institutionellen Ausgestaltung des Finanzsystems zusammen. Finanzsysteme lassen sich dabei idealtypisch danach unterscheiden, ob die Unternehmensfinanzierung überwiegend über Banken und andere Kreditintermediäre oder stärker über Kapitalmärkte erfolgt. In stärker bankorientierten Finanzsystemen ist die Kreditfinanzierung typischerweise von besonderer Bedeutung, während in marktbasierten Systemen kapitalmarktorientierte Finanzierungsformen, wie Aktien und Anleihen, einen größeren Stellenwert einnehmen. Diese strukturellen Unterschiede sind für die Interpretation der im Folgenden dargestellten Entwicklungen der Unternehmensfinanzierung im Euroraum relevant, da sie mit unterschiedlichen Anpassungsmustern der Unternehmen und Finanzintermediäre auf makroökonomische Schocks und geldpolitische Impulse einhergehen können.[13)]

10 Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank (2025b, 2025c).

11 Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank (2018a).

12 Vgl. hierzu: Avril et al. (2026), Bloom (2007), Correa et al. (2023), Deutsche Bundesbank (2025d), Europäische Zentralbank (2025), Gulen und Ion (2016) sowie Wu und Suardi (2021).

13 Vgl. hierzu: Bats und Houben (2020) sowie Europäische Zentralbank (2024).

Neben der Finanzierungsstruktur stellt auch das Liquiditätsmanagement eine wichtige Anpassungsgröße an veränderte Finanzierungsbedingungen dar. [14)] Angesichts potenzieller Finanzierungsrestriktionen oder schwankender Finanzierungskosten können Unternehmen Finanzierungsüberschüsse bewusst in Form liquider Mittel halten, um ihre Handlungsfähigkeit bei zukünftigen Investitionsentscheidungen oder in Stresssituationen zu sichern. Der Aufbau von Liquiditätsreserven lässt sich als Ausdruck eines Vorsichtsmotivs interpretieren und kann teilweise als Substitution zukünftiger externer Finanzierung dienen. Dieser Aspekt gewinnt insbesondere in Phasen erhöhter finanzieller Unsicherheit oder eines eingeschränkten Kreditangebots an Bedeutung. [15)]

14 Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank (2025b).
15 Vgl. hierzu: Brown und Petersen (2015).

Exkurs

Die Bedeutung von Unternehmensalter und -branche für die Wahl der Finanzierungsinstrumente

Der Finanzierungsbedarf und -zugang von Unternehmen verändert sich typischerweise im Verlauf des Lebenszyklus und unterscheidet sich in Abhängigkeit von der Unternehmensgröße und über die Branchen. Der vorliegende Exkurs beleuchtet, wie stark die Faktoren Unternehmensalter und Branchenzugehörigkeit [1)] die beobachteten Finanzierungsstrukturen von nichtfinanziellen Unternehmen beeinflussen.

Daten auf Ebene einzelner Unternehmen zeigen, wie Unternehmensalter und Branche die Finanzierungsstruktur prägen. Für die folgenden Auswertungen werden Mikrodaten zur Finanzierungsstruktur von über sechs Millionen einzelner Unternehmen im Euroraum um Stammdaten zu deren Unternehmensalter und Branchenzugehörigkeit ergänzt und anschließend entlang dieser beiden Dimensionen aggregiert. Als Datengrundlage dient eine Kombination aus ESZB-Primärstatistiken und kommerziellen Daten. [2)]

1 Die Unternehmensgröße korreliert stark mit dem Alter und bestimmten Branchen und wird deswegen nicht gesondert betrachtet.

2 Für die Bestände an börsennotierten Aktien und Schuldverschreibungen wird die CSDB verwendet, für die Bestände an Bankkrediten die AnaCredit. Für die Einstufung in die jeweiligen Altersgruppen werden diese Primärstatistiken mit Stammdaten aus RIAD kombiniert. Für die Bestände an nicht börsennotiertem Eigenkapital werden Bilanzdaten und Stammdaten aus Orbis verwendet.

Die Finanzierungsstruktur variiert über den Verlauf des Unternehmenslebenszyklus – junge, wachsende und etablierte Firmen übernehmen jeweils unterschiedliche Rollen. In einem ersten Schritt werden die Unterschiede in der Finanzierungsstruktur nichtfinanzieller Unternehmen im Verlauf des Lebenszyklus dargestellt. Hierfür werden die Unternehmen in drei Altersklassen gruppiert: Unternehmen in der „frühen Phase“ ihrer Entwicklung (0 bis 10 Jahre seit der Gründung), Unternehmen in der „Wachstums- und Reifephase“ (11 bis 30 Jahre) und „etablierte“ Unternehmen (31 Jahre und älter). [3)] Gemessen an den gesamten Verbindlichkeiten machen die jungen Unternehmen 27 %, die Unternehmen in der Wachstums- und Reifephase 41 % und die etablierten Unternehmen 32 % aus. [4)]

Junge Unternehmen finanzieren sich vor allem über nicht börsennotiertes Eigenkapital und ergänzend über Bankkredite. Schaubild 5.1 zeigt für die drei Altersklassen die Anteile von Schuldverschreibungen, börsennotierten Aktien, Bankkrediten und nicht börsennotiertem Eigenkapital [5)] an den gesamten Verbindlichkeiten der jeweiligen Altersklassen im dritten Quartal 2025.

3 Die Einteilung von Unternehmen in Altersgruppen basiert teilweise auf der „Corporate Life Cycle Theory“ von Miller und Friesen (1984), die Unternehmen in verschiedene Entwicklungsphasen unterteilt.

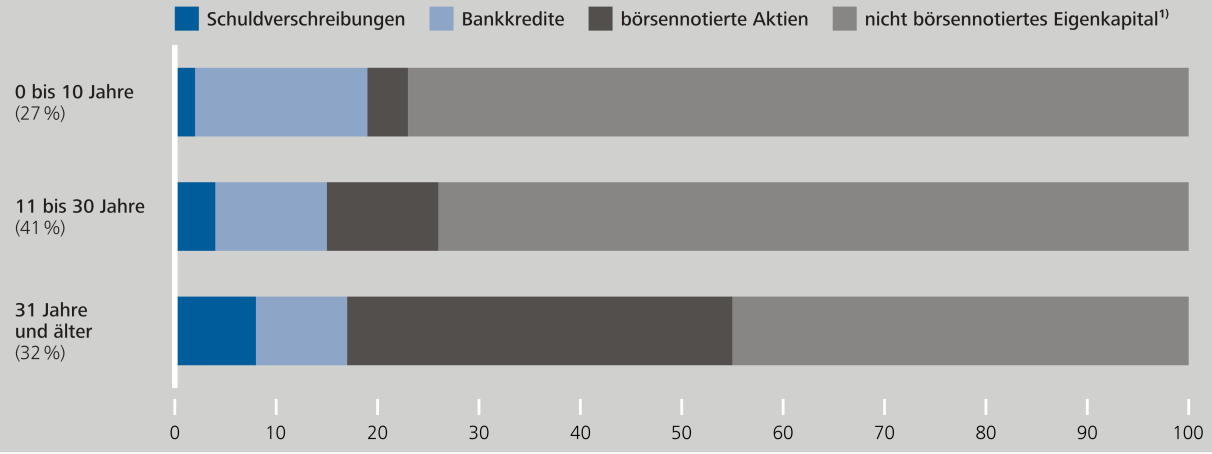
4 Mit „Verbindlichkeiten“ sind in diesem Exkurs die auf Mikrodatenebene abbildbaren Verbindlichkeiten gemeint: Schuldverschreibungen, börsennotierte Aktien, Bankkredite und nicht börsennotiertes Eigenkapital. Die hier nicht aufgeführten Positionen der Passivseite der Unternehmensbilanz, wie beispielsweise Handelskredite, können aufgrund der begrenzten Verfügbarkeit von Mikrodaten nicht detailliert analysiert werden. Eine Kategorisierung der Unternehmen nach ihrem Alter und ihrer Branchenzugehörigkeit ist daher für diese Positionen nicht möglich. Allerdings entfallen auf Schuldverschreibungen, börsennotierte Aktien, Bankkredite sowie nicht börsennotierte Aktien und Anteilsrechte über 70 % der Verbindlichkeiten nichtfinanzieller Unternehmen im Euroraum laut EZB-Aggregaten.

5 Mit „nicht börsennotiertes Eigenkapital“ ist das Eigenkapital nicht börsennotierter Unternehmen gemeint. Für eine Erläuterung der von der deutschen Finanzierungsrechnung angewandten Methodik vgl.: Deutsche Bundesbank (2024).

Struktur der Verbindlichkeiten nach Unternehmensalter*)

Schaubild 5.1

in % der Verbindlichkeiten, Bestände zum 3. Vj. 2025



Quellen: ESZB-Primärstatistiken, ORBIS und eigene Berechnungen. * Die Daten beinhalten Angaben zu mehr als sechs Millionen Unternehmen und decken über 70 % der Gesamtverbindlichkeiten der nichtfinanziellen Unternehmen im Euroraum laut gesamtwirtschaftlicher Finanzierungsrechnung ab. **1** Umfasst auch (Gewinn-)Rücklagen.

Deutsche Bundesbank

In der frühen Unternehmensphase (bis 10 Jahre) dominiert nicht börsennotiertes Eigenkapital mit einem Anteil von 77 % an den gesamten Verbindlichkeiten, gefolgt von Bankkrediten (17 %). Börsennotierte Aktien (4 %) und Schuldverschreibungen (2 %) spielen hingegen eine untergeordnete Rolle. Diese Struktur spiegelt im Wesentlichen die begrenzten internen Mittel, unsichere Marktpositionen und das hohe Risiko eines Scheiterns junger Unternehmen wider. Da sie darüber hinaus im Schnitt eine kleine Unternehmensgröße haben sowie nur über geringe Sicherheiten und noch keine etablierte Bonität verfügen, ist ihr Zugang zu öffentlichen Kapitalmärkten erschwert. Entsprechend sind nur wenige börsennotiert, was den hohen Anteil von nicht börsennotiertem Eigenkapital erklärt. Zudem tätigen die Unternehmen in der frühen Entwicklungsphase anfangs keine Investitionen, für die langfristige Finanzierung über Kapitalmärkte sinnvoll wäre. Zur Finanzierung von Anlauf- und Betriebsmittelkosten nutzen junge Unternehmen dagegen vor allem Bankkredite. Durch direkte Kundenbeziehungen können Banken besser als Kapitalmärkte Informationsasymmetrien reduzieren sowie Kreditrisiken durch Sicherheiten mindern. [6)] Anders als fragmentierte Kapitalmarktinvestoren können Banken Kreditverträge flexibel strukturieren und bei Bedarf neu verhandeln. [7)]

Für Unternehmen in der Wachstumsphase bleibt nicht börsennotiertes Eigenkapital zentral, doch börsennotierte Aktien und Anleihen gewinnen an Bedeutung. Die Finanzierungsstruktur in der Unternehmensgruppe der „Wachstums- und Reifephase“ (10 bis 30 Jahre) unterscheidet sich nur wenig von der jüngerer Unternehmen. Auch hier dominiert nicht börsennotiertes Eigenkapital mit 74 %, da es Stabilität und Flexibilität, aber keine regelmäßigen Zins- oder Tilgungsverpflichtungen mit sich bringt. [8)] Allerdings sind deutlich mehr Unternehmen aus dieser Gruppe börsennotiert, weswegen börsennotierte Aktien immerhin 11 % der Verbindlichkeiten ausmachen. Schuldverschreibungen werden von diesen Unternehmen ebenfalls intensiver genutzt.

6 Vgl. hierzu: Petersen und Rajan (1994) sowie Beltrame et al. (2023).

7 Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass junge Unternehmen teilweise auch infolge von Umstrukturierungen entstehen. In solchen Fällen kann die Verfügbarkeit der Finanzierungsinstrumente von den üblichen Mustern junger Unternehmen abweichen, da diese Einheiten möglicherweise bereits über bestehende Netzwerke oder Vermögenswerte verfügen. Auch die Beteiligung professioneller Eigenkapitalinvestoren kann den Zugang zu Bankfinanzierung erleichtern, indem sie die Eigenkapitalbasis stärkt, Informationsasymmetrien reduziert und die Unternehmensführung professionalisiert. Vgl. hierzu: Megginson und Weiss (1991) sowie Hellmann und Puri (2002).

8 Dies steht im Einklang mit der Trade-Off-Theorie.

Etablierte Unternehmen finanzieren sich verstärkt über Kapitalmärkte, während nicht börsennotiertes Eigenkapital und Bankkredite an Bedeutung verlieren. Die „etablierten“ Unternehmen unterscheiden sich in ihrer Finanzierungsstruktur deutlich von den beiden jüngeren Gruppen. Etablierte Unternehmen setzen stärker auf börsennotierte Aktien (38 % der Verbindlichkeiten dieser Gruppe) und weniger auf nicht börsennotiertes Eigenkapital (45 %). Sie verfügen oft über eine starke Marktposition, stabile Cashflows, tendenziell größere Unternehmensgröße und bestehende Unternehmensnetzwerke. Dadurch haben sie einen leichteren Kapitalmarktzugang und einen breiter aufgestellten Finanzierungsmix als die beiden jüngeren Gruppen.[9)] Bankkredite spielen mit 9 % eine untergeordnete Rolle, da in größerem Maße alternative Finanzierungsquellen zur Verfügung stehen. Schuldverschreibungen sind in dieser Phase ebenfalls attraktiv (sie stehen für 8 % der hier dargestellten Verbindlichkeiten), da etablierte Unternehmen als risikoärmer wahrgenommen werden und Investoren bereit sind, ihnen Kapital zu günstigen Konditionen zur Verfügung zu stellen.[10)] In der Gesamtschau weisen etablierte Unternehmen tendenziell einen diversifizierten Finanzierungsmix auf, während jüngere Unternehmen stark auf Eigenkapitalfinanzierung und Bankkredite angewiesen sind.

Die Finanzierungsstruktur variiert deutlich zwischen den Branchen, da unterschiedliche Kapitalbedarfe, Risikoprofile und Marktbedingungen mit spezifischen Finanzierungspräferenzen einhergehen. Die Beziehung zwischen der Branchenzugehörigkeit und der Finanzierungsstruktur nichtfinanzieller Unternehmen ist ebenfalls ein zentraler Aspekt. Aufgrund unterschiedlicher struktureller Anforderungen und Marktbedingungen weisen Unternehmen aus verschiedenen Wirtschafszweigen spezifische Kapitalbedarfe, Risikoprofile und Finanzierungspräferenzen auf, die in den aggregierten Zahlen nicht sichtbar sind. Schaubild 5.2 verdeutlicht diese Heterogenität.

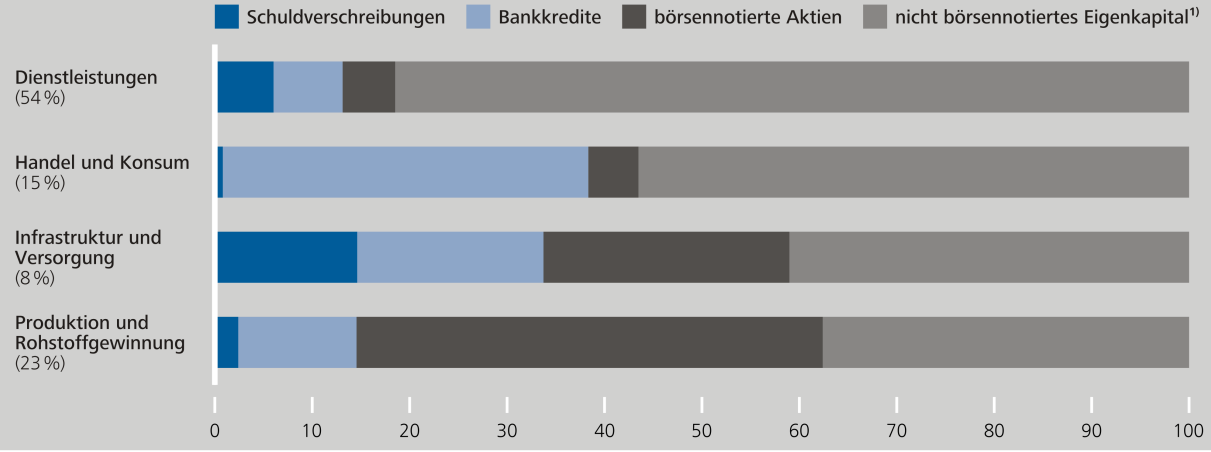
9 Vgl. hierzu: Imbierowicz et al. (2025).

10 Die großen Ratingagenturen beispielsweise legen Wert auf die Analyse der historischen Stabilität von Einnahmen, Gewinnen und Cashflows. Diese „Track-Record“-Analyse ist ein zentraler Bestandteil ihrer Bonitätsbewertungsmethodologien, da sie als Indikator für die zukünftige finanzielle Stabilität und die Fähigkeit eines Unternehmens, seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, dient, vgl. hierzu: Moody's Analytics: Credit Transition Model 2017 Update (2017). Die Reputation eines Unternehmens spielt eine entscheidende Rolle bei der Reduktion von Informationsasymmetrien. Unternehmen, die wiederholt auf den Markt für syndizierte Kredite zugreifen, werden von den Kreditgebern als weniger riskant wahrgenommen, da sie durch ihre Historie eine gewisse Stabilität und Verlässlichkeit demonstrieren, vgl. hierzu: Sufi (2007).

Struktur der Verbindlichkeiten nach Wirtschaftszweig*)

Schaubild 5.2

in % der Verbindlichkeiten, Bestände zum 3. Vj. 2025



Quellen: ESZB-Primärstatistiken, ORBIS und eigene Berechnungen. * Die Daten beinhalten Angaben zu mehr als sechs Millionen Unternehmen und decken über 70 % der Gesamtverbindlichkeiten der nichtfinanziellen Unternehmen im Euroraum laut gesamtwirtschaftlicher Finanzierungsrechnung ab. 1 Umfasst auch (Gewinn-)Rücklagen.

Deutsche Bundesbank

Unternehmen, die in der Produktion und Rohstoffgewinnung tätig sind, weisen eine diversifizierte Finanzierungsstruktur auf. Gleichwohl ist das Eigenkapital, sowohl das börsennotierte (51 % der Verbindlichkeiten der Branche) als auch das nicht börsennotierte (34 %), dominant. Es handelt sich hier oft um große, börsennotierte, global agierende Unternehmen. Ihre hohe Kapitalintensität erfordert erhebliche Investitionen in Anlagen, Maschinen und Infrastruktur, die teils mit erheblichen Risiken verbunden sind, etwa durch volatile Rohstoffpreise oder regulatorische Unsicherheiten. Durch die Emission von Aktien können große Mengen an Kapital mobilisiert werden, ohne die Verschuldung zu erhöhen. Eine hohe Verschuldung erhöht in kapitalintensiven Branchen das Insolvenzrisiko, insbesondere bei den oben genannten schwankenden Rohstoffpreisen.

In der Branche „Infrastruktur und Versorgung“ zeigt die Finanzierungsstruktur eine geringere Abhängigkeit vom börsennotierten Eigenkapital. Viele Unternehmen aus dieser Branche sind staatlich kontrolliert. Sie finanzieren sich stärker über Anleihen (15 % der Verbindlichkeiten der Branche) und Bankkredite (19 %). Gerade die Nutzung von Anleihen ist wenig überraschend, da Unternehmen in dieser Branche häufig langfristige und kapitalintensive Projekte finanzieren, die durch stabile Cashflows abgesichert werden. [11)]

Im Bereich „Handel und Konsum“ stützen sich Unternehmen vor allem auf nicht börsennotiertes Eigenkapital und auf Bankkredite. Nicht börsennotiertes Eigenkapital (55 % der Verbindlichkeiten der Branche) ist durch die geringeren Anforderungen an Transparenz und Berichterstattung sowie die Möglichkeit einer flexibleren Verhandlung mit Investoren attraktiv. Die kürzere Dauer der Investitionsphasen und die geringere Kapitalintensität in diesem Sektor machen aber auch Bankkredite (39 % der Verbindlichkeiten) attraktiv, weil sie eine höhere Anpassungsfähigkeit an ihre spezifischen Bedürfnisse bieten und kurzfristig verfügbar sein können.

Im Sektor „Dienstleistungen und restliche Branchen“ ist die Finanzierung stark auf nicht börsennotiertes Eigenkapital konzentriert. Die Branche ist von einer Vielzahl kleiner und mittlerer Unternehmen geprägt, die in Bereichen wie Einzelhandel, Gastronomie, Dienstleistungen und freiberuflichen Tätigkeiten aktiv sind. Aufgrund der geringen Kapitalintensität und des eingeschränkten Zugangs zu Kapitalmärkten greifen diese Unternehmen auf nicht börsennotiertes Eigenkapital zurück: 81 % der Verbindlichkeiten der Branche bestehen aus nicht börsennotiertem Eigenkapital. Für kleinere Unternehmen stellt es oft die einzige verfügbare Option dar, um Kapital zu beschaffen, ohne auf komplexe oder kostenintensive Fremdfinanzierungsinstrumente zurückzugreifen. Zudem ermöglicht es den Unternehmen, die unternehmerische Kontrolle zu bewahren.

11 Zur Verbindung zwischen Kapitalintensität und Nutzung von Fremdfinanzierung vgl.: Li (2024).

In der Gesamtschau verdeutlichen die Ergebnisse, dass sowohl die Branchenzugehörigkeit als auch das Unternehmensalter mit merklichen Unterschieden hinsichtlich der Finanzierungsstruktur einhergehen. Die Bedeutung von Bankkrediten zum Beispiel variiert je nach Branche besonders stark. Während kapitalintensive Branchen wie Produktion und Infrastruktur Bankkredite eher ergänzend nutzen, spielen sie in weniger kapitalintensiven Branchen wie Handel und Konsum eine zentrale Rolle. Insgesamt weisen etablierte Unternehmen tendenziell einen diversifizierteren Finanzierungsmix auf, während jüngere Unternehmen stärker auf Eigenkapitalfinanzierung und Bankkredite angewiesen sind.

3 Die Entwicklung der Unternehmensfinanzierung seit 1999

Die Entwicklung der Unternehmensfinanzierung wird im Folgenden entlang mehrerer Dimensionen dargestellt. Dabei knüpft die Analyse an die zuvor dargestellten Bestimmungsfaktoren der Unternehmensfinanzierung an. Zunächst wird zwischen Innen- und Außenfinanzierung unterschieden, um Veränderungen in der relativen Bedeutung intern erwirtschafteter Mittel gegenüber externer Finanzierung herauszuarbeiten. Anschließend wird die Außenfinanzierung differenziert betrachtet: Zum einen erfolgt eine Analyse nach Finanzierungsgebern, um Verschiebungen zwischen Banken, Nichtbank-Finanzintermediären und anderen nichtfinanziellen Unternehmen sichtbar zu machen. Die Unterteilung der potenziellen Finanzierungsgeber folgt dabei der sektoralen Abgrenzung. Konkret kommen dabei in Betracht: andere nichtfinanzielle Unternehmen, Monetäre Finanzinstitute ohne Zentralbank (kurz „Banken“), Zentralbank, Investmentfonds, sonstige Finanzinstitute, Versicherungsgesellschaften und Pensionseinrichtungen, der Staat, private Haushalte sowie das (übrige) Ausland. Zusätzlich wird dabei unterschieden zwischen Nichtbank-Finanzintermediären und Nichtbanken. Zu den Nichtbank-Finanzintermediären zählen alle (inländischen) Einheiten des Sektors der finanziellen Kapitalgesellschaften, die nicht den Monetären Finanzinstituten (Banken) zugeordnet sind.[16)] Der Begriff Nichtbank hingegen ist weiter gefasst und berücksichtigt alle Einheiten, die keine Banken im aufsichtsrechtlichen Sinne sind und umfasst somit beispielsweise auch andere nichtfinanzielle Unternehmen, sonstige Finanzinstitute oder das Ausland. Darüber hinaus wird die Struktur auch nach Finanzierungsinstrumenten – Krediten, Schuldverschreibungen, Anteilsrechten und anderen Verbindlichkeiten – untersucht. Diese mehrdimensionale Betrachtung ermöglicht es schließlich, sowohl quantitative Veränderungen im Finanzierungsvolumen als auch strukturelle Verschiebungen innerhalb der Außenfinanzierung systematisch einzuordnen.

16 Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank (2025a).

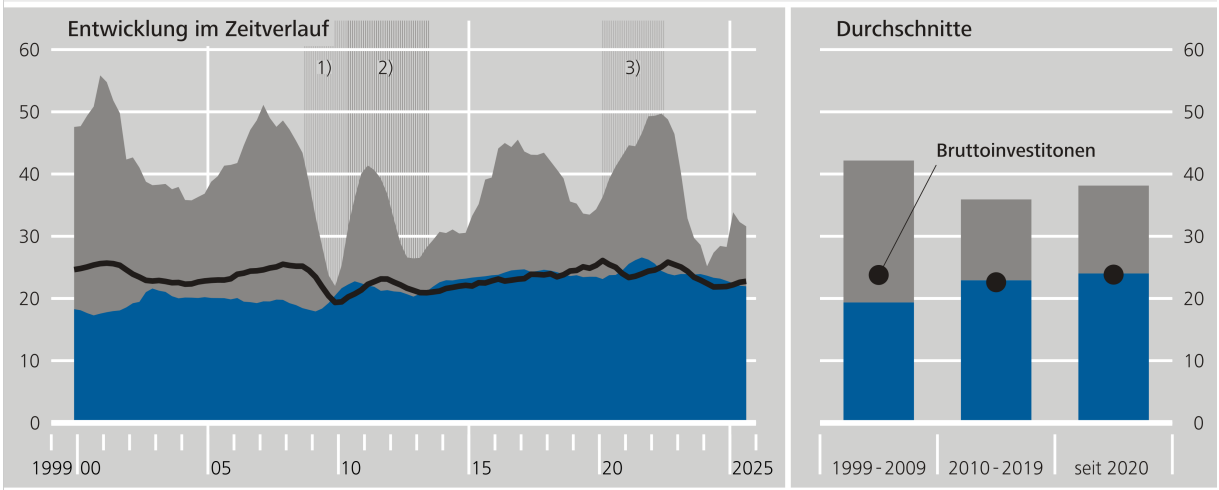
3.1 Gestiegene Bedeutung der Innenfinanzierung

Die relative Bedeutung der Innenfinanzierung nichtfinanzieller Unternehmen im Euroraum hat seit den späten 1990er Jahren bis an den aktuellen Rand sichtbar zugenommen. Schaubild 5.3 veranschaulicht die Entwicklung der Finanzierung nichtfinanzieller Unternehmen im Euroraum seit 1999. Seit dem Ende der 1990er Jahre ist bei den nichtfinanziellen Unternehmen im Euroraum ein kontinuierlicher Anstieg der Innenfinanzierung zu beobachten. Den mit Abstand größten Beitrag hierzu leisteten die Abschreibungen, die als nicht zahlungswirksamer Aufwand einen stabilen Bestandteil der Innenfinanzierung darstellen und über den gesamten Betrachtungszeitraum hinweg im Durchschnitt mehr als 85 % ausmachten. Demgegenüber lassen sich Ausschläge der Innenfinanzierung im Zeitverlauf vor allem auf Schwankungen der einbehaltenen Gewinne zurückführen – insbesondere während der Finanz- und Wirtschaftskrise, der europäischen Staatsschuldenkrise sowie der Covid – 19-Pandemie . So wuchs beispielsweise im Anschluss an die Covid-19-Pandemie die Innenfinanzierung im Zuge der wirtschaftlichen Erholung zunächst sehr kräftig. Vor dem Hintergrund der geldpolitischen Maßnahmen als Antwort auf die anziehende Inflation sowie eines durch Unsicherheit geprägten wirtschaftlichen Umfelds schwächte sich die Dynamik der Innenfinanzierung dann im weiteren Verlauf jedoch ab.

Finanzierung und Bruttoinvestitionen der nichtfinanziellen Unternehmen im Euroraum

Schaubild 5.3

in % der Bruttowertschöpfung, gleitende Vierquartalssummen



Quelle: EZB und eigenen Berechnungen. Letzte Beobachtung: 3. Vj. 2025. **1** Finanz- und Wirtschaftskrise. **2** Europäische Staatsschuldenkrise. **3** COVID-19-Pandemie.

Deutsche Bundesbank

Der steigende Anteil der Innenfinanzierung dürfte für sich genommen die Abhängigkeit der nichtfinanziellen Unternehmen von Außenfinanzierung verringert haben. In der längerfristigen Betrachtung entwickelte sich die Innenfinanzierung etwas dynamischer als die externe Mittelaufnahme. Infolgedessen nahm ihr Anteil an der Gesamtfinanzierung deutlich zu: Während er in den Jahren vor der Finanz- und Wirtschaftskrise im Mittel noch bei rund 45 % lag, lag er seit 2020 im Schnitt bei etwa 65 %. Seit dem Jahr 2009 sind die im Unternehmenssektor generierten Mittel zudem nahezu ausreichend, um die Bruttoinvestitionen im Aggregat zu finanzieren und reduzieren damit für sich genommen die Abhängigkeit der Unternehmen von externen Finanzierungsbedingungen.[17)] In einigen Ländern des Euroraums überstieg die Innenfinanzierung sogar erkennbar die Bruttoinvestitionen.[18)] Auch am aktuellen Rand bleibt die Bedeutung der Innenfinanzierung auf einem vergleichsweise hohen Niveau und dürfte damit dazu beitragen, die Sensitivität der Unternehmensfinanzierung gegenüber Veränderungen der externen Finanzierungsbedingungen zu begrenzen. Dieses Muster steht im Einklang mit der im theoretischen Teil beschriebenen Pecking-Order-Theorie, wonach Unternehmen bevorzugt auf intern generierte Mittel zurückgreifen. Laut Pecking-Order-Theorie impliziert dieser Überschuss der internen Mittel über die Investitionsausgaben eine tendenziell geringere Notwendigkeit zur Inanspruchnahme externer Finanzierungsquellen und somit eine geringere unmittelbare Exponierung gegenüber dem Finanzierungsumfeld.

3.2 Abschwächung der Außenfinanzierung

Die Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Unternehmen im Euroraum hat sich seit der Finanzkrise merklich abgeschwächt. In den Jahren vor 2009 beliefen sich die

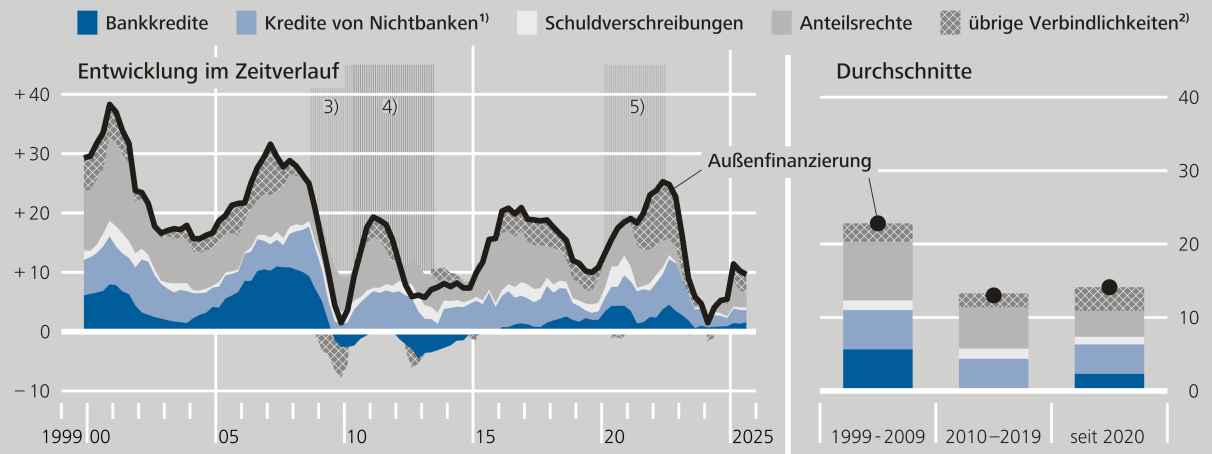
17 Diese Aussage bezieht sich auf den Unternehmenssektor im Aggregat. Auf Ebene einzelner Unternehmen kann die Innenfinanzierung die Bruttoinvestitionen hingegen nicht immer vollständig decken.

18 Auf Länderebene zeigt sich (siehe hierzu auch Schaubild 5.15 im Anhang), dass die Innenfinanzierung seit den Jahren der globalen Finanzkrise in den vier großen Ländern des Euroraums ausgebaut wurde und die Anstiege vor allem in Italien und in Spanien (wenngleich hier seit der Covid-19-Pandemie ein leichter Rückgang zu verzeichnen war) besonders kräftig ausfielen. Im Schnitt deckte die Innenfinanzierung in Deutschland und Spanien seit 2010 und in Italien seit 2020 die Bruttoinvestitionen vollständig ab, was für sich genommen grundsätzlich den Bedarf an Außenfinanzierung begrenzte. In Frankreich überstiegen die Bruttoinvestitionen hingegen – im Durchschnitt über den gesamten Zeitraum betrachtet – die Innenfinanzierung, wodurch prinzipiell ein Bedarf an Außenfinanzierung für Sachinvestitionen bestand. Verantwortlich zeigte sich hierfür eher eine moderate Innenfinanzierung und weniger eine außergewöhnlich kräftige Investitionstätigkeit. So betrug beispielsweise der durchschnittliche Anteil des Bruttobetriebsüberschusses an der Bruttowertschöpfung seit 1999 in Frankreich etwa 30 %, im Euroraum insgesamt hingegen rund 40 %.

Mittelzuflüsse aus externen Finanzierungsquellen im Durchschnitt noch auf rund ein Viertel der Bruttowertschöpfung und wurden maßgeblich durch eine Ausweitung der Bankkreditvergabe getragen (siehe hierzu Schaubild 5.4).[19] Im Anschluss an die Krise ging das Volumen der Außenfinanzierung jedoch spürbar zurück und lag seit 2011 im Mittel nur noch bei etwas mehr als 13 % der Bruttowertschöpfung. Im Ergebnis verringerte sich die Bedeutung externer Mittel als Finanzierungsquelle im Aggregat deutlich.[20]

Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Unternehmen im Euroraum Schaubild 5.4

in % der Bruttowertschöpfung, gleitende Vierquartalssummen



Quelle: EZB und eigene Berechnungen. Letzte Beobachtung: 3. Vj. 2025. **1** Umfasst unter anderem Kredite von (anderen) nichtfinanziellen Unternehmen, Nichtbank-Finanzintermediären oder aus dem Ausland. **2** Umfasst versicherungstechnische Rückstellungen, Finanzderivate und sonstige Verbindlichkeiten (darunter Handelskredite). **3** Finanz- und Wirtschaftskrise. **4** Europäische Staatsschuldenkrise. **5** COVID-19-Pandemie.

Deutsche Bundesbank

19 Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank (2018a).

20 Die Abschwächung der Außenfinanzierung fiel je nach Land unterschiedlich stark aus (siehe hierzu auch Schaubild 5.16 im Anhang). Angesichts der teilweise sehr hohen externen Mittelzuflüsse im Zeitraum von 1999 bis 2009 – insbesondere in den Jahren unmittelbar vor der globalen Finanzkrise – fiel die nachfolgende Abschwächung der Außenfinanzierung in einigen Ländern besonders ausgeprägt aus. Dies gilt vor allem für die nichtfinanziellen Unternehmen in Spanien, aber auch für jene in Italien. Der Rückgang der externen Finanzierung lässt sich dabei auf mehrere Faktoren zurückführen, darunter eine gedämpfte Investitionstätigkeit sowie ein Verschuldungsabbau insbesondere nach der europäischen Staatsschuldenkrise. Vgl. hierzu auch: Deutsche Bundesbank (2018a, 2022a, 2025b).

Die Abschwächung der Außenfinanzierung ist das Spiegelbild der gestiegenen relativen Bedeutung der Innenfinanzierung. Aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive reichten die im Unternehmenssektor generierten Mittel in den letzten Jahren im Schnitt in weiten Teilen aus, um die laufenden Investitionsausgaben zu decken. Entsprechend dürfte sich – im Einklang mit der Pecking-Order-Theorie – der Bedarf an externer Finanzierung insgesamt verringert haben. Zugleich verdeutlicht diese Entwicklung die unter den Bestimmungsfaktoren hervorgehobene Bedeutung angebotsseitiger Finanzierungsbedingungen, da insbesondere in Krisenphasen auch Einschränkungen aufseiten der Finanzierungsgeber eine Rolle spielten. Während diese in der Phase nach der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der europäischen Staatsschuldenkrise vor allem mit bilanziellen Anpassungen im Bankensektor und einer restriktiveren Kreditvergabe zusammenhingen, waren die Friktionen während der Covid-19-Pandemie anders gelagert. Diese Phase war insbesondere geprägt durch eine außergewöhnlich hohe Unsicherheit über den weiteren wirtschaftlichen Verlauf sowie durch branchenspezifische Risiken.[21)]

Die Pandemie führte vorübergehend zu einem merklichen Anstieg der Außenfinanzierung. Die seit dem Jahr 2020 sowohl im Euroraum als auch in den vier größten Mitgliedsländern im Durchschnitt wieder erhöhte Außenfinanzierung ist maßgeblich im Kontext der Covid-19-Pandemie zu interpretieren. Zu Beginn der Pandemie weiteten die Unternehmen ihre Kreditaufnahme deutlich aus, um einerseits die infolge der wirtschaftlichen Einschränkungen rückläufigen Umsätze zu überbrücken und andererseits Liquiditätsreserven aufzubauen. Unterstützend wirkten dabei umfangreiche staatliche Hilfsmaßnahmen und Garantien.[22)] Mit dem Einsetzen der geldpolitischen Straffung und den damit einhergehenden höheren Finanzierungskosten ging die Inanspruchnahme externer Finanzierungsquellen wieder zurück. Dies dürfte jedoch nicht allein auf die gestiegenen Finanzierungskosten zurückzuführen sein, sondern auch auf einen rückläufigen Finanzierungsbedarf der Unternehmen infolge einer gedämpften wirtschaftlichen Aktivität. Im Zuge der Leitzinssenkungen seit Mitte 2024 zeigte die Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Unternehmen vor dem Hintergrund einer weiterhin hohen Bedeutung der Innenfinanzierung – unter anderem durch Rückgriff auf die pandemiebedingt aufgebauten Liquiditätsreserven – sowie einer allmählich wieder anziehenden Investitionstätigkeit zuletzt lediglich eine langsame, aber graduelle Erholung.

21 Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank (2018a, 2025b).
22 Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank (2025b).

3.2.1 Die Finanzierungsstruktur nach Finanzgebern

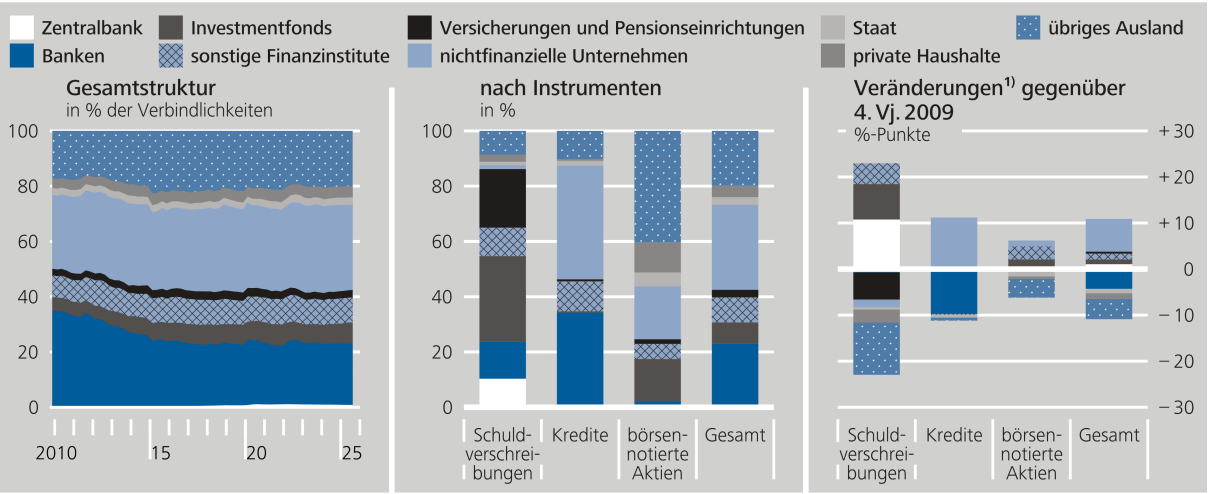
Die Bereitstellung von Finanzierungsmitteln für nichtfinanzielle Unternehmen hat sich von Banken hin zu anderen Unternehmen und Nichtbank-Finanzintermediären verlagert. Für ausgewählte Instrumente, konkret Kredite, Schuldverschreibungen und börsennotierte Aktien, stellen die Daten aus der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung umfangreiche Schuldner-Gläubiger-Informationen bereit.[23)] Hierdurch kann die Bedeutung sektoraler Finanzierungsgeber unter Berücksichtigung dieser drei Finanzierungsinstrumente seit dem Ende der globalen Finanzkrise stilisiert beleuchtet werden. Auf Grundlage dieser Angaben zeigt der rechte Teil des Schaubilds 5.5 zunächst mit Blick auf die Kreditfinanzierung von Ende 2009 bis zum dritten Quartal 2025 einen deutlichen Rückgang des Bankenanteils.[24)] Gleichzeitig gewann die Kreditvergabe durch (andere) nichtfinanzielle Unternehmen – sogenannte intrasektorale Kredite – an Bedeutung. Bei der Finanzierung über Schuldverschreibungen weiteten neben den Investmentfonds auch die sonstigen Finanzinstitute ihre Engagements aus, während insbesondere gebietsfremde Investoren sowie Versicherungen und Pensionsgesellschaften ihre Bestände an Schuldverschreibungen von nichtfinanziellen Unternehmen im Euroraum reduzierten. Zugleich erhöhte sich auch die Bedeutung der Zentralbank. Dies ist auf die im Jahr 2016 vom EZB-Rat beschlossenen Ankäufe von Unternehmensanleihen des Nicht-Finanzsektors (Corporate Sector Purchase Programme, CSPP) im Rahmen des erweiterten Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme, APP) zurückzuführen. Mit Blick auf börsennotierte Aktien blieben die sektoralen Verschiebungen insgesamt begrenzt. Über die drei verschiedenen Instrumente hinweg betrachtet sank seit 2009 vor allem der Anteil von Banken und gebietsfremden Finanzierungsgebern. Spiegelbildlich hierzu erhöhte sich indes der Anteil der von (anderen) nichtfinanziellen Unternehmen bereitgestellten Finanzierung.

23 Da für die übrigen Instrumente keine entsprechenden Schuldner-Gläubiger-Angaben existieren, kann die sektorale Bedeutung einzelner Finanzierungsgeber lediglich auf Basis dieser drei Instrumente erfolgen. Zusammen deckten die drei hier betrachteten Instrumente zum dritten Vierteljahr 2025 etwa 43 % der in der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung erfassten Verbindlichkeiten des Sektors der nichtfinanziellen Unternehmen ab.

24 Um strukturelle Verschiebungen in der Finanzierungsbereitstellung abzubilden, werden bewertungsbedingte Effekte ausgeklammert.

Sektorale inländische Gläubigerstruktur der nichtfinanziellen Unternehmen im Euroraum

Schaubild 5.5



Quelle: EZB und eigene Berechnungen. **1** Die Veränderungen basieren auf transaktionsbedingt fortgeschriebenen Beständen; Bewertungseffekte und sonstige Bestandsveränderungen somit ausgeblendet. Letzte Beobachtung: 3. Vj. 2025.

Deutsche Bundesbank

Größte Finanzierungsgeber sind inzwischen nichtfinanzielle Unternehmen, aber Banken bleiben zentral für Kreditfinanzierung. Trotz ihrer verminderten Rolle bleiben Banken ein wichtiger Kreditgeber der nichtfinanziellen Unternehmen (siehe hierzu insbesondere den mittleren Teil des Schaubilds 5.5). Im dritten Quartal 2025 stellten sie rund 34 % der gesamten Kreditverbindlichkeiten der nichtfinanziellen Unternehmen im Euroraum bereit. Bezogen auf die Gesamtverbindlichkeiten, bestehend aus Schuldverschreibungen, Krediten und börsennotierten Aktien, beläuft sich der Anteil auf etwa 22 %. Lediglich (andere) nichtfinanzielle Unternehmen sind mit 41 % der Kreditverbindlichkeiten beziehungsweise rund 30 % der Gesamtverbindlichkeiten momentan bedeutender als Finanzierungsgeber. Werden ausschließlich Kredite berücksichtigt, die von anderen Sektoren bereitgestellt werden, und damit Kreditbeziehungen zwischen nichtfinanziellen Unternehmen innerhalb des Unternehmenssektors herausgerechnet, entfielen im dritten Quartal 2025 rund 58 % der Kreditverbindlichkeiten der nichtfinanziellen Unternehmen auf Banken. Dies unterstreicht die weiterhin zentrale Rolle der Banken für den Sektor der nichtfinanziellen Unternehmen im Euroraum. Innerhalb der Gruppe der Nichtbank-Finanzintermediäre sind die sonstigen Finanzintermediäre mit einem Anteil von über 9 % der größte Finanzierungsgeber. Die Anteile der Investmentfonds sowie der Versicherungen und Pensionseinrichtungen beliefen sich auf rund 8 % beziehungsweise 3 %. [25)]

25 Auch auf Ebene der vier großen Mitgliedsländer des Euroraums lassen sich mit Blick auf die Kreditfinanzierung entsprechende Rückgänge des Bankenanteils erkennen. Demnach verdeutlicht der untere Teil des Schaubilds 5.17 im Anhang, dass diese Rückgänge in Spanien und Italien größer ausfielen als in Frankreich und Deutschland. Zugelegt hat hingegen die Finanzierungsbereitstellung durch andere nichtfinanzielle Unternehmen – vor allem in Deutschland, Spanien und Frankreich – und durch die sonstigen Finanzinstitute in Spanien.

Über die messbaren Finanzierungsanteile hinaus kommt Banken auch deshalb eine besondere Bedeutung zu, weil sie Unternehmen häufig kurzfristig zusätzliche Liquidität bereitstellen können. Vor allem bei unerwarteten Liquiditätsengpässen greifen Unternehmen vielfach auf bestehende Kreditbeziehungen und zugesagte Kreditlinien zurück.[26)] Solche Kreditlinien werden erst bei tatsächlicher Inanspruchnahme in den ausstehenden Kreditvolumina sichtbar und bleiben daher in Bestandsstatistiken zunächst unberücksichtigt. Vor diesem Hintergrund dürfte die Bedeutung von Banken für die kurzfristige Anpassungsfähigkeit der Unternehmensfinanzierung über das in den Bestandsdaten ausgewiesene Kreditvolumen hinausgehen. Sie spielen damit nach wie vor auch eine zentrale Rolle für die Übertragung geldpolitischer Maßnahmen auf die Realwirtschaft und die Inflation.

3.2.2 Die Finanzierungsstruktur nach Finanzierungsinstrumenten

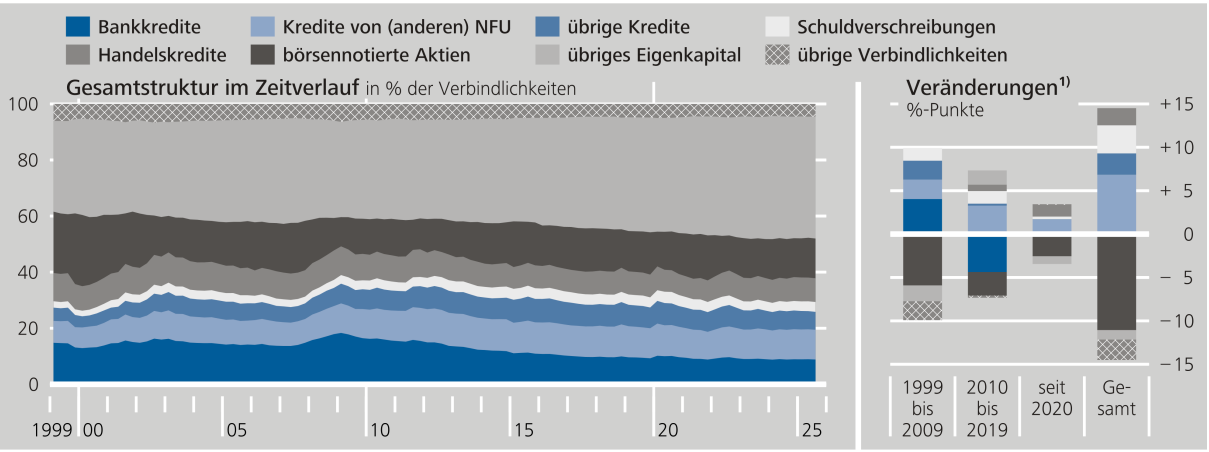
Die relative Bedeutung unterschiedlicher Finanzierungsinstrumente in der Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Unternehmen hat sich im Zeitverlauf spürbar verschoben (siehe Schaubild 5.6). Insbesondere nach der globalen Finanzkrise verzeichneten Bankkredite an den gesamten Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Unternehmen einen deutlichen Rückgang. Auch der Anteil börsennotierter Aktien nahm kontinuierlich ab. Demgegenüber gewannen insbesondere die Finanzierung über Kredite (anderer) nichtfinanzieller Unternehmen – hierunter verbirgt sich vor allem das Finanzierungsmanagement im Konzernverbund – sowie Schuldverschreibungen an Bedeutung. Letztere stellen eine zentrale Alternative zu Bankkrediten bei der langfristigen Investitionsfinanzierung dar und sind damit für Konjunkturentwicklung und geldpolitische Transmission von besonderer Relevanz. Die zunehmende Nutzung alternativer Instrumente kann dabei auch im Lichte der Trade-Off-Theorie interpretiert werden, wonach Unternehmen ihre Finanzierungsstruktur an veränderte Kosten- und Risikobedingungen anpassen, etwa indem sie ihre Finanzierungsstruktur entlang der Abwägung zwischen Finanzierungskosten und bilanziellen Risiken anpassen und verstärkt auf alternative Instrumente zurückgreifen.

26 Vgl. hierzu: Acharya et al. (2014).

Ergänzend verzeichneten übrige Kredite (einschließlich Kredite von Nichtbank-Finanzintermediären) sowie Handelskredite, die vor allem der kurzfristigen Betriebsmittelfinanzierung dienen, leichte Zuwächse.[27)]

Zusammensetzung der Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Unternehmen im Euroraum

Schaubild 5.6



Quelle: EZB und eigene Berechnungen. Letzte Beobachtung: 3. Vj. 2025. **1** Die Veränderungen basieren auf transaktionsbedingt fortgeschriebenen Beständen; Bewertungseffekte und sonstige Bestandsveränderungen somit ausgeblendet.

Deutsche Bundesbank

27 In einer Betrachtung zu Marktwerten zeigt sich über den Beobachtungszeitraum hinweg ein stärkerer Rückgang des Anteils von Bankkrediten. Dieser beläuft sich auf knapp 6 Prozentpunkte und ist im Wesentlichen auf den kräftigen Anstieg der Eigenkapitalbewertungen zurückzuführen, durch den das Gewicht der Eigenkapitalinstrumente zu Marktwerten um mehr als 3 Prozentpunkte zunahm. Bereinigt um Bewertungseffekte verringerte sich hingegen der Eigenkapitalanteil deutlich.

Eigenkapitalpositionen dominieren mit einem Anteil von rund 58 % die Struktur der Verbindlichkeiten. Dem gegenüber stellten zum dritten Quartal 2025 Kredite von (anderen) nichtfinanziellen Unternehmen den größten Einzelposten innerhalb der Fremdkapitalfinanzierung dar. Bankkredite machten rund 9 % der unkonsolidierten Gesamtverbindlichkeiten aus, Schuldverschreibungen etwa 4 %. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Unternehmen Schuldverschreibungen häufig auch indirekt über Finanzierungsgesellschaften und Holdingstrukturen emittieren, sodass der tatsächlich über dieses Instrument aufgenommene Finanzierungsumfang höher liegen dürfte als die ausgewiesenen Bestände nahelegen. [28) 29)]

28 Vgl. hierzu: Europäische Zentralbank (2016, 2021).

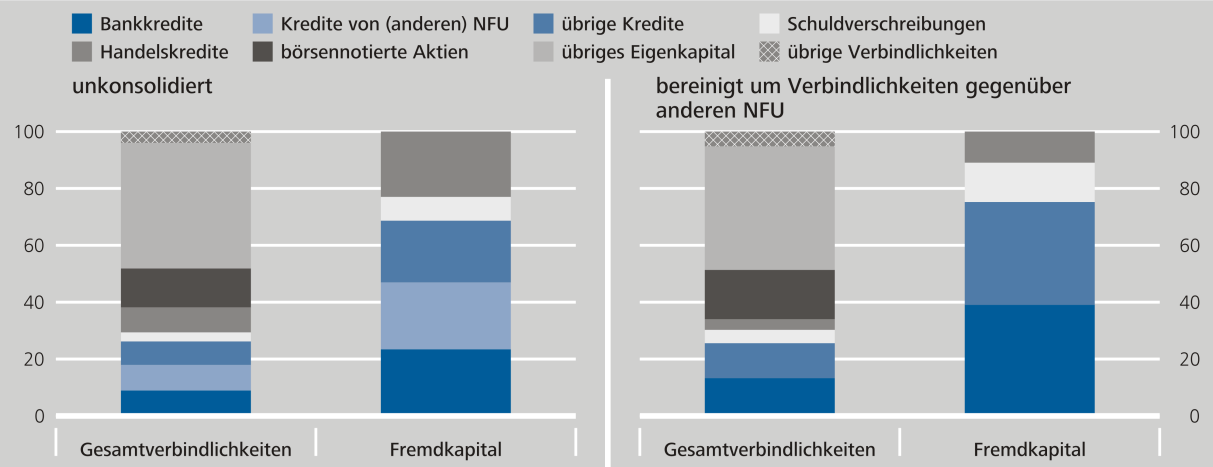
29 Auf Ebene einzelner Länder sind mitunter deutliche Unterschiede in den Strukturen und Veränderungen erkennbar (siehe hierzu auch Schaubild 5.18 im Anhang). Während am aktuellen Rand die Struktur der Verbindlichkeiten vor allem in Spanien und Frankreich durch Eigenkapitalinstrumente geprägt wird, stellt sich die aggregierte Struktur der nichtfinanziellen Unternehmen in Deutschland etwas breiter dar. So spielen zum Beispiel Kreditverbindlichkeiten insgesamt eine wichtigere Rolle. Auch die Verschiebungen in den Strukturen der Verbindlichkeiten fallen in den einzelnen Ländern über den gesamten Beobachtungszeitraum unterschiedlich aus. Während zwar in den vier großen Ländern des Euroraums der Anteil börsennotierter Aktien an den gesamten Verbindlichkeiten durchweg rückläufig war, gewann in Deutschland und Frankreich insbesondere die Finanzierung über andere nichtfinanzielle Unternehmen an Bedeutung. Zugleich verzeichneten zum einen in Deutschland und Italien übrige Kredite und zum anderen vor allem in Italien und Frankreich, aber auch in Deutschland, Schuldverschreibungen merkliche Zuwächse.

In konsolidierter Betrachtung sind Bankkredite nach wie vor die wichtigste Quelle der Fremdkapitalfinanzierung für Unternehmen. Konzernstrukturen sind in den letzten Jahren komplexer geworden; Unternehmen agieren zunehmend in globalen Netzwerken mit zahlreichen Tochtergesellschaften, Joint Ventures und konzerninternen Finanzierungsströmen. Über solche internen Kapitalmärkte können freie Mittel innerhalb eines Konzerns gezielt zwischen einzelnen Einheiten umverteilt werden. Dabei entstehen intrasektorale Verflechtungen, die es ermöglichen, Finanzierungsspielräume funktional zu verteilen und zu nutzen, etwa wenn einzelne Konzerngesellschaften hohe Innenfinanzierungsüberschüsse aufweisen. Für die betroffenen Konzernmitglieder kann dies die unmittelbare Abhängigkeit von externen Finanzierungsgebern reduzieren, da Finanzierungsbedarfe zumindest teilweise konzernintern gedeckt werden. Gemäß Pecking-Order-Theorie können diese Entwicklungen als ein verbesserter Zugang zur Innenfinanzierung auf Konzernebene interpretiert werden, wodurch letztlich für sich genommen die Inanspruchnahme weiterer Mittel der Außenfinanzierung weniger notwendig erscheint. Im Aggregat kann diese Entwicklung jedoch die Bedeutung externer Finanzierungsquellen insbesondere für nichtfinanzielle Unternehmen außerhalb solcher komplexen Strukturen verdecken. Für diese Unternehmen bleibt der Zugang zu Banken, Kapitalmärkten oder anderen externen Finanzierungsgebern oftmals zentral, auch wenn dies in einer unkonsolidierten Betrachtung weniger deutlich sichtbar wird. Insofern erscheint es wenig überraschend, dass die konsolidierte Betrachtung die zentrale Bedeutung der Bankkreditfinanzierung – insbesondere mit Blick auf die Fremdkapitalfinanzierung bestehend aus Schuldverschreibungen und Krediten – für den Unternehmenssektor deutlich stärker betont. Das Schaubild 5.7 verdeutlicht demnach, dass sich der Anteil der Bankkredite am Fremdkapital von rund 20 % (unkonsolidiert) auf etwa 40 % (konsolidiert) nahezu verdoppelt.

(Un)konsolidierte Struktur der Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Unternehmen im Euroraum*)

Schaubild 5.7

in % der Verbindlichkeiten



Quellen: Eurostat, EZB und eigene Berechnungen. * Konsolidierte Angaben, das heißt bereinigt um Verbindlichkeiten gegenüber anderen nichtfinanziellen Unternehmen, gemäß Eurostat zum Jahresende 2024. Bestandsangaben zu Bankkrediten gemäß der vierteljährlichen Sektorkonten der EZB zum 4. Vj. 2024.

Deutsche Bundesbank

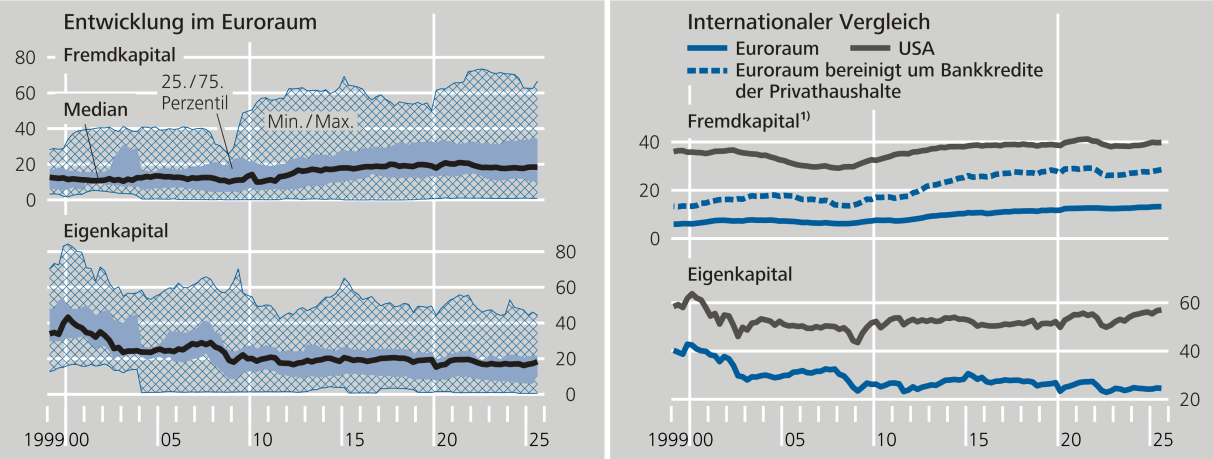
3.2.3 Marktbasierte Finanzierung versus direkte Kreditvergabe

Die marktbasierte Finanzierung im Euroraum gewinnt insbesondere seit der Finanzkrise an Bedeutung, bleibt jedoch noch vergleichsweise gering. Die stärkere Inanspruchnahme von Schuldverschreibungen unterstreicht auch, dass die Bedeutung marktbasierter Finanzierungsformen für nichtfinanzielle Unternehmen im Euroraum im Zeitverlauf zugenommen hat. Schaubild 5.8 (links) zeigt hierbei, dass insbesondere bei der Fremdkapitalfinanzierung über Schuldverschreibungen ein gradueller Bedeutungsgewinn zu verzeichnen ist, der sich vor allem seit der globalen Finanzkrise verstärkt hat. Die Unternehmensfinanzierung im Euroraum ist damit insgesamt etwas diversifizierter aufgestellt als noch zu Beginn der Währungsunion. Ein Blick auf aggregierte Indikatoren zeigt dennoch, dass die Kapitalmarktfinanzierung im Euroraum deutlich schwächer ausgeprägt ist als in stärker marktbasierten Finanzsystemen – etwa in den USA (siehe rechter Teil im Schaubild 5.8). Insbesondere bei der Eigenkapitalfinanzierung über börsennotierte Aktien besteht weiterhin ein erheblicher Abstand.

Relativer Anteil marktbasierter Finanzierung*)

Schaubild 5.8

Anteile in %



Quellen: BIZ, EZB, OECD und eigene Berechnungen. * Eigenkapital: Anteil von börsennotierten Aktien am gesamten Eigenkapital. Fremdkapital: Anteil von Schuldverschreibungen an der Summe aus Schuldverschreibungen und Bankkrediten. 1 Enthält auch Kredite der privaten Haushalte aufgrund begrenzter Datenverfügbarkeit bezüglich der US-Angaben.

Deutsche Bundesbank

Die zunehmende Bedeutung der marktbasierten Finanzierung verläuft nicht in allen Ländern des Euroraums gleichermaßen. Sowohl bei der Eigen- als auch bei der Fremdkapitalfinanzierung bestehen seit Jahren erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern des Euroraums. Diese Unterschiede dürften unter anderem auf strukturelle Faktoren zurückzuführen sein. Hierzu zählen Unterschiede in der Bedeutung verschiedener Nichtbank-Finanzintermediäre, der Unternehmenslandschaft sowie in der Entwicklung und Tiefe der nationalen Kapitalmärkte. Auch institutionelle Rahmenbedingungen – etwa im Insolvenz- und Gesellschaftsrecht – können die relative Bedeutung marktbasierter Finanzierungsformen beeinflussen.[30)] Während zum Beispiel der Anteil der fremdkapitalbasierten Marktfinanzierung im Durchschnitt eine Aufwärtsbewegung zeigte, haben sich die Unterschiede zwischen den Ländern ausgeweitet.[31)] Darüber hinaus sind eigen- und fremdkapitalbasierte Marktfinanzierung eng miteinander verbunden: Das Schaubild 5.9 verdeutlicht, dass Volkswirtschaften mit einer stärkeren Nutzung von Kapitalmarktinstrumenten in einem Segment in der Regel auch im jeweils anderen Segment höhere Anteile aufweisen. Insgesamt unterstreichen die Befunde, dass die marktbasierte Finanzierung – vor allem in Form von Schuldverschreibungen – im Euroraum an Relevanz gewonnen hat und zunehmend zur Diversifizierung der Unternehmensfinanzierung beiträgt, auch wenn sich die Entwicklung weiterhin entlang bestehender struktureller Unterschiede vollzieht.

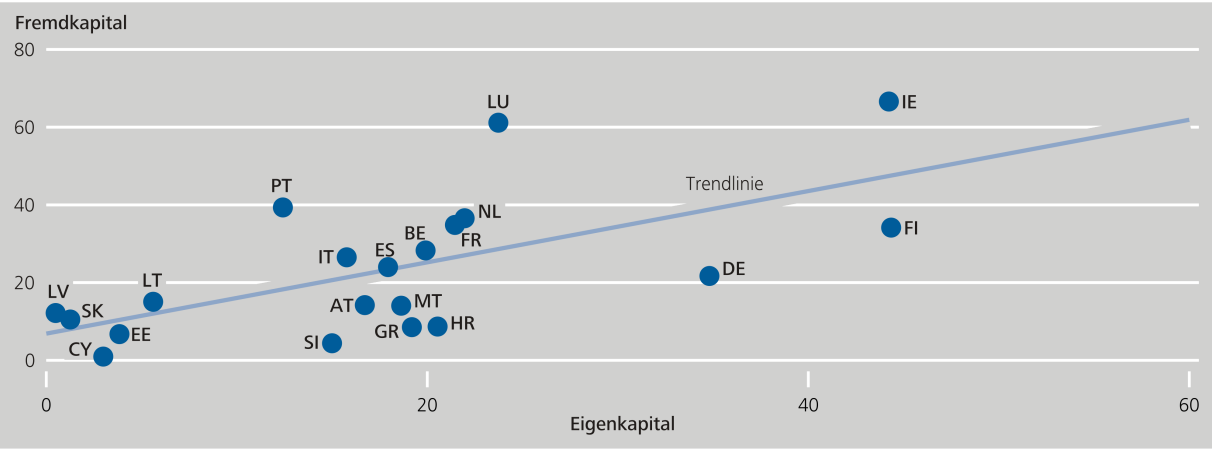
30 Vgl. hierzu: Europäische Zentralbank (2024).

31 In Schaubild 5.8 (links) ist dies ist am größer gewordenen Abstand zwischen dem geringsten und größten Anteil (Min – Max) zu erkennen.

Relativer Anteil marktbasierter Finanzierung der nichtfinanziellen Unternehmen in den Ländern des Euroraums*)

Schaubild 5.9

in %



Quelle: EZB und eigene Berechnungen. * Eigenkapital: Anteil von börsennotierten Aktien am gesamten Eigenkapital. Fremdkapital: Anteil von Schuldverschreibungen an der Summe aus Schuldverschreibungen und Bankkrediten. Letzter verfügbarer Wert: 3. Vj. 2025.

Deutsche Bundesbank

4 Implikationen für die geldpolitische Transmission

Strukturelle Veränderungen hin zu Nichtbank-Finanzintermediären und marktbasierten Finanzierungsformen können die Relevanz einzelner geldpolitischer Wirkungskanäle verändern. Seit Einführung des Euro hat sich die Außenfinanzierung von Bankkrediten hin zu alternativen Finanzierungsquellen verschoben. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Implikationen sich daraus für die geldpolitische Transmission ergeben. Gemäß der Theorie des Zinskanals in der geldpolitischen Transmission führt eine Erhöhung des Leitzinses zu höheren Marktzinsen, welche Banken wiederum an ihre Kreditnehmer weitergeben.[32] Über weitere bankbasierte Transmissionskanäle kann der geldpolitische Impuls verstärkt oder auch abgeschwächt werden.[33] In letzter Konsequenz dämpfen die gestiegenen Finanzierungskosten für sich genommen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage.[34] Greifen nichtfinanzielle Unternehmen jedoch zunehmend auf alternative Finanzierungsquellen zurück – etwa auf Schuldverschreibungen, andere marktbasierte Instrumente oder Kredite von Nichtbanken – dürften bankbasierte Kanäle für sich genommen an Bedeutung verlieren. Für die Übertragung geldpolitischer Maßnahmen könnten dann kapitalmarkt- und nicht bankbasierte Kanäle an Bedeutung gewinnen.

32 Vgl. hierzu: Deutsche Bundesbank (2020).

33 Hier sind der Bankkreditkanal oder der Bankkapitalkanal zu nennen. Zum Bankkreditkanal vgl. Bernanke und Gertler (1995) sowie Kashyap und Stein (1994), zum Bankkapitalkanal etwa Deutsche Bundesbank (2018b).

34 Die Kreditverfügbarkeit seitens der Banken wird zudem über Beleihungsgrenzen und Kriterien der Schuldentragfähigkeit der Kreditnehmer bestimmt. Entscheidend sind hierbei insbesondere der Wert potenzieller Kreditsicherheiten sowie das Verhältnis von Haushaltseinkommen beziehungsweise Unternehmenserträgen zur bestehenden Verschuldung. Vgl. hierzu: Bernanke et al. (1999) sowie Lian und Ma (2021).

Auch bei diesen Kanälen dämpfen die gestiegenen Finanzierungskosten schlussendlich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Deren Reaktionsmuster und zeitliche Dynamik können jedoch von der bankbasierten Transmission abweichen. Aus Zentralbanksicht ist es daher notwendig, die wachsende Rolle der Nichtbankfinanzierung für die geldpolitischer Transmission im Euroraum zu analysieren und bei der Kalibrierung des geldpolitischen Kurses zu berücksichtigen. [35)]

Aufgrund unterschiedlicher Bilanzstrukturen von Banken und Nichtbank-Finanzintermediären unterscheiden diese sich auch in ihrer Rolle für die geldpolitische Transmission. Bei Banken besteht die Aktivseite der Bilanz überwiegend aus vergebenen Krediten an nichtfinanzielle Unternehmen und Haushalte, während Wertpapiere und sonstige Aktiva im Aggregat eine geringere Rolle spielen. Auf der Passivseite dominieren Einlagen von Haushalten und Unternehmen, ergänzt um Verbindlichkeiten in Form von ausgegebenen Anleihen und Eigenkapital. Banken finanzieren damit einen wesentlichen Teil ihrer Aktiva vergleichsweise kurzfristig. Nichtbank-Finanzintermediäre wie Versicherungsgesellschaften und Pensionseinrichtungen oder Investmentfonds halten auf der Aktivseite dagegen vor allem Wertpapiere, insbesondere Anleihen und Aktien. Die direkte Kreditvergabe ist somit deutlich weniger ausgeprägt. Auch ihre Passivseite ist anders strukturiert: Investmentfonds finanzieren sich vor allem über Anteilsrechte, während Versicherer und Pensionseinrichtungen überwiegend langfristige Verbindlichkeiten gegenüber ihren Kunden in Form versicherungstechnischer Rückstellungen aufweisen. Insgesamt ist der Sektor der Nichtbank-Finanzintermediäre hinsichtlich der Refinanzierungs- und Fristigkeitsstruktur jedoch deutlich heterogener als der Bankensektor. So sind die Verbindlichkeiten offener Investmentfonds aufgrund der flexiblen Rückgabe von Fondsanteilen kurzfristigen Anpassungen ausgesetzt, während andere Nichtbank-Finanzintermediäre, etwa Versicherer, Pensionseinrichtungen, geschlossene Investmentfonds oder Venture Capital Fonds, Kapital langfristig binden. Diese Unterschiede in der Finanzierungs- und Fristigkeitsstruktur prägen, über welche Kanäle geldpolitische Maßnahmen auf Banken und Nichtbank-Finanzintermediäre wirken (vgl. Exkurs „Heterogenität des Sektors der Nichtbank-Finanzintermediäre in Deutschland und Auswirkungen auf die geldpolitische Transmission“).

35 Auch die Entwicklung der Innenfinanzierung dürfte einen Einfluss auf die geldpolitische Transmission haben. Gleichwohl ist die Entwicklung der Innenfinanzierung weitestgehend an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gekoppelt: Einbehaltene Gewinne sowie Zahlungsströme, die für die Innenfinanzierung herangezogen werden, reagieren lediglich indirekt auf geldpolitische Impulse. Der Fokus der hier angeführten geldpolitischen Implikationen liegt folglich auf Finanzierungsformen, deren Kosten und Verfügbarkeit unmittelbar durch Zinsen, Spreads und Intermediation beeinflusst werden.

Geldpolitisch induzierte Zinsänderungen dürften sich bei Banken und Nichtbank-Finanzintermediären über unterschiedliche Mechanismen übertragen. Bei Banken wirken Zinsänderungen primär über Refinanzierungskosten und das Zinsgeschäft. Ein geldpolitisch induzierter Zinsanstieg etwa verteuert typischerweise die kurzfristige Refinanzierung, während sich die Erträge aus langfristigen Krediten nur verzögert anpassen. Dies kann die Risikotragfähigkeit der Banken belasten und ihre Kreditvergabe dämpfen.[36)] Weiterhin halten Banken auch Wertpapiere, sodass Zinsänderungen über etwaige Bewertungsänderungen die Eigenkapitalbasis und somit ebenfalls das Kreditangebot beeinflussen können. Bei Nichtbank-Finanzintermediären stehen hingegen Marktpreise, Risikoaufschläge und Bewertungsänderungen stärker im Vordergrund, denn ihre Bilanzen bestehen in höherem Maße aus handelbaren Wertpapieren. Abhängig von der Duration ihrer Portfolios können bereits moderate Zinsbewegungen merkliche Vermögens- und Anreizeffekte auslösen.

Die zunehmende Rolle der Nichtbankfinanzierung kann die geldpolitische Transmission in Abhängigkeit vom jeweiligen Transmissionskanal und vom eingesetzten Instrument verändern. Für konventionelle geldpolitische Maßnahmen, die vor allem über kurzfristige Zinsen und bankseitige Refinanzierungskosten wirken, dürfte die stärkere Inanspruchnahme der Nichtbankfinanzierung dazu beitragen, dass bankbasierte Transmissionskanäle für sich genommen an Gewicht verlieren. Hieraus folgt jedoch nicht zwangsläufig eine insgesamt schwächere Transmission: Bei Maßnahmen, die stärker auf längere Laufzeiten der Zinsstrukturkurve, auf Risikoaufschläge oder auf Vermögenspreise wirken, können vielmehr auch Nichtbank-Finanzintermediäre eine wichtige Rolle in der Transmission geldpolitischer Maßnahmen spielen.[37)] Insgesamt können sich mit der wachsenden Bedeutung von Nichtbank-Finanzintermediären je nach Instrument die relevanten Kanäle, ihre relative Intensität und ihre zeitliche Dynamik verändern (vgl. Exkurs „Heterogenität des Sektors der Nichtbank-Finanzintermediäre in Deutschland und Auswirkungen auf die geldpolitische Transmission“).

36 In einem Umfeld niedriger oder negativer Zinsen dagegen kann ein geldpolitisch induzierter Zinsanstieg die Ertragslage der Banken über höhere Margen im Kredit- und Einlagengeschäft verbessern, was die Kreditvergabe eher stützen dürfte (vgl.: Deutsche Bundesbank (2018b, 2022b). Die Kehrseite dieses Zusammenhangs zeigt sich in der Diskussion zur Wirkung einer weiteren Lockerung der Geldpolitik in einem solchen Umfeld: Die damit verbundene Margenkompression – so das Argument – kann die Bankprofitabilität so stark belasten, dass das Kreditangebot zurückgeht, statt zu steigen; die Lockerung verfehlt dann ihre intendierte Wirkung (sogenannte Reversal Rate; vgl. hierzu: Abadi et al. (2023)).

37 Vgl. hierzu: Europäische Zentralbank (2021), Pelizzon et al. (2025) sowie Bednarek et al. (2025b).

Diese theoretischen Unterschiede in der Transmission sollten sich empirisch in unterschiedlichen Reaktionen der Finanzintermediäre niederschlagen. Daher wird nachfolgend untersucht, ob sich die Reaktionen auf geldpolitische Impulse über verschiedene Finanzintermediäre hinweg unterscheiden. Hierzu wird zwischen Banken, Investmentfonds, Versicherungsgesellschaften und Pensionseinrichtungen sowie sonstigen Finanzinstituten unterschieden. Betrachtet wird die Anpassung der gesamten Aktivseite der jeweiligen Bilanzen. Sie gibt Aufschluss darüber, ob sich die Portfolios der Banken und Nichtbank-Finanzintermediäre und somit auch die Finanzierung der Realwirtschaft nach einer geldpolitischen Maßnahme unterschiedlich stark anpassen. Zu beachten ist dabei, dass die geschätzten Änderungen grundsätzlich sowohl von der Angebotsseite (Finanzierungsgeber) als auch von der Nachfrageseite (Finanzierungsnehmer) getrieben sein können. In einem zweiten Schritt wird untersucht, wie die einzelnen von nichtfinanziellen Unternehmen in Anspruch genommenen Finanzierungsquellen auf geldpolitische Impulse reagieren. Unterschieden wird dabei zwischen Bankkrediten, Schuldverschreibungen, Eigenkapital, intrasektoralen Krediten und Nichtbankfinanzierung insgesamt.[38)] Zur Quantifizierung werden lokale Projektionen herangezogen.[39)] Analysiert werden jeweils die Reaktionen der einzelnen Finanzierungsaggregate auf einen restriktiven geldpolitischen Impuls in Höhe von 25 Basispunkten.[40)]

38 Für sämtliche Finanzierungsvariablen wurden Bewertungseffekte herausgerechnet, indem die Anfangsbestände mithilfe der Transaktionsangaben der Finanzierungsrechnung fortgeschrieben wurden.

39 Lokale Projektionen sind ein empirischer Ansatz zur Schätzung von Impuls-Antwort-Funktionen, bei dem für jeden Horizont eine separate Regressionsgleichung geschätzt wird. Im Unterschied zu klassischen vektorautoregressiven Modellen (VAR) ist hierfür keine vollständige Modellspezifikation des zugrunde liegenden Systems erforderlich. Vgl. hierzu: Jordà (2005).

40 Konkret beruhen die Ergebnisse auf einem Panel-Datensatz für die vier größten Länder des Euroraums. Für die Schätzungen werden Quartalsdaten vom ersten Vierteljahr 1999 bis zum vierten Vierteljahr 2025 für Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien verwendet. Die Identifikation des geldpolitischen Schocks basiert auf hoch frequenten Finanzmarktdaten: Änderungen des einjährigen Overnight Index Swap (OIS) rund um die Pressekonferenz im Anschluss an die EZB-Ratssitzungen werden als Proxy für geldpolitische Impulse interpretiert (vgl.: Altavilla et al. (2019)). Als Kontrollvariablen gehen je acht verzögerte Werte der jeweiligen endogenen Variable, des realen BIP, des Harmonisierten Verbraucherpreisindex sowie des Schattenzinses von Geiger und Schupp (2018) ein. Alle Schätzungen enthalten zudem eine länderspezifische Konstante sowie einen länderspezifischen deterministischen Trend.

Mit Blick auf die Finanzierungsgeber im Euroraum unterscheiden sich die Reaktionen auf geldpolitische Impulse zwischen Banken und Nichtbank-Finanzintermediären. Schaubild 5.10 veranschaulicht, wie sich die Aktivseite der Bilanzen von Banken und verschiedenen Typen von Nichtbank-Finanzintermediären unmittelbar sowie vier und acht Quartale nach einer unerwarteten geldpolitischen Straffung verändert. Die Bilanzen der meisten betrachteten Finanzintermediäre werden kürzer, wobei sich Umfang und Dynamik des Rückgangs unterscheiden. Bei Banken setzt die Anpassung früher ein und hält länger an: Die Aktivseite reduziert sich über den betrachteten Zeitraum um bis zu etwa 2 %. Bei Investmentfonds fällt der Rückgang tendenziell etwas geringer aus und ist außerdem insgesamt etwas volatiler. Bei Versicherungsgesellschaften und Pensionseinrichtungen erfolgt die Anpassung ebenfalls verzögert, erreicht gegen Ende des Zeitraums jedoch ein ähnliches Ausmaß wie bei Banken. Die Bilanz der sonstigen Finanzinstitute zeigt hingegen keine signifikante Reaktion auf den geldpolitischen Impuls.[41)] Insgesamt deuten die Ergebnisse darauf hin, dass geldpolitische Impulse bei Banken primär zu länger anhaltenden Bilanzanpassungen führen als bei den meisten Nichtbank-Finanzintermediären. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass sich die hier dargestellten Reaktionsmuster auf konventionelle Maßnahmen beziehen, die primär am kurzen Ende der Zinsstrukturkurve ansetzen. Eine empirische Analyse des Sektors der Nichtbank-Finanzintermediäre für Deutschland etwa zeigt, dass Banken und Nichtbank-Finanzintermediäre unterschiedlich auf konventionelle und unkonventionelle geldpolitische Maßnahmen reagieren.[42)] Eine pauschale Aussage, wonach Banken generell stärker auf geldpolitische Impulse reagieren als Nichtbank-Finanzintermediäre, lässt sich somit nicht treffen (vgl. Exkurs „Heterogenität des Sektors der Nichtbank-Finanzintermediäre in Deutschland und Auswirkungen auf die geldpolitische Transmission“).[43)]

41 Sonstige Finanzinstitute umfassen eine sehr heterogene Gruppe von Finanzintermediären, deren Reaktionsmuster auf geldpolitische Impulse stark variieren können. Die aggregierte Betrachtung könnte daher abweichende Verhaltensweisen einzelner Subsektoren verdecken.

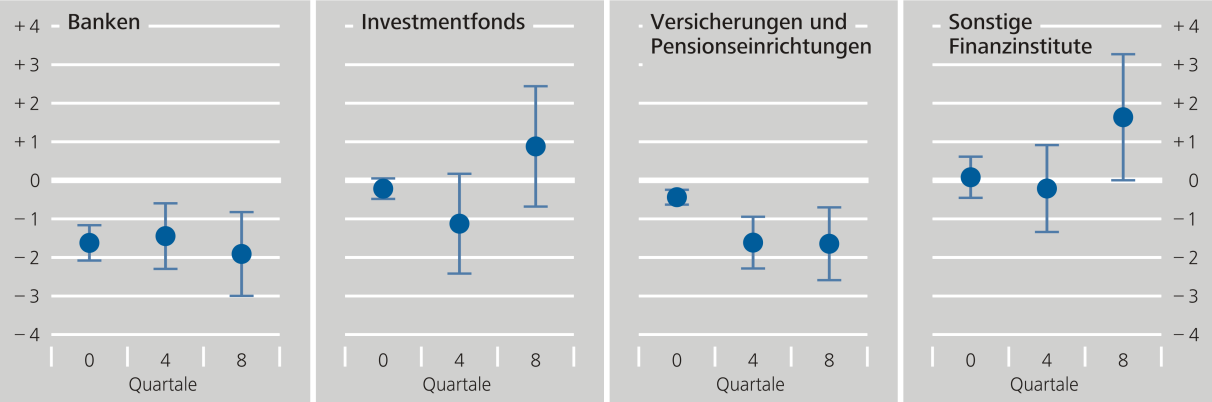
42 Auch innerhalb einzelner Intermediärstypen – beispielsweise bei offenen Investmentfonds – können die Reaktionen auf geldpolitische Impulse erheblich variieren Vgl. hierzu: Fecht und Kellers (2026).

43 Geldpolitische Maßnahmen, die vor allem das lange Ende der Zinsstrukturkurve beeinflussen, dürften wiederum zu einer stärkeren Reaktion von Nichtbank-Finanzintermediären führen. Vgl. hierzu: Europäische Zentralbank (2021).

Reaktionen von Banken und Nichtbank-Finanzintermediären auf einen geldpolitischen Impuls im Euroraum*)

Schaubild 5.10

Veränderungen der Bilanzsumme in %



Quelle: EZB und eigene Berechnungen. * Basierend auf lokalen Projektionen nach Jordà (2005) sowie Jordà und Taylor (2025). Betrachtet wird eine unerwartete geldpolitische Straffung in Höhe von 25 Basispunkten. Als abhängige Variable dient jeweils die Bilanzsumme. Diese basiert auf transaktionsbedingt fortgeschriebenen Bestandsangaben der Gesamtverbindlichkeiten; Bewertungseffekte und sonstige Bestandsveränderungen somit ausgeblendet. Konfidenzbänder mit einer Abdeckung von 68 %.

Deutsche Bundesbank

Nichtfinanzielle Unternehmen können Rückgänge der Bankkreditfinanzierung teilweise abfedern, indem sie auf andere Finanzierungsquellen ausweichen. Aus Sicht der Finanzierungsinstrumente zeigt sich eine heterogene Reaktion auf eine geldpolitische Straffung. Schaubild 5.11 verdeutlicht, dass die Finanzierung der nichtfinanziellen Unternehmen über Bankkredite und Schuldverschreibungen vorübergehend signifikant zurückgeht. Die Finanzierung über Schuldverschreibungen reagiert schneller, erholt sich jedoch auch rascher, während sich Bankkredite langsamer anpassen und über einen längeren Zeitraum gedämpft bleiben. Auch die Finanzierung über Eigenkapital geht signifikant zurück, allerdings in deutlich geringerem Umfang. Gleichzeitig steigt die Vergabe intrasektoraler Kredite zwischen nichtfinanziellen Unternehmen temporär an und kompensiert einen Teil des Rückgangs der Außenfinanzierung über Finanzintermediäre.[44] Das aggregierte Volumen der Nichtbankfinanzierung – definiert als die gesamte Außenfinanzierung abzüglich der Bankenfinanzierung – zeigt hingegen keine statistisch signifikante Reaktion auf den geldpolitischen Impuls.[45] In der Gesamtschau legen diese Ergebnisse nahe, dass alternative Finanzierungsquellen den Rückgang der Bankkreditvergabe zumindest teilweise kompensieren und damit die Wirkung restriktiver geldpolitischer Maßnahmen über den Bankensektor dämpfen können.[46] [47]

44 Dies dürfte vor allem auf entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten von Unternehmen im Konzernverbund zurückzuführen sein. In diesem Kontext kann der Zugang zu internen Kapitalmärkten den Rückgang der Bankkreditfinanzierung teilweise kompensieren (vgl.: Imbierowicz et al. (2025)).

45 Cucic und Gorea (2026) finden, dass Nichtbanken nach einer geldpolitischen Straffung ihr Kreditangebot sogar ausweiten.

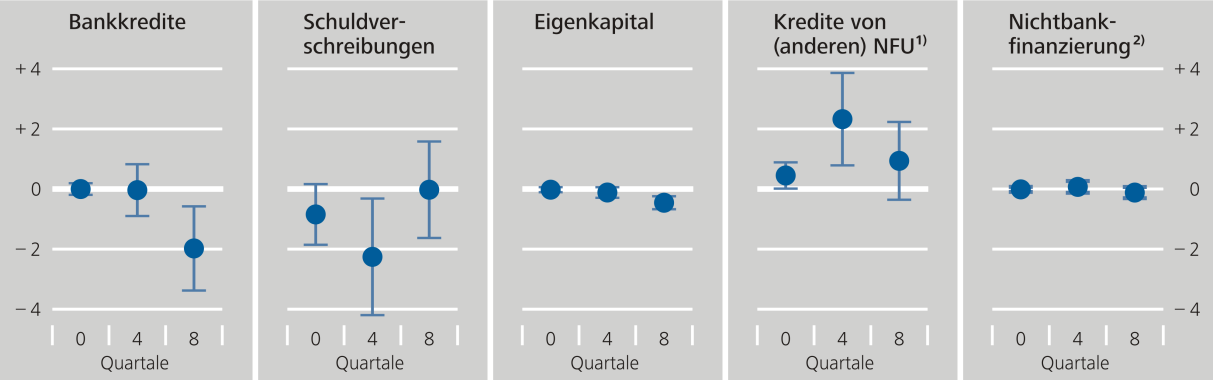
46 Vgl. hierzu: Mandler und Scharnagl (2019, 2020). Die Autoren untersuchen Komplementaritäts- und Substitutionsbeziehungen zwischen Außenfinanzierungsformen nach verschiedenen makroökonomischen Schocks.

47 Zudem hängt die Möglichkeit, eine rückläufige Vergabe von Bankkrediten durch die Emission von Schuldverschreibungen zu ersetzen, von der Bedeutung der Anleihefinanzierung im jeweiligen Land ab. In Volkswirtschaften mit einem hohen Anteil der Unternehmensfinanzierung über Anleihen kann der Unternehmenssektor Bankkredite nach geldpolitisch bedingten Zinsänderungen eher durch die Ausgabe von Schuldverschreibungen ersetzen und diese Form der Finanzierung als eine Art Ausweichoption nutzen. Vgl.: Europäische Zentralbank (2021).

Reaktionen verschiedener Finanzierungsinstrumente auf einen geldpolitischen Impuls im Euroraum*)

Schaubild 5.11

Bestandsveränderung des jeweils in Anspruch genommenen Finanzierungsinstruments in %



Quelle: EZB und eigene Berechnungen. * Basierend auf lokalen Projektionen nach Jordà (2005) sowie Jordà und Taylor (2025). Betrachtet wird eine unerwartete geldpolitische Straffung in Höhe von 25 Basispunkten. Als abhängige Variable dient jeweils die Bestandsangabe des in Anspruch genommenen Finanzierungsinstruments. Diese Angabe basiert auf transaktionsbedingt fortgeschriebenen Bestandsangaben; Bewertungseffekte und sonstige Bestandsveränderungen somit ausgeblendet. Konfidenzbänder mit einer Abdeckung von 68 %. **1** Nichfinanzielle Unternehmen. **2** Umfasst die gesamte Außenfinanzierung abzüglich Bankkredite.

Deutsche Bundesbank

Eine Szenarioanalyse ermöglicht die Betrachtung der Rolle der Nichtbankfinanzierung in der geldpolitischen Transmission. Auf Basis eines VAR-Modells wird nachfolgend untersucht, wie sich ein restriktiver konventioneller geldpolitischer Impuls in Höhe von 25 Basispunkten auf makroökonomische und finanzielle Variablen im Euroraum auswirkt. Zur Identifikation eines geldpolitischen Impulses wird angenommen, dass nach dem Impuls das BIP sowie die Verbraucherpreise zurückgehen. Gleichzeitig steigen die Kreditzinsen für Bankkredite, und die Gesamtfinanzierung nimmt ab. Diese Reaktionen sind konsistent mit dem etablierten Transmissionsmuster und bilden den Ausgangspunkt für eine anschließende Szenarioanalyse, wobei unterschiedliche Annahmen bezüglich der Finanzierungsstrukturen nichtfinanzieller Unternehmen getroffen werden. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, inwieweit unterschiedliche Reaktionsmuster von Bank- und Nichtbankfinanzierung möglicherweise die Transmission geldpolitischer Impulse verändern können.[48)]

48 Die Schätzungen basieren auf Quartalsdaten für den Euroraum insgesamt vom ersten Vierteljahr 1999 bis zum zweiten Vierteljahr 2025. Das VAR-Modell umfasst den Schattenzins von Geiger und Schupp (2019), das reale BIP, den Harmonisierten Verbraucherpreisindex, die Kreditvergabe durch Banken, die Nichtbankfinanzierung, einen gewichteten Bankkreditzins sowie die gesamte Außenfinanzierung. Mit Ausnahme des Schattenzinses und des Bankkreditzinses gehen alle Variablen als Quartalswachstumsraten ein, sodass die Impulsantworten als prozentuale Veränderungen interpretiert werden können. Der Schattenzins fungiert hierbei als geldpolitischer Indikator und wird ebenso wie der Bankkreditzins in Niveaus berücksichtigt. Für alle Variablen fließen vier verzögerte Werte in das Modell ein. Die Identifizierung der im Text beschriebenen zeitgleichen Reaktionen nach einem geldpolitischen Impuls erfolgt mithilfe von Vorzeichenrestriktionen, vgl. hierzu: Arias et al. (2018).

Die Szenarioanalyse beleuchtet zwei alternative Konstellationen, die unterschiedliche Finanzierungsstrukturen der nichtfinanziellen Unternehmen abbilden. Im ersten Szenario wird eine bankzentrierte Finanzierungsstruktur unterstellt. Hierzu wird angenommen, dass die Reaktion der Gesamtfinanzierung qualitativ durch die Dynamik der Bankkredite getrieben wird, sodass die Nichtbankfinanzierung wie die Bankenfinanzierung zurückgeht. Im zweiten Szenario wird eine breiter diversifizierte Finanzierungsstruktur angenommen, in der Unternehmen verstärkt auf alternative Finanzierungsquellen zurückgreifen können. Die zuvor dargestellten Ergebnisse der lokalen Projektionen legen nahe, dass die Nichtbankfinanzierung im Aggregat nur verhalten auf einen geldpolitischen Impuls reagiert und somit in gewissem Umfang als Substitut für rückläufige Bankkredite fungieren kann. Vor diesem Hintergrund wird im zweiten Szenario unterstellt, dass die Nichtbankfinanzierung im Aggregat über den gesamten Zeitraum nicht reagiert und damit die zuvor beobachtete (schwache) Substitutionseigenschaft widerspiegelt.[49)] Unter diesen Annahmen entwickeln sich alle anderen Variablen nach dem geldpolitischen Impuls gemäß den geschätzten Beziehungen.

49 Die Nichtreaktion wird technisch durch ein Nullsetzen der entsprechenden Impulsantwort realisiert, indem zusätzliche strukturelle Schocks so gewählt werden, dass sie die modellendogene Reaktion der Nichtbankfinanzierung vollständig kompensieren.

Die Nichtbankfinanzierung kann die realwirtschaftlichen Auswirkungen konventioneller geldpolitischer Impulse dämpfen. Schaubild 5.12 zeigt, dass in dem Szenario, in dem die Nichtbankfinanzierung den Rückgang der Gesamtfinanzierung dämpft, sowohl das BIP als auch die Preise weniger stark zurückgehen.[50)] In dem Szenario hingegen, in dem die Bankenfinanzierung die Gesamtfinanzierung wesentlich treibt, gehen das BIP und die Preise im Durchschnitt um etwa 0,7 % beziehungsweise 0,25 % zurück.[51)] Im Szenario mit ausbleibender Reaktion der Nichtbankfinanzierung hingegen fallen die Rückgänge um 0,4 Prozentpunkte beziehungsweise 0,1 Prozentpunkte niedriger aus. Eine ausbleibende Reaktion der Nichtbankfinanzierung auf einen restriktiven geldpolitischen Impuls geht folglich mit einem gedämpften Abschwung der realwirtschaftlichen Aktivität einher.[52)] Insofern deuten die Resultate der Szenarioanalyse in der Gesamtschau darauf hin, dass eine seitens der nichtfinanziellen Unternehmen stärkere Inanspruchnahme der Nichtbankfinanzierung mit einer sich tendenziell abschwächenden Wirkung konventioneller geldpolitischer Impulse einhergehen könnte.[53)]

50 Qualitativ stehen diese Ergebnisse im Einklang mit den Ergebnissen von Holm-Hadullah und Thürwächter (2021), wonach die zunehmende Bedeutung marktbasierter Finanzierungsformen die realwirtschaftlichen Effekte geldpolitischer Maßnahmen dämpfen. Vgl. hierzu auch: Europäische Zentralbank (2021). Zu einem qualitativ ähnlichen Ergebnis kommt auch Crouzet (2021) im Falle von Unternehmensinvestitionen für die USA.

51 Diese Effekte liegen innerhalb der Bandbreite der in der Literatur gefundenen Effekte eines geldpolitischen Schocks derselben Größenordnung. So finden Badinger und Schiman (2023), dass die Industrieproduktion beziehungsweise die Verbraucherpreise im Euroraum nach einem geldpolitischen Impuls in Höhe von 25 Basispunkten um etwa 2 % beziehungsweise 0,5 % fallen. Den Ergebnissen von Ciccarelli et al. (2015) zufolge fallen das BIP und die Verbraucherpreise hingegen um etwa 0,4 % beziehungsweise 0,2 %.

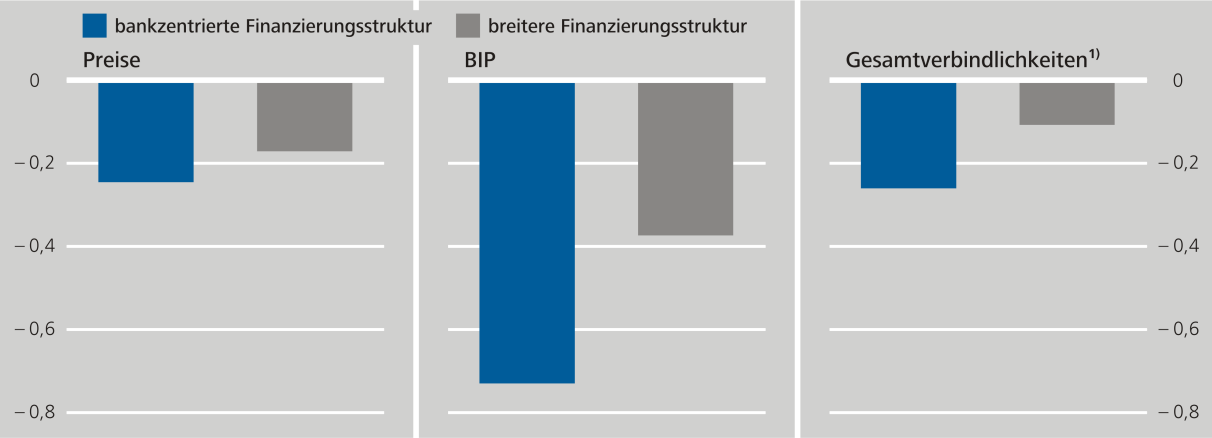
52 Der in der Simulationsanalyse beschriebene Mechanismus gilt spiegelbildlich auch für geldpolitische Lockerungen: Wenn die Nichtbankfinanzierung in aggregierter Sicht nur schwach oder gar nicht auf eine Lockerung reagiert, trägt sie folglich nur begrenzt oder nicht zur Ausweitung der Gesamtfinanzierung bei. In diesem Fall fallen die realwirtschaftlichen Effekte schwächer aus, als es bei einer gleichgerichteten Reaktion aller Finanzierungsquellen der Fall wäre. Der dämpfende Effekt auf die Transmission zeigt sich somit in beiden Richtungen geldpolitischer Impulse.

53 Gleichwohl kann eine zunehmende Bedeutung der Finanzierung über Nichtbank-Finanzintermediäre auch mit neuen Verwundbarkeiten einhergehen, etwa verstärkten Mittelabflüssen während Stressphasen oder merklichen Anpassungen der Portfolios marktbasierter Finanzintermediäre aufgrund prozyklischer Bewertungseffekte. Diese Mechanismen können für sich genommen die Marktvolatilität verstärken und gegebenenfalls Rückkopplungen auf die Kreditversorgung der Realwirtschaft auslösen. Vgl. hierzu: Europäischer Ausschuss für Systemrisiken (2026) sowie Financial Stability Board (2025).

In der empirischen Literatur finden sich jedoch auch Hinweise darauf, dass eine stärkere Rolle der Nichtbankfinanzierung unter bestimmten Bedingungen zu einer stärkeren Transmission beitragen kann. Hier spielen neben strukturellen Entwicklungen im Sektor der Nichtbank-Finanzintermediäre auch die Art des geldpolitischen Impulses eine entscheidende Rolle (vgl. hierzu auch den Exkurs „Heterogenität des Sektors der Nichtbank-Finanzintermediäre in Deutschland und Auswirkungen auf die geldpolitische Transmission“).[54)] Gemeinsam ist diesen Befunden, dass Veränderungen in der Struktur der Unternehmensfinanzierung die Wirkungsweise geldpolitischer Impulse beeinflussen und damit Umfang und Struktur der geldpolitischen Transmission verändern können.

Stilisierte Auswirkungen eines restriktiven geldpolitischen Impulses im Euroraum*) Schaubild 5.12

in %, durchschnittliche Veränderung über acht Quartale



Quelle: EZB und eigene Berechnungen. Auf Basis eines vektorautoregressiven Modells (VAR). * Der geldpolitische Impuls wird als unerwarteter Anstieg des Schattenzinses nach Geiger und Schupp (2019) in Höhe von 25 Basispunkten normiert. Dargestellt sind die durchschnittlichen Veränderungen über acht Quartale nach einem restriktiven geldpolitischen Impuls. 1 Basierend auf transaktionsbedingt fortgeschriebenen Beständen; Bewertungseffekte und sonstige Bestandsveränderungen somit ausgeblendet.

Deutsche Bundesbank

54 Vgl. hierzu: Europäische Zentralbank (2021) sowie Pelizzon et al. (2025).

Exkurs

Heterogenität des Sektors der Nichtbank-Finanzintermediäre in Deutschland und Auswirkungen auf die geldpolitische Transmission

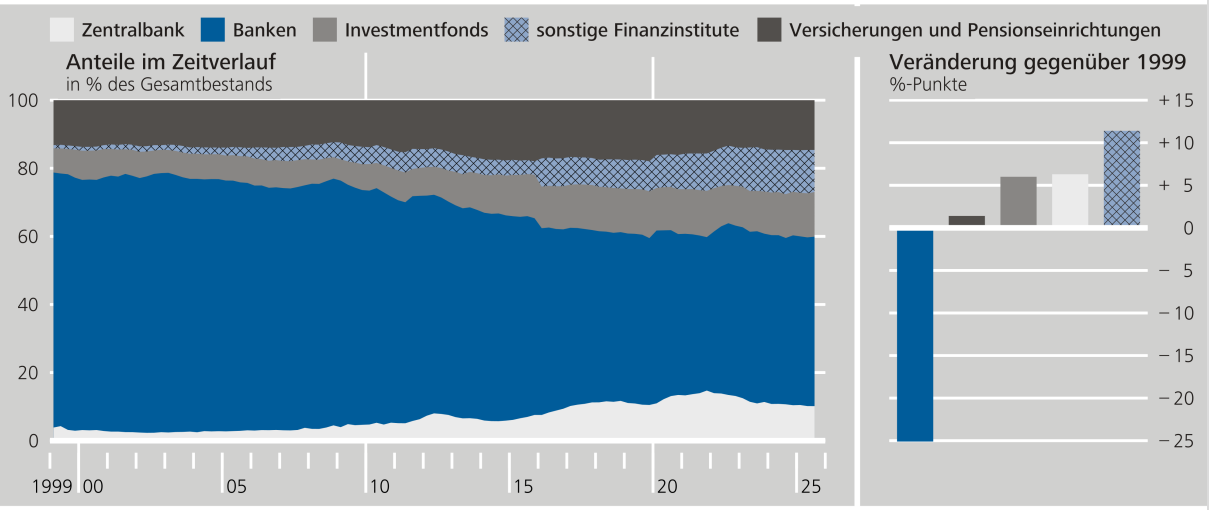
Nichtbank-Finanzintermediäre haben seit der globalen Finanzkrise deutlich an Bedeutung gewonnen und prägen zunehmend die Finanzierungsbedingungen für nichtfinanzielle Unternehmen im Euroraum. [1)] Auch für Deutschland zeigt Schaubild 5.13 einen klaren Bedeutungsgewinn: Gemäß den Angaben der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung stieg der Anteil der Nichtbank-Finanzintermediäre am gesamten Geldvermögen des Finanzsektors vom ersten Vierteljahr 1999 bis zum dritten Vierteljahr 2025 von rund 21 % auf gut 40 %. [2)] Vor diesem Hintergrund stellt sich für die Analyse der geldpolitischen Transmission die Frage, ob einerseits Nichtbank-Finanzintermediäre in Phasen restriktiver Geldpolitik als Ausweichfinanzierer für Unternehmen auftreten und damit die Wirkung geldpolitischer Impulse tendenziell abschwächen oder ob sie die Wirkung eher verstärken. Für die Einordnung ist zu berücksichtigen, dass der Sammelbegriff Nichtbank-Finanzintermediäre eine Vielzahl von Institutionen mit unterschiedlichen Geschäftsmodellen, Refinanzierungsstrukturen und regulatorischen Rahmenbedingungen umfasst. Diese institutionelle Heterogenität legt die Vermutung nahe, dass auch die Reaktionen auf geldpolitische Impulse zwischen einzelnen Teilgruppen deutlich variieren können. Zugleich ist dieser Bedeutungsgewinn von Nichtbank-Finanzintermediären auch aus Sicht der Finanzstabilität relevant. Denn die wachsende Rolle dieser heterogenen Institutionen kann dazu beitragen, dass sich Risiken unterschiedlich im Finanzsystem ausbreiten oder verstärken.

1 Vgl. hierzu: Europäische Zentralbank (2021).

2 Der Finanzsektor umfasst gemäß dem Europäisches System VolkswirtschaftlicherGesamtrechnungen (ESVG) neben den Monetären Finanzinstituten auch die Gruppe der Nichtbank-Finanzintermediäre, bestehend aus Investmentfonds, den Sonstigen Finanzinstituten sowie Versicherungen und Pensionseinrichtungen. Das Geldvermögen umfasst hierbei alle finanziellen Forderungen, wie Bargeld und Einlagen, Schuldverschreibungen, Kredite, Anteilsrechte, Versicherungsansprüche, Finanzderivate sowie sonstige Forderungen.

Anteile am gesamten Finanzvermögen der Finanzintermediäre in Deutschland*)

Schaubild 5.13



Quelle: EZB und eigene Berechnungen. * Auf Basis unkonsolidierter Angaben zu Marktwerten. Letzte Beobachtung: 3. Vj. 2025.
Deutsche Bundesbank

Empirische Evidenz liefert der Forschungsaufsatz „When Nonbanks Dampen and When They Amplify: Heterogeneous Transmission of Monetary Policy“.[3] Die Analyse stützt sich auf Mikrodaten aus dem deutschen Kreditregister der Millionenkreditevidenz für den Zeitraum vom ersten Vierteljahr 2019 bis zum vierten Vierteljahr 2023.[4] Es werden vor allem Nichtbank-Finanzintermediäre betrachtet, die ihre Kreditvergabe in dem Kreditregister in diesem Zeitraum gemeldet haben. Das sind Finanzdienstleistungsinstitute, Finanzunternehmen, Versicherungen, Wertpapierinstitute, Kapitalbeteiligungsgesellschaften sowie Nicht-MFI-Kreditinstitute. In dem Aufsatz wird der Unterschied von Bank- und Nichtbankfinanzierung der Unternehmen als Folge geldpolitischer Überraschungen auf Ebene einzelner Kreditgeber-Unternehmens-Beziehungen in einer empirischen Schätzung direkt verglichen. Dabei beziehen sich die Ergebnisse sowohl auf die Nichtbank-Finanzintermediäre insgesamt, erlauben aber auch eine stärkere Differenzierung nach Institutionstypen.

Deskriptive Statistiken zeigen zunächst, dass die Finanzierung über Banken weiterhin dominiert. Der durchschnittliche Anteil der Nichtbank-Finanzintermediäre an den Kreditverbindlichkeiten auf Ebene der Unternehmen liegt in der Stichprobe bei rund 4,8 %, während der Median bei 0 % liegt. Mehr als die Hälfte der beobachteten Kreditbeziehungen von Unternehmen weisen demnach keine direkte Nichtbankfinanzierung auf.

3 Vgl. hierzu: Bednarek et al. (2025b).

4 Das Kreditregister erfasst die Kreditvergabe aller Banken und bedeutender Nichtbank-Finanzintermediäre, die einzelnen Kreditnehmern zugeordnet ist. Diese Angaben werden mit aufsichtsrechtlichen Bankbilanzdaten und unternehmensspezifischen Bilanzdaten von Orbis kombiniert. Nach § 14 KWG beinhalten die Millionenkredite bilanzielle und außerbilanzielle Geschäfte. Unter außerbilanziellen Geschäften werden unter anderem Bürgschaften, Garantien und Derivate gemeldet. Ab dem 31. März 2019 wurde der Kreditbegriff noch zusätzlich um Kreditzusagen erweitert: Seitdem beinhalten außerbilanzielle Geschäfte auch offene widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen.

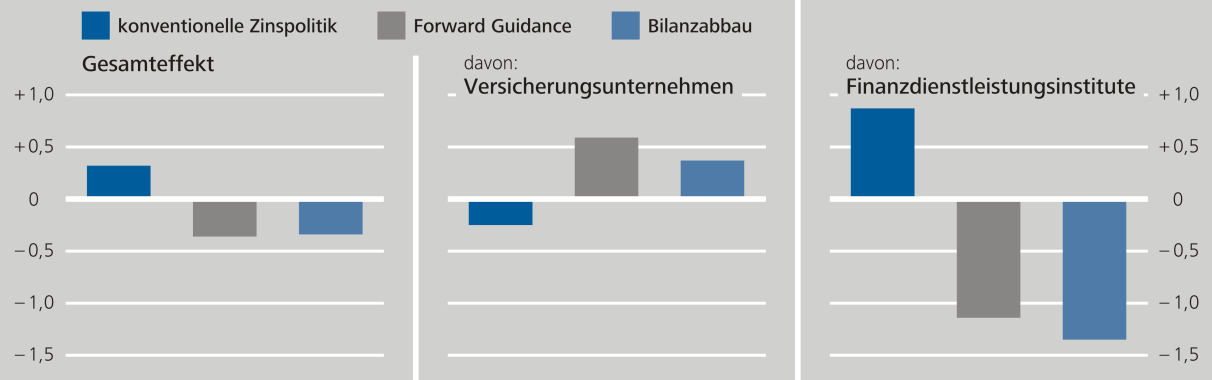
Gleichzeitig zeigen die Schätzungen, dass die Reaktionen der Nichtbank-Finanzintermediäre auf geldpolitische Überraschungen stark vom Übertragungskanal des geldpolitischen Impulses abhängen. Das Schaubild 5.14 zeigt die Reaktionen anhand der geschätzten Effekte restriktiver geldpolitischer Impulse auf die Kreditvergabe von Nichtbank-Finanzintermediären an Unternehmen. Unterschieden werden dabei Überraschungen beim kurzfristigen Zinsniveau (konventionelle Zinspolitik), Änderungen der erwarteten Zinsentwicklung über mittlere Laufzeiten (Forward Guidance) sowie Impulse am langen Ende der Zinsstrukturkurve im Zusammenhang mit Ankaufprogrammen von Vermögenswerten (Bilanzabbau). [5)]

5 Im Fokus des Forschungsaufsatzes steht die relative Angebotsreaktion von Banken und Nichtbank-Finanzintermediären auf geldpolitische Überraschungen. Der Vorteil der Mikrodaten der Millionenkreditevidenz liegt darin, dass sich Kreditangebotsreaktionen identifizieren lassen, indem die Kreditvergabe unterschiedlicher Kreditgeber an denselben Kreditnehmer im selben Quartal miteinander verglichen wird (vgl. hierzu: Khwaja und Mian (2008)). Kreditnehmerspezifische Nachfrageschwankungen werden dadurch weitgehend herausgefiltert. Die Identifikationsstrategie nutzt hierbei hochfrequente geldpolitische Überraschungen von Altavilla et al. (2019), gemessen in einem engen Zeitfenster um die Bekanntgabe der geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats. Diese werden in drei orthogonale Überraschungen zerlegt, im speziellen in Überraschungen beim kurzfristigen Zinsniveau (konventionelle Zinspolitik), Änderungen der erwarteten Zinsentwicklung über mittlere Laufzeiten (Forward Guidance) und Impulse am langen Ende der Zinsstrukturkurve im Zusammenhang mit Ankaufprogrammen von Vermögenswerten (Bilanzabbau). Um die Auswirkungen der konventionellen Geldpolitik zu erfassen, werden Änderungen der einmonatigen risikofreien Over-Night-Index-Swap-Sätze verwendet, die Altavilla et al. (2019) als Proxy für Überraschungen der konventionellen Zinspolitik identifizieren. Um unkonventionelle geldpolitische Überraschungen zu identifizieren, folgen wir der Methodik von Gürkaynak et al. (2021). Diese drei geldpolitischen Überraschungen liefern exogene Variationen der Refinanzierungsbedingungen, die mit gleichzeitigen wirtschaftlichen Schocks unkorreliert sind.

Geschätzte Effekte restriktiver geldpolitischer Impulse auf die Unternehmenskreditvergabe von Nichtbank-Finanzintermediären in Deutschland*)

Schaubild 5.14

Effekt in % relativ zu Banken



Quelle: Bednarek et al. (2025b). * Mit Blick auf die geldpolitischen Impulse in Höhe einer Standardabweichung (entspricht etwa 6 Basispunkten) werden dabei unterschieden: Änderungen beim kurzfristigen Zinsniveau (konventionelle Zinspolitik), Änderungen der erwarteten Zinsentwicklung über mittlere Laufzeiten (Forward Guidance) und Impulse am langen Ende der Zinsstrukturkurve im Zusammenhang mit Ankaufprogrammen von Vermögenswerten (Bilanzabbau). Ein geschätzter Effekt von 0,32 (linke blaue Säule) bedeutet demnach, dass eine konventionelle geldpolitisch induzierte Zinserhöhung in Höhe einer Standardabweichung zu einem Anstieg der Nichtbankfinanzierung im Vergleich zur Bankfinanzierung um 0,32 % führt.

Deutsche Bundesbank

In der Gesamtschau reagieren Nichtbank-Finanzintermediäre asymmetrisch. Nach einer Straffung, die vor allem kurzfristige Zinsen betrifft, weiten sie ihre Kreditvergabe relativ zu Banken aus (siehe linker Teil in Schaubild 5.14). Wirken geldpolitische Impulse dagegen stärker über mittlere und lange Laufzeiten, geht die Kreditvergabe von Nichtbank-Finanzintermediären im Vergleich zu Banken eher zurück. Damit greift eine pauschale Aussage, wonach Nichtbank-Finanzintermediäre geldpolitische Straffungen grundsätzlich abfedern oder verstärken, zu kurz. [6)]

6 Vgl. hierzu zum Beispiel: Cucic und Gorea (2025), Elliott et al. (2022, 2024) sowie Xiao (2020).

Eine Differenzierung nach Institutionstypen verdeutlicht zudem, dass die aggregierten Effekte auf sehr unterschiedlichen Reaktionsmustern einzelner Teilgruppen beruhen. Finanzdienstleistungsinstitute – insbesondere Leasinggesellschaften – erhöhen ihre Kreditvergabe nach kurzfristigen Zinsüberraschungen deutlich relativ zu Banken, reduzieren sie jedoch nach Impulsen über mittlere und lange Laufzeiten (siehe rechter Teil in Schaubild 5.14). Das Ergebnis könnte auf die spezifischen Refinanzierungsbedingungen dieser Institute zurückzuführen sein: Leasinggesellschaften finanzieren sich vielfach über längerfristige Mittel, deren Konditionen sich bei kurzfristigen Zinsänderungen nicht sofort im gleichen Ausmaß anpassen wie bei Bankrefinanzierung.[7)] In Phasen restriktiver Geldpolitik, in denen vor allem kurzfristige Zinsen steigen, kann dies vorübergehend einen relativen Vorteil gegenüber Banken begründen, deren Kreditangebot zusätzlich durch Anpassungsprozesse auf der Einlagenseite beeinflusst wird.[8)] Steigen hingegen Zinsen am mittleren und langen Ende unerwartet an, wirken sich die veränderten Konditionen marktnaher und längerfristiger Refinanzierung zügig aus; der Vorteil kehrt sich um, und die Kreditvergabe dieser Institute geht stärker zurück.

7 Vgl. hierzu: Bednarek et al. (2025a), die die gleichen Daten benutzen.

8 Nach Überraschungen beim kurzfristigen Zinsniveau (konventionelle Zinspolitik) verzögern Banken typischerweise die Weitergabe über die Einlagenzinsen, was zu Abflüssen bei Einlagen und reduzierter Kreditvergabekapazität führt. Vgl. hierzu: Drechsler et al. (2017).

Versicherungsunternehmen zeigen demgegenüber in Phasen restriktiver Geldpolitik, in denen vor allem mittelfristige und langfristige Zinsen steigen, ein gegenläufiges Verhalten (siehe mittlerer Teil in Schaubild 5.14). Aufgrund des regulatorischen Umfelds, ihrer bilanziellen Struktur mit überwiegend langfristigen Aktiva und Passiva sowie in der Regel einer negativen Durationslücke verbessert der Anstieg der mittelfristigen und langfristigen Zinsen aufgrund unkonventioneller geldpolitischer Impulse (Forward Guidance und Bilanzabbau) ihr regulatorisches Kapital.[9] Dadurch kann sich die finanzielle Lage der Versicherer verbessern, was zusätzlichen Spielraum für Kreditvergabe schafft.

Für die Beurteilung der geldpolitischen Transmission ergeben sich zwei zentrale Implikationen. Erstens lässt sich die Rolle von Nichtbank-Finanzintermediären nicht auf eine einfache Substitution zur Bankfinanzierung reduzieren. Je nach Art des geldpolitischen Impulses können Nichtbank-Finanzintermediäre die Transmission sowohl dämpfen als auch verstärken. Zweitens ist eine disaggregierte Betrachtung des Sektors der Nichtbank-Finanzintermediäre für die geldpolitische Transmission maßgeblich. Die disaggregierte Betrachtung kann geldpolitisch relevante Analysen sinnvoll ergänzen; Veränderungen in der Zusammensetzung dieses Sektors sowie mögliche Folgen für die Transmission der Geldpolitik werden somit schneller sichtbar.

9 Da die Bilanzstruktur der Versicherer eher durch langfristige Aktiva und langfristige Verbindlichkeiten geprägt ist, haben geldpolitisch induzierte kurzfristige Zinserhöhungen kaum Auswirkung auf ihre Solvabilitätskennzahlen und das aufsichtsrechtliche Kapital. Nach Solvency II müssen Versicherungsunternehmen sowohl langfristige Aktiva als auch Verbindlichkeiten zu marktüblichen Diskontsätzen bewerten. Eine kurzfristige Zinserhöhung hat nur geringe Auswirkungen auf den Diskontsatz, der auf die langfristigen Aktiva und Verbindlichkeiten angewendet wird, sodass die Solvabilitätskennzahlen und das aufsichtsrechtliche Kapital praktisch unverändert bleiben. Folglich weicht die Kreditvergabe von Versicherern nach Überraschungen beim kurzfristigen Zinsniveau (konventionelle Zinspolitik) nicht wesentlich von der der Banken ab. Versicherungsgesellschaften weisen jedoch in der Regel eine negative Durationslücke auf, sodass steigende mittelfristige und langfristige Zinsen aufgrund unkonventioneller geldpolitischer Impulse (Forward Guidance und Bilanzabbau) den Barwert ihrer Verbindlichkeiten stärker reduzieren als den ihrer Vermögenswerte (vgl. hierzu: Koijen und Yogo (2022)). Dies verbessert die Solvabilitätskennzahlen der Versicherer und setzt regulatorisches Kapital für Neukreditvergabe frei. Das langfristige Verbindlichkeitsprofil von Versicherern ermöglicht es ihnen letztlich, in Zeiten von Marktturbulenzen antizyklisch zu handeln. Vgl. hierzu: Timmer (2018).

Für die Finanzstabilität folgt daraus, dass Risiken im Sektor der Nichtbank-Finanzintermediäre nicht allein aus seinem Größenwachstum, sondern vor allem aus der unterschiedlichen Reaktion einzelner Teilsegmente auf geldpolitische Impulse entstehen. Je nach Refinanzierungsstruktur, Bilanzprofil und regulatorischem Rahmen können Nichtbank-Finanzintermediäre geldpolitische Impulse entweder abfedern oder verstärken; dadurch können sich Risiken in Teilbereichen des Finanzsystems aufbauen, auch wenn die aggregierte Entwicklung zunächst unauffällig erscheint. Aus Finanzstabilitätsperspektive spricht dies analog der geldpolitischen Betrachtung für eine disaggregierte Überwachung der Nichtbank-Finanzintermediäre, um Verwundbarkeiten und mögliche Verstärkungseffekte frühzeitig zu erkennen.

5 Schlussbemerkung

Die Unternehmensfinanzierung im Euroraum hat seit Einführung des Euro einen deutlichen Wandel erfahren. Der relative Beitrag der Banken zur Unternehmensfinanzierung ist merklich zurückgegangen. Gleichzeitig stieg die Bedeutung anderer nichtfinanzieller Unternehmen und der Nichtbank-Finanzintermediäre für die Außenfinanzierung. Intrasektorale Kredite, Schuldverschreibungen und übrige Kredite ergänzen zunehmend die traditionelle Bankkreditfinanzierung.

Die marktbasierte Finanzierung hat an Relevanz gewonnen, bleibt im internationalen Vergleich aber moderat und heterogen ausgeprägt. Die Emission von Schuldverschreibungen hat insbesondere seit der globalen Finanzkrise zugenommen und stellt eine wichtige Alternative zur langfristigen Bankkreditfinanzierung dar. Demgegenüber bleibt im internationalen Vergleich die Eigenkapitalfinanzierung über börsennotierte Aktien eher schwach ausgeprägt. Innerhalb des Euroraums bestehen weiterhin merkliche Unterschiede in der Nutzung marktbasierter Instrumente.

Diese Entwicklungen können die Struktur der geldpolitischen Transmission und die relative Bedeutung einzelner Transmissionskanäle verändern. Konventionelle geldpolitische Straffungen gehen im Bankensektor mit vergleichsweise raschen und anhaltenden Bilanzanpassungen einher, während die Reaktionen von Nichtbank-Finanzintermediären tendenziell zeitlich verzögert und volatiler ausfallen. Rückgänge der Bankkreditvergabe können von nichtfinanziellen Unternehmen teilweise durch alternative Finanzierungsquellen – etwa Schuldverschreibungen oder intrasektorale Kredite – aufgefangen werden. Dadurch verändert sich vor allem das zeitliche Profil und die Verteilung der Transmission auf verschiedene Kanäle: Die relative Bedeutung bankbasierter Transmissionskanäle dürfte abnehmen, während kapitalmarkt- und nicht bankbasierte Kanäle an Gewicht gewinnen. Gleichwohl lässt sich hieraus nicht zwangsläufig eine schwächere geldpolitische Transmission ableiten, da die Gesamtwirkung maßgeblich davon abhängt, über welche Instrumente und Laufzeiten sich geldpolitische Impulse niederschlagen. Hinzu kommt, dass Nichtbank-Finanzintermediäre je nach Art des geldpolitischen Impulses und ihrer jeweiligen Geschäfts- und Refinanzierungsstruktur unterschiedliche Rollen in der Transmission einnehmen können.

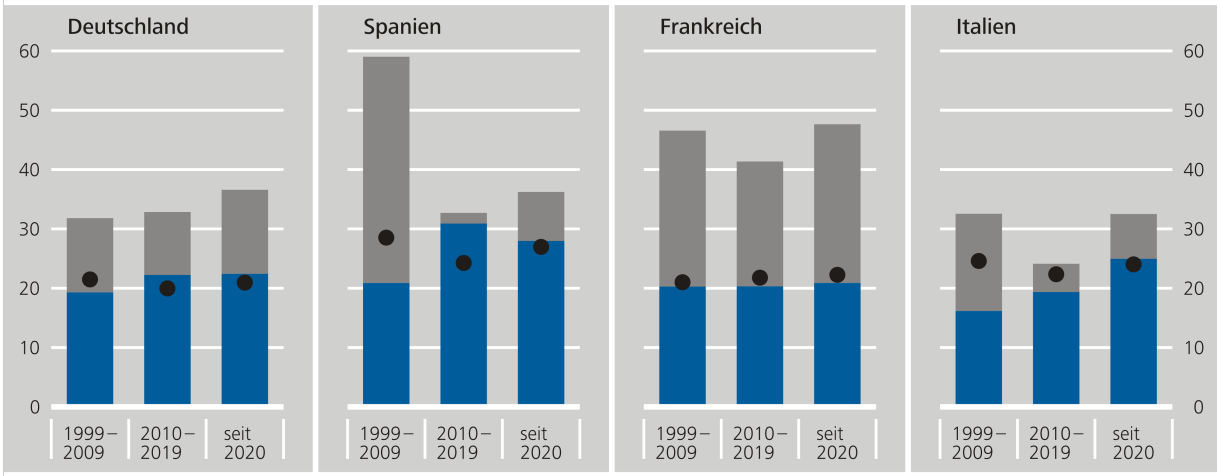
Vor diesem Hintergrund gewinnt die Beobachtung der Unternehmensfinanzierung für die Geldpolitik weiter an Bedeutung. Strukturelle Veränderungen in der Finanzierungsstruktur der Unternehmen und in der Bedeutung von Banken und Nichtbank-Finanzintermediären sind kontinuierlich zu verfolgen und bei der Beurteilung des geldpolitischen Kurses zu berücksichtigen, zumal die heterogenen Finanzierungsstrukturen im Euroraum auch künftig unterschiedliche Transmissionsmuster erwarten lassen.

Anhang

Finanzierung und Bruttoinvestitionen der nichtfinanziellen Unternehmen in ausgewählten Ländern*)

Schaubild 5.15

in % der Bruttowertschöpfung, gleitende Vierquartalssummen



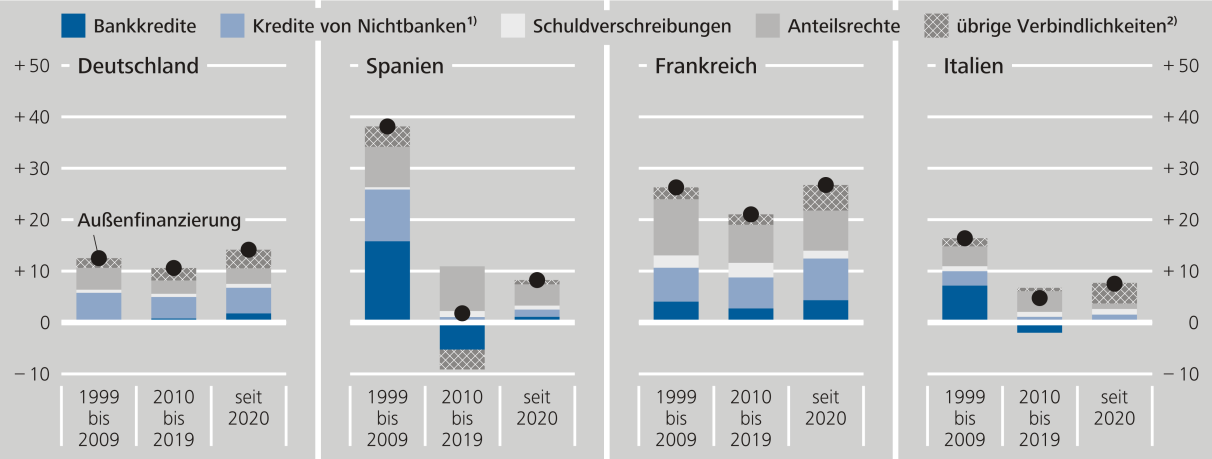
Quelle: EZB und eigene Berechnungen. * Durchschnitte im angegebenen Zeitraum. Letzte Beobachtung: 3. Vj. 2025.

Deutsche Bundesbank

Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Unternehmen in ausgewählten Ländern*)

Schaubild 5.16

in % der Bruttowertschöpfung; gleitende Vierquartalssummen

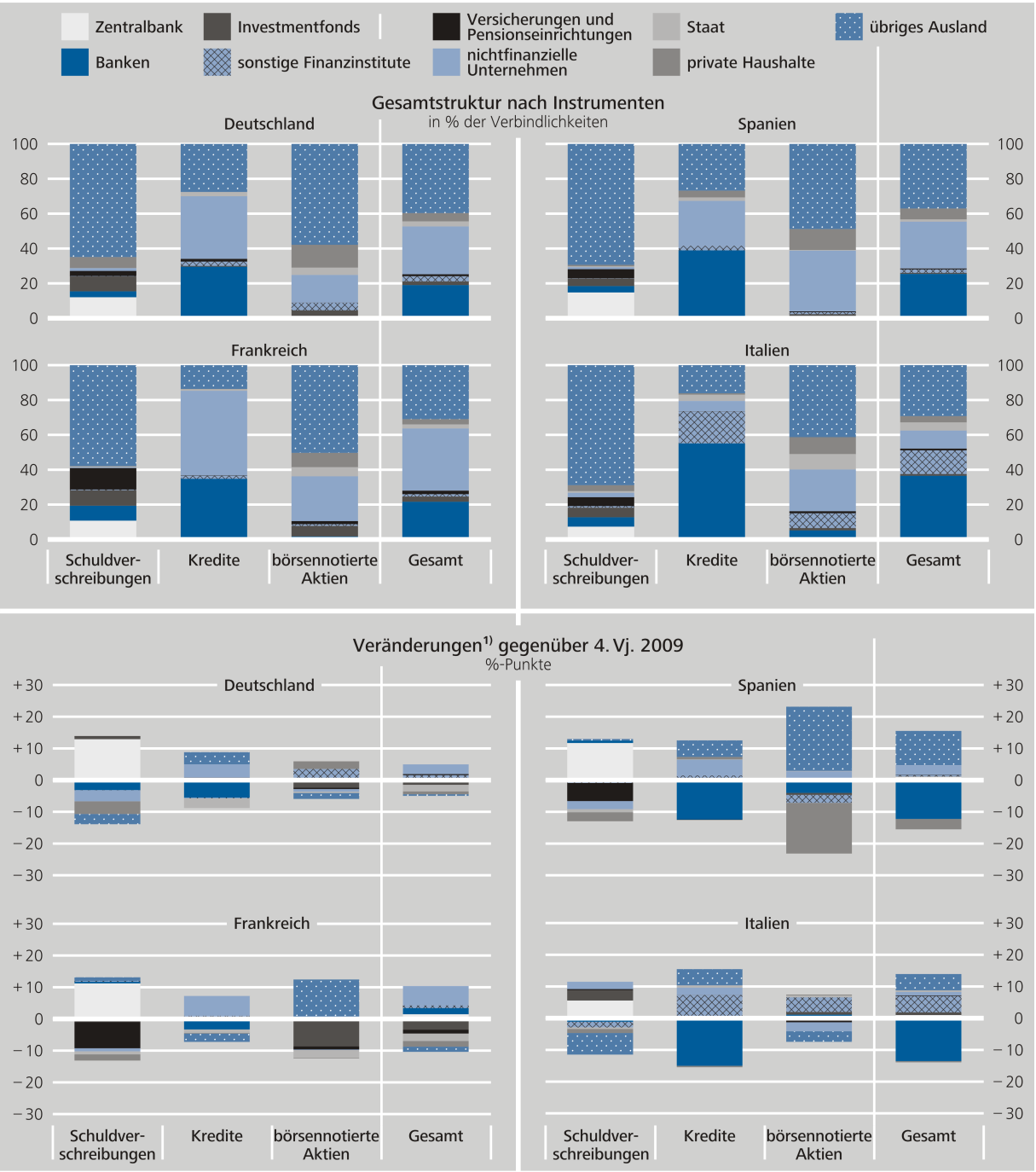


Quelle: EZB und eigene Berechnungen. * Durchschnitte im angegebenen Zeitraum. Letzte Beobachtung: 3. Vj. 2025. **1** Umfasst unter anderem Kredite von (anderen) nichtfinanziellen Unternehmen, Nichtbank-Finanzintermediären oder aus dem Ausland. **2** Umfasst versicherungstechnische Rückstellungen, Finanzderivate und sonstige Verbindlichkeiten (darunter Handelskredite).

Deutsche Bundesbank

Sektorale inländische Gläubigerstruktur der nichtfinanziellen Unternehmen in ausgewählten Ländern

Schaubild 5.17

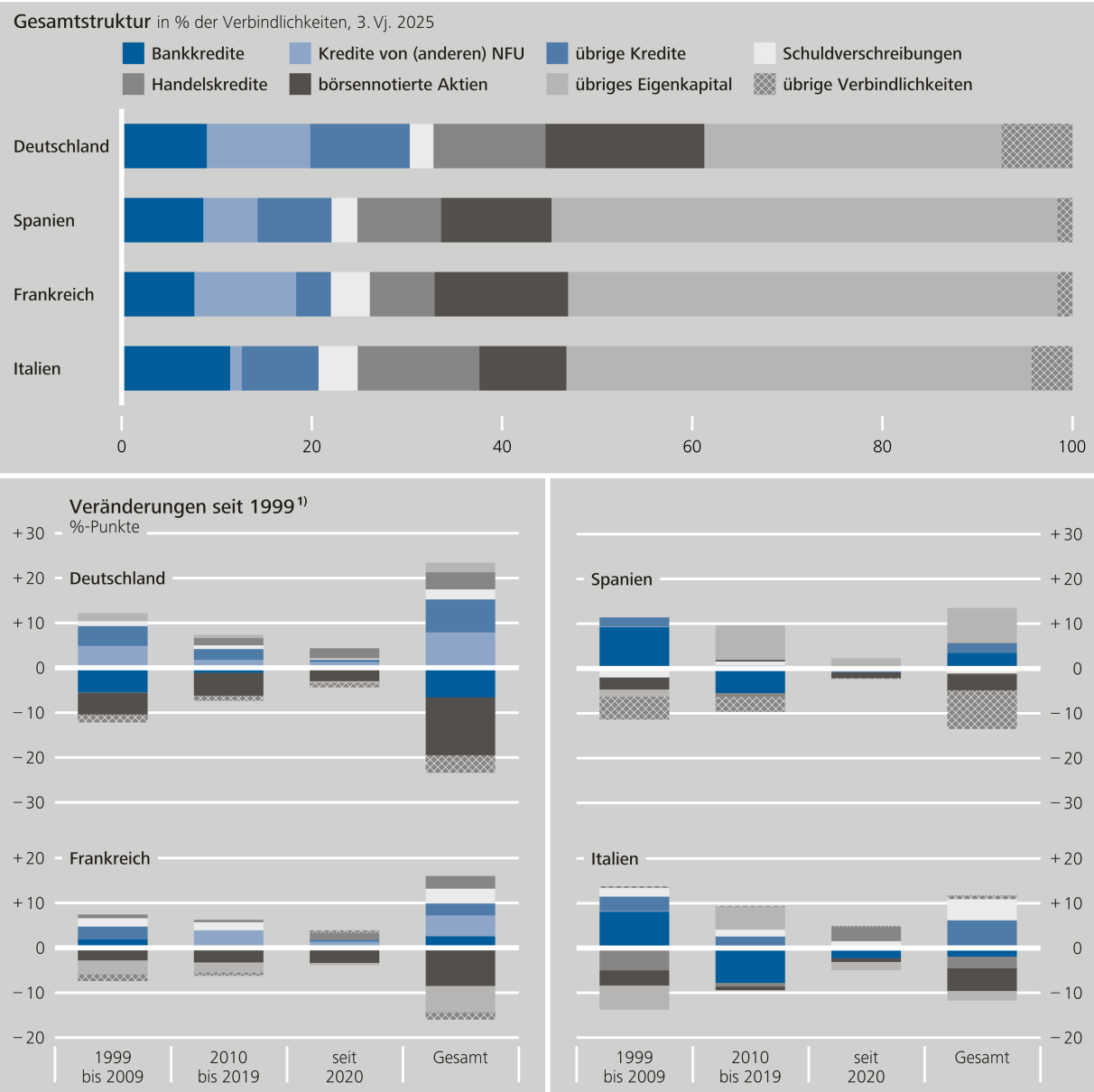


Quelle: EZB und eigene Berechnungen. Letzte Beobachtung: 3. Vj. 2025. **1** Basierend auf transaktionsbedingt fortgeschriebenen Beständen; Bewertungseffekte und sonstige Bestandsveränderungen somit ausgeblendet.

Deutsche Bundesbank

Zusammensetzung der Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Unternehmen in ausgewählten Ländern

Schaubild 5.18



Quelle: EZB und eigene Berechnungen. Letzte Beobachtung: 3. Vj. 2025. **1** Die Veränderungen basieren auf transaktionsbedingt fortgeschriebenen Beständen; Bewertungseffekte und sonstige Bestandsveränderungen somit ausgeblendet.

Deutsche Bundesbank

Literaturverzeichnis

Abadi, J., M. Brunnermeier und Y. Koby (2023), The Reversal Interest Rate, American Economic Review, Vol. 113(8), S. 2084 – 2120.

Acharya, V., H. Almeida, F. Ippolito und A. Perez (2014), Credit lines as monitored liquidity insurance: Theory and evidence, Journal of Financial Economics, Vol. 112(3), S. 287 – 319.

Alder, M., N. Coimbra und U. Szczerbowicz (2023), Corporate Debt Structure and Heterogeneous Monetary Policy Transmission, Banque de France Working Paper, No. 933.

Altavilla, C., L. Brugnolini, R. S. Gürkaynak, R. Motto und G. Ragusa (2019), Measuring euro area monetary policy, Journal of Monetary Economics, Vol. 108, S. 162 – 179.

Arias, J. E., J. F. Rubio-Ramirez und D. F. Waggoner (2014), Inference Based on SVARs Identification with Sign and Zero Restrictions: Theory and Applications, Econometrica, Vol. 86(2), S. 685 – 720.

Avril, P., A. Horan und C. Pancaro (2026), Trade policy uncertainty and bank lending in the euro area, Economics Letters, Vol. 258, S. 1 – 5.

Badinger, H. und S. Schiman (2023), Measuring Monetary Policy in the Euro Area Using SVARs with Residual Restrictions, American Economic Journal: Macroeconomics, Vol. 15 (2), S. 279 – 305.

Bats, J. V. und A. C. F. J. Houben (2020), Bank-based versus market-based financing: Implications for systemic risk, Journal of Banking and Finance, Vol. 114, S. 1 – 13.

Bednarek, P., O. Briukhova, S. Ongena und N. Westernhagen (2025a), Effects of bank capital requirements on lending by banks and non-bank financial institutions, Journal of Financial Intermediation, Vol. 63, 101167.

Bednarek, P., F. Febbraro, S. Ongena und N. Westernhagen (2025b), When Nonbanks Dampen and When They Amplify: Heterogeneous Transmission of Monetary Policy, mimeo.

Beltrame F., L. Grassetti, G.-S. Bertinetti und A. Sclip (2023), Relationship lending, access to credit and entrepreneurial orientation as cornerstones of venture financing, Journal of Small Business and Enterprise Development, Vol. 30(1), S. 4 – 29.

Berger, A. N. und G. F. Udell (1998), The economics of small business finance: The roles of private equity and debt markets in the financial growth cycle, Journal of Banking & Finance, Vol. 22(6–8), S. 613 – 673.

Bernanke, B. S. und M. Gertler (1995), Inside the Black Box: The Credit Channel of Monetary Policy Transmission, Journal of Economic Perspectives, Vol. 9(4), S. 27 – 48.

Bernanke, B. S., M. Gertler und S. Gilchrist (1999), The Financial Accelerator in a Quantitative Business Cycle Framework, Handbook of Macroeconomics, Vol. 1(C), S. 1341 – 1393.

Bloom, N. (2007), Uncertainty and the Dynamics of R&D, American Economic Review, Vol. 97(2), S. 250 – 255.

Brown, J. R. und B. C. Petersen (2015), Which investments do firms protect? Liquidity management and real adjustments when access to finance falls sharply, Journal of Financial Intermediation, Vol. 24(4), S. 441 – 465.

Cathcart, L., A. Dufour, L. Rossi und S. Varotto (2020), The differential impact of leverage on the default risk of small and large firms, Journal of Corporate Finance, Vol. 60, 101541.

Correa, R., J. di Giovanni, L. S. Goldberg und C. Minoiu (2023), Trade Uncertainty and U. S. Bank Lending, National Bureau of Economic Research, No. 31860.

Crouzet, N. (2021), Credit Disintermediation and Monetary Policy, IMF Economic Review, Vol. 69, S. 23 – 89.

Cucic, D. und D. Gorea (2026), Nonbank Lending and the Transmission of Monetary Policy, The Review of Financial Studies, Vol. 39(4), S. 966 – 1014.

Deutsche Bundesbank (2025a), Finanzierungsrechnung, Statistische Fachreihe, Juni 2025.

Deutsche Bundesbank (2025b), Die Verschuldungslage im nichtfinanziellen Privatsektor des Euroraums seit Beginn der geldpolitischen Straffung, Monatsbericht, April 2025.

Deutsche Bundesbank (2025c), Der Risikoappetit auf den Finanzmärkten und Geldpolitik , Monatsbericht, Januar 2025.

Deutsche Bundesbank (2025d), Internationales und europäisches Umfeld, Monatsbericht, Mai 2025.

Deutsche Bundesbank (2024), Neuberechnung der nicht-börsennotierten Aktien und sonstigen Anteilsrechte in der Finanzierungsrechnung.

Deutsche Bundesbank (2022a), Zur Entwicklung der Verschuldungslage im nichtfinanziellen Privatsektor des Euroraums seit Ausbruch der Corona-Pandemie, Monatsbericht, April 2022.

Deutsche Bundesbank (2022b), Geldpolitik in einer lang anhaltenden Niedrigzinsphase – Eine Diskussion des Konzeptes der Reversal Rate, Monatsbericht, März 2022.

Deutsche Bundesbank (2019), Zinsweitergabe im Niedrigzinsumfeld, Monatsbericht, April 2019.

Deutsche Bundesbank (2018a), Entwicklung der Unternehmensfinanzierung im Euroraum seit der Finanz- und Wirtschaftskrise, Monatsbericht, Januar 2018.

Deutsche Bundesbank (2018b), Die Bedeutung von Profitabilität von Eigenkapital der Banken für die Geldpolitik, Monatsbericht, Januar 2018.

Drechsler, I., A. Savov und P. Schnabl (2017), The Deposits Channel of Monetary Policy, The Quarterly Journal of Economics, Vol. 132(4), S. 1819 – 1876.

Elliott, D., R. R. Meisenzahl und J.-L. Peydró (2024), Nonbank lenders as global shock absorbers: Evidence from US monetary policy spillovers, Journal of International Economics, Vol. 149, 103908.

Elliott, D., R. R. Meisenzahl, J.-L. Peydró und B. C. Turner (2022), Nonbanks, banks, and monetary policy: US loan-level evidence since the 1990s, Federal Reserve Bank of Chicago Working Paper, No. 2022–27.

Europäische Zentralbank (2025), More uncertainty, less lending: how US policy affects firm financing in Europe, The ECB Blog.

Europäische Zentralbank (2024), Financial Integration and Structure in the Euro Area, ECB Committee on Financial Integration.

Europäische Zentralbank (2021), Non-bank financial intermediation in the euro area: implications for monetary policy transmission and key vulnerabilities, Occasional Papers related to the ECB's Strategy Review 2020 – 2021, No. 270.

Europäische Zentralbank (2016), The role of euro area non-monetary financial institutions in financial intermediation, Economic Bulletin, Issue 4/2016, S. 49 – 67.

Europäischer Ausschuss für Systemrisiken (2026), Financial stability risks from linkages between banks and the non-bank financial intermediation sector.

Fecht, F. und M. Kellers (2026), Monetary Policy, Fragility, and Fund Flows, Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank , Nr. 09/2026.

Financial Stability Board (2025), Global Monitoring Report on Nonbank Financial Intermediation.

Frank, M. und V. Goyal (2008), Trade-off and Pecking Order Theories of Debt, Handbooks in Finance: Handbook of Empirical Corporate Finance, S. 135 – 202.

Gulen, H. und M. Ion (2016), Policy Uncertainty and Corporate Investment, The Review of Financial Studies, Vol. 29(3), S. 523 – 564.

Gürkaynak, R. S., A. H. Kara, B. Kisacikoğlu und S. S. Lee (2021), Monetary policy surprises and exchange rate behaviour, Journal of International Economics, Vol. 130, 103443.

Hellmann, T. und M. Puri (2002), Venture Capital and the Professionalization of Start-Up Firms: Empirical Evidence, The Journal of Finance, Vol. 57(1), S. 169 – 197.

Holm-Hadulla, F. und C. Thürwächter (2021), Heterogenity in corporate debt structures and the transmission of monetary policy, European Economic Review, Vol. 136, 103743.

Imbierowicz, B., A. Nagengast, E. Prieto und U. Vogel (2025), Bank Lending and Firm Internal Capital Markets following a Deglobalization Shock, Journal of International Economics, Vol. 117, 104119.

Kallandranis, C., D. Anastasiou und K. Drakos (2023), Credit rationing prevalence for Eurozone firms, Journal of Business Research, Vol. 158, 113640.

Khwaja, A. I. und A. Mian (2008), Tracing the Impact of Bank Liquidity Shocks: Evidence from an Emerging Market, American Economic Review, Vol. 98(4), S. 1413 – 1442.

Koijen, R. S. und M. Yogo (2022), The Fragility of Market Risk Insurance, The Journal of Finance, Vol. 77(2), S. 815 – 862.

Li, X. (2024), The Impact of Capital Structure on the Firm Performance, Advances in Economics Management and Political Sciences, Vol. 83(1), S. 303 – 309.

Lian, C. und Y. Ma (2021), Anatomy of Corporate Borrowing Constraints, The Quarterly Journal of Economics, Vol. 136(1), S. 229 – 291.

Mandler, M. und M. Scharnagl (2020), Bank Loan Supply Shocks and Alternative Financing of Non-Financial Corporations in the Euro Area, The Manchester School, Vol. 88, S. 126 – 150.

Mandler, M. und M. Scharnagl (2019), Bank Loan Supply Shocks and Alternative Financing of Non-Financial Corporations in the Euro Area, Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank, Nr. 23/2019.

Megginson, W. L. und K. A. Weiss (1991), Venture Capitalist Certification in Initial Public Offerings, The Journal of Finance, Vol. 46(3), S. 879 – 903.

Miller, D und P. H. Friesen (1984), A longitudinal study of the corporate life cycle, Management Science, Vol. 30(10), S. 1161 – 1183.

Myers, S. und N. Majluf (1984), Corporate financing and investment decisions when firms have information that investors do not have, Journal of Financial Economics, Vol. 13(2), S. 187 – 221.

Pelizzon, L., R. Mattiello und J. Schlegel (2025), Growth of non-bank financial intermediaries, financial stability, and monetary policy, SAFE Working Paper, No. 458.

Petersen, M. A. und R. G. Rajan (1994), The Benefits of Lending Relationships: Evidence from Small Business Data, The Journal of Finance, Vol. 49(1), S. 3 – 37.

Stiglitz, J. E. und A. Weiss (1981), Credit Rationing in Markets with Imperfect Information , The American Economic Review, Vol. 71(3), S. 393 – 410.

Sufi, A. (2007), Information Asymmetry and Financing Arrangements: Evidence from Syndicated Loans, The Journal of Finance, Vol. 62(2), S. 629 – 668.

Timmer, Y. (2018), Cyclical investment behavior across financial institutions, Journal of Financial Economics, Vol. 129(2), S. 268 - 286.

Wu, W.-S. und S. Suardi (2021), Economic Uncertainty and Bank Lending, Journal of Money, Credit and Banking, Vol. 53(8), S. 2037 – 2069.

Xiao, K. (2020), Monetary Transmission through Shadow Banks, The Review of Financial studies, Vol. 33(6), S. 2379 – 2420.

Statistischer Teil

Inhalt

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze ..... 5•
2. Außenwirtschaft ..... 5•
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren ..... 6•

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang ..... 8•
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) ..... 10•
3. Liquiditätsposition des Bankensystems ..... 14•

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva ..... 16•
2. Passiva ..... 18•

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland ..... 20•
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen .. 24•
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland ..... 26•
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland ..... 28•
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) ..... 30•
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche ..... 32•
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) ..... 34•
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck ..... 36•
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen ..... 36•
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland ..... 38•
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland ..... 38•
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland ..... 39•
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) . 40•

V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung im Euroraum ... 42*
2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland ... 42*

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze/Basiszinssätze ... 43*
2. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren) ... 43*
3. Geldmarktsätze nach Monaten ... 43*
4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) ... 44*

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva ... 48*
2. Passiva ... 49*

VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen und Aktien in Deutschland ... 50*
2. Absatz von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten ... 51*
3. Umlauf von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten ... 52*
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten ... 52*
5. Renditen deutscher Wertpapiere ... 53*
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland ... 53*

IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften 54*
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften ... 55*
3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte ... 56*
4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte ... 57*

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Finanzierungssaldo und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung ... 58*
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ... 58*
3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung ... 59*
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden ... 59*
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen ... 60*
6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten ... 60*

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern ... 61*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen ... 61*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung ... 62*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung ... 62*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung ... 63*
12. Maastricht-Verschuldung nach Gläubigern ... 63*
13. Maastricht-Verschuldung nach Arten ... 64*
14. Maastricht-Verschuldung des Bundes nach Arten und Instrumenten ... 65*

XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens ... 66*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe ... 67*
3. Auftragseingang in der Industrie ... 68*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe ... 69*
5. Umsätze des Einzelhandels ... 69*
6. Arbeitsmarkt ... 70*
7. Preise ... 71*
8. Einkommen der privaten Haushalte ... 72*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft ... 72*
10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen ... 73*
11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen ... 74*

XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für den Euroraum ... 75*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland ... 76*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern ... 77*
4. Dienstleistungen und Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland ... 78*
5. Sekundäreinkommen und Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland ... 78*
6. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland ... 79*
7. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank ... 80*
8. Auslandspositionen der Unternehmen ... 81*
9. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen ... 82*
10. Euro-Länder und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ... 82*
11. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ... 83*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze	
			M3 3)						
	M1	M2		gleitender Dreimonatsdurchschnitt	MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	€STR 5) 6)	Umlaufsrendite europäischer Staatsanleihen 7)
Zeit	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt	
2024 Juli	– 3,1	1,2	2,3	2,5	0,3	0,9	3,9	3,66	3,0
Aug.	– 2,1	1,7	2,9	2,8	0,6	1,2	3,8	3,66	2,8
Sept.	– 1,1	2,1	3,2	3,2	0,6	1,3	3,7	3,56	2,7
Okt.	0,2	2,4	3,4	3,5	0,7	1,4	3,5	3,34	2,8
Nov.	1,4	2,9	3,8	3,6	0,8	1,3	3,3	3,16	2,9
Dez.	2,0	2,7	3,6	3,7	1,0	1,8	3,7	3,06	2,7
2025 Jan.	2,6	2,8	3,7	3,7	1,5	2,1	3,1	2,92	3,0
Febr.	3,4	3,0	3,9	3,7	1,7	2,2	3,0	2,69	2,9
März	4,0	3,2	3,7	3,8	1,6	2,1	2,5	2,50	3,3
April	4,7	3,4	3,9	3,8	1,8	2,3	2,1	2,34	3,1
Mai	5,0	3,4	3,9	3,8	2,0	2,5	2,4	2,17	3,0
Juni	4,8	2,9	3,4	3,6	1,9	2,6	2,4	2,01	3,0
Juli	5,0	3,1	3,3	3,2	2,1	2,7	2,5	1,92	3,1
Aug.	5,0	2,9	2,9	3,0	1,9	2,7	2,3	1,92	3,1
Sept.	5,0	2,7	2,8	2,8	2,0	2,6	2,1	1,93	3,2
Okt.	5,2	2,9	2,8	2,9	2,3	3,0	2,2	1,93	3,1
Nov.	5,0	3,1	3,0	2,9	2,7	3,4	2,7	1,93	3,1
Dez.	4,7	3,1	2,8	3,0	2,4	3,1	2,4	1,93	3,2
2026 Jan.	5,2	3,4	3,2	3,0	2,6	3,3	2,2	1,93	3,2
Febr.	4,8	3,4	3,0	.	2,3	3,1	2,5	1,93	3,1
März	.	.	.	.	.	.	.	1,93	3,3

1 Quelle: EZB, soweit verfügbar. **2** Saisonbereinigt. **3** Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. **4** Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen Nicht-MFIs. **5** Euro Short-Term Rate. **6** Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.3, S.43•. **7** BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder: DE, FR, NL, BE, AT, FI, IE, PT, ES, IT, GR, SK, CY, SI (nach Umschuldung im März 2012 Neuemission).

2. Außenwirtschaft *)

	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz des Euroraums r)								Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz		Kapitalbilanz							Effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Warenhandel	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapieranlagen	Finanzderivate 2)	Übriger Kapitalverkehr	Währungsreserven	gegenüber dem US-Dollar	nominal	real 4)
Zeit	Mio €								1 EUR = ... USD	1. Vj. 1999 = 100	
2024 Juli	+ 40 892	+ 33 336	+ 64 348	+ 22 405	+ 16 464	+ 1 601	+ 27 041	– 3 163	1,0844	98,8	94,6
Aug.	+ 26 168	+ 15 778	+ 34 186	+ 11 131	– 18 065	– 9 121	+ 53 196	– 2 954	1,1012	98,8	94,5
Sept.	+ 43 428	+ 27 024	+ 46 004	– 22 182	– 12 319	+ 1 337	+ 77 011	+ 2 156	1,1106	98,6	94,3
Okt.	+ 29 725	+ 26 948	+ 40 555	+ 12 505	+ 47 460	+ 14 375	– 33 454	– 331	1,0904	98,0	93,8
Nov.	+ 27 681	+ 30 789	+ 17 373	– 8 849	+ 7 731	– 8 279	+ 25 431	+ 1 338	1,0630	97,3	93,1
Dez.	+ 47 595	+ 27 387	+ 31 211	+ 855	– 9 552	+ 2 426	+ 34 772	+ 2 710	1,0479	96,7	92,6
2025 Jan.	+ 4 707	+ 18 806	+ 18 070	+ 35 895	+ 37 137	+ 7 024	– 60 538	– 1 447	1,0354	96,4	92,4
Febr.	+ 18 090	+ 36 446	+ 42 821	+ 13 698	– 23 521	+ 301	+ 51 191	+ 1 153	1,0413	96,1	92,1
März	+ 37 998	+ 49 798	+ 36 781	+ 35 388	+ 160	– 15 943	+ 17 692	– 516	1,0807	98,0	94,0
April	+ 20 843	+ 25 795	– 17 387	– 37 953	+ 49 850	– 14 823	– 19 578	+ 5 116	1,1214	100,3	96,0
Mai	– 7 231	+ 30 149	+ 24 352	+ 29 502	– 21 445	– 7 453	+ 21 472	+ 2 276	1,1278	100,0	95,6
Juni	+ 38 987	+ 23 725	+ 77 272	+ 39 016	– 28 462	+ 4 357	+ 60 990	+ 1 371	1,1516	101,1	96,7
Juli	+ 27 631	+ 32 030	+ 7 337	+ 12 938	+ 17 237	+ 517	– 23 458	+ 102	1,1677	102,1	97,7
Aug.	+ 13 444	+ 20 002	– 4 183	– 11 900	+ 29 223	– 634	– 22 026	+ 1 153	1,1631	102,0	97,6
Sept.	+ 31 738	+ 35 731	+ 40 483	+ 4 385	+ 28 217	– 4 294	+ 7 616	+ 4 561	1,1732	102,2	97,8
Okt.	+ 34 653	+ 36 984	+ 32 227	+ 62 120	– 34 304	+ 1 443	+ 2 178	+ 790	1,1630	101,9 p)	97,3
Nov.	+ 16 758	+ 26 693	– 10 057	+ 1 081	– 69 058	– 6 417	+ 61 618	+ 2 720	1,1560	101,8	97,3
Dez.	+ 38 276	+ 25 826	+ 55 949	+ 83 378	– 19 796	– 18 562	+ 5 828	+ 5 100	1,1709	102,2	97,7
2026 Jan.	+ 12 980	+ 15 236	+ 10 419	+ 14 934	– 9 617	– 8 093	+ 11 658	+ 1 537	1,1738	101,8 p)	97,5
Febr.	...	...	...	...	...	...	...	...	1,1824	101,8 p)	97,4
März	...	...	...	...	...	...	...	...	1,1558	100,8 p)	96,6

***** Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds. **1** Monatsdurchschnitte, siehe auch Tab. XII. 9 und 11, S. 82• / 83•. **2** Einschl. Mitarbeiteraktienoptionen. **3** Berechnung der Bundesbank. Gegenüber den Währungen des Erweiterten EWK-Länderkreises (fixe Zusammensetzung). **4** Auf Basis der Verbraucherpreisindizes. Government Shutdown in den USA 10/2025.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	Euroraum	Belgien	Bulgarien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Kroatien
Reales Bruttoinlandsprodukt [1]											
Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
2023	0,4	1,6	1,7	– 0,9	– 2,7	– 1,3	1,4	2,1	– 2,5	0,9	3,8
2024	0,9	1,1	3,4	– 0,5	– 0,1	0,4	1,2	2,1	2,6	0,8	3,8
2025	1,4	1,0	3,1	0,2	0,6	0,2	0,8	2,1	12,3	0,5	3,2
2024 3.Vj.	1,0	1,1	3,5	– 0,2	– 0,3	1,8	1,8	2,5	4,0	0,9	4,0
4.Vj.	1,3	1,0	4,6	– 0,4	– 0,5	1,3	0,7	2,4	11,6	0,8	3,8
2025 1.Vj.	1,6	0,9	2,8	0,1	– 1,1	0,4	0,4	2,1	20,1	0,3	3,3
2.Vj.	1,6	1,0	3,5	– 0,0	1,5	– 0,1	0,8	1,7	17,2	0,3	3,6
3.Vj.	1,4	1,0	3,0	0,3	1,1	– 0,1	0,6	2,0	11,2	0,7	2,3
4.Vj.	1,3	1,0	3,1	0,6	0,7	0,5	1,6	2,5	2,2	0,9	3,6
Industrieproduktion [2]											
Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
2023	– 1,7	– 6,9	– 8,4	– 1,9	– 9,5	– 2,2	0,7	1,9	– 2,5	– 2,1	– 0,2
2024	– 3,0	– 2,8	– 3,6	– 4,6	– 2,3	– 0,9	0,4	5,4	– 5,1	– 3,9	– 2,4
2025	1,5	– 0,5	– 7,3	p) – 0,9	2,0	1,4	0,6	2,2	17,8	– 0,3	3,8
2024 3.Vj.	– 1,8	1,7	– 1,5	– 4,3	– 1,9	2,4	– 0,0	5,7	5,2	– 4,6	0,3
4.Vj.	– 1,5	– 6,5	– 1,0	– 3,3	0,6	1,4	0,1	3,1	6,1	– 4,2	– 1,1
2025 1.Vj.	1,3	– 3,8	– 5,7	– 2,1	1,8	1,3	0,0	4,2	32,5	– 2,1	5,2
2.Vj.	1,2	– 4,0	– 8,1	– 1,5	4,4	4,5	– 0,3	– 0,1	21,5	– 0,5	3,5
3.Vj.	1,5	1,6	– 7,7	– 0,9	0,5	– 2,2	1,2	1,9	13,2	0,6	0,5
4.Vj.	1,9	4,8	– 7,7	p) 0,9	1,3	2,0	1,5	3,3	8,2	1,1	6,2
Kapazitätsauslastung in der Industrie [3]											
in % der Vollauslastung											
2023	80,3	75,7	75,0	83,4	67,3	76,6	81,2	75,2	76,5	77,5	77,2
2024	78,1	74,5	74,4	78,8	65,5	74,6	80,8	77,7	76,5	75,5	75,3
2025	77,7	77,2	74,6	77,2	67,1	75,9	81,6	78,1	76,5	75,1	74,6
2024 4.Vj.	77,2	75,1	74,9	76,7	65,8	74,1	80,1	78,0	78,6	75,0	76,3
2025 1.Vj.	77,2	75,6	75,2	76,7	67,3	75,3	81,5	77,8	74,8	74,6	73,5
2.Vj.	77,7	77,1	74,0	77,0	67,2	76,5	82,2	79,1	77,2	75,3	75,5
3.Vj.	77,8	77,4	74,7	77,2	66,5	74,2	82,5	77,6	76,7	75,4	75,5
4.Vj.	78,0	78,6	74,6	77,7	67,5	77,5	80,3	78,0	77,3	75,0	74,2
2026 1.Vj.	77,6	76,9	73,5	77,4	68,1	78,7	79,7	77,2	74,2	74,7	74,5
Standardisierte Erwerbslosenquote [4]											
in % der zivilen Erwerbspersonen											
2023	s) 6,6	s) 5,5	s) 4,3	3,1	s) 6,4	s) 7,2	s) 7,3	s) 11,1	s) 4,3	s) 7,7	s) 6,1
2024	s) 6,4	s) 5,7	s) 4,2	3,4	s) 7,5	s) 8,4	s) 7,4	s) 10,1	s) 4,3	s) 6,5	s) 5,1
2025	s) 6,3	s) 6,2	s) 3,5	p) 3,8	s) 7,5	s) 9,7	s) 7,7	s) 8,9	s) 4,7	s) 6,1	s) 4,8
2025 Okt.	6,3	6,4	3,5	3,9	6,7	10,4	7,9	8,9	4,7	5,8	4,7
Nov.	6,3	6,4	3,3	3,9	6,4	10,6	7,9	8,4	4,6	5,6	4,6
Dez.	6,2	6,5	3,2	4,0	6,5	10,3	7,8	7,9	4,6	5,6	4,5
2026 Jan.	6,1	6,4	3,1	4,0	6,2	9,9	7,8	7,9	4,6	5,2	4,5
Febr.	6,2	6,4	3,2	4,0	6,1	10,6	7,8	8,5	4,6	5,3	4,3
März	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Harmonisierter Verbraucherpreisindex											
Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
2023	5) 5,4	2,3	8,6	6,0	9,1	4,3	5,7	4,2	5,2	5,9	8,4
2024	2,4	4,3	2,6	2,5	3,7	1,0	2,3	3,0	1,3	1,1	4,0
2025	2,1	3,0	3,5	2,3	4,8	1,8	0,9	2,9	2,1	1,6	4,4
2025 Okt.	2,1	2,5	3,8	2,3	4,5	1,4	0,8	1,6	2,8	1,3	4,0
Nov.	2,1	2,6	3,7	2,5	4,7	1,5	0,8	2,8	3,1	1,1	4,3
Dez.	2,0	2,2	3,5	2,0	4,0	1,7	0,7	2,9	2,7	1,2	3,8
2026 Jan.	6) 1,7	1,4	2,3	2,1	3,8	1,0	0,4	2,9	2,5	1,0	3,6
Febr.	1,9	1,4	2,1	2,0	3,2	1,8	1,1	3,1	2,5	1,5	3,9
März	2,6	2,2	2,8	2,8	3,5	2,5	2,0	3,4	3,6	1,6	4,6
Staatlicher Finanzierungssaldo [7]											
in % des Bruttoinlandsprodukts											
2023	– 3,5	– 4,0	– 2,0	– 2,5	– 2,7	– 2,9	– 5,4	– 1,4	1,4	– 7,2	– 0,8
2024	– 3,1	– 4,4	– 3,0	– 2,7	– 1,7	– 4,4	– 5,8	1,2	4,0	– 3,4	– 1,9
2025	...	...	...	– 2,7	...	...	...	...	...	...	...
Staatliche Verschuldung [7]											
in % des Bruttoinlandsprodukts											
2023	87,0	102,4	22,9	62,3	20,2	77,1	109,8	164,3	41,8	133,9	60,9
2024	87,1	103,9	23,8	62,2	23,5	82,5	113,2	154,2	38,3	134,9	57,4
2025	...	...	...	63,5	...	...	...	...	...	...	...

Quellen: Eurostat, Europäische Kommission, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemeldungen und sind vorläufig. **1** Euroraum: Quartalsangaben saison- und kalenderbereinigt. **2** Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie: arbeitstäglich bereinigt.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

Lettland	Litauen	Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakei	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
Reales Bruttoinlandsprodukt [1] Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
− 0,9	0,7	0,1	10,6	− 0,6	− 0,8	3,1	2,1	2,4	2,5	3,6	2023
− 0,0	3,0	0,4	6,2	1,1	− 0,7	2,2	1,9	1,7	3,5	3,9	2024
2,1	2,9	0,6	4,0	1,8	0,6	1,9	0,8	1,1	2,8	3,8	2025
0,9	2,6	− 2,1	5,4	1,7	− 0,3	2,2	1,2	1,8	3,6	4,3	2024 3.Vj.
0,9	4,3	− 0,0	2,7	1,9	0,8	2,8	1,5	1,6	3,6	3,3	4.Vj.
2,2	3,3	− 2,4	3,2	2,1	0,2	1,8	0,8	− 0,6	2,8	3,1	2025 1.Vj.
0,8	3,2	− 0,5	2,5	1,6	0,6	1,7	0,5	0,8	2,8	3,6	2.Vj.
2,6	1,9	3,2	3,8	1,7	1,1	2,2	0,9	1,9	2,7	3,8	3.Vj.
2,9	3,3	2,3	6,4	1,8	0,6	1,8	1,0	2,0	3,0	4,5	4.Vj.
Industrieproduktion [2] Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
− 5,9	− 5,3	− 4,2	7,1	− 1,1	0,1	− 3,1	4,0	− 4,9	− 1,6	1,7	2023
− 2,4	4,2	− 1,6	3,6	− 2,3	− 4,9	0,6	0,0	− 1,2	0,5	2,3	2024
4,0	2,8	− 1,4	3,7	0,9	1,9	0,2	− 3,1	− 1,8	1,2	3,9	2025
0,8	5,5	− 3,2	1,5	− 1,8	− 3,1	− 0,3	3,8	0,9	− 0,5	1,5	2024 3.Vj.
− 4,1	4,4	− 0,3	11,2	− 0,8	− 4,6	− 0,8	1,3	0,8	1,4	− 0,2	4.Vj.
− 0,8	8,2	0,1	10,4	0,9	1,3	− 2,5	− 0,9	− 0,6	− 0,7	5,5	2025 1.Vj.
4,7	2,3	− 1,5	4,8	0,7	2,1	0,8	− 2,9	− 2,9	1,5	1,9	2.Vj.
5,9	− 0,4	1,1	3,8	0,9	1,5	2,1	− 3,1	− 0,8	2,3	2,9	3.Vj.
5,6	1,7	− 5,0	− 3,3	1,0	2,7	0,6	− 5,3	− 3,0	2,1	5,4	4.Vj.
Kapazitätsauslastung in der Industrie [3] in % der Vollauslastung											
72,9	68,4	73,1	68,1	81,9	85,3	81,7	82,1	83,0	76,9	61,6	2023
72,2	70,9	76,4	78,7	78,3	82,8	81,2	79,8	81,1	77,6	63,5	2024
74,4	71,2	77,7	72,3	77,4	82,3	81,4	81,9	81,6	77,3	66,1	2025
72,4	71,1	79,5	81,4	77,0	82,3	81,4	80,3	80,9	77,5	63,0	2024 4.Vj.
74,0	71,8	77,0	70,8	77,6	81,8	81,5	83,4	81,4	76,4	67,9	2025 1.Vj.
75,0	70,8	79,3	78,5	77,5	82,8	81,1	83,0	81,4	74,8	65,3	2.Vj.
74,0	70,8	79,1	68,0	77,4	82,5	81,1	81,1	81,7	78,3	64,2	3.Vj.
74,7	71,2	75,2	71,8	77,1	82,2	81,7	80,1	82,0	79,8	67,0	4.Vj.
74,3	69,1	74,8	67,0	78,3	82,8	83,3	79,1	82,4	80,1	68,4	2026 1.Vj.
Standardisierte Erwerbslosenquote [4] in % der zivilen Erwerbspersonen											
s) 6,5	s) 6,9	s) 5,3	s) 3,5	s) 3,5	s) 5,1	s) 6,5	s) 5,9	s) 3,7	s) 12,2	s) 5,9	2023
s) 6,9	s) 7,1	s) 6,3	s) 3,2	s) 3,7	s) 5,2	s) 6,4	s) 5,4	s) 3,7	s) 11,4	s) 4,9	2024
s) 6,9	s) 6,9	s) 6,5	s) 3,1	s) 3,9	s) 5,7	s) 6,0	s) 5,4	s) 3,9	s) 10,5	s) 4,4	2025
6,9	6,7	6,5	3,2	4,0	5,8	5,8	5,5	4,2	10,2	4,1	2025 Okt.
6,8	6,7	6,8	3,4	4,0	5,9	5,7	5,6	4,2	10,1	4,2	Nov.
6,9	6,7	6,8	3,5	4,0	5,8	5,6	5,6	4,0	10,0	4,2	Dez.
6,9	6,4	6,9	3,5	4,0	5,6	5,6	5,6	3,8	9,9	4,2	2026 Jan.
6,7	6,6	6,9	3,5	4,1	5,8	5,8	5,6	3,8	9,8	4,2	Febr.
...	...	...	...	4,0	...	...	...	...	...	...	März
Harmonisierter Verbraucherpreisindex Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
9,1	8,7	2,9	5,6	4,1	7,7	5,3	11,0	7,2	3,4	3,9	2023
1,3	0,9	2,3	2,4	3,2	2,9	2,7	3,2	2,0	2,9	2,3	2024
3,8	3,4	2,5	2,4	3,0	3,6	2,2	4,2	2,5	2,7	0,8	2025
4,3	3,7	3,0	2,5	3,0	4,0	2,0	3,9	3,1	3,2	0,2	2025 Okt.
3,8	3,6	3,5	2,4	2,6	4,0	2,1	3,9	2,4	3,2	0,1	Nov.
3,4	3,2	3,3	2,5	2,7	3,8	2,4	4,1	2,6	3,0	0,1	Dez.
2,9	2,8	1,6	2,3	2,2	2,1	1,9	4,3	2,4	2,4	1,2	2026 Jan.
2,4	3,3	1,8	2,3	2,3	2,3	2,1	4,0	2,8	2,5	0,9	Febr.
3,4	4,4	3,8	2,3	2,6	3,1	2,7	3,7	2,4	3,4	1,5	März
Staatlicher Finanzierungssaldo [7] in % des Bruttoinlandsprodukts											
− 2,4	− 0,7	− 0,7	− 4,4	− 0,4	− 2,6	1,3	− 5,3	− 2,6	− 3,3	1,7	2023
− 1,8	− 1,3	0,9	− 3,5	− 0,9	− 4,7	0,5	− 5,5	− 0,9	− 3,2	4,1	2024
...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	2025
Staatliche Verschuldung [7] in % des Bruttoinlandsprodukts											
44,4	37,1	24,7	47,0	45,8	77,8	96,9	55,8	68,3	105,2	71,1	2023
46,6	38,0	26,3	46,2	43,7	79,9	93,6	59,7	66,6	101,6	62,8	2024
...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	2025

3 Verarbeitendes Gewerbe: Quartalsangaben saisonbereinigt. Datenerhebung zu Beginn des Quartals. **4** Monatsangaben saisonbereinigt. **5** Ab 2023 einschließlich Kroatien. **6** Ab 2026 einschließlich Bulgarien. **7** Abgrenzung gemäß Maastricht-Vertrag.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *)

a) Euroraum 1)

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
		Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte									
	insgesamt	zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere	insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) 2)	Kapital und Rücklagen 3)
2024 Juli	– 17,0	14,2	– 5,9	– 31,3	– 26,5	65,3	45,4	– 19,9	1,0	– 8,5	1,1	4,6	3,9
Aug.	– 6,1	– 15,8	– 4,4	9,7	9,7	51,3	59,9	8,6	14,6	– 2,7	0,9	14,0	2,4
Sept.	44,7	47,4	1,7	– 2,7	– 0,4	54,9	140,1	85,2	38,3	12,1	1,8	11,1	13,3
Okt.	– 2,5	16,3	10,0	– 18,8	– 26,2	37,1	– 34,9	– 72,0	9,5	– 7,7	1,3	9,3	6,6
Nov.	37,8	40,1	17,3	– 2,3	– 4,0	12,6	136,6	124,0	5,8	5,6	0,3	8,0	– 8,0
Dez.	– 11,5	16,1	9,3	– 27,6	– 30,5	10,3	– 244,1	– 254,4	58,6	16,1	1,0	– 15,1	56,6
2025 Jan.	119,2	47,5	9,0	71,7	60,0	– 5,8	240,0	245,9	33,8	– 8,7	3,9	32,0	6,6
Febr.	65,0	59,3	6,3	5,6	8,8	30,7	145,5	114,8	– 7,2	2,1	1,3	4,1	– 14,7
März	52,2	38,2	– 5,4	14,0	15,9	1,7	28,7	27,0	2,5	– 0,7	2,0	– 4,5	5,6
April	72,2	62,0	2,2	10,2	4,6	44,6	84,0	39,4	– 33,7	– 6,3	2,0	– 8,1	– 21,3
Mai	8,9	21,1	5,3	– 12,2	– 22,9	49,0	46,5	– 2,4	28,8	3,4	2,3	24,8	– 1,7
Juni	54,8	66,1	10,8	– 11,3	– 9,6	46,1	103,6	57,5	31,0	6,8	3,3	9,4	11,5
Juli	23,4	27,6	12,5	– 4,1	– 7,5	– 11,6	– 37,3	– 25,7	6,0	– 2,3	2,4	8,5	– 2,7
Aug.	– 39,8	– 21,6	2,2	– 18,3	– 16,7	11,8	88,4	76,6	0,5	0,0	0,0	– 6,1	6,6
Sept.	57,8	31,2	– 11,3	26,6	25,1	73,1	– 4,2	– 77,3	30,7	6,2	0,3	20,5	3,6
Okt.	67,7	80,6	12,0	– 12,9	– 22,6	30,1	146,0	115,9	15,4	– 0,8	– 0,3	24,3	– 7,9
Nov.	119,4	111,4	24,1	8,0	9,5	32,3	87,3	55,0	44,7	22,8	– 1,0	6,6	16,4
Dez.	– 61,6	– 34,2	– 17,5	– 27,4	– 28,1	– 1,8	– 186,5	– 184,7	40,9	11,0	– 0,2	– 7,5	37,6
2026 Jan.	159,2	78,3	27,5	80,9	59,3	60,3	268,9	208,7	17,5	2,8	1,8	32,4	– 19,5
Febr.	– 12,9	36,0	– 6,9	– 48,9	– 46,5	17,0	146,8	129,8	14,9	0,2	0,8	5,3	8,6

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
		Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte									
	insgesamt	zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere	insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) 2)	Kapital und Rücklagen 3)
2024 Juli	11,2	8,3	– 1,5	2,8	2,5	57,0	– 2,9	– 59,9	3,3	– 0,2	0,1	– 2,8	6,1
Aug.	– 1,6	7,5	– 1,6	– 9,1	– 7,9	10,9	16,8	5,9	10,0	– 0,4	0,1	2,1	8,3
Sept.	17,1	9,3	0,8	7,8	5,1	– 8,3	47,4	55,6	8,8	0,1	0,8	– 0,4	8,3
Okt.	– 11,4	4,1	1,0	– 15,5	– 18,3	28,4	– 5,0	– 33,4	4,4	– 0,4	0,7	4,3	– 0,3
Nov.	21,3	22,6	9,8	– 1,3	– 2,4	13,9	30,0	16,1	– 6,7	12,2	– 0,7	– 7,4	– 10,8
Dez.	5,1	8,3	8,1	– 3,2	– 1,4	– 6,7	– 25,1	– 18,5	28,3	9,9	– 0,1	– 7,6	26,1
2025 Jan.	31,2	11,6	0,7	19,6	13,7	– 8,0	24,7	32,7	25,1	– 0,1	– 0,3	13,5	11,9
Febr.	16,4	20,2	4,3	– 3,7	– 3,8	13,9	39,7	25,8	– 14,9	0,9	– 0,3	3,7	– 19,3
März	11,1	1,6	– 3,9	9,5	7,3	19,2	38,7	19,6	6,4	2,3	0,0	3,6	0,5
April	0,3	1,2	– 8,1	– 0,9	– 2,9	16,2	1,3	– 14,9	– 3,3	0,6	0,2	1,9	– 6,0
Mai	7,6	10,5	4,5	– 3,0	– 2,6	12,2	2,3	– 9,9	13,5	1,8	1,1	7,6	3,0
Juni	19,0	8,2	2,8	10,9	10,6	– 2,8	37,2	39,9	14,5	1,7	2,1	0,4	10,3
Juli	6,3	1,9	– 1,9	4,4	– 2,3	– 1,5	– 29,5	– 27,9	– 2,0	– 0,1	1,0	1,1	– 4,0
Aug.	– 10,3	9,7	– 0,1	– 20,0	– 18,8	8,2	29,5	21,3	– 0,6	0,3	– 0,4	– 2,2	1,7
Sept.	20,3	7,8	0,1	12,6	9,4	25,1	30,4	5,3	14,2	1,7	– 0,2	8,2	4,5
Okt.	12,4	16,7	0,8	– 4,3	– 9,0	8,8	9,5	0,7	8,3	1,0	– 0,8	12,0	– 4,0
Nov.	28,8	27,4	2,9	1,4	3,7	20,5	33,7	13,2	7,8	2,4	– 1,1	0,5	5,9
Dez.	– 20,8	– 13,2	– 1,5	– 7,5	– 8,7	13,6	– 37,2	– 50,8	10,8	1,0	– 0,3	– 3,4	13,4
2026 Jan.	44,4	18,8	0,9	25,6	22,3	13,2	51,5	38,2	12,9	1,6	– 0,1	25,8	– 14,5
Febr.	11,7	18,7	1,3	– 7,0	– 4,9	– 0,4	37,2	37,6	8,5	0,3	0,6	1,7	5,8

***** Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die "Hinweise zu den Zahlenwerten" in den methodischen Erläuterungen zur Statistischen Fachreihe Bankenstatistik. **1** Quelle: EZB. **2** Abzüglich Bestand der MFIs. **3** Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. **4** Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. **5** Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). **6** In Deutschland nur Spareinlagen. **7** Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. **8** Abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere. **9** Einschl. noch im Umlauf befindlicher

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

a) Euroraum

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)										Zeit
	insgesamt [4]	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2						Repogeschäfte	Geldmarktfondsanteile (netto) [2] [7] [8]	Schuldverschreibungen mit Laufz. bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.)(netto) [2] [7]	
				zusammen	Geldmenge M1 zusammen	Bargeldumlauf	täglich fällige Einlagen [5]	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren [5]	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten [5] [6]				
– 27,3	99,2	0,0	– 9,0	– 70,3	– 82,1	4,1	– 86,1	17,8	– 6,0	24,6	21,0	0,0	2024 Juli
34,6	–100,4	0,0	69,9	57,9	40,3	– 1,5	41,8	12,1	5,5	30,0	14,6	– 6,2	Aug.
– 3,6	24,9	0,0	48,3	54,3	28,0	– 1,4	29,4	36,2	– 9,9	– 23,9	0,1	9,5	Sept.
24,3	4,4	0,0	11,9	– 26,4	– 11,1	– 0,1	– 11,0	– 7,8	– 7,5	4,1	18,7	0,2	Okt.
– 42,3	– 95,0	0,0	174,7	169,3	186,9	3,9	183,0	– 20,9	3,2	5,4	20,7	– 13,6	Nov.
– 57,9	– 50,8	0,0	85,4	87,3	63,9	15,9	48,0	– 16,4	39,8	– 52,6	15,1	– 0,6	Dez.
42,3	108,4	0,0	– 93,9	– 133,4	– 138,1	– 12,5	– 125,6	– 6,0	10,8	58,9	8,6	– 5,2	2025 Jan.
33,0	10,6	0,0	26,3	26,9	45,5	1,5	44,0	– 23,4	4,7	38,9	4,7	– 11,2	Febr.
– 36,8	46,9	0,0	54,6	97,9	75,8	3,8	72,0	8,1	14,0	– 41,7	– 15,3	0,4	März
63,7	– 10,5	0,0	85,5	35,6	87,8	4,1	83,7	– 53,5	1,3	42,0	15,5	4,2	April
– 0,8	– 20,4	0,0	63,6	89,7	105,5	5,4	100,2	– 34,1	18,2	– 25,7	– 7,9	– 5,7	Mai
– 32,7	101,7	0,0	4,2	17,4	53,5	6,0	47,5	– 46,3	10,2	– 12,8	0,6	– 4,5	Juni
– 30,8	25,9	0,0	15,3	0,6	– 17,8	5,5	– 23,4	17,0	1,4	3,9	5,0	1,4	Juli
26,8	–102,0	0,0	13,9	41,7	50,5	– 1,0	51,6	– 17,0	8,1	16,3	– 3,2	– 8,2	Aug.
37,8	70,7	0,0	29,7	17,3	31,1	– 0,9	32,0	– 18,1	4,3	– 28,3	– 4,6	7,3	Sept.
8,6	2,5	0,0	8,2	2,2	0,9	1,9	– 1,0	6,7	– 5,4	53,9	8,2	7,0	Okt.
– 53,0	– 47,2	0,0	198,7	183,3	147,0	5,0	142,0	33,0	3,2	25,3	1,7	– 2,8	Nov.
– 54,5	– 44,8	0,0	73,9	108,5	65,9	15,1	50,8	13,3	29,2	– 99,8	– 18,1	4,5	Dez.
97,5	63,0	0,0	– 29,6	– 91,1	– 82,1	– 12,5	– 69,5	– 18,3	9,3	101,1	28,4	3,0	2026 Jan.
– 26,0	24,5	0,0	– 6,0	24,1	2,5	– 0,4	2,9	21,6	– 0,1	– 17,7	– 2,0	– 13,6	Febr.

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse			VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) [10]								Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten [9] [11]	darunter: Bargeldumlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge: täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten [6]	Repogeschäfte	Geldmarktfondsanteile (netto) [7] [8]	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) [7]	
– 6,1	75,8	2,9	1,7	– 4,8	– 7,3	9,0	– 4,2	0,7	0,2	– 3,3	2024 Juli
6,8	– 40,3	4,2	– 1,1	32,8	22,9	9,3	– 2,9	1,7	0,4	1,5	Aug.
– 5,6	– 6,9	3,9	– 0,9	12,5	6,7	8,9	– 2,7	– 2,7	0,3	2,0	Sept.
3,3	15,1	3,0	– 0,3	– 5,8	4,8	– 3,5	– 2,5	– 0,4	0,1	– 4,3	Okt.
– 6,1	5,7	2,1	1,0	42,4	57,4	– 11,7	– 1,8	– 2,6	– 0,2	1,3	Nov.
– 4,1	– 22,7	3,8	3,8	– 3,0	15,3	– 16,6	1,0	– 0,7	0,0	– 2,0	Dez.
7,0	9,6	– 0,9	– 2,1	– 18,5	– 25,4	1,6	– 2,4	4,9	0,2	2,5	2025 Jan.
13,6	2,1	1,7	0,4	29,5	34,0	– 5,4	– 1,8	1,1	0,1	1,5	Febr.
– 21,2	32,4	1,9	0,9	12,6	– 0,3	3,5	– 2,4	– 1,9	0,2	13,5	März
– 2,2	0,9	1,6	1,3	21,0	41,3	– 15,3	– 1,6	4,5	0,5	– 8,3	April
3,8	3,6	2,2	0,8	– 1,2	22,5	– 13,3	– 1,3	– 0,5	0,1	– 8,6	Mai
– 4,5	9,6	1,9	2,0	– 3,3	– 2,0	– 4,7	– 1,5	– 0,8	0,1	5,7	Juni
– 4,9	13,9	3,0	1,6	– 2,2	11,4	– 6,5	– 1,8	– 2,4	– 0,0	– 2,8	Juli
1,5	– 19,5	3,4	– 0,5	16,5	17,9	– 0,9	– 1,2	– 0,6	0,1	1,3	Aug.
1,6	35,9	3,6	– 0,2	– 6,3	1,7	– 10,7	– 1,4	0,9	– 0,1	3,3	Sept.
– 3,5	– 13,2	2,9	0,1	29,6	5,9	6,2	– 1,3	21,8	– 0,0	– 2,9	Okt.
– 7,7	– 4,6	1,7	1,0	53,8	48,9	10,8	– 1,1	– 7,4	– 0,0	2,6	Nov.
– 3,2	1,3	2,9	3,6	– 16,2	8,1	– 11,3	0,8	– 10,7	– 0,1	– 3,0	Dez.
15,5	25,2	2,8	– 5,7	4,0	– 14,2	– 4,1	– 1,5	24,4	0,1	– 0,6	2026 Jan.
– 3,4	3,7	1,3	0,1	2,6	0,6	11,3	– 1,6	– 7,1	0,1	– 0,7	Febr.

DM-Banknoten. **10** Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. **11** Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Monatsende	Aktiva / Passiva insgesamt	Aktiva										
		Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet									Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	sonstige Aktivpositionen
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen				öffentliche Haushalte					
			zusammen	Buchkredite	Schuldverschreibungen 2)	Aktien und sonstige Dividendenwerte	zusammen	Buchkredite	Schuldverschreibungen 3)			
	Euroraum (Mrd €) 1)											
2024 Jan.	33 823,1	21 827,0	15 623,2	13 147,4	1 568,7	907,0	6 203,8	986,6	5 217,2		7 297,1	4 699,0
Febr.	33 986,9	21 839,5	15 653,3	13 168,8	1 568,8	915,7	6 186,2	976,5	5 209,7		7 378,6	4 768,9
März	34 203,2	21 914,1	15 705,1	13 210,2	1 566,8	928,1	6 208,9	976,0	5 232,9		7 546,6	4 742,5
April	34 383,8	21 918,9	15 723,1	13 233,4	1 562,0	927,8	6 195,8	979,4	5 216,4		7 602,8	4 862,0
Mai	34 344,2	21 895,2	15 721,4	13 233,0	1 559,2	929,2	6 173,8	976,7	5 197,1		7 638,7	4 810,3
Juni	34 352,9	21 978,4	15 780,2	13 299,6	1 562,7	917,9	6 198,2	980,7	5 217,5		7 673,3	4 701,2
Juli	34 366,1	21 997,9	15 795,4	13 314,7	1 557,5	923,1	6 202,5	975,8	5 226,6		7 732,8	4 635,5
Aug.	34 352,7	21 988,7	15 774,0	13 296,1	1 558,7	919,2	6 214,7	975,8	5 238,9		7 752,7	4 611,3
Sept.	34 644,8	22 056,8	15 818,7	13 336,7	1 559,9	922,1	6 238,1	973,7	5 264,4		7 907,4	4 680,6
Okt.	34 806,3	22 037,0	15 833,8	13 343,3	1 564,9	925,6	6 203,2	983,8	5 219,4		7 993,8	4 775,5
Nov.	35 387,2	22 124,3	15 886,8	13 373,2	1 572,9	940,7	6 237,5	984,6	5 253,0		8 241,6	5 021,3
Dez.	35 315,5	22 087,1	15 899,3	13 375,2	1 572,2	951,9	6 187,8	988,0	5 199,9		8 033,7	5 194,7
2025 Jan.	35 925,4	22 206,5	15 949,4	13 408,3	1 567,6	973,5	6 257,2	999,7	5 257,5		8 344,1	5 374,7
Febr.	35 621,6	22 277,8	16 006,1	13 459,4	1 565,7	981,1	6 271,7	996,5	5 275,2		8 521,4	4 822,4
März	35 480,8	22 279,6	16 021,6	13 487,9	1 559,3	974,4	6 258,1	995,0	5 263,1		8 452,3	4 748,9
April	35 793,0	22 367,2	16 071,6	13 537,2	1 568,9	965,6	6 295,6	1 001,0	5 294,7		8 371,6	5 054,2
Mai	35 698,3	22 382,0	16 098,3	13 552,6	1 571,9	973,7	6 283,7	1 011,7	5 272,0		8 451,3	4 865,0
Juni	35 624,9	22 421,9	16 153,2	13 599,7	1 580,8	972,7	6 268,8	1 009,8	5 258,9		8 384,5	4 818,4
Juli	35 715,0	22 447,3	16 187,3	13 618,6	1 582,2	986,5	6 260,1	1 013,2	5 246,8		8 436,3	4 831,4
Aug.	35 838,5	22 396,6	16 161,0	13 588,5	1 578,5	993,9	6 235,6	1 011,6	5 224,0		8 484,0	4 957,9
Sept.	35 868,5	22 456,8	16 189,7	13 625,2	1 565,5	999,0	6 267,0	1 014,1	5 252,9		8 571,4	4 840,3
Okt.	36 201,1	22 626,9	16 359,4	13 778,0	1 565,5	1 015,9	6 267,5	1 024,0	5 243,5		8 839,7	4 734,4
Nov.	36 787,8	22 770,4	16 499,1	13 870,7	1 586,8	1 041,7	6 271,2	1 022,4	5 248,9		8 962,8	5 054,6
Dez.	36 456,0	22 694,0	16 462,5	13 850,4	1 565,6	1 046,5	6 231,5	1 021,7	5 209,8		8 740,4	5 021,5
2026 Jan.	37 708,4	22 918,6	16 578,4	13 934,1	1 582,3	1 062,0	6 340,2	1 045,3	5 294,9		9 252,4	5 537,4
Febr.	37 932,8	22 931,7	16 622,7	13 976,3	1 577,4	1 069,0	6 309,0	1 042,9	5 266,1		9 479,2	5 521,9
	Deutscher Beitrag (Mrd €)											
2024 Jan.	8 532,9	5 390,7	4 218,3	3 682,5	246,2	289,6	1 172,4	289,5	882,9		1 463,2	1 679,1
Febr.	8 600,8	5 391,4	4 236,7	3 694,8	250,2	291,7	1 154,7	287,7	867,0		1 502,2	1 707,2
März	8 586,9	5 404,4	4 241,0	3 697,7	246,0	297,3	1 163,4	289,8	873,7		1 524,9	1 657,5
April	8 673,8	5 380,1	4 235,7	3 697,3	244,1	294,3	1 144,4	293,1	851,3		1 544,0	1 749,8
Mai	8 644,6	5 383,0	4 248,9	3 704,9	246,6	297,4	1 134,1	291,8	842,3		1 573,2	1 688,4
Juni	8 574,0	5 393,1	4 244,9	3 703,4	247,7	293,7	1 148,2	295,0	853,2		1 566,2	1 614,8
Juli	8 449,2	5 410,8	4 252,2	3 711,1	244,7	296,3	1 158,6	295,1	863,5		1 563,6	1 474,8
Aug.	8 402,4	5 408,8	4 257,5	3 718,0	244,0	295,4	1 151,4	293,9	857,5		1 573,0	1 420,6
Sept.	8 536,6	5 431,5	4 266,3	3 725,5	244,7	296,1	1 165,2	296,6	868,7		1 625,2	1 479,9
Okt.	8 661,8	5 413,0	4 266,8	3 725,3	244,3	297,2	1 146,2	302,1	844,1		1 650,3	1 598,5
Nov.	8 831,0	5 445,2	4 291,4	3 739,4	253,6	298,4	1 153,8	302,2	851,6		1 691,8	1 694,1
Dez.	9 070,5	5 442,3	4 298,8	3 738,8	260,7	299,3	1 143,6	300,6	842,9		1 671,3	1 957,0
2025 Jan.	9 347,4	5 468,4	4 307,6	3 745,9	258,5	303,2	1 160,8	306,5	854,3		1 713,1	2 165,9
Febr.	8 863,1	5 487,3	4 327,6	3 760,5	257,9	309,2	1 159,7	306,6	853,1		1 757,5	1 618,3
März	8 853,0	5 484,6	4 324,2	3 762,1	257,6	304,4	1 160,4	308,7	851,6		1 787,1	1 581,3
April	9 052,4	5 490,4	4 322,6	3 768,4	256,6	297,7	1 167,7	310,7	857,0		1 759,4	1 802,6
Mai	8 878,7	5 495,8	4 333,2	3 774,0	258,1	301,1	1 162,6	310,4	852,2		1 766,3	1 616,6
Juni	8 856,1	5 510,1	4 338,9	3 776,8	262,0	300,1	1 171,2	310,8	860,5		1 775,5	1 570,5
Juli	8 953,0	5 515,2	4 341,2	3 780,8	257,7	302,7	1 174,0	317,5	856,5		1 764,8	1 673,0
Aug.	9 098,5	5 502,9	4 349,5	3 789,3	255,0	305,3	1 153,4	316,2	837,2		1 789,7	1 805,8
Sept.	9 039,2	5 522,0	4 355,7	3 795,3	254,4	306,0	1 166,3	319,6	846,7		1 851,1	1 666,2
Okt.	8 980,8	5 582,6	4 418,1	3 856,5	253,8	307,8	1 164,5	324,5	839,9		1 892,5	1 505,7
Nov.	9 311,5	5 609,0	4 445,1	3 880,7	254,3	310,0	1 163,9	322,1	841,9		1 939,9	1 762,5
Dez.	9 293,0	5 586,8	4 432,1	3 869,2	254,7	308,2	1 154,7	321,8	832,9		1 901,2	1 804,9
2026 Jan.	9 865,0	5 632,8	4 449,8	3 884,5	251,7	313,6	1 182,9	326,4	856,5		2 057,3	2 175,0
Febr.	9 979,8	5 649,5	4 468,6	3 901,4	251,9	315,3	1 180,9	324,3	856,6		2 115,7	2 214,6

***** Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosystem). **1** Quelle: EZB. **2** Einschl. Geldmarktpapiere von Unternehmen. **3** Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. **4** Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12•) ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der Bundesbank entsprechend dem vom

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

Passiva										
	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet									
			Unternehmen und Privatpersonen							
					mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist [6]		
Bargeld-umlauf [4]	insgesamt	darunter: auf Euro [5]	zusammen	täglich fällig	bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	Stand am Monatsende
Euroraum (Mrd €) [1]										
1 524,6	15 683,5	14 665,6	14 797,8	8 293,0	1 879,8	317,7	1 794,1	2 420,4	92,8	2024 Jan.
1 523,7	15 705,8	14 686,7	14 788,4	8 238,7	1 924,5	326,0	1 790,6	2 410,8	97,8	Febr.
1 528,9	15 788,9	14 783,6	14 894,8	8 294,9	1 964,7	328,3	1 796,8	2 409,4	100,9	März
1 531,4	15 776,3	14 755,2	14 895,6	8 289,3	1 978,5	328,8	1 788,6	2 406,9	103,5	April
1 534,2	15 822,6	14 817,1	14 956,9	8 318,5	2 001,2	328,8	1 790,1	2 413,1	105,3	Mai
1 541,2	15 991,0	14 965,7	15 084,0	8 423,2	2 021,7	325,8	1 795,0	2 411,7	106,4	Juni
1 545,2	15 879,1	14 870,1	15 026,2	8 358,5	2 045,3	322,6	1 786,3	2 406,1	107,4	Juli
1 543,7	15 992,8	14 950,4	15 098,3	8 416,0	2 058,2	321,9	1 782,3	2 411,7	108,4	Aug.
1 542,2	16 053,9	15 001,8	15 137,5	8 421,4	2 083,4	326,2	1 794,0	2 402,3	110,2	Sept.
1 542,1	16 058,8	14 985,0	15 145,4	8 431,9	2 094,4	323,4	1 788,2	2 396,0	111,6	Okt.
1 546,0	16 197,4	15 156,8	15 294,9	8 587,7	2 079,5	320,3	1 796,0	2 399,4	111,9	Nov.
1 561,9	16 238,4	15 246,1	15 431,3	8 675,6	2 076,6	313,0	1 813,5	2 439,6	112,9	Dez.
1 549,4	16 151,1	15 117,1	15 319,5	8 557,4	2 083,8	306,1	1 805,5	2 451,5	115,3	2025 Jan.
1 550,9	16 219,1	15 149,4	15 342,1	8 597,6	2 063,0	300,8	1 808,2	2 455,8	116,7	Febr.
1 554,7	16 257,5	15 224,4	15 405,8	8 646,5	2 063,9	295,8	1 804,9	2 476,1	118,7	März
1 558,8	16 325,6	15 253,7	15 429,8	8 727,5	2 012,6	296,0	1 795,0	2 478,0	120,7	April
1 564,1	16 416,1	15 351,4	15 515,1	8 822,7	1 980,1	293,8	1 798,5	2 497,0	123,1	Mai
1 570,1	16 384,0	15 344,2	15 488,1	8 838,0	1 926,1	287,5	1 803,0	2 507,0	126,5	Juni
1 575,6	16 356,3	15 344,2	15 504,9	8 824,3	1 954,6	286,3	1 802,3	2 508,7	128,8	Juli
1 574,6	16 414,5	15 389,9	15 517,3	8 851,0	1 934,1	285,3	1 800,8	2 517,1	128,9	Aug.
1 573,7	16 474,8	15 393,3	15 551,1	8 894,2	1 914,4	285,5	1 806,7	2 521,4	128,9	Sept.
1 575,6	16 544,9	15 451,8	15 619,4	8 929,5	1 951,0	283,5	1 810,2	2 516,5	128,7	Okt.
1 580,6	16 686,0	15 649,1	15 781,7	9 043,8	1 975,0	282,8	1 832,6	2 519,7	127,8	Nov.
1 595,7	16 734,0	15 741,6	15 914,8	9 128,5	1 987,0	276,3	1 846,1	2 549,2	127,6	Dez.
1 590,7	16 854,1	15 750,2	15 928,1	9 123,9	1 988,5	277,7	1 850,2	2 558,8	129,0	2026 Jan.
1 590,3	16 861,9	15 781,5	15 938,7	9 124,4	1 996,3	278,3	1 851,0	2 558,9	129,9	Febr.
Deutscher Beitrag (Mrd €)										
375,1	4 448,1	4 271,5	4 150,1	2 502,4	569,5	89,5	548,1	387,2	53,4	2024 Jan.
374,5	4 447,8	4 273,8	4 147,4	2 481,0	590,5	94,7	545,6	379,8	55,8	Febr.
375,2	4 475,1	4 300,5	4 166,8	2 483,2	607,5	97,0	547,6	374,1	57,4	März
376,6	4 471,9	4 300,6	4 182,7	2 486,3	620,9	98,9	549,6	368,6	58,4	April
377,0	4 506,4	4 331,5	4 204,0	2 501,4	626,2	100,7	552,3	364,5	58,9	Mai
378,6	4 503,4	4 332,6	4 196,1	2 501,6	619,0	102,5	553,7	360,1	59,2	Juni
380,3	4 494,3	4 327,9	4 212,7	2 507,6	632,9	103,3	553,6	355,9	59,4	Juli
379,3	4 560,5	4 387,5	4 265,1	2 551,7	643,3	104,6	553,0	353,0	59,5	Aug.
378,4	4 568,2	4 398,5	4 270,7	2 556,5	645,1	105,3	553,2	350,3	60,3	Sept.
378,1	4 572,0	4 401,7	4 288,6	2 567,4	653,4	105,8	553,1	347,9	61,0	Okt.
379,1	4 623,1	4 456,0	4 335,1	2 616,3	640,1	106,8	565,5	346,1	60,3	Nov.
382,9	4 629,3	4 471,4	4 351,7	2 632,9	630,4	105,5	575,7	347,1	60,2	Dez.
380,8	4 609,3	4 445,0	4 338,3	2 616,9	636,6	103,9	576,2	345,7	59,0	2025 Jan.
381,2	4 649,0	4 466,1	4 356,4	2 643,2	631,0	102,9	576,8	343,8	58,7	Febr.
382,2	4 627,9	4 467,4	4 346,5	2 639,9	626,6	100,6	579,3	341,6	58,6	März
383,5	4 648,0	4 489,5	4 386,2	2 686,6	621,2	99,8	579,7	340,0	58,9	April
384,3	4 662,2	4 501,0	4 391,9	2 703,8	608,7	99,4	581,4	338,6	60,0	Mai
386,3	4 651,1	4 493,2	4 370,3	2 695,5	593,2	99,1	583,3	337,2	62,1	Juni
387,9	4 651,3	4 498,8	4 393,0	2 716,4	596,7	98,0	583,5	335,4	63,1	Juli
387,4	4 667,4	4 516,2	4 393,2	2 720,5	592,7	99,6	583,6	334,2	62,7	Aug.
387,2	4 659,7	4 506,8	4 394,1	2 730,7	582,3	100,4	585,3	332,8	62,5	Sept.
387,3	4 711,6	4 563,7	4 453,4	2 764,8	605,9	103,2	586,4	331,6	61,7	Okt.
388,3	4 763,8	4 626,3	4 498,4	2 808,9	606,7	103,0	588,7	330,5	60,6	Nov.
391,9	4 761,1	4 626,4	4 502,3	2 820,4	596,1	101,8	592,3	331,3	60,3	Dez.
386,2	4 770,0	4 614,8	4 498,6	2 820,7	592,7	101,5	593,6	329,7	60,4	2026 Jan.
386,3	4 778,4	4 622,3	4 493,1	2 814,5	593,8	101,8	594,0	328,0	61,1	Febr.

Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit der Position "Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten" ermitteln (siehe "sonstige Passivpositionen"). **5** Ohne Einlagen von Zentralstaaten. **6** In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Monatsende	noch: Passiva												
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet			Begebene Schuld-	
	öffentliche Haushalte	sonstige öffentliche Haushalte											
				mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)						
	Zentralstaaten	zusammen	täglich fällig	bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	insgesamt	darunter: mit Unternehmen und Privatpersonen	Geldmarktfondsanteile (netto) 3)	insgesamt	darunter: auf Euro
	Euroraum (Mrd €) 1)												
2024 Jan.	437,3	448,4	238,6	127,8	28,4	37,5	12,2	4,0	344,1	342,2	778,6	2 521,5	1 726,9
Febr.	446,5	471,0	260,7	130,6	26,1	38,1	11,7	3,8	348,6	347,8	768,3	2 529,0	1 745,2
März	419,6	474,5	258,7	135,5	26,9	37,7	12,0	3,7	373,5	372,8	785,2	2 558,4	1 757,7
April	442,7	437,9	232,4	129,8	22,6	37,7	11,8	3,7	380,3	373,9	802,5	2 587,7	1 771,3
Mai	418,5	447,2	244,3	127,8	22,2	37,7	11,6	3,6	375,6	366,7	783,4	2 571,8	1 766,6
Juni	422,7	484,4	275,6	133,7	22,8	37,4	11,4	3,5	384,5	384,4	794,1	2 579,8	1 766,1
Juli	395,4	457,5	253,1	129,9	22,9	36,9	11,2	3,5	408,9	390,7	816,4	2 578,7	1 770,9
Aug.	430,1	464,4	263,3	126,9	22,7	36,9	11,1	3,5	438,2	417,3	832,2	2 575,3	1 779,8
Sept.	426,5	489,9	283,2	135,2	20,7	36,8	10,6	3,4	414,0	400,9	833,7	2 588,8	1 802,3
Okt.	450,8	462,5	269,4	123,1	20,2	36,9	9,6	3,4	419,1	397,8	853,5	2 612,9	1 798,8
Nov.	408,8	493,6	299,8	124,2	20,0	36,7	9,5	3,3	425,8	411,6	875,1	2 625,2	1 792,7
Dez.	351,0	456,1	270,7	119,0	17,3	36,4	9,4	3,2	368,8	347,6	891,5	2 625,2	1 795,5
2025 Jan.	393,4	438,2	255,3	116,3	17,7	35,7	9,4	3,8	427,9	405,4	901,2	2 649,6	1 809,6
Febr.	426,1	450,9	266,7	119,2	16,9	34,8	9,6	3,7	466,8	443,1	906,9	2 644,4	1 811,7
März	389,2	462,4	269,6	129,3	15,8	34,6	9,7	3,6	423,4	408,5	892,6	2 614,4	1 806,0
April	452,8	443,0	261,5	117,4	16,2	34,8	9,6	3,5	463,6	447,5	908,8	2 579,7	1 791,5
Mai	452,0	449,1	266,9	118,9	15,8	35,0	9,0	3,5	438,1	419,5	901,8	2 601,5	1 807,1
Juni	419,3	476,6	285,0	129,6	14,6	34,9	9,1	3,4	424,0	407,3	903,1	2 586,4	1 820,4
Juli	388,5	462,9	279,4	122,4	13,8	34,7	9,0	3,5	428,8	411,9	909,0	2 607,2	1 829,7
Aug.	415,3	481,9	298,0	120,9	15,9	35,0	8,7	3,5	444,4	436,4	906,7	2 583,6	1 834,2
Sept.	453,1	470,6	285,9	122,1	15,8	35,0	8,6	3,2	415,8	400,1	902,9	2 606,2	1 840,6
Okt.	462,7	462,8	287,1	114,4	15,4	34,7	8,2	3,1	605,3	592,9	912,0	2 646,0	1 860,8
Nov.	409,8	494,4	308,8	123,8	15,6	35,1	8,3	3,0	660,7	638,3	914,5	2 647,0	1 868,3
Dez.	355,3	464,0	280,4	122,1	16,0	34,4	8,1	2,9	560,3	545,3	861,7	2 634,3	1 867,0
2026 Jan.	462,1	463,8	278,2	122,7	16,4	34,7	8,3	3,5	635,0	608,7	890,8	2 659,6	1 880,7
Febr.	436,0	487,1	287,9	136,0	16,8	34,7	8,3	3,4	617,7	607,5	889,2	2 655,6	1 892,4
	Deutscher Beitrag (Mrd €)												
2024 Jan.	74,4	223,6	75,5	95,6	24,0	27,8	0,7	0,1	11,4	11,4	3,3	717,4	486,5
Febr.	72,0	228,4	78,6	98,8	21,6	28,6	0,6	0,1	12,4	12,4	3,3	727,1	494,5
März	74,0	234,4	79,3	103,5	22,5	28,3	0,6	0,1	11,0	10,9	3,5	727,8	501,4
April	71,2	218,0	72,0	97,9	19,3	28,2	0,6	0,1	10,6	10,6	3,7	737,0	505,8
Mai	74,7	227,7	83,8	96,1	18,9	28,2	0,6	0,1	10,3	10,3	3,8	738,4	508,7
Juni	70,5	236,9	85,4	103,0	19,9	27,9	0,5	0,1	11,1	11,1	4,0	741,5	506,2
Juli	64,4	217,3	71,8	97,3	19,9	27,6	0,5	0,1	11,9	11,9	4,2	731,6	506,8
Aug.	71,1	224,3	81,5	94,7	19,7	27,7	0,5	0,1	13,5	13,5	4,6	731,6	506,9
Sept.	65,6	231,9	83,1	102,8	17,8	27,6	0,5	0,1	10,8	10,8	4,9	730,4	508,9
Okt.	68,3	215,1	77,8	91,7	17,3	27,8	0,5	0,1	10,5	10,5	4,9	735,5	506,3
Nov.	62,5	225,5	87,6	92,6	17,3	27,5	0,5	0,1	7,9	7,9	4,7	733,1	504,6
Dez.	58,4	219,2	86,9	89,8	14,8	27,2	0,4	0,1	7,2	7,2	4,8	726,8	503,3
2025 Jan.	65,4	205,6	76,9	86,3	15,3	26,6	0,4	0,1	12,1	12,1	5,0	741,9	519,8
Febr.	79,0	213,7	84,5	88,2	14,6	25,9	0,5	0,1	13,2	13,2	5,0	746,8	520,8
März	57,8	223,7	85,3	98,8	13,5	25,6	0,5	0,1	11,3	11,3	5,3	757,8	530,0
April	55,4	206,4	77,8	88,5	13,8	25,8	0,5	0,1	15,8	15,7	5,7	740,9	524,0
Mai	59,2	211,0	82,6	88,6	13,4	25,8	0,5	0,0	15,3	15,2	5,8	741,1	521,0
Juni	54,7	226,1	87,6	100,1	12,2	25,6	0,5	0,0	14,4	14,4	5,8	741,4	528,2
Juli	49,8	208,5	78,7	92,1	11,8	25,3	0,4	0,0	12,1	12,1	5,8	742,8	534,6
Aug.	51,2	222,9	91,8	91,3	13,8	25,6	0,4	0,0	11,4	11,4	5,9	738,5	540,6
Sept.	52,8	212,7	83,0	90,1	13,6	25,6	0,4	0,0	12,3	12,2	5,8	748,4	547,0
Okt.	50,0	208,2	86,4	82,6	13,3	25,4	0,4	0,0	63,6	63,6	5,8	759,2	551,0
Nov.	42,3	223,1	91,2	92,5	13,5	25,6	0,4	0,0	56,2	56,2	5,7	762,3	550,3
Dez.	39,1	219,6	88,1	92,3	14,0	24,8	0,4	0,0	45,5	45,5	5,6	754,0	548,7
2026 Jan.	55,9	215,6	84,2	91,6	14,2	25,2	0,4	0,0	71,1	71,1	5,7	777,9	564,9
Febr.	52,4	232,8	91,4	101,3	14,6	25,1	0,4	0,0	64,1	64,1	5,8	779,2	566,8

***** Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosystem). **1** Quelle: EZB. **2** In Deutschland nur Spareinlagen. **3** Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. **4** In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. **5** Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. **6** Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. **7** Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. **8** Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Anm. 4, S. 10•). **9** Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

verschreibungen (netto) [3]						sonstige Passivpositionen		Nachrichtlich					
mit Laufzeit			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet [5]	Kapital und Rücklagen [6]	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten			Geldmengenaggregate [7] (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)					
bis zu 1 Jahr [4]	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren				insgesamt [8]	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten [9]	M1 [10]	M2 [11]	M3 [12]	Geldkapitalbildung [13]	Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) [14]	Stand am Monatsende
Euroraum (Mrd €) [1]													
37,4	35,6	2 448,4	5 339,1	3 007,5	110,7	4 513,4	0,0	10 210,4	15 022,8	16 055,5	7 384,2	180,3	2024 Jan.
28,6	35,8	2 464,5	5 444,9	2 969,3	101,1	4 596,3	0,0	10 179,9	15 035,5	16 051,4	7 364,1	182,7	Febr.
21,1	39,4	2 497,8	5 481,5	3 030,9	106,5	4 549,5	0,0	10 237,9	15 139,1	16 180,4	7 467,7	179,9	März
26,2	39,1	2 522,4	5 469,3	3 025,4	107,6	4 703,2	0,0	10 220,3	15 119,2	16 203,7	7 481,3	187,7	April
15,4	42,1	2 514,4	5 465,9	3 025,0	103,9	4 661,7	0,0	10 250,0	15 175,5	16 232,8	7 476,0	173,8	Mai
12,0	43,1	2 524,7	5 424,7	3 062,8	68,0	4 506,7	0,0	10 396,0	15 345,1	16 396,3	7 529,8	177,9	Juni
13,1	42,6	2 523,0	5 384,4	3 121,6	99,5	4 532,3	0,0	10 312,0	15 272,3	16 386,4	7 578,8	177,5	Juli
– 1,2	50,7	2 525,8	5 342,0	3 143,2	35,2	4 450,2	0,0	10 378,6	15 353,6	16 480,2	7 600,0	178,2	Aug.
3,5	54,1	2 531,2	5 409,2	3 203,4	36,0	4 563,5	0,0	10 404,0	15 404,1	16 524,5	7 679,0	178,9	Sept.
3,4	54,2	2 555,3	5 390,7	3 257,5	40,8	4 631,0	0,0	10 398,7	15 387,2	16 547,8	7 752,8	177,2	Okt.
– 6,5	53,4	2 578,4	5 593,5	3 280,2	0,9	4 843,2	0,0	10 594,0	15 568,9	16 740,0	7 806,5	182,4	Nov.
0,5	49,3	2 575,4	5 374,0	3 302,6	2,7	4 950,2	0,0	10 661,7	15 662,3	16 832,0	7 844,2	179,1	Dez.
– 7,1	51,2	2 605,5	5 615,7	3 380,3	47,1	5 203,1	0,0	10 522,7	15 528,9	16 738,9	7 946,0	182,1	2025 Jan.
– 16,6	49,4	2 611,7	5 737,0	3 385,1	52,1	4 659,2	0,0	10 567,9	15 555,0	16 765,4	7 960,1	174,5	Febr.
– 13,8	44,9	2 583,4	5 658,4	3 405,4	63,0	4 611,4	0,0	10 626,3	15 636,7	16 801,0	7 950,5	175,5	März
– 6,1	42,0	2 543,8	5 564,4	3 405,5	66,3	4 920,2	0,0	10 700,2	15 652,3	16 866,0	7 903,3	174,7	April
– 13,7	42,7	2 572,5	5 578,8	3 411,8	82,6	4 703,4	0,0	10 806,1	15 743,1	16 930,6	7 944,3	174,8	Mai
– 16,1	41,2	2 561,3	5 543,5	3 380,9	91,2	4 741,8	0,0	10 850,4	15 746,8	16 921,1	7 910,0	179,7	Juni
– 16,4	41,9	2 581,7	5 565,6	3 404,9	101,5	4 766,2	0,0	10 837,8	15 755,2	16 944,9	7 955,9	181,1	Juli
– 25,5	41,8	2 567,3	5 597,4	3 420,4	63,4	4 833,6	0,0	10 883,1	15 789,4	16 950,5	7 955,8	183,8	Aug.
– 17,9	41,0	2 583,1	5 497,7	3 537,2	120,4	4 739,9	0,0	10 912,1	15 804,0	16 977,5	8 094,0	182,4	Sept.
– 9,8	40,5	2 615,3	5 634,1	3 624,8	– 6,6	4 665,1	0,0	10 950,8	15 864,1	17 045,7	8 216,8	183,0	Okt.
– 13,4	39,7	2 620,7	5 689,6	3 699,8	– 30,1	4 939,7	0,0	11 097,9	16 047,4	17 243,6	8 319,0	189,2	Nov.
– 8,4	37,4	2 605,3	5 502,1	3 750,2	– 23,5	4 841,2	0,0	11 160,2	16 146,7	17 271,1	8 366,6	183,2	Dez.
– 6,3	39,0	2 626,9	5 724,5	3 973,1	– 34,4	5 415,0	0,0	11 158,9	16 153,3	17 313,1	8 617,4	188,0	2026 Jan.
– 20,4	40,0	2 635,9	5 871,0	4 052,6	6,9	5 387,7	0,0	11 163,6	16 180,6	17 311,6	8 707,5	183,4	Febr.
Deutscher Beitrag (Mrd €)													
46,9	25,6	645,0	967,8	758,4	– 959,8	2 586,3	536,2	2 577,9	3 744,3	3 831,5	2 032,8	0,0	2024 Jan.
46,4	26,4	654,4	1 024,7	731,1	– 992,0	2 646,3	538,6	2 559,6	3 745,7	3 834,2	2 015,6	0,0	Febr.
45,7	26,7	655,4	1 022,6	744,6	– 988,1	2 590,4	541,5	2 562,4	3 767,6	3 854,5	2 033,5	0,0	März
40,9	26,3	669,7	987,7	747,2	– 960,2	2 676,0	543,3	2 558,3	3 764,4	3 846,0	2 053,2	0,0	April
39,6	25,8	673,1	1 001,7	746,9	– 986,7	2 623,7	545,7	2 585,2	3 792,3	3 871,8	2 059,4	0,0	Mai
43,9	25,7	671,9	1 015,1	777,5	– 1 013,2	2 534,5	547,3	2 587,0	3 792,0	3 876,7	2 090,4	0,0	Juni
40,7	25,6	665,3	951,2	798,5	– 972,6	2 430,1	550,2	2 579,4	3 789,3	3 871,6	2 104,4	0,0	Juli
42,8	24,8	664,0	949,8	808,5	– 1 038,9	2 372,7	554,4	2 633,2	3 849,0	3 934,8	2 112,8	0,0	Aug.
45,8	23,9	660,7	1 003,0	830,4	– 1 045,3	2 434,4	558,3	2 639,6	3 861,4	3 946,7	2 132,3	0,0	Sept.
43,4	22,1	670,1	971,7	849,3	– 1 023,0	2 540,8	561,3	2 645,2	3 861,7	3 942,5	2 161,4	0,0	Okt.
45,7	21,3	666,1	997,5	847,8	– 1 020,3	2 637,3	563,4	2 703,9	3 907,1	3 986,7	2 167,3	0,0	Nov.
45,5	19,6	661,7	982,2	861,7	– 1 022,7	2 881,3	567,2	2 719,8	3 907,7	3 984,7	2 186,6	0,0	Dez.
48,8	18,8	674,4	1 014,4	889,6	– 1 011,8	3 086,9	566,3	2 693,9	3 882,0	3 966,6	2 225,8	0,0	2025 Jan.
50,5	18,6	677,7	1 040,9	877,9	– 1 028,7	2 558,8	568,0	2 727,7	3 908,6	3 996,0	2 217,1	0,0	Febr.
65,0	17,3	675,6	1 043,5	883,9	– 1 013,6	2 537,0	569,9	2 725,1	3 906,6	4 005,4	2 223,0	0,0	März
56,6	16,8	667,5	1 009,9	886,3	– 997,8	2 743,5	571,5	2 764,4	3 928,2	4 023,2	2 218,2	0,0	April
47,9	17,1	676,2	1 001,9	889,3	– 1 008,1	2 571,3	573,7	2 786,4	3 935,7	4 021,6	2 232,7	0,0	Mai
53,5	16,9	671,0	1 029,7	887,5	– 996,2	2 522,3	575,6	2 783,1	3 925,4	4 016,1	2 229,5	0,0	Juni
49,9	17,8	675,1	1 008,5	890,9	– 993,7	2 635,4	578,6	2 795,2	3 929,6	4 015,1	2 238,0	0,0	Juli
50,8	18,0	669,7	1 023,7	897,5	– 1 022,3	2 776,4	582,0	2 812,3	3 944,3	4 030,4	2 239,0	0,0	Aug.
53,5	18,6	676,3	1 026,1	937,1	– 983,2	2 633,1	585,6	2 813,7	3 933,5	4 023,7	2 286,7	0,0	Sept.
50,1	19,2	689,9	1 021,6	961,2	– 1 025,7	2 483,5	588,5	2 851,2	3 988,1	4 126,8	2 324,7	0,0	Okt.
52,1	19,8	690,4	1 034,8	978,4	– 1 020,7	2 730,8	590,2	2 900,1	4 046,6	4 180,5	2 343,7	0,0	Nov.
48,6	20,2	685,2	978,6	997,0	– 1 023,4	2 774,5	593,1	2 908,4	4 044,4	4 164,4	2 359,8	0,0	Dez.
47,9	20,2	709,8	1 060,8	1 062,1	– 1 021,9	3 139,3	595,9	2 904,9	4 035,0	4 179,8	2 451,0	0,0	2026 Jan.
46,7	20,8	711,8	1 101,1	1 090,4	– 1 029,4	3 190,3	597,2	2 905,8	4 045,8	4 183,1	2 482,4	0,0	Febr.

dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). **10** Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für den Euroraum) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. **11** M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten) sowie (für den Euroraum) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. **12** M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. **13** Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. **14** Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

3. Liquiditätsposition des Bankensystems *)
Bestände der Deutschen Bundesbank

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren						
			Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				
	Nettoaktiva in Gold und Devisen 2)	Nettoaktiva in Euro 2)	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Geldpolitische Wertpapierbestände	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 5)
2024 Sept.	49,7	– 48,6	0,6	13,3	0,0	943,3	0,0
Okt.	49,8	– 49,2	1,0	8,8	0,0	929,0	0,0
Nov.	.	.	.	.	.	.	.
Dez.	49,9	– 50,0	2,0	8,4	0,0	917,7	0,0
2025 Jan.	.	.	.	.	.	.	.
Febr.	50,0	– 54,5	1,0	3,5	0,0	907,0	0,0
März	50,5	– 48,5	0,7	3,2	0,1	886,5	0,0
April	50,4	– 37,7	0,9	2,6	0,0	864,6	0,0
Mai	.	.	.	.	.	.	.
Juni	51,2	– 39,8	1,1	2,6	0,0	847,3	0,0
Juli	51,4	– 45,3	1,2	2,4	0,0	836,7	0,0
Aug.	.	.	.	.	.	.	.
Sept.	51,2	– 43,3	1,2	2,9	0,0	823,4	0,0
Okt.	.	.	.	.	.	.	.
Nov.	51,4	– 44,8	1,7	3,1	0,1	803,2	0,0
Dez.	51,6	– 68,9	1,7	2,9	0,2	792,8	0,0
2026 Jan.	.	.	.	.	.	.	.
Febr. p)	51,1	– 65,1	3,0	3,2	0,0	787,4	0,0
März p)	51,3	– 58,3	1,7	3,1	0,0	769,3	0,0

Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)	Liquiditätsabsorbierende Faktoren						
	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems						
	Einlagefazilität	Sonstige liquiditätsabsorbierende Geschäfte	Banknotenumlauf 2) 3)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige autonome Faktoren (netto) 2) 3)	Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschließlich Mindestreserven)	Basisgeld 2) 4)
2024 Sept.	1 044,7	0,0	935,9	11,4	– 1 080,3	46,6	2 027,2
Okt.	1 031,5	0,0	941,1	11,7	– 1 090,6	45,7	2 018,3
Nov.	.	.	.	.	.	.	.
Dez.	1 017,3	0,0	945,5	11,4	– 1 092,3	46,1	2 008,9
2025 Jan.	.	.	.	.	.	.	.
Febr.	980,6	0,0	952,4	14,0	– 1 087,9	48,1	1 981,0
März	991,1	0,0	951,5	14,0	– 1 111,2	47,0	1 989,6
April	976,8	0,0	955,0	11,9	– 1 109,7	46,8	1 978,6
Mai	.	.	.	.	.	.	.
Juni	973,8	0,0	959,4	10,4	– 1 128,7	47,6	1 980,8
Juli	918,9	0,0	965,0	10,4	– 1 095,3	47,5	1 931,4
Aug.	.	.	.	.	.	.	.
Sept.	904,7	0,0	971,2	11,0	– 1 099,0	47,4	1 923,3
Okt.	.	.	.	.	.	.	.
Nov.	862,0	0,0	976,1	11,0	– 1 083,1	48,6	1 886,7
Dez.	826,6	0,0	981,7	10,7	– 1 085,8	47,2	1 855,5
2026 Jan.	.	.	.	.	.	.	.
Febr. p)	807,4	0,0	986,0	11,2	– 1 073,1	48,0	1 841,4
März p)	783,1	0,0	985,9	11,0	– 1 060,4	47,6	1 816,5

Die Angaben sind dem Ausweis der Bundesbank entnommen. Ab der Ausgabe März 2026 des Monatsberichts erfolgt die Darstellung der Bilanzpositionen des Eurosystems in einer geänderten Kategorisierung, die der im Economic Bulletin der EZB ab Ausgabe 8/2025 verwendeten Systematik entspricht. Ausführliche Erläuterungen hierzu entnehmen Sie bitte unter: https://www.ecb.europa.eu/press/economic-bulletin/focus/2026/html/ecb.ebbox202508_08~f57e54bfcb.en.html Die Zeitreihen zum konsolidierten Ausweis des Eurosystems sind im Data Portal der EZB verfügbar: https://data.ecb.europa.eu/publications/ecbeurosystem-policy-and-exchange-rates/3030613
Abweichungen in den Summen ergeben sich aus der Rundung der Zahlen. **1** Die ausgewiesenen Werte entsprechen den Tagesdurchschnitten der im jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. In Monaten, in denen keine Mindestreserve-Erfüllungsperiode endet, werden keine Werte ausgewiesen. **2** Die Berechnungen wurden an die in 2025 veränderte Berechnungsmethodik der autonomen Faktoren angepasst. **3** Einschließlich intra-Eurosystem Forderungen und Verbindlichkeiten. **4** Berechnet als Summe der Positionen "Einlagefazilität", "Banknotenumlauf" und "Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten". **5** Einschließlich der durch Devisenswapgeschäfte des Euroraums abgeschöpften Liquidität.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

Veränderungen der Deutschen Bundesbank

| Liquiditätszuführende Faktoren | | |

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II
Eurosystem [1]									
2025 Sept. 19.	6 070,5	972,5	493,0	224,4	268,5	20,1	29,5	29,5	–
26.	6 070,8	972,5	494,5	224,3	270,3	18,8	30,6	30,6	–
Okt. 3.	6 209,2	1 128,5	494,2	224,2	270,0	18,6	29,7	29,7	–
10.	6 199,3	1 128,5	492,9	224,2	268,6	20,9	29,2	29,2	–
17.	6 192,4	1 128,5	492,8	224,2	268,6	21,7	29,5	29,5	–
24.	6 195,4	1 128,6	494,2	224,2	270,0	21,1	30,0	30,0	–
31.	6 170,9	1 128,6	494,1	224,3	269,8	21,5	29,3	29,3	–
Nov. 7.	6 156,7	1 128,6	494,6	224,7	269,9	22,3	29,3	29,3	–
14.	6 157,7	1 128,6	496,7	224,4	272,3	21,3	29,3	29,3	–
21.	6 152,4	1 128,6	497,4	224,4	273,0	21,0	29,9	29,9	–
28.	6 143,7	1 128,6	497,4	224,4	272,9	21,3	30,2	30,2	–
Dez. 5.	6 131,4	1 128,6	499,8	224,4	275,4	19,3	30,2	30,2	–
12.	6 129,2	1 128,6	500,3	224,7	275,6	19,1	30,3	30,3	–
19.	6 134,8	1 128,6	502,1	224,8	277,3	17,5	30,0	30,0	–
26.	6 163,8	1 128,6	501,6	224,5	277,1	17,6	33,9	33,9	–
2026 Jan. 2.	6 321,4	1 279,6	505,4	226,9	278,5	17,1	37,8	37,8	–
9.	6 291,2	1 279,5	504,7	226,9	277,9	17,2	34,8	34,8	–
16.	6 280,7	1 279,5	506,0	226,8	279,2	18,0	34,2	34,2	–
23.	6 278,4	1 279,5	507,3	226,6	280,7	17,3	35,3	35,3	–
30.	6 290,0	1 279,5	506,2	226,5	279,8	18,7	34,6	34,6	–
Febr. 6.	6 256,0	1 279,5	507,2	226,5	280,7	18,1	35,5	35,5	–
13.	6 242,9	1 279,5	506,8	226,6	280,2	19,2	34,7	34,7	–
20.	6 234,5	1 279,5	507,4	226,6	280,8	19,5	35,6	35,6	–
27.	6 226,8	1 279,5	508,2	226,6	281,6	19,6	36,1	36,1	–
März 6.	6 176,5	1 279,5	509,4	226,6	282,8	18,5	36,3	36,3	–
13.	6 168,3	1 279,5	508,9	226,6	282,3	18,7	35,8	35,8	–
20.	6 155,3	1 279,5	508,4	226,6	281,8	19,2	36,6	36,6	–
27.	6 162,1	1 279,5	510,7	226,4	284,3	18,3	37,3	37,3	–
April 3.	6 253,4	1 392,7	516,5	229,5	287,0	18,4	36,3	36,3	–
10.	6 246,9	1 392,7	517,7	229,5	288,2	17,3	35,9	35,9	–
Deutsche Bundesbank									
2025 Sept. 19.	2 302,5	301,6	86,3	54,9	31,4	1,5	0,1	0,1	–
26.	2 284,6	301,6	86,3	54,8	31,5	1,5	0,0	0,0	–
Okt. 3.	2 360,2	350,0	86,6	54,6	32,0	0,6	0,5	0,5	–
10.	2 366,9	350,0	86,1	54,6	31,5	1,7	0,1	0,1	–
17.	2 316,4	350,0	86,5	54,6	31,9	1,0	0,0	0,0	–
24.	2 324,5	350,0	86,6	54,6	32,0	1,0	0,1	0,1	–
31.	2 335,3	350,0	85,8	54,6	31,2	1,6	0,2	0,2	–
Nov. 7.	2 343,8	350,0	85,7	54,7	31,0	1,5	0,2	0,2	–
14.	2 339,1	350,0	87,0	54,6	32,4	1,1	0,1	0,1	–
21.	2 331,7	350,0	86,2	54,6	31,5	1,2	0,1	0,1	–
28.	2 322,0	350,0	86,6	54,6	32,0	1,0	0,1	0,1	–
Dez. 5.	2 335,1	350,0	86,7	54,6	32,1	1,1	0,1	0,1	–
12.	2 330,6	350,0	87,0	54,8	32,2	0,8	0,1	0,1	–
19.	2 320,1	350,0	86,8	54,9	31,9	0,9	0,1	0,1	–
26.	2 315,6	350,0	86,7	54,8	31,9	0,9	3,9	3,9	–
2026 Jan. 2.	2 390,4	395,2	86,6	54,7	31,8	0,9	4,0	4,0	–
9.	2 385,9	395,2	85,9	54,7	31,1	0,9	0,1	0,1	–
16.	2 353,2	395,2	86,6	54,7	31,9	1,2	0,1	0,1	–
23.	2 342,6	395,2	86,4	54,6	31,8	1,4	0,1	0,1	–
30.	2 353,8	395,2	86,7	54,5	32,2	1,1	0,1	0,1	–
Febr. 6.	2 343,6	395,2	87,1	54,6	32,5	0,6	0,1	0,1	–
13.	2 367,3	395,2	86,4	54,6	31,8	1,3	0,1	0,1	–
20.	2 335,4	395,2	86,5	54,6	31,9	1,2	0,1	0,1	–
27.	2 321,6	395,2	86,7	54,6	32,1	1,0	0,0	0,0	–
März 6.	2 316,0	395,2	87,1	54,6	32,5	0,8	0,0	0,0	–
13.	2 309,6	395,2	87,1	54,6	32,5	0,8	–	–	–
20.	2 303,9	395,2	86,3	54,6	31,7	1,4	–	–	–
27.	2 295,3	395,2	88,2	54,5	33,6	0,9	–	–	–
April 3.	2 356,0	430,2	87,8	55,3	32,6	1,3	–	–	–
10.	2 362,5	430,2	88,5	55,3	33,2	0,8	–	–	–

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/ Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag
insgesamt	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerungsoperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere			
Eurosystem [1]													
20,4	8,1	12,3	–	–	0,0	–	27,5	4 180,9	3 880,2	300,8	20,2	306,4	2025 Sept. 19.
24,5	12,1	12,3	–	–	0,0	–	30,9	4 174,8	3 873,5	301,4	20,2	304,0	26.
19,9	8,8	11,0	–	–	–	–	28,1	4 168,2	3 865,6	302,7	20,2	301,8	Okt. 3.
19,5	8,5	11,0	–	–	0,0	–	32,2	4 155,5	3 852,6	302,9	20,2	300,3	10.
19,2	8,2	11,0	–	–	0,0	–	28,6	4 143,9	3 838,5	305,4	20,2	307,9	17.
22,2	11,1	11,0	–	–	0,1	–	33,7	4 138,0	3 831,4	306,6	20,2	307,5	24.
23,6	13,5	9,8	–	–	0,3	–	32,7	4 115,4	3 807,7	307,7	20,2	305,6	31.
20,4	10,6	9,8	–	–	–	–	23,6	4 112,0	3 802,2	309,7	20,2	305,8	Nov. 7.
19,9	9,8	9,8	–	–	0,2	–	19,9	4 111,3	3 800,5	310,9	20,2	310,5	14.
22,1	11,5	9,8	–	–	0,7	–	20,1	4 100,7	3 789,2	311,6	20,2	312,6	21.
24,6	12,1	11,2	–	–	1,4	–	20,5	4 082,1	3 769,2	312,9	20,2	318,9	28.
20,1	8,9	11,2	–	–	–	–	22,3	4 072,4	3 757,0	315,4	20,2	318,6	Dez. 5.
19,1	8,0	11,2	–	–	–	–	22,9	4 072,8	3 755,2	317,6	20,2	315,9	12.
25,3	14,2	11,2	–	–	0,0	–	24,0	4 070,3	3 751,6	318,7	20,2	316,8	19.
36,7	25,0	11,7	–	–	–	–	32,6	4 070,2	3 751,5	318,7	20,2	322,4	26.
36,7	25,0	11,7	–	–	0,0	–	25,1	4 068,7	3 745,5	323,3	19,7	331,3	2026 Jan. 2.
22,7	10,9	11,7	–	–	–	–	21,8	4 068,3	3 742,9	325,4	19,7	322,5	9.
22,6	10,9	11,7	–	–	0,0	–	33,0	4 052,9	3 728,9	324,1	19,7	314,7	16.
22,5	10,7	11,7	–	–	0,0	–	26,1	4 051,9	3 726,6	325,3	19,7	318,9	23.
24,3	12,5	11,8	–	–	–	–	35,5	4 047,6	3 721,4	326,2	19,7	324,0	30.
21,0	9,2	11,8	–	–	0,0	–	27,3	4 029,1	3 701,8	327,3	19,7	318,5	Febr. 6.
20,2	8,5	11,8	–	–	–	–	22,7	4 024,2	3 696,1	328,1	19,7	315,8	13.
24,2	12,4	11,8	–	–	–	–	22,4	4 010,1	3 679,4	330,7	19,7	316,1	20.
23,7	12,8	10,9	–	–	–	–	29,9	3 988,5	3 655,9	332,6	19,7	321,7	27.
20,1	9,3	10,9	–	–	0,0	–	33,6	3 965,7	3 633,5	332,2	19,7	293,6	März 6.
21,1	10,2	10,9	–	–	–	–	24,8	3 960,2	3 626,5	333,7	19,7	299,6	13.
21,7	10,8	10,9	–	–	–	–	24,3	3 951,3	3 615,7	335,6	19,7	294,6	20.
28,0	17,1	10,9	–	–	0,1	–	15,5	3 948,9	3 612,0	336,8	19,7	304,3	27.
22,6	10,8	11,8	–	–	–	–	18,7	3 928,8	3 591,4	337,3	19,7	299,8	April 3.
23,7	11,9	11,8	–	–	–	–	22,4	3 914,7	3 577,5	337,2	19,7	302,9	10.
Deutsche Bundesbank													
4,9	1,9	3,0	–	–	0,0	–	6,6	812,1	812,1	–	4,0	1 085,5	2025 Sept. 19.
5,0	2,0	3,0	–	–	0,0	–	5,7	811,6	811,6	–	4,0	1 068,9	26.
4,4	1,3	3,1	–	–	–	–	9,3	809,8	809,8	–	4,0	1 095,1	Okt. 3.
4,6	1,4	3,1	–	–	0,0	–	6,5	797,5	797,5	–	4,0	1 116,5	10.
4,9	1,8	3,1	–	–	0,0	–	6,5	796,5	796,5	–	4,0	1 067,0	17.
5,1	2,0	3,1	–	–	0,1	–	6,9	796,1	796,1	–	4,0	1 074,7	24.
5,0	1,7	3,0	–	–	0,3	–	9,1	795,8	795,8	–	4,0	1 083,8	31.
4,6	1,6	3,0	–	–	–	–	5,0	795,7	795,7	–	4,0	1 097,0	Nov. 7.
4,4	1,4	3,0	–	–	–	–	4,4	795,0	795,0	–	4,0	1 093,1	14.
5,6	1,9	3,0	–	–	0,7	–	4,2	793,0	793,0	–	4,0	1 087,4	21.
6,5	2,3	2,9	–	–	1,4	–	4,5	792,6	792,6	–	4,0	1 076,8	28.
4,5	1,6	2,9	–	–	0,0	–	3,8	791,9	791,9	–	4,0	1 093,0	Dez. 5.
4,1	1,2	2,9	–	–	–	–	4,1	790,4	790,4	–	4,0	1 090,2	12.
4,7	1,8	2,9	–	–	–	–	4,7	790,4	790,4	–	4,0	1 078,7	19.
8,4	5,3	3,2	–	–	–	–	7,6	790,4	790,4	–	4,0	1 063,7	26.
8,4	5,3	3,2	–	–	–	–	5,4	789,4	789,4	–	3,6	1 097,0	2026 Jan. 2.
5,1	1,9	3,2	–	–	–	–	4,2	788,8	788,8	–	3,6	1 102,3	9.
5,3	2,1	3,2	–	–	0,0	–	3,6	786,9	786,9	–	3,6	1 070,8	16.
5,5	2,3	3,2	–	–	0,0	–	3,3	785,9	785,9	–	3,6	1 061,3	23.
5,3	2,2	3,1	–	–	–	–	4,2	785,3	785,3	–	3,6	1 072,4	30.
5,0	1,9	3,1	–	–	0,0	–	3,5	784,7	784,7	–	3,6	1 063,8	Febr. 6.
5,1	2,0	3,1	–	–	–	–	3,7	784,3	784,3	–	3,6	1 087,7	13.
5,1	2,0	3,1	–	–	–	–	4,0	770,2	770,2	–	3,6	1 069,6	20.
4,9	1,8	3,1	–	–	–	–	5,7	769,5	769,5	–	3,6	1 055,1	27.
4,5	1,4	3,1	–	–	0,0	–	4,1	769,1	769,1	–	3,6	1 051,6	März 6.
4,6	1,5	3,1	–	–	–	–	4,0	765,1	765,1	–	3,6	1 049,2	13.
5,0	1,9	3,1	–	–	–	–	2,9	761,5	761,5	–	3,6	1 048,0	20.
5,2	2,0	3,1	–	–	0,0	–	1,0	760,7	760,7	–	3,6	1 040,6	27.
4,6	1,5	3,1	–	–	–	–	2,6	758,9	758,9	–	3,6	1 067,0	April 3.
4,9	1,8	3,1	–	–	–	–	4,1	747,2	747,2	–	3,6	1 083,3	10.

-preisen bewertet. **1** Quelle: EZB.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag	Passiva insgesamt	Banknotenumlauf 1)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet						Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet		
			insgesamt	Einlagen auf Girokonten (einschl. Mindestreservegutheben)	Einlagefazilität	Termineinlagen	Verbindlichkeiten aus Geschäften mit Rücknahmevereinbarung	Einlagen aus dem Margenausgleich			insgesamt	Einlagen von öffentlichen Haushalten	Sonstige Verbindlichkeiten
Eurosystem 3)													
2025 Sept. 19.	6 070,5	1 589,1	2 782,3	184,2	2 598,0	–	–	–	8,5	–	182,0	116,8	65,2
26.	6 070,8	1 589,1	2 785,2	158,9	2 626,3	–	–	–	8,7	–	179,3	118,5	60,8
Okt. 3.	6 209,2	1 591,4	2 768,4	175,9	2 592,5	–	–	–	9,0	–	191,7	118,7	73,0
10.	6 199,3	1 590,6	2 752,9	162,0	2 590,9	–	–	–	9,6	–	190,3	116,8	73,6
17.	6 192,4	1 590,7	2 730,7	160,6	2 570,1	–	–	–	9,8	–	191,4	117,2	74,1
24.	6 195,4	1 589,5	2 734,9	166,6	2 568,3	–	–	–	9,7	–	181,2	109,1	72,2
31.	6 170,9	1 591,7	2 663,6	216,8	2 446,8	–	–	–	9,4	–	230,0	120,9	109,1
Nov. 7.	6 156,7	1 591,7	2 680,9	178,1	2 502,8	–	–	–	9,1	–	208,5	101,5	107,0
14.	6 157,7	1 591,5	2 677,8	168,2	2 509,6	–	–	–	9,1	–	202,5	99,8	102,7
21.	6 152,4	1 591,4	2 666,5	166,5	2 500,0	–	–	–	10,6	–	213,9	103,0	110,9
28.	6 143,7	1 595,3	2 636,0	171,8	2 464,2	–	–	–	11,2	–	213,2	109,7	103,6
Dez. 5.	6 131,4	1 600,6	2 627,0	167,5	2 459,5	–	–	–	11,4	–	207,6	106,3	101,4
12.	6 129,2	1 605,0	2 629,9	164,6	2 465,3	–	–	–	12,0	–	203,2	105,2	98,0
19.	6 134,8	1 612,1	2 630,4	199,2	2 431,2	–	–	–	12,7	–	188,7	83,0	105,7
26.	6 163,8	1 620,2	2 623,0	253,7	2 369,4	–	–	–	12,0	–	198,3	91,1	107,3
2026 Jan. 2.	6 321,4	1 628,5	2 636,6	154,4	2 482,2	–	–	–	11,1	–	196,6	91,1	105,6
9.	6 291,2	1 621,3	2 652,7	151,7	2 501,0	–	–	–	10,8	–	188,4	86,6	101,7
16.	6 280,7	1 615,0	2 639,4	152,6	2 486,8	–	–	–	10,5	–	194,8	96,5	98,3
23.	6 278,4	1 609,2	2 629,1	153,8	2 475,3	–	–	–	9,9	–	207,6	111,5	96,1
30.	6 290,0	1 608,7	2 618,4	157,7	2 460,7	–	–	–	10,4	–	218,1	122,3	95,8
Febr. 6.	6 256,0	1 607,0	2 606,2	181,7	2 424,5	–	–	–	10,4	–	202,8	113,0	89,8
13.	6 242,9	1 606,3	2 618,5	179,1	2 439,4	–	–	–	10,1	–	194,7	104,2	90,6
20.	6 234,5	1 604,9	2 599,7	167,0	2 432,7	–	–	–	10,7	–	195,8	108,6	87,2
27.	6 226,8	1 606,0	2 574,2	173,9	2 400,3	–	–	–	10,7	–	201,7	112,8	88,9
März 6.	6 176,5	1 607,8	2 560,9	167,9	2 393,0	–	–	–	11,0	–	200,6	106,7	93,9
13.	6 168,3	1 609,2	2 552,5	171,3	2 381,2	–	–	–	11,4	–	195,0	100,4	94,5
20.	6 155,3	1 609,7	2 535,9	200,1	2 335,8	–	–	–	11,0	–	207,9	100,5	107,4
27.	6 162,1	1 612,8	2 535,9	174,9	2 361,0	–	–	–	10,4	–	209,0	107,4	101,6
April 3.	6 253,4	1 619,0	2 505,0	175,5	2 329,4	–	–	–	10,6	–	206,2	99,2	107,0
10.	6 246,9	1 617,0	2 506,9	174,4	2 332,4	–	–	–	9,6	–	200,9	97,3	103,6
Deutsche Bundesbank													
2025 Sept. 19.	2 302,5	391,5	923,5	48,5	875,0	–	–	–	1,4	–	24,4	16,3	8,1
26.	2 284,6	392,3	909,2	40,5	868,7	–	–	–	1,5	–	21,8	13,7	8,1
Okt. 3.	2 360,2	391,1	931,1	58,0	873,0	–	–	–	1,9	–	19,3	9,9	9,4
10.	2 366,9	390,8	932,1	43,4	888,7	–	–	–	1,7	–	23,5	14,9	8,6
17.	2 316,4	391,3	889,3	41,6	847,7	–	–	–	1,5	–	16,5	8,7	7,7
24.	2 324,5	391,3	896,4	45,4	851,0	–	–	–	1,5	–	18,1	10,3	7,7
31.	2 335,3	390,0	876,8	73,1	803,7	–	–	–	1,4	–	49,4	8,8	40,6
Nov. 7.	2 343,8	390,2	891,0	50,6	840,5	–	–	–	1,5	–	47,4	8,4	39,0
14.	2 339,1	390,5	872,7	46,2	826,5	–	–	–	1,6	–	45,6	11,9	33,8
21.	2 331,7	390,6	875,6	43,3	832,3	–	–	–	3,0	–	45,5	11,3	34,2
28.	2 322,0	390,8	865,9	47,5	818,4	–	–	–	2,7	–	41,3	8,4	32,9
Dez. 5.	2 335,1	392,8	878,7	43,1	835,6	–	–	–	2,9	–	42,7	11,8	30,8
12.	2 330,6	394,4	867,7	43,2	824,4	–	–	–	3,0	–	47,3	15,8	31,4
19.	2 320,1	397,3	855,2	58,8	796,4	–	–	–	2,9	–	41,7	7,3	34,4
26.	2 315,6	400,0	842,8	70,7	772,1	–	–	–	2,7	–	46,4	13,0	33,4
2026 Jan. 2.	2 390,4	391,4	872,7	41,0	831,7	–	–	–	2,9	–	44,4	11,2	33,2
9.	2 385,9	388,1	878,7	39,5	839,1	–	–	–	2,9	–	44,0	12,1	31,9
16.	2 353,2	386,8	849,4	38,6	810,9	–	–	–	2,9	–	39,1	9,8	29,2
23.	2 342,6	386,0	834,3	37,8	796,5	–	–	–	2,9	–	45,1	17,5	27,6
30.	2 353,8	388,6	852,1	41,3	810,8	–	–	–	2,9	–	36,9	8,5	28,4
Febr. 6.	2 343,6	388,6	858,1	47,0	811,1	–	–	–	3,1	–	32,8	8,7	24,2
13.	2 367,3	389,1	876,5	49,4	827,1	–	–	–	2,9	–	34,2	10,7	23,5
20.	2 335,4	388,6	842,0	45,3	796,6	–	–	–	2,9	–	36,6	13,4	23,2
27.	2 321,6	388,4	824,6	48,7	776,0	–	–	–	2,6	–	39,0	15,9	23,1
März 6.	2 316,0	389,2	823,6	42,8	780,8	–	–	–	2,7	–	42,1	13,5	28,6
13.	2 309,6	389,9	813,5	43,4	770,0	–	–	–	2,9	–	35,2	7,8	27,4
20.	2 303,9	390,1	810,9	55,4	755,5	–	–	–	2,8	–	42,4	7,5	34,9
27.	2 295,3	391,2	797,6	48,6	749,0	–	–	–	2,6	–	42,3	10,4	31,9
April 3.	2 356,0	392,5	830,0	47,5	782,5	–	–	–	2,6	–	41,0	8,4	32,6
10.	2 362,5	391,9	835,8	44,7	791,1	–	–	–	2,5	–	41,0	10,2	30,8

***** Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. **1** Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ausgewiesen. Die verbleibenden 92 % des Wertes am in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva [2]	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten [1]	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklagen [4]		Stand am Ausweisstichtag
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II					insgesamt	darunter: Verlustvortrag [5]	
Eurosystem [3]											
141,5	14,8	2,5	2,5	–	170,8	194,7	–	947,5	37,0	.	2025 Sept. 19.
141,5	15,0	2,6	2,6	–	170,8	194,1	–	947,5	37,0	.	26.
135,0	15,0	2,2	2,2	–	170,1	189,4	–	1 100,0	36,9	.	Okt. 3.
126,9	15,4	2,6	2,6	–	170,1	203,9	–	1 100,0	36,9	.	10.
135,1	16,1	2,5	2,5	–	170,1	209,0	–	1 100,0	36,9	.	17.
139,9	16,8	2,8	2,8	–	170,1	213,6	–	1 100,0	36,9	.	24.
141,2	16,9	2,5	2,5	–	170,1	208,6	–	1 100,0	36,9	.	31.
142,6	17,5	2,8	2,8	–	170,1	196,5	–	1 100,0	36,9	.	Nov. 7.
151,6	17,2	3,3	3,3	–	170,1	197,5	–	1 100,0	36,9	.	14.
143,3	17,5	2,7	2,7	–	170,1	199,6	–	1 100,0	36,9	.	21.
155,5	17,2	2,9	2,9	–	170,1	205,5	–	1 100,0	36,9	.	28.
149,6	17,0	2,9	2,9	–	170,1	208,2	–	1 100,0	36,9	.	Dez. 5.
150,7	17,2	2,7	2,7	–	170,1	201,4	–	1 100,0	36,9	.	12.
162,1	16,8	2,7	2,7	–	170,1	202,4	–	1 100,0	36,9	.	19.
175,0	16,7	2,9	2,9	–	170,1	208,5	–	1 100,0	36,9	.	26.
160,0	16,3	2,6	2,6	–	172,5	214,5	–	1 243,7	39,0	.	2026 Jan. 2.
136,2	16,5	2,6	2,6	–	172,5	207,2	–	1 243,9	39,1	.	9.
135,9	17,3	2,6	2,6	–	172,5	209,8	–	1 243,9	39,1	.	16.
135,7	17,3	2,6	2,6	–	172,5	211,1	–	1 243,9	39,3	.	23.
137,3	17,4	2,7	2,7	–	172,5	221,1	–	1 244,0	39,3	.	30.
134,3	17,4	2,6	2,6	–	172,5	219,4	–	1 244,0	39,4	–	Febr. 6.
128,6	17,3	2,6	2,6	–	172,5	208,9	–	1 244,0	39,4	–	13.
136,8	17,3	2,6	2,6	–	172,5	215,8	–	1 244,0	34,4	–	20.
137,5	17,3	2,8	2,8	–	172,5	227,0	–	1 244,1	33,0	–	27.
127,3	17,1	2,8	2,8	–	172,5	208,1	–	1 244,0	24,5	–	März 6.
136,7	16,4	3,0	3,0	–	172,5	203,1	–	1 244,0	24,5	–	13.
129,0	16,9	3,0	3,0	–	172,5	200,9	–	1 244,0	24,5	–	20.
133,8	17,2	4,1	4,1	–	172,5	200,5	–	1 244,0	22,0	–	27.
142,8	17,1	2,9	2,9	–	174,9	195,2	–	1 358,8	21,0	–	April 3.
139,7	17,0	2,9	2,9	–	174,9	198,2	–	1 358,8	21,1	–	10.
Deutsche Bundesbank											
39,1	0,0	0,2	0,2	–	44,1	18,4	582,0	294,4	– 16,7	– 19,2	2025 Sept. 19.
37,0	0,0	0,4	0,4	–	44,1	18,6	582,0	294,4	– 16,7	– 19,2	26.
44,1	0,0	–	–	–	43,9	17,2	585,6	342,7	– 16,7	– 19,2	Okt. 3.
45,3	0,0	0,4	0,4	–	43,9	17,5	585,6	342,7	– 16,7	– 19,2	10.
44,7	0,0	0,1	0,1	–	43,9	17,7	585,6	342,7	– 16,7	– 19,2	17.
43,8	0,0	0,3	0,3	–	43,9	17,7	585,6	342,7	– 16,7	– 19,2	24.
41,8	0,0	– 0,0	– 0,0	–	43,9	17,4	588,5	342,7	– 16,7	– 19,2	31.
38,0	0,0	– 0,0	– 0,0	–	43,9	17,1	588,5	342,7	– 16,7	– 19,2	Nov. 7.
52,7	0,0	0,5	0,5	–	43,9	16,9	588,5	342,7	– 16,7	– 19,2	14.
41,6	0,0	– 0,0	– 0,0	–	43,9	17,0	588,5	342,7	– 16,7	– 19,2	21.
44,2	0,0	0,3	0,3	–	43,9	16,8	590,2	342,7	– 16,7	– 19,2	28.
41,1	0,0	0,2	0,2	–	43,9	16,6	590,2	342,7	– 16,7	– 19,2	Dez. 5.
41,3	0,0	0,0	0,0	–	43,9	16,7	590,2	342,7	– 16,7	– 19,2	12.
46,0	0,0	0,0	0,0	–	43,9	16,8	590,2	342,7	– 16,7	– 19,2	19.
46,4	0,0	0,2	0,2	–	43,9	16,9	590,2	342,7	– 16,7	– 19,2	26.
47,2	0,0	–	–	–	43,8	19,4	597,5	387,8	– 16,7	– 19,2	2026 Jan. 2.
43,2	0,0	–	–	–	43,8	16,5	597,5	387,8	– 16,7	– 19,2	9.
45,9	0,0	–	–	–	43,8	16,5	597,5	387,8	– 16,7	– 19,2	16.
45,0	0,0	–	–	–	43,8	16,7	597,5	387,8	– 16,7	– 19,2	23.
45,7	0,0	0,1	0,1	–	43,8	16,7	595,9	387,8	– 16,7	– 19,2	30.
33,8	0,0	– 0,0	– 0,0	–	43,8	16,3	595,9	387,8	– 16,7	– 19,2	Febr. 6.
37,3	0,0	– 0,0	– 0,0	–	43,8	16,3	595,9	387,8	– 16,7	– 19,2	13.
37,2	0,0	– 0,0	– 0,0	–	43,8	17,1	595,9	387,8	– 16,7	– 19,2	20.
38,0	0,0	– 0,0	– 0,0	–	43,8	16,9	597,2	387,8	– 16,7	– 19,2	27.
37,3	0,0	– 0,0	– 0,0	–	43,8	17,6	597,2	387,8	– 25,3	– 27,8	März 6.
46,9	0,0	0,1	0,1	–	43,8	17,5	597,2	387,8	– 25,3	– 27,8	13.
35,9	0,0	0,1	0,1	–	43,8	18,1	597,2	387,8	– 25,3	– 27,8	20.
38,6	0,0	1,2	1,2	–	43,8	18,2	597,2	387,8	– 25,3	– 27,8	27.
31,4	0,0	–	–	–	44,4	17,4	598,7	423,3	– 25,3	– 27,8	April 3.
32,7	0,0	0,1	0,1	–	44,4	17,3	598,7	423,3	– 25,3	– 27,8	10.

zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als "Intra-Eurosystem-Forderungen/Verbindlichkeiten aus der Begebung von Euro-Banknoten" ausgewiesen. **2** Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. **3** Quelle: EZB. **4** Die Position "Grundkapital und Rücklagen" enthält mit negativen Vorzeichen in Vorjahren aufgelaufene Bilanzverluste, die auf künftige Jahre vorgetragen werden. Die Zentralbanken des Eurosystems können allerdings wirksam handeln und ihr vorrangieges Mandat - die Geährleistung von Preisstabilität - erfüllen, auch wenn sie finanzielle Verluste verzeichnen. **5** Ein separater Ausweis des Verlustvortrages erfolgt ausschließlich für die Bundesank.

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)
Aktiva

Mrd €

Zeit	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet							Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im			
				an Banken im Inland			an Banken in anderen Mitgliedsländern				an Nichtbanken im Inland		
												Unternehmen und Privatpersonen	
			insgesamt	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere von Banken	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere von Banken	insgesamt	zusammen	zusammen	Buchkredite
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende												
2016	7 792,6	26,0	2 101,4	1 670,9	1 384,2	286,7	430,5	295,0	135,5	3 762,9	3 344,5	2 805,6	2 512,0
2017	7 710,8	32,1	2 216,3	1 821,1	1 556,3	264,8	395,2	270,1	125,2	3 801,7	3 400,7	2 918,8	2 610,1
2018	7 776,0	40,6	2 188,0	1 768,3	1 500,7	267,5	419,7	284,8	134,9	3 864,0	3 458,2	3 024,3	2 727,0
2019	8 311,0	43,4	2 230,1	1 759,8	1 493,5	266,3	470,4	327,6	142,8	4 020,1	3 584,9	3 168,7	2 864,9
2020	8 943,3	47,5	2 622,7	2 177,9	1 913,5	264,4	444,8	307,1	137,7	4 179,6	3 709,8	3 297,0	2 993,1
2021	9 172,2	49,7	2 789,6	2 333,0	2 069,6	263,4	456,6	324,4	132,2	4 350,4	3 860,4	3 468,8	3 147,6
2022	10 517,9	20,0	2 935,2	2 432,2	2 169,2	263,0	502,9	359,6	143,3	4 584,6	4 079,3	3 702,9	3 365,4
2023	10 321,0	18,7	2 884,4	2 349,7	2 081,8	267,9	534,7	374,6	160,1	4 651,2	4 109,2	3 729,7	3 395,7
2024	10 807,0	19,7	2 767,6	2 201,1	1 917,1	283,9	566,6	395,2	171,4	4 780,5	4 189,1	3 781,1	3 429,0
2025	10 886,5	18,5	2 650,8	2 027,0	1 726,1	300,8	623,9	443,7	180,2	5 019,9	4 357,4	3 902,9	3 543,6
2024 Mai	10 578,7	16,7	2 951,3	2 378,9	2 092,4	286,5	572,4	406,9	165,5	4 701,4	4 135,1	3 747,0	3 406,5
Juni	10 491,1	16,7	2 936,5	2 378,3	2 093,0	285,3	558,2	393,5	164,7	4 712,0	4 142,7	3 747,5	3 408,4
Juli	10 309,2	16,3	2 890,5	2 327,0	2 040,4	286,6	563,5	397,7	165,8	4 721,8	4 152,6	3 755,6	3 413,5
Aug.	10 269,1	17,0	2 889,6	2 327,5	2 039,7	287,8	562,1	394,7	167,5	4 729,7	4 158,4	3 758,2	3 415,9
Sept.	10 374,4	17,3	2 868,9	2 291,1	2 004,2	286,9	577,8	408,5	169,3	4 752,7	4 168,5	3 763,6	3 420,7
Okt.	10 490,7	18,1	2 864,5	2 283,4	1 994,9	288,5	581,1	409,1	172,0	4 749,4	4 168,9	3 762,0	3 419,0
Nov.	10 662,0	17,4	2 878,7	2 308,9	2 021,8	287,2	569,8	397,4	172,4	4 770,4	4 179,4	3 771,0	3 428,1
Dez.	10 807,0	19,7	2 767,6	2 201,1	1 917,1	283,9	566,6	395,2	171,4	4 780,5	4 189,1	3 781,1	3 429,0
2025 Jan.	11 172,1	16,3	2 871,4	2 285,0	1 992,6	292,4	586,4	412,7	173,6	4 815,1	4 204,3	3 783,6	3 429,5
Febr.	10 699,4	16,4	2 873,7	2 274,9	1 978,2	296,6	598,8	423,7	175,1	4 847,8	4 220,7	3 795,1	3 438,9
März	10 674,6	15,6	2 853,1	2 252,1	1 955,9	296,2	601,1	426,1	175,0	4 863,0	4 225,1	3 794,5	3 438,4
April	10 882,5	16,6	2 853,5	2 254,4	1 955,2	299,2	599,1	427,2	171,9	4 873,1	4 231,5	3 794,6	3 441,0
Mai	10 702,5	16,6	2 844,2	2 244,8	1 942,7	302,1	599,4	423,9	175,5	4 884,6	4 238,3	3 800,7	3 445,8
Juni	10 660,1	15,9	2 805,3	2 197,6	1 894,3	303,2	607,7	432,9	174,8	4 906,1	4 244,5	3 806,6	3 451,0
Juli	10 737,6	15,9	2 790,7	2 183,8	1 879,6	304,2	607,0	432,7	174,2	4 914,4	4 263,3	3 811,4	3 454,8
Aug.	10 903,0	16,2	2 798,7	2 190,9	1 886,7	304,2	607,8	430,2	177,6	4 916,2	4 264,8	3 821,8	3 463,7
Sept.	10 779,8	15,8	2 765,8	2 158,7	1 856,2	302,5	607,1	427,1	180,0	4 939,2	4 277,8	3 825,2	3 466,8
Okt.	10 638,5	16,2	2 698,7	2 084,2	1 779,9	304,3	614,6	433,7	180,9	5 010,5	4 339,1	3 883,6	3 525,1
Nov.	10 948,7	16,1	2 689,5	2 075,9	1 772,5	303,4	613,6	429,3	184,3	5 039,5	4 367,3	3 911,4	3 552,0
Dez.	10 886,5	18,5	2 650,8	2 027,0	1 726,1	300,8	623,9	443,7	180,2	5 019,9	4 357,4	3 902,9	3 543,6
2026 Jan.	11 535,1	15,9	2 784,1	2 083,3	1 774,3	309,0	700,8	521,6	179,2	5 070,2	4 364,0	3 899,7	3 538,1
Febr.	11 635,9	15,6	2 778,2	2 059,6	1 749,2	310,5	718,6	537,5	181,1	5 096,5	4 377,5	3 909,8	3 548,3
	Veränderungen 3)												
2017	8,0	6,1	135,9	165,0	182,6	– 17,6	– 29,1	– 19,6	– 9,5	51,3	63,5	114,8	101,1
2018	101,8	8,5	– 29,2	– 49,7	– 53,4	3,7	20,6	13,0	7,6	78,7	71,9	118,1	127,8
2019	483,4	2,8	20,7	– 3,8	– 2,3	– 1,5	24,5	16,9	7,5	161,8	130,5	148,2	140,9
2020	769,5	4,1	505,4	524,2	512,6	11,6	– 18,8	– 16,2	– 2,6	161,0	130,0	132,3	132,2
2021	207,2	2,2	161,3	155,6	156,4	– 0,8	5,7	11,7	– 5,9	175,7	154,6	173,7	155,9
2022	1 170,5	– 29,7	149,5	103,7	100,5	3,2	45,8	33,1	12,7	242,4	223,1	237,5	220,6
2023	– 133,8	– 1,3	– 41,5	– 76,2	– 86,2	10,0	34,7	17,2	17,5	84,5	44,6	40,5	41,3
2024	466,6	0,9	– 115,3	– 142,6	– 156,7	14,1	27,3	17,1	10,2	140,2	89,8	63,4	46,5
2025	179,3	– 1,2	– 32,6	– 82,1	– 100,2	18,0	49,6	40,9	8,7	212,9	136,7	88,7	82,4
2024 Juni	– 95,0	– 0,0	– 16,0	– 1,1	1,0	– 2,1	– 14,9	– 14,2	– 0,6	11,0	7,9	0,8	2,1
Juli	– 177,5	– 0,4	– 43,7	– 49,9	– 51,0	1,1	6,1	5,6	0,6	12,1	11,6	9,7	6,5
Aug.	– 32,9	0,6	0,1	1,1	– 0,1	1,1	– 1,0	– 2,6	1,7	9,4	6,4	3,2	3,2
Sept.	108,9	0,4	– 20,0	– 36,1	– 35,3	– 0,7	16,0	14,3	1,7	23,9	11,6	7,0	6,4
Okt.	110,1	0,8	– 0,5	– 2,5	– 4,0	1,5	1,9	– 0,7	2,7	– 2,7	1,6	2,4	2,1
Nov.	157,6	– 0,7	11,4	24,7	26,2	– 1,6	– 13,2	– 13,6	0,4	20,8	10,7	8,0	8,3
Dez.	139,4	2,3	– 110,4	– 106,0	– 102,7	– 3,3	– 4,4	– 3,1	– 1,2	10,6	10,7	11,1	2,0
2025 Jan.	330,7	– 3,3	100,2	83,0	75,5	7,5	17,2	15,1	2,1	37,7	18,4	5,7	3,9
Febr.	– 453,0	0,1	2,2	– 10,2	– 14,4	4,2	12,4	10,9	1,5	33,2	17,5	12,6	10,9
März	1,2	– 0,8	– 16,4	– 21,7	– 21,5	– 0,2	5,3	5,6	– 0,3	19,9	6,3	1,1	1,3
April	241,2	1,0	6,4	4,6	1,4	3,2	1,8	4,7	– 2,9	13,4	8,3	2,1	4,5
Mai	– 182,5	0,0	– 9,9	– 9,8	– 12,6	2,8	– 0,1	– 3,6	3,5	11,7	7,2	6,4	5,2
Juni	– 20,5	– 0,7	– 35,7	– 46,1	– 47,5	1,4	10,4	11,0	– 0,6	24,5	8,0	7,6	6,8
Juli	66,8	– 0,0	– 16,4	– 14,4	– 15,3	0,9	– 2,1	– 1,4	– 0,7	8,1	18,8	4,8	3,9
Aug.	178,9	0,4	12,7	10,5	9,1	1,4	2,1	– 1,4	3,6	3,2	2,5	11,4	9,9
Sept.	– 126,4	– 0,4	– 32,6	– 32,2	– 30,6	– 1,6	– 0,3	– 2,8	2,4	24,5	14,2	4,9	4,6
Okt.	– 110,2	0,4	18,1	10,9	9,2	1,7	7,2	6,4	0,8	25,7	15,9	13,2	13,0
Nov.	313,1	– 0,2	– 9,3	– 8,4	– 7,4	– 0,9	– 1,0	– 4,4	3,4	29,6	28,9	28,2	27,3
Dez.	– 60,2	2,4	– 51,7	– 48,4	– 46,0	– 2,4	– 3,3	0,8	– 4,2	– 18,5	– 9,1	– 9,2	– 8,8
2026 Jan.	328,7	– 2,6	84,4	36,9	32,1	4,8	47,6	46,1	1,5	47,6	16,8	5,9	3,3
Febr.	100,9	– 0,3	– 5,9	– 23,7	– 25,1	1,5	17,8	15,9	1,9	26,5	14,0	10,8	10,9

***** Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. **1** Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1. **2** Einschl. Schuldverschreibungen

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet										Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			
				an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern									
	öffentliche Haushalte				Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte						
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere 2)	zusammen	zusammen	darunter Buchkredite	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere	insgesamt	darunter Buchkredite	Sonstige Aktivpositionen 1)	Zeit
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
293,6	538,9	312,2	226,7	418,4	281,7	159,5	136,7	28,5	108,2	1 058,2	802,3	844,1	2016
308,7	481,9	284,3	197,6	401,0	271,8	158,3	129,1	29,8	99,3	991,9	745,3	668,9	2017
297,2	433,9	263,4	170,5	405,8	286,7	176,5	119,2	28,6	90,6	1 033,2	778,5	650,2	2018
303,8	416,2	254,7	161,6	435,2	312,6	199,0	122,6	29,4	93,2	1 035,8	777,5	981,5	2019
303,9	412,8	252,3	160,5	469,8	327,5	222,2	142,3	29,7	112,7	1 003,2	751,2	1 090,3	2020
321,2	391,6	245,1	146,5	490,1	362,7	244,0	127,4	28,4	99,0	1 094,2	853,3	888,3	2021
337,5	376,4	248,0	128,4	505,3	384,9	270,2	120,4	30,8	89,6	1 137,2	882,9	1 841,0	2022
334,0	379,5	254,3	125,2	542,0	411,1	283,5	130,9	28,4	102,5	1 134,5	876,1	1 632,3	2023
352,1	408,0	272,5	135,5	591,4	449,3	308,9	142,1	24,1	118,0	1 306,7	1 022,0	1 932,4	2024
359,3	454,5	295,4	159,2	662,5	470,9	325,1	191,5	22,9	168,6	1 414,5	1 112,1	1 782,9	2025
340,5	388,1	259,6	128,5	566,3	429,9	296,6	136,4	27,8	108,6	1 247,8	977,8	1 661,5	2024 Mai
339,0	395,2	262,6	132,7	569,3	425,5	293,2	143,8	28,0	115,8	1 237,3	963,9	1 588,6	Juni
342,2	397,0	263,1	133,9	569,2	425,5	295,9	143,7	27,5	116,2	1 230,3	956,4	1 450,3	Juli
342,2	400,2	261,9	138,3	571,3	429,2	301,1	142,1	27,5	114,6	1 236,5	961,1	1 396,4	Aug.
342,9	404,9	264,2	140,7	584,2	433,0	304,0	151,2	27,9	123,3	1 279,6	996,9	1 455,9	Sept.
343,0	406,8	270,5	136,3	580,5	435,1	305,0	145,4	27,1	118,3	1 284,7	997,7	1 574,0	Okt.
342,8	408,5	270,8	137,7	591,0	450,1	309,8	140,9	26,9	113,9	1 325,5	1 037,9	1 669,9	Nov.
352,1	408,0	272,5	135,5	591,4	449,3	308,9	142,1	24,1	118,0	1 306,7	1 022,0	1 932,4	Dez.
354,1	420,6	277,5	143,1	610,8	456,5	315,5	154,3	25,0	129,3	1 326,5	1 032,7	2 142,8	2025 Jan.
356,2	425,6	278,0	147,5	627,1	465,8	320,5	161,3	24,6	136,7	1 366,1	1 058,9	1 595,4	Febr.
356,0	430,6	279,4	151,2	637,9	464,8	323,5	173,1	25,3	147,8	1 384,1	1 079,6	1 558,7	März
353,6	436,9	282,3	154,5	641,6	463,5	325,6	178,2	24,4	153,8	1 359,7	1 058,6	1 779,4	April
354,9	437,6	281,6	156,0	646,3	469,4	327,4	176,9	24,8	152,1	1 363,5	1 055,5	1 593,7	Mai
355,6	437,9	281,7	156,2	661,6	470,1	325,3	191,4	25,1	166,3	1 385,9	1 072,1	1 546,9	Juni
356,6	451,9	287,1	164,8	651,1	468,6	325,7	182,5	26,4	156,1	1 365,2	1 049,7	1 651,4	Juli
358,1	443,0	285,6	157,4	651,4	466,7	325,2	184,7	26,6	158,1	1 387,8	1 067,6	1 784,1	Aug.
358,4	452,6	289,1	163,5	661,5	470,3	328,1	191,1	26,5	164,6	1 414,9	1 091,8	1 644,1	Sept.
358,5	455,5	293,3	162,2	671,5	474,7	331,1	196,7	27,3	169,5	1 430,0	1 107,4	1 483,0	Okt.
359,4	455,9	293,8	162,0	672,2	474,8	328,3	197,4	24,3	173,2	1 463,6	1 143,2	1 740,1	Nov.
359,3	454,5	295,4	159,2	662,5	470,9	325,1	191,5	22,9	168,6	1 414,5	1 112,1	1 782,9	Dez.
361,5	464,4	299,8	164,6	706,1	492,8	346,0	213,3	23,1	190,2	1 511,3	1 194,6	2 153,6	2026 Jan.
361,5	467,7	297,7	170,0	719,0	502,2	352,7	216,8	23,0	193,8	1 552,4	1 228,9	2 193,3	Febr.
Veränderungen 3)													
13,7	– 51,3	– 22,8	– 28,5	– 12,2	– 3,4	4,0	– 8,7	0,1	– 8,9	– 12,3	– 6,7	– 173,1	2017
– 9,8	– 46,2	– 19,1	– 27,0	6,8	18,2	18,6	– 11,4	– 1,5	– 9,9	29,0	18,9	14,8	2018
7,3	– 17,7	– 8,6	– 9,1	31,3	29,5	26,9	1,7	0,0	1,7	– 32,1	– 33,3	330,3	2019
0,2	– 2,4	– 1,7	– 0,7	31,0	30,6	20,9	0,3	– 0,4	0,7	– 9,7	– 8,2	108,8	2020
17,8	– 19,1	– 6,1	– 13,1	21,1	35,5	22,6	– 14,3	– 1,1	– 13,2	71,7	84,9	– 203,7	2021
16,9	– 14,4	1,9	– 16,3	19,3	20,7	24,4	– 1,4	2,6	– 3,9	15,0	– 0,8	793,3	2022
– 0,9	4,1	6,4	– 2,3	39,9	28,3	15,1	11,7	– 2,4	14,1	42,6	34,1	– 218,1	2023
16,8	26,4	16,3	10,1	50,5	38,8	25,8	11,6	– 4,5	16,1	136,3	113,5	304,4	2024
6,4	48,0	23,9	24,1	76,1	25,8	21,1	50,4	– 1,2	51,6	170,4	147,4	– 170,3	2025
– 1,4	7,1	3,0	4,2	3,1	– 4,3	– 3,6	7,4	0,2	7,2	– 17,0	– 19,8	– 73,0	2024 Juni
3,1	2,0	0,8	1,1	0,5	0,5	3,3	– 0,0	– 0,5	0,4	– 3,4	– 3,8	– 142,0	Juli
– 0,0	3,2	– 1,2	4,4	3,0	4,5	5,9	– 1,6	0,0	– 1,6	6,9	5,5	– 50,0	Aug.
0,6	4,5	2,3	2,2	12,4	3,3	2,3	9,1	0,4	8,7	46,1	39,1	58,6	Sept.
0,2	– 0,8	3,6	– 4,4	– 4,3	1,5	0,5	– 5,8	– 0,8	– 5,0	– 5,4	– 9,5	118,0	Okt.
– 0,2	2,7	1,3	1,4	10,1	14,7	4,3	– 4,6	– 0,2	– 4,4	27,1	27,7	98,9	Nov.
9,1	– 0,4	1,7	– 2,2	– 0,1	– 1,2	– 1,3	1,1	– 3,1	4,2	– 25,7	– 21,6	262,6	Dez.
1,7	12,7	5,0	7,7	19,3	7,1	7,0	12,3	0,9	11,4	21,1	11,4	175,0	2025 Jan.
1,8	4,9	0,5	4,4	15,7	8,6	4,9	7,0	– 0,4	7,5	38,9	25,7	– 527,4	Febr.
– 0,1	5,1	1,4	3,7	13,6	1,7	5,0	11,9	0,8	11,1	38,6	39,5	– 40,1	März
– 2,4	6,2	2,9	3,3	5,1	– 0,0	3,3	5,1	– 0,9	5,9	– 0,4	1,2	220,9	April
1,2	0,8	– 0,7	1,5	4,5	5,7	1,7	– 1,2	0,3	– 1,5	1,4	– 5,2	– 185,8	Mai
0,8	0,4	0,1	0,3	16,5	1,6	– 1,1	14,9	0,3	14,6	38,2	31,1	– 46,8	Juni
0,9	14,0	5,4	8,6	– 10,7	– 1,8	0,1	– 8,9	1,3	– 10,2	– 29,3	– 30,6	104,5	Juli
1,5	– 8,9	– 1,5	– 7,4	0,7	– 1,5	– 0,1	2,3	0,3	2,0	30,4	25,4	132,3	Aug.
0,3	9,3	3,3	6,0	10,3	3,9	3,2	6,4	– 0,1	6,5	30,6	27,5	– 148,5	Sept.
0,2	2,7	4,0	– 1,3	9,8	4,2	3,0	5,6	0,7	4,9	9,7	10,5	– 164,1	Okt.
1,0	0,6	0,7	– 0,1	0,7	– 0,0	– 2,8	0,7	– 3,0	3,7	33,0	35,4	260,1	Nov.
– 0,4	0,1	2,9	– 2,7	– 9,4	– 3,6	– 3,0	– 5,8	– 1,3	– 4,5	– 41,9	– 24,5	49,5	Dez.
2,6	10,9	3,4	7,5	30,8	14,2	14,7	16,7	– 0,1	16,8	55,2	40,4	144,0	2026 Jan.
– 0,2	3,2	– 2,1	5,3	12,6	9,1	6,7	3,5	– 0,1	3,6	40,9	34,3	39,6	Febr.

aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. **3** Stat. Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe auch Anmerkung * in Tabelle II,1).

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)
Passiva

Mrd €

Zeit	Bilanzsumme 1)	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet			Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								
						Einlagen von Nichtbanken im Inland						Einlagen von Nicht-	
			von Banken					mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist			
		insgesamt	im Inland	in anderen Mitgliedsländern	insgesamt	zusammen	täglich fällig	zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten	zusammen	täglich fällig
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende												
2016	7 792,6	1 205,2	1 033,2	172,0	3 411,3	3 318,5	1 794,8	935,3	291,2	588,5	537,0	84,2	37,2
2017	7 710,8	1 233,6	1 048,6	184,9	3 529,1	3 411,1	1 936,6	891,7	274,2	582,8	541,0	108,6	42,5
2018	7 776,0	1 213,8	1 021,8	192,0	3 642,8	3 527,0	2 075,5	872,9	267,2	578,6	541,1	104,5	45,0
2019	8 311,0	1 242,8	1 010,4	232,4	3 778,1	3 649,8	2 230,9	843,7	261,7	575,1	540,5	116,3	54,6
2020	8 943,3	1 493,2	1 237,0	256,3	4 021,6	3 836,7	2 508,4	767,8	227,1	560,5	533,2	135,1	57,0
2021	9 172,2	1 628,6	1 338,6	289,9	4 129,9	3 931,8	2 649,3	721,3	203,9	561,2	537,1	153,8	70,7
2022	10 517,9	1 618,6	1 231,6	387,0	4 343,5	4 093,8	2 712,1	848,6	353,7	533,2	510,2	180,5	84,1
2023	10 321,0	1 489,3	1 099,9	389,4	4 419,1	4 174,5	2 530,0	1 198,7	693,4	445,9	395,3	186,3	75,9
2024	10 807,0	1 402,3	989,5	412,8	4 585,6	4 351,7	2 623,0	1 322,8	795,6	406,0	346,1	194,4	82,2
2025	10 886,5	1 382,1	941,0	441,2	4 698,6	4 462,3	2 769,8	1 302,2	761,2	390,3	330,4	206,5	97,3
2024 Mai	10 578,7	1 503,4	1 088,4	415,0	4 464,9	4 209,9	2 484,8	1 303,0	793,5	422,2	363,7	196,0	88,3
Juni	10 491,1	1 479,3	1 067,5	411,8	4 469,5	4 211,8	2 481,9	1 311,8	800,8	418,1	359,1	197,6	92,0
Juli	10 309,2	1 464,5	1 055,3	409,2	4 462,6	4 214,6	2 484,4	1 316,2	805,0	414,0	355,0	191,4	83,2
Aug.	10 269,1	1 426,3	1 025,0	401,3	4 522,7	4 269,7	2 535,4	1 323,2	812,1	411,2	352,1	194,8	85,4
Sept.	10 374,4	1 410,5	1 004,3	406,3	4 529,5	4 275,3	2 532,9	1 333,1	821,7	409,3	349,4	199,9	89,4
Okt.	10 490,7	1 427,9	1 001,9	426,0	4 539,0	4 281,9	2 542,8	1 331,5	819,0	407,6	346,9	197,6	88,6
Nov.	10 662,0	1 442,6	1 016,5	426,1	4 589,7	4 329,2	2 599,5	1 324,6	808,2	405,1	345,1	206,3	89,6
Dez.	10 807,0	1 402,3	989,5	412,8	4 585,6	4 351,7	2 623,0	1 322,8	795,6	406,0	346,1	194,4	82,2
2025 Jan.	11 172,1	1 456,8	1 013,8	443,1	4 573,3	4 318,1	2 591,6	1 323,1	795,4	403,3	344,8	204,1	90,3
Febr.	10 699,4	1 465,5	1 015,0	450,5	4 606,0	4 336,6	2 618,4	1 317,0	788,1	401,2	342,9	211,7	98,4
März	10 674,6	1 452,1	998,7	453,3	4 598,0	4 329,4	2 610,4	1 320,1	788,7	398,9	340,7	218,9	103,0
April	10 882,5	1 487,5	1 020,5	467,0	4 619,3	4 355,5	2 650,1	1 307,9	776,1	397,5	339,1	217,0	104,8
Mai	10 702,5	1 475,4	1 023,1	452,3	4 631,9	4 363,6	2 673,5	1 292,9	759,6	397,2	337,8	220,1	104,0
Juni	10 660,1	1 464,9	1 010,6	454,3	4 621,7	4 354,2	2 669,0	1 287,3	754,1	397,9	336,3	222,0	103,7
Juli	10 737,6	1 460,3	1 012,4	447,9	4 623,9	4 361,8	2 682,4	1 282,4	748,6	397,1	334,5	219,4	103,9
Aug.	10 903,0	1 444,9	999,6	445,4	4 637,4	4 381,3	2 702,6	1 283,2	749,4	395,5	333,3	214,4	100,8
Sept.	10 779,8	1 460,0	1 001,5	458,5	4 630,3	4 368,4	2 698,5	1 276,0	741,0	393,9	332,0	218,4	106,4
Okt.	10 638,5	1 393,0	943,5	449,5	4 652,2	4 398,3	2 712,0	1 294,4	759,5	391,8	330,7	211,5	97,7
Nov.	10 948,7	1 396,9	951,8	445,1	4 702,0	4 459,6	2 771,1	1 298,8	761,7	389,7	329,6	207,6	95,6
Dez.	10 886,5	1 382,1	941,0	441,2	4 698,6	4 462,3	2 769,8	1 302,2	761,2	390,3	330,4	206,5	97,3
2026 Jan.	11 535,1	1 473,7	944,7	529,0	4 733,4	4 457,7	2 760,4	1 308,7	766,1	388,7	328,7	227,5	115,6
Febr.	11 635,9	1 469,7	946,2	523,5	4 739,7	4 469,4	2 764,4	1 317,3	773,7	387,7	327,1	233,0	117,8
	Veränderungen 4)												
2017	8,0	30,6	14,8	15,8	124,2	107,7	145,8	– 32,5	– 15,3	– 5,6	1,5	16,4	5,8
2018	101,8	– 20,1	– 25,7	5,6	112,4	114,7	137,7	– 18,8	– 6,5	– 4,3	1,2	– 4,3	2,3
2019	483,4	12,6	– 10,0	22,6	132,1	120,0	154,1	– 30,6	– 6,6	– 3,4	– 0,6	10,6	8,7
2020	769,5	340,0	317,0	23,0	244,9	188,4	277,6	– 74,7	– 34,9	– 14,5	– 7,2	18,7	1,8
2021	207,2	133,4	103,4	30,0	107,3	96,2	141,4	– 45,8	– 23,3	0,6	3,9	16,6	13,6
2022	1 170,5	– 15,6	– 105,9	90,3	208,9	165,9	60,6	132,8	148,1	– 27,5	– 26,3	18,4	12,8
2023	– 133,8	– 133,9	– 138,4	4,5	89,6	93,4	– 172,3	347,9	338,5	– 82,3	– 109,9	7,1	– 7,1
2024	466,6	– 51,5	– 71,6	20,1	128,4	140,3	58,9	121,4	101,4	– 40,0	– 49,2	6,8	5,9
2025	179,3	41,1	3,2	38,0	116,0	114,4	164,3	– 34,1	– 45,8	– 15,7	– 16,9	11,8	11,8
2024 Juni	– 95,0	– 23,3	– 19,2	– 4,1	2,0	– 0,5	– 3,3	6,9	7,1	– 4,2	– 4,5	1,4	3,6
Juli	– 177,5	– 9,0	– 8,0	– 1,0	– 6,5	3,1	2,7	4,4	4,4	– 4,0	– 4,1	– 6,2	– 8,7
Aug.	– 32,9	– 5,9	1,7	– 7,7	28,5	23,1	19,0	7,0	7,0	– 2,9	– 2,9	3,8	2,5
Sept.	108,9	– 15,2	– 20,6	5,4	7,2	6,0	– 2,3	10,1	9,7	– 1,8	– 2,7	5,3	4,1
Okt.	110,1	15,5	– 2,9	18,4	8,2	5,1	9,3	– 2,6	– 3,1	– 1,7	– 2,5	– 2,7	– 1,0
Nov.	157,6	12,3	14,0	– 1,7	48,9	46,6	55,6	– 6,5	– 10,9	– 2,5	– 1,8	7,9	0,8
Dez.	139,4	– 39,9	– 25,7	– 14,2	– 5,0	21,9	23,0	– 2,0	– 12,7	0,9	1,0	– 12,1	– 7,5
2025 Jan.	330,7	49,9	22,4	27,6	– 11,8	– 28,3	– 26,1	0,4	– 0,2	– 2,7	– 2,4	4,9	3,3
Febr.	– 453,0	8,5	1,2	7,2	33,9	18,6	26,8	– 6,2	– 7,3	– 2,1	– 1,8	8,8	8,2
März	1,2	– 9,3	– 15,6	6,3	– 4,9	– 5,4	– 6,7	3,6	1,1	– 2,3	– 2,3	8,4	5,6
April	241,2	40,3	22,8	17,5	26,0	28,3	41,4	– 11,7	– 12,2	– 1,4	– 1,6	0,5	3,5
Mai	– 182,5	– 12,6	2,4	– 15,0	11,1	7,9	23,3	– 15,1	– 16,5	– 0,3	– 1,3	1,9	– 1,5
Juni	– 20,5	– 7,4	– 11,6	4,2	– 8,1	– 7,9	– 3,4	– 5,2	– 5,1	0,6	– 1,4	2,5	– 0,1
Juli	66,8	– 6,2	1,4	– 7,6	1,1	6,8	12,7	– 5,1	– 5,7	– 0,8	– 1,8	– 2,9	0,0
Aug.	178,9	– 12,0	– 10,8	– 1,2	14,5	20,3	20,9	1,0	1,0	– 1,6	– 1,2	– 4,7	– 2,9
Sept.	– 126,4	15,9	2,2	13,7	– 6,6	– 12,5	– 3,9	– 7,1	– 8,4	– 1,6	– 1,3	4,0	5,6
Okt.	– 110,2	– 3,1	– 12,3	9,1	16,4	25,0	20,8	6,3	6,4	– 2,1	– 1,3	– 6,8	– 8,6
Nov.	313,1	2,0	8,3	– 6,4	49,8	61,4	59,1	4,4	2,2	– 2,1	– 1,1	– 3,9	– 2,1
Dez.	– 60,2	– 24,7	– 7,3	– 17,4	– 5,5	0,4	– 0,8	0,6	– 1,0	0,5	0,8	– 0,9	0,9
2026 Jan.	328,7	52,6	– 4,6	57,2	23,2	– 5,1	– 11,0	7,5	5,9	– 1,6	– 1,5	11,1	9,2
Febr.	100,9	– 4,1	1,5	– 5,5	6,3	11,6	4,0	8,6	7,6	– 1,0	– 1,6	5,5	2,3

***** Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. **1** Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. **2** Ohne Einlagen von Zentralregie-

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern [2]				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repogeschäften mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarktfondsanteile [3]	Begebene Schuldverschreibungen [3]		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passivpositionen [1]	Zeit
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist						insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren [3]				
zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten	insgesamt	darunter inländische Zentralstaaten								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
43,9	15,8	3,1	2,6	8,6	7,9	2,2	2,4	1 030,3	47,2	643,4	591,5	906,3	2016
63,2	19,7	2,9	2,6	9,4	8,7	3,3	2,1	994,5	37,8	603,4	686,0	658,8	2017
56,7	15,8	2,8	2,5	11,3	10,5	0,8	2,4	1 034,0	31,9	575,9	695,6	610,7	2018
59,0	16,5	2,7	2,4	12,0	11,2	1,5	1,9	1 063,2	32,3	559,4	728,6	935,6	2019
75,6	30,6	2,6	2,3	49,8	48,6	9,4	2,5	1 056,9	21,2	617,6	710,8	1 031,3	2020
80,7	22,8	2,4	2,2	44,2	43,5	2,2	2,3	1 110,8	27,5	757,2	732,3	809,0	2021
94,3	32,4	2,2	2,0	69,2	66,8	3,4	2,7	1 185,1	40,8	800,4	747,2	1 817,1	2022
108,4	37,8	2,0	1,6	58,3	52,0	5,0	3,2	1 279,0	80,5	723,0	784,8	1 617,7	2023
110,3	34,6	1,9	1,4	39,5	33,3	6,4	4,8	1 309,6	72,7	752,4	831,7	1 914,3	2024
107,4	31,3	1,8	1,3	29,8	24,3	45,1	5,7	1 335,9	76,5	772,1	878,8	1 768,4	2025
105,8	34,8	1,9	1,5	59,0	49,5	8,7	3,8	1 327,0	75,7	832,8	756,7	1 681,4	2024 Mai
103,8	33,3	1,9	1,4	60,1	49,5	9,3	4,0	1 327,0	79,4	825,3	786,7	1 590,0	Juni
106,3	36,2	1,9	1,4	56,6	49,1	10,1	4,2	1 316,5	76,0	780,4	790,0	1 480,9	Juli
107,5	37,9	1,9	1,4	58,3	49,1	12,7	4,6	1 320,2	77,6	772,8	789,8	1 420,1	Aug.
108,6	39,3	1,9	1,4	54,2	43,4	10,1	4,9	1 321,7	78,4	815,6	802,4	1 479,8	Sept.
107,2	38,8	1,9	1,4	59,6	43,6	9,4	4,9	1 326,0	73,8	783,1	817,2	1 583,2	Okt.
114,8	38,3	1,9	1,4	54,2	39,5	6,5	4,7	1 322,7	75,4	812,3	821,6	1 661,8	Nov.
110,3	34,6	1,9	1,4	39,5	33,3	6,4	4,8	1 309,6	72,7	752,4	831,7	1 914,3	Dez.
111,9	36,9	1,9	1,4	51,2	32,8	11,2	5,0	1 329,7	76,0	824,0	834,0	2 138,0	2025 Jan.
111,4	37,7	1,8	1,4	57,8	32,4	12,2	5,1	1 335,4	77,3	851,9	835,0	1 588,3	Febr.
114,0	40,5	1,8	1,4	49,8	32,5	11,2	5,3	1 341,2	90,0	865,6	835,1	1 566,0	März
110,4	36,7	1,8	1,3	46,8	30,9	14,2	5,8	1 325,4	80,9	840,0	822,2	1 768,2	April
114,2	40,2	1,8	1,3	48,2	31,1	14,6	5,8	1 331,0	73,3	817,0	834,7	1 592,2	Mai
116,4	40,6	1,8	1,3	45,5	32,0	14,1	5,9	1 329,1	78,8	841,7	841,5	1 541,3	Juni
113,7	38,6	1,9	1,3	42,7	30,3	11,9	5,8	1 329,7	76,1	806,3	852,7	1 646,9	Juli
111,7	36,4	1,9	1,3	41,7	30,4	11,2	5,9	1 329,0	76,5	824,2	865,4	1 785,0	Aug.
110,1	34,3	1,8	1,3	43,5	29,7	12,1	5,8	1 334,9	79,4	834,0	862,3	1 640,4	Sept.
112,0	35,1	1,8	1,3	42,4	22,7	63,3	5,8	1 347,6	76,5	827,9	863,7	1 484,9	Okt.
110,2	33,0	1,8	1,3	34,7	23,2	55,9	5,8	1 348,7	80,1	834,1	874,7	1 730,6	Nov.
107,4	31,3	1,8	1,3	29,8	24,3	45,1	5,7	1 335,9	76,5	772,1	878,8	1 768,4	Dez.
110,1	33,9	1,8	1,3	48,2	24,7	70,8	5,7	1 365,3	75,8	876,7	867,9	2 141,7	2026 Jan.
113,3	37,8	1,8	1,3	37,3	23,6	63,8	5,8	1 367,7	74,3	926,3	872,2	2 190,8	Febr.
Veränderungen [4]													
10,8	4,2	– 0,1	– 0,0	– 0,0	– 0,0	1,1	– 0,3	– 3,3	– 8,5	– 16,1	34,1	– 162,3	2017
– 6,4	– 4,1	– 0,1	– 0,1	2,1	2,1	– 2,6	0,3	30,0	– 5,9	– 36,0	7,4	10,3	2018
2,0	0,6	– 0,1	– 0,1	1,4	1,4	5,6	– 0,5	22,3	0,1	– 47,9	30,0	329,1	2019
17,0	14,3	– 0,1	– 0,1	37,8	37,3	3,6	0,6	11,8	– 9,3	61,6	– 1,5	108,5	2020
3,1	– 8,0	– 0,2	– 0,1	– 5,5	– 5,0	– 7,9	0,3	40,6	6,9	124,9	16,6	– 207,9	2021
5,8	8,5	– 0,3	– 0,2	24,6	23,0	1,2	0,4	67,2	12,6	45,6	5,0	857,7	2022
14,4	6,7	– 0,2	– 0,4	– 10,9	– 14,8	1,8	0,5	110,6	43,1	– 55,7	43,3	– 189,9	2023
1,0	– 4,1	– 0,1	– 0,2	– 18,7	– 18,6	1,3	1,6	12,7	– 9,3	17,7	43,5	312,9	2024
0,0	– 2,0	– 0,0	– 0,1	– 10,2	– 9,6	9,2	0,9	49,7	5,1	67,3	54,0	– 159,0	2025
– 2,1	– 1,6	– 0,0	– 0,0	1,0	– 0,1	0,6	0,2	– 2,9	3,7	– 11,2	29,5	– 89,7	2024 Juni
2,6	2,8	– 0,0	– 0,0	– 3,4	– 0,4	0,8	0,2	– 8,9	– 3,4	– 41,2	3,7	– 116,5	Juli
1,2	1,6	– 0,0	– 0,0	1,6	– 0,0	2,5	0,5	1,8	0,8	– 6,5	4,7	– 58,5	Aug.
1,2	1,5	– 0,0	– 0,0	– 4,0	– 5,6	– 2,5	0,3	2,8	0,8	44,9	15,4	56,0	Sept.
– 1,7	– 0,8	– 0,0	– 0,0	5,8	0,7	– 0,8	0,1	– 0,1	– 4,7	– 33,3	5,7	114,9	Okt.
7,1	– 0,7	– 0,0	– 0,0	– 5,7	– 4,4	– 2,8	– 0,2	– 8,9	1,3	21,0	2,9	84,5	Nov.
– 4,6	– 3,8	– 0,0	0,0	– 14,7	– 6,2	– 0,1	0,1	– 16,0	– 2,9	– 62,3	10,0	252,6	Dez.
1,6	2,3	– 0,0	– 0,0	11,7	– 0,6	4,8	0,2	20,6	3,3	72,0	2,3	192,6	2025 Jan.
0,6	0,8	– 0,0	– 0,0	6,6	– 0,3	0,9	0,1	5,3	1,3	27,5	0,8	– 530,0	Febr.
2,8	3,0	– 0,0	– 0,0	– 8,0	0,1	– 0,9	0,2	12,9	13,1	27,3	0,6	– 24,6	März
– 2,9	– 3,0	– 0,0	– 0,0	– 2,8	– 1,4	3,0	0,5	– 6,7	– 8,6	– 11,1	– 10,2	199,4	April
3,4	3,0	0,0	– 0,0	1,4	0,1	0,4	0,0	4,5	– 7,6	– 24,4	12,3	– 173,8	Mai
2,6	0,8	0,0	– 0,0	– 2,7	1,0	– 0,4	0,1	4,4	5,7	33,7	8,7	– 51,5	Juni
– 2,9	– 2,2	0,0	– 0,0	– 2,8	– 1,7	– 2,2	– 0,0	– 2,6	– 2,8	– 40,4	10,2	107,1	Juli
– 1,8	– 2,1	0,0	– 0,0	– 1,0	0,1	– 0,7	0,1	2,3	0,5	22,4	14,5	137,9	Aug.
– 1,6	– 2,1	– 0,0	– 0,0	1,9	– 0,7	0,9	– 0,1	7,7	3,0	11,9	– 2,7	– 153,4	Sept.
1,8	0,7	– 0,0	– 0,0	– 1,8	– 7,7	21,7	– 0,0	10,5	– 3,0	0,3	1,4	– 157,2	Okt.
– 1,8	– 2,1	– 0,0	– 0,0	– 7,7	0,5	– 7,4	– 0,0	1,1	3,5	6,3	11,0	250,4	Nov.
– 1,8	– 1,3	0,0	0,0	– 4,9	1,0	– 10,8	– 0,1	– 10,3	– 3,4	– 58,1	5,1	44,3	Dez.
1,9	1,8	– 0,0	– 0,0	17,2	– 0,8	24,5	0,1	29,8	– 0,7	60,2	– 21,4	159,7	2026 Jan.
3,2	3,9	– 0,0	– 0,0	– 10,8	– 1,0	– 7,1	0,1	2,9	– 1,1	49,7	3,9	49,1	Febr.

rungen. **3** In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geld marktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar 2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. **4** Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe a. Anm. * in Tabelle II,1).

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)							
					darunter:			darunter:						
								Buchkredite mit Befristung						
				insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken	insgesamt	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr	Wechsel	Wertpapiere von Nichtbanken	Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen 1)
Alle Bankengruppen													
2025 Sept.	1 270	10 891,4	64,5	3 476,9	2 934,7	539,0	5 415,7	577,0	3 923,8	0,2	898,1	102,7	1 831,7
Okt.	1 267	10 752,9	88,8	3 397,4	2 854,1	540,0	5 490,1	628,4	3 941,4	0,2	900,9	102,9	1 673,7
Nov.	1 256	11 058,9	69,9	3 446,3	2 900,7	541,6	5 513,4	637,1	3 950,5	0,2	903,6	103,0	1 926,4
Dez.	1 256	10 995,8	87,7	3 351,5	2 813,6	533,9	5 484,7	640,0	3 944,8	0,2	882,3	103,4	1 968,5
2026 Jan.	1 254	11 652,9	62,7	3 524,2	2 979,7	540,4	5 613,5	723,2	3 946,8	0,2	924,8	103,4	2 349,0
Febr.	1 254	11 751,8	70,0	3 546,7	2 998,3	544,3	5 644,3	725,0	3 958,6	0,2	942,4	103,7	2 387,2
Kreditbanken 6)													
2026 Jan.	228	5 919,9	26,2	1 807,6	1 690,5	116,5	2 005,2	505,7	1 091,1	0,2	398,5	37,3	2 043,6
Febr.	228	6 010,5	28,7	1 828,6	1 709,9	118,2	2 024,7	506,5	1 097,7	0,1	409,8	37,3	2 091,3
Großbanken 7)													
2026 Jan.	3	2 456,8	10,8	747,7	691,5	56,2	896,0	231,7	444,4	–	217,0	28,7	773,6
Febr.	3	2 424,5	12,1	747,5	690,0	57,5	897,1	220,9	449,6	–	223,3	28,7	739,1
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2026 Jan.	122	2 979,0	12,1	755,6	698,9	56,4	953,7	227,8	549,1	0,2	170,4	8,0	1 249,6
Febr.	122	3 105,3	13,2	779,8	722,9	56,7	972,3	238,6	551,4	0,1	175,5	8,0	1 332,0
Zweigstellen ausländischer Banken													
2026 Jan.	103	484,0	3,4	304,2	300,1	4,0	155,5	46,1	97,6	–	11,1	0,6	20,3
Febr.	103	480,8	3,4	301,3	297,0	4,0	155,3	47,0	96,7	–	11,1	0,6	20,2
Landesbanken													
2026 Jan.	6	921,8	3,9	302,3	240,8	60,6	501,5	64,1	374,6	0,0	59,6	8,8	105,3
Febr.	6	929,5	3,2	310,4	248,6	61,0	504,5	64,5	375,1	0,0	62,4	8,8	102,7
Sparkassen													
2026 Jan.	339	1 611,6	18,9	279,1	146,5	132,6	1 269,4	58,0	1 023,6	–	187,8	17,5	26,7
Febr.	339	1 619,5	21,5	281,1	147,7	133,4	1 272,4	57,6	1 025,6	–	189,2	17,8	26,7
Kreditgenossenschaften													
2026 Jan.	645	1 232,2	11,1	220,0	108,7	110,5	950,9	36,3	788,7	0,0	125,9	21,0	29,2
Febr.	645	1 233,1	11,4	217,5	106,2	110,6	953,9	36,8	790,4	0,0	126,6	21,0	29,3
Realkreditinstitute													
2026 Jan.	6	178,7	0,1	13,9	10,2	3,7	160,3	1,3	145,3	–	13,4	0,2	4,1
Febr.	6	177,3	0,1	13,1	9,4	3,7	160,0	1,1	145,2	–	13,4	0,2	4,0
Bausparkassen													
2026 Jan.	13	260,1	0,2	33,8	19,7	14,0	221,7	1,2	199,3	.	21,2	0,2	4,3
Febr.	13	259,9	0,2	33,5	19,5	14,0	221,9	1,2	199,5	.	21,2	0,2	4,2
Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben													
2026 Jan.	17	1 528,7	2,4	867,6	763,2	102,4	504,5	56,7	324,2	–	118,3	18,4	135,8
Febr.	17	1 521,9	5,0	862,4	757,0	103,5	507,0	57,3	325,1	–	119,7	18,4	129,1
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)													
2026 Jan.	130	2 838,7	10,8	848,5	803,6	44,3	842,1	201,3	443,9	0,1	189,5	2,2	1 135,1
Febr.	130	2 921,8	12,2	862,7	817,3	45,0	861,3	211,3	444,1	0,1	197,5	2,2	1 183,4
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)													
2026 Jan.	27	2 354,7	7,4	544,2	503,5	40,4	686,6	155,1	346,2	0,1	178,4	1,6	1 114,8
Febr.	27	2 441,1	8,8	561,4	520,3	41,0	706,0	164,3	347,4	0,1	186,4	1,6	1 163,2

***** Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der - ebenfalls zu den MFIs zählenden - Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. **1** Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands (Handelsbestandsderivate) i.S. des §340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. §35 Abs. 1 Nr.1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie in der Statistischen Fachreihe Bankenstatistiken in den Tabellen I.1 bis I.3. **2** Für "Bausparkassen": Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** In den Termineinlagen enthalten. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. **5** Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschreibungen; ohne nicht börsen-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)											
	darunter:			darunter:										
					Termineinlagen mit Befristung 2)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 3)	Spareinlagen 4)			Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 5)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen 1)	
insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen	insgesamt	Sichteinlagen	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)		insgesamt	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist	Sparbriefe				Stand am Monatsende
Alle Bankengruppen														
2 068,1	676,6	1 391,5	4 865,4	2 936,6	686,0	690,8	117,6	398,2	335,1	153,9	1 440,7	676,9	1 840,3	2025 Sept.
2 001,2	641,9	1 359,3	4 931,8	2 963,4	735,5	681,3	172,8	396,1	333,8	155,5	1 454,7	674,7	1 690,4	Okt.
2 011,4	673,7	1 337,7	4 974,4	3 019,6	722,0	682,8	155,7	393,9	332,7	156,2	1 460,1	676,0	1 937,0	Nov.
1 931,4	595,0	1 336,4	4 963,4	3 006,5	721,3	684,2	141,6	394,4	333,5	157,0	1 442,0	678,3	1 980,7	Dez.
2 067,2	716,1	1 351,0	5 084,4	3 090,6	753,8	689,7	230,1	392,9	331,8	157,3	1 459,4	691,0	2 350,9	2026 Jan.
2 106,1	736,8	1 369,3	5 090,2	3 096,3	753,7	689,8	215,4	391,8	330,2	158,6	1 460,1	693,6	2 401,8	Febr.
Kreditbanken 6)														
1 181,9	587,2	594,7	2 236,8	1 427,3	417,5	277,1	205,5	81,4	43,9	33,6	268,2	249,2	1 983,8	2026 Jan.
1 217,6	605,8	611,7	2 228,6	1 431,5	404,1	276,4	200,4	81,6	43,5	34,9	269,1	249,1	2 046,2	Febr.
Großbanken 7)														
430,5	191,6	238,9	991,3	613,3	220,8	79,3	89,7	74,5	37,8	3,3	194,1	92,5	748,5	2026 Jan.
432,9	189,6	243,3	978,9	610,8	210,7	79,3	82,5	74,8	37,4	3,2	192,6	92,2	727,9	Febr.
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken														
556,2	300,5	255,7	995,2	639,5	144,1	174,9	115,8	6,5	5,8	30,2	73,2	137,8	1 216,7	2026 Jan.
589,0	316,8	272,2	1 003,0	647,1	143,4	174,5	117,9	6,4	5,7	31,6	75,6	138,0	1 299,7	Febr.
Zweigstellen ausländischer Banken														
195,2	95,1	100,1	250,3	174,5	52,5	22,9	0,0	0,4	0,4	0,1	0,9	18,9	18,7	2026 Jan.
195,7	99,4	96,2	246,7	173,6	50,0	22,7	0,0	0,4	0,4	0,1	0,9	18,9	18,5	Febr.
Landesbanken														
205,8	44,2	161,5	310,1	169,4	67,1	67,2	7,4	4,0	3,8	2,4	251,6	46,6	107,7	2026 Jan.
211,8	51,6	160,3	316,4	170,4	72,5	67,1	7,5	3,9	3,8	2,4	249,2	46,6	105,5	Febr.
Sparkassen														
137,2	2,0	135,2	1 229,1	838,1	90,9	23,5	–	180,6	165,5	96,0	25,6	162,3	57,4	2026 Jan.
137,7	2,1	135,6	1 234,2	842,9	91,6	24,0	–	179,6	164,8	96,0	26,7	163,8	57,2	Febr.
Kreditgenossenschaften														
149,0	1,1	147,9	920,3	584,0	137,1	47,8	–	126,6	118,2	24,9	6,2	119,7	36,9	2026 Jan.
149,2	1,1	148,1	920,6	584,3	137,0	48,2	–	126,3	117,8	24,8	6,2	121,2	35,9	Febr.
Realkreditinstitute														
36,1	2,5	33,6	45,9	2,3	3,3	40,3	0,3	–	–	.	83,0	8,0	5,7	2026 Jan.
35,3	2,5	32,9	46,3	2,4	3,6	40,3	0,3	–	–	.	82,4	7,7	5,6	Febr.
Bausparkassen														
36,9	2,4	34,5	192,1	4,0	3,9	183,6	0,8	0,4	0,4	0,1	10,4	13,8	7,0	2026 Jan.
36,6	2,4	34,2	191,6	4,0	3,7	183,4	0,6	0,4	0,4	0,1	10,9	13,8	7,0	Febr.
Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben														
320,3	76,7	243,6	150,1	65,5	34,0	50,2	16,2	–	–	.	814,6	91,3	152,4	2026 Jan.
317,9	71,4	246,5	152,6	60,9	41,1	50,3	6,7	–	–	.	815,7	91,4	144,3	Febr.
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)														
668,2	339,4	328,8	885,9	567,4	186,2	113,7	87,0	5,9	5,7	12,6	62,1	111,0	1 111,5	2026 Jan.
700,6	361,3	339,3	882,7	567,6	183,9	112,1	85,2	5,9	5,6	13,2	63,7	111,0	1 163,8	Febr.
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)														
473,0	244,3	228,7	635,6	393,0	133,7	90,9	87,0	5,6	5,3	12,5	61,2	92,1	1 092,9	2026 Jan.
504,9	261,9	243,1	636,0	394,0	133,9	89,4	85,2	5,5	5,3	13,1	62,8	92,1	1 145,2	Febr.

fähige Inhaberschuldverschreibungen. **6** Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen "Großbanken", "Regionalbanken und sonstige Kreditbanken" und "Zweigstellen ausländischer Banken". **7** Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG), Deutsche Postbank AG (ab Dezember 2004 bis April 2018) und DB Privat- und Firmenkundenbank AG (ab Mai 2018) (siehe Erläuterungen in der Statistischen Fachreihe Bankenstatistiken, Tabelle I.3, Bankengruppenbezeichnung "Großbanken"). **8** Summe der in anderen Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) "Zweigstellen ausländischer Banken". **9** Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs) insgesamt	Kredite an inländische Banken (MFIs) Guthaben und Buchkredite	Kredite an inländische Banken (MFIs) Wechsel	Kredite an inländische Banken (MFIs) börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Kredite an inländische Banken (MFIs) Wertpapiere von Banken	Kredite an inländische Banken (MFIs) Nachrichtlich: Treuhandkredite	Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) insgesamt	Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) Buchkredite	Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) Wechsel	Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) Wertpapiere von Nichtbanken 1)
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2016	25,8	284,0	1 364,9	1 099,8	0,0	0,8	264,3	2,0	3 274,3	2 823,8	0,3	0,4	449,8
2017	31,9	392,5	1 407,5	1 163,4	0,0	0,7	243,4	1,9	3 332,6	2 894,0	0,4	0,7	437,5
2018	40,4	416,1	1 323,5	1 083,8	0,0	0,8	239,0	5,9	3 394,5	2 990,2	0,2	0,2	403,9
2019	43,2	476,6	1 254,7	1 016,2	0,0	0,7	237,9	4,5	3 521,5	3 119,2	0,3	3,3	398,7
2020	47,2	792,9	1 367,9	1 119,7	0,0	0,7	247,5	8,8	3 647,0	3 245,1	0,2	4,0	397,7
2021	49,4	905,0	1 409,6	1 163,7	–	0,5	245,3	10,3	3 798,1	3 392,4	0,3	2,6	402,8
2022	19,8	67,3	2 347,0	2 101,4	–	1,0	244,6	12,1	4 015,6	3 613,1	0,2	2,7	399,6
2023	18,5	52,0	2 280,7	2 029,3	–	0,8	250,6	24,2	4 044,1	3 649,9	0,1	0,9	393,3
2024	19,5	61,2	2 122,3	1 855,2	–	0,7	266,4	37,4	4 120,1	3 701,3	0,1	1,8	416,9
2025	18,3	68,7	1 941,1	1 656,6	–	0,8	283,6	38,8	4 286,5	3 838,9	0,0	1,9	445,8
2024 Sept.	17,1	48,4	2 225,0	1 954,8	–	0,9	269,3	46,5	4 098,6	3 684,7	0,1	2,0	411,8
Okt.	17,9	50,5	2 215,2	1 943,4	–	0,9	270,9	44,8	4 099,7	3 689,4	0,0	3,1	407,2
Nov.	17,2	43,2	2 248,3	1 977,8	–	0,9	269,6	36,8	4 109,8	3 698,7	0,1	2,6	408,5
Dez.	19,5	61,2	2 122,3	1 855,2	–	0,7	266,4	37,4	4 120,1	3 701,3	0,1	1,8	416,9
2025 Jan.	16,2	60,2	2 206,1	1 931,3	–	0,8	274,0	37,3	4 134,7	3 706,8	0,1	2,1	425,8
Febr.	16,3	39,4	2 216,9	1 937,8	–	1,0	278,1	36,7	4 150,7	3 716,8	0,1	2,5	431,3
März	15,5	46,0	2 187,7	1 909,0	–	0,9	277,8	37,0	4 154,8	3 717,7	0,1	2,7	434,3
April	16,5	49,9	2 185,8	1 904,1	–	0,9	280,7	36,9	4 161,0	3 723,2	0,0	2,0	435,8
Mai	16,5	48,4	2 178,0	1 893,4	–	1,0	283,5	36,9	4 168,2	3 727,2	0,0	2,5	438,4
Juni	15,7	46,2	2 132,7	1 847,2	–	0,9	284,6	36,3	4 174,5	3 732,5	0,0	3,3	438,7
Juli	15,7	54,1	2 111,0	1 824,7	–	1,0	285,3	37,1	4 193,1	3 741,7	0,0	3,9	447,5
Aug.	16,1	46,5	2 126,8	1 839,3	–	1,1	286,4	37,0	4 194,5	3 749,1	0,0	4,0	441,4
Sept.	15,7	48,0	2 093,1	1 807,2	–	0,9	284,9	39,8	4 207,4	3 755,8	0,0	2,2	449,3
Okt.	16,1	72,0	1 994,8	1 707,1	–	0,9	286,7	40,8	4 268,5	3 818,2	0,0	1,9	448,4
Nov.	15,9	53,3	2 005,1	1 718,3	–	0,9	285,9	40,0	4 296,6	3 845,8	0,0	1,8	449,0
Dez.	18,3	68,7	1 941,1	1 656,6	–	0,8	283,6	38,8	4 286,5	3 838,9	0,0	1,9	445,8
2026 Jan.	15,7	46,5	2 020,1	1 727,2	–	1,1	291,9	36,4	4 293,0	3 837,8	0,0	1,7	453,5
Febr.	15,4	54,1	1 989,4	1 694,4	–	1,1	294,0	35,6	4 306,3	3 845,9	0,0	1,8	458,6
	Veränderungen *)												
2017	+ 6,1	+ 108,4	+ 50,3	+ 70,4	– 0,0	+ 0,0	– 20,1	– 0,1	+ 57,0	+ 70,2	+ 0,0	+ 0,4	– 13,6
2018	+ 8,5	+ 24,0	– 81,0	– 76,6	+ 0,0	+ 0,1	– 4,4	+ 3,8	+ 71,5	+ 105,4	– 0,1	– 0,5	– 33,2
2019	+ 2,8	+ 59,7	– 63,0	– 61,1	– 0,0	– 0,2	– 1,6	– 1,4	+ 126,7	+ 129,1	+ 0,1	+ 3,1	– 5,5
2020	+ 4,1	+ 316,4	+ 201,2	+ 191,6	– 0,0	+ 0,0	+ 9,6	+ 4,3	+ 123,2	+ 123,6	– 0,1	+ 0,7	– 1,0
2021	+ 2,2	+ 111,8	+ 44,1	+ 46,3	– 0,0	– 0,2	– 2,0	+ 1,5	+ 152,2	+ 147,8	+ 0,0	– 2,2	+ 6,6
2022	– 29,6	– 836,6	+ 938,0	+ 938,1	–	+ 0,2	– 0,3	+ 1,7	+ 216,7	+ 220,1	– 0,1	+ 0,1	– 3,3
2023	– 1,3	– 15,3	– 65,5	– 71,2	–	– 0,2	+ 5,9	+ 1,9	+ 30,9	+ 39,0	– 0,1	– 1,8	– 6,2
2024	+ 0,9	+ 9,5	– 149,7	– 164,7	–	– 0,1	+ 15,0	+ 15,3	+ 76,9	+ 52,4	– 0,0	+ 1,0	+ 23,6
2025	– 1,1	+ 7,6	– 93,3	– 110,7	–	+ 0,1	+ 17,3	+ 1,1	+ 122,0	+ 93,0	– 0,0	+ 0,2	+ 28,9
2024 Sept.	+ 0,4	+ 2,4	– 38,7	– 38,1	–	+ 0,1	– 0,7	+ 1,3	+ 10,8	+ 7,9	– 0,0	+ 0,6	+ 2,3
Okt.	+ 0,7	+ 2,1	– 4,0	– 5,6	–	– 0,0	+ 1,6	– 1,7	+ 1,2	+ 4,7	– 0,0	+ 1,1	– 4,6
Nov.	– 0,7	– 7,2	+ 33,2	+ 34,5	–	+ 0,0	– 1,3	– 8,0	+ 10,1	+ 9,4	+ 0,0	– 0,5	+ 1,3
Dez.	+ 2,3	+ 18,0	– 123,8	– 120,4	–	– 0,1	– 3,3	+ 0,6	+ 10,5	+ 2,8	– 0,0	– 0,7	+ 8,4
2025 Jan.	– 3,3	– 1,0	+ 83,8	+ 76,1	–	+ 0,1	+ 7,6	– 0,1	+ 14,5	+ 5,4	– 0,0	+ 0,2	+ 8,9
Febr.	+ 0,1	– 20,9	+ 10,8	+ 6,5	–	+ 0,1	+ 4,1	– 0,6	+ 17,1	+ 11,1	–	+ 0,5	+ 5,6
März	– 0,8	+ 6,6	– 29,1	– 28,7	–	– 0,1	– 0,3	+ 0,3	+ 4,0	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,1	+ 3,0
April	+ 1,0	+ 3,9	– 0,9	– 3,9	–	+ 0,1	+ 2,9	– 0,1	+ 6,3	+ 5,5	– 0,0	– 0,6	+ 1,5
Mai	+ 0,0	– 1,5	– 7,8	– 10,7	–	+ 0,1	+ 2,8	+ 0,0	+ 7,2	+ 4,1	+ 0,0	+ 0,4	+ 2,6
Juni	– 0,7	– 2,2	– 45,2	– 46,2	–	– 0,1	+ 1,0	– 0,7	+ 6,3	+ 5,2	+ 0,0	+ 0,8	+ 0,2
Juli	– 0,0	+ 7,9	– 21,7	– 22,5	–	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,9	+ 18,6	+ 9,3	– 0,0	+ 0,6	+ 8,8
Aug.	+ 0,4	– 7,6	+ 17,4	+ 16,2	–	+ 0,1	+ 1,1	– 0,2	+ 1,4	+ 7,4	+ 0,0	+ 0,1	– 6,1
Sept.	– 0,4	+ 1,5	– 34,1	– 32,4	–	– 0,2	– 1,5	+ 2,8	+ 13,2	+ 7,0	–	– 1,8	+ 7,9
Okt.	+ 0,4	+ 24,2	– 12,7	– 14,5	–	– 0,0	+ 1,8	+ 0,8	+ 15,2	+ 16,5	–	– 0,3	– 1,0
Nov.	– 0,2	– 18,7	+ 10,4	+ 11,2	–	– 0,0	– 0,8	– 0,8	+ 28,1	+ 27,4	– 0,0	+ 0,0	+ 0,6
Dez.	+ 2,4	+ 15,4	– 64,0	– 61,7	–	– 0,1	– 2,3	– 1,2	– 10,0	– 6,9	+ 0,0	+ 0,1	– 3,2
2026 Jan.	– 2,6	– 22,7	+ 61,4	+ 54,8	–	+ 0,3	+ 6,3	– 2,4	+ 13,2	+ 3,4	– 0,0	– 0,0	+ 9,8
Febr.	– 0,3	+ 7,6	– 30,7	– 32,8	–	– 0,1	+ 2,1	– 0,8	+ 13,2	+ 8,1	– 0,0	+ 0,1	+ 5,1

***** Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Ohne Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. **2** Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. **3** Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsen-

IV. Banken

Ausgleichsforderungen [2]	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an inländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) [3]: insgesamt	Sichteinlagen [4]	Termineinlagen [4]	weitergegebene Wechsel [5]	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs): insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen [6]	Spareinlagen [7]	Sparbriefe [8]	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
–	19,1	91,0	1 032,9	129,5	903,3	0,1	5,6	3 326,7	1 798,2	889,6	588,5	50,4	28,8	2016
–	19,1	88,1	1 048,2	110,7	937,4	0,0	5,1	3 420,9	1 941,0	853,2	582,9	43,7	30,0	2017
–	18,0	90,9	1 020,9	105,5	915,4	0,0	4,7	3 537,6	2 080,1	841,5	578,6	37,3	33,9	2018
–	17,3	90,4	1 010,2	107,2	902,9	0,0	4,4	3 661,0	2 236,3	816,2	575,2	33,2	32,5	2019
–	23,5	78,3	1 236,7	125,0	1 111,6	0,0	13,1	3 885,2	2 513,0	783,3	560,6	28,3	34,4	2020
–	25,7	79,2	1 338,4	117,2	1 221,3	0,0	16,4	3 976,3	2 654,6	736,0	561,2	24,5	34,2	2021
–	25,6	80,3	1 231,6	136,9	1 094,7	0,0	15,7	4 162,0	2 720,6	873,5	533,2	34,6	35,9	2022
–	23,8	80,3	1 099,9	137,9	962,0	0,0	13,5	4 229,0	2 540,8	1 100,1	445,9	142,2	50,1	2023
–	26,1	83,9	989,5	123,1	866,4	0,0	11,0	4 388,5	2 630,5	1 194,2	406,0	157,8	66,7	2024
–	27,1	85,2	941,0	113,0	828,0	0,0	9,3	4 527,9	2 795,7	1 186,0	390,3	155,9	76,0	2025
–	26,1	84,6	1 004,3	135,4	868,8	0,0	11,6	4 322,6	2 544,1	1 193,8	409,3	175,4	75,3	2024 Sept.
–	26,1	84,0	1 001,9	132,9	868,9	0,0	11,6	4 329,5	2 555,1	1 200,0	407,6	166,9	73,9	Okt.
–	26,2	84,3	1 016,5	139,5	877,0	0,0	11,5	4 371,9	2 608,4	1 197,6	405,1	160,8	66,5	Nov.
–	26,1	83,9	989,5	123,1	866,4	0,0	11,0	4 388,5	2 630,5	1 194,2	406,0	157,8	66,7	Dez.
–	26,2	85,0	1 013,8	137,7	876,1	0,0	11,0	4 355,9	2 600,4	1 195,2	403,4	157,0	66,4	2025 Jan.
–	26,2	85,4	1 015,0	143,0	872,0	0,0	11,0	4 374,9	2 627,8	1 189,4	401,2	156,4	65,2	Febr.
–	26,2	85,7	998,7	138,1	860,7	0,0	10,6	4 368,0	2 618,2	1 194,9	398,9	155,9	65,7	März
–	26,5	85,8	1 020,5	149,3	871,2	0,0	10,6	4 394,6	2 661,3	1 181,1	397,5	154,7	65,9	April
–	26,2	85,5	1 023,1	144,4	878,6	0,0	10,5	4 402,9	2 684,9	1 167,4	397,3	153,4	66,2	Mai
–	26,3	85,7	1 010,6	145,7	864,9	0,0	10,1	4 395,1	2 677,5	1 166,7	397,9	153,0	65,9	Juni
–	26,4	85,9	1 012,4	138,6	873,9	0,0	10,1	4 399,8	2 692,6	1 157,0	397,1	153,1	66,9	Juli
–	26,5	84,7	999,6	135,7	863,8	0,0	10,0	4 418,8	2 712,3	1 158,4	395,5	152,6	67,8	Aug.
–	26,8	84,8	1 001,5	137,7	863,8	0,0	9,7	4 405,7	2 705,9	1 153,1	393,9	152,8	72,6	Sept.
–	26,9	85,0	943,5	115,5	828,0	0,0	9,6	4 478,0	2 747,9	1 183,9	391,9	154,4	73,8	Okt.
–	27,1	85,2	951,8	125,5	826,3	0,0	9,7	4 533,7	2 803,6	1 185,3	389,7	155,1	73,9	Nov.
–	27,1	85,2	941,0	113,0	828,0	0,0	9,3	4 527,9	2 795,7	1 186,0	390,3	155,9	76,0	Dez.
–	27,3	84,6	944,7	126,4	818,3	0,0	9,3	4 546,9	2 801,0	1 200,9	388,7	156,2	77,5	2026 Jan.
–	27,4	84,8	946,2	125,1	821,1	0,0	9,1	4 550,1	2 800,8	1 204,2	387,7	157,5	78,3	Febr.
Veränderungen *)														
–	– 0,0	– 1,6	+ 11,0	– 18,4	+ 29,4	– 0,0	– 0,5	+ 103,1	+ 142,8	– 27,5	– 5,6	– 6,7	+ 0,4	2017
–	– 1,0	+ 3,1	– 25,0	– 3,1	– 21,9	+ 0,0	– 0,4	+ 117,7	+ 139,3	– 10,8	– 4,3	– 6,5	+ 3,9	2018
–	– 0,7	+ 0,1	– 8,6	+ 1,6	– 10,2	+ 0,0	– 0,3	+ 122,5	+ 155,8	– 25,7	– 3,4	– 4,1	– 1,4	2019
–	+ 5,7	– 3,3	+ 313,4	+ 23,2	+ 290,2	– 0,0	+ 8,2	+ 221,6	+ 273,7	– 32,7	– 14,5	– 4,9	+ 1,9	2020
–	+ 2,3	+ 1,0	+ 105,2	– 7,4	+ 112,6	+ 0,0	+ 3,3	+ 95,3	+ 144,3	– 46,2	+ 0,7	– 3,5	– 0,2	2021
–	– 0,1	+ 1,7	– 104,6	+ 8,8	– 113,4	– 0,0	– 0,6	+ 191,8	+ 65,8	+ 143,4	– 27,5	+ 10,1	+ 1,7	2022
–	– 1,2	+ 0,6	– 139,9	– 8,9	– 131,0	± 0,0	– 2,3	+ 76,6	– 172,0	+ 226,4	– 82,3	+104,5	+ 3,5	2023
–	+ 2,3	+ 3,8	– 69,9	+ 23,0	– 92,9	+ 0,0	– 2,4	+ 126,1	+ 57,9	+ 85,0	– 40,0	+ 23,1	+17,0	2024
–	+ 1,0	+ 2,5	+ 0,5	+ 8,8	– 8,3	– 0,0	– 1,7	+ 107,8	+ 163,5	– 38,1	– 15,8	– 1,8	+ 9,3	2025
–	– 0,3	+ 0,0	– 20,7	+ 2,4	– 23,1	+ 0,0	– 0,4	– 0,7	– 4,5	+ 2,7	– 1,8	+ 2,9	+ 0,9	2024 Sept.
–	– 0,0	– 0,6	– 2,4	– 2,5	+ 0,1	– 0,0	– 0,1	+ 7,1	+ 11,6	– 1,8	– 1,7	– 1,0	– 1,5	Okt.
–	+ 0,1	+ 0,3	+ 14,7	+ 6,6	+ 8,1	– 0,0	– 0,0	+ 42,7	+ 52,8	– 1,6	– 2,5	– 6,1	– 7,4	Nov.
–	– 0,2	– 0,4	– 25,4	– 14,8	– 10,6	– 0,0	– 0,5	+ 16,6	+ 22,1	– 3,4	+ 0,9	– 3,0	+ 0,6	Dez.
–	+ 0,1	+ 1,1	+ 22,3	+ 14,5	+ 7,8	–	– 0,0	– 27,3	– 24,8	+ 1,0	– 2,7	– 0,7	– 0,2	2025 Jan.
–	+ 0,1	+ 0,2	+ 1,3	+ 5,4	– 4,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 19,0	+ 27,6	– 5,8	– 2,1	– 0,7	– 1,3	Febr.
–	– 0,3	+ 0,3	– 16,3	– 5,0	– 11,3	– 0,0	– 0,4	– 6,8	– 9,5	+ 5,5	– 2,3	– 0,5	+ 0,3	März
–	+ 0,3	+ 0,1	+ 21,8	+ 11,2	+ 10,5	– 0,0	– 0,1	+ 26,8	+ 43,3	– 13,9	– 1,4	– 1,2	+ 0,3	April
–	+ 0,1	– 0,2	+ 2,6	– 4,9	+ 7,4	– 0,0	– 0,0	+ 8,3	+ 23,5	– 13,7	– 0,3	– 1,2	+ 0,6	Mai
–	+ 0,0	+ 0,1	– 12,5	+ 1,3	– 13,8	+ 0,0	– 0,4	– 7,8	– 7,4	– 0,7	+ 0,6	– 0,4	– 0,3	Juni
–	+ 0,2	+ 0,3	+ 1,9	– 7,2	+ 9,0	+ 0,0	– 0,1	+ 4,7	+ 15,2	– 9,7	– 0,8	+ 0,1	+ 0,9	Juli
–	+ 0,0	+ 0,1	– 11,3	– 2,8	– 8,5	– 0,0	– 0,0	+ 19,0	+ 19,7	+ 1,4	– 1,6	– 0,5	+ 0,9	Aug.
–	+ 0,4	+ 0,1	+ 2,0	+ 1,9	+ 0,0	– 0,0	– 0,4	– 13,1	– 6,3	– 5,3	– 1,6	+ 0,1	+ 4,8	Sept.
–	+ 0,0	+ 0,2	– 11,9	– 3,2	– 8,7	–	– 0,0	+ 37,9	+ 34,5	+ 3,9	– 2,1	+ 1,6	+ 1,3	Okt.
–	+ 0,3	+ 0,1	+ 8,3	+ 10,0	– 1,7	+ 0,0	+ 0,1	+ 55,7	+ 55,7	+ 1,5	– 2,1	+ 0,7	+ 0,1	Nov.
–	– 0,1	+ 0,0	– 7,6	– 12,6	+ 5,0	+ 0,0	– 0,3	– 8,8	– 7,9	– 2,3	+ 0,5	+ 0,8	+ 2,1	Dez.
–	+ 0,3	– 2,0	– 4,8	+ 5,4	– 10,2	– 0,0	– 0,1	+ 15,4	+ 1,4	+ 15,2	– 1,6	+ 0,3	+ 1,5	2026 Jan.
–	+ 0,1	+ 0,2	+ 1,5	– 1,3	+ 2,8	–	– 0,2	+ 3,3	– 0,2	+ 3,3	– 1,0	+ 1,2	+ 0,9	Febr.

fähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. **4** Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank. **5** Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf. **6** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **7** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 8. **8** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen	Kredite an ausländische Banken (MFIs)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
		insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite, Wechsel			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken
			zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig		
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2016	0,3	1 055,9	820,6	519,8	300,7	0,5	234,9	1,0	756,2	451,6	90,1	361,4	5,0	299,6
2017	0,3	963,8	738,2	441,0	297,2	0,7	225,0	2,3	723,9	442,2	93,3	348,9	4,2	277,5
2018	0,2	1 014,1	771,9	503,8	268,1	1,0	241,3	3,0	762,0	489,6	99,9	389,7	4,3	268,1
2019	0,2	1 064,2	814,0	532,7	281,3	1,8	248,5	3,7	795,3	513,1	111,0	402,1	7,7	274,5
2020	0,2	1 024,3	784,8	532,1	252,8	2,6	236,8	4,0	822,8	523,0	125,4	397,5	11,3	288,5
2021	0,3	1 100,7	877,5	614,7	262,7	0,4	222,8	3,5	871,2	572,2	151,5	420,7	8,0	290,9
2022	0,2	1 151,3	926,6	656,2	270,4	1,7	223,0	3,7	913,7	616,2	173,0	443,2	14,9	282,6
2023	0,2	1 166,9	934,7	652,0	282,7	3,1	229,2	6,1	960,4	627,3	174,9	452,4	12,3	320,8
2024	0,2	1 305,9	1 058,4	759,7	298,7	2,0	245,5	7,9	1 066,7	691,2	222,0	469,3	12,9	362,6
2025	0,1	1 410,4	1 157,1	856,3	300,8	3,1	250,2	17,6	1 198,2	746,0	274,9	471,1	15,6	436,6
2024 Sept.	0,2	1 291,1	1 042,8	755,5	287,3	2,4	245,9	8,9	1 062,7	693,5	230,3	463,2	16,7	352,6
Okt.	0,2	1 293,3	1 043,2	755,3	287,9	2,4	247,7	8,9	1 064,1	695,1	229,2	465,9	15,4	353,6
Nov.	0,2	1 321,2	1 071,1	781,1	290,0	2,2	247,9	8,1	1 075,7	700,4	232,2	468,2	13,3	362,0
Dez.	0,2	1 305,9	1 058,4	759,7	298,7	2,0	245,5	7,9	1 066,7	691,2	222,0	469,3	12,9	362,6
2025 Jan.	0,1	1 324,2	1 074,0	770,6	303,4	2,1	248,1	7,9	1 107,4	711,3	240,9	470,5	14,0	382,0
Febr.	0,1	1 354,4	1 101,1	799,1	302,0	2,0	251,3	7,5	1 145,5	726,0	251,3	474,7	15,6	403,9
März	0,1	1 385,7	1 133,8	835,7	298,1	2,3	249,6	7,6	1 145,2	720,0	245,7	474,3	16,6	408,6
April	0,1	1 364,0	1 114,8	817,9	296,9	2,1	247,1	8,1	1 145,3	720,4	248,8	471,6	14,6	410,2
Mai	0,1	1 359,0	1 106,4	810,0	296,4	2,3	250,4	9,0	1 158,4	724,6	251,5	473,0	15,7	418,2
Juni	0,1	1 389,4	1 140,0	850,0	290,0	2,2	247,1	9,3	1 174,9	714,7	243,5	471,2	19,9	440,2
Juli	0,1	1 358,8	1 110,7	818,2	292,5	2,2	245,9	9,7	1 172,9	723,2	248,6	474,5	15,0	434,7
Aug.	0,1	1 380,4	1 126,2	831,7	294,5	2,3	251,9	11,2	1 175,4	722,8	249,2	473,7	13,3	439,3
Sept.	0,1	1 383,8	1 127,5	833,2	294,3	2,2	254,1	13,2	1 208,3	745,1	271,8	473,3	14,3	448,8
Okt.	0,1	1 402,6	1 147,1	851,5	295,6	2,3	253,2	12,9	1 221,6	751,7	275,2	476,5	17,4	452,5
Nov.	0,1	1 441,2	1 182,4	881,3	301,2	3,1	255,6	13,9	1 216,8	742,0	267,5	474,5	20,3	454,6
Dez.	0,1	1 410,4	1 157,1	856,3	300,8	3,1	250,2	17,6	1 198,2	746,0	274,9	471,1	15,6	436,6
2026 Jan.	0,1	1 504,1	1 252,6	947,7	304,9	2,9	248,5	21,8	1 320,5	832,3	358,6	473,7	17,0	471,2
Febr.	0,1	1 557,2	1 303,9	998,8	305,2	3,0	250,3	.	1 338,0	837,9	362,7	475,2	16,3	483,8
	Veränderungen *)													
2017	+ 0,0	− 57,2	− 48,7	− 61,5	+ 12,8	+ 0,0	− 8,5	+ 0,6	− 4,7	+ 13,0	+ 8,6	+ 4,4	+ 0,7	− 18,4
2018	+ 0,0	+ 49,6	+ 34,0	+ 57,7	− 23,7	+ 0,2	+ 15,3	+ 0,7	+ 18,3	+ 28,3	+ 3,2	+ 25,2	− 0,4	− 9,7
2019	− 0,0	− 4,1	− 11,3	− 21,9	+ 10,7	+ 0,8	+ 6,3	+ 0,7	+ 26,8	+ 19,9	+ 12,7	+ 7,3	+ 3,0	+ 3,8
2020	− 0,0	− 32,0	− 22,4	− 6,6	− 15,8	+ 0,9	− 10,5	+ 0,3	+ 34,4	+ 14,7	+ 9,0	+ 5,7	+ 3,6	+ 16,1
2021	+ 0,0	+ 52,8	+ 71,1	+ 68,9	+ 2,2	− 2,5	− 15,8	− 0,5	+ 37,8	+ 39,7	+ 29,8	+ 9,9	− 3,2	+ 1,4
2022	− 0,1	+ 21,7	+ 20,4	+ 17,9	+ 2,6	+ 1,3	− 0,0	+ 0,2	+ 37,0	+ 37,0	+ 16,8	+ 20,2	+ 6,7	− 6,7
2023	− 0,0	+ 32,6	+ 24,9	+ 10,2	+ 14,7	+ 1,4	+ 6,3	+ 0,5	+ 51,5	+ 14,8	+ 5,2	+ 9,6	− 2,6	+ 39,3
2024	+ 0,0	+ 121,0	+ 106,2	+ 97,2	+ 9,0	− 1,0	+ 15,9	− 0,2	+ 95,3	+ 55,1	+ 43,9	+ 11,2	+ 0,5	+ 39,7
2025	− 0,1	+ 133,0	+ 126,2	+ 109,9	+ 16,4	+ 1,1	+ 5,7	+10,7	+ 158,5	+ 76,1	+ 62,8	+ 13,3	+ 3,0	+ 79,4
2024 Sept.	− 0,0	+ 37,6	+ 34,7	+ 36,9	− 2,2	− 0,2	+ 3,1	− 0,1	+ 35,7	+ 20,8	+ 19,2	+ 1,6	+ 0,7	+ 14,2
Okt.	+ 0,0	− 5,7	− 7,3	− 4,8	− 2,5	+ 0,0	+ 1,6	− 0,0	− 3,4	− 2,2	− 2,9	+ 0,6	− 1,4	+ 0,2
Nov.	+ 0,0	+ 18,1	+ 18,3	+ 19,7	− 1,5	− 0,2	+ 0,0	− 0,8	+ 5,1	+ 0,0	+ 0,8	− 0,7	− 2,1	+ 7,2
Dez.	+ 0,0	− 19,9	− 17,2	− 24,7	+ 7,5	− 0,2	− 2,5	− 0,1	− 11,9	− 11,5	− 10,9	− 0,6	− 0,5	+ 0,1
2025 Jan.	− 0,1	+ 16,1	+ 13,5	+ 8,6	+ 4,8	+ 0,0	+ 2,7	+ 0,0	+ 41,1	+ 20,5	+ 18,7	+ 1,8	+ 1,1	+ 19,4
Febr.	+ 0,0	+ 30,2	+ 26,9	+ 28,3	− 1,4	− 0,0	+ 3,4	− 0,4	+ 37,2	+ 14,1	+ 10,3	+ 3,7	+ 1,6	+ 21,6
März	− 0,0	+ 45,9	+ 47,3	+ 46,5	+ 0,8	+ 0,2	− 1,7	+ 0,1	+ 9,5	+ 1,7	− 1,5	+ 3,3	+ 1,1	+ 6,6
April	− 0,0	− 3,3	− 0,9	− 5,6	+ 4,7	− 0,1	− 2,2	+ 0,5	+ 10,3	+ 8,4	+ 6,5	+ 1,9	− 1,9	+ 3,8
Mai	+ 0,0	− 6,5	− 9,9	− 8,9	− 1,0	+ 0,2	+ 3,2	+ 0,9	+ 11,7	+ 3,1	+ 2,4	+ 0,7	+ 1,0	+ 7,7
Juni	+ 0,0	+ 41,5	+ 44,7	+ 47,2	− 2,5	− 0,0	− 3,1	+ 0,3	+ 23,7	− 4,3	− 5,8	+ 1,5	+ 4,4	+ 23,6
Juli	+ 0,0	− 37,9	− 36,7	− 36,9	+ 0,1	− 0,1	− 1,1	+ 0,3	− 5,5	+ 5,7	+ 3,9	+ 1,8	− 4,9	− 6,3
Aug.	− 0,0	+ 27,5	+ 21,3	+ 17,3	+ 4,0	+ 0,1	+ 6,1	+ 1,5	+ 5,9	+ 2,3	+ 1,7	+ 0,6	− 1,7	+ 5,3
Sept.	− 0,0	+ 5,9	+ 3,7	+ 3,0	+ 0,7	− 0,1	+ 2,2	+ 2,0	+ 34,7	+ 23,6	+ 23,3	+ 0,3	+ 1,1	+ 9,9
Okt.	− 0,0	+ 15,0	+ 15,9	+ 16,3	− 0,4	+ 0,1	− 0,9	+ 0,8	+ 10,9	+ 4,7	+ 2,5	+ 2,2	+ 3,1	+ 3,1
Nov.	− 0,0	+ 38,1	+ 34,9	+ 30,0	+ 4,9	+ 0,8	+ 2,4	+ 1,0	− 4,9	− 9,7	− 7,7	− 2,1	+ 2,7	+ 2,0
Dez.	−	− 39,7	− 34,3	− 36,0	+ 1,7	+ 0,0	− 5,4	+ 3,7	− 16,0	+ 6,0	+ 8,5	− 2,5	− 4,6	− 17,4
2026 Jan.	−	+ 67,9	+ 68,0	+ 62,2	+ 5,8	− 0,2	+ 0,1	+ 4,3	+ 61,8	+ 31,6	+ 28,8	+ 2,9	+ 1,2	+ 29,0
Febr.	− 0,0	+ 50,4	+ 48,6	+ 49,3	− 0,7	+ 0,0	+ 1,8	.	+ 16,4	+ 4,7	+ 3,8	+ 0,9	− 0,7	+ 12,4

***** Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt.

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs)						Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe) zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Spareinlagen und Sparbriefe) zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig	Nachrichtlich: Treuhandkredite	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
13,1	28,7	696,1	374,4	321,6	234,2	87,5	0,0	206,2	100,3	105,9	55,2	50,8	0,7	2016
12,1	24,3	659,0	389,6	269,4	182,4	87,0	0,0	241,2	109,4	131,8	68,1	63,8	0,3	2017
11,8	22,1	643,1	370,6	272,5	185,6	86,8	0,0	231,5	110,2	121,3	63,7	57,6	0,1	2018
11,5	21,3	680,6	339,3	341,2	243,2	98,0	–	229,8	112,3	117,4	60,5	57,0	0,1	2019
11,3	17,2	761,2	428,8	332,5	205,1	127,3	–	258,5	133,3	125,2	65,6	59,7	0,1	2020
11,1	16,6	914,6	456,0	458,6	301,5	157,2	0,0	288,2	141,9	146,2	68,7	77,6	0,1	2021
10,4	15,7	998,4	480,0	518,4	376,4	141,9	–	370,3	196,0	174,3	84,4	89,8	0,1	2022
10,7	16,7	923,8	469,5	454,3	288,1	166,2	–	380,6	176,2	204,4	104,9	99,5	1,1	2023
10,7	17,1	962,3	462,9	499,4	316,2	183,2	–	403,2	190,8	212,5	106,2	106,2	4,7	2024
11,6	18,0	990,4	482,0	508,4	327,1	181,3	–	435,5	210,8	224,8	115,9	108,9	9,8	2025
10,6	15,9	1 011,3	532,4	478,9	299,4	179,5	0,0	424,3	210,9	213,5	113,7	99,8	5,5	2024 Sept.
10,7	16,2	1 012,4	528,4	484,0	303,5	180,6	0,0	412,5	197,7	214,9	116,2	98,7	5,4	Okt.
10,8	16,3	1 027,3	533,8	493,5	314,3	179,2	0,0	432,3	207,0	225,3	118,4	106,9	4,1	Nov.
10,7	17,1	962,3	462,9	499,4	316,2	183,2	–	403,2	190,8	212,5	106,2	106,2	4,7	Dez.
10,7	17,6	1 052,3	527,2	525,1	345,9	179,3	–	439,5	211,5	228,0	121,9	106,1	4,9	2025 Jan.
10,7	17,5	1 085,9	552,9	533,0	348,0	185,0	–	456,0	221,4	234,6	129,7	104,9	5,2	Febr.
10,7	17,5	1 089,8	548,8	541,0	357,8	183,2	–	466,2	229,6	236,7	128,7	108,0	5,6	März
10,7	17,4	1 092,0	564,4	527,6	351,7	176,0	–	449,6	224,7	224,9	117,6	107,4	5,9	April
10,7	17,4	1 054,5	516,0	538,5	357,2	181,3	–	454,7	228,4	226,3	118,3	108,1	6,3	Mai
10,5	17,5	1 072,1	539,7	532,4	351,9	180,5	–	460,6	230,2	230,4	121,0	109,4	6,5	Juni
10,5	17,5	1 035,7	511,5	524,1	340,6	183,6	–	450,4	225,6	224,8	115,6	109,2	7,0	Juli
10,5	17,6	1 053,3	489,4	563,8	383,2	180,6	–	442,3	219,0	223,2	113,8	109,4	7,5	Aug.
10,5	17,6	1 066,6	539,0	527,6	339,5	188,1	–	459,7	230,7	229,1	119,7	109,4	8,2	Sept.
11,3	17,7	1 057,7	526,4	531,3	344,6	186,7	–	453,8	215,6	238,2	128,0	110,2	8,6	Okt.
11,4	17,6	1 059,6	548,1	511,4	321,6	189,8	–	440,7	216,0	224,7	113,9	110,8	9,0	Nov.
11,6	18,0	990,4	482,0	508,4	327,1	181,3	–	435,5	210,8	224,8	115,9	108,9	9,8	Dez.
11,8	18,6	1 122,5	589,7	532,8	347,0	185,8	–	537,5	289,6	247,9	133,8	114,1	10,8	2026 Jan.
12,0	18,6	1 160,0	611,7	548,2	354,6	193,6	–	540,1	295,5	244,5	131,1	113,5	11,5	Febr.
Veränderungen *)														
– 1,0	– 4,1	– 15,5	+ 25,2	– 40,8	– 43,2	+ 2,4	± 0,0	+ 31,8	+ 11,0	+ 20,8	+ 15,6	+ 5,2	– 0,4	2017
– 0,2	– 2,2	– 23,9	– 23,4	– 0,4	+ 2,1	– 2,6	– 0,0	– 11,9	– 0,2	– 11,8	– 5,7	– 6,0	– 0,2	2018
– 0,3	– 0,9	– 9,5	– 49,4	+ 39,8	+ 28,0	+ 11,8	– 0,0	– 0,8	+ 2,1	– 2,9	– 1,8	– 1,1	– 0,0	2019
– 0,2	– 3,9	+ 83,8	+ 87,8	– 4,1	– 34,7	+ 30,6	–	+ 23,6	+ 13,8	+ 9,8	+ 7,1	+ 2,8	+ 0,0	2020
– 0,2	– 0,8	+ 136,6	+ 19,8	+ 116,8	+ 89,2	+ 27,6	+ 0,0	+ 22,7	+ 6,4	+ 16,3	+ 0,0	+ 16,3	– 0,0	2021
– 0,7	– 1,0	+ 85,8	+ 29,1	+ 56,7	+ 69,6	– 13,0	– 0,0	+ 68,2	+ 49,0	+ 19,2	+ 13,9	+ 5,3	+ 0,0	2022
+ 0,2	+ 1,1	– 66,1	– 4,6	– 61,4	– 86,9	+ 25,4	± 0,0	+ 11,6	– 18,3	+ 29,9	+ 20,9	+ 9,0	+ 0,1	2023
+ 0,0	+ 0,3	+ 33,9	– 10,8	+ 44,6	+ 22,2	+ 22,4	± 0,0	+ 17,6	+ 12,7	+ 4,9	– 1,5	+ 6,4	+ 3,3	2024
+ 0,1	+ 1,0	+ 70,0	+ 54,1	+ 15,9	+ 15,1	+ 0,9	–	+ 46,5	+ 26,2	+ 20,3	+ 14,3	+ 6,0	+ 5,1	2025
+ 0,0	– 0,1	+ 38,6	+ 63,6	– 24,9	– 30,1	+ 5,1	–	+ 16,7	+ 14,8	+ 1,9	+ 1,3	+ 0,5	+ 0,4	2024 Sept.
+ 0,1	+ 0,3	+ 0,8	– 6,7	+ 7,5	+ 1,5	+ 6,0	–	– 14,1	– 14,1	– 0,0	+ 1,2	– 1,3	– 0,1	Okt.
+ 0,1	– 0,0	+ 6,8	+ 1,2	+ 5,6	+ 8,2	– 2,6	–	+ 16,8	+ 8,0	+ 8,8	+ 1,0	+ 7,8	– 1,2	Nov.
– 0,1	+ 0,8	– 67,3	– 72,1	+ 4,8	+ 0,4	+ 4,4	– 0,0	– 30,5	– 16,8	– 13,7	– 12,9	– 0,8	+ 0,2	Dez.
+ 0,0	+ 0,4	+ 87,5	+ 63,9	+ 23,6	+ 27,5	– 3,9	–	+ 31,6	+ 16,0	+ 15,6	+ 15,7	– 0,1	+ 0,2	2025 Jan.
+ 0,0	– 0,0	+ 32,9	+ 25,3	+ 7,7	+ 2,0	+ 5,7	–	+ 17,7	+ 9,9	+ 7,8	+ 7,9	– 0,1	+ 0,3	Febr.
+ 0,0	– 0,0	+ 17,4	+ 3,7	+ 13,7	+ 13,9	– 0,2	–	+ 15,0	+ 11,2	+ 3,8	+ 0,4	+ 3,4	+ 0,3	März
– 0,1	– 0,0	+ 16,7	+ 22,7	– 6,0	– 0,5	– 5,5	–	– 11,9	– 2,7	– 9,1	– 9,3	+ 0,2	+ 0,4	April
– 0,0	– 0,0	– 39,7	– 49,9	+ 10,2	+ 6,8	+ 3,3	–	+ 5,3	+ 4,1	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,4	Mai
– 0,2	+ 0,2	+ 26,9	+ 28,0	– 1,1	– 1,6	+ 0,5	–	+ 8,8	+ 3,2	+ 5,6	+ 3,9	+ 1,7	+ 0,2	Juni
+ 0,0	– 0,0	– 41,6	– 30,7	– 10,9	– 13,4	+ 2,5	–	– 12,1	– 5,4	– 6,7	– 6,2	– 0,5	+ 0,5	Juli
– 0,0	+ 0,1	+ 22,3	– 19,8	+ 42,0	+ 44,5	– 2,5	–	– 6,6	– 5,9	– 0,7	– 1,1	+ 0,4	+ 0,5	Aug.
– 0,0	+ 0,0	+ 15,4	+ 50,3	– 34,9	– 42,7	+ 7,7	–	+ 18,1	+ 11,9	+ 6,2	+ 6,2	+ 0,0	+ 0,8	Sept.
+ 0,0	+ 0,1	+ 11,9	+ 9,8	+ 2,1	+ 4,0	– 1,9	–	– 2,5	– 11,0	+ 8,6	+ 7,8	+ 0,7	+ 0,4	Okt.
+ 0,1	– 0,1	– 0,1	+ 19,8	– 19,9	– 23,0	+ 3,2	–	– 13,0	+ 0,4	– 13,5	– 14,1	+ 0,6	+ 0,4	Nov.
+ 0,2	+ 0,4	– 79,4	– 69,0	– 10,5	– 2,4	– 8,1	–	– 3,9	– 5,4	+ 1,5	+ 2,6	– 1,0	+ 0,8	Dez.
+ 0,2	+ 1,3	+ 107,1	+ 77,6	+ 29,5	+ 20,9	+ 8,6	–	+ 41,2	+ 23,9	+ 17,3	+ 17,4	– 0,1	+ 1,0	2026 Jan.
+ 0,1	– 0,0	+ 35,7	+ 21,1	+ 14,5	+ 7,0	+ 7,5	–	+ 1,9	+ 5,5	– 3,7	– 2,9	– 0,7	+ 0,7	Febr.

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
				an Unternehmen und Privatpersonen			an öffentliche Haushalte				an Unter-
	mit börsenfähigen Geldmarktpapieren, Wertpapieren, Ausgleichsforderungen	ohne börsenfähige Geldmarktpapiere, Wertpapiere, Ausgleichsforderungen	insgesamt	zusammen	Buchkredite und Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere	zusammen	Buchkredite	Schatzwechsel	insgesamt	zusammen
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)										
2016	3 274,3	2 824,2	248,6	205,7	205,4	0,3	42,9	42,8	0,1	3 025,8	2 530,0
2017	3 332,6	2 894,4	241,7	210,9	210,6	0,3	30,7	30,3	0,4	3 090,9	2 640,0
2018	3 394,5	2 990,4	249,5	228,0	227,6	0,4	21,5	21,7	– 0,2	3 145,0	2 732,8
2019	3 521,5	3 119,5	260,4	238,8	238,4	0,4	21,6	18,7	2,9	3 261,1	2 866,9
2020	3 647,0	3 245,3	243,3	221,6	221,2	0,4	21,6	18,0	3,6	3 403,8	3 013,0
2021	3 798,1	3 392,7	249,7	232,2	231,9	0,3	17,5	15,2	2,3	3 548,4	3 174,6
2022	4 015,6	3 613,3	296,4	279,8	279,4	0,4	16,7	14,3	2,3	3 719,2	3 359,9
2023	4 044,1	3 649,9	279,0	264,2	264,0	0,3	14,8	14,2	0,6	3 765,1	3 401,1
2024	4 120,1	3 701,4	294,8	275,3	274,9	0,5	19,5	18,1	1,4	3 825,3	3 437,8
2025	4 286,5	3 838,9	367,1	339,3	338,8	0,4	27,9	26,4	1,4	3 919,4	3 493,7
2024 Sept.	4 098,6	3 684,8	295,2	275,2	274,3	0,9	20,0	18,9	1,1	3 803,4	3 419,6
Okt.	4 099,7	3 689,4	293,6	271,1	270,3	0,8	22,5	20,2	2,3	3 806,1	3 422,8
Nov.	4 109,8	3 698,8	293,7	272,6	272,0	0,7	21,1	19,2	1,9	3 816,1	3 429,8
Dez.	4 120,1	3 701,4	294,8	275,3	274,9	0,5	19,5	18,1	1,4	3 825,3	3 437,8
2025 Jan.	4 134,7	3 706,9	299,1	275,3	274,7	0,6	23,8	22,4	1,4	3 835,6	3 440,0
Febr.	4 150,7	3 716,8	304,1	280,7	279,9	0,7	23,4	21,6	1,8	3 846,6	3 445,7
März	4 154,8	3 717,8	307,0	282,6	281,8	0,7	24,4	22,5	2,0	3 847,8	3 442,9
April	4 161,0	3 723,2	304,5	279,7	278,9	0,8	24,9	23,6	1,3	3 856,5	3 445,9
Mai	4 168,2	3 727,3	299,6	275,8	275,0	0,8	23,8	22,2	1,7	3 868,6	3 456,0
Juni	4 174,5	3 732,5	308,3	283,6	282,6	1,1	24,7	22,5	2,2	3 866,1	3 454,1
Juli	4 193,1	3 741,8	302,1	273,8	272,8	1,0	28,3	25,5	2,9	3 891,0	3 468,4
Aug.	4 194,5	3 749,2	302,4	275,9	275,0	0,9	26,5	23,4	3,1	3 892,1	3 476,6
Sept.	4 207,4	3 755,8	307,6	280,7	280,1	0,7	26,8	25,3	1,5	3 899,8	3 475,1
Okt.	4 268,5	3 818,3	355,3	327,4	326,7	0,7	27,9	26,7	1,2	3 913,2	3 486,7
Nov.	4 296,6	3 845,8	371,6	344,7	344,3	0,4	26,9	25,5	1,4	3 925,0	3 497,0
Dez.	4 286,5	3 838,9	367,1	339,3	338,8	0,4	27,9	26,4	1,4	3 919,4	3 493,7
2026 Jan.	4 293,0	3 837,8	366,4	334,8	334,5	0,3	31,7	30,2	1,4	3 926,6	3 494,8
Febr.	4 306,3	3 845,9	364,3	335,7	335,1	0,6	28,6	27,5	1,1	3 942,0	3 503,8
	Veränderungen *)										
2017	+ 57,0	+ 70,2	– 6,5	+ 5,6	+ 5,6	+ 0,0	– 12,1	– 12,4	+ 0,3	+ 63,5	+ 103,4
2018	+ 71,5	+ 105,3	+ 6,6	+ 15,8	+ 15,7	+ 0,1	– 9,2	– 8,6	– 0,6	+ 65,0	+ 102,0
2019	+ 126,7	+ 129,1	+ 11,7	+ 11,6	+ 11,6	+ 0,0	+ 0,1	– 3,0	+ 3,1	+ 115,0	+ 132,8
2020	+ 123,2	+ 123,6	– 19,6	– 19,8	– 19,8	– 0,0	+ 0,2	– 0,5	+ 0,7	+ 142,8	+ 145,6
2021	+ 152,2	+ 147,8	+ 8,8	+ 13,8	+ 13,8	– 0,1	– 4,9	– 2,8	– 2,1	+ 143,4	+ 157,9
2022	+ 216,7	+ 220,0	+ 47,6	+ 48,5	+ 48,5	+ 0,0	– 0,9	– 0,9	+ 0,0	+ 169,1	+ 184,8
2023	+ 30,9	+ 38,9	– 15,3	– 14,5	– 14,4	– 0,1	– 0,8	+ 0,9	– 1,7	+ 46,2	+ 42,3
2024	+ 76,9	+ 52,3	+ 12,9	+ 8,3	+ 8,1	+ 0,2	+ 4,6	+ 3,8	+ 0,8	+ 64,0	+ 42,4
2025	+ 122,0	+ 92,9	+ 27,0	+ 18,5	+ 18,4	+ 0,1	+ 8,4	+ 8,4	+ 0,1	+ 95,0	+ 55,8
2024 Sept.	+ 10,8	+ 7,9	+ 10,5	+ 8,6	+ 8,4	+ 0,2	+ 1,9	+ 1,4	+ 0,4	+ 0,3	– 2,3
Okt.	+ 1,2	+ 4,7	– 3,8	– 6,3	– 6,1	– 0,1	+ 2,5	+ 1,3	+ 1,2	+ 5,0	+ 8,2
Nov.	+ 10,1	+ 9,4	– 0,0	+ 1,4	+ 1,5	– 0,1	– 1,4	– 1,0	– 0,4	+ 10,2	+ 6,2
Dez.	+ 10,5	+ 2,8	+ 1,1	+ 2,7	+ 2,9	– 0,2	– 1,6	– 1,1	– 0,5	+ 9,4	+ 8,2
2025 Jan.	+ 14,5	+ 5,4	+ 3,1	– 1,2	– 1,4	+ 0,2	+ 4,3	+ 4,3	+ 0,1	+ 11,4	+ 3,2
Febr.	+ 17,1	+ 11,1	+ 4,5	+ 4,9	+ 4,8	+ 0,1	– 0,4	– 0,8	+ 0,4	+ 12,6	+ 7,3
März	+ 4,0	+ 0,9	+ 3,1	+ 2,1	+ 2,1	– 0,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,9	– 3,1
April	+ 6,3	+ 5,5	– 2,2	– 2,7	– 2,7	+ 0,0	+ 0,4	+ 1,1	– 0,7	+ 8,6	+ 2,8
Mai	+ 7,2	+ 4,2	– 5,0	– 4,0	– 4,1	+ 0,1	– 1,0	– 1,4	+ 0,4	+ 12,2	+ 10,4
Juni	+ 6,3	+ 5,2	+ 8,8	+ 7,9	+ 7,7	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,6	– 2,5	– 2,0
Juli	+ 18,6	+ 9,2	– 5,8	– 9,4	– 9,4	– 0,0	+ 3,6	+ 3,0	+ 0,6	+ 24,4	+ 13,9
Aug.	+ 1,4	+ 7,4	+ 0,3	+ 2,1	+ 2,3	– 0,1	– 1,9	– 2,1	+ 0,2	+ 1,1	+ 8,2
Sept.	+ 13,2	+ 7,0	+ 5,5	+ 5,2	+ 5,4	– 0,2	+ 0,4	+ 1,9	– 1,5	+ 7,7	– 1,2
Okt.	+ 15,2	+ 16,5	+ 2,8	+ 1,7	+ 1,7	– 0,0	+ 1,1	+ 1,4	– 0,3	+ 12,4	+ 10,7
Nov.	+ 28,1	+ 27,4	+ 16,5	+ 17,5	+ 17,6	– 0,1	– 1,0	– 1,1	+ 0,1	+ 11,6	+ 10,1
Dez.	– 10,0	– 6,9	– 4,6	– 5,5	– 5,5	– 0,0	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,1	– 5,4	– 4,6
2026 Jan.	+ 13,2	+ 3,4	+ 3,9	+ 0,6	+ 0,6	– 0,0	+ 3,4	+ 3,4	– 0,0	+ 9,2	+ 1,6
Febr.	+ 13,2	+ 8,1	+ 2,1	+ 5,2	+ 4,8	+ 0,4	– 3,1	– 2,8	– 0,3	+ 11,1	+ 4,7

***** Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Ohne Schuldverschreibungen aus

IV. Banken

Kredite												
nehmen und Privatpersonen					an öffentliche Haushalte							
Buchkredite						Buchkredite						
zusammen	mittelfristig	langfristig	Wertpapiere	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	zusammen	mittelfristig	langfristig	Wertpapiere 1)	Ausgleichsforderungen 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2 306,5	264,1	2 042,4	223,4	17,3	495,8	269,4	23,9	245,5	226,4	–	1,8	2016
2 399,5	273,5	2 125,9	240,6	17,4	450,9	254,0	22,5	231,5	196,9	–	1,7	2017
2 499,4	282,6	2 216,8	233,4	16,5	412,1	241,7	19,7	222,0	170,4	–	1,4	2018
2 626,4	301,3	2 325,1	240,5	15,7	394,2	235,9	17,2	218,8	158,2	–	1,5	2019
2 771,8	310,5	2 461,4	241,1	22,4	390,8	234,3	15,7	218,6	156,6	–	1,1	2020
2 915,7	314,5	2 601,2	258,9	24,7	373,8	229,9	14,3	215,6	143,9	–	1,0	2021
3 085,9	348,7	2 737,1	274,0	24,6	359,3	233,7	14,1	219,6	125,6	–	1,0	2022
3 131,7	361,0	2 770,7	269,4	22,8	364,0	240,0	14,1	225,9	124,0	–	1,0	2023
3 154,0	351,4	2 802,6	283,9	24,1	387,4	254,4	15,7	238,7	133,0	–	1,9	2024
3 204,7	347,9	2 856,8	289,0	24,5	425,7	268,9	17,4	251,5	156,8	–	2,6	2025
3 146,3	356,1	2 790,3	273,3	24,2	383,8	245,3	15,2	230,1	138,5	–	1,9	2024 Sept.
3 148,6	353,8	2 794,8	274,2	24,2	383,3	250,3	15,4	234,9	133,0	–	1,9	Okt.
3 156,0	352,9	2 803,1	273,8	24,3	386,3	251,6	15,7	235,9	134,7	–	1,9	Nov.
3 154,0	351,4	2 802,6	283,9	24,1	387,4	254,4	15,7	238,7	133,0	–	1,9	Dez.
3 154,7	349,9	2 804,8	285,3	24,2	395,6	255,1	15,8	239,3	140,5	–	2,0	2025 Jan.
3 158,9	349,3	2 809,6	286,8	24,2	400,9	256,4	16,2	240,2	144,5	–	2,0	Febr.
3 156,5	347,2	2 809,3	286,4	24,2	404,9	257,0	16,1	240,9	148,0	–	2,0	März
3 162,0	344,9	2 817,1	283,9	23,9	410,7	258,7	16,3	242,4	151,9	–	2,6	April
3 170,7	345,7	2 825,0	285,3	23,6	412,6	259,4	16,7	242,7	153,2	–	2,6	Mai
3 168,3	346,7	2 821,6	285,8	23,7	412,1	259,2	16,4	242,8	152,9	–	2,6	Juni
3 181,9	350,2	2 831,8	286,5	23,8	422,6	261,6	16,6	245,1	161,0	–	2,6	Juli
3 188,6	346,6	2 842,0	288,0	23,8	415,6	262,2	17,0	245,2	153,4	–	2,6	Aug.
3 186,7	345,6	2 841,0	288,4	24,2	424,7	263,8	16,7	247,1	160,9	–	2,6	Sept.
3 198,3	348,8	2 849,5	288,4	24,2	426,6	266,6	17,3	249,3	160,0	–	2,6	Okt.
3 207,7	351,4	2 856,3	289,3	24,5	427,9	268,3	17,4	250,9	159,6	–	2,7	Nov.
3 204,7	347,9	2 856,8	289,0	24,5	425,7	268,9	17,4	251,5	156,8	–	2,6	Dez.
3 203,6	346,7	2 856,9	291,3	24,7	431,8	269,5	17,5	252,0	162,3	–	2,6	2026 Jan.
3 213,2	346,9	2 866,3	290,6	24,8	438,2	270,2	18,1	252,1	168,0	–	2,6	Febr.
Veränderungen *)												
+ 87,6	+ 9,4	+ 78,2	+ 15,8	+ 0,1	– 39,9	– 10,6	– 1,3	– 9,3	– 29,4	–	– 0,1	2017
+ 108,7	+ 19,3	+ 89,4	– 6,7	– 0,9	– 37,1	– 10,5	– 2,7	– 7,8	– 26,6	–	– 0,0	2018
+ 126,0	+ 18,9	+ 107,2	+ 6,8	– 0,8	– 17,8	– 5,5	– 2,6	– 2,9	– 12,3	–	+ 0,1	2019
+ 145,0	+ 9,4	+ 135,5	+ 0,6	+ 6,1	– 2,8	– 1,1	– 1,5	+ 0,4	– 1,7	–	– 0,4	2020
+ 140,1	+ 5,6	+ 134,5	+ 17,8	+ 2,3	– 14,6	– 3,3	– 1,3	– 2,0	– 11,3	–	– 0,0	2021
+ 169,9	+ 33,5	+ 136,4	+ 14,9	– 0,1	– 15,7	+ 2,5	– 0,7	+ 3,3	– 18,2	–	– 0,0	2022
+ 46,9	+ 11,0	+ 35,9	– 4,7	– 1,1	+ 3,9	+ 5,5	± 0,0	+ 5,5	– 1,5	–	– 0,0	2023
+ 27,9	– 6,5	+ 34,5	+ 14,5	+ 1,4	+ 21,6	+ 12,5	+ 1,6	+ 10,9	+ 9,1	–	+ 0,9	2024
+ 50,6	– 4,0	+ 54,6	+ 5,1	+ 0,8	+ 39,3	+ 15,5	+ 1,5	+ 14,0	+ 23,7	–	+ 0,2	2025
– 2,8	+ 0,3	– 3,1	+ 0,5	– 0,3	+ 2,6	+ 0,9	– 0,0	+ 0,9	+ 1,8	–	+ 0,0	2024 Sept.
+ 7,3	– 0,1	+ 7,4	+ 0,9	+ 0,1	– 3,2	+ 2,3	+ 0,2	+ 2,1	– 5,5	–	– 0,1	Okt.
+ 6,6	– 0,7	+ 7,3	– 0,4	+ 0,1	+ 4,0	+ 2,3	+ 0,3	+ 2,0	+ 1,7	–	+ 0,0	Nov.
– 1,8	– 1,2	– 0,6	+ 10,1	– 0,2	+ 1,2	+ 2,8	– 0,0	+ 2,8	– 1,6	–	– 0,0	Dez.
+ 1,8	– 1,0	+ 2,8	+ 1,4	+ 0,1	+ 8,2	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,7	+ 7,5	–	+ 0,0	2025 Jan.
+ 5,8	– 0,7	+ 6,5	+ 1,6	+ 0,1	+ 5,2	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,9	+ 4,0	–	– 0,0	Febr.
– 2,7	– 1,8	– 0,9	– 0,5	– 0,3	+ 4,0	+ 0,5	– 0,1	+ 0,7	+ 3,5	–	+ 0,0	März
+ 5,3	– 2,5	+ 7,9	– 2,5	+ 0,2	+ 5,7	+ 1,8	+ 0,2	+ 1,5	+ 4,0	–	+ 0,1	April
+ 9,0	+ 1,0	+ 8,0	+ 1,4	+ 0,0	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 1,2	–	+ 0,0	Mai
– 2,5	+ 1,0	– 3,5	+ 0,5	+ 0,0	– 0,5	– 0,3	– 0,3	+ 0,1	– 0,3	–	– 0,0	Juni
+ 13,2	+ 3,0	+ 10,2	+ 0,7	+ 0,1	+ 10,5	+ 2,5	+ 0,2	+ 2,3	+ 8,1	–	+ 0,0	Juli
+ 6,7	– 3,6	+ 10,3	+ 1,5	+ 0,0	– 7,0	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,1	– 7,6	–	+ 0,0	Aug.
– 1,6	– 0,9	– 0,7	+ 0,4	+ 0,4	+ 8,9	+ 1,4	– 0,3	+ 1,7	+ 7,5	–	+ 0,0	Sept.
+ 10,7	+ 2,5	+ 8,3	– 0,0	+ 0,0	+ 1,7	+ 2,6	+ 0,5	+ 2,1	– 0,9	–	+ 0,0	Okt.
+ 9,2	+ 2,6	+ 6,6	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,5	+ 1,8	+ 0,2	+ 1,7	– 0,3	–	+ 0,0	Nov.
– 4,2	– 3,5	– 0,8	– 0,3	– 0,0	– 0,9	+ 2,0	+ 0,0	+ 2,0	– 2,9	–	– 0,1	Dez.
– 0,6	– 1,1	+ 0,5	+ 2,2	+ 0,2	+ 7,6	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 7,5	–	+ 0,0	2026 Jan.
+ 5,3	– 0,8	+ 6,1	– 0,6	+ 0,1	+ 6,4	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,1	+ 5,7	–	+ 0,0	Febr.

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. **2** Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)													
		darunter:												
			Kredite für den Wohnungsbau			Kredite an Unternehmen und Selbständige								
	insgesamt	Hypothekarkredite insgesamt	zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Baugewerbe	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen
Kredite insgesamt														**Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)**
2023	3 395,7	1 740,5	1 801,7	1 512,0	289,7	1 872,8	525,7	154,6	136,1	113,3	160,2	56,0	61,5	218,1
2024 4.Vj.	3 428,8	1 773,5	1 823,0	1 544,5	278,6	1 892,1	534,7	147,9	146,9	113,7	154,4	56,5	51,1	227,8
2025 1.Vj.	3 438,3	1 773,3	1 829,1	1 545,8	283,3	1 899,7	537,4	150,2	149,2	113,1	154,9	55,2	51,3	228,1
2.Vj.	3 450,9	1 781,4	1 839,9	1 553,1	286,8	1 903,0	540,6	149,9	147,4	113,5	155,5	55,4	52,9	230,1
3.Vj.	3 466,7	1 792,4	1 852,0	1 562,4	289,6	1 906,2	541,9	148,2	150,9	113,6	153,3	55,8	52,4	227,2
4.Vj.	3 543,5	1 801,8	1 862,1	1 568,9	293,3	1 975,5	543,9	144,9	156,6	111,8	152,9	55,7	49,7	295,7
Kurzfristige Kredite														
2023	264,0	.	7,4	.	7,4	233,9	5,3	37,2	5,1	22,2	46,8	3,5	4,5	47,2
2024 4.Vj.	274,9	.	7,4	.	7,4	244,6	5,4	35,5	6,0	22,5	48,0	4,0	4,6	54,1
2025 1.Vj.	281,8	.	7,5	.	7,5	251,6	5,4	39,2	7,3	23,1	49,5	3,5	4,1	54,7
2.Vj.	282,6	.	7,4	.	7,4	251,7	5,3	40,1	6,6	22,8	50,1	3,5	4,1	55,4
3.Vj.	280,1	.	7,6	.	7,6	248,7	5,5	39,4	7,3	22,5	49,6	3,5	4,0	55,2
4.Vj.	338,8	.	7,7	.	7,7	307,1	5,6	38,1	7,6	21,4	49,3	3,4	3,6	118,8
Mittelfristige Kredite														
2023	361,0	.	41,9	.	41,9	291,2	24,3	34,0	6,0	23,1	28,2	4,2	18,6	61,3
2024 4.Vj.	351,4	.	38,3	.	38,3	283,6	22,9	31,9	10,3	21,8	25,2	4,3	10,3	62,5
2025 1.Vj.	347,2	.	37,4	.	37,4	280,5	22,5	32,3	9,6	20,9	24,6	4,1	10,3	62,7
2.Vj.	346,7	.	37,2	.	37,2	279,6	22,5	32,1	6,0	21,1	24,9	4,1	12,0	64,4
3.Vj.	345,6	.	36,0	.	36,0	277,6	21,2	32,5	6,4	21,1	24,3	4,2	11,7	61,9
4.Vj.	347,9	.	35,9	.	35,9	279,7	21,1	31,0	7,0	20,3	24,6	4,2	10,8	66,5
Langfristige Kredite														
2023	2 770,7	1 740,5	1 752,5	1 512,0	240,5	1 347,7	496,1	83,4	125,1	68,0	85,2	48,3	38,5	109,7
2024 4.Vj.	2 802,6	1 773,5	1 777,3	1 544,5	232,9	1 363,9	506,4	80,5	130,5	69,4	81,2	48,2	36,3	111,2
2025 1.Vj.	2 809,3	1 773,3	1 784,2	1 545,8	238,4	1 367,5	509,4	78,7	132,3	69,1	80,9	47,6	37,0	110,8
2.Vj.	2 821,6	1 781,4	1 795,3	1 553,1	242,2	1 371,7	512,8	77,7	134,8	69,7	80,5	47,8	36,7	110,4
3.Vj.	2 841,0	1 792,4	1 808,5	1 562,4	246,0	1 379,9	515,2	76,3	137,3	69,9	79,4	48,2	36,8	110,1
4.Vj.	2 856,8	1 801,8	1 818,5	1 568,9	249,6	1 388,7	517,2	75,8	141,9	70,2	78,9	48,1	35,2	110,5
Kredite insgesamt														**Veränderungen im Vierteljahr *)**
2024 4.Vj.	+ 10,3	+ 5,8	+ 8,0	+ 6,2	+ 1,8	+ 5,8	+ 3,4	− 5,8	+ 3,5	− 0,7	− 0,7	− 0,3	+ 0,7	+ 3,3
2025 1.Vj.	+ 10,5	+ 7,1	+ 6,8	+ 6,6	+ 0,2	+ 7,4	+ 3,1	+ 2,4	+ 2,3	− 0,5	+ 0,6	− 1,3	+ 0,3	− 0,7
2.Vj.	+ 12,7	+ 6,3	+ 10,7	+ 7,2	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,2	− 0,4	+ 2,1	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,2	− 2,4	+ 1,8
3.Vj.	+ 16,5	+ 11,0	+ 14,8	+ 11,2	+ 3,6	+ 3,8	+ 3,9	− 1,7	+ 3,5	+ 0,0	− 2,3	+ 0,4	− 0,4	− 2,7
4.Vj.	+ 29,4	+ 9,3	+ 12,2	+ 8,6	+ 3,7	+ 21,9	+ 4,0	− 3,3	+ 5,6	− 1,7	− 0,4	− 0,1	− 2,5	+ 22,2
Kurzfristige Kredite														
2024 4.Vj.	− 1,8	.	− 0,2	.	− 0,2	− 2,0	− 0,1	− 3,8	+ 0,7	− 1,0	+ 0,4	− 0,2	+ 0,6	+ 3,0
2025 1.Vj.	+ 5,6	.	+ 0,1	.	+ 0,1	+ 6,0	− 0,0	+ 3,7	+ 1,2	+ 0,4	+ 1,2	+ 0,0	− 0,5	+ 0,1
2.Vj.	+ 0,9	.	− 0,1	.	− 0,1	+ 0,2	− 0,1	+ 0,8	− 0,6	− 0,3	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,9
3.Vj.	− 1,7	.	+ 0,2	.	+ 0,2	− 2,2	+ 0,2	− 0,7	+ 0,6	− 0,2	− 0,6	− 0,0	− 0,2	+ 0,2
4.Vj.	+ 13,7	.	+ 0,1	.	+ 0,1	+ 13,3	+ 0,1	− 1,3	+ 0,4	− 1,2	− 0,2	− 0,0	− 0,3	+ 18,6
Mittelfristige Kredite														
2024 4.Vj.	− 2,0	.	− 0,7	.	− 0,7	− 1,8	− 0,3	− 2,3	− 0,5	− 0,0	+ 0,1	−	+ 0,9	− 0,5
2025 1.Vj.	− 3,5	.	− 0,9	.	− 0,9	− 3,1	− 0,3	+ 0,5	− 0,7	− 0,6	− 0,5	− 0,7	+ 0,1	− 0,3
2.Vj.	− 0,6	.	− 0,2	.	− 0,2	− 0,9	− 0,1	− 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,0	− 2,1	+ 1,5
3.Vj.	− 1,5	.	− 0,4	.	− 0,4	− 2,5	− 0,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,0	− 0,6	+ 0,1	− 0,4	− 2,4
4.Vj.	+ 1,6	.	− 0,0	.	− 0,0	+ 1,5	− 0,1	− 1,4	+ 0,7	− 0,8	+ 0,3	− 0,0	− 0,8	+ 3,8
Langfristige Kredite														
2024 4.Vj.	+ 14,1	+ 5,8	+ 8,9	+ 6,2	+ 2,7	+ 9,5	+ 3,8	+ 0,2	+ 3,2	+ 0,4	− 1,1	− 0,0	− 0,8	+ 0,7
2025 1.Vj.	+ 8,5	+ 7,1	+ 7,6	+ 6,6	+ 1,0	+ 4,5	+ 3,4	− 1,8	+ 1,7	− 0,3	− 0,1	− 0,5	+ 0,7	− 0,4
2.Vj.	+ 12,4	+ 6,3	+ 11,1	+ 7,2	+ 3,8	+ 4,2	+ 3,4	− 1,0	+ 2,5	+ 0,5	− 0,4	+ 0,2	− 0,3	− 0,7
3.Vj.	+ 19,7	+ 11,0	+ 15,0	+ 11,2	+ 3,9	+ 8,5	+ 4,3	− 1,4	+ 2,5	+ 0,3	− 1,1	+ 0,4	+ 0,1	− 0,4
4.Vj.	+ 14,1	+ 9,3	+ 12,2	+ 8,6	+ 3,6	+ 7,0	+ 4,1	− 0,5	+ 4,5	+ 0,3	− 0,5	− 0,1	− 1,4	− 0,2

***** Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monats-

IV. Banken

Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen												Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		
	Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)				nachrichtlich:				sonstige Kredite					
		darunter:								darunter:				
zusammen	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstückswesen	Kredite an Selbständige 2)	Kredite an das Handwerk	zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	Ratenkredite 3)	Debetsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Zeit
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)												**Kredite insgesamt**		
973,0	346,8	75,8	223,7	504,8	54,3	1 505,7	1 271,3	234,4	185,6	7,1	17,2	4,7	2023	
993,9	358,8	76,8	223,6	509,2	54,0	1 519,9	1 283,8	236,1	187,7	7,1	16,9	4,5	2024	4.Vj.
997,5	362,0	77,4	224,3	512,2	53,8	1 521,8	1 287,3	234,5	186,9	7,7	16,9	4,5	2025	1.Vj.
998,1	365,6	75,7	224,3	514,1	54,1	1 531,0	1 294,9	236,1	187,9	7,6	16,9	4,4		2.Vj.
1 004,7	370,2	77,2	225,3	516,8	53,5	1 543,7	1 305,7	238,0	189,2	7,6	16,8	4,4		3.Vj.
1 008,2	375,6	76,5	224,7	517,3	53,1	1 551,4	1 314,1	237,3	187,4	7,3	16,6	4,2		4.Vj.
											Kurzfristige Kredite			
67,4	16,0	12,6	11,3	20,6	5,7	29,5	2,1	27,5	2,2	7,1	0,6	0,0	2023	
70,0	14,9	12,5	11,5	20,8	6,6	29,8	2,0	27,8	2,5	7,1	0,5	–	2024	4.Vj.
70,3	14,8	13,8	11,4	21,4	7,1	29,6	2,1	27,5	2,3	7,7	0,5	–	2025	1.Vj.
69,0	14,9	13,3	11,3	21,4	7,3	30,3	2,1	28,2	2,3	7,6	0,6	–		2.Vj.
67,2	14,3	14,1	10,7	21,2	6,9	30,8	2,1	28,7	2,3	7,6	0,6	–		3.Vj.
64,8	14,4	12,8	10,3	21,0	6,8	31,2	2,1	29,1	2,2	7,3	0,6	0,0		4.Vj.
											Mittelfristige Kredite			
115,9	26,0	21,4	32,2	31,2	6,4	69,4	17,5	51,8	47,1	.	0,4	0,1	2023	
117,4	24,9	22,7	32,8	31,1	6,1	67,4	15,3	52,0	47,0	.	0,4	0,0	2024	4.Vj.
116,1	24,2	21,8	33,6	31,0	6,0	66,3	14,8	51,6	46,5	.	0,4	0,0	2025	1.Vj.
114,9	23,9	21,2	34,1	30,9	6,1	66,7	14,6	52,0	46,9	.	0,4	0,0		2.Vj.
115,5	24,3	20,9	34,4	31,2	5,9	67,6	14,7	52,9	47,6	.	0,4	0,0		3.Vj.
115,3	24,4	20,9	33,7	31,2	5,8	67,8	14,8	53,0	47,3	.	0,4	0,0		4.Vj.
											Langfristige Kredite			
789,7	304,8	41,8	180,1	453,0	42,3	1 406,8	1 251,7	155,1	136,3	.	16,2	4,6	2023	
806,5	318,9	41,6	179,3	457,3	41,3	1 422,7	1 266,4	156,3	138,2	.	15,9	4,5	2024	4.Vj.
811,1	323,0	41,8	179,2	459,8	40,7	1 425,8	1 270,4	155,4	138,1	.	16,0	4,4	2025	1.Vj.
814,1	326,8	41,3	178,9	461,9	40,7	1 434,0	1 278,2	155,9	138,7	.	15,9	4,4		2.Vj.
822,0	331,5	42,2	180,1	464,4	40,7	1 445,3	1 288,9	156,4	139,2	.	15,9	4,3		3.Vj.
828,1	336,8	42,9	180,8	465,2	40,5	1 452,4	1 297,2	155,3	137,9	.	15,7	4,2		4.Vj.
Veränderungen im Vierteljahr *)												**Kredite insgesamt**		
+ 5,8	+ 5,0	– 1,8	+ 0,5	+ 1,5	– 0,4	+ 4,4	+ 4,8	– 0,4	– 0,7	– 0,7	+ 0,1	– 0,1	2024	4.Vj.
+ 4,2	+ 3,1	+ 0,5	+ 0,8	+ 2,0	+ 0,3	+ 3,2	+ 3,8	– 0,6	+ 0,1	+ 0,5	– 0,1	– 0,1	2025	1.Vj.
+ 1,0	+ 3,8	– 1,5	+ 0,1	+ 2,0	+ 0,3	+ 9,2	+ 7,6	+ 1,6	+ 0,9	– 0,1	+ 0,1	– 0,1		2.Vj.
+ 7,0	+ 4,7	+ 1,6	+ 0,8	+ 2,7	– 0,6	+ 12,8	+ 10,9	+ 1,8	+ 1,2	+ 0,1	– 0,1	– 0,0		3.Vj.
+ 2,2	+ 5,3	– 1,7	– 0,7	+ 0,5	– 0,4	+ 7,7	+ 8,3	– 0,7	– 1,5	– 0,3	– 0,1	– 0,1		4.Vj.
											Kurzfristige Kredite			
– 1,7	– 0,1	– 2,4	– 0,1	– 0,4	– 0,3	+ 0,2	– 0,1	+ 0,3	+ 0,0	– 0,7	+ 0,1	– 0,0	2024	4.Vj.
– 0,2	– 0,5	+ 1,2	– 0,3	+ 0,7	+ 0,5	– 0,4	+ 0,1	– 0,5	– 0,0	+ 0,5	+ 0,0	–	2025	1.Vj.
– 1,2	+ 0,1	– 0,6	– 0,1	– 0,0	+ 0,2	+ 0,6	– 0,0	+ 0,6	– 0,0	– 0,1	+ 0,1	–		2.Vj.
– 1,3	– 0,4	+ 0,9	– 0,3	– 0,2	– 0,4	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,1	– 0,0	–		3.Vj.
– 2,6	+ 0,1	– 1,4	– 0,6	– 0,2	– 0,2	+ 0,4	– 0,0	+ 0,4	– 0,1	– 0,3	– 0,0	+ 0,0		4.Vj.
											Mittelfristige Kredite			
+ 0,5	– 0,1	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,0	– 0,2	– 0,4	+ 0,1	+ 0,0	.	– 0,0	–	2024	4.Vj.
– 0,8	– 0,7	– 0,9	+ 0,9	– 0,3	– 0,1	– 0,4	– 0,6	+ 0,1	+ 0,1	.	– 0,0	– 0,0	2025	1.Vj.
– 1,0	– 0,2	– 0,6	+ 0,5	– 0,2	+ 0,1	+ 0,3	– 0,1	+ 0,5	+ 0,4	.	+ 0,0	– 0,0		2.Vj.
+ 0,1	+ 0,3	– 0,3	– 0,1	+ 0,3	– 0,2	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,7	.	+ 0,0	– 0,0		3.Vj.
– 0,3	+ 0,1	– 0,1	– 0,8	– 0,0	– 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	– 0,1	.	+ 0,0	– 0,0		4.Vj.
											Langfristige Kredite			
+ 6,9	+ 5,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 1,6	– 0,2	+ 4,4	+ 5,2	– 0,8	– 0,8	.	+ 0,1	– 0,1	2024	4.Vj.
+ 5,2	+ 4,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 1,7	– 0,2	+ 4,1	+ 4,2	– 0,1	+ 0,1	.	– 0,1	– 0,1	2025	1.Vj.
+ 3,3	+ 3,9	– 0,4	– 0,3	+ 2,1	+ 0,0	+ 8,2	+ 7,8	+ 0,5	+ 0,5	.	– 0,0	– 0,1		2.Vj.
+ 8,2	+ 4,8	+ 1,0	+ 1,3	+ 2,6	– 0,0	+ 11,3	+ 10,8	+ 0,4	+ 0,5	.	– 0,1	– 0,0		3.Vj.
+ 5,0	+ 5,1	– 0,3	+ 0,7	+ 0,8	– 0,1	+ 7,1	+ 8,3	– 1,1	– 1,3	.	– 0,1	– 0,1		4.Vj.

bericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Ohne Treuhandkredite. **2** Einschl. Einzelkaufleute. **3** Ohne Hypothekarkredite und ohne Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2) insgesamt	Termineinlagen 1) 2) mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2) zusammen	mit Befristung von über 1 Jahr 2) bis 2 Jahre einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2) über 2 Jahre	Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Nachrichtlich: Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos
	Inländische Nichtbanken insgesamt											**Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)**
2023	4 229,0	2 540,8	1 100,1	514,7	585,4	80,5	504,9	445,9	142,2	50,1	20,3	2,9
2024	4 388,5	2 630,5	1 194,2	606,2	588,0	80,2	507,7	406,0	157,8	66,7	21,1	3,6
2025	4 527,9	2 795,7	1 186,0	609,0	577,0	80,5	496,5	390,3	155,9	76,0	20,6	41,6
2025 März	4 368,0	2 618,2	1 194,9	612,2	582,7	75,1	507,6	398,9	155,9	65,7	21,0	6,2
April	4 394,6	2 661,3	1 181,1	598,6	582,5	75,5	507,0	397,5	154,7	65,9	20,9	8,3
Mai	4 402,9	2 684,9	1 167,4	584,7	582,7	75,1	507,5	397,3	153,4	66,2	21,0	8,4
Juni	4 395,1	2 677,5	1 166,7	585,6	581,0	74,2	506,9	397,9	153,0	65,9	20,9	9,0
Juli	4 399,8	2 692,6	1 157,0	578,5	578,5	72,1	506,5	397,1	153,1	66,9	21,0	7,8
Aug.	4 418,8	2 712,3	1 158,4	576,7	581,7	76,2	505,5	395,5	152,6	67,8	21,0	7,2
Sept.	4 405,7	2 705,9	1 153,1	569,9	583,2	77,4	505,8	393,9	152,8	72,6	20,9	7,7
Okt.	4 478,0	2 747,9	1 183,9	611,1	572,8	79,7	493,1	391,9	154,4	73,8	20,8	57,7
Nov.	4 533,7	2 803,6	1 185,3	611,7	573,7	80,1	493,6	389,7	155,1	73,9	20,8	51,2
Dez.	4 527,9	2 795,7	1 186,0	609,0	577,0	80,5	496,5	390,3	155,9	76,0	20,6	41,6
2026 Jan.	4 546,9	2 801,0	1 200,9	623,6	577,3	80,5	496,9	388,7	156,2	77,5	20,6	64,7
Febr.	4 550,1	2 800,8	1 204,2	626,1	578,1	81,2	496,9	387,7	157,5	78,3	20,6	57,3
												Veränderungen *)
2024	+ 126,1	+ 57,9	+ 85,0	+ 85,7	− 0,8	− 0,5	− 0,3	− 40,0	+ 23,1	+ 17,0	+ 0,7	+ 0,6
2025	+ 107,8	+ 163,5	− 38,1	− 23,5	− 14,6	− 1,0	− 13,6	− 15,8	− 1,8	+ 9,3	− 0,5	+ 8,6
2025 März	− 6,8	− 9,5	+ 5,5	+ 8,8	− 3,3	− 3,1	− 0,3	− 2,3	− 0,5	+ 0,3	− 0,0	+ 0,2
April	+ 26,8	+ 43,3	− 13,9	− 13,6	− 0,2	+ 0,4	− 0,6	− 1,4	− 1,2	+ 0,3	− 0,1	+ 2,1
Mai	+ 8,3	+ 23,5	− 13,7	− 13,9	+ 0,2	− 0,3	+ 0,5	− 0,3	− 1,2	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,1
Juni	− 7,8	− 7,4	− 0,7	+ 0,9	− 1,6	− 1,0	− 0,7	+ 0,6	− 0,4	− 0,3	− 0,0	+ 0,6
Juli	+ 4,7	+ 15,2	− 9,7	− 7,2	− 2,5	− 2,1	− 0,4	− 0,8	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,0	− 1,2
Aug.	+ 19,0	+ 19,7	+ 1,4	− 1,8	+ 3,2	+ 4,2	− 1,0	− 1,6	− 0,5	+ 0,9	− 0,0	− 0,7
Sept.	− 13,1	− 6,3	− 5,3	− 6,8	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,3	− 1,6	+ 0,1	+ 4,8	− 0,0	+ 0,5
Okt.	+ 37,9	+ 34,5	+ 3,9	+ 15,1	− 11,2	+ 1,5	− 12,7	− 2,1	+ 1,6	+ 1,3	− 0,1	+ 20,5
Nov.	+ 55,7	+ 55,7	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,5	− 2,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,0	− 6,5
Dez.	− 8,8	− 7,9	− 2,3	− 2,9	+ 0,6	− 0,0	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,8	+ 2,1	− 0,2	− 9,6
2026 Jan.	+ 15,4	+ 1,4	+ 15,2	+ 14,9	+ 0,4	− 0,0	+ 0,4	− 1,6	+ 0,3	+ 1,5	− 0,0	+ 21,9
Febr.	+ 3,3	− 0,2	+ 3,3	+ 2,6	+ 0,7	+ 0,7	− 0,0	− 1,0	+ 1,2	+ 0,9	− 0,0	− 7,4
	Inländische öffentliche Haushalte											**Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)**
2023	286,9	91,2	190,5	105,6	84,9	23,3	61,6	0,9	4,4	26,6	1,4	0,2
2024	250,4	91,9	153,7	90,9	62,8	14,2	48,7	0,5	4,3	30,1	1,8	–
2025	242,0	93,2	144,3	97,8	46,5	13,7	32,8	0,4	4,2	31,5	1,6	–
2025 März	251,5	87,4	159,2	101,2	58,0	13,0	45,0	0,5	4,3	30,4	1,8	–
April	235,7	82,3	148,6	90,5	58,0	13,2	44,8	0,5	4,3	30,7	1,8	0,1
Mai	240,4	87,4	148,3	90,6	57,6	12,8	44,8	0,5	4,2	30,8	1,8	0,1
Juni	256,2	92,4	159,2	102,6	56,6	11,7	44,9	0,5	4,2	30,8	1,7	–
Juli	236,0	82,4	148,9	93,2	55,8	11,2	44,6	0,5	4,1	31,0	1,7	–
Aug.	250,9	95,5	150,7	92,8	57,9	13,3	44,7	0,5	4,3	31,1	1,7	0,1
Sept.	240,3	87,6	148,0	90,2	57,8	13,1	44,7	0,5	4,2	31,1	1,7	0,1
Okt.	229,1	91,0	133,6	87,6	46,0	12,8	33,2	0,4	4,1	31,1	1,7	0,1
Nov.	244,9	96,2	144,2	97,8	46,4	13,1	33,3	0,4	4,1	31,3	1,7	–
Dez.	242,0	93,2	144,3	97,8	46,5	13,7	32,8	0,4	4,2	31,5	1,6	–
2026 Jan.	238,6	90,1	143,9	97,0	46,9	13,8	33,1	0,4	4,2	31,6	1,6	–
Febr.	254,8	96,9	153,3	106,2	47,1	14,2	32,9	0,4	4,2	31,6	1,6	–
												Veränderungen *)
2024	− 37,7	+ 0,1	− 37,4	− 15,0	− 22,3	− 9,3	− 13,0	− 0,3	− 0,1	+ 3,5	+ 0,4	− 0,2
2025	− 9,7	+ 0,4	− 9,8	+ 6,6	− 16,4	− 0,6	− 15,8	− 0,1	− 0,2	+ 1,4	− 0,2	± 0,0
2025 März	+ 6,5	− 2,1	+ 8,7	+ 12,1	− 3,3	− 1,1	− 2,3	− 0,0	− 0,0	+ 0,0	− 0,0	− 0,1
April	− 15,8	− 5,1	− 10,8	− 10,7	− 0,0	+ 0,2	− 0,2	− 0,0	+ 0,0	+ 0,3	− 0,0	+ 0,1
Mai	+ 4,7	+ 5,1	− 0,3	+ 0,1	− 0,4	− 0,4	− 0,0	− 0,0	− 0,1	+ 0,1	− 0,0	–
Juni	+ 15,8	+ 4,9	+ 10,9	+ 12,0	− 1,1	− 1,1	+ 0,1	− 0,0	− 0,0	+ 0,0	− 0,0	− 0,1
Juli	− 20,3	− 9,9	− 10,3	− 9,5	− 0,8	− 0,5	− 0,4	− 0,0	− 0,0	+ 0,2	− 0,0	–
Aug.	+ 15,0	+ 13,1	+ 1,8	− 0,4	+ 2,2	+ 2,0	+ 0,1	− 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1
Sept.	− 10,7	− 8,0	− 2,7	− 2,5	− 0,1	− 0,1	− 0,0	− 0,0	− 0,0	− 0,0	− 0,0	–
Okt.	− 12,2	+ 2,6	− 14,7	− 2,9	− 11,8	− 0,3	− 11,5	− 0,0	− 0,1	+ 0,0	− 0,0	–
Nov.	+ 15,8	+ 5,2	+ 10,6	+ 10,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,0	− 0,1	+ 0,2	–	− 0,1
Dez.	− 3,1	− 3,2	+ 0,0	− 0,0	+ 0,1	+ 0,5	− 0,5	− 0,0	+ 0,1	+ 0,2	− 0,2	–
2026 Jan.	− 5,0	− 4,5	− 0,6	− 1,0	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	–
Febr.	+ 16,2	+ 6,8	+ 9,4	+ 9,2	+ 0,2	+ 0,3	− 0,1	− 0,0	+ 0,0	+ 0,0	− 0,0	–

Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Einschl. nachrangiger Verbind-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2) insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2) zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre	Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos
	Inländische Unternehmen und Privatpersonen											**Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)**
2023	3 942,1	2 449,6	909,6	409,1	500,5	57,2	443,3	445,0	137,9	23,5	19,0	2,7
2024	4 138,0	2 538,6	1 040,5	515,4	525,1	66,1	459,1	405,4	153,4	36,5	19,3	3,6
2025	4 285,9	2 702,5	1 041,7	511,2	530,6	66,8	463,7	389,8	151,8	44,5	19,1	41,6
2025 März	4 116,5	2 530,9	1 035,7	511,0	524,7	62,1	462,6	398,4	151,6	35,2	19,3	6,2
April	4 158,9	2 579,0	1 032,5	508,0	524,5	62,3	462,2	397,0	150,3	35,2	19,2	8,3
Mai	4 162,5	2 597,4	1 019,1	494,1	525,0	62,3	462,7	396,7	149,3	35,4	19,2	8,3
Juni	4 138,9	2 585,1	1 007,5	483,0	524,5	62,5	462,0	397,4	148,9	35,1	19,2	9,0
Juli	4 163,9	2 610,2	1 008,1	485,3	522,8	60,9	461,9	396,6	149,0	35,9	19,2	7,8
Aug.	4 167,8	2 616,7	1 007,7	483,9	523,8	63,0	460,8	395,0	148,4	36,7	19,2	7,1
Sept.	4 165,4	2 618,4	1 005,0	479,7	525,3	64,2	461,1	393,5	148,5	41,5	19,2	7,6
Okt.	4 248,9	2 656,9	1 050,3	523,5	526,8	66,9	459,9	391,4	150,3	42,7	19,1	57,6
Nov.	4 288,8	2 707,4	1 041,1	513,9	527,2	66,9	460,3	389,3	151,0	42,6	19,1	51,2
Dez.	4 285,9	2 702,5	1 041,7	511,2	530,6	66,8	463,7	389,8	151,8	44,5	19,1	41,6
2026 Jan.	4 308,2	2 710,9	1 057,0	526,5	530,5	66,7	463,8	388,3	152,0	45,9	19,0	64,7
Febr.	4 295,3	2 703,9	1 050,9	519,9	531,0	67,1	463,9	387,3	153,2	46,7	19,0	57,3
												Veränderungen *)
2024	+ 163,7	+ 57,8	+ 122,3	+ 100,8	+ 21,6	+ 8,8	+ 12,8	− 39,7	+ 23,3	+ 13,5	+ 0,3	+ 0,8
2025	+ 117,5	+ 163,1	− 28,4	− 30,2	+ 1,8	− 0,5	+ 2,3	− 15,6	− 1,7	+ 7,9	− 0,3	+ 8,6
2025 März	− 13,3	− 7,4	− 3,2	− 3,2	+ 0,0	− 2,0	+ 2,0	− 2,3	− 0,5	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,3
April	+ 42,6	+ 48,4	− 3,1	− 2,9	− 0,2	+ 0,2	− 0,4	− 1,4	− 1,2	− 0,0	− 0,1	+ 2,1
Mai	+ 3,6	+ 18,4	− 13,4	− 14,0	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,5	− 0,3	− 1,1	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,1
Juni	− 23,6	− 12,3	− 11,6	− 11,1	− 0,5	+ 0,2	− 0,7	+ 0,7	− 0,4	− 0,3	− 0,0	+ 0,7
Juli	+ 25,0	+ 25,1	+ 0,6	+ 2,3	− 1,7	− 1,7	− 0,1	− 0,8	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,0	− 1,2
Aug.	+ 4,0	+ 6,6	− 0,4	− 1,4	+ 1,0	+ 2,1	− 1,1	− 1,6	− 0,6	+ 0,8	− 0,0	− 0,7
Sept.	− 2,4	+ 1,6	− 2,7	− 4,2	+ 1,6	+ 1,3	+ 0,3	− 1,6	+ 0,2	+ 4,8	− 0,0	+ 0,5
Okt.	+ 50,1	+ 31,8	+ 18,6	+ 18,0	+ 0,6	+ 1,9	− 1,3	− 2,1	+ 1,7	+ 1,2	− 0,1	+ 20,5
Nov.	+ 40,0	+ 50,5	− 9,1	− 9,6	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,4	− 2,1	+ 0,7	− 0,2	+ 0,0	− 6,4
Dez.	− 5,7	− 4,6	− 2,4	− 2,9	+ 0,5	− 0,5	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,9	− 0,1	− 9,6
2026 Jan.	+ 20,4	+ 5,9	+ 15,8	+ 15,8	− 0,0	− 0,2	+ 0,1	− 1,6	+ 0,3	+ 1,4	− 0,1	+ 21,9
Febr.	− 12,9	− 7,0	− 6,1	− 6,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,1	− 1,0	+ 1,2	+ 0,8	− 0,0	− 7,4
	darunter: inländische Unternehmen											**Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)**
2023	1 194,6	723,0	453,9	204,3	249,6	19,0	230,6	3,3	14,4	2,5	15,5	2,7
2024	1 252,0	756,9	476,8	217,6	259,2	18,3	240,9	3,1	15,3	1,8	15,3	3,6
2025	1 319,1	799,5	501,7	245,9	255,8	19,2	236,7	3,1	14,8	1,6	14,6	41,6
2025 März	1 235,2	738,7	478,1	218,3	259,8	16,6	243,2	3,1	15,3	2,0	15,1	6,2
April	1 260,7	762,9	479,5	220,0	259,5	16,8	242,7	3,2	15,1	2,0	14,9	8,3
Mai	1 253,2	765,4	469,4	210,2	259,2	16,6	242,6	3,2	15,1	1,7	15,0	8,3
Juni	1 236,9	754,4	464,2	206,7	257,5	16,1	241,4	3,2	15,1	1,7	14,9	9,0
Juli	1 254,6	768,6	467,7	211,1	256,7	15,9	240,8	3,2	15,1	1,7	14,9	7,8
Aug.	1 246,4	757,3	470,9	215,6	255,3	16,3	239,1	3,1	15,1	1,6	14,8	7,1
Sept.	1 253,6	764,4	470,9	214,5	256,4	17,4	239,0	3,2	15,0	1,7	14,8	7,6
Okt.	1 326,9	794,3	514,5	257,5	256,9	19,6	237,3	3,2	15,0	1,6	14,6	57,6
Nov.	1 329,8	804,9	506,8	250,2	256,6	19,4	237,2	3,2	15,0	1,6	14,7	51,2
Dez.	1 319,1	799,5	501,7	245,9	255,8	19,2	236,7	3,1	14,8	1,6	14,6	41,6
2026 Jan.	1 341,1	807,2	516,1	261,2	254,9	18,8	236,1	3,1	14,7	1,6	14,5	64,7
Febr.	1 315,0	787,0	510,4	255,6	254,9	18,9	236,0	3,0	14,6	1,7	14,4	57,3
												Veränderungen *)
2024	+ 57,1	+ 34,5	+ 21,9	+ 13,5	+ 8,4	− 0,1	+ 8,5	− 0,3	+ 1,0	+ 0,9	− 0,2	+ 0,8
2025	+ 34,7	+ 36,5	− 1,3	+ 2,6	− 3,9	+ 0,1	− 4,0	− 0,0	− 0,5	− 0,2	− 0,7	+ 8,6
2025 März	− 5,8	− 5,8	+ 0,0	− 0,1	+ 0,1	− 1,8	+ 1,9	− 0,1	+ 0,0	− 0,1	− 0,0	+ 0,3
April	+ 25,7	+ 24,3	+ 1,5	+ 1,7	− 0,2	+ 0,2	− 0,4	+ 0,1	− 0,2	− 0,0	− 0,1	+ 2,1
Mai	− 7,5	+ 2,5	− 10,0	− 9,8	− 0,2	− 0,2	− 0,1	+ 0,0	− 0,0	− 0,1	+ 0,0	+ 0,1
Juni	− 16,3	− 11,1	− 5,2	− 3,5	− 1,8	− 0,5	− 1,3	− 0,0	+ 0,0	+ 0,1	− 0,1	+ 0,7
Juli	+ 17,7	+ 14,2	+ 3,5	+ 4,3	− 0,8	− 0,2	− 0,6	− 0,0	− 0,0	+ 0,0	− 0,0	− 1,2
Aug.	− 8,1	− 11,2	+ 3,2	+ 4,5	− 1,3	+ 0,4	− 1,7	− 0,1	− 0,0	− 0,1	− 0,0	− 0,7
Sept.	+ 7,1	+ 7,1	− 0,0	− 1,1	+ 1,1	+ 1,2	− 0,1	+ 0,1	− 0,1	+ 0,0	− 0,1	+ 0,5
Okt.	+ 40,0	+ 23,1	+ 16,9	+ 17,2	− 0,3	+ 1,4	− 1,7	− 0,0	− 0,0	− 0,0	− 0,1	+ 20,5
Nov.	+ 2,9	+ 10,7	− 7,7	− 7,4	− 0,3	− 0,2	− 0,1	− 0,0	− 0,0	− 0,0	+ 0,0	− 6,4
Dez.	− 10,2	− 5,3	− 4,7	− 4,2	− 0,5	− 0,2	− 0,3	− 0,1	− 0,1	+ 0,0	− 0,0	− 9,6
2026 Jan.	+ 23,6	+ 7,4	+ 16,3	+ 16,6	− 0,3	− 0,2	− 0,1	+ 0,0	− 0,1	+ 0,0	− 0,2	+ 21,9
Febr.	− 26,1	− 20,2	− 5,7	− 5,6	− 0,1	+ 0,1	− 0,1	− 0,1	− 0,2	+ 0,0	− 0,0	− 7,4

lichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. **4** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen						Termineinlagen 1) 2)					
			nach Gläubigergruppen						nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen				inländische Organisationen ohne Erwerbszweck		inländische Privatpersonen				
		insgesamt	zusammen	Selbständige	wirtschaftlich Unselbständige	sonstige Privatpersonen		insgesamt	zusammen	Selbständige	wirtschaftlich Unselbständige	sonstige Privatpersonen	
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2023	2 747,5	1 726,6	1 685,2	270,9	1 271,0	143,4	41,3	455,7	434,0	67,6	317,3	49,2	
2024	2 886,1	1 781,8	1 739,1	276,5	1 321,2	141,3	42,7	563,7	541,6	80,8	405,4	55,5	
2025	2 966,8	1 903,1	1 858,1	291,6	1 422,9	143,5	45,0	540,0	518,4	72,5	393,1	52,8	
2025 Sept.	2 911,8	1 853,9	1 809,3	283,5	1 385,5	140,3	44,6	534,1	511,7	72,3	387,3	52,1	
Okt.	2 922,0	1 862,6	1 817,7	288,7	1 389,1	139,8	44,9	535,8	513,8	72,6	389,0	52,2	
Nov.	2 959,0	1 902,4	1 858,1	290,6	1 424,4	143,1	44,4	534,4	513,1	72,0	388,9	52,2	
Dez.	2 966,8	1 903,1	1 858,1	291,6	1 422,9	143,5	45,0	540,0	518,4	72,5	393,1	52,8	
2026 Jan.	2 967,1	1 903,7	1 857,8	288,4	1 426,0	143,3	46,0	540,9	518,3	72,1	393,5	52,7	
Febr.	2 980,3	1 917,0	1 869,7	288,5	1 437,1	144,1	47,3	540,5	517,9	71,8	393,7	52,4	
	Veränderungen *)												
2024	+ 106,6	+ 23,3	+ 22,0	+ 0,2	+ 27,7	− 5,9	+ 1,3	+ 100,5	+ 100,0	+ 12,8	+ 79,2	+ 8,0	
2025	+ 82,8	+ 126,7	+ 124,3	+ 17,1	+ 104,0	+ 3,2	+ 2,3	− 27,1	− 26,5	− 8,9	− 15,0	− 2,7	
2025 Sept.	− 9,5	− 5,5	− 5,6	− 5,6	− 0,8	+ 0,8	+ 0,1	− 2,6	− 2,4	− 0,6	− 1,5	− 0,3	
Okt.	+ 10,1	+ 8,7	+ 8,4	+ 5,2	+ 3,7	− 0,5	+ 0,3	+ 1,7	+ 2,1	+ 0,3	+ 1,7	+ 0,1	
Nov.	+ 37,0	+ 39,8	+ 40,4	+ 1,9	+ 35,2	+ 3,3	− 0,6	− 1,4	− 0,7	− 0,5	− 0,1	− 0,0	
Dez.	+ 4,6	+ 0,6	− 0,0	+ 1,0	− 1,4	+ 0,4	+ 0,6	+ 2,3	+ 2,1	− 0,1	+ 1,9	+ 0,3	
2026 Jan.	− 3,2	− 1,5	− 0,3	− 2,3	+ 2,4	− 0,4	− 1,2	− 0,5	− 0,1	− 0,3	+ 0,4	− 0,1	
Febr.	+ 13,2	+ 13,2	+ 11,9	+ 0,1	+ 11,0	+ 0,8	+ 1,4	− 0,4	− 0,5	− 0,3	+ 0,2	− 0,3	

***** Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Einschl. nachrangiger Ver-

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite												
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder					
		zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr		
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2023	286,9	52,0	9,8	6,7	35,5	0,0	11,6	51,9	19,7	21,9	9,9	0,4	15,1
2024	250,4	33,3	6,8	2,5	24,0	0,0	11,7	51,8	21,6	22,3	7,5	0,5	18,4
2025	242,0	24,3	6,6	7,0	10,6	0,0	11,4	52,4	21,0	23,8	7,2	0,4	20,2
2025 Sept.	240,3	29,7	5,6	2,4	21,7	0,0	11,5	61,3	24,7	29,1	7,0	0,5	19,6
Okt.	229,1	22,7	6,0	6,4	10,3	0,0	11,6	56,1	24,8	24,0	6,9	0,4	19,5
Nov.	244,9	23,2	6,1	6,8	10,3	0,0	11,6	56,5	23,9	25,3	6,9	0,4	19,8
Dez.	242,0	24,3	6,6	7,0	10,6	0,0	11,4	52,4	21,0	23,8	7,2	0,4	20,2
2026 Jan.	238,6	24,7	7,2	6,9	10,6	0,0	11,3	55,5	22,9	25,1	7,1	0,4	20,2
Febr.	254,8	23,6	6,8	6,4	10,5	0,0	11,4	66,3	24,0	34,7	7,2	0,4	20,3
	Veränderungen *)												
2024	− 37,7	− 18,6	− 3,0	− 4,1	− 11,5	− 0,0	+ 0,1	− 0,7	+ 1,5	+ 0,3	− 2,6	+ 0,1	+ 3,4
2025	− 9,7	− 9,6	− 0,7	+ 4,4	− 13,3	− 0,0	− 0,3	+ 0,3	− 0,8	+ 1,4	− 0,2	− 0,0	+ 1,7
2025 Sept.	− 10,7	− 0,7	− 0,1	− 0,6	+ 0,0	−	− 0,0	+ 3,1	+ 2,2	+ 0,9	− 0,1	− 0,0	+ 0,0
Okt.	− 12,2	− 7,7	− 0,1	+ 3,8	− 11,4	− 0,0	+ 0,1	− 5,2	+ 0,1	− 5,2	− 0,0	− 0,0	− 0,0
Nov.	+ 15,8	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,0	−	− 0,0	+ 0,4	− 0,9	+ 1,3	− 0,0	− 0,0	+ 0,2
Dez.	− 3,1	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	−	− 0,2	− 4,5	− 3,1	− 1,6	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,4
2026 Jan.	− 5,0	− 0,8	− 0,8	− 0,1	+ 0,1	+ 0,0	− 0,0	+ 3,2	+ 1,9	+ 1,3	− 0,1	+ 0,0	+ 0,1
Febr.	+ 16,2	− 1,0	− 0,4	− 0,5	− 0,1	− 0,0	+ 0,0	+ 10,7	+ 1,0	+ 9,6	+ 0,0	− 0,0	+ 0,0

***** Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

IV. Banken

Zeit	Spareinlagen [3]					Sparbriefe [4]	Nachrichtlich:		
	nach Befristung								
	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr [2] zusammen	darunter: bis 2 Jahre einschl.	darunter: über 2 Jahre	insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck		Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) [5]	Verbindlichkeiten aus Repos
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2023	21,6	204,7	251,0	38,2	212,7	441,8	438,4	3,4	123,5	21,0	3,5	–
2024	22,1	297,8	266,0	47,7	218,2	402,4	399,7	2,7	138,2	34,7	4,0	–
2025	21,6	265,3	274,7	47,6	227,1	386,8	384,4	2,4	137,0	42,8	4,4	–
2025 Sept.	22,5	265,2	268,9	46,8	222,1	390,2	387,7	2,5	133,5	39,8	4,4	–
Okt.	22,1	266,0	269,8	47,3	222,6	388,2	385,7	2,5	135,3	41,1	4,4	–
Nov.	21,3	263,7	270,6	47,5	223,1	386,1	383,7	2,4	136,1	40,9	4,5	–
Dez.	21,6	265,3	274,7	47,6	227,1	386,8	384,4	2,4	137,0	42,8	4,4	–
2026 Jan.	22,5	265,3	275,5	47,8	227,7	385,2	382,7	2,5	137,3	44,2	4,5	–
Febr.	22,6	264,4	276,1	48,2	227,9	384,3	381,7	2,5	138,6	45,1	4,5	–
Veränderungen *)												
2024	+ 0,5	+ 87,3	+ 13,2	+ 8,9	+ 4,3	– 39,4	– 38,7	– 0,7	+ 22,3	+ 12,6	+ 0,5	–
2025	– 0,5	– 32,7	+ 5,7	– 0,6	+ 6,2	– 15,6	– 15,3	– 0,3	– 1,2	+ 8,1	+ 0,4	–
2025 Sept.	– 0,3	– 3,1	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,4	– 1,6	– 1,6	– 0,0	+ 0,2	+ 4,8	+ 0,0	–
Okt.	– 0,4	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,4	– 2,0	– 2,0	– 0,0	+ 1,7	+ 1,3	+ 0,0	–
Nov.	– 0,7	– 2,2	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,5	– 2,1	– 2,0	– 0,1	+ 0,8	– 0,2	+ 0,0	–
Dez.	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,0	– 0,4	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,7	– 0,0	+ 0,9	+ 1,9	– 0,0	–
2026 Jan.	– 0,4	– 0,7	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,2	– 1,6	– 1,7	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,4	+ 0,1	–
Febr.	+ 0,1	– 0,9	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,2	– 1,0	– 1,0	– 0,0	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,0	–

bindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV. 12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. **4** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **5** In den Termineinlagen enthalten.

Zeit	Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)						Sozialversicherung					
	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen [3] bis 1 Jahr einschl.	Termineinlagen [3] über 1 Jahr	Spareinlagen und Sparbriefe [2] [4]	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen bis 1 Jahr einschl.	Termineinlagen über 1 Jahr	Spareinlagen und Sparbriefe [2]	Nachrichtlich: Treuhandkredite
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2023	83,3	45,6	19,8	14,1	3,8	0,0	99,6	16,1	57,2	25,3	1,0	–
2024	80,1	45,3	18,0	13,2	3,5	0,0	85,3	18,2	48,1	18,1	0,8	–
2025	76,7	44,2	16,2	12,7	3,5	0,0	88,7	21,4	50,8	15,9	0,6	–
2025 Sept.	71,8	37,2	17,6	13,3	3,7	0,0	77,4	20,0	41,1	15,8	0,6	–
Okt.	70,6	37,1	16,7	13,2	3,6	0,0	79,7	23,1	40,5	15,5	0,6	–
Nov.	74,7	40,5	17,4	13,3	3,6	0,0	90,5	25,7	48,3	15,9	0,6	–
Dez.	76,7	44,2	16,2	12,7	3,5	0,0	88,7	21,4	50,8	15,9	0,6	–
2026 Jan.	70,3	37,2	16,8	12,9	3,5	0,0	88,1	22,8	48,3	16,3	0,7	–
Febr.	73,6	40,2	17,0	12,9	3,5	0,0	91,3	25,9	48,1	16,6	0,7	–
Veränderungen *)												
2024	– 3,5	– 0,5	– 1,8	– 0,9	– 0,3	–	– 14,9	+ 2,2	– 9,4	– 7,3	– 0,3	–
2025	– 3,7	– 1,2	– 1,8	– 0,7	– 0,0	– 0,0	+ 3,3	+ 3,1	+ 2,7	– 2,2	– 0,2	–
2025 Sept.	– 6,0	– 5,1	– 0,8	– 0,1	+ 0,0	–	– 7,0	– 5,0	– 2,0	+ 0,0	– 0,0	–
Okt.	– 1,4	– 0,3	– 1,0	– 0,1	– 0,1	–	+ 2,1	+ 3,0	– 0,6	– 0,3	+ 0,0	–
Nov.	+ 4,1	+ 3,4	+ 0,6	+ 0,1	– 0,0	–	+ 10,8	+ 2,7	+ 7,8	+ 0,4	– 0,0	–
Dez.	+ 2,1	+ 3,7	– 1,1	– 0,5	– 0,1	–	– 1,8	– 4,3	+ 2,5	+ 0,0	+ 0,1	–
2026 Jan.	– 6,6	– 7,0	+ 0,3	+ 0,1	– 0,0	–	– 0,7	+ 1,4	– 2,5	+ 0,3	+ 0,1	–
Febr.	+ 3,3	+ 3,0	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,0	–	+ 3,2	+ 3,1	– 0,2	+ 0,3	+ 0,0	–

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds "Deutsche Einheit", Lastenausgleichsfonds. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **3** Einschl. Bauspareinlagen. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Spareinlagen 1)								Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spareinlagen	Sparbriefe 3), abgegeben an			
		von Inländern					von Ausländern				inländische Nichtbanken		
			mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten								
	insgesamt	zusammen	zusammen	darunter Sondersparformen 2)	zusammen	darunter Sondersparformen 2)	zusammen	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist		Nichtbanken insgesamt	zusammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	ausländische Nichtbanken
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2023	450,5	445,9	395,3	187,1	50,6	43,0	4,6	3,8	2,6	143,2	142,2	35,5	1,0
2024	410,3	406,0	346,2	169,7	59,8	53,0	4,3	3,3	3,7	158,9	157,8	43,2	1,1
2025	394,4	390,3	330,4	168,2	59,9	53,3	4,2	3,1	3,8	157,0	155,9	54,9	1,1
2025 Okt.	396,1	391,9	330,7	167,3	61,2	54,7	4,2	3,1	0,2	155,5	154,4	52,0	1,1
Nov.	393,9	389,7	329,6	167,1	60,1	53,7	4,2	3,1	0,2	156,2	155,1	53,6	1,1
Dez.	394,4	390,3	330,4	168,2	59,9	53,3	4,2	3,1	1,6	157,0	155,9	54,9	1,1
2026 Jan.	392,9	388,7	328,7	167,3	59,9	53,5	4,2	3,1	0,2	157,3	156,2	56,1	1,1
Febr.	391,8	387,7	327,1	166,5	60,6	54,2	4,2	3,1	0,2	158,6	157,5	57,1	1,1
	Veränderungen *)												
2024	− 40,2	− 40,0	− 49,2	− 17,1	+ 9,2	+ 10,0	− 0,2	− 0,5	.	+ 23,3	+ 23,1	+ 8,9	+ 0,2
2025	− 15,9	− 15,8	− 16,9	− 2,4	+ 1,2	+ 1,3	− 0,2	− 0,2	.	− 1,8	− 1,8	+ 11,7	− 0,0
2025 Okt.	− 2,1	− 2,1	− 1,3	− 0,1	− 0,8	− 0,7	− 0,0	− 0,0	.	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,3	−
Nov.	− 2,2	− 2,1	− 1,1	− 0,2	− 1,1	− 1,1	− 0,0	− 0,0	.	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,6	− 0,0
Dez.	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,0	− 0,3	− 0,4	− 0,0	−	.	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,3	+ 0,0
2026 Jan.	− 1,6	− 1,6	− 1,5	− 0,7	− 0,1	+ 0,1	− 0,0	− 0,0	.	+ 0,3	+ 0,3	+ 1,2	− 0,0
Febr.	− 1,0	− 1,0	− 1,6	− 0,8	+ 0,6	+ 0,6	− 0,0	− 0,0	.	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,0

***** Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Ohne Bauspareinlagen, die den Termineinlagen zugeordnet werden. **2** Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. **3** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €

Zeit	Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere										Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 6)		Nachrangig begebene börsenfähige Schuldverschreibungen	Nachrangig begebene nicht börsenfähige Schuldverschreibungen
		darunter:				mit Laufzeit								
						bis 1 Jahr einschl.		über 1 Jahr bis 2 Jahre						
	insgesamt	variabel verzinsliche Anleihen 1)	Null-Kupon-Anleihen 1) 2)	Fremdwährungsanleihen 3) 4)	Certificates of Deposit	zusammen	darunter ohne Nominalbetragsgarantie 5)	zusammen	darunter ohne Nominalbetragsgarantie 5)	über 2 Jahre	insgesamt	darunter mit Laufzeit über 2 Jahre		
	Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2023	1 327,5	85,8	15,7	312,6	101,2	122,9	1,3	43,7	3,4	1 160,9	0,0	0,0	37,5	0,1
2024	1 360,0	97,6	15,7	319,0	111,2	121,4	1,2	42,7	3,8	1 196,0	0,2	0,0	40,9	0,1
2025	1 405,8	120,4	24,9	315,3	128,2	147,1	1,5	35,6	4,4	1 223,2	1,5	0,0	36,2	0,1
2025 Okt.	1 418,2	117,4	26,4	319,4	128,3	148,4	1,7	35,3	4,4	1 234,6	0,9	0,0	36,5	0,1
Nov.	1 424,0	119,3	25,8	327,5	136,1	155,9	1,7	35,6	4,5	1 232,6	1,5	0,0	36,1	0,1
Dez.	1 405,8	120,4	24,9	315,3	128,2	147,1	1,5	35,6	4,4	1 223,2	1,5	0,0	36,2	0,1
2026 Jan.	1 421,7	120,6	29,1	311,2	115,0	137,4	1,6	32,5	4,5	1 251,7	1,5	0,0	37,8	0,1
Febr.	1 423,5	121,5	30,3	308,8	110,2	134,3	1,7	32,4	4,6	1 256,8	1,5	0,0	36,6	0,1
	Veränderungen *)													
2024	+ 31,5	+ 11,9	+ 1,0	+ 5,3	+ 8,7	− 2,1	− 0,1	− 0,5	+ 0,4	+ 34,0	+ 0,2	− 0,0	+ 3,4	− 0,0
2025	+ 46,1	+ 23,1	+ 8,7	− 3,5	+ 17,0	+ 25,2	+ 0,3	− 6,6	+ 0,6	+ 27,5	+ 1,3	− 0,0	− 4,7	−
2025 Okt.	+ 14,2	+ 3,6	+ 0,5	+ 8,3	− 1,9	− 1,6	+ 0,1	− 0,0	+ 0,1	+ 15,8	+ 0,7	−	− 0,2	−
Nov.	+ 5,8	+ 1,9	− 0,6	+ 8,1	+ 7,8	+ 7,5	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,1	− 2,0	+ 0,7	−	− 0,4	−
Dez.	− 18,2	+ 1,1	− 0,9	− 12,2	− 7,9	− 8,8	− 0,2	− 0,0	− 0,1	− 9,4	− 0,0	−	+ 0,1	−
2026 Jan.	+ 13,8	+ 0,0	+ 2,4	− 5,1	− 13,2	− 10,1	+ 0,1	− 3,2	+ 0,1	+ 27,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 1,6	−
Febr.	+ 1,8	+ 1,0	+ 1,2	− 2,4	− 4,8	− 3,1	+ 0,1	− 0,1	+ 0,1	+ 5,1	− 0,0	− 0,0	− 1,2	−

***** Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. **2** Emissionswert bei Auflegung. **3** Einschl. auf Fremdwährung lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. **4** Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. **5** Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. **6** Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *)
Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Anzahl der Institute	Bilanzsumme 1)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 6)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rücklagen) 8)	Nachrichtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abgeschlossene Verträge 9)
			Guthaben und Darlehen (ohne Baudarlehen) 2)	Baudarlehen 3)	Bankschuldverschreibungen 4)	Baudarlehen			Wertpapiere (einschl. Schatzwechsel und U-Schätze) 5)	Bauspareinlagen	Sicht- und Termingelder	Bauspareinlagen	Sicht- und Termingelder 7)			
						Bauspardarlehen	Vor- und Zwischenfinanzierungskredite	sonstige Baudarlehen								
Alle Bausparkassen																
2025	13	260,3	19,8	0,2	14,2	26,2	131,1	43,1	21,2	0,6	37,0	178,0	14,0	9,9	13,7	60,9
2025 Dez.	13	260,3	19,8	0,2	14,2	26,2	131,1	43,1	21,2	0,6	37,0	178,0	14,0	9,9	13,7	5,1
2026 Jan.	13	260,1	19,7	0,2	14,0	26,6	130,7	43,2	21,2	0,5	36,3	177,8	14,3	10,4	13,8	4,6
Febr.	13	259,9	19,5	0,2	14,0	27,0	130,4	43,4	21,2	0,5	36,1	177,6	14,0	10,9	13,8	4,7
Private Bausparkassen																
2025 Dez.	8	184,7	7,7	0,1	8,5	16,6	100,8	37,3	10,4	0,1	33,2	113,7	13,8	9,9	9,4	3,3
2026 Jan.	8	184,5	7,7	0,1	8,4	16,8	100,4	37,4	10,5	0,1	32,6	113,6	14,0	10,4	9,5	2,9
Febr.	8	184,4	7,5	0,1	8,4	17,1	100,1	37,6	10,4	0,1	32,6	113,3	13,7	10,9	9,5	3,0
Öffentliche Bausparkassen																
2025 Dez.	5	75,7	12,1	0,0	5,7	9,6	30,3	5,8	10,8	0,4	3,8	64,2	0,2	–	4,3	1,8
2026 Jan.	5	75,6	12,0	0,0	5,7	9,8	30,3	5,8	10,7	0,4	3,7	64,2	0,3	–	4,3	1,7
Febr.	5	75,5	12,0	0,0	5,6	9,9	30,2	5,7	10,7	0,4	3,5	64,2	0,3	–	4,3	1,7

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen						Noch bestehende Auszahlungsverpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen 11)		Nachrichtlich: Eingegangene Wohnungsbauprämien 13)
							Zuteilungen				neu gewährte Vor- und Zwischenfinanzierungskredite und sonstige Baudarlehen					
							Bauspareinlagen		Bauspardarlehen 10)							
	eingezahlte Bauspareinlagen 10)	Zinsgutschriften auf Bauspareinlagen	Rückzahlungen von Bauspareinlagen aus nicht zugeteilten Verträgen	insgesamt	darunter Nettozuteilungen 12)	insgesamt	zusammen	darunter zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	zusammen	darunter zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten		insgesamt	darunter aus Zuteilungen	insgesamt	darunter Tilgungen im Quartal	
Alle Bausparkassen																
2025	24,5	1,4	5,2	53,9	38,4	48,0	22,9	4,8	11,2	5,1	13,9	12,0	7,5	7,0	6,0	0,2
2025 Dez.	2,1	1,0	0,4	4,1	2,9	3,9	1,7	0,4	0,9	0,4	1,2	12,0	7,5	0,7	1,6	0,0
2026 Jan.	2,0	0,0	0,4	4,0	3,0	3,8	1,8	0,4	0,9	0,5	1,1	11,9	7,4	0,6	.	0,0
Febr.	2,0	0,0	0,4	4,3	3,2	3,8	1,9	0,4	0,9	0,4	1,1	11,9	7,5	0,6	.	0,0
Private Bausparkassen																
2025 Dez.	1,3	0,6	0,2	2,9	1,9	2,7	1,2	0,3	0,6	0,3	1,0	8,2	4,4	0,5	1,1	0,0
2026 Jan.	1,3	0,0	0,2	2,9	2,0	2,7	1,2	0,4	0,6	0,4	0,9	8,2	4,4	0,4	.	0,0
Febr.	1,3	0,0	0,2	3,2	2,2	2,8	1,3	0,3	0,6	0,4	0,9	8,2	4,5	0,5	.	0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2025 Dez.	0,7	0,4	0,2	1,2	1,0	1,2	0,6	0,1	0,3	0,1	0,2	3,8	3,1	0,2	0,5	0,0
2026 Jan.	0,7	0,0	0,2	1,1	0,9	1,1	0,6	0,1	0,3	0,1	0,2	3,7	3,0	0,2	.	0,0
Febr.	0,7	0,0	0,2	1,2	1,0	1,0	0,5	0,1	0,3	0,1	0,2	3,7	3,0	0,2	.	0,0

***** Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. **2** Einschl. Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. **3** Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. **4** Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. **5** Einschl. Ausgleichsforderungen. **6** Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. **7** Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. **8** Einschl. Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine Bankrisiken. **9** Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. **10** Auszahlungen von Bauspareinlagen aus zugeteilten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. **11** Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. **12** Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. **13** Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in "Eingezahlte Bausparbeträge" und "Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen" enthalten.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der deutschen Banken (MFIs) mit Auslandsfilialen bzw. -töchtern	Anzahl der Auslandsfilialen 1) bzw. Auslandstöchter	Bilanzsumme 7)	Kredite an Banken (MFIs) insgesamt	Kredite an Banken (MFIs) Guthaben und Buchkredite zusammen	Kredite an Banken (MFIs) Guthaben und Buchkredite deutsche Banken	Kredite an Banken (MFIs) Guthaben und Buchkredite ausländische Banken	Kredite an Banken (MFIs) Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2) 3)	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) Buchkredite zusammen	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) Buchkredite an deutsche Nichtbanken	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) Buchkredite an ausländische Nichtbanken	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2)	Sonstige Aktivpositionen 7) insgesamt	Sonstige Aktivpositionen 7) darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands
	Auslandsfilialen 9)														**Stand am Jahres- bzw. Monatsende** *)
2022	47	202	1 625,5	461,8	447,4	315,6	131,8	14,4	516,7	447,7	9,7	437,9	69,0	647,0	513,3
2023	47	200	1 544,2	457,5	437,7	304,4	133,3	19,8	507,9	421,0	5,4	415,6	86,9	578,8	417,0
2024	47	197	1 722,7	526,7	504,9	360,7	144,1	21,8	580,2	486,1	4,9	481,2	94,1	615,8	456,9
2024 März	47	199	1 634,7	506,6	483,8	327,2	156,6	22,8	523,9	431,4	5,1	426,3	92,6	604,1	428,8
April	47	199	1 668,0	499,4	474,9	325,7	149,3	24,4	520,3	432,4	4,8	427,5	88,0	648,2	477,1
Mai	47	199	1 647,4	504,5	482,0	330,9	151,1	22,4	528,0	440,3	4,9	435,5	87,7	614,9	439,2
Juni	47	198	1 612,4	498,6	478,8	329,8	148,9	19,9	538,5	449,1	4,9	444,2	89,3	575,3	421,0
Juli	47	198	1 596,9	505,8	485,8	328,1	157,7	19,9	539,9	450,4	5,2	445,2	89,5	551,3	384,7
Aug.	47	195	1 594,9	499,8	479,7	324,4	155,3	20,1	543,0	453,3	5,3	448,0	89,8	552,1	380,5
Sept.	47	195	1 598,5	499,1	478,8	322,5	156,3	20,4	568,4	477,9	5,1	472,8	90,5	530,9	372,4
Okt.	47	197	1 645,8	503,1	482,0	333,2	148,9	21,0	579,7	492,9	4,9	488,0	86,8	563,0	393,0
Nov.	47	197	1 708,6	528,3	507,5	357,3	150,2	20,8	591,7	500,9	4,6	496,3	90,8	588,6	412,9
Dez.	47	197	1 722,7	526,7	504,9	360,7	144,1	21,8	580,2	486,1	4,9	481,2	94,1	615,8	456,9
														Veränderungen *)	
2023	± 0	− 2	− 83,7	− 2,7	− 8,1	− 12,1	+ 4,0	+ 5,4	− 1,4	− 20,2	− 4,4	− 15,8	+ 18,8	− 68,1	− 94,4
2024	± 0	− 3	+ 175,7	+ 64,6	+ 62,6	+ 56,3	+ 6,3	+ 2,0	+ 54,2	+ 49,1	− 0,5	+ 49,6	+ 5,1	+ 32,0	+ 37,6
2024 April	± 0	−	+ 32,9	− 7,5	− 9,2	− 1,5	− 7,7	+ 1,6	− 5,4	− 0,6	− 0,3	− 0,3	− 4,8	+ 43,7	+ 48,1
Mai	± 0	−	− 19,9	+ 6,2	+ 8,2	+ 5,2	+ 3,0	− 2,0	+ 10,8	+ 10,8	+ 0,0	+ 10,7	+ 0,0	− 32,6	− 37,5
Juni	± 0	− 1	− 35,7	− 7,1	− 4,5	− 1,1	− 3,4	− 2,6	+ 6,6	+ 5,4	+ 0,1	+ 5,3	+ 1,2	− 40,3	− 18,8
Juli	± 0	−	− 15,0	+ 7,3	+ 7,2	− 1,7	+ 9,0	+ 0,1	+ 3,7	+ 3,2	+ 0,2	+ 3,0	+ 0,4	− 24,0	− 36,0
Aug.	± 0	− 3	− 0,8	− 4,4	− 4,5	− 3,7	− 0,8	+ 0,1	+ 8,8	+ 7,9	+ 0,1	+ 7,8	+ 1,0	+ 0,8	− 3,0
Sept.	± 0	−	+ 4,1	− 0,0	− 0,3	− 1,9	+ 1,6	+ 0,3	+ 27,5	+ 26,5	− 0,2	+ 26,7	+ 1,0	− 21,2	− 7,8
Okt.	± 0	+ 2	+ 46,0	+ 2,1	+ 1,4	+ 10,7	− 9,3	+ 0,7	+ 4,4	+ 9,0	− 0,2	+ 9,2	− 4,5	+ 30,8	+ 19,5
Nov.	± 0	−	+ 61,2	+ 22,3	+ 22,5	+ 24,1	− 1,6	− 0,3	+ 2,7	− 0,3	− 0,3	− 0,0	+ 3,0	+ 24,1	+ 18,9
Dez.	± 0	−	+ 13,3	− 2,3	− 3,3	+ 3,4	− 6,8	+ 1,1	− 15,8	− 18,6	+ 0,3	− 18,9	+ 2,8	+ 26,3	+ 43,5
	Auslandstöchter 8)													**Stand am Jahres- bzw. Monatsende** *)	
2021	12	35	246,0	50,8	44,4	20,7	23,7	6,3	139,5	116,3	12,6	103,7	23,2	55,7	0,0
2022	11	32	256,7	61,5	52,0	20,5	31,4	9,5	145,8	124,5	13,3	111,2	21,3	49,4	0,0
2023	12	31	264,0	74,5	63,9	25,7	38,2	10,6	146,4	125,2	11,9	113,4	21,1	43,1	0,0
2023 März	11	32	253,9	62,2	51,7	20,7	31,0	10,5	146,5	126,2	13,3	112,9	20,2	45,2	0,0
April	11	31	250,9	64,4	53,3	22,4	30,9	11,1	145,3	125,6	13,0	112,6	19,8	41,2	0,0
Mai	11	31	250,9	59,3	48,8	21,5	27,2	10,5	146,2	126,3	12,8	113,5	19,9	45,5	0,0
Juni	12	32	253,3	64,2	52,8	22,4	30,4	11,5	146,6	126,7	12,7	113,9	19,9	42,5	0,0
Juli	12	31	253,4	63,6	52,2	23,0	29,3	11,4	147,4	126,9	12,9	114,1	20,5	42,4	0,0
Aug.	12	31	252,8	62,8	52,2	21,9	30,3	10,6	146,0	125,6	12,7	112,9	20,4	44,1	0,0
Sept.	12	31	256,2	66,4	56,0	25,0	31,0	10,5	146,7	125,8	12,3	113,5	20,9	43,0	0,0
Okt.	12	31	257,4	65,8	56,0	24,5	31,5	9,8	146,8	126,2	12,0	114,2	20,6	44,8	0,0
Nov.	12	31	259,9	66,9	57,7	23,6	34,1	9,3	147,8	126,9	12,1	114,8	20,9	45,2	0,0
Dez.	12	31	264,0	74,5	63,9	25,7	38,2	10,6	146,4	125,2	11,9	113,4	21,1	43,1	0,0
														Veränderungen *)	
2022	− 1	− 3	+ 6,5	+ 8,2	+ 5,2	− 0,2	+ 5,6	+ 2,8	+ 5,0	+ 6,9	+ 0,7	+ 6,3	− 1,9	− 6,5	± 0,0
2023	+ 1	− 1	+ 8,7	+ 13,5	+ 12,2	+ 5,2	+ 7,1	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,7	− 1,4	+ 3,1	− 0,2	− 6,3	± 0,0
2023 April	−	− 1	− 2,7	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,7	− 0,1	+ 0,6	− 0,8	− 0,4	− 0,3	− 0,1	− 0,5	− 4,1	± 0,0
Mai	−	−	− 1,5	− 5,7	− 4,9	− 0,8	− 4,1	− 0,7	− 0,1	− 0,3	− 0,2	− 0,0	+ 0,1	+ 4,3	± 0,0
Juni	+ 1	+ 1	+ 3,2	+ 5,3	+ 4,2	+ 0,9	+ 3,3	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,9	− 0,0	+ 0,9	+ 0,0	− 3,0	± 0,0
Juli	−	− 1	+ 0,6	− 0,5	− 0,4	+ 0,6	− 1,0	− 0,1	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,6	− 0,1	± 0,0
Aug.	−	−	− 1,2	− 1,0	− 0,2	− 1,0	+ 0,8	− 0,9	− 1,8	− 1,7	− 0,2	− 1,5	− 0,1	+ 1,7	± 0,0
Sept.	−	−	+ 2,2	+ 3,2	+ 3,5	+ 3,0	+ 0,5	− 0,2	− 0,0	− 0,5	− 0,4	− 0,1	+ 0,5	− 1,0	± 0,0
Okt.	−	−	+ 1,4	− 0,6	+ 0,1	− 0,4	+ 0,5	− 0,7	+ 0,2	+ 0,5	− 0,3	+ 0,8	− 0,3	+ 1,8	± 0,0
Nov.	−	−	+ 3,8	+ 1,5	+ 2,0	− 0,9	+ 2,9	− 0,4	+ 1,8	+ 1,5	+ 0,1	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,4	± 0,0
Dez.	−	−	+ 4,5	+ 7,7	+ 6,3	+ 2,1	+ 4,2	+ 1,4	− 1,1	− 1,3	− 0,2	− 1,1	+ 0,3	− 2,0	± 0,0

***** „Ausland" umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises werden bei den Auslandstöchtern grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Mehrere Filialen in einem Sitzland zählen als eine Filiale. **2** Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldver-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite									Geldmarktpapiere und Schuldverschreibungen im Umlauf [5]	Betriebskapital bzw. Eigenkapital	Sonstige Passivpositionen [6] [7]		Zeit
	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									
					deutsche Nichtbanken [4]								
insgesamt	zusammen	deutsche Banken	ausländische Banken	insgesamt	zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig	ausländische Nichtbanken			insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende [*]												**Auslandsfilialen** [9]	
943,4	573,6	435,2	138,5	369,8	10,4	8,9	1,5	359,4	61,7	63,1	557,4	512,9	2022
943,5	554,5	422,6	131,9	389,0	10,6	9,5	1,2	378,4	64,1	66,1	470,5	418,3	2023
1 057,4	635,5	503,3	132,2	421,9	14,9	13,9	1,0	407,0	72,5	72,9	519,9	461,0	2024
997,2	587,3	442,4	144,9	409,9	11,3	10,3	1,0	398,6	86,3	69,4	481,8	431,6	2024 März
978,9	576,4	435,8	140,6	402,5	11,1	10,1	1,0	391,4	88,0	69,2	531,8	479,3	April
998,2	591,9	449,7	142,1	406,3	14,8	13,9	1,0	391,5	85,8	69,0	494,4	443,4	Mai
986,4	578,3	450,5	127,8	408,0	14,2	13,2	1,0	393,8	81,7	69,5	474,7	423,1	Juni
999,5	583,6	450,6	133,0	415,9	14,3	13,4	1,0	401,6	87,0	69,3	441,1	388,9	Juli
1 002,4	591,0	457,1	133,9	411,4	14,9	13,9	1,0	396,6	85,5	69,1	437,8	385,0	Aug.
1 014,0	602,5	466,1	136,4	411,5	13,4	12,5	0,9	398,0	84,7	70,1	429,7	377,0	Sept.
1 040,4	610,4	472,5	137,9	430,0	13,9	13,0	1,0	416,1	81,7	70,8	453,0	397,1	Okt.
1 075,0	638,7	501,0	137,8	436,3	15,0	14,0	1,0	421,3	88,0	71,3	474,2	417,6	Nov.
1 057,4	635,5	503,3	132,2	421,9	14,9	13,9	1,0	407,0	72,5	72,9	519,9	461,0	Dez.
Veränderungen [*]													
+ 1,2	− 17,0	− 13,8	− 3,1	+ 18,1	+ 1,2	+ 1,5	− 0,3	+ 16,9	+ 3,9	+ 3,0	− 88,0	− 94,5	2023
+ 107,9	+ 76,0	+ 80,7	− 4,6	+ 31,9	+ 4,3	+ 4,4	− 0,1	+ 27,6	+ 5,6	+ 6,8	+ 49,4	+ 42,9	2024
− 18,8	− 11,4	− 6,6	− 4,8	− 7,4	− 0,2	− 0,2	− 0,0	− 7,3	+ 1,3	− 0,2	+ 50,0	+ 47,7	2024 April
+ 20,5	+ 16,6	+ 13,9	+ 2,7	+ 3,9	+ 3,7	+ 3,7	− 0,0	+ 0,1	− 1,5	− 0,2	− 37,4	− 35,9	Mai
− 13,2	− 14,7	+ 0,7	− 15,5	+ 1,5	− 0,6	− 0,6	+ 0,0	+ 2,2	− 4,8	+ 0,5	− 19,7	− 20,3	Juni
+ 13,5	+ 5,5	+ 0,1	+ 5,4	+ 8,1	+ 0,1	+ 0,1	− 0,0	+ 7,9	+ 5,7	− 0,2	− 33,6	− 34,2	Juli
+ 4,9	+ 9,0	+ 6,5	+ 2,5	− 4,1	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,0	− 4,7	− 0,3	− 0,2	− 3,3	− 3,6	Aug.
+ 12,3	+ 12,1	+ 9,0	+ 3,1	+ 0,2	− 1,4	− 1,4	− 0,1	+ 1,6	− 0,4	+ 1,0	− 8,1	− 8,0	Sept.
+ 24,2	+ 6,1	+ 6,4	− 0,3	+ 18,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,0	+ 17,6	− 4,4	+ 0,7	+ 23,3	+ 20,1	Okt.
+ 31,1	+ 25,3	+ 28,4	− 3,1	+ 5,8	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,0	+ 4,7	+ 4,9	+ 0,5	+ 21,2	+ 20,5	Nov.
− 18,7	− 4,0	+ 2,4	− 6,4	− 14,7	− 0,1	− 0,1	+ 0,1	− 14,6	− 16,4	+ 1,6	+ 45,7	+ 43,4	Dez.
Stand am Jahres- bzw. Monatsende [*]												**Auslandstöchter** [8]	
178,6	64,2	33,0	31,2	114,4	7,3	4,9	2,4	107,1	16,4	20,3	30,7	0,0	2021
189,4	67,5	38,6	28,9	122,0	6,9	4,6	2,3	115,1	13,5	20,1	33,7	0,0	2022
195,9	76,0	51,2	24,8	119,9	6,4	4,0	2,4	113,4	12,1	20,8	35,3	0,0	2023
186,6	71,2	42,2	29,1	115,4	6,8	4,3	2,5	108,5	12,3	20,3	34,8	0,0	2023 März
183,5	71,0	44,0	27,0	112,5	6,9	4,5	2,5	105,6	12,2	20,2	35,0	0,0	April
183,9	71,2	43,6	27,6	112,8	6,9	4,4	2,5	105,9	12,1	20,6	34,3	0,0	Mai
185,6	71,9	45,4	26,5	113,7	6,6	4,2	2,4	107,1	10,6	20,5	36,6	0,0	Juni
187,9	72,3	47,0	25,3	115,6	6,8	4,4	2,4	108,8	10,5	20,5	34,4	0,0	Juli
185,5	70,6	46,0	24,7	114,8	6,6	4,2	2,4	108,2	10,3	20,6	36,4	0,0	Aug.
188,2	74,1	49,1	25,1	114,1	6,7	4,3	2,4	107,4	11,3	20,5	36,0	0,0	Sept.
189,3	73,1	48,3	24,8	116,2	6,5	4,1	2,4	109,7	11,6	20,8	35,8	0,0	Okt.
192,1	73,7	48,4	25,3	118,4	6,5	4,1	2,4	111,8	11,6	20,8	35,4	0,0	Nov.
195,9	76,0	51,2	24,8	119,9	6,4	4,0	2,4	113,4	12,1	20,8	35,3	0,0	Dez.
Veränderungen [*]													
+ 7,7	+ 1,4	+ 5,6	− 4,2	+ 6,3	− 0,4	− 0,3	− 0,1	+ 6,7	− 2,9	− 0,2	+ 2,2	± 0,0	2022
+ 7,6	+ 8,9	+ 12,6	− 3,8	− 1,3	− 0,4	− 0,5	+ 0,1	− 0,8	− 1,4	+ 0,7	+ 1,8	± 0,0	2023
− 2,7	− 0,1	+ 1,8	− 1,9	− 2,6	+ 0,1	+ 0,2	− 0,0	− 2,7	− 0,1	− 0,1	+ 0,2	± 0,0	2023 April
− 0,6	− 0,3	− 0,4	+ 0,2	− 0,4	− 0,0	− 0,0	+ 0,0	− 0,4	− 0,0	+ 0,4	− 1,2	± 0,0	Mai
+ 2,3	+ 1,0	+ 1,8	− 0,9	+ 1,3	− 0,3	− 0,3	− 0,0	+ 1,6	− 1,6	− 0,1	+ 2,5	± 0,0	Juni
+ 2,7	+ 0,6	+ 1,6	− 1,1	+ 2,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,0	+ 2,0	− 0,0	+ 0,0	− 2,1	± 0,0	Juli
− 2,9	− 1,9	− 1,0	− 0,8	− 1,1	− 0,2	− 0,2	− 0,0	− 0,9	− 0,2	+ 0,1	+ 1,8	± 0,0	Aug.
+ 1,9	+ 3,2	+ 3,1	+ 0,1	− 1,3	+ 0,1	+ 0,1	− 0,0	− 1,4	+ 1,0	− 0,1	− 0,7	± 0,0	Sept.
+ 1,2	− 1,0	− 0,8	− 0,2	+ 2,2	− 0,2	− 0,2	− 0,0	+ 2,3	+ 0,2	+ 0,3	− 0,2	± 0,0	Okt.
+ 3,7	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,8	+ 2,8	− 0,0	− 0,0	− 0,0	+ 2,8	+ 0,1	+ 0,0	− 0,0	± 0,0	Nov.
+ 4,1	+ 2,4	+ 2,8	− 0,4	+ 1,7	− 0,1	− 0,1	− 0,0	+ 1,8	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,0	± 0,0	Dez.

schreibungen. **3** Einschl. eigener Schuldverschreibungen. **4** Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen. **5** Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. **6** Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. **7** Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1. **8** Die Zahlen der Auslandstöchter wurden letztmalig 12.23 erhoben. **9** Die Zahlen der Auslandsfilialen wurden letztmalig 12.24 erhoben.

V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung im Euroraum

Mrd €

Reserve-periode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages 4)	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven (ohne Einlage-fazilität) 6)	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
2018	12 775,2	127,8	127,4	1 332,1	1 204,8	0,0
2019	13 485,4	134,9	134,5	1 623,7	1 489,3	0,0
2020	14 590,4	145,9	145,5	3 029,4	2 883,9	0,0
2021	15 576,6	155,8	155,4	3 812,3	3 656,9	0,1
2022	16 843,0	168,4	168,0	195,6	28,1	0,0
2023	16 261,6	162,6	162,3	170,5	8,2	0,0
2024	16 422,2	164,2	163,9	170,8	6,9	0,0
2026 Jan.	.	.	.	.	.	.
Febr. p)	17 083,3	170,8	171,4	176,3	4,9	0,0
März p)	17 211,2	172,1	171,8	...	...	...

2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland

Mio €

Reserve-periode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Anteil Deutschlands an der Reservebasis des Eurosystems in %	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages 4)	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven (ohne Einlage-fazilität) 6)	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
2018	3 563 306	27,9	35 633	35 479	453 686	418 206	1
2019	3 728 027	27,6	37 280	37 131	486 477	449 346	0
2020	4 020 792	27,6	40 208	40 062	878 013	837 951	1
2021	4 260 398	27,4	42 604	42 464	1 048 819	1 006 355	0
2022	4 664 630	27,7	46 646	46 512	54 848	8 337	5
2023	4 483 853	27,6	44 839	44 709	47 008	2 299	0
2024	4 517 828	27,5	45 178	45 052	48 069	3 016	1
2026 Jan.	.	.	.	.	.	.	.
Febr. p)	4 675 341	27,4	46 753	46 632	47 568	936	1
März p)	4 701 652	27,3	47 017	46 895	...	...	...

a) Reserve-Soll einzelner Bankengruppen

Mio €

Reserve-periode beginnend im Monat 1)	Großbanken	Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	Zweigstellen ausländischer Banken	Landesbanken und Sparkassen	Kredit-genossenschaften	Realkreditinstitute	Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben
2018	7 384	4 910	3 094	11 715	6 624	95	1 658
2019	7 684	5 494	2 765	12 273	7 028	109	1 778
2020	8 151	6 371	3 019	12 912	7 547	111	2 028
2021	9 113	6 713	2 943	13 682	8 028	109	1 876
2022	9 814	7 396	3 216	14 465	8 295	117	2 471
2023	9 282	7 417	3 170	14 061	8 178	148	2 118
2024	9 561	7 484	2 856	14 355	8 417	133	2 156
2026 Jan.	.	.	.	.	.	.	.
Febr.	10 478	7 430	2 812	14 624	8 824	75	2 188
März	10 321	8 203	2 799	14 638	8 770	81	2 082

b) Zusammensetzung der Reservebasis nach Verbindlichkeiten

Mio €

Reserve-periode beginnend im Monat 1)	Verbindlichkeiten (ohne Spareinlagen, Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Nicht-MFIs mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber nicht der Mindestreserve unterliegenden MFIs im Euroraum mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Banken im anderen Ausland außerhalb des Euroraums mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Spareinlagen mit Kündigungsfrist bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten aus ausgegebenen Inhaberschuldverschreibungen mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl. nach Pauschalabzug bzw. Abzug der Beträge im Besitz selbst reservepflichtiger MFIs
2018	2 458 423	1 162	414 463	576 627	112 621
2019	2 627 478	1 272	410 338	577 760	111 183
2020	2 923 462	1 607	436 696	560 770	105 880
2021	3 079 722	9 030	508 139	561 608	101 907
2022	3 352 177	12 609	566 227	543 694	116 094
2023	3 447 513	968	420 839	455 493	125 531
2024	3 608 785	2 148	356 674	406 283	134 680
2026 Jan.	.	.	.	.	.
Febr.	3 773 225	2 829	333 433	389 338	156 440
März	3 800 653	3 237	363 962	387 920	145 739

1 Die Erfüllungsperiode beginnt am Abwicklungstag des Hauptrefinanzierungsgeschäfts, das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. **2** Art. 5 der Verordnung (EU) 2021/378 der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a ein Reservesatz von 0 % gilt). **3** Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. Der Reservesatz für Verbindlichkeiten mit einer Ursprungslaufzeit von bis zu 2 Jahren einschl. betrug vom 1. Januar 1999 bis 17. Januar 2012 2 %. Ab dem 18. Januar 2012 liegt er bei 1 %. **4** Art. 6 Abs. 2 der Verordnung (EU) 2021/378 der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht **5** Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. **6** Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. **7** Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze / Basiszinssätze

% p.a.

EZB-Zinssätze									Basiszinssätze			
	Hauptrefinanzierungsgeschäfte				Hauptrefinanzierungsgeschäfte							
Gültig ab	Einlagefazilität	Festsatz	Mindestbietungssatz	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Gültig ab	Einlagefazilität	Festsatz	Mindestbietungssatz	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Gültig ab	Basiszinssatz gemäß BGB [1]	Gültig ab	Basiszinssatz gemäß BGB [1]
2024 12. Juni	3,75	4,25	–	4,50	2025 5. Feb.	2,75	2,90	–	3,15	2023 1. Jan.	1,62	2025 1. Jan.	2,27
18. Sept. [2]	3,50	3,65	–	3,90	12. Mär.	2,50	2,65	–	2,90	1. Juli	3,12	1. Juli	1,27
23. Okt.	3,25	3,40	–	3,65	23. April	2,25	2,40	–	2,65				
18. Dez.	3,00	3,15	–	3,40	11. Juni	2,00	2,15	–	2,40	2024 1. Jan.	3,62	2026 1. Jan.	1,27
										1. Juli	3,37		

1 Gemäß § 247 BGB. **2** Mit Wirkung zum 18. September 2024 wird die Spanne zwischen den Zinssätzen für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte und für die Einlagefazilität auf 15 Basispunkte reduziert. Die Spanne zwischen den Zinssätzen für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bleibt unverändert bei 25 Basispunkten.

2. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren) *)

			Mengentender	Zinstender			
	Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Festsatz	Mindestbietungssatz	marginaler Satz [1]	gewichteter Durchschnittssatz	Laufzeit
Gutschriftstag	Mio €		% p.a.				Tage
Hauptrefinanzierungsgeschäfte							
2026 11. Mär.	10 228	10 228	2,15	–	–	–	7
18. Mär.	10 803	10 803	2,15	–	–	–	7
25. Mär.	17 058	17 058	2,15	–	–	–	7
1. Apr.	10 800	10 800	2,15	–	–	–	7
8. Apr.	11 895	11 895	2,15	–	–	–	7
15. Apr.	12 120	12 120	2,15	–	–	–	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte							
2025 23. Dez.	5 711	5 711	2,15	–	–	–	99
2026 28. Jan.	2 502	2 502	[2] …	–	–	–	91
25. Feb.	2 648	2 648	[2] …	–	–	–	91
1. Apr.	6 624	6 624	[2] …	–	–	–	91

***** Quelle: EZB. **1** Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. **2** Berechnung am Ende der Laufzeit; a) Zuteilung zu dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während der Laufzeit unter Einbeziehung eines Spreads oder b) Zuteilung zum durchschnittlichen Satz der Einlagefazilität während der Laufzeit.

3. Geldmarktsätze nach Monaten

% p.a.

Durchschnitt im Monat	€STR [1]	EURIBOR ® [2] Wochengeld	Monatsgeld	Dreimonatsgeld	Sechsmonatsgeld	Zwölfmonatsgeld
2025 Aug.	1,924	1,895	1,890	2,021	2,084	2,114
Sept.	1,925	1,898	1,897	2,027	2,102	2,172
Okt.	1,927	1,915	1,906	2,034	2,107	2,187
Nov.	1,929	1,914	1,906	2,042	2,131	2,217
Dez.	1,929	1,918	1,915	2,048	2,139	2,267
2026 Jan.	1,932	1,895	1,961	2,028	2,137	2,245
Febr.	1,931	1,890	1,952	2,011	2,144	2,221
März	1,932	1,900	1,933	2,109	2,322	2,565

***** Ein Anspruch auf Bereitstellung der Zinssätze wird durch die Veröffentlichung nicht begründet. Die Deutsche Bundesbank behält sich vor die Informationen zukünftig nicht mehr auf der Webseite zu veröffentlichen. Alle Angaben ohne Gewähr. Es werden keine ausdrücklichen oder stillschweigenden Zusicherungen oder Garantien hinsichtlich der Aktualität, Genauigkeit, Rechtzeitigkeit, Vollständigkeit, Marktgängigkeit oder Eignung der Informationen als Zins- bzw. Referenzzinssätze gemacht. Weder das European Money Markets Institute (EMMI), noch Euribor EBF, noch Euribor ACI, noch die Referenzbanken, noch das Euribor Steering Committee, noch die Europäische Zentralbank, noch Reuters, noch die Deutsche Bundesbank können bei Unstimmigkeiten, Unvollständigkeit oder verspäteter Bereitstellung der aufgeführten Geldmarktsätze haftbar gemacht werden. Siehe zum €STR auch folgenden Disclaimer der Europäischen Zentralbank, der auch für die Veröffentlichung durch die Deutsche Bundesbank gilt: https://www.ecb.europa.eu/stats/financial_markets_and_interest_rates/euro_short-term_rate/html/index.en.html
1 Euro Short-Term Rate: Seit 2. Oktober 2019 veröffentlicht die Europäische Zentralbank auf Basis von getätigten Einzeltransaktionen vom vorherigen Handelstag, die in Euro denominiert sind, den €STR. Diese werden von berichtspflichtigen Banken im Zuge der Geldmarktstatistik gemeldet. Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen der Deutschen Bundesbank. **2** Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen der Deutschen Bundesbank auf der Grundlage der vom European Money Markets Institute (EMMI) ermittelten Euribor ® Tageswerte. Bitte beachten Sie, dass eine kommerzielle Nutzung der Euribor®-Tageswerte eine Lizenzvereinbarung mit dem European Money Markets Institute (EMMI) voraussetzt. Informationen zu dessen Nutzungsbedingungen sind unter dem unten angeführten Link abrufbar.Werte ab November 2023 werden mit drei Nachkommastellen berechnet. Davor liegende Werte wurden mit zwei Nachkommastellen ermittelt. Aus technischen Gründen werden diese Werte ebenfalls mit drei Nachkommastellen dargestellt. Die dritte Nachkommastelle ist mit einer 0 aufgefüllt. Bis einschließlich Oktober 2023 wurden alle Werte mit zwei Nachkommastellen berechnet und veröffentlicht.
https://www.emmi-benchmarks.eu/terms-of-use
https://www.emmi-benchmarks.eu/benchmarks/euribor/

VI. Zinssätze

4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
a) Bestände o)

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2025 Febr.	2,53	441 456	1,17	253 291	2,56	207 798	2,16	20 754
März	2,45	436 924	1,18	254 041	2,42	207 636	2,23	21 470
April	2,35	430 769	1,18	254 959	2,27	207 623	2,21	21 355
Mai	2,26	424 912	1,19	256 338	2,16	198 491	2,23	21 114
Juni	2,18	417 113	1,20	257 714	2,03	193 512	2,23	20 327
Juli	2,10	412 662	1,20	259 274	1,96	198 248	2,25	20 479
Aug.	2,04	407 174	1,21	260 809	1,94	201 793	2,24	20 392
Sept.	1,99	403 761	1,22	262 119	1,93	200 741	2,23	20 361
Okt.	1,95	405 566	1,22	263 759	1,90	207 857	2,19	20 399
Nov.	1,91	402 876	1,23	265 877	1,90	203 428	2,22	20 578
Dez.	1,89	404 146	1,26	271 211	1,91	199 016	2,24	20 054
2026 Jan.	1,88	403 716	1,27	273 016	1,90	201 533	2,24	19 518
Febr.	1,87	403 340	1,27	274 368	1,91	203 292	2,25	19 444

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte 3)						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte 4) 5)					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr 6)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr 6)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv-zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2025 Febr.	4,77	3 282	3,92	21 317	2,07	1 582 197	9,46	47 269	5,68	77 390	4,50	326 025
März	4,63	3 414	3,89	21 109	2,08	1 585 401	9,44	48 108	5,71	77 159	4,53	325 445
April	4,54	3 353	3,87	21 036	2,10	1 589 322	9,22	47 281	5,73	77 110	4,54	326 357
Mai	4,47	3 366	3,85	21 008	2,11	1 593 249	9,27	47 092	5,75	77 361	4,56	326 868
Juni	4,39	3 389	3,84	20 940	2,13	1 595 642	9,15	48 725	5,77	77 505	4,58	325 671
Juli	4,19	3 545	3,80	21 022	2,14	1 600 795	8,96	47 390	5,78	78 119	4,61	327 077
Aug.	4,20	3 462	3,80	21 044	2,16	1 605 084	8,91	47 155	5,80	78 646	4,63	327 765
Sept.	4,19	3 422	3,81	21 092	2,17	1 609 271	8,98	49 056	5,81	78 702	4,66	326 326
Okt.	4,15	3 548	3,83	21 207	2,19	1 613 364	8,92	47 820	5,82	78 927	4,68	326 324
Nov.	4,21	3 415	3,85	21 336	2,21	1 617 353	8,79	46 956	5,83	78 708	4,68	325 953
Dez.	4,20	3 356	3,87	21 231	2,22	1 619 519	8,71	49 302	5,85	78 682	4,70	324 233
2026 Jan.	4,21	3 399	3,89	21 081	2,24	1 619 596	8,96	47 344	5,88	78 401	4,72	324 777
Febr.	4,24	3 403	3,91	20 991	2,26	1 622 601	8,85	47 299	5,88	78 080	4,74	325 446

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr 6)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2025 Febr.	5,00	190 684	4,30	247 282	2,58	906 674
März	4,86	191 269	4,23	246 199	2,57	905 158
April	4,67	191 535	4,16	244 180	2,55	908 537
Mai	4,55	189 939	4,13	244 402	2,55	911 828
Juni	4,46	191 734	4,07	245 747	2,55	907 483
Juli	4,35	186 504	3,99	248 393	2,53	910 379
Aug.	4,31	190 059	3,99	245 898	2,54	916 631
Sept.	4,32	189 089	4,00	246 092	2,56	912 352
Okt.	4,35	186 233	4,01	246 917	2,58	916 852
Nov.	4,31	189 247	4,01	248 241	2,59	919 047
Dez.	4,33	185 599	4,04	243 877	2,62	920 662
2026 Jan.	4,35	186 516	4,05	240 601	2,63	913 755
Febr.	4,35	187 917	4,05	241 206	2,65	917 211

***** Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber im Euroraum gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik \ Geld- und Kapitalmärkte \ Zinssätze und Renditen \ Einlagen- und Kreditzinssätze) entnehmen. **o** Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum Monatsultimo erhoben. **1** Die Effektivzinssätze werden entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. **2** Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. **3** Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. **4** Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. **5** Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. **6** Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 12 bis 14 S.47•.).

VI. Zinssätze

noch: 4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Erhebungszeitraum	Einlagen privater Haushalte											
	täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)			
			bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2025 Febr.	0,52	1 804 335	2,20	54 518	2,23	4 215	2,20	2 412	0,72	343 642	2,16	58 699
März	0,52	1 803 869	2,11	50 773	2,17	3 481	2,13	2 115	0,70	341 412	2,12	58 625
April	0,50	1 828 142	1,94	50 945	2,10	3 328	2,14	2 252	0,69	339 757	2,08	58 864
Mai	0,51	1 845 040	1,86	48 151	2,00	3 153	2,07	2 281	0,66	338 411	2,07	59 961
Juni	0,47	1 844 588	1,78	46 565	1,94	3 106	2,03	2 769	0,64	336 995	2,01	62 056
Juli	0,43	1 855 750	1,73	48 916	1,93	3 176	2,09	2 837	0,65	335 159	1,97	63 069
Aug.	0,43	1 874 089	1,76	45 166	1,98	3 215	2,09	2 768	0,66	334 001	1,95	62 671
Sept.	0,44	1 868 441	1,77	45 388	1,99	3 044	2,12	2 480	0,66	332 637	1,87	62 461
Okt.	0,43	1 877 689	1,80	49 171	2,02	3 945	2,13	3 035	0,67	331 336	1,81	61 687
Nov.	0,43	1 917 519	1,78	43 516	2,00	3 881	2,24	3 475	0,67	330 272	1,78	60 619
Dez.	0,44	1 918 138	1,79	46 112	2,00	3 447	2,31	3 731	0,73	331 135	1,75	60 337
2026 Jan.	0,43	1 919 251	1,84	52 858	2,03	4 503	2,32	3 742	0,68	329 487	1,74	60 432
Febr.	0,45	1 932 682	1,85	50 316	2,00	4 623	2,26	3 790	0,68	327 829	1,73	61 057

Erhebungszeitraum	Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften							
	täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit					
			bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2025 Febr.	0,90	558 073	2,54	119 955	2,27	500	2,61	619
März	0,84	552 856	2,36	103 430	2,30	524	2,69	831
April	0,73	557 697	2,16	98 637	2,13	429	2,66	545
Mai	0,74	568 569	2,04	90 164	2,01	466	2,60	614
Juni	0,67	557 668	1,91	87 185	2,13	758	2,55	667
Juli	0,66	572 854	1,90	87 657	2,06	399	2,64	543
Aug.	0,65	571 394	1,90	81 549	2,08	583	2,65	533
Sept.	0,67	581 120	1,91	84 291	2,11	711	2,61	575
Okt.	0,68	592 970	1,88	93 111	2,08	674	2,59	581
Nov.	0,68	592 293	1,89	79 637	2,11	524	2,30	512
Dez.	0,67	610 657	1,88	87 250	2,05	475	2,38	652
2026 Jan.	0,69	584 787	1,88	86 727	2,26	847	2,32	543
Febr.	0,69	573 445	1,88	77 291	2,12	579	2,09	488

Erhebungszeitraum	Kredite an private Haushalte											
	Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)											
	insgesamt (einschl. Kosten)	insgesamt		darunter neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	effektiver Jahreszinssatz 10) % p.a.	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2025 Febr.	8,34	7,97	7 253	8,89	1 214	6,57	239	6,98	2 452	8,58	4 562
März	8,13	7,83	8 070	8,95	1 258	6,42	250	6,69	2 986	8,60	4 834
April	8,33	7,99	7 773	8,91	1 200	6,76	216	7,01	2 729	8,59	4 829
Mai	8,30	7,94	7 674	8,82	1 211	6,78	218	6,95	2 698	8,55	4 758
Juni	8,26	7,89	7 344	8,80	1 119	6,52	212	6,91	2 605	8,52	4 527
Juli	8,36	8,07	9 097	8,69	1 360	6,58	238	6,94	3 160	8,75	5 700
Aug.	8,35	7,98	7 204	8,92	1 065	6,80	189	6,91	2 610	8,67	4 405
Sept.	8,27	7,91	7 398	8,86	1 111	6,52	202	6,85	2 640	8,59	4 556
Okt.	8,32	7,93	7 476	8,91	1 115	6,41	220	6,90	2 717	8,62	4 539
Nov.	8,43	8,02	7 034	8,76	949	6,33	228	6,93	2 506	8,74	4 299
Dez.	8,32	7,72	6 433	8,75	883	6,36	254	6,80	2 687	8,53	3 492
2026 Jan.	8,55	8,10	7 487	8,98	1 345	6,77	215	7,04	2 464	8,70	4 808
Febr.	8,47	8,08	7 426	8,76	1 181	6,19	227	7,01	2 453	8,73	4 746

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44•. Anmerkung x s. S. 47•. **+** Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolvierenden Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolvierende Kredite und Überziehungskredite, Kreditkartenkredite gilt: Das Neugeschäft wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Meldemonats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. **7** Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels eines geeigneten Schätzverfahrens auf die Grundgesamtheit aller MFIs in Deutschland hochgerechnet. **8** Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. **9** Ohne Überziehungskredite. **10** Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Erhebungszeitraum	noch: Kredite an private Haushalte									
	Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung 5)									
	insgesamt		darunter neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite an private Haushalte										
2025 Febr.	4,32	3 912	4,22	947	4,58	1 284	4,84	722	3,96	1 906
März	4,27	5 067	4,15	1 367	4,36	1 936	4,63	966	4,02	2 165
April	4,23	5 045	4,11	1 551	4,26	1 724	4,64	985	4,03	2 336
Mai	4,15	4 448	3,92	1 022	4,10	1 510	4,55	775	4,04	2 163
Juni	4,01	5 040	3,85	1 307	3,96	1 869	4,23	973	3,96	2 198
Juli	4,03	5 481	3,81	1 479	4,00	1 765	4,36	1 093	3,91	2 623
Aug.	4,11	3 905	3,79	866	4,08	1 350	4,48	741	3,98	1 814
Sept.	4,11	4 276	3,87	969	3,99	1 587	4,55	749	4,05	1 940
Okt.	4,08	4 210	3,74	1 088	3,93	1 550	4,50	805	4,02	1 855
Nov.	4,05	4 017	3,79	756	3,93	1 397	4,55	716	3,96	1 904
Dez.	3,96	5 840	3,76	1 138	3,78	2 173	4,49	1 009	3,91	2 658
2026 Jan.	4,06	4 386	3,83	1 114	3,91	1 792	4,40	829	4,04	1 765
Febr.	4,04	4 240	3,90	745	3,85	1 586	4,38	819	4,04	1 835
darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen										
2025 Febr.	4,40	2 953	.	.	4,70	982	4,98	600	3,93	1 371
März	4,32	3 750	.	.	4,46	1 427	4,78	744	3,97	1 579
April	4,31	3 777	.	.	4,40	1 297	4,74	839	4,01	1 641
Mai	4,17	3 417	.	.	4,18	1 158	4,65	662	3,96	1 597
Juni	4,07	3 853	.	.	4,04	1 426	4,33	841	3,95	1 586
Juli	4,12	4 148	.	.	4,10	1 323	4,47	893	3,97	1 932
Aug.	4,15	2 926	.	.	4,03	1 025	4,58	627	4,03	1 274
Sept.	4,13	3 403	.	.	3,98	1 274	4,66	628	4,03	1 501
Okt.	4,14	3 196	.	.	3,97	1 199	4,62	665	4,04	1 332
Nov.	4,13	3 074	.	.	4,06	1 033	4,74	579	3,94	1 462
Dez.	4,03	4 498	.	.	3,91	1 610	4,66	813	3,89	2 075
2026 Jan.	4,14	3 318	.	.	4,02	1 291	4,55	705	4,05	1 322
Febr.	4,15	3 038	.	.	4,02	1 032	4,63	608	4,04	1 398

Erhebungszeitraum	noch: Kredite an private Haushalte													
	Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)													
	insgesamt (einschl. Kosten)	insgesamt		darunter neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren	
	Effektivzinssatz 10) % p.a.	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt													
2025 Febr.	3,63	3,58	19 077	3,74	3 320	4,56	2 265	3,60	1 745	3,35	5 622	3,48	9 445
März	3,64	3,60	22 151	3,66	3 899	4,41	2 494	3,62	2 206	3,39	6 585	3,54	10 865
April	3,73	3,69	21 500	3,78	4 392	4,44	2 720	3,59	2 284	3,48	7 032	3,65	9 464
Mai	3,70	3,66	19 870	3,63	3 534	4,33	2 214	3,52	2 064	3,51	6 235	3,63	9 357
Juni	3,72	3,68	19 234	3,68	3 502	4,24	2 411	3,52	2 109	3,52	6 088	3,68	8 626
Juli	3,72	3,68	22 489	3,55	4 078	4,12	2 698	3,50	2 507	3,55	7 301	3,69	9 983
Aug.	3,76	3,71	18 734	3,64	3 136	4,18	2 195	3,55	2 029	3,56	5 854	3,73	8 655
Sept.	3,78	3,74	18 834	3,62	3 015	4,16	2 043	3,58	2 069	3,60	6 438	3,79	8 285
Okt.	3,75	3,71	20 060	3,60	3 674	4,16	2 412	3,60	2 251	3,58	6 623	3,71	8 775
Nov.	3,75	3,70	19 614	3,61	3 432	4,17	2 266	3,56	2 054	3,56	6 458	3,72	8 835
Dez.	3,80	3,71	19 553	3,57	3 635	4,12	2 436	3,61	2 161	3,58	6 834	3,73	8 122
2026 Jan.	3,87	3,77	19 014	3,66	4 052	4,16	2 466	3,60	2 046	3,58	6 704	3,84	7 797
Febr.	3,85	3,77	18 716	3,69	3 457	4,17	2 198	3,63	1 956	3,61	6 359	3,82	8 203
darunter: besicherte Kredite 11)													
2025 Febr.	.	3,48	8 180	.	.	4,43	935	3,42	817	3,28	2 340	3,40	4 088
März	.	3,50	9 663	.	.	4,29	1 013	3,42	1 057	3,34	2 878	3,44	4 715
April	.	3,58	9 112	.	.	4,30	1 048	3,48	1 045	3,43	2 936	3,54	4 083
Mai	.	3,55	8 657	.	.	4,18	961	3,39	932	3,43	2 624	3,51	4 140
Juni	.	3,57	8 576	.	.	4,05	1 107	3,39	959	3,44	2 695	3,57	3 815
Juli	.	3,56	9 722	.	.	3,97	1 106	3,36	1 149	3,47	3 119	3,58	4 348
Aug.	.	3,59	8 021	.	.	4,01	927	3,39	883	3,47	2 522	3,62	3 689
Sept.	.	3,62	8 144	.	.	3,92	781	3,42	924	3,56	2 679	3,66	3 760
Okt.	.	3,57	8 862	.	.	3,99	951	3,46	1 086	3,50	2 882	3,55	3 943
Nov.	.	3,57	8 634	.	.	3,98	916	3,41	1 009	3,50	2 701	3,57	4 008
Dez.	.	3,58	8 462	.	.	3,93	993	3,45	966	3,49	2 874	3,59	3 629
2026 Jan.	.	3,65	8 282	.	.	4,08	964	3,48	1 015	3,49	2 755	3,70	3 548
Febr.	.	3,62	8 193	.	.	4,03	891	3,50	896	3,53	2 783	3,63	3 623

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44•. Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45•;
Anmerkung 11 s. S. 47•

VI. Zinssätze

noch: 4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Erhebungszeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften			
	Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13) Kreditkartenkredite 14)		darunter: Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13)		darunter: Echte Kreditkartenkredite		Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13) Kreditkartenkredite 14)		darunter: Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13)	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2025 Febr.	10,30	39 062	10,30	27 079	17,75	6 962	5,51	97 053	5,54	96 579
März	10,31	39 990	10,27	28 704	17,66	6 661	5,40	97 972	5,43	97 488
April	9,98	39 556	9,91	27 379	17,65	6 996	5,15	97 684	5,18	97 251
Mai	9,87	39 321	9,79	27 146	17,43	7 026	5,06	97 029	5,09	96 562
Juni	9,79	40 764	9,75	28 352	17,43	7 042	5,03	99 597	5,06	99 155
Juli	9,53	39 559	9,50	26 847	17,22	7 092	4,81	96 409	4,83	95 960
Aug.	9,45	39 255	9,35	26 700	16,96	7 164	4,75	97 570	4,77	97 174
Sept.	9,46	41 044	9,47	28 090	16,97	7 208	4,85	97 950	4,88	97 459
Okt.	9,46	39 941	9,39	27 178	17,01	7 213	4,84	95 076	4,87	94 599
Nov.	9,37	39 171	9,25	26 182	16,99	7 354	4,84	93 609	4,86	93 122
Dez.	9,04	41 284	9,28	27 279	17,04	7 060	4,86	90 162	4,88	89 711
2026 Jan.	9,44	39 531	9,30	27 363	17,08	6 977	4,89	91 824	4,91	91 399
Febr.	9,31	39 309	9,27	26 983	17,04	6 815	4,90	91 024	4,92	90 579

Erhebungszeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften															
	insgesamt		darunter: neu verhandelte Kredite 9)		Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 15): variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 15): variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt																
2025 Febr.	4,13	74 593	4,22	20 143	4,52	11 983	5,77	2 168	3,81	1 079	4,08	49 183	3,69	4 723	3,42	5 457
März	3,77	116 480	4,08	30 729	4,41	13 802	5,83	2 856	3,95	1 102	3,59	85 549	4,27	5 457	3,50	7 714
April	3,66	100 242	3,90	27 781	4,23	12 970	5,85	2 735	3,96	1 163	3,46	70 351	3,82	5 617	3,58	7 406
Mai	3,49	92 181	3,79	22 094	4,09	12 468	5,96	2 736	3,87	1 073	3,23	65 528	3,92	5 022	3,49	5 354
Juni	3,49	113 947	3,67	33 641	4,00	13 373	6,00	3 409	3,87	1 209	3,27	81 528	3,88	6 136	3,51	8 292
Juli	3,36	106 962	3,56	30 765	3,94	13 131	5,81	3 104	3,87	1 223	3,14	76 290	3,23	4 977	3,49	8 237
Aug.	3,23	87 286	3,53	22 418	3,92	11 161	5,71	2 089	3,88	1 046	2,97	63 605	3,69	3 329	3,56	6 056
Sept.	3,33	110 335	3,60	29 968	3,95	12 267	6,00	3 340	3,93	1 058	3,06	81 582	3,73	4 422	3,65	7 666
Okt.	3,37	101 776	3,69	26 982	3,94	13 317	5,97	3 222	3,93	1 065	3,11	72 060	3,64	4 401	3,50	7 711
Nov.	3,34	95 355	3,65	20 025	3,94	12 808	5,96	2 958	3,82	1 045	3,06	65 448	3,59	4 266	3,49	8 830
Dez.	3,48	125 593	3,57	33 286	3,97	13 545	5,89	3 706	3,91	1 311	3,25	87 390	3,62	8 447	3,77	11 194
2026 Jan.	3,47	81 140	3,70	19 207	3,93	12 191	5,72	2 307	3,96	985	3,25	56 920	3,60	2 891	3,59	5 846
Febr.	3,35	81 453	3,71	13 499	3,95	12 252	5,85	2 670	3,96	933	3,06	56 854	3,44	3 137	3,63	5 607
darunter: besicherte Kredite 11)																
2025 Febr.	3,72	7 522	.	.	4,58	398	4,35	158	3,43	320	3,81	5 067	3,47	558	3,11	1 021
März	3,81	13 622	.	.	4,31	473	4,14	166	3,45	313	3,88	8 614	3,93	1 617	3,42	2 439
April	3,69	11 244	.	.	4,37	487	4,05	198	3,45	340	3,74	6 626	3,68	1 852	3,29	1 741
Mai	3,49	9 430	.	.	4,30	348	4,14	169	3,42	291	3,41	6 101	3,89	1 248	3,14	1 273
Juni	3,66	13 402	.	.	3,98	478	4,20	171	3,47	285	3,60	8 401	4,28	2 152	3,14	1 915
Juli	3,50	12 486	.	.	3,93	512	4,12	221	3,48	389	3,54	8 174	3,37	1 386	3,20	1 804
Aug.	3,49	9 483	.	.	4,01	398	4,02	169	3,40	337	3,45	5 781	3,92	1 364	3,06	1 434
Sept.	3,58	13 903	.	.	3,86	473	4,04	201	3,47	321	3,54	8 849	3,84	1 277	3,52	2 782
Okt.	3,49	10 754	.	.	3,96	475	4,11	187	3,52	299	3,52	6 923	3,69	1 168	3,03	1 702
Nov.	3,53	10 044	.	.	4,11	385	4,20	158	3,45	313	3,67	6 108	3,58	913	2,98	2 167
Dez.	3,61	16 179	.	.	3,95	542	4,20	208	3,56	379	3,55	10 688	3,88	2 381	3,42	1 981
2026 Jan.	3,45	8 527	.	.	4,01	477	3,96	166	3,52	302	3,39	5 619	3,77	819	3,20	1 144
Febr.	3,47	6 413	.	.	4,02	386	4,04	154	3,59	289	3,41	3 943	3,90	526	3,20	1 115

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44•. Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45•; **11** Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. **12** Revolvierende Kredite besitzen folgende Eigenschaften: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. **13** Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden Konten definiert. Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. **14** Einschl. echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. **15** Die Beitragskategorie bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme. **x** Weil die Position von den Geschäften von ein oder zwei Banken dominiert wird, können aus Gründen der Vertraulichkeit keine Angaben gemacht werden.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt	Bargeld und Einlagen [1]	Schuldverschreibungen	Kredite [2]	Aktien und sonstige Anteilsrechte	Investmentfondsanteile	Finanzderivate	Technische Rückstellungen [3]	Nichtfinanzielle Aktiva	Sonstige Aktiva
Versicherungsunternehmen										
2022 4.Vj.	2 275,6	189,7	373,8	279,7	466,0	772,1	3,4	79,9	38,7	72,2
2023 1.Vj.	2 326,8	201,6	380,7	280,4	472,6	790,1	3,6	85,0	38,5	74,3
2.Vj.	2 332,1	194,8	383,4	280,4	475,6	799,2	3,6	83,9	38,1	73,0
3.Vj.	2 311,5	186,5	376,7	274,2	483,5	785,4	3,7	88,7	38,1	74,7
4.Vj.	2 408,9	190,8	405,7	290,5	499,8	822,7	3,3	79,0	34,2	83,0
2024 1.Vj.	2 477,8	193,6	412,8	289,1	503,2	848,1	3,7	96,9	35,1	95,2
2.Vj.	2 439,3	184,0	410,8	287,2	483,3	849,3	3,1	95,8	34,9	90,9
3.Vj.	2 490,6	184,1	432,9	290,0	493,7	872,5	2,9	96,6	34,8	83,1
4.Vj.	2 499,0	181,7	441,7	289,1	503,5	869,6	3,3	87,0	33,5	89,6
2025 1.Vj.	2 509,2	181,4	446,2	283,5	504,6	864,0	3,0	97,0	33,2	96,2
2.Vj.	2 504,1	180,7	445,0	283,5	502,4	873,2	3,3	94,7	33,0	88,3
3.Vj.	2 520,6	174,4	453,0	280,5	513,7	884,3	2,8	93,0	33,3	85,5
4.Vj.	2 513,8	163,4	457,2	273,8	524,0	891,5	2,4	82,8	32,3	86,3
Lebensversicherung										
2022 4.Vj.	1 130,1	103,6	170,5	155,6	111,5	540,0	1,1	11,5	19,5	16,8
2023 1.Vj.	1 147,9	105,1	170,3	155,6	113,3	553,5	1,0	12,1	19,4	17,4
2.Vj.	1 154,1	102,9	171,7	154,9	114,3	560,0	1,0	12,0	19,2	18,0
3.Vj.	1 123,6	97,9	163,2	149,4	115,7	547,2	1,5	11,7	19,1	17,9
4.Vj.	1 180,4	101,9	178,7	160,7	116,6	574,7	1,4	10,3	16,6	19,5
2024 1.Vj.	1 193,8	98,6	176,5	156,0	115,6	594,9	1,4	10,2	16,6	24,1
2.Vj.	1 182,3	95,5	172,6	153,5	115,1	596,2	1,2	7,2	16,5	24,6
3.Vj.	1 207,8	96,2	181,5	158,7	116,0	611,4	1,2	7,3	16,4	19,0
4.Vj.	1 207,5	94,1	181,4	158,1	121,1	608,6	1,0	6,9	15,3	20,9
2025 1.Vj.	1 180,8	90,5	178,9	151,1	116,3	599,4	1,2	6,9	15,1	21,4
2.Vj.	1 188,9	91,7	180,8	152,4	115,7	604,7	1,3	6,4	15,0	20,8
3.Vj.	1 198,7	89,8	184,5	150,6	117,9	612,7	1,3	6,4	15,1	20,4
4.Vj.	1 195,4	83,8	186,6	147,5	117,3	618,2	1,0	7,0	14,4	19,5
Nicht-Lebensversicherung										
2022 4.Vj.	659,9	72,9	115,3	69,0	100,0	215,5	0,2	42,8	14,2	30,1
2023 1.Vj.	687,2	81,2	121,1	69,7	103,0	219,5	0,1	45,1	14,2	33,2
2.Vj.	688,5	77,2	124,0	70,7	104,4	222,1	0,1	44,9	14,1	30,9
3.Vj.	683,0	73,7	122,7	69,2	107,1	221,0	0,1	45,4	14,3	29,5
4.Vj.	708,5	75,1	131,9	73,9	109,1	230,2	0,1	44,0	13,0	31,1
2024 1.Vj.	748,7	80,8	139,7	75,0	111,0	234,5	0,1	55,8	13,9	37,9
2.Vj.	744,0	75,3	141,6	74,7	112,2	234,0	0,1	56,7	13,9	35,4
3.Vj.	757,7	74,9	147,7	76,9	113,6	241,1	0,2	57,6	13,9	31,9
4.Vj.	760,5	73,8	149,8	75,4	117,0	241,1	0,2	55,2	13,7	34,4
2025 1.Vj.	782,7	76,7	154,0	75,3	117,4	245,3	0,1	59,2	13,6	41,2
2.Vj.	781,4	74,3	156,8	75,9	116,4	249,9	0,2	58,5	13,5	35,9
3.Vj.	781,1	70,5	160,9	75,3	118,3	252,5	0,1	56,9	13,7	32,8
4.Vj.	780,1	66,6	162,7	74,3	122,3	253,4	0,1	54,2	13,5	33,0
Rückversicherung [4]										
2022 4.Vj.	485,6	13,2	88,0	55,1	254,5	16,7	2,1	25,7	5,0	25,3
2023 1.Vj.	491,8	15,3	89,2	55,1	256,3	17,1	2,4	27,8	4,8	23,7
2.Vj.	489,5	14,7	87,6	54,8	256,9	17,2	2,5	26,9	4,8	24,0
3.Vj.	504,9	14,8	90,8	55,6	260,7	17,1	2,1	31,6	4,8	27,3
4.Vj.	520,0	13,7	95,0	55,9	274,1	17,8	1,8	24,7	4,6	32,4
2024 1.Vj.	535,2	14,2	96,6	58,1	276,6	18,7	2,2	31,0	4,6	33,2
2.Vj.	513,0	13,3	96,6	59,0	256,0	19,1	1,8	31,8	4,5	30,8
3.Vj.	525,1	13,1	103,8	54,4	264,0	19,9	1,6	31,7	4,5	32,2
4.Vj.	531,0	13,7	110,4	55,6	265,5	20,0	2,1	24,9	4,5	34,3
2025 1.Vj.	545,7	14,2	113,3	57,1	270,9	19,4	1,7	31,0	4,5	33,6
2.Vj.	533,7	14,7	107,4	55,2	270,3	18,6	1,8	29,8	4,5	31,6
3.Vj.	540,8	14,1	107,7	54,5	277,5	19,0	1,4	29,7	4,5	32,4
4.Vj.	538,2	12,9	108,0	52,0	284,4	19,8	1,2	21,5	4,4	33,8
Pensionseinrichtungen [5]										
2022 4.Vj.	664,0	67,3	54,6	41,9	13,5	451,4	0,0	13,1	18,8	3,5
2023 1.Vj.	671,5	66,4	56,9	42,3	13,5	458,1	0,0	12,9	18,7	2,7
2.Vj.	678,7	67,5	58,9	42,7	13,3	462,1	0,0	12,9	18,7	2,6
3.Vj.	675,9	67,1	60,3	42,3	13,4	458,4	0,1	12,9	18,7	2,8
4.Vj.	703,5	70,1	67,7	44,0	13,4	472,8	0,1	13,2	18,9	3,4
2024 1.Vj.	712,6	70,4	69,5	44,0	13,4	481,0	0,1	13,1	18,5	2,7
2.Vj.	716,0	70,7	71,4	44,2	13,1	481,9	0,0	13,0	18,8	2,8
3.Vj.	731,0	72,4	74,9	44,8	13,4	491,1	0,0	13,0	18,7	2,7
4.Vj.	739,6	72,6	77,6	44,2	13,1	496,6	0,0	13,4	18,6	3,4
2025 1.Vj.	734,7	71,6	79,0	43,9	13,3	492,1	0,0	12,4	18,6	3,7
2.Vj.	743,4	73,2	80,8	44,4	13,1	497,1	0,0	12,1	18,7	4,1
3.Vj.	752,3	72,5	83,3	44,3	12,9	504,3	0,0	11,9	18,8	4,1
4.Vj.	762,6	70,5	85,4	47,7	12,9	510,4	– 0,2	12,8	18,8	4,3

Quellen: Die Werte der Versicherungsunternehmen basieren auf Aufsichtsdaten nach Solvency I und II und die der Pensionseinrichtungen auf EbAV-Aufsichtsdaten und direkt erhobenen Daten. **1** Buchforderungen an Monetäre Finanzinstitute einschl. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe. **2** Einschl. Depotforderungen sowie Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe. **3** Enthält die Rückversicherungsanteile an den Technischen Rückstellungen und die Ansprüche der Pensionseinrichtungen an die Träger. **4** Ohne das von Erstversicherungsunternehmen durchgeführte Rückversicherungsgeschäft, welches unter den jeweiligen Sparten ausgewiesen wird. **5** Der Begriff „Pensionseinrichtungen" bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Altersvorsorgeeinrichtungen" des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Sie umfassen demnach Einrichtungen der betriebl. Altersvorsorge sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

2. Passiva

Mrd €

Stand am Jahres-bzw. Quartalsende	Insgesamt	Schuldverschreibungen	Kredite [1]	Aktien und sonstige Anteilsrechte	Technische Rückstellungen			Finanzderivate	Sonstige Passiva	Reinvermögen [6]
					Insgesamt [2]	Leben / Ansprüche an Pensionseinrichtungen [3]	Nicht-Leben			
Versicherungsunternehmen										
2022 4.Vj.	2 275,6	32,3	70,1	544,0	1 487,0	1 248,7	238,3	5,6	136,7	–
2023 1.Vj.	2 326,8	33,1	71,2	544,7	1 539,1	1 277,3	261,8	4,3	134,3	–
2.Vj.	2 332,1	33,1	68,4	548,0	1 544,5	1 284,6	259,9	4,4	133,6	–
3.Vj.	2 311,5	35,3	76,9	552,2	1 508,3	1 248,1	260,2	4,6	134,2	–
4.Vj.	2 408,9	30,5	73,3	570,0	1 586,8	1 325,5	261,3	4,1	144,2	–
2024 1.Vj.	2 477,8	30,5	78,2	574,6	1 643,1	1 346,3	296,8	3,7	147,6	–
2.Vj.	2 439,3	32,1	76,9	511,3	1 687,1	1 389,5	297,6	3,6	128,3	–
3.Vj.	2 490,6	33,4	79,6	521,6	1 727,9	1 426,6	301,2	3,5	124,7	–
4.Vj.	2 499,0	33,5	73,8	534,4	1 719,3	1 425,3	294,0	3,5	134,5	–
2025 1.Vj.	2 509,2	33,3	79,7	543,2	1 714,8	1 397,4	317,4	3,2	135,0	–
2.Vj.	2 504,1	32,7	80,2	537,8	1 716,9	1 407,6	309,3	3,7	132,8	–
3.Vj.	2 520,6	33,3	80,3	550,9	1 722,1	1 418,5	303,6	3,0	131,0	–
4.Vj.	2 513,8	32,5	69,0	570,8	1 705,9	1 413,6	292,3	2,2	133,4	–
Lebensversicherung										
2022 4.Vj.	1 130,1	2,7	16,6	136,0	924,9	924,9	–	2,3	47,7	–
2023 1.Vj.	1 147,9	2,7	17,8	132,9	946,0	946,0	–	1,9	46,6	–
2.Vj.	1 154,1	2,7	17,6	133,6	951,7	951,7	–	1,7	46,8	–
3.Vj.	1 123,6	2,7	16,9	134,1	920,0	920,0	–	2,4	47,6	–
4.Vj.	1 180,4	0,8	17,8	133,3	977,7	977,7	–	2,0	48,8	–
2024 1.Vj.	1 193,8	0,8	17,5	128,5	995,1	995,1	–	1,7	50,2	–
2.Vj.	1 182,3	0,9	14,6	92,5	1 037,4	1 037,4	–	1,9	35,1	–
3.Vj.	1 207,8	0,5	14,8	93,7	1 066,1	1 066,1	–	1,7	31,0	–
4.Vj.	1 207,5	0,7	14,7	91,7	1 066,2	1 066,2	–	1,7	32,5	–
2025 1.Vj.	1 180,8	0,7	14,5	92,1	1 041,4	1 041,4	–	1,7	30,4	–
2.Vj.	1 188,9	0,6	14,2	94,1	1 047,0	1 047,0	–	1,4	31,6	–
3.Vj.	1 198,7	0,6	14,2	96,7	1 055,0	1 055,0	–	1,4	30,8	–
4.Vj.	1 195,4	0,6	14,3	97,7	1 051,2	1 051,2	–	1,2	30,5	–
Nicht-Lebensversicherung										
2022 4.Vj.	659,9	1,2	10,4	170,4	425,6	306,7	118,9	0,4	52,0	–
2023 1.Vj.	687,2	1,2	10,7	173,1	450,9	314,4	136,5	0,4	51,0	–
2.Vj.	688,5	1,2	10,7	176,1	451,2	317,1	134,0	0,3	49,1	–
3.Vj.	683,0	1,7	10,9	176,8	444,5	313,0	131,5	0,4	48,8	–
4.Vj.	708,5	0,6	12,5	180,3	461,4	333,6	127,8	0,3	53,3	–
2024 1.Vj.	748,7	0,6	13,4	184,6	494,4	337,1	157,3	0,3	55,5	–
2.Vj.	744,0	0,7	13,4	182,6	493,9	338,5	155,3	0,3	53,2	–
3.Vj.	757,7	1,2	12,9	185,1	506,3	351,2	155,1	0,3	52,0	–
4.Vj.	760,5	0,6	13,9	190,5	498,7	350,3	148,4	0,3	56,6	–
2025 1.Vj.	782,7	0,6	14,3	192,8	515,0	347,9	167,1	0,3	59,7	–
2.Vj.	781,4	0,8	14,1	193,8	515,7	353,2	162,5	0,5	56,5	–
3.Vj.	781,1	0,8	13,8	197,8	513,3	357,0	156,3	0,5	55,1	–
4.Vj.	780,1	0,6	13,6	203,7	505,3	357,1	148,2	0,3	56,7	–
Rückversicherung [4]										
2022 4.Vj.	485,6	28,4	43,1	237,5	136,5	17,1	119,4	2,9	37,1	–
2023 1.Vj.	491,8	29,2	42,8	238,8	142,2	16,9	125,3	2,1	36,8	–
2.Vj.	489,5	29,3	40,2	238,4	141,6	15,8	125,8	2,4	37,6	–
3.Vj.	504,9	31,0	49,2	241,3	143,9	15,2	128,7	1,9	37,7	–
4.Vj.	520,0	29,1	43,0	256,3	147,7	14,2	133,5	1,8	42,0	–
2024 1.Vj.	535,2	29,1	47,2	261,6	153,7	14,1	139,6	1,7	42,0	–
2.Vj.	513,0	30,5	48,9	236,3	155,9	13,6	142,3	1,4	40,0	–
3.Vj.	525,1	31,6	51,9	242,9	155,5	9,4	146,1	1,6	41,7	–
4.Vj.	531,0	32,2	45,3	252,1	154,4	8,7	145,7	1,6	45,4	–
2025 1.Vj.	545,7	32,0	50,9	258,3	158,4	8,1	150,3	1,2	44,8	–
2.Vj.	533,7	31,4	51,9	249,9	154,2	7,3	146,8	1,8	44,7	–
3.Vj.	540,8	31,9	52,3	256,4	153,8	6,5	147,3	1,2	45,2	–
4.Vj.	538,2	31,3	41,1	269,4	149,5	5,4	144,1	0,7	46,2	–
Pensionseinrichtungen [5]										
2022 4.Vj.	664,0	–	1,8	34,5	576,4	573,9	–	0,1	9,4	41,8
2023 1.Vj.	671,5	–	1,8	35,5	577,3	574,9	–	0,1	9,5	47,3
2.Vj.	678,7	–	1,8	35,8	582,0	579,6	–	0,1	9,6	49,4
3.Vj.	675,9	–	1,9	35,1	583,7	581,5	–	0,1	9,7	45,4
4.Vj.	703,5	–	1,9	35,1	597,1	594,9	–	0,1	9,9	59,3
2024 1.Vj.	712,6	–	1,7	36,6	600,1	598,4	–	0,1	10,4	63,6
2.Vj.	716,0	–	1,6	37,0	601,5	600,4	–	0,1	11,3	64,5
3.Vj.	731,0	–	1,5	38,2	605,7	605,2	–	0,0	12,3	73,3
4.Vj.	739,6	–	1,5	37,7	617,5	617,5	–	0,0	13,4	69,5
2025 1.Vj.	734,7	–	1,4	38,6	617,1	617,1	–	0,0	13,4	64,1
2.Vj.	743,4	–	1,5	38,8	621,0	621,0	–	0,0	13,7	68,4
3.Vj.	752,3	–	1,4	38,9	624,5	624,5	–	0,0	13,4	74,0
4.Vj.	762,6	–	1,6	39,6	635,4	635,4	–	0,0	14,5	71,4

Quellen: Die Werte der Versicherungsunternehmen basieren auf Aufsichtsdaten nach Solvency I und II und die der Pensionseinrichtungen auf EbAV-Aufsichtsdaten und direkt erhobenen Daten. **1** Einschl. Depotverbindlichkeiten sowie Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe. **2** Einschl. Rückstellungen der Pensionseinrichtungen ggü. den Trägern und für andere Leistungen. **3** Technische Rückstellungen „Leben" unter Berücksichtigung von Übergangsmaßnahmen, die bei den meisten Versicherungsunternehmen ab Q2/2024 weggefallen sind. In der Sparte „Nicht-Lebensversicherung" sind auch die Krankenversicherungen enthalten. **4** Ohne das von Erstversicherungsunternehmen durchgeführte Rückversicherungsgeschäft, welches unter den jeweiligen Sparten ausgewiesen wird. **5** Bewertung zu Buchwerten. Der Begriff „Pensionseinrichtungen" bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Altersvorsorgeeinrichtungen" des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Sie umfassen demnach Einrichtungen der betriebl. Altersvorsorge sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung. **6** Das Eigenkapital entspricht der Summe aus „Reinvermögen" und „Aktien und sonstige Anteilsrechte".

VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen und Aktien in Deutschland

Mio €

Zeit	Schuldverschreibungen										
	Absatz						Erwerb				
		inländische Schuldverschreibungen [1]					Inländer				
	Absatz = Erwerb insgesamt	zusammen	Bankschuldverschreibungen	Anleihen von Unternehmen [2] (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand	ausländische Schuldverschreibungen [3]	zusammen [4]	Kreditinstitute einschließlich Bausparkassen [5]	Deutsche Bundesbank	übrige Sektoren [6]	Ausländer [7]
2017	51 034	11 563	1 096	7 112	3 356	39 471	134 192	– 71 454	161 012	44 634	– 83 158
2018	78 657	16 630	33 251	12 433	– 29 055	62 027	107 155	– 24 417	67 328	64 244	– 28 499
2019	139 611	68 536	29 254	32 505	6 778	71 075	60 195	8 059	2 408	49 728	79 416
2020	451 481	374 034	14 462	88 703	270 870	77 446	280 820	18 955	226 887	34 978	170 661
2021	231 129	221 648	31 941	19 754	169 953	9 481	245 892	– 41 852	245 198	42 546	– 14 763
2022	155 327	156 190	59 322	35 221	61 648	– 863	139 635	2 915	49 774	86 946	15 693
2023	288 223	158 228	88 018	– 11 899	82 109	129 995	109 821	32 163	– 59 817	137 475	178 402
2024	210 965	108 237	4 548	27 293	76 396	102 728	7 426	81 686	– 95 857	21 597	203 539
2025	364 297	203 989	61 591	29 521	112 876	160 308	120 000	122 534	– 117 014	114 480	244 297
2025 März	48 688	24 145	13 042	3 235	7 869	24 543	24 412	14 057	– 11 912	22 267	24 277
April	– 9 381	– 18 605	– 16 555	4 066	– 6 116	9 225	– 5 284	12 529	– 16 800	– 1 013	– 4 097
Mai	57 431	35 945	12 752	242	22 951	21 486	27 761	10 958	– 4 123	20 926	29 670
Juni	64 121	36 026	6 103	28 987	936	28 095	48 925	24 064	– 9 475	34 336	15 196
Juli	31 884	39 795	6 412	36	33 347	– 7 911	– 4 041	– 9 167	– 1 899	7 025	35 926
Aug.	21 868	11 577	16 834	– 8 857	3 600	10 290	– 2 791	– 23	– 14 576	11 808	24 658
Sept.	47 803	14 172	– 1 111	1 961	13 322	33 631	33 758	15 827	– 8 045	25 976	14 045
Okt.	19 706	19 734	8 369	2 908	8 457	– 28	– 20 795	3 052	– 13 851	– 9 997	40 502
Nov.	48 431	44 563	6 878	3 979	33 706	3 868	6 979	5 033	– 3 065	5 011	41 452
Dez.	– 33 939	– 26 388	– 12 429	– 7 504	– 6 455	– 7 551	– 10 077	– 12 213	– 2 092	4 228	– 23 862
2026 Jan.	78 119	50 502	17 379	7 118	26 005	27 617	24 438	29 670	– 4 133	– 1 100	53 681
Febr.	28 106	9 301	543	3 170	5 588	18 805	651	13 390	– 15 919	3 181	27 455

Mio €

Zeit	Aktien						
	Absatz			Erwerb			
				Inländer			
	Absatz = Erwerb insgesamt	inländische Aktien [8]	ausländische Aktien [9]	zusammen [10]	Kreditinstitute [5]	übrige Sektoren [11]	Ausländer [12]
2017	52 932	15 570	37 362	51 270	7 031	44 239	1 662
2018	61 400	16 188	45 212	89 624	– 11 184	100 808	– 28 224
2019	54 830	9 076	45 754	43 070	– 1 119	44 189	11 759
2020	78 464	17 771	60 693	111 570	27	111 543	– 33 106
2021	115 940	49 066	66 875	102 605	10 869	91 736	13 335
2022	– 5 954	27 792	– 33 746	– 2 285	– 8 262	5 977	– 3 670
2023	41 535	36 898	4 637	53 297	14 650	38 647	– 11 761
2024	22 502	16 738	5 764	24 037	4 267	19 770	– 1 535
2025	24 993	26 835	– 1 842	44 225	6 184	38 041	– 19 232
2025 März	– 2 442	167	– 2 609	– 3 250	– 5 777	2 527	807
April	– 4 432	150	– 4 583	3 792	– 9 370	13 162	– 8 224
Mai	7 396	159	7 236	9 322	6 642	2 680	– 1 926
Juni	10 317	5 084	5 233	11 853	2 033	9 820	– 1 536
Juli	10 690	4 445	6 245	11 275	6 169	5 106	– 585
Aug.	6 870	555	6 315	7 694	4 092	3 602	– 824
Sept.	1 936	4 093	– 2 157	5 336	1 899	3 437	– 3 399
Okt.	8 653	9 301	– 648	10 415	2 255	8 160	– 1 762
Nov.	– 722	892	– 1 615	2 517	2 571	– 54	– 3 240
Dez.	– 28 646	1 358	– 30 004	– 25 688	– 21 443	– 4 245	– 2 959
2026 Jan.	19 304	4 458	14 846	19 594	15 153	4 441	– 291
Febr.	– 6 557	138	– 6 695	– 5 551	6 951	– 12 502	– 1 005

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. **2** Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. **3** Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. **4** In- und ausländische Schuldverschreibungen. **5** Buchwerte; statistisch bereinigt. **6** Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. Bis Ende 2008 einschließlich Deutsche Bundesbank. **7** Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktionswerte. **8** Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. **9** Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. **10** In- und ausländische Aktien. **11** Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. **12** Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Kapitalmarkt

2. Absatz von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Insgesamt	Bankschuldverschreibungen 1) zusammen	Hypothekenpfandbriefe	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen	Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) 2)	Anleihen der öffentlichen Hand
Brutto-Absatz								
2017 3)	1 047 822	619 199	30 339	8 933	438 463	141 466	66 290	362 332
2018	1 148 091	703 416	38 658	5 673	534 552	124 530	91 179	353 496
2019	1 285 541	783 977	38 984	9 587	607 900	127 504	94 367	407 197
2020 6)	1 870 084	778 411	39 548	18 327	643 380	77 156	184 206	907 466
2021	1 658 004	795 271	41 866	17 293	648 996	87 116	139 775	722 958
2022	1 683 265	861 989	66 811	11 929	700 062	83 188	169 680	651 596
2023	1 705 524	937 757	45 073	12 633	782 969	97 082	153 128	614 639
2024	1 508 072	813 931	37 320	13 509	630 383	132 720	135 577	558 563
2025	1 510 487	868 685	39 490	15 288	628 788	185 121	130 611	511 191
2025 März	139 146	80 776	1 533	66	60 029	19 148	10 288	48 082
April	116 213	61 407	2 289	88	47 025	12 005	9 219	45 587
Mai	136 815	88 038	2 783	3 245	71 255	10 754	10 946	37 830
Juni	146 741	70 516	3 281	833	45 501	20 901	40 788	35 438
Juli	133 507	75 841	3 677	1 124	54 244	16 796	8 058	49 609
Aug.	111 606	66 182	515	3 260	46 867	15 541	5 254	40 170
Sept.	140 008	78 348	3 402	1 031	59 745	14 170	11 889	49 770
Okt.	128 013	64 968	3 000	691	48 252	13 025	7 950	55 094
Nov.	106 913	59 557	3 362	74	45 614	10 507	9 505	37 850
Dez.	55 872	40 357	805	31	24 502	15 018	2 602	12 913
2026 Jan.	157 313	82 282	8 772	2 131	56 081	15 298	8 957	66 074
Febr.	129 452	64 716	3 123	1 355	47 136	13 102	10 089	54 647
darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 4)								
2017 3)	357 506	170 357	22 395	6 447	94 852	46 663	44 891	142 257
2018	375 906	173 995	30 934	4 460	100 539	38 061	69 150	132 760
2019	396 617	174 390	26 832	6 541	96 673	44 346	69 682	152 544
2020 6)	658 521	165 097	28 500	7 427	90 839	38 330	77 439	415 985
2021	486 335	171 799	30 767	6 336	97 816	36 880	64 234	250 303
2022	485 287	164 864	41 052	7 139	91 143	25 530	56 491	263 932
2023	482 193	155 790	28 294	4 664	101 059	21 772	44 272	282 132
2024	474 196	148 913	25 513	9 142	79 163	35 096	69 369	255 914
2025	538 454	183 249	31 487	10 194	86 827	54 742	77 964	277 241
2025 März	47 242	10 609	1 488	66	4 302	4 753	5 598	31 035
April	36 787	11 454	2 278	0	7 078	2 097	1 593	23 740
Mai	50 004	21 878	1 533	3 245	14 531	2 569	4 976	23 150
Juni	66 347	14 877	2 329	520	5 529	6 500	35 551	15 919
Juli	48 178	14 643	3 562	1 124	6 099	3 858	3 285	30 250
Aug.	32 669	9 977	365	2 010	4 438	3 164	1 492	21 200
Sept.	48 348	16 914	3 081	31	9 110	4 691	7 385	24 050
Okt.	51 843	14 017	2 387	691	6 670	4 269	4 126	33 700
Nov.	32 444	11 014	2 922	74	3 313	4 705	7 160	14 270
Dez.	9 519	9 159	235	31	1 088	7 805	359	–
2026 Jan.	73 322	33 585	7 060	2 031	18 605	5 889	5 837	33 900
Febr.	56 726	18 637	2 288	1 355	10 694	4 300	5 979	32 111
Netto-Absatz 5)								
2017 3)	2 669	5 954	6 389	– 4 697	18 788	– 14 525	6 828	– 10 114
2018	2 758	26 648	19 814	– 6 564	18 850	– 5 453	9 738	– 33 630
2019	59 719	28 750	13 098	– 3 728	26 263	– 6 885	30 449	519
2020 6)	473 795	28 147	8 661	8 816	22 067	– 11 398	49 536	396 113
2021	210 231	52 578	17 821	7 471	22 973	4 314	35 531	122 123
2022	135 853	36 883	23 894	– 9 399	15 944	6 444	30 671	68 299
2023	190 577	78 764	10 184	– 791	46 069	23 303	– 34	111 848
2024	76 679	6 577	– 3 554	1 212	– 17 104	26 022	28 634	41 468
2025	187 059	64 740	3 168	4 927	31 605	25 040	26 283	96 037
2025 März	22 308	10 380	– 1 722	– 529	11 090	1 542	4 309	7 619
April	– 19 344	– 21 213	387	44	– 14 308	– 7 336	3 313	– 1 444
Mai	33 212	15 104	216	3 057	15 634	– 3 803	– 333	18 440
Juni	35 751	7 585	1 601	205	– 2 804	8 583	29 100	– 934
Juli	44 137	9 749	2 397	454	5 395	1 504	– 1 277	35 665
Aug.	7 206	17 521	– 863	1 010	14 213	3 161	– 7 593	– 2 723
Sept.	17 850	– 1 641	– 1 953	– 1 229	3 140	– 1 598	2 689	16 802
Okt.	13 479	7 831	1 590	370	1 877	3 995	685	4 963
Nov.	34 358	5 591	– 1 339	59	4 825	2 046	3 041	25 726
Dez.	– 30 969	– 10 558	– 789	– 1 039	– 11 622	2 892	– 4 207	– 16 204
2026 Jan.	65 469	18 018	5 543	431	5 221	6 823	462	46 989
Febr.	8 187	– 964	– 1 104	1 355	– 1 665	451	3 210	5 940

***** Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen in der Fachreihe Emissionsstatistiken, S. 43 ff. **1** Ohne Bank-Namensschuldverschreibungen. **2** Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. **3** Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. **4** Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. **5** Brutto-Absatz minus Tilgung. **6** Ab Januar 2020 methodische Änderungen. — Die Ergebnisse für das Jahr 2020 wurden revidiert. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Kapitalmarkt

3. Umlauf von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Insgesamt	Bankschuldverschreibungen zusammen	Hypotheken-pfandbriefe	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen	Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand
2016 1)	3 068 111	1 164 965	132 775	62 701	633 578	335 910	275 789	1 627 358
2017 1)	3 090 708	1 170 920	141 273	58 004	651 211	320 432	2) 302 543	1 617 244
2018	3 091 303	1 194 160	161 088	51 439	670 062	1) 311 572	1) 2) 313 527	1 583 616
2019	2) 3 149 373	1 222 911	174 188	47 712	696 325	304 686	2) 342 325	1 584 136
2020 4)	2) 3 545 200	2) 1 174 817	183 980	55 959	687 710	2) 247 169	2) 379 342	1 991 040
2021	3 781 975	1 250 777	202 385	63 496	731 068	253 828	414 791	2 116 406
2022	3 930 390	1 302 028	225 854	54 199	761 047	260 928	441 234	2 187 127
2023	4 131 592	1 384 958	237 099	54 312	806 808	286 739	441 742	2 304 892
2024	4 245 954	1 417 590	234 330	55 797	808 182	319 281	472 564	2 355 800
2025 März	4 287 473	1 443 381	235 897	57 705	816 325	333 454	472 830	2 371 262
April	4 255 624	1 409 846	236 003	57 707	791 786	324 351	475 364	2 370 414
Mai	4 305 316	1 427 292	236 239	60 778	809 408	320 867	486 670	2 391 354
Juni	4 333 408	1 426 748	237 833	60 965	799 613	328 338	515 078	2 391 583
Juli	4 381 150	1 442 070	240 587	61 481	809 425	330 577	514 457	2 424 623
Aug.	4 381 704	1 455 918	239 645	63 251	820 677	332 345	506 831	2 418 955
Sept.	4 399 186	1 452 862	237 561	62 024	822 583	330 693	508 646	2 437 679
Okt.	4 417 892	1 464 533	239 272	62 428	827 350	335 483	509 611	2 443 749
Nov.	4 455 063	1 471 158	238 042	62 424	832 827	337 865	512 630	2 471 275
Dez.	4 423 802	1 457 909	237 382	61 398	818 690	340 439	508 763	2 457 130
2026 Jan.	4 484 798	1 474 412	242 952	61 766	822 539	347 154	507 812	2 502 574
Febr.	4 494 369	1 474 880	241 607	63 076	822 344	347 853	511 534	2 507 955
Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)							**Stand Ende:**	**Februar 2026**
bis unter 2	1 314 583	557 224	76 233	17 308	332 801	130 882	91 118	666 242
2 bis unter 4	843 605	346 279	66 294	15 814	189 377	74 794	90 847	406 479
4 bis unter 6	682 120	236 236	43 011	7 968	132 290	52 967	74 233	371 651
6 bis unter 8	418 867	148 576	28 698	12 041	78 683	29 153	48 173	222 118
8 bis unter 10	333 655	84 742	17 266	6 259	40 128	21 089	23 866	225 047
10 bis unter 15	251 425	54 149	8 255	2 834	32 995	10 065	29 435	167 841
15 bis unter 20	124 593	11 473	986	623	6 549	3 316	20 886	92 234
20 und darüber	525 522	36 202	865	228	9 521	25 588	132 977	356 343

***** Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. **1** Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. **2** Änderung durch Sitzlandwechsel von Emittenten oder Schuldverschreibungen. **3** Gerechnet vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei gesamtfälligen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamtfälligen Schuldverschreibungen. **4** Ab Januar 2020 methodische Änderungen. — Die Ergebnisse für das Jahr 2020 wurden revidiert. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von: Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtigungsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung	Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)
2016	176 355	– 1 062	3 272	319	337	– 953	– 2 165	– 1 865	1 676 397
2017	178 828	2 471	3 894	776	533	– 457	– 661	– 1 615	1 933 733
2018	180 187	1 357	3 670	716	82	– 1 055	– 1 111	– 946	1 634 155
2019 3) 4)	183 461	1 673	2 411	2 419	542	– 858	– 65	– 2 775	1 950 224
2020 4)	181 881	– 2 872	1 877	219	178	– 2 051	– 460	– 2 635	1 963 588
2021	186 580	4 152	9 561	672	35	– 326	– 212	– 5 578	2 301 942
2022	199 789	12 272	14 950	224	371	– 29	– 293	– 2 952	1 858 963
2023	182 246	– 15 984	3 377	3	50	– 564	– 2 515	– 16 335	2 051 675
2024	181 022	– 1 387	2 415	27	0	– 147	– 679	– 3 004	2 213 188
2025 März	180 660	– 55	132	–	–	–	– 12	– 175	2 393 944
April	180 556	– 104	34	–	–	–	– 9	– 129	2 445 186
Mai	180 321	– 235	26	–	–	– 0	– 2	– 259	2 556 414
Juni	180 476	154	1 133	–	1	–	–	– 980	2 519 881
Juli	180 492	– 928	302	1	–	– 0	– 3	– 1 228	2 550 302
Aug.	179 651	– 841	200	42	–	– 0	– 8	– 1 075	2 519 205
Sept.	179 211	– 467	595	–	–	– 199	– 0	– 863	2 464 734
Okt.	179 275	59	112	–	–	–	–	– 53	2 491 431
Nov.	178 970	– 333	229	–	–	– 9	– 2	– 551	2 478 329
Dez.	178 401	– 813	97	–	–	–	–	– 910	2 551 624
2026 Jan.	178 241	– 161	17	–	–	–	–	– 179	2 570 805
Febr.	178 192	– 57	84	–	–	–	–	– 141	2 650 444

***** Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. **1** Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. **2** Alle Börsensegmente. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausgebergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG. **3** Methodische Veränderungen ab Berichtsmonat Oktober 2019. **4** Änderungen aufgrund statistischer Bereinigungen.

VIII. Kapitalmarkt

5. Renditen deutscher Wertpapiere

Zeit	Emissionsrenditen				Umlaufsrenditen festverzinslicher Schuldverschreibungen inländischer Emittenten [1]						
		Anleihen der öffentlichen Hand				Anleihen der öffentlichen Hand			Bankschuldverschreibungen		
							börsennotierte Bundeswertpapiere				
	insgesamt	zusammen	darunter börsennotierte Bundeswertpapiere	Bankschuldverschreibungen	insgesamt	zusammen	zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren [2]	zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre	Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)
	% p.a.										
2016	0,4	0,1	– 0,1	0,6	0,1	0,0	0,0	0,1	0,3	1,0	2,1
2017	0,6	0,4	0,2	0,6	0,3	0,2	0,2	0,3	0,4	0,9	1,7
2018	0,7	0,6	0,4	0,6	0,4	0,3	0,3	0,4	0,6	1,0	2,5
2019	0,2	– 0,1	– 0,3	0,4	– 0,1	– 0,2	– 0,3	– 0,3	0,1	0,3	2,5
2020	0,1	– 0,3	– 0,5	0,1	– 0,2	– 0,4	– 0,5	– 0,5	– 0,0	0,1	1,7
2021	0,0	– 0,2	– 0,3	0,1	– 0,1	– 0,3	– 0,4	– 0,4	– 0,1	0,2	0,9
2022	1,6	1,3	1,2	1,9	1,5	1,2	1,1	1,1	1,9	1,9	3,3
2023	2,9	2,6	2,5	3,4	2,9	2,6	2,5	2,4	3,3	3,2	4,2
2024	2,8	2,5	2,4	3,0	2,6	2,4	2,3	2,3	2,9	3,1	3,7
2025 März	2,90	2,73	2,69	3,00	2,85	2,70	2,64	2,74	2,94	3,27	3,72
April	2,67	2,53	2,43	2,73	2,64	2,47	2,39	2,51	2,74	3,10	3,73
Mai	2,80	2,66	2,65	2,72	2,67	2,52	2,45	2,56	2,74	3,08	3,61
Juni	2,87	2,54	2,45	2,91	2,63	2,50	2,42	2,52	2,71	3,03	3,52
Juli	2,80	2,57	2,57	2,82	2,70	2,59	2,52	2,63	2,76	3,09	3,48
Aug.	2,71	2,66	2,64	2,79	2,74	2,63	2,57	2,67	2,76	3,07	3,49
Sept.	2,81	2,74	2,68	2,70	2,76	2,66	2,60	2,69	2,78	3,08	3,54
Okt.	2,68	2,60	2,56	2,74	2,71	2,61	2,55	2,62	2,75	3,05	3,50
Nov.	3,07	2,74	2,73	3,01	2,78	2,67	2,60	2,66	2,80	3,10	3,57
Dez.	3,32	.	.	3,28	2,92	2,82	2,77	2,81	2,93	3,25	3,66
2026 Jan.	3,07	2,94	2,83	3,05	2,90	2,81	2,76	2,81	2,91	3,26	3,64
Febr.	3,00	2,84	2,81	2,94	2,83	2,74	2,70	2,74	2,82	3,19	3,56

1 Festverzinsliche Inhaberschuldverschreibungen inländischer Emittenten mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren. Außer Betracht bleiben strukturierte Produkte, Schuldverschreibungen mit nicht gesamtfälliger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und nicht auf Euro lautende Anleihen. Die Gruppenrenditen für die Wertpapierarten sind gewogen mit den Umlaufsbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. Anpassung des Kreises der einbezogenen Papiere zum 01.05.2020. **2** Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Mio €

Zeit	Absatz	Absatz							Erwerb					
		Offene inländische Fonds [1] (Mittelaufkommen)							Inländer					
			Publikumsfonds							Kreditinstitute [2] einschl. Bausparkassen		übrige Sektoren [3]		
				darunter										
	Absatz = Erwerb insgesamt	zusammen	zusammen	Geldmarktfonds	Wertpapierfonds	Immobilienfonds	Spezialfonds	ausländische Fonds [4]	zusammen	zusammen	darunter ausländische Anteile	zusammen	darunter ausländische Anteile	Ausländer [5]
2016	149 288	119 369	21 301	– 342	11 131	7 384	98 068	29 919	156 236	2 877	– 3 172	153 359	33 091	– 6 948
2017	148 214	94 921	29 560	– 235	21 970	4 406	65 361	53 292	150 740	4 938	1 048	145 802	52 244	– 2 526
2018	108 293	103 694	15 279	377	4 166	6 168	88 415	4 599	114 973	2 979	– 2 306	111 994	6 905	– 6 680
2019	171 666	122 546	17 032	– 447	5 097	10 580	105 514	49 120	176 210	2 719	– 812	173 491	49 932	– 4 544
2020	157 349	116 028	19 193	– 42	11 343	8 795	96 835	41 321	156 421	336	– 1 656	156 085	42 977	928
2021	281 018	157 861	41 016	482	31 023	7 841	116 845	123 157	289 400	13 154	254	276 246	122 903	– 8 383
2022	112 662	79 022	6 057	482	444	5 071	72 991	33 640	116 145	3 170	– 1 459	112 975	35 099	– 3 483
2023	73 874	44 484	5 969	460	4 951	723	38 461	29 390	76 088	– 4 778	– 2 054	80 866	31 444	– 2 214
2024	151 391	40 124	– 1 659	1 692	1 992	– 5 890	41 784	111 267	152 405	8 704	2 614	143 701	108 653	– 1 014
2025 März	13 391	5 442	3 773	253	3 971	– 870	1 669	7 949	11 357	853	271	10 504	7 678	2 034
April	5 005	3 382	– 307	520	– 480	– 691	3 689	1 624	4 110	118	– 340	3 992	1 964	896
Mai	16 067	4 633	3 819	86	4 100	– 581	814	11 434	16 397	415	305	15 982	11 129	– 330
Juni	12 385	2 206	3 280	63	3 292	– 249	– 1 067	10 179	11 713	774	459	10 939	9 720	672
Juli	13 620	4 913	1 464	– 44	2 259	– 889	3 449	8 707	13 699	742	336	12 957	8 371	– 79
Aug.	16 667	7 966	2 564	62	2 854	– 610	5 402	8 700	16 483	982	– 8	15 501	8 708	183
Sept.	13 609	2 930	462	– 69	804	– 576	2 468	10 679	13 399	26	– 22	13 373	10 701	209
Okt.	18 551	12 470	1 217	– 48	1 411	– 496	11 253	6 081	18 981	596	383	18 385	5 698	– 429
Nov.	13 668	10 470	2 361	– 31	2 693	– 597	8 109	3 198	19 387	178	– 106	19 209	3 304	– 5 719
Dez.	38 797	23 346	442	– 194	1 047	– 848	22 904	15 450	38 907	898	21	38 009	15 429	– 110
2026 Jan.	20 553	8 023	2 847	65	2 551	– 420	5 177	12 530	20 043	1 649	676	18 394	11 854	509
Febr.	25 238	7 595	4 725	84	4 496	– 694	2 871	17 684	24 417	389	41	24 028	17 643	821

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. **2** Buchwerte. **3** Als Rest errechnet. **4** Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. **5** Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2023	2024	2025	2024		2025			
				3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Geldvermögensbildung									
Bargeld und Einlagen	– 1,22	49,53	28,87	35,97	36,88	– 33,97	– 11,72	38,46	36,09
Schuldverschreibungen insgesamt	6,44	2,10	0,46	– 0,41	– 4,44	– 0,85	1,04	2,17	– 1,90
kurzfristige Schuldverschreibungen	1,62	1,53	– 2,30	– 0,70	– 1,88	– 1,31	– 0,41	1,26	– 1,84
langfristige Schuldverschreibungen	4,82	0,57	2,75	0,29	– 2,56	0,46	1,45	0,91	– 0,06
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	6,68	– 0,43	– 0,62	– 1,45	– 3,19	0,16	0,07	0,19	– 1,04
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	– 0,03	– 1,39	– 0,26	– 1,24	– 0,87	0,11	0,03	– 0,07	– 0,33
Finanzielle Kapitalgesellschaften	3,19	0,97	– 0,48	0,10	– 1,51	0,13	0,13	0,10	– 0,83
Staat	3,51	– 0,02	0,11	– 0,31	– 0,81	– 0,08	– 0,09	0,16	0,13
Schuldverschreibungen des Auslands	– 0,23	2,53	1,08	1,04	– 1,25	– 1,01	0,97	1,98	– 0,87
Kredite insgesamt	74,55	46,93	43,79	13,27	17,15	6,31	1,74	12,13	23,62
kurzfristige Kredite	20,31	14,41	48,79	– 3,88	6,81	17,08	– 0,75	15,28	17,18
langfristige Kredite	54,24	32,52	– 4,99	17,15	10,34	– 10,77	2,49	– 3,15	6,44
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	52,63	25,59	40,63	3,12	17,50	3,07	4,37	7,55	25,65
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	11,57	12,66	40,13	– 4,22	17,20	3,74	4,12	6,55	25,72
Finanzielle Kapitalgesellschaften	10,54	9,75	2,73	3,37	– 0,73	2,15	– 1,32	1,76	0,15
Staat	30,51	3,18	– 2,23	3,98	1,03	– 2,82	1,57	– 0,76	– 0,22
Kredite an das Ausland	21,92	21,35	3,16	10,15	– 0,35	3,24	– 2,63	4,58	– 2,03
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	103,96	89,10	102,62	28,45	– 10,45	26,15	51,58	14,24	10,65
Anteilsrechte insgesamt	100,55	82,60	96,71	27,50	– 7,26	21,96	51,42	11,21	12,13
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	– 14,32	2,00	– 7,27	4,08	– 8,34	– 4,12	9,97	– 4,90	– 8,22
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	– 13,91	2,89	– 8,04	3,89	– 6,27	– 4,06	9,04	– 4,97	– 8,04
finanzielle Kapitalgesellschaften	– 0,41	– 0,89	0,77	0,18	– 2,07	– 0,06	0,94	0,07	– 0,19
Börsennotierte Aktien des Auslands	– 43,08	– 8,39	– 14,13	– 2,14	– 2,49	– 1,40	– 2,96	– 3,95	– 5,81
Übrige Anteilsrechte [1]	157,95	88,99	118,11	25,57	3,57	27,48	44,41	20,07	26,16
Anteile an Investmentfonds	3,41	6,50	5,91	0,95	– 3,20	4,20	0,16	3,02	– 1,48
Geldmarktfonds	– 0,58	1,38	0,96	– 0,18	1,42	1,40	– 1,84	0,66	0,74
Sonstige Investmentfonds	4,00	5,12	4,95	1,13	– 4,62	2,80	2,00	2,36	– 2,22
Versicherungstechnische Rückstellungen	9,32	5,94	8,61	– 0,06	1,10	7,56	– 0,19	– 0,49	1,73
Finanzderivate	9,65	11,78	5,19	4,82	– 1,00	– 1,04	2,65	1,96	1,62
Sonstige Forderungen	– 20,46	– 70,25	– 12,69	30,22	– 119,24	126,85	– 33,37	– 26,75	– 79,42
Insgesamt	182,24	135,13	176,85	112,27	– 80,01	131,01	11,73	41,72	– 7,61
Außenfinanzierung									
Schuldverschreibungen insgesamt	0,35	13,41	– 0,43	– 0,29	– 0,19	2,74	0,05	– 5,21	1,99
kurzfristige Schuldverschreibungen	– 4,68	0,26	– 1,61	– 1,22	– 2,02	0,66	1,32	– 2,11	– 1,48
langfristige Schuldverschreibungen	5,03	13,15	1,17	0,93	1,84	2,08	– 1,27	– 3,10	3,47
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	0,65	– 2,41	– 2,75	– 3,19	– 2,49	0,55	– 1,15	– 2,25	0,10
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	– 0,03	– 1,39	– 0,26	– 1,24	– 0,87	0,11	0,03	– 0,07	– 0,33
Finanzielle Kapitalgesellschaften	– 2,83	– 2,58	– 4,01	– 2,10	– 1,92	0,05	– 1,50	– 2,35	– 0,21
Staat	– 0,11	– 0,03	0,02	– 0,02	– 0,02	– 0,00	– 0,01	– 0,02	0,05
Private Haushalte	3,61	1,59	1,50	0,17	0,33	0,40	0,33	0,18	0,59
Schuldverschreibungen des Auslands	– 0,30	15,82	2,31	2,90	2,30	2,19	1,19	– 2,96	1,89
Kredite insgesamt	49,67	41,65	82,08	22,11	– 12,93	42,87	19,70	19,25	0,26
kurzfristige Kredite	– 16,85	– 0,07	55,11	2,04	– 23,75	35,33	13,68	11,89	– 5,78
langfristige Kredite	66,53	41,72	26,97	20,07	10,83	7,54	6,03	7,36	6,04
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	55,94	18,65	54,13	1,14	2,62	25,86	3,98	4,06	20,24
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	11,57	12,66	40,13	– 4,22	17,20	3,74	4,12	6,55	25,72
Finanzielle Kapitalgesellschaften	63,85	16,84	23,79	5,07	– 12,67	27,14	2,37	– 0,11	– 5,60
Staat	– 19,49	– 10,85	– 9,79	0,30	– 1,91	– 5,02	– 2,51	– 2,38	0,12
Kredite aus dem Ausland	– 6,27	23,00	27,95	20,96	– 15,55	17,01	15,72	15,19	– 19,97
Anteilsrechte insgesamt	41,40	75,12	81,81	18,97	14,90	17,08	17,01	30,06	17,66
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	– 27,72	– 16,94	– 3,27	– 0,95	– 9,62	– 6,73	10,52	– 5,34	– 1,72
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	– 13,91	2,89	– 8,04	3,89	– 6,27	– 4,06	9,04	– 4,97	– 8,04
Finanzielle Kapitalgesellschaften	– 8,32	– 11,41	9,30	– 4,61	– 0,93	– 0,25	– 0,54	1,94	8,14
Staat	– 1,12	– 3,99	– 0,74	0,96	0,08	– 0,92	0,23	– 0,04	– 0,00
Private Haushalte	– 4,37	– 4,44	– 3,80	– 1,19	– 2,50	– 1,50	1,79	– 2,28	– 1,82
Börsennotierte Aktien des Auslands	13,80	23,40	17,95	3,47	7,91	6,85	– 10,40	18,68	2,82
Übrige Anteilsrechte [1]	55,32	68,67	67,13	16,44	16,61	16,95	16,89	16,72	16,57
Versicherungstechnische Rückstellungen	8,86	9,72	9,72	2,42	2,44	2,43	2,43	2,43	2,43
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	14,55	– 3,57	3,08	13,74	– 9,51	1,87	7,60	– 4,26	– 2,13
Sonstige Verbindlichkeiten	41,45	46,83	32,96	6,16	21,72	6,42	4,70	6,93	14,92
Insgesamt	156,29	183,17	209,22	63,11	16,43	73,41	51,49	49,20	35,13

1 Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2023	2024	2025	2024		2025			
				3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	847,5	894,5	920,9	859,7	894,5	860,6	848,2	886,6	920,9
Schuldverschreibungen insgesamt	62,1	66,1	67,9	70,0	66,1	65,4	66,9	69,6	67,9
kurzfristige Schuldverschreibungen	9,8	11,9	9,8	13,8	11,9	10,6	10,3	11,6	9,8
langfristige Schuldverschreibungen	52,3	54,2	58,1	56,3	54,2	54,7	56,6	58,0	58,1
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	32,2	33,0	33,1	36,0	33,0	33,3	33,5	33,9	33,1
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	5,8	4,5	4,4	5,4	4,5	4,7	4,9	4,8	4,4
finanzielle Kapitalgesellschaften	18,8	20,8	20,8	22,0	20,8	21,0	21,0	21,4	20,8
Staat	7,6	7,7	7,8	8,5	7,7	7,6	7,6	7,7	7,8
Schuldverschreibungen des Auslands	29,9	33,1	34,8	34,1	33,1	32,1	33,4	35,6	34,8
Kredite insgesamt	1 805,9	1 855,9	1 893,1	1 834,8	1 855,9	1 860,0	1 857,2	1 869,1	1 893,1
kurzfristige Kredite	1 456,0	1 472,9	1 516,7	1 463,1	1 472,9	1 488,4	1 484,0	1 499,1	1 516,7
langfristige Kredite	349,8	383,1	376,4	371,7	383,1	371,6	373,3	370,0	376,4
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	1 397,3	1 422,9	1 463,6	1 405,4	1 422,9	1 426,0	1 430,4	1 437,9	1 463,6
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	1 237,3	1 250,0	1 290,1	1 232,8	1 250,0	1 253,7	1 257,9	1 264,4	1 290,1
finanzielle Kapitalgesellschaften	104,5	114,2	117,0	115,0	114,2	116,4	115,1	116,8	117,0
Staat	55,5	58,7	56,5	57,7	58,7	55,9	57,4	56,7	56,5
Kredite an das Ausland	408,5	433,0	429,5	429,3	433,0	434,0	426,8	431,2	429,5
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	4 009,5	4 109,9	4 203,2	4 106,6	4 109,9	4 112,0	4 148,4	4 164,8	4 203,2
Anteilsrechte insgesamt	3 773,9	3 847,0	3 930,3	3 847,6	3 847,0	3 854,3	3 887,2	3 894,0	3 930,3
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	334,5	327,3	335,8	338,3	327,3	327,6	346,9	334,0	335,8
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	326,7	320,8	324,4	331,5	320,8	318,1	334,8	321,5	324,4
finanzielle Kapitalgesellschaften	7,8	6,5	11,4	6,8	6,5	9,5	12,1	12,5	11,4
Börsennotierte Aktien des Auslands	42,1	44,0	44,7	44,7	44,0	43,6	44,3	44,9	44,7
Übrige Anteilsrechte [1]	3 397,3	3 475,6	3 549,9	3 464,6	3 475,6	3 483,2	3 496,0	3 515,1	3 549,9
Anteile an Investmentfonds	235,6	262,9	272,8	259,0	262,9	257,7	261,2	270,9	272,8
Geldmarktfonds	6,9	11,9	13,1	7,0	11,9	13,4	11,6	12,3	13,1
Sonstige Investmentfonds	228,7	251,0	259,8	252,0	251,0	244,3	249,7	258,6	259,8
Versicherungstechnische Rückstellungen	49,1	52,9	54,5	51,7	52,9	56,9	55,2	53,8	54,5
Finanzderivate	33,7	35,8	26,0	27,5	35,8	29,7	30,6	26,0	26,0
Sonstige Forderungen	1 792,1	1 782,5	1 863,7	1 874,5	1 782,5	1 911,4	1 910,1	1 902,0	1 863,7
Insgesamt	8 599,9	8 797,7	9 029,2	8 824,8	8 797,7	8 896,0	8 916,7	8 971,9	9 029,2
Verbindlichkeiten									
Schuldverschreibungen insgesamt	239,7	259,0	301,3	259,1	259,0	292,2	295,6	300,8	301,3
kurzfristige Schuldverschreibungen	4,5	4,9	3,3	7,4	4,9	5,5	6,9	4,8	3,3
langfristige Schuldverschreibungen	235,2	254,1	298,0	251,7	254,1	286,7	288,7	296,0	298,0
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	96,3	99,3	105,0	102,1	99,3	100,0	107,7	105,5	105,0
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	5,8	4,5	4,4	5,4	4,5	4,7	4,9	4,8	4,4
finanzielle Kapitalgesellschaften	74,8	77,5	80,9	79,5	77,5	77,5	83,8	81,6	80,9
Staat	0,2	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2	0,3	0,2	0,3
Private Haushalte	15,5	17,1	19,3	16,9	17,1	17,5	18,7	18,9	19,3
Schuldverschreibungen des Auslands	143,4	159,7	196,3	157,0	159,7	192,3	187,9	195,3	196,3
Kredite insgesamt	3 515,7	3 557,1	3 630,4	3 563,4	3 557,1	3 590,9	3 606,4	3 626,0	3 630,4
kurzfristige Kredite	1 747,9	1 745,4	1 794,1	1 763,5	1 745,4	1 779,0	1 787,9	1 799,2	1 794,1
langfristige Kredite	1 767,8	1 811,7	1 836,3	1 799,9	1 811,7	1 811,8	1 818,4	1 826,8	1 836,3
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	2 560,4	2 582,2	2 632,5	2 579,4	2 582,2	2 602,8	2 606,7	2 611,6	2 632,5
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	1 237,3	1 250,0	1 290,1	1 232,8	1 250,0	1 253,7	1 257,9	1 264,4	1 290,1
finanzielle Kapitalgesellschaften	1 215,9	1 234,1	1 256,0	1 246,5	1 234,1	1 259,4	1 261,2	1 261,7	1 256,0
Staat	107,1	98,1	86,3	100,0	98,1	89,6	87,6	85,5	86,3
Kredite aus dem Ausland	955,4	974,9	997,9	984,0	974,9	988,1	999,7	1 014,4	997,9
Anteilsrechte insgesamt	5 379,3	5 563,2	5 859,8	5 575,3	5 563,2	5 709,3	5 830,5	5 781,6	5 859,8
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	807,7	804,7	871,9	821,7	804,7	842,8	877,6	853,0	871,9
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	326,7	320,8	324,4	331,5	320,8	318,1	334,8	321,5	324,4
finanzielle Kapitalgesellschaften	173,3	174,3	191,0	175,5	174,3	181,3	187,5	180,3	191,0
Staat	76,0	78,5	86,7	78,8	78,5	90,1	85,1	85,5	86,7
Private Haushalte	231,7	231,1	269,8	235,9	231,1	253,3	270,1	265,8	269,8
Börsennotierte Aktien des Auslands	951,0	1 059,7	1 213,9	1 046,7	1 059,7	1 135,3	1 208,7	1 170,1	1 213,9
Übrige Anteilsrechte [1]	3 620,6	3 698,7	3 774,0	3 706,9	3 698,7	3 731,2	3 744,1	3 758,4	3 774,0
Versicherungstechnische Rückstellungen	341,8	351,5	361,3	349,1	351,5	354,0	356,4	358,8	361,3
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	34,3	19,9	6,6	23,3	19,9	14,0	22,7	10,8	6,6
Sonstige Verbindlichkeiten	1 824,2	1 902,7	1 994,3	1 888,4	1 902,7	1 891,1	1 918,6	1 936,2	1 994,3
Insgesamt	11 335,1	11 653,5	12 153,7	11 658,5	11 653,5	11 851,5	12 030,1	12 014,2	12 153,7

1 Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2023	2024	2025	2024		2025			
				3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Geldvermögensbildung									
Bargeld und Einlagen	90,53	151,34	143,77	20,60	49,21	7,27	41,08	27,59	67,83
Bargeld	14,08	29,20	42,58	8,68	11,81	4,21	12,98	11,48	13,91
Einlagen insgesamt	76,45	122,14	101,19	11,93	37,40	3,06	28,10	16,11	53,92
Sichteinlagen	−129,98	21,88	124,32	− 7,62	54,53	14,80	37,75	22,97	48,80
Termineinlagen	184,68	117,25	− 6,44	21,93	− 1,13	− 3,65	− 6,93	− 3,53	7,67
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	21,75	− 16,98	− 16,69	− 2,38	− 16,00	− 8,09	− 2,73	− 3,33	− 2,54
Schuldverschreibungen insgesamt	65,03	2,46	6,25	− 0,66	− 6,93	1,33	0,83	3,18	0,91
kurzfristige Schuldverschreibungen	11,76	− 9,69	− 4,80	− 1,98	− 3,06	− 0,73	− 1,61	− 1,41	− 1,05
langfristige Schuldverschreibungen	53,28	12,15	11,05	1,32	− 3,87	2,06	2,44	4,59	1,96
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	53,94	− 2,83	1,77	− 0,92	− 7,76	− 0,29	0,27	1,66	0,13
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	3,41	1,53	1,30	0,22	0,30	0,38	0,28	0,14	0,50
finanzielle Kapitalgesellschaften	42,65	− 3,41	0,78	− 1,33	− 7,04	− 0,43	0,58	1,38	− 0,75
Staat	7,89	− 0,94	− 0,31	0,20	− 1,02	− 0,24	− 0,59	0,14	0,38
Schuldverschreibungen des Auslands	11,10	5,28	4,48	0,26	0,83	1,62	0,56	1,52	0,78
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	53,18	112,50	106,02	33,80	38,02	35,23	32,54	22,18	16,08
Anteilsrechte insgesamt	17,28	19,17	14,02	10,70	− 1,96	6,90	8,56	0,69	− 2,14
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	− 4,70	− 6,49	− 7,44	− 1,92	− 2,82	− 2,44	0,95	− 3,31	− 2,64
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	− 3,64	− 4,31	− 4,04	− 1,19	− 2,42	− 1,31	1,36	− 2,29	− 1,80
finanzielle Kapitalgesellschaften	− 1,06	− 2,17	− 3,40	− 0,73	− 0,40	− 1,12	− 0,41	− 1,03	− 0,85
Börsennotierte Aktien des Auslands	2,73	6,49	7,43	2,03	0,32	4,04	4,71	1,56	− 2,88
Übrige Anteilsrechte [1]	19,25	19,16	14,03	10,59	0,54	5,30	2,91	2,44	3,39
Anteile an Investmentfonds	35,89	93,32	92,00	23,10	39,98	28,32	23,97	21,49	18,22
Geldmarktfonds	4,40	33,46	14,30	9,18	20,79	7,30	3,75	2,28	0,98
Sonstige Investmentfonds	31,50	59,86	77,69	13,93	19,19	21,02	20,23	19,21	17,24
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	1,18	2,45	2,31	− 1,58	− 3,99	8,03	− 1,39	− 1,81	− 2,53
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	− 12,64	18,95	21,15	4,81	2,64	5,95	7,74	6,83	0,63
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	31,76	30,71	32,10	7,18	18,89	3,00	7,44	6,46	15,20
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Forderungen [2]	25,16	− 12,36	− 1,46	8,00	− 16,73	27,81	− 21,55	11,92	− 19,64
Insgesamt	254,20	306,05	310,15	72,15	81,11	88,61	66,69	76,35	78,50
Außenfinanzierung									
Kredite insgesamt	14,71	13,00	40,57	7,99	4,27	4,82	10,57	16,21	8,97
kurzfristige Kredite	− 0,90	− 0,96	2,19	1,22	− 0,20	0,30	0,73	0,92	0,25
langfristige Kredite	15,61	13,96	38,38	6,77	4,47	4,53	9,84	15,29	8,72
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	19,16	17,69	39,28	7,63	5,40	5,38	9,99	13,30	10,60
Konsumentenkredite	1,44	0,44	5,63	1,42	0,20	0,07	1,84	3,67	0,05
Gewerbliche Kredite	− 5,89	− 5,13	− 4,34	− 1,06	− 1,33	− 0,63	− 1,27	− 0,77	− 1,68
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	12,26	18,25	39,58	9,19	5,73	5,10	11,03	15,37	8,09
Kredite von finanziellen Kapitalgesellschaften ohne MFI	2,45	− 5,25	0,99	− 1,20	− 1,45	− 0,28	− 0,46	0,85	0,89
Kredite vom Staat und Ausland	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Finanzderivate	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Insgesamt	14,71	13,00	40,57	7,99	4,27	4,82	10,57	16,21	8,97

1 Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. **2** Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Finanzierungsrechnung

4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2023	2024	2025	2024		2025			
				3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	3 218,7	3 408,0	3 539,6	3 351,6	3 408,0	3 406,6	3 441,1	3 468,6	3 539,6
Bargeld	444,3	473,5	516,1	461,7	473,5	477,7	490,7	502,2	516,1
Einlagen insgesamt	2 774,4	2 934,5	3 023,5	2 889,9	2 934,5	2 928,9	2 950,4	2 966,4	3 023,5
Sichteinlagen	1 686,3	1 740,0	1 859,0	1 685,5	1 740,0	1 749,5	1 787,2	1 810,2	1 859,0
Termineinlagen	529,0	660,0	646,7	646,3	660,0	653,0	639,5	635,9	646,7
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	559,1	534,5	517,8	558,1	534,5	526,4	523,7	520,3	517,8
Schuldverschreibungen insgesamt	198,2	210,1	225,8	215,6	210,1	213,0	214,3	221,8	225,8
kurzfristige Schuldverschreibungen	12,5	11,3	7,1	15,0	11,3	11,2	9,6	8,2	7,1
langfristige Schuldverschreibungen	185,7	198,8	218,7	200,6	198,8	201,9	204,7	213,6	218,7
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	147,8	151,9	161,4	159,3	151,9	153,7	154,7	159,0	161,4
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	13,5	14,9	16,7	14,7	14,9	15,3	16,2	16,3	16,7
finanzielle Kapitalgesellschaften	122,0	125,4	133,6	132,1	125,4	127,1	127,7	131,9	133,6
Staat	12,3	11,5	11,2	12,6	11,5	11,2	10,7	10,8	11,2
Schuldverschreibungen des Auslands	50,4	58,3	64,4	56,3	58,3	59,4	59,6	62,8	64,4
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	2 580,2	2 868,9	3 129,9	2 791,3	2 868,9	2 902,8	2 991,9	3 065,8	3 129,9
Anteilsrechte insgesamt	1 617,6	1 701,4	1 814,5	1 689,1	1 701,4	1 736,9	1 782,2	1 793,2	1 814,5
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	279,2	289,1	348,3	294,0	289,1	322,9	339,7	339,8	348,3
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	223,9	223,0	261,8	227,5	223,0	244,6	260,5	258,0	261,8
finanzielle Kapitalgesellschaften	55,3	66,1	86,6	66,4	66,1	78,3	79,1	81,7	86,6
Börsennotierte Aktien des Auslands	247,9	301,1	335,5	285,5	301,1	291,3	300,0	327,6	335,5
Übrige Anteilsrechte [1]	1 090,5	1 111,2	1 130,6	1 109,6	1 111,2	1 122,7	1 142,5	1 125,9	1 130,6
Anteile an Investmentfonds	962,6	1 167,5	1 315,4	1 102,2	1 167,5	1 165,9	1 209,7	1 272,5	1 315,4
Geldmarktfonds	7,9	41,6	55,9	20,7	41,6	48,8	52,5	54,9	55,9
Sonstige Investmentfonds	954,8	1 125,8	1 259,5	1 081,6	1 125,8	1 117,2	1 157,2	1 217,6	1 259,5
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	43,0	46,3	46,4	49,8	46,3	52,0	50,7	48,8	46,4
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	1 152,2	1 265,9	1 261,3	1 260,7	1 265,9	1 242,7	1 253,3	1 264,2	1 261,3
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	1 238,8	1 269,4	1 297,1	1 255,3	1 269,4	1 267,0	1 274,9	1 282,5	1 297,1
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Forderungen [2]	3,8	3,8	3,7	3,8	3,8	3,8	3,7	3,7	3,7
Insgesamt	8 435,0	9 072,4	9 503,7	8 928,2	9 072,4	9 087,9	9 230,1	9 355,4	9 503,7
Verbindlichkeiten									
Kredite insgesamt	2 117,8	2 131,4	2 171,1	2 126,9	2 131,4	2 135,4	2 146,1	2 162,3	2 171,1
kurzfristige Kredite	55,1	54,4	56,6	54,4	54,4	54,7	55,5	56,4	56,6
langfristige Kredite	2 062,7	2 077,0	2 114,4	2 072,4	2 077,0	2 080,6	2 090,6	2 105,9	2 114,4
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	1 643,6	1 660,4	1 699,5	1 656,4	1 660,4	1 665,7	1 675,9	1 689,1	1 699,5
Konsumentenkredite	230,0	225,0	230,5	229,5	225,0	223,1	226,7	230,4	230,5
Gewerbliche Kredite	244,2	245,9	241,1	240,9	245,9	246,5	243,6	242,8	241,1
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	2 016,3	2 034,6	2 073,8	2 028,7	2 034,6	2 039,4	2 050,4	2 065,7	2 073,8
Kredite von finanziellen Kapitalgesellschaften ohne MFI	101,5	96,8	97,2	98,2	96,8	96,0	95,7	96,5	97,2
Kredite vom Staat und Ausland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzderivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	4,9	5,1	5,2	5,0	5,1	5,1	5,1	5,2	5,2
Insgesamt	2 122,7	2 136,4	2 176,3	2 131,9	2 136,4	2 140,4	2 151,2	2 167,5	2 176,3

1 Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. **2** Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Finanzierungssaldo und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung

Zeit	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherungen
	Mrd €					in % des BIP				
	Finanzierungssaldo [1]									
2019	+ 46,9	+ 18,2	+ 12,9	+ 7,0	+ 8,9	+ 1,3	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3
2020	− 151,1	− 91,3	− 31,3	+ 6,3	− 34,9	− 4,4	− 2,6	− 0,9	+ 0,2	− 1,0
2021	− 116,6	− 132,1	+ 6,5	+ 6,5	+ 2,4	− 3,2	− 3,6	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
2022 p)	− 76,1	− 111,2	+ 19,4	+ 6,8	+ 8,8	− 1,9	− 2,8	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2
2023 p)	− 105,2	− 92,7	− 7,8	− 13,5	+ 8,8	− 2,5	− 2,2	− 0,2	− 0,3	+ 0,2
2024 p)	− 115,3	− 60,9	− 21,6	− 21,0	− 11,8	− 2,7	− 1,4	− 0,5	− 0,5	− 0,3
2025 ts)	− 119,1	− 79,6	− 9,8	− 28,1	− 1,7	− 2,7	− 1,8	− 0,2	− 0,6	− 0,0
2024 1.Hj. p)	− 48,3	− 27,2	− 11,6	− 9,5	− 0,0	− 2,3	− 1,3	− 0,5	− 0,4	− 0,0
2.Hj. p)	− 67,0	− 33,7	− 10,0	− 11,5	− 11,8	− 3,1	− 1,5	− 0,5	− 0,5	− 0,5
2025 1.Hj. ts)	− 30,5	− 17,8	− 2,4	− 13,6	+ 3,4	− 1,4	− 0,8	− 0,1	− 0,6	+ 0,2
2.Hj. ts)	− 88,7	− 61,7	− 7,4	− 14,5	− 5,1	− 3,9	− 2,7	− 0,3	− 0,6	− 0,2
	Schuldenstand [2]								Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	
2019	2 075,8	1 315,6	615,8	161,1	0,9	58,7	37,2	17,4	4,6	0,0
2020	2 347,9	1 530,4	667,9	163,1	7,6	68,0	44,3	19,4	4,7	0,2
2021	2 501,7	1 683,3	667,0	165,6	0,9	67,9	45,7	18,1	4,5	0,0
2022 p)	2 569,0	1 780,2	637,0	172,4	3,2	64,4	44,6	16,0	4,3	0,1
2023 p)	2 630,5	1 857,2	621,0	180,2	3,2	62,3	44,0	14,7	4,3	0,1
2024 p)	2 693,8	1 893,5	639,6	196,5	2,8	62,2	43,7	14,8	4,5	0,1
2025 p)	2 838,2	2 000,4	658,7	221,9	6,7	63,5	44,8	14,7	5,0	0,1
2024 1.Vj. p)	2 638,5	1 859,9	629,2	180,9	3,1	62,1	43,8	14,8	4,3	0,1
2.Vj. p)	2 635,2	1 851,6	630,3	183,5	3,4	61,6	43,3	14,7	4,3	0,1
3.Vj. p)	2 671,7	1 879,1	636,2	188,2	3,0	62,0	43,6	14,8	4,4	0,1
4.Vj. p)	2 693,8	1 893,5	639,6	196,5	2,8	62,2	43,7	14,8	4,5	0,1
2025 1.Vj. p)	2 701,6	1 891,5	648,4	200,0	2,7	62,0	43,4	14,9	4,6	0,1
2.Vj. p)	2 733,5	1 925,0	643,1	206,1	3,5	62,3	43,8	14,6	4,7	0,1
3.Vj. p)	2 789,5	1 973,3	649,0	213,0	4,4	63,0	44,6	14,7	4,8	0,1
4.Vj. p)	2 838,2	2 000,4	658,7	221,9	6,7	63,5	44,8	14,7	5,0	0,1

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Der Finanzierungssaldo gemäß ESVG 2010 entspricht der Maastricht-Abgrenzung. **2** Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *)

Zeit	Einnahmen				Ausgaben							Finanzierungssaldo	Nachrichtlich: Fiskalische Belastung insgesamt [1]
	insgesamt	davon: Steuern	Sozialbeiträge	sonstige	insgesamt	davon: Sozialleistungen	Arbeitnehmerentgelte	Vorleistungen	Bruttoinvestitionen	Zinsen	sonstige		
	Mrd €												
2019	1 657,6	859,3	598,2	200,1	1 610,6	844,6	285,1	199,5	96,1	28,1	157,3	+ 46,9	1 464,6
2020	1 612,7	808,9	608,1	195,7	1 763,8	900,3	296,7	226,9	105,7	22,4	211,7	− 151,1	1 424,0
2021	1 749,2	906,5	632,3	210,4	1 865,8	938,8	307,2	243,7	105,7	21,8	248,5	− 116,6	1 546,6
2022 p)	1 863,1	974,6	667,3	221,2	1 939,2	968,2	321,3	257,1	115,3	28,0	249,3	− 76,1	1 651,9
2023 p)	1 926,2	971,3	710,8	244,0	2 031,4	1 018,7	340,5	265,8	120,1	36,8	249,4	− 105,2	1 690,4
2024 p)	2 024,4	1 006,6	756,6	261,3	2 139,7	1 096,1	357,3	280,4	131,3	45,8	228,7	− 115,3	1 768,7
2025 ts)	2 140,2	1 047,0	822,9	270,4	2 259,3	1 164,3	384,3	289,1	144,8	49,5	227,2	− 119,1	1 875,8
	in % des BIP												
2019	46,9	24,3	16,9	5,7	45,5	23,9	8,1	5,6	2,7	0,8	4,4	+ 1,3	41,4
2020	46,7	23,4	17,6	5,7	51,1	26,1	8,6	6,6	3,1	0,6	6,1	− 4,4	41,3
2021	47,5	24,6	17,2	5,7	50,7	25,5	8,3	6,6	2,9	0,6	6,7	− 3,2	42,0
2022 p)	46,7	24,4	16,7	5,5	48,6	24,3	8,1	6,4	2,9	0,7	6,3	− 1,9	41,4
2023 p)	45,7	23,0	16,8	5,8	48,1	24,1	8,1	6,3	2,8	0,9	5,9	− 2,5	40,1
2024 p)	46,8	23,3	17,5	6,0	49,4	25,3	8,3	6,5	3,0	1,1	5,3	− 2,7	40,9
2025 ts)	47,9	23,4	18,4	6,0	50,5	26,0	8,6	6,5	3,2	1,1	5,1	− 2,7	42,0
	Zuwachsraten in %												
2019	+ 3,7	+ 3,2	+ 4,5	+ 3,9	+ 5,0	+ 5,1	+ 5,3	+ 6,0	+ 7,1	− 11,8	+ 5,6	.	+ 3,7
2020	− 2,7	− 5,9	+ 1,6	− 2,2	+ 9,5	+ 6,6	+ 4,1	+ 13,7	+ 9,9	− 20,2	+ 34,6	.	− 2,8
2021	+ 8,5	+ 12,1	+ 4,0	+ 7,5	+ 5,8	+ 4,3	+ 3,5	+ 7,4	+ 0,0	− 2,8	+ 17,4	.	+ 8,6
2022 p)	+ 6,5	+ 7,5	+ 5,5	+ 5,2	+ 3,9	+ 3,1	+ 4,6	+ 5,5	+ 9,0	+ 28,8	+ 0,3	.	+ 6,8
2023 p)	+ 3,4	− 0,3	+ 6,5	+ 10,3	+ 4,8	+ 5,2	+ 6,0	+ 3,4	+ 4,2	+ 31,5	+ 0,0	.	+ 2,3
2024 p)	+ 5,1	+ 3,6	+ 6,4	+ 7,1	+ 5,3	+ 7,6	+ 4,9	+ 5,5	+ 9,3	+ 24,4	− 8,3	.	+ 4,6
2025 ts)	+ 5,7	+ 4,0	+ 8,8	+ 3,5	+ 5,6	+ 6,2	+ 7,5	+ 3,1	+ 10,3	+ 8,1	− 0,7	.	+ 6,1

Quelle: Statistisches Bundesamt. * Ergebnisse gemäß ESVG 2010. **1** Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen und Bankenabgaben an den Einheitlichen Abwicklungsfonds.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften [1]										Sozialversicherungen [2]			Öffentliche Haushalte insgesamt		
	Einnahmen			Ausgaben												
		darunter:			darunter: [3]											
	insgesamt [4]	Steuern	Finanzielle Transaktionen [5]	insgesamt [4]	Personalausgaben	Laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen	Finanzielle Transaktionen [5]	Saldo	Einnahmen [6]	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2019	1 007,6	799,4	11,0	973,9	285,9	348,9	33,5	62,2	16,8	+ 33,8	685,0	676,7	+ 8,3	1 571,1	1 529,1	+ 42,0
2020	944,3	739,9	13,7	1 109,7	299,4	422,0	25,8	68,6	59,9	− 165,4	719,5	747,8	− 28,3	1 516,2	1 709,8	− 193,7
2021	1 105,6	833,3	25,3	1 240,1	310,7	531,0	21,0	69,3	26,1	− 134,5	769,2	777,1	− 7,9	1 701,8	1 844,2	− 142,4
2022	1 144,4	895,9	32,4	1 286,2	325,7	498,8	33,5	72,5	79,3	− 141,8	800,4	793,2	+ 7,2	1 772,1	1 906,7	− 134,6
2023 p)	1 217,3	915,9	36,2	1 311,2	346,6	479,7	64,2	81,9	31,5	− 93,9	820,3	814,4	+ 5,9	1 897,4	1 985,4	− 88,0
2024 p)	1 284,2	947,9	32,6	1 394,0	380,9	471,0	59,2	105,4	30,0	− 109,7	856,2	870,1	− 13,9	2 002,4	2 126,1	− 123,6
2023 1.Vj.	281,9	215,4	9,3	331,8	81,3	130,7	20,1	13,6	17,8	− 49,9	p) 195,4	p) 200,8	p) − 5,4	p) 441,7	p) 497,0	p) − 55,3
2.Vj.	311,6	226,3	9,4	313,1	84,7	117,7	24,2	17,8	2,2	− 1,6	p) 199,3	p) 198,9	p) + 0,4	p) 476,2	p) 477,3	p) − 1,1
3.Vj.	290,5	229,6	7,2	303,1	86,5	103,2	12,6	21,0	4,5	− 12,6	p) 201,5	p) 205,0	p) − 3,6	p) 457,1	p) 473,3	p) − 16,1
4.Vj.	338,8	244,4	10,3	366,3	93,7	126,4	11,3	29,3	7,0	− 27,5	p) 218,4	p) 208,7	p) + 9,7	p) 522,1	p) 539,9	p) − 17,9
2024 1.Vj.	290,7	225,5	7,9	310,7	92,3	113,8	16,8	17,6	3,7	− 20,1	p) 204,0	p) 212,1	p) − 8,1	p) 459,9	p) 488,1	p) − 28,2
2.Vj.	311,9	230,7	6,3	329,0	92,2	110,7	13,7	22,7	8,1	− 17,1	p) 213,0	p) 214,7	p) − 1,7	p) 490,7	p) 509,4	p) − 18,8
3.Vj.	309,7	236,1	9,0	341,0	92,4	113,6	18,2	27,0	5,8	− 31,2	p) 210,8	p) 218,8	p) − 8,1	p) 485,9	p) 525,2	p) − 39,3
4.Vj.	391,8	256,1	9,3	412,4	104,0	130,9	10,5	38,2	12,4	− 20,5	p) 241,1	p) 236,7	p) + 4,5	p) 594,4	p) 610,5	p) − 16,1
2025 1.Vj.	312,3	242,1	8,3	328,1	96,3	115,6	16,4	18,4	12,5	− 15,9	p) 219,6	p) 227,1	p) − 7,5	p) 495,5	p) 518,9	p) − 23,4
2.Vj.	321,4	248,1	4,6	333,7	97,6	119,8	10,7	23,7	5,3	− 12,3	p) 227,8	p) 228,2	p) − 0,4	p) 511,8	p) 524,6	p) − 12,7
3.Vj.	310,0	240,6	2,9	354,0	98,8	119,1	17,6	27,2	8,5	− 44,0	p) 227,5	p) 233,6	p) − 6,2	p) 500,0	p) 550,2	p) − 50,2

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. **1** Jahresangaben gemäß den Vierteljahresangaben des Statistischen Bundesamtes, Daten der Kern- und der zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte. **2** Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei Letzteren stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. **3** Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. **4** Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. **5** Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergaben. **6** Ohne Zuschuss zum Defizitausgleich oder Darlehen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder [2] [3]			Gemeinden [3]		
	Einnahmen [1]	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2019	382,5	369,2	+ 13,3	435,0	417,9	+ 17,0	282,4	276,7	+ 5,6
2020	341,4	472,1	− 130,7	454,2	487,7	− 33,5	295,2	293,2	+ 2,0
2021	370,3	511,9	− 141,6	507,9	507,3	+ 0,6	308,0	303,4	+ 4,6
2022	399,6	515,6	− 116,0	533,5	521,1	+ 12,4	328,4	325,8	+ 2,6
2023	425,3	490,2	− 64,9	529,5	530,2	− 0,7	349,4	356,0	− 6,6
2024	473,7	498,8	− 25,0	544,1	561,7	− 17,7	376,1	400,9	− 24,8
2023 1.Vj.	96,2	116,9	− 20,7	121,0	122,3	− 1,3	73,3	81,0	− 7,7
2.Vj.	101,8	119,6	− 17,7	138,5	133,6	+ 4,9	87,0	86,6	+ 0,4
3.Vj.	106,1	115,9	− 9,8	123,1	120,0	+ 3,2	87,4	91,5	− 4,1
4.Vj.	121,2	137,8	− 16,6	146,9	154,4	− 7,5	101,7	96,9	+ 4,8
2024 1.Vj.	102,8	111,6	− 8,7	129,2	133,9	− 4,7	76,7	90,6	− 13,9
2.Vj.	109,9	115,1	− 5,2	134,4	133,1	+ 1,3	91,7	95,0	− 3,4
3.Vj.	114,1	123,1	− 9,0	134,1	134,2	− 0,2	92,3	100,9	− 8,6
4.Vj.	146,9	149,1	− 2,2	146,4	160,5	− 14,1	115,5	114,4	+ 1,1
2025 1.Vj.	114,0	120,8	− 6,8	136,9	136,4	+ 0,5	79,8	97,2	− 17,3
2.Vj.	113,8	119,9	− 6,1	139,9	139,1	+ 0,8	99,2	101,6	− 2,4
3.Vj.	111,2	138,5	− 27,3	136,6	135,4	+ 1,2	96,1	104,6	− 8,6

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. **2** Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. **3** Daten der Kern- und der zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Insgesamt	Bund, Länder und Europäische Union				Gemeinden [3]	Saldo nicht verrechneter Steueranteile [4]	Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge [5]
		zusammen	Bund [1]	Länder [1]	Europäische Union [2]			
2019	799 416	684 491	355 050	298 519	30 921	114 902	+ 23	25 998
2020	739 911	632 268	313 381	286 065	32 822	107 916	– 274	30 266
2021	833 337	706 978	342 988	325 768	38 222	125 000	+ 1 359	29 321
2022	895 854	760 321	372 121	349 583	38 617	134 146	+ 1 387	34 911
2023	915 893	774 112	389 114	349 554	35 444	143 663	– 1 882	33 073
2024	947 904	801 803	408 043	361 749	32 011	145 700	+ 408	33 087
2025	...	838 889	423 349	380 651	34 889	...	...	34 644
2024 1.Vj.	225 304	188 806	96 283	85 277	7 246	25 910	+ 10 588	7 999
2.Vj.	232 175	196 883	100 461	88 881	7 541	35 730	– 438	8 306
3.Vj.	234 085	197 514	100 548	89 000	7 965	36 267	+ 304	9 337
4.Vj.	256 341	218 600	110 751	98 591	9 258	47 793	– 10 045	7 445
2025 1.Vj.	243 580	206 776	106 268	92 221	8 287	25 481	+ 11 324	8 126
2.Vj.	247 822	210 175	105 034	96 572	8 568	38 462	– 815	8 489
3.Vj.	240 497	202 305	102 511	91 205	8 589	38 146	+ 45	10 233
4.Vj.	...	219 633	109 536	100 653	9 444	...	...	7 796
2025 Jan.	.	61 990	30 893	28 262	2 834	.	.	2 706
Febr.	.	65 036	34 723	27 344	2 969	.	.	2 706
2026 Jan.	.	59 430	27 276	28 613	3 540	.	.	2 655
Febr.	.	65 815	33 767	27 858	4 190	.	.	2 679

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. **1** Vor Abzug bzw. Zusetzung der vom Bund an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Regionalisierungsmittel (ÖPNV), Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. Zum Umfang dieser im Bundeshaushalt von den Steuereinnahmen abgesetzten Beträge siehe letzte Spalte. **2** Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bundes verbuchten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. **3** Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. Inklusive Einnahmen aus Offshore-Windparks. **4** Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle X. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. **5** Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Insgesamt [1]	Gemeinschaftliche Steuern									Bundessteuern [9]	Ländersteuern [9]	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern
		Einkommensteuern [2]					Steuern vom Umsatz [7]			Gewerbesteuerumlagen [8]				
		zusammen	Lohnsteuer [3]	Veranlagte Einkommensteuer [4]	Körperschaftsteuer [5]	Kapitalertragsteuer [6]	zusammen	Umsatzsteuer	Einfuhrumsatzsteuer					
2019	735 869	344 016	219 660	63 711	32 013	28 632	243 256	183 113	60 143	8 114	109 548	25 850	5 085	51 379
2020	682 376	320 798	209 286	58 982	24 268	28 261	219 484	168 700	50 784	3 954	105 632	27 775	4 734	50 107
2021	760 953	370 296	218 407	72 342	42 124	37 423	250 800	187 631	63 169	4 951	98 171	31 613	5 122	53 976
2022	814 886	390 111	227 205	77 411	46 334	39 161	284 850	198 201	86 649	6 347	96 652	30 097	6 829	54 565
2023	829 774	399 271	236 227	73 388	44 852	44 803	291 394	212 596	78 798	6 347	101 829	25 199	5 734	55 662
2024	861 111	416 813	248 920	74 845	39 758	53 290	302 143	228 651	73 493	6 647	103 536	26 509	5 463	59 307
2025	901 862	436 133	262 688	78 362	39 164	55 919	310 206	236 267	73 939	6 565	108 813	34 285	5 860	62 973
2024 1.Vj.	202 975	97 423	57 101	19 102	10 141	11 080	73 613	56 469	17 144	489	23 846	6 478	1 125	14 168
2.Vj.	211 033	105 931	62 650	14 831	10 361	18 089	71 247	52 496	18 751	1 604	24 634	6 257	1 360	14 150
3.Vj.	211 963	99 029	60 055	18 787	8 696	11 492	76 383	58 085	18 298	1 544	26 550	7 041	1 416	14 450
4.Vj.	235 140	114 429	69 115	22 125	10 560	12 629	80 901	61 600	19 300	3 010	28 506	6 732	1 562	16 539
2025 1.Vj.	222 259	106 560	61 306	20 068	10 640	14 547	79 018	61 110	17 908	322	27 473	7 529	1 357	15 483
2.Vj.	225 311	110 618	65 821	16 857	9 137	18 803	75 208	56 555	18 653	1 506	25 743	10 744	1 493	15 137
3.Vj.	217 409	103 318	62 820	19 925	9 660	10 913	77 137	58 435	18 702	1 594	25 773	8 069	1 519	15 104
4.Vj.	236 882	115 637	72 742	21 512	9 728	11 655	78 843	60 167	18 676	3 143	29 824	7 943	1 491	17 249
2025 Jan.	66 758	30 948	21 224	2 388	867	6 468	25 405	19 409	5 996	175	7 349	2 527	354	4 768
Febr.	69 337	24 268	20 666	464	– 365	3 502	30 738	25 418	5 320	140	11 411	2 248	533	4 301
2026 Jan.	64 497	31 062	23 160	2 049	181	5 671	25 912	19 781	6 131	47	4 494	2 554	427	5 067
Febr.	70 453	25 853	21 601	436	– 364	4 180	29 744	27 323	2 420	159	11 897	2 347	454	4 638

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. **1** Im Gegensatz zur Summe in Tabelle X. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. **2** Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. **3** Nach Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage. **4** Nach Abzug der Arbeitnehmererstattungen und Forschungszulage. **5** Nach Abzug der Forschungszulage. **6** Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. **7** Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2025: 48,3/48,8/2,8. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. **8** Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2025: 41,4/58,6. **9** Aufgliederung s. Tabelle X. 7.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)								Ländersteuern 1)				Gemeindesteuern		
														darunter:	
	Energiesteuer	Solidaritätszuschlag	Versicherungsteuer	Tabaksteuer	Kraftfahrzeugsteuer	Stromsteuer	Alkoholsteuer	sonstige	Grunderwerbsteuer	Erbschaftsteuer	Rennwett- und Lotteriesteuer	sonstige	insgesamt	Gewerbesteuer 2)	Grundsteuern
2019	40 683	19 646	14 136	14 257	9 372	6 689	2 118	2 648	15 789	6 987	1 975	1 099	71 661	55 527	14 439
2020	37 635	18 676	14 553	14 651	9 526	6 561	2 238	1 792	16 055	8 600	2 044	1 076	61 489	45 471	14 676
2021	37 120	11 028	14 980	14 733	9 546	6 691	2 089	1 984	18 335	9 824	2 333	1 121	77 335	61 251	14 985
2022	33 667	11 978	15 672	14 229	9 499	6 830	2 191	2 585	17 122	9 226	2 569	1 180	87 315	70 382	15 282
2023	36 658	12 239	16 851	14 672	9 514	6 832	2 159	2 904	12 203	9 286	2 477	1 233	92 466	75 265	15 493
2024	35 095	12 634	18 227	15 637	9 667	5 153	1 980	5 142	12 750	9 990	2 486	1 283	93 448	75 491	16 067
2025	37 563	12 878	19 611	17 632	9 598	5 856	2 050	3 624	15 097	15 412	2 463	1 313	...	...	...
2024 1.Vj.	4 488	3 028	8 255	2 672	2 661	1 540	520	681	2 986	2 388	651	453	22 819	18 587	3 718
2.Vj.	8 717	3 491	3 355	3 905	2 533	1 313	460	859	3 050	2 314	609	285	22 745	17 976	4 312
3.Vj.	9 299	2 872	3 546	3 884	2 373	1 362	503	2 711	3 410	2 751	592	288	23 666	18 705	4 455
4.Vj.	12 591	3 243	3 071	5 177	2 101	937	496	890	3 304	2 538	633	258	24 219	20 224	3 582
2025 1.Vj.	5 962	3 344	8 863	3 415	2 659	2 021	519	690	3 726	2 681	640	481	21 643	17 704	3 392
2.Vj.	8 742	3 558	3 595	4 572	2 485	1 409	444	938	3 746	6 102	623	273	24 016	18 986	4 549
3.Vj.	9 298	2 917	3 833	4 503	2 377	1 240	475	1 130	3 840	3 379	559	290	24 681	19 648	4 511
4.Vj.	13 561	3 058	3 321	5 143	2 078	1 185	613	866	3 785	3 249	640	269	...	...	...
2025 Jan.	1 819	921	987	1 199	970	1 075	195	182	1 234	974	240	79	.	.	.
Febr.	1 444	617	6 748	888	818	454	186	256	1 182	768	210	89	.	.	.
2026 Jan.	575	829	1 053	346	949	477	44	220	1 278	995	203	78	.	.	.
Febr.	1 797	645	7 118	711	791	394	194	248	1 195	843	228	81	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. **1** Zur Summe siehe Tabelle X. 6. **2** Einschl. Einnahmen aus Offshore-Windparks.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)			Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Vermögen 3)			Nachrichtlich: Verwaltungsvermögen
		darunter:			darunter:						
	insgesamt	Beiträge 2)	Zahlungen des Bundes	insgesamt	Renten	Krankenversicherung der Rentner		insgesamt	Einlagen 4)	Wertpapiere	
2019	327 298	232 014	94 467	325 436	277 282	20 960	+ 1 861	42 963	40 531	2 074	3 974
2020	335 185	235 988	98 447	339 072	289 284	21 865	– 3 887	39 880	38 196	1 286	3 901
2021	348 679	245 185	102 772	347 486	296 343	22 734	+ 1 192	42 014	40 320	1 241	3 807
2022	363 871	258 269	104 876	360 436	308 168	23 792	+ 3 435	46 087	44 181	1 399	3 746
2023	382 540	271 852	108 836	381 073	325 369	25 346	+ 1 467	48 869	46 649	1 637	3 697
2024	403 481	287 193	113 432	404 257	344 683	27 339	– 775	48 747	45 592	2 454	3 722
2025 p)	422 687	301 909	119 055	426 441	362 691	30 617	– 3 754	46 405	44 327	1 328	3 787
2023 1.Vj.	91 370	64 171	26 972	92 422	79 330	6 142	– 1 052	45 109	43 030	1 569	3 724
2.Vj.	94 735	67 459	26 942	92 585	79 177	6 165	+ 2 151	47 245	45 043	1 693	3 705
3.Vj.	93 776	66 300	26 950	97 619	83 549	6 513	– 3 843	44 354	42 208	1 632	3 703
4.Vj.	101 578	73 852	27 041	97 967	83 678	6 520	+ 3 611	48 825	46 660	1 637	3 697
2024 1.Vj.	96 340	67 378	28 344	97 801	83 894	6 560	– 1 461	46 926	44 166	2 179	3 758
2.Vj.	99 956	71 411	27 848	98 246	83 818	6 604	+ 1 710	48 873	46 253	2 024	3 748
3.Vj.	98 881	70 041	28 091	103 565	88 506	7 058	– 4 684	44 821	42 036	2 179	3 744
4.Vj.	106 704	77 833	28 143	104 229	88 864	7 113	+ 2 474	48 698	45 596	2 454	3 740
2025 1.Vj.	101 459	71 286	29 479	104 229	89 066	7 306	– 2 770	46 312	43 429	2 180	3 741
2.Vj.	104 898	74 788	29 423	104 584	88 842	7 575	+ 314	46 096	43 708	1 676	3 736
3.Vj.	102 981	73 727	29 459	107 799	91 566	7 802	– 4 818	41 745	39 395	1 621	3 746
4.Vj.	113 349	82 107	30 695	109 829	93 218	7 932	+ 3 521	46 405	44 327	1 328	3 787

Quellen: Deutsche Rentenversicherung und eigene Berechnungen. * Ohne Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-BahnSee. Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der zuvor veröffentlichten Vierteljahresergebnisse ab, da Letztere nicht revidiert werden. **1** Einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. **2** Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. **3** Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. **4** Einschl. Barmittel.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung *)

Mio €

Zeit	Einnahmen			Ausgaben						Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Nachrichtlich: Zuschuss zum Defizitausgleich oder Darlehen des Bundes
		darunter:			darunter:						
	insgesamt 1)	Beiträge	Insolvenz-geldumlage	insgesamt	Arbeitslosen-geld 2)	Kurzarbeiter-geld 3)	berufliche Förderung 4)	Insolvenz-geld	Verwaltungs-ausgaben 5)		
2019	35 285	29 851	638	33 154	15 009	772	7 302	842	6 252	+ 2 131	–
2020	33 678	28 236	630	61 013	20 617	22 719	7 384	1 214	6 076	– 27 335	+ 6 913
2021	35 830	29 571	1 302	57 570	19 460	21 003	7 475	493	6 080	– 21 739	+ 16 935
2022	37 831	31 651	1 062	37 530	16 588	3 779	7 125	534	6 256	+ 300	+ 423
2023	42 245	36 058	748	39 233	18 799	981	7 614	1 236	7 006	+ 3 012	– 423
2024	44 609	38 095	782	45 214	22 197	1 276	8 641	1 613	7 715	– 605	–
2025	47 806	39 909	2 021	52 038	26 509	1 549	9 910	1 687	8 123	– 4 232	+ 1 437
2023 1.Vj.	9 836	8 442	178	9 942	4 727	408	1 858	376	1 550	– 106	–
2.Vj.	10 387	8 976	186	9 661	4 604	290	1 902	271	1 689	+ 726	–
3.Vj.	10 361	8 804	182	9 351	4 712	140	1 775	284	1 691	+ 1 010	–
4.Vj.	11 661	9 836	202	10 278	4 755	144	2 079	306	2 076	+ 1 382	– 423
2024 1.Vj.	10 298	8 903	183	11 237	5 511	465	2 074	380	1 729	– 939	–
2.Vj.	11 019	9 494	196	11 175	5 447	330	2 167	498	1 811	– 156	–
3.Vj.	10 982	9 291	193	10 918	5 609	227	2 027	365	1 897	+ 64	–
4.Vj.	12 309	10 407	210	11 884	5 631	255	2 373	370	2 278	+ 425	–
2025 1.Vj.	11 130	9 390	464	13 306	6 558	539	2 400	468	1 868	– 2 176	–
2.Vj.	11 727	9 903	510	12 669	6 529	436	2 468	436	1 883	– 942	–
3.Vj.	11 769	9 480	745	12 561	6 690	297	2 364	392	1 973	– 792	–
4.Vj.	13 180	11 136	302	13 502	6 732	278	2 679	392	2 400	– 323	+ 1 437

Quelle: Bundesagentur für Arbeit und eigene Berechnungen. * Einschl. der Zuführungen an den Versorgungsfonds. **1** Ohne Zuschüsse zum Defizitausgleich oder Darlehen des Bundes. **2** Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit. **3** Einschl. Saison- und Transferkurzarbeitergeld, Transfermaßnahmen und Erstattungen von Sozialbeiträgen. **4** Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Integration, Entgeltsicherung und Förderung von Existenzgründungen. **5** Einschl. Einzugskostenvergütung an andere Sozialversicherungsträger, ohne Verwaltungskosten im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)								Saldo der Einnahmen und Ausgaben
		darunter:			darunter:							
	insgesamt	Beiträge	Bundes-mittel 2)	insgesamt	Krankenhaus-behandlung	Arznei-mittel	ärztliche Behandlung	zahn-ärztliche Behand-lung 3)	Heil- und Hilfsmittel	Kranken-geld	Ver-waltungs-ausgaben 4)	
2019	251 295	233 125	14 500	252 440	77 551	40 635	41 541	15 010	17 656	14 402	11 136	– 1 145
2020	269 158	237 588	27 940	275 268	78 531	42 906	44 131	14 967	18 133	15 956	11 864	– 6 110
2021	289 270	249 734	36 977	294 602	82 748	46 199	45 058	16 335	20 163	16 612	11 727	– 5 332
2022	315 248	262 367	50 223	310 594	85 061	48 354	46 379	16 737	21 259	17 947	12 418	+ 4 654
2023	304 441	278 742	21 896	309 596	91 380	50 170	49 047	17 610	23 381	19 112	12 681	– 5 155
2024	318 440	298 186	15 497	328 744	99 451	55 162	52 246	18 216	25 175	20 547	12 687	– 10 304
2025 p)	355 540	335 906	15 805	352 660	108 268	58 489	55 999	19 080	27 161	21 632	13 347	+ 2 880
2023 1.Vj.	73 718	66 513	6 759	77 593	22 293	12 333	12 477	4 372	5 666	4 927	3 169	– 3 875
2.Vj.	73 722	68 792	4 495	76 031	22 531	12 414	12 234	4 481	5 806	4 682	3 166	– 2 309
3.Vj.	75 330	69 236	5 244	76 967	22 767	12 667	11 959	4 373	6 001	4 695	3 030	– 1 637
4.Vj.	81 548	74 199	5 399	78 860	23 364	12 870	12 415	4 440	5 845	4 809	3 452	+ 2 688
2024 1.Vj.	75 004	70 700	3 617	80 253	24 188	13 455	13 042	4 603	6 194	5 148	3 069	– 5 249
2.Vj.	79 051	73 540	4 609	82 224	24 187	13 777	12 945	4 591	6 337	5 118	3 190	– 3 174
3.Vj.	78 688	74 065	3 679	81 579	24 562	13 882	12 954	4 462	6 365	5 133	3 195	– 2 891
4.Vj.	85 481	79 881	3 592	84 127	25 998	14 132	13 175	4 580	6 294	5 147	3 290	+ 1 354
2025 1.Vj.	83 831	79 722	3 552	86 490	26 491	14 282	13 939	4 784	6 577	5 532	3 247	– 2 659
2.Vj.	87 217	82 950	3 585	87 515	26 569	14 584	14 053	4 777	6 799	5 316	3 341	– 298
3.Vj.	87 905	83 406	3 587	88 017	27 063	14 734	13 853	4 627	6 915	5 365	3 169	– 112
4.Vj.	96 588	89 827	5 081	90 638	28 145	14 889	14 155	4 893	6 870	5 419	3 589	+ 5 949

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit und eigene Berechnungen. **1** Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der zuvor veröffentlichten Vierteljahresergebnisse ab, da Letztere nicht revidiert werden. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostrukturausgleichs. **2** Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. **3** Einschl. Zahnersatz. **4** Netto, d.h. nach Abzug der Kostenerstattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung *)

Mio €

Zeit	Einnahmen		Ausgaben 1)						Saldo der Einnahmen und Ausgaben
	insgesamt	darunter: Beiträge	insgesamt	darunter: Pflegesachleistung	darunter: stationäre Pflege insgesamt 2)	darunter: Pflegegeld	darunter: Beiträge zur Rentenversicherung 3)	darunter: Verwaltungsausgaben	
2019	47 228	46 508	44 008	8 257	16 717	11 689	2 392	1 781	+ 3 220
2020	50 622	48 003	49 284	8 794	16 459	12 786	2 714	1 946	+ 1 338
2021	52 573	49 764	53 903	9 573	16 511	13 865	3 070	2 024	– 1 330
2022	57 944	52 604	60 100	10 405	20 542	14 872	3 223	2 166	– 2 156
2023	61 374	58 807	59 178	11 506	22 513	16 035	3 582	2 267	+ 2 196
2024	66 812	65 588	68 184	12 873	24 770	18 475	4 084	2 435	– 1 372
2025 p)	73 335	72 455	73 824	15 018	26 223	21 015	4 741	2 641	– 490
2023 1.Vj.	14 283	13 169	14 698	2 876	5 377	3 846	843	570	– 415
2.Vj.	14 227	13 668	14 392	2 745	5 539	3 940	869	561	– 165
3.Vj.	15 585	15 228	14 823	2 867	5 776	4 074	891	571	+ 762
4.Vj.	16 920	16 469	15 317	2 863	5 782	4 317	949	560	+ 1 603
2024 1.Vj.	15 896	15 525	16 546	3 207	6 038	4 387	950	645	– 651
2.Vj.	16 544	16 223	16 792	3 161	6 153	4 581	988	607	– 247
3.Vj.	16 468	16 200	17 162	3 211	6 308	4 697	1 026	600	– 694
4.Vj.	17 753	17 423	17 704	3 192	6 294	4 977	1 080	589	+ 49
2025 1.Vj.	17 556	17 347	17 643	3 521	6 388	4 996	1 104	664	– 88
2.Vj.	18 184	17 980	17 937	3 460	6 490	5 198	1 164	648	+ 247
3.Vj.	18 070	17 868	18 781	3 942	6 653	5 304	1 201	675	– 711
4.Vj.	19 525	19 260	19 463	4 096	6 693	5 518	1 273	654	+ 62

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit und eigene Berechnungen. * Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der zuvor veröffentlichten Vierteljahresergebnisse ab, da Letztere nicht revidiert werden. 1 Einschl. der Zuführungen an den Vorsorgefonds. 2 Einschl. Leistungen der Kurzzeitpflege sowie der Tages-/Nachtpflege. 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Maastricht-Verschuldung nach Gläubigern

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt	Bankensystem				Inländische Nichtbanken				Ausland	
		Bundesbank		inländische MFIs		sonstige inländische finanzielle Unternehmen		sonstige Inländer-Gläubiger			
		insgesamt	darunter: Wertpapiere	insgesamt	darunter: Wertpapiere	insgesamt	darunter: Wertpapiere	insgesamt	darunter: Wertpapiere	insgesamt	darunter: Wertpapiere
2019	2 075 790	366 562	352 025	464 522	158 119	183 716	88 773	67 130	7 225	993 860	908 747
2020	2 347 905	522 392	507 534	504 571	157 828	190 566	99 175	57 458	8 372	1 072 919	997 078
2021	2 501 693	716 004	700 921	494 888	144 645	190 957	102 426	55 486	7 434	1 044 358	970 276
2022	2 569 029	742 514	727 298	506 018	128 893	210 235	125 389	63 093	10 783	1 047 170	976 682
2023	2 630 547	696 287	680 801	457 279	126 354	207 181	124 180	78 557	23 038	1 191 244	1 120 923
2024	2 693 827	633 608	618 332	474 547	135 342	204 031	125 180	80 632	21 934	1 301 009	1 232 237
2025 p)	2 838 239	554 175	539 187	499 083	159 563	249 847	139 006	78 361	21 894	1 456 773	1 380 202
2023 1.Vj.	2 595 785	741 587	726 326	481 728	129 374	208 207	124 050	65 387	16 123	1 098 877	1 030 868
2.Vj.	2 593 818	719 981	704 639	455 545	125 988	208 455	124 072	71 745	20 882	1 138 091	1 069 187
3.Vj.	2 635 861	706 113	690 704	450 716	126 626	207 371	123 411	76 344	23 353	1 195 318	1 124 056
4.Vj.	2 630 547	696 287	680 801	457 279	126 354	207 181	124 180	78 557	23 038	1 191 244	1 120 923
2024 1.Vj.	2 638 519	683 097	667 557	453 023	128 896	204 321	123 507	78 859	24 406	1 219 219	1 150 302
2.Vj.	2 635 174	661 349	645 746	456 534	132 539	202 108	122 124	77 851	24 161	1 237 332	1 169 188
3.Vj.	2 671 667	645 723	630 043	468 693	140 184	202 396	121 993	81 752	24 083	1 273 102	1 203 380
4.Vj.	2 693 827	633 608	618 332	474 547	135 342	204 031	125 180	80 632	21 934	1 301 009	1 232 237
2025 1.Vj. p)	2 701 606	605 060	589 744	485 634	152 338	204 731	125 879	77 414	21 533	1 328 768	1 260 256
2.Vj. p)	2 733 472	585 896	570 557	497 891	156 616	207 837	129 666	78 324	20 878	1 363 525	1 290 635
3.Vj. p)	2 789 528	568 658	553 254	510 827	164 696	213 391	135 786	77 992	21 306	1 418 660	1 344 972
4.Vj. p)	2 838 239	554 175	539 187	499 083	159 563	249 847	139 006	78 361	21 894	1 456 773	1 380 202

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

13. Maastricht-Verschuldung nach Arten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt	Bargeld und Einlagen 1)	Wertpapierverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Kreditverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Nachrichtlich: 2)	
			Geldmarktpapiere (bis ein Jahr)	Kapitalmarktpapiere (über ein Jahr)	Kurzfristige Kredite (bis ein Jahr)	Langfristige Kredite (über ein Jahr)	Verschuldung gegenüber anderen staatlichen Ebenen	Forderungen gegenüber anderen staatlichen Ebenen
Gesamtstaat								
2019	2 075 790	14 678	56 350	1 458 540	67 579	478 644	.	.
2020	2 347 905	14 757	173 851	1 596 136	88 930	474 232	.	.
2021	2 501 693	18 040	195 336	1 730 366	92 694	465 257	.	.
2022	2 569 029	17 319	150 371	1 818 674	116 442	466 224	.	.
2023 1.Vj.	2 595 785	15 337	145 429	1 881 311	89 026	464 682	.	.
2.Vj.	2 593 818	15 343	153 736	1 891 032	73 602	460 105	.	.
3.Vj.	2 635 861	18 123	165 017	1 923 132	67 155	462 435	.	.
4.Vj.	2 630 547	16 886	147 341	1 927 956	68 182	470 183	.	.
2024 1.Vj.	2 638 519	14 772	134 243	1 960 425	66 237	462 842	.	.
2.Vj.	2 635 174	15 546	119 459	1 974 298	60 893	464 978	.	.
3.Vj.	2 671 667	16 809	111 890	2 007 793	66 483	468 691	.	.
4.Vj.	2 693 827	14 816	115 190	2 017 836	70 786	475 200	.	.
2025 1.Vj. p)	2 701 606	14 677	95 368	2 054 382	62 257	474 924	.	.
2.Vj. p)	2 733 472	16 724	83 596	2 084 756	68 830	479 566	.	.
3.Vj. p)	2 789 528	18 699	89 746	2 130 267	64 644	486 172	.	.
4.Vj. p)	2 838 239	18 278	99 395	2 140 458	87 767	492 342	.	.
Bund								
2019	1 315 637	14 678	38 480	1 102 058	29 956	130 465	605	10 493
2020	1 530 351	14 757	154 498	1 180 873	48 416	131 808	609	14 716
2021	1 683 326	18 040	176 344	1 300 604	57 779	130 559	618	8 276
2022	1 780 235	17 319	146 989	1 391 825	93 225	130 878	8 815	9 214
2023 1.Vj.	1 803 734	15 337	140 363	1 456 331	60 414	131 288	3 579	10 702
2.Vj.	1 811 195	15 343	149 613	1 472 070	42 689	131 480	2 546	11 438
3.Vj.	1 854 480	18 123	160 307	1 504 071	40 273	131 706	6 132	10 059
4.Vj.	1 857 153	16 886	143 397	1 512 516	52 957	131 397	15 179	9 826
2024 1.Vj.	1 859 876	14 772	128 334	1 534 075	51 608	131 087	17 991	10 709
2.Vj.	1 851 614	15 546	113 372	1 547 884	45 204	129 609	17 406	10 258
3.Vj.	1 879 063	16 809	106 293	1 578 504	47 560	129 898	17 375	11 272
4.Vj.	1 893 509	14 816	109 073	1 587 888	54 196	127 536	21 399	11 438
2025 1.Vj. p)	1 891 533	14 677	89 277	1 613 477	46 721	127 381	23 380	10 984
2.Vj. p)	1 925 014	16 724	77 868	1 648 717	54 409	127 297	25 850	11 504
3.Vj. p)	1 973 316	18 699	85 084	1 690 818	51 508	127 207	29 793	13 019
4.Vj. p)	2 000 365	18 278	94 948	1 694 155	67 856	125 128	25 648	16 353
Länder								
2019	615 756	–	17 873	360 495	22 164	215 225	15 115	1 826
2020	667 916	–	19 354	419 862	22 997	205 702	12 108	1 410
2021	666 953	–	18 994	435 430	18 000	194 529	12 628	1 792
2022	637 004	–	3 384	432 686	14 172	186 762	11 776	1 791
2023 1.Vj.	635 070	–	5 158	430 727	15 007	184 177	12 104	2 429
2.Vj.	626 284	–	4 305	424 475	16 228	181 275	13 588	2 178
3.Vj.	624 223	–	4 982	424 639	13 375	181 226	11 171	2 862
4.Vj.	621 030	–	4 306	421 501	12 896	182 328	11 769	5 314
2024 1.Vj.	629 182	–	6 188	432 704	13 219	177 072	12 642	12 231
2.Vj.	630 277	–	6 453	433 230	12 465	178 129	12 258	9 617
3.Vj.	636 215	–	5 879	435 950	15 272	179 114	13 222	10 508
4.Vj.	639 558	–	6 316	436 911	17 730	178 600	13 390	7 899
2025 1.Vj. p)	648 433	–	6 306	448 497	16 030	177 600	13 178	13 502
2.Vj. p)	643 068	–	5 932	444 133	15 765	177 238	12 886	14 243
3.Vj. p)	649 002	–	4 863	447 488	18 398	178 253	13 436	15 670
4.Vj. p)	658 661	–	4 649	455 329	20 727	177 956	14 821	11 460
Gemeinden								
2019	161 101	–	–	2 996	19 633	138 472	1 867	532
2020	163 060	–	–	3 366	18 548	141 145	1 413	330
2021	165 590	–	–	3 241	17 918	144 431	1 844	313
2022	172 357	–	–	2 896	17 668	151 793	1 699	399
2023 1.Vj.	173 581	–	–	2 883	18 366	152 332	2 194	415
2.Vj.	172 908	–	–	2 988	19 380	150 540	1 776	430
3.Vj.	175 453	–	–	2 825	20 004	152 624	2 382	487
4.Vj.	180 169	–	–	2 783	17 703	159 683	2 550	463
2024 1.Vj.	180 931	–	–	2 723	20 368	157 839	2 408	505
2.Vj.	183 491	–	–	2 602	20 493	160 397	2 408	571
3.Vj.	188 165	–	–	2 917	22 211	163 037	2 689	527
4.Vj.	196 494	–	–	2 833	21 287	172 373	2 222	476
2025 1.Vj. p)	199 986	–	–	2 493	24 253	173 241	2 948	526
2.Vj. p)	206 134	–	–	2 247	25 484	178 403	3 047	509
3.Vj. p)	212 983	–	–	2 618	26 191	184 173	3 436	486
4.Vj. p)	221 932	–	–	2 618	25 705	193 608	3 185	500

Anmerkungen siehe Ende der Tabelle.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

noch: 13. Maastricht-Verschuldung nach Arten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt	Bargeld und Einlagen 1)	Wertpapierverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Kreditverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Nachrichtlich: 2)	
			Geldmarktpapiere (bis ein Jahr)	Kapitalmarktpapiere (über ein Jahr)	Kurzfristige Kredite (bis ein Jahr)	Langfristige Kredite (über ein Jahr)	Verschuldung gegenüber anderen staatlichen Ebenen	Forderungen gegenüber anderen staatlichen Ebenen
Sozialversicherungen								
2019	899	–	–	–	375	524	16	4 753
2020	7 641	–	–	–	7 128	513	6 931	4 606
2021	933	–	–	–	511	422	19	4 729
2022	3 165	–	–	–	1 036	2 128	1 442	12 328
2023 1.Vj.	3 540	–	–	–	1 466	2 075	2 263	6 593
2.Vj.	2 782	–	–	–	703	2 078	1 442	5 306
3.Vj.	3 832	–	–	–	762	3 070	2 442	8 719
4.Vj.	3 192	–	–	–	417	2 775	1 500	15 395
2024 1.Vj.	3 090	–	–	–	394	2 696	1 519	11 115
2.Vj.	3 382	–	–	–	616	2 766	1 519	13 145
3.Vj.	3 028	–	–	–	464	2 564	1 519	12 497
4.Vj.	2 778	–	–	–	327	2 450	1 500	18 697
2025 1.Vj. p)	2 675	–	–	–	440	2 235	1 515	16 010
2.Vj. p)	3 482	–	–	–	394	3 089	2 442	17 970
3.Vj. p)	4 404	–	–	–	347	4 057	3 511	21 001
4.Vj. p)	6 673	–	–	–	375	6 298	5 738	21 079

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts und der Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH. **1** Insbesondere Verbindlichkeiten aus dem Münzumlauf. **2** Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber anderen staatlichen Ebenen umfassen neben den direkten Kreditbeziehungen auch die Bestände am Markt erworbener Wertpapiere. Kein Ausweis beim Gesamtstaat, da Verschuldung und Forderungen zwischen den staatlichen Ebenen konsolidiert sind.

14. Maastricht-Verschuldung des Bundes nach Arten und Instrumenten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt 1)	Bargeld und Einlagen 2)		Wertpapierverschuldung									Kredit-verschuldung 1)
		insgesamt 1)	darunter: 3) Tages-anleihe	insgesamt 1)	darunter: 3) konventionelle Bundesanleihen	konventionelle Bundesobligationen	konventionelle Bundesschatzanweisungen 4)	Unverzinsliche Schatzanweisungen 5)	Bundesschatzbriefe	Grüne Bundeswertpapiere	inflationsindexierte Bundeswertpapiere 6)	Kapitalindexierung inflationsindexierter Wertpapiere	
2007	1 000 426	6 675	.	917 584	564 137	173 949	102 083	37 385	10 287	.	13 464	506	76 167
2008	1 031 948	12 466	3 174	928 754	571 913	164 514	105 684	40 795	9 649	.	19 540	1 336	90 728
2009	1 098 584	9 981	2 495	1 013 072	577 798	166 471	113 637	104 409	9 471	.	24 730	1 369	75 532
2010	1 349 563	10 890	1 975	1 084 019	602 624	185 586	126 220	85 867	8 704	.	35 906	2 396	254 654
2011	1 359 259	10 429	2 154	1 121 331	615 200	199 284	130 648	58 297	8 208	.	44 241	3 961	227 499
2012	1 402 753	9 742	1 725	1 177 168	631 425	217 586	117 719	56 222	6 818	.	52 119	5 374	215 843
2013	1 405 276	10 582	1 397	1 192 025	643 200	234 759	110 029	50 004	4 488	.	51 718	4 730	202 668
2014	1 411 880	12 146	1 187	1 206 203	653 823	244 633	103 445	27 951	2 375	.	63 245	5 368	193 531
2015	1 385 956	13 949	1 070	1 188 523	663 296	232 387	96 389	18 536	1 305	.	74 495	5 607	183 484
2016	1 380 165	15 491	1 010	1 179 464	670 245	221 551	95 727	23 609	737	.	66 464	3 602	185 209
2017	1 363 920	14 298	966	1 168 633	693 687	203 899	91 013	10 037	289	.	72 855	4 720	180 988
2018	1 337 194	14 680	921	1 149 768	710 513	182 847	86 009	12 949	48	.	64 647	5 139	172 746
2019	1 315 637	14 678	–	1 140 538	719 747	174 719	89 230	13 487	.	.	69 805	6 021	160 422
2020	1 530 351	14 757	.	1 335 371	801 910	179 560	98 543	113 141	.	9 876	58 279	3 692	180 223
2021	1 683 326	18 040	.	1 476 948	892 464	190 839	103 936	153 978	.	21 627	65 390	6 722	188 338
2022	1 780 235	17 319	.	1 538 815	947 349	198 084	113 141	137 990	.	36 411	72 357	15 844	224 102
2023	1 857 153	16 886	.	1 655 913	1 045 613	216 276	119 180	135 469	.	53 965	60 470	14 686	184 354
2024	1 893 509	14 816	.	1 696 961	1 105 648	220 673	119 830	104 430	.	66 428	59 941	15 927	181 732
2025 p)	2 000 365	18 278	.	1 789 103	1 186 346	235 227	121 965	95 560	.	74 466	59 828	17 451	192 984
2023 1.Vj.	1 803 734	15 337	.	1 596 695	987 363	213 514	120 904	127 143	.	39 459	73 591	15 497	191 702
2.Vj.	1 811 195	15 343	.	1 621 683	1 007 004	211 742	124 160	139 012	.	50 243	59 227	13 604	174 169
3.Vj.	1 854 480	18 123	.	1 664 379	1 021 675	226 340	125 255	148 407	.	52 763	59 923	13 863	171 979
4.Vj.	1 857 153	16 886	.	1 655 913	1 045 613	216 276	119 180	135 469	.	53 965	60 470	14 686	184 354
2024 1.Vj.	1 859 876	14 772	.	1 662 409	1 054 941	226 133	119 517	119 164	.	58 565	60 312	14 048	182 695
2.Vj.	1 851 614	15 546	.	1 661 256	1 066 616	217 406	124 243	106 105	.	65 074	59 968	15 386	174 812
3.Vj.	1 879 063	16 809	.	1 684 797	1 081 652	232 490	124 060	101 317	.	65 349	59 874	15 641	177 457
4.Vj.	1 893 509	14 816	.	1 696 961	1 105 648	220 673	119 830	104 430	.	66 428	59 941	15 927	181 732
2025 1.Vj. p)	1 891 533	14 677	.	1 702 755	1 110 516	236 891	120 819	87 279	.	70 287	59 730	15 669	174 102
2.Vj. p)	1 925 014	16 724	.	1 726 585	1 143 555	227 784	125 771	77 649	.	75 548	59 815	16 894	181 705
3.Vj. p)	1 973 316	18 699	.	1 775 902	1 162 309	246 143	126 480	85 413	.	79 661	59 838	17 112	178 716
4.Vj. p)	2 000 365	18 278	.	1 789 103	1 186 346	235 227	121 965	95 560	.	74 466	59 828	17 451	192 984

Quelle: Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. **1** Umfasst die gesamte zentralstaatliche Ebene, d.h. neben dem Kernhaushalt sämtliche Extrahaushalte des Bundes einschl. der staatlichen Bad Bank „FMS Wertmanagement" sowie Verbindlichkeiten, die dem Bund nach Maßgabe des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG) 2010 aus ökonomischer Sicht zugerechnet werden. **2** Insbesondere Verbindlichkeiten aus dem Münzumlauf. **3** Emissionen der Bundesrepublik Deutschland. Ohne Eigenbestände des Emittenten, aber einschließlich der Bestände, die von anderen staatlichen Einheiten gehalten werden. **4** Einschl. Medium-Term-Notes der Treuhandanstalt (2011 ausgelaufen). **5** Einschl. Finanzierungsschätze (2014 ausgelaufen). **6** Ohne inflationsbedingte Kapitalindexierung.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2023	2024	2025	2023	2024	2025	2024 2.Vj.	2024 3.Vj.	2024 4.Vj.	2025 1.Vj.	2025 2.Vj.	2025 3.Vj.	2025 4.Vj.
	Index 2020=100			Veränderung gegen Vorjahr in %									
Preisbereinigt, verkettet													
I. Entstehung des Inlandsprodukts													
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	104,1	99,9	99,2	– 2,0	– 4,0	– 0,8	– 2,2	– 2,3	– 6,6	– 2,1	– 1,8	0,0	0,9
Baugewerbe	82,1	78,9	76,6	– 4,4	– 3,8	– 2,9	– 2,6	– 3,6	– 5,0	– 4,4	– 5,3	– 3,0	0,4
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	108,6	108,8	110,2	– 2,6	0,2	1,3	1,3	0,6	– 0,9	0,6	1,1	1,8	1,6
Information und Kommunikation	117,5	120,0	121,6	7,5	2,1	1,4	3,5	2,3	0,6	1,1	0,3	1,4	2,7
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	98,0	97,4	93,8	– 1,7	– 0,6	– 3,6	0,8	– 0,6	– 2,6	– 3,8	– 4,4	– 3,9	– 2,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	105,2	106,6	107,2	2,6	1,3	0,5	2,7	1,4	– 0,0	0,3	0,0	0,3	1,5
Unternehmensdienstleister [1]	112,0	112,9	112,2	1,2	0,8	– 0,6	2,3	0,9	– 0,6	– 1,2	– 1,2	– 0,5	0,4
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	105,4	106,6	108,2	0,2	1,2	1,5	0,9	1,7	2,1	1,6	1,2	1,3	1,7
Sonstige Dienstleister	118,5	119,6	119,3	1,3	1,0	– 0,3	1,4	1,4	0,8	0,0	– 0,6	– 0,7	0,3
Bruttowertschöpfung	105,8	105,1	105,2	– 0,5	– 0,6	0,1	0,5	0,0	– 1,8	– 0,5	– 0,6	0,3	1,1
Bruttoinlandsprodukt [2]	104,9	104,4	104,6	– 0,9	– 0,5	0,2	– 0,3	– 0,2	– 0,4	0,1	– 0,0	0,3	0,6
II. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben [3]	107,9	108,5	110,2	– 0,7	0,5	1,6	– 0,1	0,7	1,0	1,1	1,8	1,6	1,8
Konsumausgaben des Staates	103,5	106,2	107,6	– 0,2	2,6	1,3	2,9	3,4	3,3	2,3	1,0	0,6	1,3
Ausrüstungen	108,2	102,4	100,5	– 0,5	– 5,4	– 1,9	– 4,6	– 5,9	– 6,0	– 4,3	– 4,1	– 0,0	0,4
Bauten	87,2	84,3	83,8	– 5,9	– 3,4	– 0,6	– 3,6	– 2,9	– 2,1	– 1,5	– 1,5	– 0,5	0,9
Sonstige Anlagen [4]	118,7	118,9	123,5	6,6	0,2	3,8	0,3	0,4	0,2	3,8	3,9	3,8	3,8
Vorratsveränderungen [5] [6]	.	.	.	0,0	0,1	0,7	– 0,8	0,3	1,5	0,8	1,2	0,9	– 0,1
Inländische Verwendung	105,6	105,8	107,7	– 0,9	0,2	1,8	– 1,0	0,7	2,2	1,7	2,2	2,0	1,5
Außenbeitrag [6]	.	.	.	0,0	– 0,7	– 1,5	0,6	– 0,9	– 2,5	– 1,5	– 2,1	– 1,7	– 0,9
Exporte	112,9	110,5	110,0	– 1,4	– 2,1	– 0,4	0,9	– 0,8	– 4,9	– 1,0	– 2,0	– 0,3	1,6
Importe	116,0	115,3	119,4	– 1,4	– 0,6	3,6	– 0,5	1,5	1,0	3,0	3,3	4,0	4,0
Bruttoinlandsprodukt [2]	104,9	104,4	104,6	– 0,9	– 0,5	0,2	– 0,3	– 0,2	– 0,4	0,1	– 0,0	0,3	0,6
In jeweiligen Preisen (Mrd €)													
III. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben [3]	2 218,5	2 283,0	2 377,9	5,9	2,9	4,2	2,4	3,1	3,1	3,7	4,3	4,3	4,4
Konsumausgaben des Staates	905,2	951,8	1 006,4	4,3	5,1	5,7	6,0	5,8	4,3	6,5	5,6	5,0	5,9
Ausrüstungen	277,4	267,1	267,2	5,1	– 3,7	0,0	– 3,0	– 4,5	– 4,4	– 2,3	– 2,2	1,9	2,4
Bauten	453,0	450,7	461,8	1,4	– 0,5	2,5	– 1,0	0,2	1,2	1,6	1,7	2,5	4,1
Sonstige Anlagen [4]	163,7	168,0	179,0	8,3	2,6	6,6	2,7	2,8	2,6	6,6	6,6	6,6	6,5
Vorratsveränderungen [5]	33,9	45,0	72,4	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Inländische Verwendung	4 051,7	4 165,4	4 364,6	4,1	2,8	4,8	2,1	3,2	4,3	4,6	5,0	4,9	4,6
Außenbeitrag	167,6	163,5	105,3	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Exporte	1 812,9	1 793,7	1 807,4	– 0,4	– 1,1	0,8	1,6	0,7	– 3,3	1,2	– 0,7	0,4	2,2
Importe	1 645,3	1 630,1	1 702,1	– 4,4	– 0,9	4,4	– 0,9	2,1	1,8	5,8	3,8	3,9	4,2
Bruttoinlandsprodukt [2]	4 219,3	4 329,0	4 469,9	5,8	2,6	3,3	3,1	2,6	2,0	2,8	3,0	3,4	3,8
IV. Preise (2020=100)													
Privater Konsum	117,6	120,3	123,4	6,6	2,4	2,6	2,5	2,3	2,1	2,5	2,4	2,6	2,6
Bruttoinlandsprodukt	116,6	120,2	123,8	6,7	3,1	3,0	3,4	2,8	2,4	2,7	3,0	3,1	3,2
Terms of Trade	97,9	99,2	99,6	4,2	1,4	0,4	1,1	0,8	0,8	– 0,5	0,8	0,8	0,4
V. Verteilung des Volkseinkommens													
Arbeitnehmerentgelt	2 235,6	2 357,8	2 477,1	7,1	5,5	5,1	5,6	5,5	4,7	5,0	5,2	5,3	4,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	916,7	842,3	830,1	7,8	– 8,1	– 1,4	– 2,3	– 9,4	–14,1	– 6,6	– 3,4	– 0,1	5,5
Volkseinkommen	3 152,3	3 200,2	3 307,2	7,3	1,5	3,3	3,5	1,0	– 0,2	1,6	2,9	3,8	5,0
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	4 356,0	4 478,1	4 631,7	6,0	2,8	3,4	3,9	2,4	1,8	2,7	3,4	3,6	4,1

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2026. **1** Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. **2** Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubventionen). **3** Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. **4** Geistiges Eigentum (u.a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. **5** Einschl. Nettozugang an Wertsachen. **6** Wachstumsbeitrag zum BIP.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt **o)**

	Produzierendes Gewerbe	davon: Baugewerbe	davon: Energie	davon: Industrie zusammen	davon: Industrie nach Hauptgruppen: Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten	darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige: Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
	2021 = 100											
Gewicht in % **1)**	100	17,08	8,21	74,71	27,84	33,97	2,53	10,36	9,71	9,59	11,83	12,21
Zeit												
2022	98,7	96,7	98,7	99,1	96,3	101,1	101,0	100,1	97,3	103,0	100,2	102,9
2023	97,0	95,6	84,8	98,6	90,7	106,4	93,5	95,6	93,5	103,7	99,3	116,1
2024	92,7	92,5	82,3	93,9	86,1	100,5	87,5	94,7	88,7	93,8	91,7	107,3
2025 **x)**	91,7	90,9	83,6	92,8	84,7	99,4	84,8	95,3	86,8	93,9	89,6	105,5
2024 4.Vj.	94,3	100,3	87,8	93,7	81,9	103,3	88,4	94,8	86,5	95,6	96,9	103,6
2025 1.Vj.	90,1	78,1	90,2	92,9	86,7	97,4	86,5	96,1	87,1	93,3	85,7	107,3
2.Vj.	91,3	92,0	77,8	92,7	85,5	99,0	84,6	93,5	87,5	91,4	86,8	109,9
3.Vj.	90,5	93,6	76,9	91,3	84,8	96,2	81,9	95,0	86,1	93,4	89,1	99,8
4.Vj. **x)**	95,0	100,0	89,7	94,4	81,7	104,8	86,3	96,4	86,5	97,4	96,9	104,9
2025 Febr.	87,0	75,1	86,6	89,8	84,1	95,1	83,2	89,2	84,5	90,5	83,1	106,1
März	101,2	94,5	87,6	104,3	94,4	112,6	98,1	105,4	97,0	104,4	99,7	123,9
April	91,0	91,8	78,2	92,2	86,1	97,5	86,9	92,6	86,6	90,9	84,6	110,5
Mai	89,4	89,6	79,8	90,5	84,3	95,3	82,1	93,7	87,0	88,3	84,4	104,5
Juni	93,6	94,5	75,3	95,4	86,0	104,3	84,9	94,2	88,9	95,0	91,3	114,7
Juli **2)**	93,6	97,8	76,8	94,4	86,2	101,3	82,7	96,9	86,9	93,2	93,2	109,7
Aug. **2)**	83,4	89,0	75,2	83,1	81,7	82,6	73,7	91,0	82,0	87,9	80,2	74,8
Sept.	94,5	94,1	78,6	96,4	86,5	104,8	89,4	97,2	89,4	99,0	93,8	114,8
Okt. **x)**	95,5	99,1	90,2	95,2	87,7	100,5	89,9	99,6	90,4	97,9	89,2	107,3
Nov. **x)**	99,9	99,4	88,9	101,2	86,9	114,2	92,8	99,3	92,5	99,9	98,8	126,0
Dez. **x)**	89,5	101,4	90,1	86,7	70,6	99,6	76,2	90,4	76,5	94,5	102,6	81,5
2026 Jan. **x)**	81,5	60,3	103,9	83,9	79,8	85,5	75,3	91,7	79,2	85,2	74,9	91,6
Febr. **x)p)**	87,0	73,2	94,7	89,3	82,5	95,8	78,7	88,6	83,8	88,7	82,9	107,4
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
2022	− 0,6	− 2,4	− 1,2	− 0,2	− 3,1	+ 2,0	+ 1,8	+ 0,7	− 2,1	+ 3,7	+ 0,9	+ 4,0
2023	− 1,7	− 1,1	− 14,1	− 0,5	− 5,8	+ 5,2	− 7,4	− 4,5	− 3,9	+ 0,7	− 0,9	+ 12,8
2024	− 4,4	− 3,2	− 2,9	− 4,8	− 5,1	− 5,5	− 6,4	− 0,9	− 5,1	− 9,5	− 7,7	− 7,6
2025 **x)**	− 1,1	− 1,7	+ 1,6	− 1,2	− 1,6	− 1,1	− 3,1	+ 0,6	− 2,1	+ 0,1	− 2,3	− 1,7
2024 4.Vj.	− 3,0	− 1,1	− 3,2	− 3,3	− 3,4	− 4,2	− 2,9	− 0,1	− 2,6	− 5,2	− 5,6	− 7,3
2025 1.Vj.	− 2,2	− 2,9	− 0,4	− 2,2	− 2,8	− 2,7	− 3,1	+ 0,7	− 4,0	− 2,2	− 4,7	− 4,1
2.Vj.	− 1,6	− 1,8	+ 1,7	− 1,8	− 3,1	− 1,3	− 3,3	− 0,2	− 3,0	− 0,9	− 4,1	− 0,5
3.Vj.	− 1,1	− 2,1	+ 3,2	− 1,2	− 0,5	− 2,0	− 3,5	+ 0,4	− 1,3	+ 1,4	− 0,6	− 3,5
4.Vj. **x)**	+ 0,7	− 0,3	+ 2,2	+ 0,7	− 0,2	+ 1,4	− 2,4	+ 1,8	± 0,0	+ 1,9	± 0,0	+ 1,3
2025 Febr.	− 4,3	− 7,2	+ 0,9	− 4,3	− 4,2	− 4,4	− 7,3	− 3,5	− 5,2	− 2,5	− 5,6	− 7,4
März	− 0,7	− 3,7	+ 1,0	− 0,2	− 1,2	− 0,4	+ 2,0	+ 3,1	− 1,1	+ 0,8	− 2,2	− 0,8
April	− 2,3	− 1,1	− 2,1	− 2,6	− 2,7	− 3,4	− 0,9	− 0,5	− 4,1	− 1,4	− 4,4	− 5,4
Mai	− 0,4	− 2,5	+ 6,0	− 0,5	− 2,3	+ 0,7	+ 2,5	− 0,5	− 0,9	+ 1,1	− 1,9	+ 3,8
Juni	− 2,0	− 2,0	+ 1,6	− 2,3	− 4,2	− 1,0	− 10,4	+ 0,3	− 3,9	− 2,2	− 5,7	+ 0,9
Juli **2)**	+ 1,4	− 1,4	+ 3,2	+ 1,8	− 1,1	+ 4,2	− 1,7	+ 2,5	− 1,4	+ 2,5	+ 4,5	+ 7,4
Aug. **2)**	− 3,6	− 1,9	+ 2,0	− 4,4	− 0,6	− 8,1	− 4,0	− 1,6	− 0,8	− 0,3	− 1,7	− 18,4
Sept.	− 1,3	− 2,9	+ 4,2	− 1,3	+ 0,3	− 2,5	− 4,7	+ 0,1	− 1,5	+ 1,9	− 4,2	− 1,3
Okt. **x)**	+ 1,2	+ 1,0	+ 14,0	± 0,0	+ 0,3	− 0,8	+ 0,8	+ 1,9	− 0,3	+ 2,9	− 1,2	− 3,6
Nov. **x)**	+ 0,5	− 2,1	− 1,6	+ 1,2	− 0,9	+ 2,9	− 3,2	+ 1,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 2,1	+ 3,8
Dez. **x)**	+ 0,4	+ 0,2	− 4,0	+ 1,0	− 0,1	+ 1,9	− 5,0	+ 1,7	± 0,0	+ 2,5	− 1,0	+ 4,5
2026 Jan. **x)**	− 0,9	− 6,8	+ 7,9	− 0,8	− 2,3	+ 1,1	− 3,7	− 2,0	− 0,9	+ 0,1	+ 0,7	− 0,2
Febr. **x)p)**	± 0,0	− 2,5	+ 9,4	− 0,6	− 1,9	+ 0,7	− 5,4	− 0,7	− 0,8	− 2,0	− 0,2	+ 1,2

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. ***** Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen III.1.a bis III.1.c **o** Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13). **1** Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewerbes im Basisjahr 2021. **2** Beeinflusst durch Verschiebung der Ferientermine. **x** Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung bzw. der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie *)

Arbeitstäglich bereinigt **o)**

Zeit	Industrie		davon: Vorleistungsgüterproduzenten		Investitionsgüterproduzenten		Konsumgüterproduzenten		davon: Gebrauchsgüterproduzenten		Verbrauchsgüterproduzenten	
	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %
insgesamt												
2023	101,2	– 3,7	100,0	– 9,3	101,6	+ 0,5	105,1	– 4,1	100,4	– 11,3	107,3	– 0,6
2024	98,1	– 3,1	93,7	– 6,3	100,3	– 1,3	103,2	– 1,8	94,8	– 5,6	107,0	– 0,3
2025 r)	101,8	+ 3,8	93,9	+ 0,2	106,2	+ 5,9	107,6	+ 4,3	100,3	+ 5,8	111,0	+ 3,7
2025 Febr. r)	98,4	+ 2,8	94,9	+ 0,5	99,9	+ 4,8	104,7	– 1,2	87,6	– 1,6	112,4	– 1,1
März r)	112,5	+ 5,9	105,6	+ 3,1	116,3	+ 8,0	118,4	+ 4,0	93,2	– 11,6	129,9	+ 10,3
April r)	98,3	+ 5,8	92,7	– 1,1	101,5	+ 11,5	102,9	– 0,8	100,1	+ 5,9	104,2	– 3,4
Mai r)	97,4	+ 5,2	88,6	– 5,5	102,3	+ 13,7	103,8	– 2,6	90,9	– 19,8	109,7	+ 6,0
Juni r)	102,9	+ 1,5	96,1	+ 1,9	106,9	+ 1,3	107,0	+ 1,7	109,3	+ 13,3	106,0	– 2,8
Juli r)	95,5	– 4,6	90,4	– 7,1	96,8	– 4,9	112,1	+ 11,2	97,6	+ 7,5	118,7	+ 12,7
Aug. r)	86,3	– 0,2	85,4	– 1,5	85,4	+ 0,5	98,0	+ 0,3	87,4	+ 7,9	102,8	– 2,3
Sept. r)	101,1	– 1,5	94,3	+ 4,0	104,2	– 5,8	110,4	+ 9,5	108,3	+ 11,2	111,4	+ 8,9
Okt. r)	101,5	+ 0,1	93,2	+ 0,8	106,2	– 0,2	107,0	– 0,6	103,4	– 3,0	108,6	+ 0,4
Nov. r)	110,5	+ 11,7	94,4	– 1,0	120,1	+ 18,9	118,1	+ 17,5	133,5	+ 48,2	111,2	+ 5,7
Dez. r)	114,7	+ 12,7	90,0	+ 6,3	132,9	+ 16,8	100,0	+ 4,2	103,4	+ 17,1	98,5	– 1,0
2026 Jan.	103,1	+ 1,2	99,1	– 2,1	105,1	+ 3,6	108,4	– 0,6	99,5	+ 12,3	112,5	– 4,9
Febr. p)	102,5	+ 4,2	95,8	+ 0,9	105,2	+ 5,3	116,8	+ 11,6	117,7	+ 34,4	116,4	+ 3,6
aus dem Inland												
2023	100,9	– 4,5	103,1	– 8,4	99,1	+ 0,4	99,7	– 9,1	99,5	– 10,5	99,7	– 8,6
2024	95,8	– 5,1	93,6	– 9,2	97,8	– 1,3	96,5	– 3,2	90,3	– 9,2	99,0	– 0,7
2025 r)	98,9	+ 3,2	92,0	– 1,7	104,8	+ 7,2	100,6	+ 4,2	98,8	+ 9,4	101,4	+ 2,4
2025 Febr. r)	95,9	+ 1,3	93,4	– 2,6	97,7	+ 4,8	99,0	+ 1,3	85,3	– 0,4	104,4	+ 2,0
März r)	107,3	+ 4,8	105,9	+ 4,0	108,8	+ 6,2	105,7	– 0,2	95,4	– 4,4	109,7	+ 1,3
April r)	97,7	+ 7,5	92,0	– 2,5	103,0	+ 18,3	97,2	+ 1,1	94,1	– 1,3	98,4	+ 2,1
Mai r)	90,9	– 0,4	88,0	– 4,9	92,5	+ 2,5	97,7	+ 6,4	89,4	+ 5,2	100,9	+ 6,8
Juni r)	92,6	– 8,9	88,4	– 7,5	96,1	– 11,1	95,1	– 0,8	89,2	– 1,9	97,4	– 0,4
Juli r)	92,3	– 11,4	90,7	– 9,3	92,5	– 15,3	101,4	+ 5,4	85,5	– 1,8	107,6	+ 7,8
Aug. r)	86,6	+ 2,5	87,5	– 0,6	84,6	+ 6,1	95,1	– 1,2	88,6	+ 4,7	97,6	– 3,3
Sept. r)	95,2	– 0,5	90,8	+ 3,9	97,7	– 5,1	105,3	+ 8,0	107,9	+ 7,3	104,3	+ 8,3
Okt. r)	101,5	+ 12,3	93,1	+ 2,5	109,2	+ 23,4	100,1	– 0,8	88,7	– 8,0	104,6	+ 1,9
Nov. r)	113,9	+ 16,6	93,2	– 2,4	130,8	+ 31,7	125,7	+ 25,8	188,9	+ 109,9	100,8	– 2,9
Dez. r)	114,4	+ 12,5	83,1	+ 3,2	146,7	+ 19,4	86,3	– 0,2	88,0	+ 3,4	85,7	– 1,6
2026 Jan.	103,9	+ 5,6	95,7	– 2,6	111,3	+ 13,1	103,8	+ 4,7	102,2	+ 21,2	104,4	– 0,5
Febr. p)	98,7	+ 2,9	95,1	+ 1,8	99,2	+ 1,5	118,3	+ 19,5	115,0	+ 34,8	119,6	+ 14,6
aus dem Ausland												
2023	101,5	– 3,1	96,9	– 10,4	103,0	+ 0,5	108,8	– 0,6	100,8	– 11,9	112,8	+ 5,3
2024	99,7	– 1,8	93,9	– 3,1	101,7	– 1,3	107,7	– 1,0	97,3	– 3,5	112,9	+ 0,1
2025 r)	103,8	+ 4,1	95,8	+ 2,0	106,9	+ 5,1	112,4	+ 4,4	101,1	+ 3,9	118,0	+ 4,5
2025 Febr. r)	100,2	+ 3,8	96,4	+ 3,8	101,2	+ 4,9	108,5	– 2,8	88,9	– 2,2	118,3	– 3,0
März r)	116,3	+ 6,8	105,3	+ 2,3	120,6	+ 8,9	127,1	+ 6,4	91,9	– 15,4	144,7	+ 15,9
April r)	98,8	+ 4,8	93,4	+ 0,4	100,7	+ 7,9	106,8	– 1,9	103,6	+ 10,1	108,4	– 6,8
Mai r)	102,0	+ 9,1	89,1	– 6,2	108,0	+ 20,1	108,0	– 7,4	91,7	– 29,2	116,1	+ 5,4
Juni r)	110,2	+ 9,0	103,7	+ 11,4	113,1	+ 8,7	115,1	+ 3,2	120,9	+ 21,3	112,2	– 4,4
Juli r)	97,8	+ 0,6	90,2	– 4,8	99,2	+ 1,6	119,3	+ 14,8	104,6	+ 12,5	126,8	+ 15,9
Aug. r)	86,0	– 2,2	83,3	– 2,5	85,8	– 2,5	100,0	+ 1,4	86,7	+ 9,7	106,6	– 1,7
Sept. r)	105,3	– 2,0	97,8	+ 4,0	108,0	– 6,2	113,8	+ 10,5	108,6	+ 13,7	116,5	+ 9,2
Okt. r)	101,5	– 7,1	93,3	– 1,0	104,5	– 10,5	111,7	– 0,5	111,8	– 0,6	111,6	– 0,5
Nov. r)	108,0	+ 8,2	95,5	+ 0,1	114,0	+ 11,8	113,0	+ 12,0	101,6	+ 12,6	118,8	+ 11,9
Dez. r)	114,9	+ 12,9	96,9	+ 9,1	125,0	+ 15,2	109,3	+ 6,7	112,3	+ 24,5	107,8	– 0,7
2026 Jan.	102,6	– 1,7	102,4	– 1,6	101,6	– 1,5	111,6	– 3,6	98,0	+ 7,6	118,4	– 7,6
Febr. p)	105,3	+ 5,1	96,5	+ 0,1	108,6	+ 7,3	115,7	+ 6,6	119,2	+ 34,1	114,0	– 3,6

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen III.2.a bis III.2.c. **o** Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13).

XI. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt **o)**

Zeit	Insgesamt		Gliederung nach Bauarten								Gliederung nach Bauherren **1)**			
			Hochbau						Tiefbau		gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber **2)**	
			zusammen		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau					
	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2021 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %
2022	104,4	+ 4,9	98,0	− 1,4	95,7	− 3,9	98,4	− 1,1	104,3	+ 5,2	112,4	+ 13,0	105,8	+ 6,3	108,8	+ 9,3
2023	108,3	+ 3,7	93,6	− 4,5	83,2	− 13,1	96,2	− 2,2	121,4	+ 16,4	126,6	+ 12,6	117,3	+ 10,9	114,8	+ 5,5
2024	109,6	+ 1,2	90,2	− 3,6	81,3	− 2,3	91,2	− 5,2	118,4	− 2,5	133,9	+ 5,8	117,5	+ 0,2	120,1	+ 4,6
2025	119,9	+ 9,4	99,3	+ 10,1	91,6	+ 12,7	99,2	+ 8,8	127,4	+ 7,6	145,6	+ 8,7	132,0	+ 12,3	125,0	+ 4,1
2025 Jan.	96,8	+ 13,0	79,5	+ 10,6	83,1	+ 37,6	74,6	− 4,4	84,8	− 7,0	118,3	+ 15,0	109,5	+ 13,2	90,6	+ 0,7
Febr.	98,5	+ 1,8	86,5	+ 11,0	78,8	+ 9,6	80,6	+ 11,6	136,0	+ 12,9	113,4	− 5,7	102,1	+ 0,4	108,1	− 0,3
März	149,8	+ 21,1	110,3	+ 8,0	97,7	+ 7,1	109,6	+ 6,5	158,5	+ 14,2	198,9	+ 32,1	171,7	+ 41,2	159,6	+ 6,6
April	118,9	+ 8,2	101,8	+ 18,8	90,6	+ 10,1	103,9	+ 25,2	134,9	+ 24,7	140,1	+ 0,1	127,2	+ 8,3	128,7	+ 7,0
Mai	121,9	+ 8,1	89,9	− 8,0	89,4	+ 5,2	87,8	− 19,0	99,8	− 4,2	161,8	+ 22,9	141,1	+ 18,3	121,1	− 2,9
Juni	126,2	+ 5,5	107,2	+ 10,6	93,8	+ 11,3	104,7	+ 3,8	164,8	+ 29,0	149,8	+ 1,4	134,5	+ 3,2	139,0	+ 5,8
Juli	123,6	+ 11,5	99,9	+ 13,9	89,2	+ 10,4	108,1	+ 29,6	108,0	− 15,7	153,2	+ 9,5	140,0	+ 25,1	127,7	− 2,7
Aug.	119,2	+ 2,2	106,5	+ 11,9	82,4	+ 2,2	126,3	+ 20,6	120,8	+ 6,9	135,1	− 5,7	138,7	+ 3,4	121,3	+ 0,7
Sept.	134,5	+ 23,5	113,6	+ 22,0	99,0	+ 16,1	107,3	+ 17,7	189,4	+ 47,3	160,7	+ 25,0	142,9	+ 24,6	149,6	+ 26,0
Okt.	113,0	+ 4,5	97,1	+ 10,5	100,3	+ 25,4	91,0	+ 2,8	107,7	− 5,4	132,8	− 0,4	117,0	− 2,7	117,0	+ 3,5
Nov.	116,8	+ 6,4	98,1	+ 12,2	93,9	+ 12,6	93,6	+ 7,7	129,5	+ 25,0	140,2	+ 1,8	130,7	+ 3,2	115,7	+ 7,7
Dez.	119,5	+ 5,8	100,9	+ 2,3	100,5	+ 10,7	103,1	+ 9,6	94,1	− 34,3	142,7	+ 9,1	128,2	+ 11,3	122,1	− 3,0
2026 Jan.	94,8	− 2,1	76,0	− 4,4	72,0	− 13,4	78,3	+ 5,0	81,8	− 3,5	118,2	− 0,1	112,3	+ 2,6	89,1	− 1,7

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. ***** In jeweiligen Preisen; Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle III.2.f. **o** Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13). **1** Ohne Wohnungsbauaufträge. **2** Einschl. Straßenbau.

5. Umsätze des Einzelhandels *)

Kalenderbereinigt **o)**

Zeit	Insgesamt				darunter:									
					in Verkaufsräumen nach dem Schwerpunktsortiment der Unternehmen:								Internet- und Versandhandel sowie sonstiger Einzelhandel **2)**	
					Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren **1)**		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik		Baubedarf, Fußbodenbeläge, Haushaltsgeräte, Möbel		Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln	
	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 2015		in jeweiligen Preisen									
	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %
2022	134,4	+ 7,8	115,8	− 0,8	128,2	+ 5,3	102,9	+ 31,8	107,8	+ 13,0	122,8	+ 11,2	144,7	+ 7,0	188,9	− 0,6
2023	137,6	+ 2,4	112,2	− 3,1	136,0	+ 6,1	106,0	+ 3,0	108,0	+ 0,2	118,3	− 3,7	149,5	+ 3,3	186,7	− 1,2
2024	141,0	+ 2,5	113,4	+ 1,1	140,0	+ 2,9	105,1	− 0,8	106,7	− 1,2	114,2	− 3,5	159,3	+ 6,6	195,7	+ 4,8
2025 **3)**	147,1	+ 4,3	117,1	+ 3,3	145,7	+ 4,1	105,5	+ 0,4	105,2	− 1,4	113,8	− 0,4	168,9	+ 6,0	213,3	+ 9,0
2025 Febr.	130,5	+ 6,1	104,2	+ 5,0	131,9	+ 5,6	80,6	− 2,4	94,8	− 1,3	100,6	− 2,6	156,4	+ 7,1	186,4	+ 16,4
März	151,2	+ 5,4	120,3	+ 4,5	150,8	+ 4,9	111,5	+ 6,5	97,4	− 4,1	124,2	− 2,7	168,2	+ 7,0	212,9	+ 11,7
April	147,8	+ 5,3	117,2	+ 4,2	148,3	+ 5,8	107,7	− 1,1	90,8	− 4,1	124,0	− 0,1	165,2	+ 6,2	206,1	+ 15,2
Mai	148,1	+ 4,7	117,3	+ 3,5	148,8	+ 5,3	108,6	− 2,6	88,0	− 4,5	120,1	− 0,5	165,3	+ 6,3	203,1	+ 10,7
Juni	146,4	+ 6,5	116,5	+ 5,6	146,4	+ 3,9	106,3	+ 3,8	92,9	− 5,2	114,5	+ 1,4	166,5	+ 8,3	211,4	+ 19,5
Juli	148,4	+ 4,9	118,3	+ 3,7	146,6	+ 3,6	106,1	+ 0,2	96,9	− 1,5	114,7	+ 0,4	174,5	+ 5,8	211,4	+ 14,2
Aug.	141,1	+ 3,1	112,2	+ 1,8	142,6	+ 2,4	100,9	+ 2,6	92,4	− 1,3	107,2	+ 1,2	164,9	+ 7,2	195,8	+ 6,8
Sept.	142,8	+ 2,4	113,5	+ 0,9	138,7	+ 3,3	111,2	+ 0,2	104,2	+ 0,6	109,1	− 1,3	168,1	+ 3,3	206,3	+ 1,8
Okt.	151,3	+ 3,1	119,9	+ 1,8	148,8	+ 4,3	117,8	+ 0,8	113,8	+ 3,2	116,3	− 1,9	173,9	+ 4,6	220,3	+ 3,6
Nov.	157,7	+ 2,0	126,1	+ 1,3	146,1	+ 1,3	113,6	− 2,7	137,7	− 2,3	120,4	− 0,8	178,3	+ 5,6	263,1	+ 4,7
Dez.	166,5	+ 3,4	133,0	+ 3,0	166,9	+ 4,2	116,7	+ 0,7	147,0	+ 0,9	115,8	+ 1,5	181,9	+ 3,1	246,4	− 0,6
2026 Jan.	136,4	+ 2,6	108,2	+ 1,4	137,6	+ 4,3	85,1	− 0,2	100,6	− 5,3	95,1	− 3,8	168,6	+ 3,3	202,5	+ 2,9
Febr.	132,6	+ 1,6	104,9	+ 0,7	133,8	+ 1,4	81,8	+ 1,5	97,0	+ 2,3	99,4	− 1,2	160,9	+ 2,9	190,0	+ 1,9

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. ***** Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle III.4.c. **o** Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13). **1** Auch an Verkaufsständen und auf Märkten. **2** Nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten. **3** Angaben ab Januar 2025 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt *)

Zeit	Erwerbstätige 1)		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2)						Kurzarbeiter 3)		Arbeitslose 4)			
			insgesamt		darunter:					darunter:		darunter:		
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich ohne Arbeitnehmerüberlassung	Arbeitnehmerüberlassung	Ausschl. geringfügig entlohnte Beschäftigte 2)	insgesamt	konjunkturell bedingt	insgesamt	dem Rechtskreis SGB III zugeordnet	Arbeitslosenquote 4) 5) in %	Offene Stellen 4) 6) in Tsd
					Tsd									
2021	45 041	+ 0,2	33 897	+ 0,9	9 344	23 602	702	4 101	1 852	1 744	2 613	999	5,7	706
2022	45 629	+ 1,3	34 507	+ 1,8	9 400	24 135	721	4 125	426	337	2 418	808	5,3	845
2023	45 935	+ 0,7	34 790	+ 0,8	9 425	24 430	687	4 198	241	147	2 609	875	5,7	761
2024	45 987	+ 0,1	34 934	+ 0,4	9 361	24 711	615	4 180	298	210	2 787	980	6,0	694
2025	7) 45 982	7) − 0,0	8) 34 963	8) + 0,1	8) 9 215	8) 24 944	8) 556	8) 4 121	...	8) 210	2 948	1 099	6,3	632
2023 1.Vj.	45 657	+ 0,9	34 614	+ 1,1	9 395	24 288	696	4 152	430	153	2 610	900	5,7	773
2.Vj.	45 915	+ 0,8	34 702	+ 0,9	9 410	24 352	687	4 209	152	146	2 561	839	5,6	770
3.Vj.	45 998	+ 0,6	34 762	+ 0,7	9 421	24 398	686	4 242	128	122	2 647	885	5,7	768
4.Vj.	46 169	+ 0,4	35 082	+ 0,6	9 471	24 682	680	4 189	253	166	2 617	874	5,7	732
2024 1.Vj.	45 752	+ 0,2	34 795	+ 0,5	9 366	24 563	630	4 154	468	200	2 796	1 000	6,1	704
2.Vj.	45 980	+ 0,1	34 858	+ 0,4	9 355	24 635	615	4 207	212	204	2 733	939	5,9	701
3.Vj.	46 020	+ 0,0	34 892	+ 0,4	9 348	24 678	610	4 214	201	192	2 829	998	6,0	699
4.Vj.	46 194	+ 0,1	35 193	+ 0,3	9 374	24 969	603	4 146	311	245	2 790	983	6,0	670
2025 1.Vj.	45 792	+ 0,1	34 873	+ 0,2	9 247	24 833	558	4 109	529	271	2 983	1 120	6,4	638
2.Vj.	45 995	+ 0,0	34 899	+ 0,1	9 214	24 878	555	4 152	233	218	2 922	1 067	9) 6,2	638
3.Vj.	46 004	− 0,0	34 910	+ 0,1	9 193	24 903	559	4 149	192	177	2 986	1 122	6,3	630
4.Vj.	7) 46 136	7) − 0,1	8) 35 169	8) − 0,1	8) 9 207	8) 25 163	8) 553	8) 4 074	...	8) 173	2 901	1 089	6,2	622
2026 1.Vj.	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	3 059	1 217	6,5	624
2022 Nov.	46 023	+ 1,1	34 897	+ 1,3	9 478	24 435	738	4 179	156	147	2 434	770	5,3	823
Dez.	45 901	+ 1,0	34 705	+ 1,2	9 414	24 357	704	4 182	397	146	2 454	799	5,4	781
2023 Jan.	45 599	+ 0,9	34 550	+ 1,1	9 381	24 240	697	4 138	451	145	2 616	911	5,7	764
Febr.	45 642	+ 0,9	34 601	+ 1,0	9 392	24 279	692	4 148	441	157	2 620	910	5,7	778
März	45 731	+ 0,9	34 679	+ 1,0	9 412	24 332	692	4 157	398	159	2 594	878	5,7	777
April	45 825	+ 0,8	34 685	+ 0,9	9 410	24 342	684	4 188	146	139	2 586	855	5,7	773
Mai	45 928	+ 0,8	34 728	+ 0,8	9 413	24 371	687	4 228	149	142	2 544	829	5,5	767
Juni	45 992	+ 0,7	34 709	+ 0,8	9 404	24 357	690	4 266	162	156	2 555	833	5,5	769
Juli	45 955	+ 0,7	34 584	+ 0,8	9 382	24 261	687	4 279	113	107	2 617	878	5,7	772
Aug.	45 932	+ 0,6	34 804	+ 0,7	9 429	24 433	685	4 221	113	107	2 696	910	5,8	771
Sept.	46 108	+ 0,5	35 089	+ 0,5	9 500	24 641	684	4 186	158	152	2 627	869	5,7	761
Okt.	46 201	+ 0,4	35 117	+ 0,6	9 490	24 686	686	4 181	183	177	2 607	861	5,7	749
Nov.	46 218	+ 0,4	35 126	+ 0,7	9 473	24 719	688	4 195	181	174	2 606	865	5,6	733
Dez.	46 089	+ 0,4	34 915	+ 0,6	9 401	24 637	648	4 197	395	148	2 637	896	5,7	713
2024 Jan.	45 718	+ 0,3	34 754	+ 0,6	9 359	24 528	635	4 138	540	189	2 805	1 006	6,1	699
Febr.	45 732	+ 0,2	34 770	+ 0,5	9 359	24 548	625	4 141	485	201	2 814	1 015	6,1	706
März	45 807	+ 0,2	34 810	+ 0,4	9 360	24 591	615	4 169	379	210	2 769	977	6,0	707
April	45 903	+ 0,2	34 863	+ 0,5	9 362	24 633	618	4 190	224	215	2 750	949	6,0	701
Mai	46 007	+ 0,2	34 886	+ 0,5	9 354	24 661	615	4 222	200	191	2 723	930	5,8	702
Juni	46 029	+ 0,1	34 837	+ 0,4	9 336	24 635	611	4 250	213	204	2 727	937	5,8	701
Juli	45 988	+ 0,1	34 729	+ 0,4	9 313	24 551	613	4 253	203	194	2 809	989	6,0	703
Aug.	45 951	+ 0,0	34 918	+ 0,3	9 353	24 702	606	4 192	174	165	2 872	1 021	6,1	699
Sept.	46 122	+ 0,0	35 220	+ 0,4	9 418	24 929	612	4 145	226	217	2 806	985	6,0	696
Okt.	46 229	+ 0,1	35 237	+ 0,3	9 394	24 978	613	4 137	269	259	2 791	974	6,0	689
Nov.	46 243	+ 0,1	35 222	+ 0,3	9 369	25 004	606	4 152	275	266	2 774	973	5,9	668
Dez.	46 111	+ 0,0	35 018	+ 0,3	9 300	24 920	569	4 150	389	211	2 807	1 003	6,0	654
2025 Jan.	45 754	+ 0,1	34 822	+ 0,2	9 240	24 791	558	4 097	586	277	2 993	1 127	6,4	632
Febr.	45 781	+ 0,1	34 844	+ 0,2	9 233	24 821	554	4 099	582	270	2 989	1 128	6,4	639
März	45 841	+ 0,1	34 888	+ 0,2	9 234	24 855	555	4 111	419	264	2 967	1 104	6,4	643
April	45 941	+ 0,1	34 906	+ 0,1	9 221	24 878	557	4 140	247	233	2 932	1 077	6,3	646
Mai	46 008	+ 0,0	34 903	+ 0,0	9 206	24 890	551	4 167	241	227	2 919	1 062	9) 6,2	634
Juni	46 036	+ 0,0	34 885	+ 0,1	9 194	24 876	560	4 185	210	195	2 914	1 062	6,2	632
Juli	45 985	− 0,0	34 762	+ 0,1	9 163	24 786	561	4 188	202	187	2 979	1 117	6,3	628
Aug.	45 932	− 0,0	34 918	− 0,0	9 194	24 916	554	4 126	179	164	3 025	1 141	6,4	631
Sept.	46 095	− 0,1	35 216	− 0,0	9 253	25 138	563	4 082	195	181	2 955	1 108	6,3	630
Okt.	46 188	− 0,1	8) 35 224	8) − 0,0	8) 9 233	8) 25 180	8) 561	8) 4 067	...	8) 192	2 911	1 083	6,2	623
Nov.	46 183	− 0,1	8) 35 185	8) − 0,1	8) 9 198	8) 25 190	8) 556	8) 4 077	...	8) 186	2 885	1 079	6,1	624
Dez.	7) 46 037	7) − 0,2	8) 34 979	8) − 0,1	8) 9 127	8) 25 100	8) 524	8) 4 073	...	8) 141	2 908	1 104	6,2	619
2026 Jan.	7) 45 660	7) − 0,2	8) 34 750	8) − 0,2	8) 9 070	8) 24 936	8) 515	8) 4 016	...	8) 136	3 085	1 227	6,6	598
Febr.	7) 45 662	7) − 0,3	...	...	...	...	...	...	...	...	3 070	1 228	6,5	638
März	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	3 021	1 195	6,4	638

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. * Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitte; eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. **1** Inlandskonzept; Durchschnitte. **2** Monatswerte: Endstände. **3** Anzahl innerhalb eines Monats. **4** Stand zur Monatsmitte. **5** Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. **6** Gemeldete Arbeitsstellen ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen, einschl. Stellen mit Arbeitsort im Ausland. **7** Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamtes. **8** Ursprungswerte von der Bundesagentur für Arbeit geschätzt. Die Schätzwerte für Deutschland wichen im Betrag in den Jahren 2023 und 2024 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um maximal 0,1 %, bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten um maximal 0,5 % sowie bei den konjunkturell bedingten Kurzarbeitern um maximal 23,6 % von den endgültigen Angaben ab. **9** Ab Mai 2025 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

7. Preise

Zeit	Harmonisierter Verbraucherpreisindex						nachrichtlich: Verbraucherpreisindex (nationale Abgrenzung)	Baupreisindex	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz [3]	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte [3]	Indizes der Preise im Außenhandel	
		davon				darunter:						
	insgesamt [1]	Nahrungsmittel [2]	Industrieerzeugnisse ohne Energie	Energie	Dienstleistungen	Tatsächliche Mietzahlungen					Ausfuhr	Einfuhr
	2025 = 100						2020 = 100	2021 = 100		2020 = 100	2021=100	
	Indexstand											
2022	89,99	84,85	92,42	100,64	88,04	93,99	110,2	116,6	129,8	141,0	113,5	121,8
2023	95,41	94,77	97,65	105,72	92,26	95,89	116,7	126,7	130,1	141,3	114,2	113,9
2024	97,79	97,39	99,05	102,34	96,25	97,94	119,3	130,8	127,7	139,2	114,5	112,5
2025	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	121,9	135,2	126,2	[4] 139,6	115,7	112,2
2024 Mai	97,83	96,87	99,13	104,23	96,08	97,75	119,3	130,4	127,5	144,1	114,4	112,7
Juni	98,03	97,16	98,99	102,99	96,74	97,89	119,4		127,7	146,5	114,7	113,1
Juli	98,52	97,27	98,44	103,26	98,03	98,05	119,8		127,9	145,5	114,6	112,6
Aug.	98,42	97,25	98,36	101,81	98,17	98,18	119,7	131,4	128,2	139,1	114,6	112,2
Sept.	98,34	97,65	99,17	99,94	97,78	98,33	119,7		127,5	136,9	114,5	111,8
Okt.	98,68	98,43	99,60	100,34	97,91	98,50	120,2		127,7	138,4	114,8	112,5
Nov.	98,06	98,57	99,75	100,15	96,47	98,63	119,9	132,0	128,4	140,4	115,2	113,5
Dez.	98,66	98,77	100,07	100,24	97,50	98,75	120,5		128,3	142,1	115,5	113,9
2025 Jan.	98,47	98,51	99,29	101,60	97,39	98,98	120,3		128,2	[4] 141,6	116,3	115,2
Febr.	98,95	99,40	99,24	102,08	98,03	99,16	120,8	133,8	128,0	143,7	116,7	115,5
März	99,32	99,69	99,96	100,47	98,59	99,32	121,2		127,1	143,4	116,2	114,3
April	99,80	100,03	100,08	99,97	99,52	99,62	121,7		126,3	146,8	115,6	112,3
Mai	99,88	100,14	100,14	99,54	99,70	99,83	121,8	134,9	126,0	147,5	115,6	111,5
Juni	99,97	99,78	99,89	99,47	100,18	99,95	121,8		126,1	144,9	115,5	111,5
Juli	100,35	100,01	99,71	99,80	100,95	100,15	122,2		126,0	145,2	115,3	111,0
Aug.	100,42	100,30	99,65	99,43	101,12	100,28	122,3	135,6	125,4	142,1	115,2	110,5
Sept.	100,65	100,51	100,35	99,22	101,14	100,42	122,6		125,3	139,9	115,2	110,7
Okt.	100,95	100,48	100,78	99,46	101,51	100,57	123,0		125,4	136,0	115,4	110,9
Nov.	100,56	100,60	100,67	100,05	100,57	100,78	122,7	136,3	125,4	132,4	115,6	111,4
Dez.	100,67	100,56	100,26	98,92	101,29	100,96	122,7		125,1	130,3	115,5	111,3
2026 Jan.	100,56	101,40	99,88	99,67	100,83	101,17	122,8		124,4	127,3	116,5	112,5
Febr.	100,94	101,53	100,11	99,79	101,44	101,37	123,1	138,4	123,8	128,1	116,6	112,8
März	102,11	101,76	100,83	106,76	102,09	101,50	124,5		126,9	…	…	…
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
2022	+ 8,7	+ 10,6	+ 5,7	+ 34,7	+ 2,9	+ 1,7	+ 6,9	+ 16,6	+ 29,8	+ 31,9	+ 13,5	+ 21,8
2023	+ 6,0	+ 11,7	+ 5,7	+ 5,1	+ 4,8	+ 2,0	+ 5,9	+ 8,7	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,6	− 6,5
2024	+ 2,5	+ 2,8	+ 1,4	− 3,2	+ 4,3	+ 2,1	+ 2,2	+ 3,2	− 1,8	− 1,5	+ 0,3	− 1,2
2025	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,0	− 2,3	+ 3,9	+ 2,1	+ 2,2	+ 3,3	− 1,2	[4] + 0,3	+ 1,0	− 0,3
2024 Mai	+ 2,8	+ 2,1	+ 1,3	− 1,3	+ 4,8	+ 2,2	+ 2,4	+ 3,0	− 2,2	+ 3,6	+ 0,2	− 0,4
Juni	+ 2,6	+ 2,3	+ 1,0	− 2,2	+ 4,6	+ 2,1	+ 2,2		− 1,6	+ 3,6	+ 0,6	+ 0,7
Juli	+ 2,6	+ 2,4	+ 1,1	− 1,9	+ 4,5	+ 2,2	+ 2,3		− 0,8	+ 2,1	+ 0,8	+ 0,9
Aug.	+ 2,1	+ 2,5	+ 0,7	− 5,1	+ 4,4	+ 2,1	+ 1,9	+ 3,4	− 0,8	− 2,4	+ 0,8	+ 0,2
Sept.	+ 1,9	+ 2,5	+ 0,8	− 7,5	+ 4,4	+ 2,1	+ 1,6		− 1,4	− 0,1	+ 0,4	− 1,3
Okt.	+ 2,4	+ 3,3	+ 0,8	− 5,4	+ 4,8	+ 2,1	+ 2,0		− 1,1	+ 2,5	+ 0,6	− 0,8
Nov.	+ 2,4	+ 3,0	+ 1,0	− 3,6	+ 4,5	+ 2,2	+ 2,2	+ 3,4	+ 0,1	+ 3,7	+ 1,2	+ 0,6
Dez.	+ 2,8	+ 3,2	+ 1,3	− 1,5	+ 4,7	+ 2,1	+ 2,6		+ 0,8	+ 3,5	+ 1,8	+ 2,0
2025 Jan.	+ 2,8	+ 1,9	+ 1,2	− 1,3	+ 5,1	+ 2,0	+ 2,3		+ 0,5	[4] + 2,3	+ 2,4	+ 3,1
Febr.	+ 2,6	+ 2,9	+ 0,7	− 1,3	+ 4,7	+ 2,0	+ 2,3	+ 3,3	+ 0,7	+ 2,7	+ 2,5	+ 3,6
März	+ 2,3	+ 3,3	+ 0,9	− 2,6	+ 4,1	+ 2,0	+ 2,2		− 0,2	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,1
April	+ 2,2	+ 3,1	+ 0,8	− 5,3	+ 4,5	+ 2,0	+ 2,1		− 0,9	+ 3,2	+ 1,0	− 0,4
Mai	+ 2,1	+ 3,4	+ 1,0	− 4,5	+ 3,8	+ 2,1	+ 2,1	+ 3,5	− 1,2	+ 2,4	+ 1,0	− 1,1
Juni	+ 2,0	+ 2,7	+ 0,9	− 3,4	+ 3,6	+ 2,1	+ 2,0		− 1,3	− 1,1	+ 0,7	− 1,4
Juli	+ 1,9	+ 2,8	+ 1,3	− 3,4	+ 3,0	+ 2,1	+ 2,0		− 1,5	− 0,2	+ 0,6	− 1,4
Aug.	+ 2,0	+ 3,1	+ 1,3	− 2,3	+ 3,0	+ 2,1	+ 2,2	+ 3,2	− 2,2	+ 2,2	+ 0,5	− 1,5
Sept.	+ 2,3	+ 2,9	+ 1,2	− 0,7	+ 3,4	+ 2,1	+ 2,4		− 1,7	+ 2,2	+ 0,6	− 1,0
Okt.	+ 2,3	+ 2,1	+ 1,2	− 0,9	+ 3,7	+ 2,1	+ 2,3		− 1,8	− 1,7	+ 0,5	− 1,4
Nov.	+ 2,5	+ 2,1	+ 0,9	− 0,1	+ 4,3	+ 2,2	+ 2,3	+ 3,3	− 2,3	− 5,7	+ 0,3	− 1,9
Dez.	+ 2,0	+ 1,8	+ 0,2	− 1,3	+ 3,9	+ 2,2	+ 1,8		− 2,5	− 8,3	± 0,0	− 2,3
2026 Jan.	+ 2,1	+ 2,9	+ 0,6	− 1,9	+ 3,5	+ 2,2	+ 2,1		− 3,0	− 10,1	+ 0,2	− 2,3
Febr.	+ 2,0	+ 2,1	+ 0,9	− 2,2	+ 3,5	+ 2,2	+ 1,9	+ 3,4	− 3,3	− 10,9	− 0,1	− 2,3
März	+ 2,8	+ 2,1	+ 0,9	+ 6,3	+ 3,6	+ 2,2	+ 2,7		− 0,2	…	…	…

Quellen: Eurostat; Statistisches Bundesamt bzw. eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. **1** Letzter Datenpunkt basiert zeitweise auf eigenen Schätzungen der Deutschen Bundesbank. **2** Einschließlich alkoholischer Getränke und Tabakwaren. **3** Ohne Umsatzsteuer. **4** Ab Januar 2025 vorläufig.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte *)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter [1] Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Nettolöhne und -gehälter [2] Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Empfangene monetäre Sozialleistungen [3] Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Masseneinkommen [4] Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Verfügbares Einkommen [5] Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Sparen [6] Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Sparquote [7] %
2018	1 506,9	5,0	1 020,0	4,9	458,6	3,0	1 478,5	4,3	2 031,6	3,8	223,1	9,3	11,0
2019	1 573,0	4,4	1 069,9	4,9	479,1	4,5	1 548,9	4,8	2 083,6	2,6	218,5	– 2,1	10,5
2020	1 562,2	– 0,7	1 066,6	– 0,3	521,4	8,8	1 587,9	2,5	2 082,7	– 0,0	333,9	52,8	16,0
2021	1 620,5	3,7	1 111,1	4,2	534,8	2,6	1 645,9	3,6	2 146,8	3,1	305,1	– 8,6	14,2
2022	1 718,3	6,0	1 174,3	5,7	542,5	1,5	1 716,8	4,3	2 333,5	8,7	239,5	– 21,5	10,3
2023	1 845,7	7,4	1 284,7	9,4	580,2	6,9	1 864,9	8,6	2 475,9	6,1	257,4	7,5	10,4
2024	1 947,2	5,5	1 355,5	5,5	621,4	7,1	1 976,9	6,0	2 572,3	3,9	289,4	12,4	11,2
2025	2 037,2	4,6	1 407,4	3,8	647,5	4,2	2 054,9	3,9	2 650,3	3,0	272,4	– 5,9	10,3
2024 3.Vj.	481,9	5,6	341,0	5,6	158,1	7,6	499,1	6,2	644,7	4,2	66,8	15,6	10,4
4.Vj.	535,6	4,6	372,7	4,2	155,8	6,9	528,5	5,0	658,8	3,8	68,6	9,2	10,4
2025 1.Vj.	480,2	4,5	332,2	3,3	163,1	5,3	495,2	3,9	652,9	2,7	82,7	– 3,4	12,7
2.Vj.	492,6	4,7	334,1	4,3	159,5	4,5	493,6	4,4	651,5	2,9	62,7	– 8,2	9,6
3.Vj.	505,7	5,0	356,2	4,5	163,9	3,7	520,1	4,2	665,5	3,2	63,0	– 5,7	9,5
4.Vj.	558,7	4,3	384,9	3,3	161,1	3,4	546,0	3,3	680,3	3,3	64,0	– 6,7	9,4

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2026. * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. **1** Inländerkonzept. **2** Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. **3** Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. **4** Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene monetäre Sozialleistungen. **5** Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. **6** Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. **7** Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex [1] auf Stundenbasis 2020=100	% gegen Vorjahr	auf Monatsbasis insgesamt 2020=100	% gegen Vorjahr	insgesamt ohne Einmalzahlungen 2020=100	% gegen Vorjahr	Grundvergütungen [2] 2020=100	% gegen Vorjahr	nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer [3] 2020=100	% gegen Vorjahr
2018	94,9	3,0	95,0	3,0	95,2	2,8	95,5	2,8	97,2	3,3
2019	97,7	3,0	97,8	3,0	97,9	2,9	97,9	2,5	100,2	3,1
2020	100,0	2,3	100,0	2,3	100,0	2,1	100,0	2,1	100,0	– 0,2
2021	101,5	1,5	101,5	1,5	101,6	1,6	101,5	1,5	103,3	3,3
2022	104,2	2,6	104,1	2,6	103,8	2,2	103,6	2,0	107,8	4,4
2023	108,5	4,1	108,3	4,1	106,7	2,8	106,3	2,7	114,8	6,4
2024	115,3	6,3	115,1	6,2	112,1	5,1	111,7	5,0	120,7	5,2
2025	118,0	2,4	117,8	2,3	118,0	5,3	118,0	5,6	126,2	4,5
2024 3.Vj.	122,1	9,0	121,9	9,0	116,8	5,6	113,0	5,8	119,5	5,3
4.Vj.	126,4	6,0	126,2	6,0	126,0	6,7	114,4	6,7	132,1	4,4
2025 1.Vj.	109,4	0,9	109,2	0,9	108,8	6,7	115,9	6,7	119,4	4,3
2.Vj.	110,3	5,8	110,1	5,8	110,5	6,7	118,2	6,8	122,1	4,6
3.Vj.	122,1	0,0	121,8	– 0,0	122,3	4,7	118,7	5,0	125,3	4,9
4.Vj.	130,2	3,0	130,0	3,0	130,5	3,6	119,0	4,1	137,8	4,4
2025 Aug.	110,6	– 1,2	110,4	– 1,2	110,9	4,8	118,8	4,9	.	.
Sept.	110,5	4,1	110,3	4,1	110,7	4,8	118,9	4,8	.	.
Okt.	110,6	4,0	110,4	4,0	110,8	4,6	119,0	4,6	.	.
Nov.	167,4	2,3	167,1	2,3	167,8	2,7	119,0	3,8	.	.
Dez.	112,6	3,2	112,4	3,2	112,9	3,9	119,0	3,8	.	.
2026 Jan.	111,3	3,8	111,0	3,8	111,4	3,7	119,5	3,8	.	.
Febr.	115,0	1,9	114,7	1,8	115,1	3,9	119,6	3,0	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. **2** Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (VermL, Sonderzahlungen z.B Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). **3** Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2026.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen *)

Stand am Jahres- bzw. Halbjahresende

Zeit	Aktiva								Passiva						
			darunter:			darunter:				Schulden					
											langfristig		kurzfristig		
														darunter:	
	Bilanzsumme	langfristige Vermögenswerte	immaterielle Vermögenswerte	Sachanlagen	kurzfristige Vermögenswerte	Vorräte	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Zahlungsmittel 1)	Eigenkapital	insgesamt	zusammen	darunter Finanzschulden	zusammen	Finanzschulden	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
	Insgesamt (Mrd €)														
2021	3 220,0	1 943,5	674,9	756,7	1 276,5	259,4	259,1	240,0	968,8	2 251,2	1 188,3	756,0	1 062,9	272,4	227,9
2022	3 459,1	2 076,6	718,0	804,1	1 382,6	323,4	285,4	235,3	1 141,4	2 317,8	1 208,6	748,7	1 109,2	294,5	273,0
2023	3 285,8	2 018,4	684,1	817,1	1 267,5	319,5	275,1	238,2	1 130,5	2 155,3	1 136,7	738,6	1 018,6	294,4	260,9
2024	3 423,7	2 154,9	724,8	892,4	1 268,8	329,9	273,4	248,1	1 186,6	2 237,1	1 196,6	808,6	1 040,5	312,1	254,8
2023 1.Hj.	3 329,8	2 017,2	699,7	801,3	1 312,6	343,7	289,0	225,4	1 135,7	2 194,1	1 138,5	746,5	1 055,6	321,2	263,0
2.Hj.	3 285,8	2 018,4	684,1	817,1	1 267,5	319,5	275,1	238,2	1 130,5	2 155,3	1 136,7	738,6	1 018,6	294,4	260,9
2024 1.Hj.	3 385,6	2 088,0	712,2	848,0	1 297,6	350,6	289,2	224,2	1 148,2	2 237,4	1 175,9	786,8	1 061,5	336,8	258,4
2.Hj.	3 423,7	2 154,9	724,8	892,4	1 268,8	329,9	273,4	248,1	1 186,6	2 237,1	1 196,6	808,6	1 040,5	312,1	254,8
2025 1.Hj.p)	3 332,6	2 078,7	695,2	861,2	1 253,9	334,8	273,3	212,2	1 142,3	2 190,3	1 148,5	778,3	1 041,8	337,0	240,5
	in % der Bilanzsumme														
2021	100,0	60,4	21,0	23,5	39,6	8,1	8,1	7,5	30,1	69,9	36,9	23,5	33,0	8,5	7,1
2022	100,0	60,0	20,8	23,3	40,0	9,4	8,3	6,8	33,0	67,0	34,9	21,6	32,1	8,5	7,9
2023	100,0	61,4	20,8	24,9	38,6	9,7	8,4	7,3	34,4	65,6	34,6	22,5	31,0	9,0	7,9
2024	100,0	62,9	21,2	26,1	37,1	9,6	8,0	7,3	34,7	65,3	35,0	23,6	30,4	9,1	7,4
2023 1.Hj.	100,0	60,6	21,0	24,1	39,4	10,3	8,7	6,8	34,1	65,9	34,2	22,4	31,7	9,7	7,9
2.Hj.	100,0	61,4	20,8	24,9	38,6	9,7	8,4	7,3	34,4	65,6	34,6	22,5	31,0	9,0	7,9
2024 1.Hj.	100,0	61,7	21,0	25,1	38,3	10,4	8,5	6,6	33,9	66,1	34,7	23,2	31,4	10,0	7,6
2.Hj.	100,0	62,9	21,2	26,1	37,1	9,6	8,0	7,3	34,7	65,3	35,0	23,6	30,4	9,1	7,4
2025 1.Hj.p)	100,0	62,4	20,9	25,8	37,6	10,0	8,2	6,4	34,3	65,7	34,5	23,4	31,3	10,1	7,2
	Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe (Mrd €) 2)														
2021	2 556,7	1 450,4	436,4	559,2	1 106,4	242,6	209,1	189,5	739,8	1 817,0	899,2	532,7	917,8	238,9	179,2
2022	2 759,6	1 556,0	465,6	593,0	1 203,6	305,3	232,3	183,1	887,7	1 871,9	924,4	525,3	947,5	256,1	219,0
2023	2 620,4	1 516,1	447,1	608,1	1 104,3	302,4	225,8	197,0	888,7	1 731,7	861,8	524,5	870,0	261,1	211,0
2024	2 687,2	1 599,3	456,3	665,5	1 087,9	308,9	219,5	197,3	919,0	1 768,1	897,0	572,9	871,1	275,2	200,1
2023 1.Hj.	2 656,1	1 510,2	460,3	593,2	1 145,9	326,0	239,1	177,4	893,6	1 762,5	861,2	528,2	901,3	282,8	213,9
2.Hj.	2 620,4	1 516,1	447,1	608,1	1 104,3	302,4	225,8	197,0	888,7	1 731,7	861,8	524,5	870,0	261,1	211,0
2024 1.Hj.	2 672,9	1 552,3	454,6	629,2	1 120,7	330,1	235,0	181,7	900,6	1 772,3	884,7	559,7	887,6	295,0	204,9
2.Hj.	2 687,2	1 599,3	456,3	665,5	1 087,9	308,9	219,5	197,3	919,0	1 768,1	897,0	572,9	871,1	275,2	200,1
2025 1.Hj.p)	2 644,0	1 565,2	450,0	651,3	1 078,8	315,6	222,2	167,8	899,9	1 744,1	869,2	558,7	874,8	295,4	192,6
	in % der Bilanzsumme														
2021	100,0	56,7	17,1	21,9	43,3	9,5	8,2	7,4	28,9	71,1	35,2	20,8	35,9	9,4	7,0
2022	100,0	56,4	16,9	21,5	43,6	11,1	8,4	6,6	32,2	67,8	33,5	19,0	34,3	9,3	7,9
2023	100,0	57,9	17,1	23,2	42,1	11,5	8,6	7,5	33,9	66,1	32,9	20,0	33,2	10,0	8,1
2024	100,0	59,5	17,0	24,8	40,5	11,5	8,2	7,3	34,2	65,8	33,4	21,3	32,4	10,2	7,5
2023 1.Hj.	100,0	56,9	17,3	22,3	43,1	12,3	9,0	6,7	33,7	66,4	32,4	19,9	33,9	10,7	8,1
2.Hj.	100,0	57,9	17,1	23,2	42,1	11,5	8,6	7,5	33,9	66,1	32,9	20,0	33,2	10,0	8,1
2024 1.Hj.	100,0	58,1	17,0	23,5	41,9	12,4	8,8	6,8	33,7	66,3	33,1	20,9	33,2	11,0	7,7
2.Hj.	100,0	59,5	17,0	24,8	40,5	11,5	8,2	7,3	34,2	65,8	33,4	21,3	32,4	10,2	7,5
2025 1.Hj.p)	100,0	59,2	17,0	24,6	40,8	11,9	8,4	6,4	34,0	66,0	32,9	21,1	33,1	11,2	7,3
	Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor (Mrd €)														
2021	663,2	493,1	238,5	197,5	170,1	16,8	50,0	50,5	229,0	434,2	289,1	223,3	145,1	33,5	48,8
2022	699,5	520,6	252,3	211,1	179,0	18,1	53,2	52,2	253,7	445,8	284,2	223,4	161,6	38,5	54,0
2023	665,4	502,3	237,0	209,0	163,1	17,1	49,3	41,3	241,8	423,6	275,0	214,1	148,6	33,3	49,9
2024	736,5	555,6	268,4	226,8	180,9	21,0	53,9	50,8	267,6	469,0	299,6	235,6	169,4	37,0	54,7
2023 1.Hj.	673,7	507,0	239,4	208,1	166,7	17,7	49,9	48,0	242,1	431,6	277,3	218,3	154,3	38,4	49,1
2.Hj.	665,4	502,3	237,0	209,0	163,1	17,1	49,3	41,3	241,8	423,6	275,0	214,1	148,6	33,3	49,9
2024 1.Hj.	712,7	535,7	257,6	218,9	177,0	20,5	54,2	42,5	247,6	465,1	291,3	227,0	173,8	41,8	53,5
2.Hj.	736,5	555,6	268,4	226,8	180,9	21,0	53,9	50,8	267,6	469,0	299,6	235,6	169,4	37,0	54,7
2025 1.Hj.p)	688,6	513,5	245,2	209,9	175,1	19,1	51,2	44,3	242,4	446,2	279,3	219,6	167,0	41,6	47,9
	in % der Bilanzsumme														
2021	100,0	74,4	36,0	29,8	25,7	2,5	7,5	7,6	34,5	65,5	43,6	33,7	21,9	5,1	7,4
2022	100,0	74,4	36,1	30,2	25,6	2,6	7,6	7,5	36,3	63,7	40,6	31,9	23,1	5,5	7,7
2023	100,0	75,5	35,6	31,4	24,5	2,6	7,4	6,2	36,4	63,7	41,3	32,2	22,3	5,0	7,5
2024	100,0	75,4	36,5	30,8	24,6	2,9	7,3	6,9	36,3	63,7	40,7	32,0	23,0	5,0	7,4
2023 1.Hj.	100,0	75,3	35,5	30,9	24,7	2,6	7,4	7,1	35,9	64,1	41,2	32,4	22,9	5,7	7,3
2.Hj.	100,0	75,5	35,6	31,4	24,5	2,6	7,4	6,2	36,4	63,7	41,3	32,2	22,3	5,0	7,5
2024 1.Hj.	100,0	75,2	36,1	30,7	24,8	2,9	7,6	6,0	34,7	65,3	40,9	31,9	24,4	5,9	7,5
2.Hj.	100,0	75,4	36,5	30,8	24,6	2,9	7,3	6,9	36,3	63,7	40,7	32,0	23,0	5,0	7,4
2025 1.Hj.p)	100,0	74,6	35,6	30,5	25,4	2,8	7,4	6,4	35,2	64,8	40,6	31,9	24,3	6,0	7,0

***** Im Prime Standard der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassene nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die viertel- bzw. halbjährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen. **1** Einschl. Zahlungsmitteläquivalenten. **2** Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen *)

Zeit	Umsatz		EBITDA 1)		EBITDA 1) in % des Umsatzes					EBIT 2)		EBIT 2) in % des Umsatzes				
					Gewogener Durchschnitt		Verteilung 3)					Gewogener Durchschnitt		Verteilung 3)		
							1.Quartil	Median	3.Quartil					1.Quartil	Median	3.Quartil
	Mrd € 4)	Veränderung gegen Vorjahr in % 5)	Mrd € 4)	Veränderung gegen Vorjahr in % 5)	%	Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 5)	%	%	%	Mrd € 4)	Veränderung gegen Vorjahr in % 5)	%	Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 5)	%	%	%
	Insgesamt															
2018	1 700,3	1,6	251,8	– 0,7	14,8	– 0,4	6,4	10,9	18,6	134,4	– 6,9	7,9	– 0,4	2,3	6,4	11,5
2019	1 762,2	3,3	254,9	3,1	14,5	– 0,0	6,8	12,1	19,0	110,0	– 15,4	6,2	– 0,0	1,9	5,5	11,1
2020	1 612,8	– 8,6	229,4	– 12,6	14,2	– 0,6	5,9	11,4	18,1	52,5	– 53,5	3,3	– 0,6	– 1,9	4,8	10,3
2021	1 960,1	20,2	323,4	40,1	16,5	2,4	7,8	13,6	20,8	173,8	237,5	8,9	2,4	2,5	8,0	12,8
2022	2 425,9	21,0	347,5	3,0	14,3	– 2,4	7,2	12,1	17,9	177,2	– 6,5	7,3	– 2,4	1,5	6,1	11,0
2023	2 227,9	– 7,5	342,9	2,0	15,4	1,4	6,7	11,7	17,6	175,7	4,3	7,9	1,4	1,8	6,6	10,8
2024	2 194,3	– 2,4	347,5	0,9	15,8	0,5	6,6	12,2	17,9	178,8	0,4	8,2	0,5	0,5	5,7	10,6
2020 2.Hj.	861,1	– 4,4	140,5	5,4	16,3	1,5	6,7	12,7	19,2	43,7	– 16,3	5,1	– 0,7	0,0	5,6	11,3
2021 1.Hj.	917,1	19,0	168,7	82,8	18,4	6,4	7,3	13,1	19,6	94,1	.	10,3	9,1	1,9	7,6	12,7
2.Hj.	1 044,9	21,2	154,9	12,0	14,8	– 1,2	7,7	13,1	22,0	79,7	89,4	7,6	2,8	2,6	7,7	13,2
2022 1.Hj.	1 145,7	23,5	184,3	3,2	16,1	– 3,0	6,4	11,6	18,7	101,4	– 2,2	8,9	– 2,1	1,5	6,8	11,7
2.Hj.	1 281,9	18,9	163,3	2,7	12,7	– 2,0	4,7	11,6	18,3	75,9	– 11,6	5,9	– 1,9	0,2	6,5	11,7
2023 1.Hj.	1 113,2	– 2,7	189,8	8,2	17,1	1,7	6,5	11,1	16,8	109,2	16,9	9,8	1,7	1,6	6,1	10,5
2.Hj.	1 116,2	– 11,9	153,2	– 4,7	13,7	1,0	6,5	12,2	18,3	66,4	– 11,3	6,0	0,0	0,7	6,2	12,3
2024 1.Hj.	1 074,0	– 3,8	175,9	– 7,0	16,4	– 0,6	6,2	11,2	16,9	96,8	– 11,5	9,0	– 0,8	1,6	6,0	10,4
2.Hj.	1 124,7	– 1,1	171,6	10,5	15,3	1,6	6,3	11,5	19,3	81,7	19,3	7,3	1,3	0,0	5,8	11,3
2025 1.Hj. p)	1 046,5	0,1	163,3	– 6,4	15,6	– 1,1	5,8	10,2	17,0	82,3	– 14,3	7,9	– 1,3	0,3	4,9	9,8
	Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe 6)															
2018	1 355,9	1,4	196,0	– 1,4	14,5	– 0,4	7,0	11,3	17,1	107,6	– 7,5	7,9	– 0,4	2,8	6,6	11,0
2019	1 407,8	2,8	190,1	– 1,1	13,5	– 0,5	6,9	11,2	16,9	80,6	– 21,8	5,7	– 0,5	1,7	5,5	10,3
2020	1 265,1	– 9,3	162,8	– 14,3	12,9	– 0,7	4,1	10,2	16,3	30,6	– 63,4	2,4	– 0,7	– 1,9	4,1	7,9
2021	1 552,7	22,2	232,3	44,4	15,0	2,3	8,1	13,0	18,2	129,4	350,1	8,3	2,3	2,5	7,7	11,7
2022	1 953,5	22,0	245,6	– 1,0	12,6	– 2,8	7,2	11,5	16,2	125,1	– 15,6	6,4	– 2,8	1,8	6,1	10,6
2023	1 783,0	– 8,1	255,4	8,1	14,3	2,2	7,1	11,3	15,8	133,2	13,2	7,5	2,2	1,9	6,6	10,3
2024	1 695,0	– 4,4	248,9	– 2,2	14,7	0,3	6,5	12,6	17,8	123,0	– 7,8	7,3	0,3	0,8	5,8	10,5
2020 2.Hj.	681,4	– 4,0	102,3	8,8	15,0	1,7	5,7	11,2	16,9	28,8	– 17,7	4,2	– 0,7	– 0,7	4,2	9,7
2021 1.Hj.	726,2	22,3	126,2	107,3	17,4	7,1	7,9	13,3	18,1	74,6	.	10,3	10,0	3,1	7,9	12,3
2.Hj.	827,8	22,0	106,2	6,8	12,8	– 1,8	7,4	12,3	18,9	54,8	105,2	6,6	2,7	2,5	6,6	11,7
2022 1.Hj.	917,5	24,1	132,3	– 3,4	14,4	– 3,8	8,0	11,6	17,0	74,3	– 12,7	8,1	– 3,1	2,2	6,9	11,3
2.Hj.	1 037,8	20,2	113,4	1,8	10,9	– 2,0	4,4	10,8	16,2	50,8	– 19,5	4,9	– 2,2	0,8	6,0	10,0
2023 1.Hj.	893,1	– 2,7	145,9	17,1	16,3	2,8	7,6	11,7	16,3	86,9	29,3	9,7	2,4	2,1	6,6	10,4
2.Hj.	891,2	– 13,0	109,6	– 1,8	12,3	1,4	6,3	11,6	16,1	46,3	– 8,0	5,2	0,3	0,6	6,2	11,1
2024 1.Hj.	835,5	– 5,5	133,8	– 7,7	16,0	– 0,4	7,7	11,6	16,9	76,9	– 11,6	9,2	– 0,6	2,3	6,8	10,3
2.Hj.	863,7	– 3,3	115,1	5,1	13,3	1,1	4,9	10,9	17,4	45,7	– 0,7	5,3	0,1	– 0,9	5,6	10,9
2025 1.Hj. p)	813,0	– 1,1	113,5	– 14,4	14,0	– 2,1	6,2	11,1	16,5	54,6	– 28,2	6,7	– 2,5	0,8	5,6	9,5
	Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor															
2018	344,4	2,4	55,9	1,7	16,2	– 0,1	5,7	10,3	22,8	26,8	– 4,5	7,8	– 0,1	1,7	5,6	15,0
2019	354,4	5,1	64,9	17,5	18,3	1,9	6,6	13,7	23,8	29,3	10,0	8,3	1,9	2,1	6,4	15,0
2020	347,7	– 5,7	66,6	– 7,4	19,2	– 0,4	7,7	13,4	21,4	21,9	– 26,2	6,3	– 0,4	– 0,3	6,4	10,9
2021	407,4	12,9	91,1	29,9	22,4	2,9	7,7	15,5	23,9	44,4	94,2	10,9	2,9	2,9	9,2	14,6
2022	472,4	17,1	101,9	13,3	21,6	– 0,7	6,3	13,8	21,4	52,2	20,3	11,0	– 0,7	0,1	6,5	13,5
2023	444,9	– 5,0	87,6	– 12,4	19,7	– 1,6	5,6	12,5	20,9	42,5	– 16,4	9,6	– 1,6	0,4	6,3	11,5
2024	499,4	4,8	98,6	9,8	19,8	0,9	6,7	12,0	18,6	55,8	24,8	11,2	0,9	0,3	5,5	10,6
2020 2.Hj.	179,6	– 6,1	38,2	– 3,5	21,3	0,5	8,0	15,6	23,3	14,9	– 13,6	8,3	– 0,8	2,4	8,1	13,4
2021 1.Hj.	190,9	7,7	42,5	35,2	22,3	4,5	6,4	12,8	24,5	19,6	162,1	10,2	6,1	0,4	6,7	14,3
2.Hj.	217,1	18,0	48,7	25,7	22,4	1,4	9,1	16,9	28,2	24,9	61,3	11,5	3,1	2,6	9,4	18,2
2022 1.Hj.	228,3	21,0	52,0	22,9	22,8	0,4	4,6	11,7	20,8	27,0	38,0	11,8	1,5	– 0,0	5,7	12,9
2.Hj.	244,1	13,7	49,9	4,9	20,4	– 1,7	5,2	14,7	22,1	25,1	6,2	10,3	– 0,8	– 1,4	8,2	15,0
2023 1.Hj.	220,1	– 3,0	43,9	– 13,5	20,0	– 2,4	4,7	9,6	18,1	22,3	– 14,8	10,1	– 1,4	– 1,0	5,3	11,8
2.Hj.	224,9	– 7,0	43,6	– 11,2	19,4	– 0,9	7,0	12,9	23,2	20,2	– 18,1	9,0	– 1,2	0,8	6,2	14,4
2024 1.Hj.	238,5	2,8	42,1	– 4,7	17,6	– 1,4	5,4	8,7	16,9	19,9	– 11,1	8,4	– 1,3	– 0,4	3,4	10,4
2.Hj.	261,1	6,8	56,6	23,7	21,7	3,0	7,6	12,6	21,2	35,9	60,8	13,8	4,6	1,2	5,8	13,9
2025 1.Hj. p)	233,6	4,5	49,7	19,2	21,3	2,6	4,5	8,5	19,9	27,8	39,2	11,9	3,0	0,3	2,9	10,2

***** Im Prime Standard der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassene nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die viertel- bzw. halbjährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen. **1** Earnings before interest, taxes, depreciation and amortisation - Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen. **2** Earnings before interest and taxes - Ergebnis vor Zinsen und Steuern (operatives Ergebnis). **3** Quantilsangaben basieren auf den ungewogenen Umsatzrenditen der Unternehmensgruppen. **4** Jahreswerte entsprechen nicht zwangsläufig der Summe der Halbjahreswerte. Siehe Qualitätsbericht zur Konzernabschlussstatistik S. 7. **5** Bereinigt um erhebliche Veränderungen im Konsolidierungskreis großer Unternehmensgruppen sowie im Berichtskreis. Siehe Qualitätsbericht zur Konzernabschlussstatistik S. 7. **6** Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft.

XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für den Euroraum *)

Mio €

Position	2023 r)	2024 r)	2025 r)	2025 r) 2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	Dezember	2026 Januar r)	Februar p)
I. Leistungsbilanz	+ 257 546	+ 415 885	+ 275 893	+ 52 599	+ 72 813	+ 89 687	+ 38 276	+ 15 345	+ 21 092
1. Warenhandel									
Einnahmen	2 829 341	2 818 582	2 901 024	715 166	713 904	731 734	234 983	215 034	232 136
Ausgaben	2 577 157	2 473 317	2 539 041	635 498	626 141	642 232	209 157	198 027	203 065
Saldo	+ 252 184	+ 345 265	+ 361 983	+ 79 668	+ 87 762	+ 89 503	+ 25 826	+ 17 007	+ 29 070
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	1 404 617	1 525 506	1 560 088	391 683	399 651	401 632	143 845	129 049	122 578
Ausgaben	1 261 614	1 339 463	1 416 016	340 377	353 477	372 538	132 343	118 667	113 931
Saldo	+ 143 003	+ 186 043	+ 144 072	+ 51 306	+ 46 175	+ 29 094	+ 11 502	+ 10 381	+ 8 647
3. Primäreinkommen									
Einnahmen	1 315 380	1 392 319	1 362 015	367 381	306 723	356 276	135 192	110 627	104 376
Ausgaben	1 287 259	1 338 312	1 406 224	406 552	320 649	332 310	116 079	106 179	104 423
Saldo	+ 28 121	+ 54 007	− 44 209	− 39 171	− 13 926	+ 23 966	+ 19 113	+ 4 447	− 48
4. Sekundäreinkommen									
Einnahmen	181 059	190 137	188 805	51 500	42 499	49 713	18 639	15 751	16 252
Ausgaben	346 821	359 567	374 757	90 704	89 697	102 588	36 804	32 242	32 829
Saldo	− 165 762	− 169 431	− 185 952	− 39 204	− 47 198	− 52 875	− 18 165	− 16 490	− 16 577
II. Vermögensänderungsbilanz	+ 49 170	+ 24 379	+ 27 754	+ 196	+ 2 307	+ 21 928	+ 11 674	+ 2 124	+ 2 671
III. Kapitalbilanz 1)	+ 294 357	+ 460 492	+ 303 664	+ 84 236	+ 43 637	+ 78 119	+ 55 949	+ 4 869	+ 27 664
1. Direktinvestitionen	+ 47 434	+ 199 440	+ 267 549	+ 30 566	+ 5 423	+ 146 580	+ 83 378	+ 8 967	+ 5 832
Inländ. Anlagen außerhalb des Euroraums	− 368 292	+ 150 805	+ 317 313	− 17 323	+ 41 252	+ 143 441	+ 62 005	+ 25 488	+ 25 178
Ausländ. Anlagen innerhalb des Euroraums	− 415 726	− 48 635	+ 49 764	− 47 889	+ 35 829	− 3 139	− 21 374	+ 16 520	+ 19 347
2. Wertpapieranlagen	− 49 684	− 74 750	− 34 762	− 58	+ 74 677	− 123 158	− 19 796	− 9 305	− 36 949
Inländ. Anlagen außerhalb des Euroraums	+ 487 747	+ 802 505	+ 828 414	+ 208 501	+ 275 603	+ 134 599	+ 61 620	+ 129 625	+ 107 052
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 94 754	+ 253 123	+ 231 051	+ 208 559	+ 200 925	+ 257 757	+ 81 416	+ 138 931	+ 144 001
kurzfristige Schuldverschreibungen	+ 118 979	+ 116 790	+ 52 193	+ 60 238	+ 100 071	+ 137 436	+ 92 492	+ 81 848	+ 71 709
langfristige Schuldverschreibungen	+ 274 015	+ 432 592	+ 545 171	+ 121 442	+ 166 326	+ 72 643	+ 42 096	+ 39 861	+ 61 885
Ausländ. Anlagen innerhalb des Euroraums	+ 537 430	+ 877 255	+ 863 177	+ 208 559	+ 200 925	+ 257 757	+ 81 416	+ 138 931	+ 144 001
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 185 675	+ 421 743	+ 420 041	+ 60 238	+ 100 071	+ 137 436	+ 92 492	+ 81 848	+ 71 709
kurzfristige Schuldverschreibungen	− 27 788	− 965	+ 82 713	− 9 502	+ 42 221	+ 34 710	+ 14 909	− 1 248	− 3 976
langfristige Schuldverschreibungen	+ 379 543	+ 456 477	+ 360 423	+ 157 823	+ 58 632	+ 85 611	− 25 986	+ 58 331	+ 76 268
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	+ 10 246	+ 14 343	− 54 485	− 17 919	− 4 411	− 23 536	− 18 562	− 10 144	− 956
4. Übriger Kapitalverkehr	+ 298 751	+ 316 792	+ 102 985	+ 62 884	− 37 868	+ 69 624	+ 5 828	+ 13 814	+ 58 123
Eurosystem	+ 317 206	+ 40 642	+ 78 786	+ 19 460	+ 49 702	− 27 895	− 16 031	+ 2 449	+ 10 960
Staat	− 6 229	− 19 835	− 32 571	+ 5 324	− 42 135	+ 31 136	+ 13 118	− 495	− 7 906
Monetäre Finanzinstitute 2)	+ 132 702	+ 362 377	+ 134 855	+ 73 997	+ 333	+ 54 604	− 12 339	+ 9 061	+ 21 787
Unternehmen und Privatpersonen	− 144 928	− 66 392	− 78 086	− 35 897	− 45 768	+ 11 779	+ 21 080	+ 2 800	+ 33 281
5. Währungsreserven des Euroraums	− 12 390	+ 4 667	+ 22 377	+ 8 763	+ 5 816	+ 8 609	+ 5 100	+ 1 537	+ 1 615
IV. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	− 12 359	+ 20 229	+ 17	+ 31 442	− 31 482	− 33 496	+ 5 999	− 12 600	+ 3 901

***** Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds. **1** Zunahme: + / Abnahme: -. **2** Ohne Eurosystem.

XII. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Leistungsbilanz						Vermögensänderungsbilanz [2]	Kapitalbilanz [3]		Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen [4]
	Insgesamt	Warenhandel: Insgesamt	Warenhandel: darunter: Ergänzungen zum Außenhandel, Saldo [1]	Dienstleistungen	Primäreinkommen	Sekundäreinkommen		Insgesamt	darunter: Währungsreserven	
2011	+ 168 024	+ 164 171	− 8 902	− 30 158	+ 70 344	− 36 334	− 1 070	+ 121 168	+ 2 836	− 45 786
2012	+ 196 398	+ 200 916	− 10 420	− 31 425	+ 67 304	− 40 397	− 2 167	+ 151 672	+ 1 297	− 42 559
2013	+ 187 541	+ 199 951	− 17 770	− 34 257	+ 66 891	− 45 044	− 2 705	+ 225 081	+ 838	+ 40 244
2014	+ 215 931	+ 218 515	− 15 863	− 22 941	+ 61 801	− 41 443	+ 336	+ 231 399	− 2 564	+ 15 132
2015	+ 250 088	+ 245 054	− 18 813	− 16 236	+ 60 039	− 38 770	− 1 769	+ 227 420	− 2 213	− 20 899
2016	+ 284 661	+ 250 397	− 21 830	− 18 346	+ 90 868	− 38 259	− 1 345	+ 269 281	+ 1 686	− 14 034
2017	+ 268 729	+ 257 041	− 12 757	− 21 212	+ 83 864	− 50 964	− 6 479	+ 274 766	− 1 269	+ 12 515
2018	+ 289 187	+ 218 739	− 27 726	− 14 010	+ 134 180	− 49 722	− 3 602	+ 261 114	+ 392	− 24 470
2019	+ 278 477	+ 213 201	− 39 862	− 14 443	+ 130 094	− 50 375	− 4 907	+ 200 831	− 544	− 72 739
2020	+ 218 031	+ 177 742	− 21 461	+ 6 633	+ 87 061	− 53 406	− 10 520	+ 168 954	− 51	− 38 557
2021	+ 254 406	+ 187 660	− 5 281	+ 3 833	+ 122 860	− 59 947	− 3 480	+ 205 068	+ 31 892	− 45 858
2022	+ 162 541	+ 125 694	+ 11 781	− 33 722	+ 138 965	− 68 397	− 20 043	+ 166 354	+ 4 426	+ 23 856
2023	+ 232 441	+ 225 374	− 31 782	− 60 939	+ 134 424	− 66 418	− 23 643	+ 188 133	+ 884	− 20 666
2024	+ 255 115	+ 236 745	− 42 597	− 70 658	+ 158 358	− 69 331	− 22 235	+ 249 383	− 1 440	+ 16 503
2025	+ 202 743	+ 184 186	− 40 190	− 73 520	+ 160 774	− 68 698	− 28 231	+ 263 188	+ 850	+ 88 676
2023 1.Vj.	+ 63 368	+ 54 517	− 7 157	− 9 015	+ 34 199	− 16 334	− 13 887	+ 60 418	+ 224	+ 10 937
2.Vj.	+ 39 024	+ 51 698	− 5 763	− 16 971	+ 13 944	− 9 647	− 3 083	+ 33 271	+ 1 096	− 2 670
3.Vj.	+ 58 178	+ 57 403	− 8 673	− 23 623	+ 40 000	− 15 603	− 2 604	+ 25 255	− 790	− 30 319
4.Vj.	+ 71 871	+ 61 756	− 10 190	− 11 331	+ 46 280	− 24 834	− 4 069	+ 69 189	+ 355	+ 1 387
2024 1.Vj.	+ 82 028	+ 68 169	− 9 242	− 11 093	+ 39 797	− 14 846	− 8 240	+ 36 324	+ 378	− 37 464
2.Vj.	+ 61 679	+ 67 175	− 10 184	− 19 955	+ 25 027	− 10 568	− 2 567	+ 34 206	+ 746	− 24 906
3.Vj.	+ 55 744	+ 55 937	− 9 105	− 27 558	+ 43 193	− 15 828	− 5 094	+ 84 831	− 890	+ 34 181
4.Vj.	+ 55 665	+ 45 465	− 14 065	− 12 052	+ 50 341	− 28 089	− 6 333	+ 94 023	− 1 674	+ 44 691
2025 1.Vj.	+ 65 321	+ 55 628	− 6 495	− 13 676	+ 39 592	− 16 223	− 8 776	+ 72 946	+ 796	+ 16 401
2.Vj.	+ 41 831	+ 47 561	− 11 753	− 19 640	+ 25 362	− 11 451	− 8 193	+ 98 513	+ 895	+ 64 875
3.Vj.	+ 44 334	+ 44 501	− 9 131	− 25 305	+ 43 686	− 18 547	− 6 624	+ 44 035	− 1 793	+ 6 325
4.Vj.	+ 51 257	+ 36 496	− 12 811	− 14 898	+ 52 135	− 22 477	− 4 638	+ 47 694	+ 953	+ 1 075
2023 Sept.	+ 23 301	+ 20 238	− 3 017	− 5 733	+ 13 634	− 4 837	+ 1 968	+ 401	− 566	− 24 867
Okt.	+ 17 841	+ 21 347	− 2 290	− 10 806	+ 13 493	− 6 193	− 3 244	+ 11 461	+ 858	− 3 136
Nov.	+ 29 525	+ 23 827	− 4 726	− 2 738	+ 14 494	− 6 059	− 3 778	+ 23 913	+ 65	− 1 833
Dez.	+ 24 505	+ 16 582	− 3 174	+ 2 212	+ 18 293	− 12 581	+ 2 954	+ 33 815	− 569	+ 6 356
2024 Jan.	+ 27 025	+ 22 946	− 2 245	− 4 945	+ 13 529	− 4 505	− 6 029	− 632	− 249	− 21 628
Febr.	+ 25 846	+ 22 579	− 3 612	− 2 634	+ 10 974	− 5 073	− 2 043	+ 15 985	+ 1 193	− 7 819
März	+ 29 157	+ 22 644	− 3 385	− 3 514	+ 15 294	− 5 268	− 169	+ 20 971	− 566	− 8 017
April	+ 26 010	+ 24 268	− 3 051	− 5 514	+ 11 039	− 3 784	− 2 795	− 329	− 317	− 23 544
Mai	+ 15 708	+ 22 261	− 2 898	− 7 428	+ 2 559	− 1 684	− 1 879	+ 25 407	+ 156	+ 11 578
Juni	+ 19 961	+ 20 645	− 4 235	− 7 013	+ 11 429	− 5 101	+ 2 107	+ 9 128	+ 908	− 12 940
Juli	+ 19 682	+ 21 007	− 2 030	− 9 324	+ 13 729	− 5 730	− 2 557	+ 39 968	− 1 194	+ 22 843
Aug.	+ 14 777	+ 16 521	− 3 943	− 11 356	+ 14 765	− 5 153	+ 470	+ 9 544	− 552	− 5 703
Sept.	+ 21 286	+ 18 409	− 3 132	− 6 878	+ 14 699	− 4 945	− 3 008	+ 35 319	+ 855	+ 17 042
Okt.	+ 16 011	+ 15 769	− 1 281	− 9 120	+ 15 440	− 6 078	− 3 014	+ 9 846	− 1 367	− 3 151
Nov.	+ 22 681	+ 18 830	− 5 674	− 4 918	+ 16 156	− 7 388	− 1 345	+ 32 326	+ 1 671	+ 10 990
Dez.	+ 16 973	+ 10 866	− 7 111	+ 1 986	+ 18 745	− 14 623	− 1 974	+ 51 851	− 1 977	+ 36 852
2025 Jan.	+ 16 620	+ 13 658	− 959	− 5 920	+ 14 379	− 5 497	− 2 102	+ 6 734	+ 1 192	− 7 784
Febr.	+ 21 252	+ 20 561	− 1 094	− 4 336	+ 10 397	− 5 370	− 3 674	+ 793	− 64	− 16 785
März	+ 27 449	+ 21 409	− 4 442	− 3 420	+ 14 816	− 5 356	− 3 000	+ 65 419	− 332	+ 40 971
April	+ 18 746	+ 16 361	− 2 514	− 6 571	+ 13 716	− 4 760	− 2 108	+ 19 556	+ 516	+ 2 918
Mai	+ 5 924	+ 15 777	− 5 259	− 5 932	− 2 297	− 1 625	− 2 417	+ 31 929	+ 640	+ 28 422
Juni	+ 17 162	+ 15 422	− 3 980	− 7 138	+ 13 943	− 5 066	− 3 667	+ 47 029	− 261	+ 33 534
Juli	+ 16 950	+ 16 240	− 3 741	− 9 540	+ 15 733	− 5 483	− 375	+ 1 725	− 381	− 14 850
Aug.	+ 10 818	+ 12 210	− 2 255	− 9 793	+ 14 398	− 5 997	− 2 683	+ 16 552	− 772	+ 8 417
Sept.	+ 16 566	+ 16 051	− 3 135	− 5 973	+ 13 555	− 7 067	− 3 566	+ 25 758	− 640	+ 12 758
Okt.	+ 17 111	+ 16 725	− 3 664	− 8 438	+ 15 233	− 6 410	− 2 606	− 23 228	+ 73	− 37 732
Nov.	+ 16 790	+ 11 820	− 4 084	− 4 405	+ 17 146	− 7 771	− 1 369	+ 43 410	+ 827	+ 27 988
Dez.	+ 17 356	+ 7 951	− 5 063	− 2 055	+ 19 755	− 8 295	− 663	+ 27 512	+ 54	+ 10 819
2026 Jan. r)	+ 18 091	+ 14 616	− 2 666	− 3 862	+ 14 241	− 6 903	− 1 154	− 18 159	+ 123	− 35 096
Febr. p)	+ 22 007	+ 20 683	− 2 066	− 4 572	+ 11 491	− 5 596	− 1 274	+ 24 192	− 28	+ 3 459

1 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung, Absetzungen der Rückwaren und Absetzungen der Aus- bzw. Einfuhren in Verbindung mit Lohnveredelung. **2** Einschl. Nettoerwerb/-veräußerung von nichtproduziertem Sachvermögen. **3** Zunahme an Nettoauslandsvermögen: + / Abnahme: -. **4** Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

XII. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern *)

Mio €

Ländergruppe/Land		2023	2024	2025	2025				2026	
					September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar
Alle Länder 1)	Ausfuhr	1 575 209	1 549 577	1 563 788	137 492	139 263	131 114	118 729	121 417	132 055
	Einfuhr	1 357 465	1 306 690	1 362 150	119 689	121 024	116 471	104 861	106 073	111 711
	Saldo	+ 217 744	+ 242 887	+ 201 637	+ 17 804	+ 18 239	+ 14 644	+ 13 868	+ 15 344	+ 20 344
I. Europäische Länder	Ausfuhr	1 072 633	1 054 086	1 094 818	97 083	100 297	93 570	81 807	86 817	94 444
	Einfuhr	874 238	834 590	863 234	75 466	78 558	73 686	64 722	65 104	71 719
	Saldo	+ 198 396	+ 219 497	+ 231 583	+ 21 617	+ 21 739	+ 19 884	+ 17 086	+ 21 713	+ 22 725
1. EU-Länder (27)	Ausfuhr	859 537	839 346	873 164	78 193	80 849	74 234	65 481	69 353	74 943
	Einfuhr	712 019	679 386	700 214	61 586	64 604	59 537	53 069	52 392	58 710
	Saldo	+ 147 518	+ 159 960	+ 172 950	+ 16 607	+ 16 246	+ 14 698	+ 12 412	+ 16 961	+ 16 233
Euroraum (21)	Ausfuhr	609 485	590 068	613 299	54 779	56 464	51 987	46 682	48 619	52 185
	Einfuhr	480 582	457 884	469 133	40 635	43 330	39 932	36 204	35 605	39 667
	Saldo	+ 128 903	+ 132 184	+ 144 165	+ 14 144	+ 13 134	+ 12 055	+ 10 479	+ 13 015	+ 12 518
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	67 497	65 077	65 426	5 613	5 991	5 488	4 849	5 145	5 544
	Einfuhr	56 141	50 897	50 869	4 353	4 642	4 319	3 993	3 970	4 343
	Saldo	+ 11 356	+ 14 180	+ 14 557	+ 1 260	+ 1 349	+ 1 170	+ 855	+ 1 176	+ 1 201
Frankreich	Ausfuhr	119 825	115 151	117 415	10 641	10 934	9 698	9 278	9 542	10 108
	Einfuhr	69 872	66 928	69 174	6 289	6 718	6 014	5 964	5 802	6 234
	Saldo	+ 49 953	+ 48 222	+ 48 241	+ 4 353	+ 4 216	+ 3 685	+ 3 315	+ 3 740	+ 3 874
Italien	Ausfuhr	85 403	80 271	83 503	7 607	7 848	7 186	6 061	6 627	7 067
	Einfuhr	71 323	67 232	72 502	6 248	6 891	6 477	5 276	5 099	6 388
	Saldo	+ 14 080	+ 13 038	+ 11 002	+ 1 360	+ 958	+ 710	+ 785	+ 1 528	+ 679
Niederlande	Ausfuhr	111 835	109 343	111 899	10 008	10 009	9 279	8 935	8 600	9 294
	Einfuhr	102 911	93 049	96 481	8 120	8 511	7 826	7 597	7 133	7 715
	Saldo	+ 8 924	+ 16 294	+ 15 418	+ 1 888	+ 1 498	+ 1 452	+ 1 338	+ 1 467	+ 1 579
Österreich	Ausfuhr	80 355	76 440	80 045	7 108	7 412	7 093	6 207	6 550	7 121
	Einfuhr	53 744	51 953	53 700	4 755	5 097	4 785	4 164	3 920	4 652
	Saldo	+ 26 610	+ 24 487	+ 26 345	+ 2 354	+ 2 315	+ 2 308	+ 2 043	+ 2 630	+ 2 469
Spanien	Ausfuhr	54 037	53 758	59 144	5 312	5 471	5 138	4 343	4 734	5 138
	Einfuhr	38 636	39 470	39 141	3 461	3 362	3 279	3 115	2 804	3 310
	Saldo	+ 15 401	+ 14 288	+ 20 002	+ 1 851	+ 2 109	+ 1 859	+ 1 228	+ 1 930	+ 1 828
Andere EU-Länder	Ausfuhr	250 052	249 279	259 865	23 413	24 385	22 248	18 799	20 734	22 758
	Einfuhr	231 437	221 502	231 081	20 950	21 273	19 605	16 865	16 788	19 043
	Saldo	+ 18 615	+ 27 776	+ 28 785	+ 2 463	+ 3 112	+ 2 643	+ 1 933	+ 3 946	+ 3 715
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	213 096	214 740	221 654	18 890	19 447	19 336	16 327	17 464	19 501
	Einfuhr	162 219	155 204	163 020	13 880	13 954	14 150	11 653	12 712	13 009
	Saldo	+ 50 878	+ 59 536	+ 58 633	+ 5 010	+ 5 493	+ 5 186	+ 4 674	+ 4 752	+ 6 492
darunter:										
Schweiz	Ausfuhr	66 780	67 964	73 818	6 025	6 673	6 726	5 457	6 231	6 791
	Einfuhr	51 757	52 582	55 543	4 549	5 064	4 982	3 923	4 147	4 424
	Saldo	+ 15 022	+ 15 381	+ 18 275	+ 1 476	+ 1 609	+ 1 744	+ 1 534	+ 2 083	+ 2 367
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	78 427	80 324	79 860	7 206	6 968	6 542	5 854	6 524	7 105
	Einfuhr	36 770	36 183	38 544	3 693	3 150	3 499	2 682	2 980	3 222
	Saldo	+ 41 657	+ 44 141	+ 41 316	+ 3 513	+ 3 817	+ 3 044	+ 3 172	+ 3 543	+ 3 883
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	497 748	490 627	464 054	39 979	38 461	37 134	36 491	34 154	37 294
	Einfuhr	482 269	471 110	496 744	44 024	42 226	42 582	39 932	40 815	39 749
	Saldo	+ 15 480	+ 19 517	− 32 691	− 4 045	− 3 765	− 5 448	− 3 441	− 6 661	− 2 455
1. Afrika	Ausfuhr	28 742	26 282	28 391	2 466	2 457	2 195	2 335	2 228	2 397
	Einfuhr	32 477	32 021	35 055	3 196	3 216	2 884	2 606	2 920	2 574
	Saldo	− 3 735	− 5 739	− 6 664	− 730	− 759	− 689	− 271	− 692	− 177
2. Amerika	Ausfuhr	216 538	219 115	202 613	17 836	16 955	15 682	14 558	15 488	16 943
	Einfuhr	130 487	129 214	134 332	11 983	10 794	11 076	10 981	11 040	10 837
	Saldo	+ 86 051	+ 89 902	+ 68 281	+ 5 853	+ 6 161	+ 4 606	+ 3 576	+ 4 448	+ 6 106
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	157 930	161 427	147 059	13 267	12 252	11 321	10 385	11 500	11 935
	Einfuhr	94 634	91 828	94 361	8 740	7 472	7 630	7 420	7 361	7 641
	Saldo	+ 63 296	+ 69 599	+ 52 698	+ 4 527	+ 4 779	+ 3 692	+ 2 965	+ 4 139	+ 4 295
3. Asien	Ausfuhr	238 709	232 151	220 928	18 649	18 120	18 295	18 606	15 487	16 930
	Einfuhr	313 055	304 489	321 569	28 441	27 713	28 187	26 017	26 247	25 855
	Saldo	− 74 346	− 72 338	− 100 641	− 9 792	− 9 593	− 9 892	− 7 411	− 10 760	− 8 925
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	32 039	33 905	36 376	3 204	3 354	3 489	3 068	2 417	2 742
	Einfuhr	16 057	11 511	10 512	940	794	767	639	681	723
	Saldo	+ 15 983	+ 22 394	+ 25 863	+ 2 264	+ 2 560	+ 2 721	+ 2 429	+ 1 736	+ 2 019
Japan	Ausfuhr	20 238	21 572	21 003	1 563	1 455	1 644	1 358	1 606	1 456
	Einfuhr	25 568	22 591	22 059	1 880	1 858	1 849	1 701	1 811	1 934
	Saldo	− 5 330	− 1 019	− 1 056	− 317	− 403	− 205	− 342	− 205	− 477
Volksrepublik China 2)	Ausfuhr	97 346	89 934	81 259	6 784	6 574	6 453	6 751	5 566	5 709
	Einfuhr	156 831	156 847	171 129	15 377	15 470	15 735	14 434	14 008	13 557
	Saldo	− 59 484	− 66 913	− 89 870	− 8 593	− 8 896	− 9 282	− 7 683	− 8 442	− 7 849
Neue Industriestaaten und Schwellenländer Asiens 3)	Ausfuhr	60 971	58 590	55 014	4 791	4 447	4 446	4 595	4 061	4 987
	Einfuhr	66 716	62 083	62 349	5 228	5 029	5 045	5 087	5 201	5 174
	Saldo	− 5 745	− 3 493	− 7 336	− 436	− 583	− 598	− 492	− 1 140	− 187
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	13 759	13 079	12 122	1 028	930	962	992	950	1 025
	Einfuhr	6 249	5 386	5 788	405	503	435	327	608	484
	Saldo	+ 7 510	+ 7 693	+ 6 334	+ 623	+ 427	+ 528	+ 665	+ 342	+ 541

***** Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem neuesten Stand. **1** Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. **2** Ohne Hongkong. **3** Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Republik Korea, Singapur, Taiwan und Thailand.

XII. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungen und Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen									Primäreinkommen		
		darunter:										
	Insgesamt	Transportleistungen	Reiseverkehr [1]	Finanzdienstleistungen	Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum	Telekommunikations-, EDV- und Informationsdienstleistungen	Sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen	Regierungsleistungen [2]	Arbeitnehmerentgelt	Vermögenseinkommen	Sonstiges Primäreinkommen [3]
2021	+ 3 833	– 5 966	– 24 323	+ 8 648	+ 32 149	– 9 354	– 9 557	+ 3 295	+ 5 294	+ 120 632	– 3 065
2022	– 33 722	– 10 517	– 55 371	+ 9 114	+ 29 490	– 11 399	– 9 767	+ 3 867	+ 5 645	+ 138 778	– 5 458
2023	– 60 939	– 10 473	– 71 800	+ 9 423	+ 21 658	– 11 265	– 15 426	+ 3 402	+ 5 872	+ 132 883	– 4 332
2024	– 70 658	– 8 359	– 77 381	+ 11 284	+ 18 378	– 10 522	– 18 959	+ 3 491	+ 6 018	+ 152 802	– 461
2025	– 73 520	– 10 410	– 78 037	+ 10 643	+ 17 882	– 9 742	– 18 600	+ 1 247	+ 6 170	+ 156 074	– 1 470
2024 2.Vj.	– 19 955	– 1 965	– 21 022	+ 2 845	+ 4 958	– 2 224	– 6 006	+ 750	+ 1 352	+ 24 814	– 1 139
3.Vj.	– 27 558	– 2 255	– 27 191	+ 2 654	+ 4 247	– 3 414	– 5 142	+ 867	+ 1 076	+ 43 500	– 1 383
4.Vj.	– 12 052	– 2 280	– 16 249	+ 2 911	+ 4 530	– 1 316	– 3 545	+ 898	+ 1 746	+ 45 797	+ 2 797
2025 1.Vj.	– 13 676	– 2 268	– 15 189	+ 2 801	+ 5 293	– 3 559	– 4 466	+ 915	+ 1 852	+ 39 029	– 1 289
2.Vj.	– 19 640	– 2 555	– 21 490	+ 2 698	+ 5 066	– 1 949	– 5 766	+ 727	+ 1 402	+ 25 388	– 1 429
3.Vj.	– 25 305	– 2 788	– 24 592	+ 2 604	+ 3 145	– 2 320	– 5 408	+ 406	+ 1 097	+ 44 093	– 1 505
4.Vj.	– 14 898	– 2 799	– 16 767	+ 2 540	+ 4 379	– 1 914	– 2 960	– 801	+ 1 818	+ 47 563	+ 2 753
2025 April	– 6 571	– 656	– 7 017	+ 869	+ 2 071	– 1 140	– 2 254	+ 300	+ 467	+ 13 737	– 489
Mai	– 5 932	– 772	– 6 674	+ 1 015	+ 1 502	– 808	– 1 573	+ 249	+ 467	– 2 305	– 459
Juni	– 7 138	– 1 127	– 7 798	+ 814	+ 1 493	– 1	– 1 939	+ 179	+ 467	+ 13 957	– 481
Juli	– 9 540	– 881	– 6 816	+ 970	+ 526	– 1 593	– 2 736	– 138	+ 366	+ 15 878	– 512
Aug.	– 9 793	– 728	– 10 058	+ 703	+ 842	– 871	– 986	+ 262	+ 366	+ 14 522	– 489
Sept.	– 5 973	– 1 178	– 7 718	+ 931	+ 1 777	+ 144	– 1 686	+ 281	+ 366	+ 13 694	– 505
Okt.	– 8 438	– 949	– 9 276	+ 637	+ 2 535	– 1 606	– 825	– 75	+ 552	+ 13 734	+ 947
Nov.	– 4 405	– 936	– 5 548	+ 893	+ 1 383	– 269	– 1 144	– 56	+ 549	+ 15 741	+ 856
Dez.	– 2 055	– 915	– 1 943	+ 1 009	+ 461	– 39	– 991	– 670	+ 717	+ 18 088	+ 950
2026 Jan. [r]	– 3 862	– 682	– 4 693	+ 1 359	+ 1 927	– 1 198	– 1 697	– 247	+ 620	+ 14 154	– 534
Febr. [p]	– 4 572	– 933	– 4 460	+ 1 095	+ 868	– 1 181	– 1 360	+ 291	+ 619	+ 11 335	– 463

1 Seit 2001 werden auf der Ausgabenseite die Stichprobenergebnisse einer Haushaltsbefragung genutzt. **2** Einnahmen und Ausgaben öffentlicher Stellen für Dienstleistungen, soweit sie nicht unter anderen Positionen ausgewiesen sind; einschl. Einnahmen ausländischer militärischer Dienststellen. **3** Enthält unter anderem Pacht, Produktions- und Importabgaben an die EU sowie Subventionen von der EU.

5. Sekundäreinkommen und Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Sekundäreinkommen							Vermögensänderungsbilanz		
		Staat			Alle Sektoren ohne Staat [2]					
			darunter:			darunter:				
	Insgesamt	Insgesamt	Übertragungen im Rahmen von internationaler Zusammenarbeit [1]	Laufende Steuern auf Einkommen, Vermögen, u.ä.	Insgesamt	Persönliche Übertragungen [3]	darunter: Heimatüberweisungen	Insgesamt	Nicht produziertes Sachvermögen	Vermögensübertragungen
2021	– 59 947	– 37 264	– 8 935	+ 11 840	– 22 683	– 6 178	– 6 170	– 3 480	– 582	– 2 899
2022	– 68 397	– 40 293	– 15 111	+ 14 241	– 28 104	– 8 084	– 7 204	– 20 043	– 16 331	– 3 712
2023	– 66 418	– 34 941	– 12 491	+ 14 794	– 31 477	– 7 876	– 7 806	– 23 643	– 17 480	– 6 163
2024	– 69 331	– 34 224	– 13 837	+ 14 882	– 35 107	– 8 331	– 8 246	– 22 235	– 14 941	– 7 294
2025	– 68 698	– 40 065	– 15 904	+ 14 019	– 28 633	– 8 597	– 8 500	– 28 231	– 19 037	– 9 193
2024 2.Vj.	– 10 568	– 3 153	– 2 492	+ 7 703	– 7 415	– 2 083	– 2 062	– 2 567	– 1 682	– 885
3.Vj.	– 15 828	– 9 222	– 2 612	+ 2 117	– 6 606	– 2 083	– 2 062	– 5 094	– 3 132	– 1 962
4.Vj.	– 28 089	– 14 010	– 6 586	+ 2 277	– 14 079	– 2 083	– 2 062	– 6 333	– 4 115	– 2 218
2025 1.Vj.	– 16 223	– 8 765	– 3 196	+ 3 380	– 7 458	– 2 150	– 2 125	– 8 776	– 4 919	– 3 857
2.Vj.	– 11 451	– 4 803	– 2 510	+ 7 356	– 6 648	– 2 150	– 2 125	– 8 193	– 6 886	– 1 307
3.Vj.	– 18 547	– 11 560	– 3 671	+ 1 553	– 6 987	– 2 148	– 2 125	– 6 624	– 4 639	– 1 985
4.Vj.	– 22 477	– 14 936	– 6 526	+ 1 731	– 7 540	– 2 149	– 2 125	– 4 638	– 2 593	– 2 045
2025 April	– 4 760	– 2 654	– 568	+ 1 023	– 2 106	– 716	– 708	– 2 108	– 1 706	– 402
Mai	– 1 625	+ 734	– 729	+ 5 036	– 2 359	– 717	– 708	– 2 417	– 1 942	– 475
Juni	– 5 066	– 2 884	– 1 213	+ 1 296	– 2 182	– 717	– 708	– 3 667	– 3 238	– 430
Juli	– 5 483	– 3 287	– 951	+ 710	– 2 196	– 715	– 708	– 375	+ 142	– 517
Aug.	– 5 997	– 3 941	– 970	+ 373	– 2 056	– 716	– 708	– 2 683	– 2 309	– 374
Sept.	– 7 067	– 4 333	– 1 750	+ 470	– 2 735	– 716	– 708	– 3 566	– 2 472	– 1 094
Okt.	– 6 410	– 4 380	– 1 762	+ 281	– 2 030	– 716	– 708	– 2 606	– 2 578	– 28
Nov.	– 7 771	– 5 484	– 1 606	+ 397	– 2 287	– 716	– 708	– 1 369	– 763	– 607
Dez.	– 8 295	– 5 072	– 3 159	+ 1 053	– 3 223	– 717	– 708	– 663	+ 747	– 1 410
2026 Jan. [r]	– 6 903	– 4 568	– 1 054	+ 494	– 2 335	– 711	– 708	– 1 154	+ 737	– 1 891
Febr. [p]	– 5 596	– 4 147	– 333	+ 1 316	– 1 449	– 710	– 708	– 1 274	– 853	– 421

1 Ohne Vermögensübertragungen, soweit erkennbar. Enthält unentgeltliche Leistungen im Rahmen internationaler Kooperationen und sonstiger laufender Übertragungen. **2** Enthält Prämien und Leistungen von Versicherungen (ohne Lebensversicherungen). **3** Übertragungen zwischen inländischen und ausländischen Haushalten.

XII. Außenwirtschaft

6. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Position	2023	2024	2025	2025				2026	
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	Dezember	Januar r)	Februar p)
I. Inländische Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: +)	+ 301 104	+ 517 531	+ 802 629	+ 232 539	+ 174 227	+ 41 313	− 94 113	+ 180 162	+ 114 412
1. Direktinvestitionen	+ 107 748	+ 80 193	+ 97 536	+ 29 091	+ 9 772	+ 17 865	+ 3 880	− 29 028	+ 13 340
Beteiligungskapital	+ 49 400	+ 62 879	+ 78 045	+ 26 127	+ 11 243	+ 15 788	− 1 579	+ 2 060	+ 11 960
darunter:									
Reinvestierte Gewinne 1)	+ 34 845	+ 48 640	+ 65 194	+ 14 439	+ 15 401	+ 15 890	− 1 384	+ 4 082	+ 10 728
Direktinvestitionskredite	+ 58 349	+ 17 315	+ 19 490	+ 2 964	− 1 471	+ 2 077	+ 5 459	− 31 088	+ 1 381
2. Wertpapieranlagen	+ 154 529	+ 217 756	+ 281 123	+ 90 000	+ 78 537	− 9 860	− 21 017	+ 57 452	+ 29 110
Aktien 2)	− 4 856	+ 3 762	+ 902	+ 7 958	+ 14 440	− 30 879	− 28 917	+ 17 306	− 7 379
Investmentfondsanteile 3)	+ 29 390	+ 111 267	+ 119 913	+ 23 237	+ 28 086	+ 24 729	+ 15 450	+ 12 530	+ 17 684
kurzfristige Schuldverschreibungen 4)	+ 6 516	+ 8 882	− 11 119	+ 804	− 6 372	− 6 421	− 8 316	+ 3 135	+ 2 218
langfristige Schuldverschreibungen 5)	+ 123 479	+ 93 846	+ 171 427	+ 58 002	+ 42 383	+ 2 710	+ 765	+ 24 482	+ 16 587
3. Finanzderivate und Mitarbeiteroptionen 6)	+ 35 359	+ 42 861	+ 38 557	+ 16 168	+ 7 504	+ 835	− 6 619	+ 14 245	+ 3 572
4. Übriger Kapitalverkehr 7)	+ 2 583	+ 178 160	+ 384 563	+ 96 384	+ 80 208	+ 31 520	− 70 410	+ 137 369	+ 68 417
Monetäre Finanzinstitute 8)	+ 42 147	+ 163 086	+ 205 602	+ 42 508	+ 21 046	+ 17 127	− 28 209	+ 99 971	+ 53 148
Unternehmen und Privatpersonen 9)	+ 125 187	+ 79 254	+ 197 313	+ 73 643	+ 58 617	+ 34 188	− 32 317	+ 33 117	+ 29 677
Staat	+ 7 589	− 9 366	+ 2 758	− 1 244	+ 1 500	+ 2 436	+ 2 687	− 945	+ 2 004
Bundesbank	− 172 339	− 54 813	− 21 110	− 18 522	− 954	− 22 231	− 12 571	+ 5 226	− 16 413
5. Währungsreserven	+ 884	− 1 440	+ 850	+ 895	− 1 793	+ 953	+ 54	+ 123	− 28
II. Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)	+ 112 972	+ 268 148	+ 539 441	+ 134 026	+ 130 192	− 6 380	− 121 624	+ 198 320	+ 90 220
1. Direktinvestitionen	+ 84 088	+ 57 351	+ 86 145	+ 29 100	+ 21 399	− 2 795	− 18 680	− 8 615	+ 577
Beteiligungskapital	+ 50 972	+ 54 037	+ 54 367	+ 9 182	+ 14 356	+ 19 336	+ 5 820	+ 827	+ 4 498
darunter:									
Reinvestierte Gewinne 1)	+ 12 016	+ 16 547	+ 19 359	− 2 586	+ 8 993	+ 4 668	+ 1 580	+ 3 513	+ 3 936
Direktinvestitionskredite	+ 33 115	+ 3 313	+ 31 777	+ 19 917	+ 7 043	− 22 131	− 24 501	− 9 443	− 3 922
2. Wertpapieranlagen	+ 162 124	+ 197 373	+ 229 443	+ 34 943	+ 68 917	+ 44 108	− 26 939	+ 55 179	+ 27 270
Aktien 2)	− 14 063	− 5 152	− 15 626	− 7 065	− 6 025	− 7 725	− 2 967	+ 988	− 1 005
Investmentfondsanteile 3)	− 2 214	− 1 014	+ 772	+ 1 239	+ 313	− 6 259	− 110	+ 509	+ 821
kurzfristige Schuldverschreibungen 4)	+ 9 216	− 15 052	+ 48 161	− 3 393	+ 27 274	+ 14 884	− 9 536	− 5 154	+ 5 682
langfristige Schuldverschreibungen 5)	+ 169 185	+ 218 591	+ 196 136	+ 44 162	+ 47 355	+ 43 208	− 14 326	+ 58 836	+ 21 773
3. Übriger Kapitalverkehr 7)	− 133 240	+ 13 424	+ 223 854	+ 69 983	+ 39 876	− 47 693	− 76 005	+ 151 757	+ 62 373
Monetäre Finanzinstitute 8)	− 55 216	+ 55 690	+ 118 326	+ 7 401	− 4 259	− 87 330	− 83 438	+ 148 511	+ 37 334
Unternehmen und Privatpersonen 9)	+ 61 015	+ 17 853	+ 113 919	+ 40 031	+ 44 419	+ 17 326	− 8 634	+ 12 458	+ 22 576
Staat	− 790	− 2 064	+ 8 830	+ 4 060	+ 546	− 6	− 1 208	+ 198	+ 1 323
Bundesbank	− 138 249	− 58 055	− 17 221	+ 18 491	− 831	+ 22 317	+ 17 275	− 9 411	+ 1 140
III. Saldo der Kapitalbilanz (Zunahme an Nettoauslandsvermögen: + / Abnahme: -)	+ 188 133	+ 249 383	+ 263 188	+ 98 513	+ 44 035	+ 47 694	+ 27 512	− 18 159	+ 24 192

1 Geschätzt auf der Grundlage der Angaben über den Stand der Direktinvestitionen im Ausland und in der Bundesrepublik Deutschland (siehe Statistische Fachreihe, Direktinvestitionsstatistiken). **2** Einschl. Genussscheine. **3** Einschl. reinvestierter Erträge. **4** Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr. **5** Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. **6** Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften. **7** Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. **8** Ohne Bundesbank. **9** Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne Monetäre Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

XII. Außenwirtschaft

7. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank *)

Mio €

Stand zum Ende des Berichtszeitraums	Auslandsaktiva									Auslandspassiva 3) 4)	Netto-Auslandsposition 5)
	Insgesamt	Währungsreserven				Übrige Kapitalanlagen			Wertpapieranlagen 2)		
		Insgesamt	Gold und Goldforderungen	Sonderziehungsrechte	Reserveposition im IWF	Bargeld, Einlagen und Wertpapieranlagen	Insgesamt	darunter: Verrechnungskonten innerhalb des ESZB 1)			
1999 Jan. 6)	95 316	93 940	29 312	1 598	6 863	56 167	1 376	–	–	9 628	85 688
2006	104 389	84 765	53 114	1 525	1 486	28 640	18 696	5 399	928	134 697	– 30 308
2007	179 492	92 545	62 433	1 469	949	27 694	84 420	71 046	2 527	176 569	2 923
2008	230 775	99 185	68 194	1 576	1 709	27 705	129 020	115 650	2 570	237 893	– 7 118
2009	323 286	125 541	83 939	13 263	2 705	25 634	190 288	177 935	7 458	247 645	75 641
2010	524 695	162 100	115 403	14 104	4 636	27 957	337 921	325 553	24 674	273 241	251 454
2011	714 662	184 603	132 874	14 118	8 178	29 433	475 994	463 311	54 065	333 730	380 932
2012	921 002	188 630	137 513	13 583	8 760	28 774	668 672	655 670	63 700	424 999	496 003
2013	721 741	143 753	94 876	12 837	7 961	28 080	523 153	510 201	54 834	401 524	320 217
2014	678 804	158 745	107 475	14 261	6 364	30 646	473 274	460 846	46 784	396 314	282 490
2015	800 709	159 532	105 792	15 185	5 132	33 423	596 638	584 210	44 539	481 787	318 921
2016	990 450	175 765	119 253	14 938	6 581	34 993	767 128	754 263	47 557	592 723	397 727
2017	1 142 845	166 842	117 347	13 987	4 294	31 215	923 765	906 941	52 238	668 527	474 318
2018	1 209 982	173 138	121 445	14 378	5 518	31 796	980 560	966 190	56 284	770 519	439 462
2019	1 160 971	199 295	146 562	14 642	6 051	32 039	909 645	895 219	52 031	663 320	497 651
2020	1 429 236	219 127	166 904	14 014	8 143	30 066	1 152 757	1 136 002	57 353	781 339	647 898
2021	1 592 822	261 387	173 821	46 491	8 426	32 649	1 276 150	1 260 673	55 285	1 009 488	583 334
2022	1 617 056	276 488	184 036	48 567	9 480	34 404	1 290 317	1 269 076	50 251	919 441	697 614
2023	1 455 788	292 259	201 335	48 766	8 782	33 376	1 117 978	1 093 371	45 550	779 844	675 943
2024	1 464 391	363 705	270 580	50 888	8 267	33 970	1 063 165	1 046 318	37 521	723 234	741 157
2025	1 556 390	481 795	395 215	46 528	8 201	31 851	1 042 056	1 023 482	32 540	702 670	853 720
2023 Okt.	1 415 403	295 288	202 630	49 531	9 256	33 871	1 074 627	1 058 985	45 488	688 966	726 437
Nov.	1 414 241	292 718	201 195	48 939	8 958	33 627	1 076 415	1 060 074	45 107	691 309	722 932
Dez.	1 455 788	292 259	201 335	48 766	8 782	33 376	1 117 978	1 093 371	45 550	779 844	675 943
2024 Jan.	1 397 172	294 402	202 641	49 412	8 921	33 428	1 058 508	1 041 902	44 261	669 890	727 281
Febr.	1 431 638	295 014	202 181	49 313	8 777	34 744	1 093 262	1 075 510	43 361	679 579	752 058
März	1 436 723	312 728	220 571	49 281	8 563	34 314	1 083 242	1 065 759	40 754	666 365	770 359
April	1 428 136	324 404	232 438	49 368	8 591	34 007	1 063 804	1 047 932	39 928	653 953	774 183
Mai	1 441 362	324 156	232 717	49 501	8 399	33 538	1 077 447	1 061 110	39 758	663 179	778 183
Juni	1 474 113	328 214	234 891	49 858	8 355	35 109	1 106 429	1 090 444	39 470	667 250	806 863
Juli	1 435 795	332 651	240 587	49 622	8 401	34 041	1 064 405	1 048 438	38 739	655 396	780 399
Aug.	1 465 316	335 474	244 992	49 207	8 318	32 957	1 090 965	1 075 239	38 877	673 181	792 134
Sept.	1 472 197	345 338	254 267	49 081	8 395	33 595	1 088 058	1 073 512	38 802	674 582	797 615
Okt.	1 483 529	364 864	274 165	49 292	8 339	33 068	1 080 082	1 064 456	38 583	673 967	809 562
Nov.	1 486 323	366 023	271 468	50 617	8 221	35 717	1 082 106	1 066 511	38 197	670 005	816 318
Dez.	1 464 391	363 705	270 580	50 888	8 267	33 970	1 063 165	1 046 318	37 521	723 234	741 157
2025 Jan.	1 506 156	385 150	290 776	50 660	8 448	35 265	1 084 104	1 068 023	36 902	682 654	823 501
Febr.	1 522 873	390 627	295 956	50 869	8 328	35 475	1 096 061	1 080 833	36 185	682 507	840 367
März	1 522 244	402 671	310 903	49 085	8 044	34 639	1 083 763	1 069 172	35 810	665 048	857 196
April	1 523 635	399 435	310 207	47 647	8 540	33 041	1 090 090	1 075 272	34 110	670 200	853 435
Mai	1 517 685	402 515	312 447	47 891	8 493	33 684	1 081 299	1 066 843	33 872	678 976	838 709
Juni	1 488 429	389 303	301 591	46 914	8 296	32 502	1 065 242	1 051 250	33 885	681 413	807 016
Juli	1 491 164	399 485	311 036	47 342	8 374	32 733	1 057 693	1 043 876	33 986	687 030	804 134
Aug.	1 511 698	401 591	315 035	46 579	8 290	31 688	1 074 756	1 060 791	35 350	678 659	833 039
Sept.	1 533 294	435 692	349 996	46 424	8 157	31 116	1 064 287	1 049 600	33 315	680 411	852 883
Okt.	1 555 849	462 176	375 658	46 750	8 250	31 519	1 060 392	1 046 546	33 281	680 549	875 301
Nov.	1 563 406	476 102	388 846	46 832	8 176	32 247	1 054 626	1 040 700	32 679	685 729	877 677
Dez.	1 556 390	481 795	395 215	46 528	8 201	31 851	1 042 056	1 023 482	32 540	702 670	853 720
2026 Jan.	1 623 759	544 852	459 239	46 149	8 087	31 377	1 047 282	1 033 412	31 626	691 909	931 850
Febr.	1 624 189	562 209	475 489	46 427	8 123	32 170	1 030 869	1 017 130	31 111	693 245	930 944
März	1 593 657	518 687	430 173	47 105	8 186	33 223	1 044 670	1 030 780	30 299	684 430	909 226

***** Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb des Euroraums. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsendstände zu Marktpreisen bewertet. **1** Enthält vor allem die Netto-Forderungen aus dem Target-System (in der jeweiligen Länderabgrenzung), seit November 2000 auch die Salden gegenüber den Zentralbanken des Nicht-Euroraums innerhalb des ESZB. **2** In der Hauptsache langfristige Schuldverschreibungen von Emittenten innerhalb des Euroraums. **3** Einschl. Schätzungen zum Bargeldumlauf im Ausland. **4** Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 2014, Seite 24. **5** Differenz aus Auslandsaktiva und Auslandspassiva. **6** Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XII. Außenwirtschaft

8. Auslandspositionen der Unternehmen *)

Mio €

Stand zum Ende des Berichtszeitraums	Forderungen an das Ausland							Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland						
			Forderungen an ausländische Nichtbanken							Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken				
					aus Handelskrediten							aus Handelskrediten		
	insgesamt	Guthaben bei ausländischen Banken	insgesamt	aus Finanzbeziehungen	insgesamt	gewährte Zahlungsziele	geleistete Anzahlungen	insgesamt	Kredite von ausländischen Banken	insgesamt	aus Finanzbeziehungen	insgesamt	in Anspruch genommene Zahlungsziele	empfangene Anzahlungen
Alle Länder														
2022	1 251 566	250 859	1 000 707	678 757	321 950	291 760	30 190	1 650 328	179 614	1 470 714	1 177 109	293 605	192 896	100 709
2023	1 399 631	356 727	1 042 904	727 469	315 436	282 268	33 168	1 721 488	221 372	1 500 117	1 213 139	286 977	180 123	106 854
2024	1 440 420	342 111	1 098 309	789 154	309 155	272 463	36 691	1 735 009	245 555	1 489 453	1 197 784	291 670	177 251	114 419
2025	1 575 319	455 788	1 119 531	815 606	303 925	267 798	36 127	1 854 273	325 248	1 529 025	1 238 191	290 834	173 421	117 412
2025 Sept.	1 555 710	445 660	1 110 050	812 731	297 319	261 730	35 589	1 849 645	298 210	1 551 435	1 265 325	286 110	167 116	118 995
Okt.	1 590 139	473 935	1 116 204	819 215	296 989	261 033	35 956	1 915 219	357 347	1 557 872	1 270 354	287 518	167 481	120 037
Nov.	1 613 956	489 514	1 124 441	822 013	302 428	266 198	36 230	1 899 887	343 571	1 556 316	1 265 923	290 392	171 050	119 343
Dez.	1 575 319	455 788	1 119 531	815 606	303 925	267 798	36 127	1 854 273	325 248	1 529 025	1 238 191	290 834	173 421	117 412
2026 Jan. r)	1 492 185	450 454	1 041 731	748 170	293 561	256 285	37 276	1 761 117	290 023	1 471 093	1 187 217	283 877	162 797	121 080
Febr. p)	1 523 410	463 132	1 060 278	757 547	302 732	265 075	37 656	1 778 689	302 584	1 476 104	1 187 604	288 501	166 293	122 208
EU-Länder (27 ohne GB)														
2022	716 181	190 858	525 323	400 839	124 484	111 002	13 482	1 022 677	129 216	893 460	778 070	115 390	84 243	31 147
2023	850 616	285 372	565 244	445 035	120 209	105 847	14 362	1 062 070	145 385	916 685	801 833	114 852	81 942	32 911
2024	838 434	276 254	562 180	441 810	120 370	104 686	15 684	1 086 141	176 120	910 022	795 111	114 911	79 571	35 340
2025	965 430	372 678	592 752	470 335	122 417	106 635	15 782	1 148 909	213 741	935 168	816 377	118 791	79 998	38 793
2025 Sept.	958 357	379 090	579 267	457 568	121 699	105 953	15 746	1 141 122	187 306	953 817	834 383	119 434	81 359	38 074
Okt.	991 150	399 201	591 949	467 676	124 273	108 338	15 936	1 174 617	217 757	956 861	835 616	121 244	82 106	39 138
Nov.	997 310	402 241	595 069	468 356	126 713	110 649	16 065	1 168 794	220 559	948 235	824 764	123 470	84 242	39 229
Dez.	965 430	372 678	592 752	470 335	122 417	106 635	15 782	1 148 909	213 741	935 168	816 377	118 791	79 998	38 793
2026 Jan. r)	952 890	365 464	587 426	466 319	121 107	104 839	16 268	1 114 591	172 211	942 380	822 370	120 009	78 861	41 149
Febr. p)	970 011	373 627	596 384	468 732	127 652	111 164	16 488	1 134 666	193 038	941 628	817 672	123 956	82 500	41 456
Extra-EU-Länder (27 einschl. GB)														
2022	535 385	60 001	475 384	277 918	197 465	180 758	16 707	627 651	50 398	577 254	399 039	178 215	108 653	69 562
2023	549 016	71 356	477 660	282 433	195 227	176 421	18 806	659 418	75 986	583 431	411 307	172 125	98 181	73 943
2024	601 986	65 857	536 129	347 345	188 784	167 777	21 007	648 867	69 436	579 432	402 673	176 759	97 680	79 079
2025	609 889	83 110	526 779	345 271	181 508	161 163	20 345	705 364	111 507	593 857	421 814	172 042	93 423	78 619
2025 Sept.	597 353	66 570	530 783	355 163	175 620	155 776	19 844	708 523	110 904	597 618	430 942	166 677	85 756	80 921
Okt.	598 988	74 733	524 255	351 540	172 715	152 695	20 020	740 601	139 590	601 011	434 738	166 273	85 375	80 898
Nov.	616 645	87 273	529 372	353 657	175 715	155 549	20 166	731 093	123 012	608 081	441 159	166 922	86 808	80 114
Dez.	609 889	83 110	526 779	345 271	181 508	161 163	20 345	705 364	111 507	593 857	421 814	172 042	93 423	78 619
2026 Jan. r)	539 295	84 991	454 305	281 851	172 454	151 446	21 008	646 526	117 812	528 713	364 846	163 867	83 936	79 931
Febr. p)	553 399	89 505	463 894	288 815	175 080	153 912	21 168	644 023	109 547	534 477	369 931	164 545	83 793	80 752
Euroraum (21)														
2022	610 977	171 819	439 158	342 283	96 876	84 728	12 148	929 349	107 130	822 218	732 559	89 659	65 279	24 380
2023	748 012	267 353	480 659	387 275	93 384	80 391	12 993	963 530	123 917	839 613	751 377	88 236	63 530	24 706
2024	732 513	256 693	475 820	381 930	93 890	80 392	13 498	976 574	148 597	827 977	741 007	86 971	62 159	24 812
2025	857 478	347 460	510 018	414 467	95 551	82 166	13 385	1 027 392	182 540	844 852	757 251	87 601	61 983	25 618
2025 Sept.	849 263	354 640	494 623	400 764	93 859	80 385	13 474	1 020 285	159 431	860 854	773 052	87 802	61 387	26 415
Okt.	883 391	377 260	506 131	410 457	95 675	82 054	13 620	1 050 674	188 901	861 774	772 448	89 325	62 652	26 673
Nov.	890 785	380 900	509 885	412 003	97 882	84 179	13 703	1 041 930	191 382	850 548	759 759	90 789	64 471	26 318
Dez.	857 478	347 460	510 018	414 467	95 551	82 166	13 385	1 027 392	182 540	844 852	757 251	87 601	61 983	25 618
2026 Jan. r)	849 529	344 324	505 205	411 297	93 908	79 987	13 921	995 185	144 129	851 056	763 620	87 436	59 731	27 704
Febr. p)	865 678	353 427	512 251	413 506	98 745	84 627	14 118	1 011 585	163 954	847 632	757 960	89 672	61 749	27 923
Extra-Euroraum (21)														
2022	640 589	79 040	561 548	336 475	225 074	207 032	18 042	720 980	72 484	648 496	444 550	203 946	127 617	76 329
2023	651 620	89 374	562 245	340 193	222 052	201 877	20 175	757 958	97 454	660 504	461 763	198 741	116 593	82 148
2024	707 907	85 418	622 489	407 224	215 265	192 072	23 193	758 434	96 959	661 476	456 777	204 699	115 092	89 607
2025	717 841	108 328	609 513	401 138	208 374	185 632	22 742	826 880	142 708	684 172	480 940	203 232	111 438	91 794
2025 Sept.	706 447	91 020	615 427	411 967	203 461	181 345	22 116	829 360	138 778	690 581	492 273	198 309	105 728	92 580
Okt.	706 747	96 674	610 073	408 759	201 314	178 979	22 335	864 544	168 446	696 098	497 906	198 192	104 829	93 363
Nov.	723 170	108 614	614 556	410 010	204 546	182 019	22 527	857 957	152 189	705 768	506 164	199 603	106 578	93 025
Dez.	717 841	108 328	609 513	401 138	208 374	185 632	22 742	826 880	142 708	684 172	480 940	203 232	111 438	91 794
2026 Jan. r)	642 656	106 131	536 526	336 872	199 653	176 298	23 355	765 932	145 894	620 037	423 596	196 441	103 066	93 375
Febr. p)	657 732	109 705	548 027	344 041	203 986	180 448	23 539	767 104	138 631	628 473	429 643	198 829	104 544	94 285

***** Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV. Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XII. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar.

XII. Außenwirtschaft

9. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... Währungseinheiten

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
2014	1,4719	8,1857	7,4548	140,31	1,4661	8,3544	9,0985	1,2146	1,3285	0,80612
2015	1,4777	6,9733	7,4587	134,31	1,4186	8,9496	9,3535	1,0679	1,1095	0,72584
2016	1,4883	7,3522	7,4452	120,20	1,4659	9,2906	9,4689	1,0902	1,1069	0,81948
2017	1,4732	7,6290	7,4386	126,71	1,4647	9,3270	9,6351	1,1117	1,1297	0,87667
2018	1,5797	7,8081	7,4532	130,40	1,5294	9,5975	10,2583	1,1550	1,1810	0,88471
2019	1,6109	7,7355	7,4661	122,01	1,4855	9,8511	10,5891	1,1124	1,1195	0,87777
2020	1,6549	7,8747	7,4542	121,85	1,5300	10,7228	10,4848	1,0705	1,1422	0,88970
2021	1,5749	7,6282	7,4370	129,88	1,4826	10,1633	10,1465	1,0811	1,1827	0,85960
2022	1,5167	7,0788	7,4396	138,03	1,3695	10,1026	10,6296	1,0047	1,0530	0,85276
2023	1,6288	7,6600	7,4509	151,99	1,4595	11,4248	11,4788	0,9718	1,0813	0,86979
2024	1,6397	7,7875	7,4589	163,85	1,4821	11,6290	11,4325	0,9526	1,0824	0,84662
2025	1,7518	8,1185	7,4634	169,04	1,5787	11,7173	11,0663	0,9370	1,1300	0,85679
2024 Nov.	1,6267	7,6617	7,4583	163,23	1,4855	11,7408	11,5828	0,9355	1,0630	0,83379
Dez.	1,6529	7,6298	7,4589	161,08	1,4915	11,7447	11,5040	0,9339	1,0479	0,82804
2025 Jan.	1,6626	7,5560	7,4609	161,92	1,4904	11,7456	11,4797	0,9414	1,0354	0,83908
Febr.	1,6528	7,5749	7,4592	158,09	1,4893	11,6574	11,2474	0,9413	1,0413	0,83071
März	1,7158	7,8353	7,4597	161,17	1,5518	11,5472	10,9675	0,9548	1,0807	0,83703
April	1,7844	8,1850	7,4648	161,67	1,5701	11,8380	10,9744	0,9370	1,1214	0,85379
Mai	1,7521	8,1348	7,4600	163,14	1,5646	11,5968	10,8812	0,9356	1,1278	0,84350
Juni	1,7723	8,2700	7,4597	166,52	1,5754	11,5841	11,0094	0,9380	1,1516	0,84981
Juli	1,7862	8,3754	7,4625	171,53	1,5982	11,8537	11,1985	0,9325	1,1677	0,86469
Aug.	1,7920	8,3442	7,4638	171,79	1,6057	11,8653	11,1610	0,9387	1,1631	0,86528
Sept.	1,7795	8,3586	7,4644	173,55	1,6227	11,6702	11,0004	0,9350	1,1732	0,86895
Okt.	1,7781	8,2810	7,4680	176,15	1,6280	11,6633	10,9699	0,9289	1,1630	0,87155
Nov.	1,7772	8,2149	7,4679	179,32	1,6248	11,7402	10,9915	0,9290	1,1560	0,87997
Dez.	1,7634	8,2491	7,4696	182,50	1,6168	11,8428	10,8956	0,9332	1,1709	0,87500
2026 Jan.	1,7304	8,1806	7,4703	183,94	1,6173	11,6670	10,6815	0,9272	1,1738	0,86828
Febr.	1,6763	8,1682	7,4702	183,45	1,6140	11,3206	10,6351	0,9140	1,1824	0,87032
März	1,6470	7,9703	7,4717	183,40	1,5848	11,1657	10,7614	0,9094	1,1558	0,86631

* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistische Fachreihe Wechselkursstatistik.

10. Euro-Länder und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... Währungseinheiten
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irisches Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
	Spanien	Peseta	ESP	166,386
2001 1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011 1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466
2014 1. Januar	Lettland	Lats	LVL	0,702804
2015 1. Januar	Litauen	Litas	LTL	3,45280
2023 1. Januar	Kroatien	Kuna	HRK	7,53450
2026 1. Januar	Bulgarien	Lew	BGN	1,95583

XII. Außenwirtschaft

11. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1.Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektive Wechselkurse des Euro gegenüber den Währungen des Erweiterten EWK-Länderkreises 1) nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes 7)	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	Weiten EWK-Länderkreises 2) nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes 7)	Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3) gegenüber 28 ausgewählten Industrieländern 4) insgesamt	davon: Euro-Länder	davon: Nicht-Euro-Länder	37 Ländern 5)	auf Basis der Verbraucherpreisindizes gegenüber 7) 28 ausgewählten Industrieländern 4)	37 Ländern 5)	60 Ländern 6)
1999	96,2	96,0	95,8	96,0	96,5	95,8	97,9	99,7	95,8	97,7	98,2	98,1	97,8
2000	86,9	86,4	85,9	85,5	88,0	85,7	92,0	97,6	85,6	91,2	93,0	92,2	91,2
2001	87,4	86,8	86,6	84,5	90,1	86,6	91,9	96,8	86,2	90,7	92,9	91,6	91,0
2002	89,7	90,0	89,9	88,3	94,4	90,3	92,7	96,1	88,7	91,4	93,4	92,1	91,8
2003	100,5	101,4	101,3	99,6	106,5	101,4	96,3	95,2	97,9	95,7	96,9	96,6	96,8
2004	104,4	105,4	104,4	103,0	111,1	105,3	96,8	94,2	100,6	96,2	98,4	98,2	98,4
2005	103,0	104,1	102,5	101,1	109,2	102,8	95,4	92,6	99,4	93,9	98,4	97,1	96,7
2006	103,0	104,1	102,0	100,0	109,4	102,2	94,1	90,9	98,8	92,2	98,5	96,7	96,0
2007	106,6	107,2	104,4	101,9	113,1	104,4	95,3	90,3	102,9	92,7	100,9	98,2	97,3
2008	110,5	110,2	106,6	106,1	117,9	107,0	95,6	89,0	106,1	92,0	102,3	98,4	97,5
2009	112,0	111,1	107,9	109,6	121,0	108,0	96,2	90,1	105,8	93,0	101,8	98,5	97,9
2010	104,7	103,3	99,5	102,2	112,3	99,0	93,4	89,5	99,3	89,0	98,7	94,2	92,5
2011	104,4	102,3	97,6	100,5	113,1	98,5	93,0	89,2	98,6	88,2	98,1	93,4	91,9
2012	98,7	96,9	91,9	94,7	107,8	93,7	90,9	89,0	93,4	85,4	95,8	90,5	88,8
2013	102,2	100,0	94,9	97,8	112,5	96,7	93,3	89,6	98,6	87,5	98,1	92,3	90,8
2014	102,5	99,4	94,8	98,0	114,9	97,0	94,0	90,5	98,9	88,3	98,1	92,4	91,4
2015	92,5	89,5	86,0	87,1	106,2	88,3	90,7	91,2	89,9	84,4	94,2	87,7	86,8
2016	95,2	91,4	88,3	p) 88,6	110,2	90,3	91,6	91,6	91,4	85,7	94,9	88,7	88,0
2017	97,5	93,4	89,6	p) 89,7	112,6	91,6	92,8	91,6	94,3	86,4	96,2	89,7	88,8
2018	100,0	95,7	91,2	p) 91,7	117,5	94,8	94,0	91,7	97,4	87,4	97,6	91,0	90,7
2019	98,1	93,2	89,3	p) 89,3	115,7	92,1	93,0	91,9	94,5	86,5	96,3	89,8	89,2
2020	99,7	93,5	90,6	p) 90,5	119,4	93,5	93,2	92,2	94,6	87,2	96,3	90,0	90,0
2021	99,7	93,5	89,2	p) 88,5	120,8	93,9	93,8	92,2	96,1	87,0	97,3	90,5	90,7
2022	95,1	90,5	84,3	p) 83,4	116,5	90,5	92,1	91,8	92,4	85,2	95,7	88,9	88,8
2023	97,9	93,6	88,9	p) 87,1	122,1	94,0	93,8	92,1	96,0	87,4	97,8	90,9	91,2
2024	98,2	94,0	89,5	p) 88,2	124,4	94,2	93,8	92,3	95,9	87,8	97,7	91,2	91,4
2025	100,4	p) 96,0	91,9	p) 90,3	128,3	p) 96,1	94,9	93,1	97,6	89,4	p) 98,3	p) 92,2	p) 92,5
2023 Okt.	97,7	93,5			122,6	94,0					97,3	90,8	91,1
Nov.	98,5	94,1	89,7	p) 87,9	123,6	94,5	94,1	92,5	96,5	87,9	97,9	91,2	91,5
Dez.	98,0	93,5			123,4	94,0					97,4	90,7	91,0
2024 Jan.	98,2	94,0			123,9	94,5					97,5	91,0	91,3
Febr.	97,9	93,7	89,7	p) 88,1	123,5	94,0	94,0	92,5	96,2	87,9	97,5	91,0	91,3
März	98,5	94,3			124,5	94,6					97,8	91,4	91,6
April	98,3	94,1			124,2	94,2					97,9	91,3	91,6
Mai	98,6	94,4	89,6	p) 88,5	124,6	94,4	93,9	92,3	96,3	87,8	98,2	91,5	91,7
Juni	98,2	94,1			124,3	94,2					97,9	91,4	91,6
Juli	98,8	94,6			125,1	94,7					98,1	91,6	91,8
Aug.	98,8	94,5	89,9	p) 88,7	125,6	94,9	94,0	92,2	96,4	87,9	97,9	91,4	91,7
Sept.	98,6	94,3			125,6	94,7					97,9	91,3	91,6
Okt.	98,0	93,8			124,7	94,0					97,7	91,2	91,4
Nov.	97,3	93,1	88,8	p) 87,5	123,7	93,2	93,4	92,4	94,8	87,4	97,2	90,8	90,9
Dez.	96,7	92,6			122,9	92,6					96,9	90,6	90,6
2025 Jan.	96,4	92,4			122,5	92,3					96,7	90,2	90,2
Febr.	96,1	92,1	88,5	p) 86,9	122,2	91,9	93,5	92,9	94,1	87,6	96,5	90,1	90,0
März	98,0	94,0			125,0	94,0					97,3	91,1	91,2
April	100,3	96,0			128,3	96,3					98,0	92,3	92,7
Mai	100,0	95,6	92,0	p) 90,4	127,7	95,6	94,8	93,0	97,4	89,5	98,2	92,2	92,5
Juni	101,1	96,7			129,2	96,8					98,5	92,6	92,9
Juli	102,1	97,7			130,6	97,8					98,8	93,0	93,3
Aug.	102,0	97,6	93,5	p) 92,1	130,6	97,7	95,6	93,0	99,5	90,3	98,8	92,9	93,3
Sept.	102,2	97,8			131,1	98,0					99,1	93,2	93,6
Okt.	101,9	p) 97,3			130,6	p) 97,4					p) 99,1	p) 93,0	p) 93,4
Nov.	101,8	97,3	93,5	p) 91,9	130,4	p) 97,3	95,8	93,4	99,5	90,2	99,1	92,9	93,2
Dez.	102,2	97,7			131,1	p) 97,8					99,1	93,0	93,3
2026 Jan.	101,8	p) 97,5			130,7	p) 97,4					99,2	p) 93,0	p) 93,3
Febr.	101,8	p) 97,4	…	…	130,7	p) 97,3	…	…	…	…	p) 99,1	p) 92,9	p) 93,1
März	100,8	p) 96,6			129,6	p) 96,5					p) 99,1	p) 93,0	p) 93,2

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro. Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. Die Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen und Dienstleistungen. Nähere Erläuterungen zur Methodik und Wägungsschemata siehe Website der Deutschen Bundesbank (https://www.bundesbank.de/content/774128). **1** Berechnungen anhand der gewogenen Durchschnitte der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender 17 Länder: Australien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechien, Ungarn, USA und Vereinigtes Königreich. Soweit die aktuellen Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorlagen, sind Schätzungen berücksichtigt. **2** Umfasst die Länder des Erweiterten EWK-Länderkreises zzgl. folgender 23 Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Kolumbien, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Peru, Philippinen, Russische Föderation, Saudi-Arabien, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei, Ukraine und Vereinigte Arabische Emirate. Die EZB hat die Veröffentlichung des Euro-Referenzkurses zum Rubel mit Wirkung vom 2. März 2022 bis auf Weiteres ausgesetzt. Zur Berechnung der effektiven Wechselkurse wird für die Russische Föderation ab diesem Zeitpunkt ein Indikativkurs verwendet, der sich aus den täglichen von der Bank of Russia festgestellten RUB/USD-Kursen in Verbindung mit dem jeweiligen Euro-Referenzkurs der EZB zum US-Dollar errechnet. **3** Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. **4** Euro-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland, ab 2014 einschl. Lettland, ab 2015 einschl. Litauen, ab 2023 einschl. Kroatien, ab 2026 einschl. Bulgarien) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, USA und Vereinigtes Königreich. **5** Euro-Länder (in aktueller Zusammensetzung) sowie die Länder der Gruppe des Erweiterten EWK-Länderkreises. **6** Euro-Länder (in aktueller Zusammensetzung) sowie die Länder der Gruppe des Weiten EWK-Länderkreises. **7** Government Shutdown in den USA 10/2025.